

Universität Erfurt

EU-SKEPTIZISMUS IN DER TÜRKEI
Die Haltungen der türkischen Parteien – CHP, MHP und
AKP

Inaugural-Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines doctor
philosophiae (Dr. phil.)

am

Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien

vorgelegt von

Ismail Ermagan

Erfurt, 2011

Dekan: Prof. Dr. Hans Joas

Gutachter: Prof. Dr. Birgit Schäbler

Gutachter: Prof. Dr. Udo Steinbach

urn:nbn:de:gbv:547-201100508

ZUSAMMENFASSUNG

Seit dem Jahr 1959 ist der Türkeibeitritt in die Europäischen Union (EU) bzw. die EWG/EG eines der kniffligsten Themen auf der politischen Agenda europäischer Staaten und türkischer Regierungen. Obschon die EU im Jahr 2005 Beitrittsverhandlungen mit der Türkei gestartet hat, ist die Beitrittsfrage umstritten: Auf Seiten der EU und der Türkei sieht man neben Befürwortern auch Gegner und Skeptiker eines Türkeibeitritts. Ziel der Forschung ist den EU-Skeptizismus in der Türkei zu explizieren bzw. das (soziologische und politische) Phänomen des türkischen EU-Skeptizismus durch die Untersuchung von politischen Parteien zu erhellen: Die islamisch-konservativ-demokratische AKP (die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung), die kemalistisch-sozialdemokratische CHP (die Republikanische Volkspartei) und die türkisch-nationalistische MHP (die Nationalistische Bewegungspartei), welche zurzeit die drei stärksten Parteien im türkischen Parlament sind (1., 2. und 3.). Die zentralen Fragestellungen dabei sind Folgendes: 1) Was ist EU-Skeptizismus in der Türkei?, 2) Wie verhalten sich türkische Parteien gegenüber der EU?, 3) Welche Rolle spielt die EU bezüglich des türkischen EU-Skeptizismus? und 4) Welche EU-skeptischen bzw. -gegnerischen Argumente existieren in der Türkei? Als Ergebnisse dieser Arbeit sind zusammenfassend folgende Thesen zu betonen:

- Erstens lässt sich die Grundhaltung der türkischen Gesellschaft bezüglich der EU-Mitgliedschaft nicht als eine prinzipielle Gegnerschaft bewerten, wenschon auch diese bei Einzelnen besteht, sondern überwiegend als einen „schwankenden“ EU-Skeptizismus. Bei der Wandlung des türkischen EU-Skeptizismus – sowohl in eine EU-Befürwortung als auch in eine EU-Gegnerschaft –, sind sowohl die Entwicklungen in der Türkei als auch in der EU von großer Bedeutung.
- Zweitens werden sowohl EU-befürwortende als auch EU-skeptische bzw. -gegnerische Tendenzen und Thesen in der türkischen Politik vertreten.
- Drittens kann man bei der Entstehung oder der Ab-/Zunahme des EU-Skeptizismus in der Türkei die Politik der EU-Seite nicht außer Acht lassen.
- Viertens können EU-skeptische bzw. -gegnerische Neigungen den EU-Integrationsprozess der Türkei verlangsamen bzw. die Realisierung der Beitrittsbedingungen auf einen schwierigen Weg bringen.

Schlagwörter:

EU-Skeptizismus in der Türkei,

EU,

CHP, MHP und AKP

DANKSAGUNG

Hiermit möchte ich mich bei allen Beteiligten bedanken, die zum Entstehen dieses Werkes ihren Beitrag geleistet haben: Prof. Dr. Hans Joas, Prof. Dr. Wolfgang Reinhard, Prof. Dr. Hermann Deuser, Prof. Dr. Birgit Schäbler und Prof. Dr. Udo Steinbach.

Ferner danke ich dem Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien der Universität Erfurt und speziell seinen Fellows, deren Kommentare stets anregend waren, sowie den Kollegiaten Jan Leichsenring, Christian Muth, Cornelia Mügge, Franziska Reise, Sebastian Haak, Kevin Zdiara, Stefan Schmidt und Uwe Hermann.

Überdies sei die Unterstützung der Robert Bosch Stiftung und der Universität Erfurt erwähnt.

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	10
2	RAHMENBEDINGUNGEN	18
2.1	Osmanischer Hintergrund.....	18
2.1.1	Kapitulationen	19
2.1.2	Die Periode der Tanzimat.....	22
2.1.3	Vertrag von Sèvres	24
2.2	Die Gründung der Republik Türkei (1923)	27
2.2.1	Atatürks Konzept des „Batıllaşmak“: der Kemalismus	28
2.3	Die Parteienentwicklung und das Wahlsystem in der Türkei.....	32
2.3.1	Parteienentwicklung in der Türkei	32
2.3.2	Türkisches Wahlsystem.....	36
2.4	Der institutionelle Anschluss der Türkei an den Westen (seit 1945)	38
2.5	Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EWG bzw. der EU.....	39
2.5.1	Die Zollunion zwischen der Türkei und der Europäischen Union (EU).....	41
2.5.2	Die Gestaltung der Mitgliedschaftsperspektive der EU für die Türkei.....	42
2.5.3	Der Beginn der Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei	44
3	EU-SKEPTIZISMUS IN DER TÜRKEI	46
3.1	Ein Überblick: Die Bedeutung des EU-Skeptizismus	46
3.2	Begriffliche Erklärung und Modalitäten des EU-Skeptizismus	47
3.3	Exkurs: EU-skeptische Gruppierungen und Motivationen in den europäischen Staaten	51
3.4	Positionen in der Türkei bezüglich der EU-Mitgliedschaft.....	57
3.4.1	EU-Befürworter in der Türkei.....	57
3.4.2	EU-Gegner in der Türkei.....	63
3.4.3	EU-Skeptizismus in der Türkei	69
4	EU-SKEPTIZISMUS UND TÜRKISCHE PARTEIEN.....	78
4.1	EU-Skeptizismus dreier großer Parteien	78
4.1.1	Die Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei, CHP) und ihre Haltung zur Europäischen Union (EU)	78
4.1.1.1	Die Geschichte/Entwicklung der Cumhuriyet Halk Partisi (CHP).....	79
4.1.1.2	Ideologische Anhaltspunkte des Parteiprogramms der CHP	83

4.1.1.3	Die Interessenkonstellationen in der CHP bezüglich ihrer EU-Haltung....	88
4.1.1.4	Die Rolle der CHP in den EU-Türkei-Beziehungen.....	92
4.1.1.5	Die skeptische EU-Haltung der CHP	96
4.1.1.6	Die Zusammenfassung des EU-Skeptizismus der CHP.....	109
4.1.2	Die Milliyetçi Hareket Partisi (Partei der Nationalistischen Bewegung, MHP) und ihre Haltung zur EU	114
4.1.2.1	Die Geschichte/Entwicklung der MHP	114
4.1.2.2	Ideologische Anhaltspunkte des Parteiprogramms der MHP	119
4.1.2.3	Die Interessenkonstellationen der MHP bezüglich ihrer EU-Haltung.....	126
4.1.2.4	Die Rolle der MHP in den EU-Türkei-Beziehungen.....	128
4.1.2.5	Die skeptische EU-Haltung der MHP.....	131
4.1.2.6	Zusammenfassung des EU-Skeptizismus der MHP	144
4.1.3	Die Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung, AKP) und ihre Haltung zur EU	150
4.1.3.1	Die Geschichte/Entwicklung der AKP	150
4.1.3.2	Ideologische Anhaltspunkte des Parteiprogramms der AKP	155
4.1.3.3	Die Interessenkonstellationen der AKP bezüglich ihrer EU-Haltung	157
4.1.3.4	Die Rolle der AKP in den EU-Türkei-Beziehungen.....	161
4.1.3.5	Die skeptische EU-Haltung der AKP	166
4.1.3.6	Zusammenfassung des EU-Skeptizismus der AKP	181
4.2	Die Rolle Europas im türkischen EU-Skeptizismus und die entsprechende Sicht der CHP, MHP und AKP	187
4.2.1	Das Verhalten der EU bezüglich einer Türkei-Mitgliedschaft in der EU	187
4.2.1.1	Die Rolle der Beitrittsbedingungen zwischen der EU und der Türkei	190
4.2.1.2	Die Zypern-Frage.....	193
4.2.2	Die Präferenzen von EU-Mitgliedsstaaten in Bezug auf den Türkeibeitritt	198
4.2.2.1	Der Vorschlag von Kanzlerin Merkel: Privilegierte Partnerschaft.....	202
4.2.2.2	Der Vorschlag von Präsident Sarkozy: Mittelmeerunion	204
4.2.2.3	Die Annahme des Armenier-Gesetzes in Frankreich und dessen Auswirkungen auf den türkischen EU-Skeptizismus.....	206
4.2.3	Die Debatten in der europäischen Öffentlichkeit und der türkische EU-Skeptizismus.....	212
4.2.3.1	Die Türkei-skeptische Haltung mancher EU-Länder.....	213

4.2.3.2	Die Äußerungen von Papst Benedikt zum Islam und zum Propheten Mohammed.....	219
4.2.3.3	Die Mohammed-Karikaturen in den westlichen Medien.....	222
4.2.4	ZUSAMMENFASSENDE AUSBLICK:.....	226
4.3	Die EU-skeptischen Argumente in der Türkei	227
4.3.1	Historische Argumente.....	228
4.3.1.1	Tanzimat-Syndrom: separatistische Wahrnehmung der Beitrittsforderungen der EU und „Tanzimat-Erfahrung“	228
4.3.1.2	Sèvres-Syndrom: die aus der Geschichte stammende Erfahrung in Bezug auf den Zerfall des Osmanischen Reiches und den Sèvres-Vertrag.....	231
4.3.1.3	Historische Argumente aus Sicht der untersuchten Parteien	235
4.3.2	Politische Argumente	236
4.3.2.1	„Der EU-Beitritt bedeutet das Ende der souveränen, unitären, nationalen und kemalistischen Republik der Türkei“	236
4.3.2.2	Die Intention bzw. die Versuche der EU zur Schwächung der türkischen Armee.....	242
4.3.2.3	Die Vorgehensweise der EU bezüglich des „PKK-Terrorismus“ und des Menschenrechtsverständnisses.....	247
4.3.2.4	Die alevitische Minderheitenpolitik der EU gegenüber der Türkei.....	254
4.3.2.5	Die Zukunft der EU: politische Einigung oder wirtschaftlicher Binnenmarkt?	260
4.3.2.6	Anstelle der Vollmitgliedschaft eine Zusammenarbeit mit der EU.....	264
4.3.2.7	Politische Argumente aus Sicht der untersuchten Parteien.....	267
4.3.3	Geopolitische Argumente.....	272
4.3.3.1	Zugeständnisse im Ägäischen Meer	272
4.3.3.2	Die Pläne der EU bezüglich der Teilung der türkischen Kontrolle über die Wasservorräte von Euphrat und Tigris.....	277
4.3.3.3	Geopolitische Argumente aus Sicht der untersuchten Parteien	284
4.3.4	Wirtschaftliche Argumente	285
4.3.4.1	„Damals Kapitulationen, heute Zollunion“.....	285
4.3.4.2	Der Verkauf der nationalen wirtschaftlichen Interessen der Türkei durch die Privatisierung	290
4.3.4.3	Wirtschaftliche Argumente aus Sicht der untersuchten Parteien.....	296
4.3.5	Religiöse Argumente.....	298

4.3.5.1	Der geheime Wunsch: Istanbul als Zentrum der orthodoxen Welt.....	299
4.3.5.2	Religiöse Argumente aus Sicht der untersuchten Parteien	304
5	RESÜMEE	306
5.1	EU-Skeptizismus in der Türkei als Ergebnis endogener und exogener Faktoren ...	306
5.2	Bewertung: Türkei-EU-Beziehungen – Türkischer EU-Skeptizismus	314
6	LITERATURVERZEICHNES	328
6.1	Bücher	328
6.2	Elektronische Quellen.....	349
6.3	Dokumentarfilme.....	378
6.4	Liste der Abbildungen und Tabellen	378
7	ANHANG.....	379
8	Lebenslauf	387
9	Ehrenwörtliche Erklärung	388

1 EINLEITUNG

Seit dem Jahr 1959 stellt der Beitritt der Türkei zur Europäischen Union (EU) bzw. zur EWG/EG eines der kniffligsten Themen auf der politischen Agenda europäischer Staaten und türkischer Regierungen dar. Da sich damit über vier Generationen beschäftigt wurde, ist es gewiss legitim, danach zu fragen, ob die EU-Türkei-Beziehung nur eine von beiden Seiten gewünschte Illusion ist. Die vorliegende Arbeit will dieser Frage nachgehen.

Es sind zunächst grundlegende Besonderheiten der Türkei zu erklären: Geografisch betrachtet, verbindet die Türkei zwei Kontinente: Asien und Europa. Der asiatische Teil umfasst 97 % des Landes, der europäische Teil 3 %. Die Nachbarstaaten der Türkei sind Bulgarien, Griechenland, Syrien, Irak, Iran, Aserbaidshan, Armenien und Georgien. Im Süden des Landes liegen das Mittelmeer und Zypern und im Norden das Schwarze Meer. Die Türkei ist mit einer Fläche von 780 000 km² zweimal so groß wie Deutschland. Religiös betrachtet, ist sie mehrheitlich ein muslimisches Land. Demografisch betrachtet¹, beträgt ihre Einwohnerzahl 73 Millionen.² „Vielleicht sind diese Merkmale die Ursache dafür“, so der ehemalige EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen, „dass ein möglicher Türkeibeitritt unter allen Beitrittsbewerbungen der am heftigsten diskutierte ist.“³ Obschon die EU am 3. Oktober 2005 Beitrittsverhandlungen mit der Türkei gestartet hat, ist die Beitrittsfrage umstritten und ebenso zum Gegenstand politischer wie auch wissenschaftlicher Auseinandersetzungen geworden. In dieser Konjunktur sieht man auf beiden Seiten neben Befürwortern auch Gegner und Skeptiker eines Türkeibeitritts.⁴ Hier muss untersucht werden, worüber hinter den Kulissen gesprochen wird; welche Ängste auf türkischer und europäischer Seite vorhanden sind; wie groß die gegenseitige Skepsis ist und in welchem Umfang sie die

¹ Vgl. Türkiye İstatistik Kurumu: Nüfus İstatistikleri ve Projeksiyonlar, in: http://www.tuik.gov.tr/PreTablo.do?tb_id=39&tb_adi=N%FCfus%20%DDstatistikleri%20ve%20Projeksiyonlar&ust_id=11 (11.3.2010).

² Wirtschaftlich betrachtet, gehört die Türkei zu den 20 stärksten Ländern der Welt.

³ Vgl. Verheugen, Günter (2005): S. 70 und „Ich bleibe bei dem, was ich gesagt habe“, in: http://www.dradio.de/dlf/sendungen/idw_dlf/1052772/ (18.10.2009).

⁴ Im Zusammenhang mit den europäischen und türkischen Gegnern des Türkeibeitritts ist auch zu erkennen, dass sie – zumindest teilweise – dieselben Argumente benutzen. So, wie es z. B. europäische Gegner des Türkei-Beitritts gibt, gibt es EU-Gegner in der Türkei, die auch von „Christentum“ bzw. „Abendland“ als historischem Ursprung Europas sprechen und damit gegen einen Beitritt argumentieren. Eine Untersuchung dieser Argumente erscheint als lohnende Aufgabe.

offizielle Politik beeinflusst. Die Intention dieser Arbeit ist ferner, auf einen relevanten Umstand aufmerksam zu machen: In den bisherigen EU-Beitrittsprozessen sind EU-skeptische bzw. -gegnerische Positionierungen innerhalb der Länder, über deren Beitritt verhandelt wurde, im westlichen Kontext nicht besonders beachtet worden. Zum Beispiel wurden im Prozess der Ost-Erweiterung der Union einige EU-skeptische Gruppierungen in den verschiedenen Beitrittsstaaten, wie die katholische Kirche in Polen oder ultranationalistische Gruppen, nicht besonders ernst genommen. Durch die Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden (auch vorübergehend in Irland) hat man allerdings eingesehen, dass die Unterbewertung des EU-Skeptizismus⁵ nicht richtig gewesen ist – sie hat zu einem defizitären Bild der gesamten EU geführt. Der EU-Skeptizismus soll daher im Gegensatz zu früher – sowohl in den Mitglieds- als auch in den Beitrittsländern – umfassend untersucht werden. Dies ist auch deshalb unerlässlich, weil dadurch – unter Beachtung des Selbstverständnisses des jeweiligen Beitrittslandes sowie unter Berücksichtigung des Beitrittsprozesses selbst – erst eingeschätzt werden kann, ob ein solcher Beitritt überhaupt realistisch ist. Die EU ist ein gemeinsames Projekt der europäischen Staaten/Völker, die in den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereichen so weit wie möglich auf eine Zusammenarbeit bzw. Einigung zielt. Hinsichtlich der Integration der Türkei in dieses Projekt hält man auf EU-Ebene überwiegend an einem Abgrenzungsdiskurs fest, weil demnach die Festlegung der Grenzen dieser Union gefordert wird. Allerdings stellt die Schilderung EU-skeptischer (und -gegnerischer) Einstellungen in der Türkei eine ganz andere Blickrichtung dar: Nicht Skepsis nach außen, sondern Skepsis von außen. Damit gelingt das Aufbrechen einer „eurozentristischen“ Perspektive.

Des Weiteren herrscht in Europa, zumindest in Deutschland, ein Bild vor, demzufolge die Türken unbedingt in die EU möchten. Dabei gerät sehr schnell aus dem Blick, dass es in der Türkei mehr als nur eine Meinung zu dieser Frage gibt. Dementsprechend sind bis dato in Bezug auf die Türkei-EU-Beziehungen sowohl auf der europäischen als auch auf der türkischen Seite überwiegend die eine Europäische Integration unterstützenden Stimmen einbezogen worden. So begründet sich eine Illusion, die in der bisherigen Beziehung

⁵ In der politikwissenschaftlichen Literatur werden neben dem Begriff „EU-Skeptizismus“ auch die Begriffe „Euro-Skeptizismus“, „Europa-Skepsis“, „Euro-Skepsis“ oder „Euro-Phobie“ verwendet. Es gibt also keine einheitliche Bezeichnung für die Beschreibung der Vorbehalte gegenüber der EU. Im englischen Sprachraum wird der Begriff „euroscepticism“ verwendet, den man im Deutschen mit Euroskeptizismus übersetzt. Hier besteht aber die Möglichkeit eines Missverständnisses, da sich der Begriff auch auf monetäre Aspekte der Währung Euro beziehen kann und somit die Skepsis bezüglich des Euro ausdrückt. Um diesbezüglich eindeutig zu sein, wird in dieser Arbeit daher der Begriff „EU-Skeptizismus“ benutzt.

zwischen der Türkei und der EU wirkmächtig gewesen ist. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die (meisten) Leser sich an pro-integratorische Standpunkte gewöhnt haben. Es lassen sich aber durchaus nicht zu unterschätzende EU-skeptische sowie -gegnerische Neigungen innerhalb der Türkei feststellen. Daher kann sicher behauptet werden, dass die Bewertung der EU-Türkei-Beziehungen oberflächlich bleibt, wenn diese skeptischen (und gegnerischen) Teile nicht beleuchtet werden. Hier ansetzende Forschung schafft ein Bewusstsein dafür, dass das Thema selbst in der Türkei kontrovers debattiert wird. Schließlich ist es sowohl für die EU-Gremien selbst als auch für die europäischen Befürworter eines Beitritts der Türkei wichtig zu wissen, warum es unterschiedliche Widerstände in der Türkei gibt, auch um mit diesen besser umgehen zu können. Ziel dieses Dissertationsprojektes ist es daher, den EU-Skeptizismus in der Türkei zu explizieren. Zu diesem Zweck sind die folgenden Fragestellungen zentral:

- 1) Wie gestaltet sich der EU-Skeptizismus in der Türkei?
- 2) Wie verhalten sich türkische Parteien gegenüber der EU?
- 3) Welche Rolle spielt die EU bezüglich des türkischen EU-Skeptizismus?
- 4) Welche EU-skeptischen bzw. -gegnerischen Argumente existieren in der Türkei?

Folgende Thesen werden in der vorliegenden Arbeit aufgestellt: Erstens lässt sich die Grundhaltung der türkischen Gesellschaft bezüglich der EU-Mitgliedschaft nicht als eine prinzipielle Gegnerschaft bewerten, obschon auch diese bei Einzelnen besteht, sondern überwiegend als einen „schwankenden“ EU-Skeptizismus. Bei der Wandlung des türkischen EU-Skeptizismus – sowohl in eine EU-Befürwortung als auch in eine EU-Gegnerschaft –, sind sowohl die Entwicklungen in der Türkei als auch in der EU von großer Bedeutung. Zweitens werden sowohl EU-befürwortende als auch EU-skeptische bzw. -gegnerische Tendenzen und Argumente in der türkischen Politik vertreten. Drittens kann man bei der Entstehung oder der Ab-/Zunahme des EU-Skeptizismus in der Türkei die Politik der EU-Seite nicht außer Acht lassen. Viertens können EU-skeptische bzw. -gegnerische Neigungen den EU-Prozess bzw. die Realisierung der Beitrittsbedingungen in der Türkei verlangsamen. Die Idee der vorliegenden Arbeit ist es, das (soziologische und politische) Phänomen des türkischen EU-Skeptizismus durch die Untersuchung politischer Parteien zu erhellen. Diese sind nicht nur ein wichtiger Schauplatz gesellschaftlicher Entwicklungen im Allgemeinen, sondern spiegeln mit ihrer ideologischen Orientierung auch unterschiedliche Aspekte des EU-Skeptizismus der türkischen Bevölkerung wider, die diese Arbeit aufzuzeigen und zu erläutern beabsichtigt. Hierfür wurden drei Parteien ausgewählt: die islamisch-konservativ-

demokratische AKP (die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung), die kemalistisch-sozialdemokratische CHP (die Republikanische Volkspartei) und die türkisch-nationalistische MHP (die Nationalistische Bewegungspartei), die zurzeit die drei stärksten Parteien im türkischen Parlament darstellen (1., 2. und 3.). Zu beachten ist außerdem Folgendes: So, wie der EU-Prozess an sich dynamisch ist, können die Positionierungen der Akteure (nämlich EU-Befürworter, EU-Gegner und EU-Skeptiker) bezüglich des EU-Beitritts zeitlich schwanken. Deshalb ist es teilweise schwer möglich, eine Partei in diesem Sinne genau einzuordnen: Lediglich die MHP agiert kontinuierlich überwiegend EU-skeptisch. Hingegen ist die offizielle Politik der AKP und der CHP EU-befürwortend, aber dies bedeutet nicht, dass es innerhalb dieser Parteien keine EU-skeptischen und -gegnerischen Stimmen gäbe. Hierbei ist zu fragen, wie Skepsis gegen die EU in einer Partei entsteht, welches Gewicht ihr bei der Gestaltung der offiziellen Haltung der Partei zukommt und ob sie eventuell auch nur eine taktische Konzession ist. Ferner darf nicht der falsche Eindruck erweckt werden, diese Parteien würden sich hinsichtlich der EU im Sinne eines „Entweder – Oder“ positionieren.

In Bezug auf die Methodik der Arbeit basiert die wissenschaftliche Untersuchung auf der Auswertung primärer und sekundärer Literatur der EU-skeptischen bzw. -gegnerischen Gruppierungen und Interviews mit deren wichtigsten Vertretern. Hierzu werden besonders seit dem Jahr 2005 viele Bücher veröffentlicht. Die Namen der Gesprächspartner der Interviews werden in chronologischer Reihenfolge aufgelistet, wobei deren wichtige Merkmale – wie Akteursgruppe, Organisation und Position – ebenfalls ersichtlich werden. Dabei werden ebenso Interviews mit Vertretern anderer Gruppen – also mit den EU-Befürwortern und auch -Gegnern – durchgeführt, damit die EU-Beitrittsperspektive der Türkei vielseitig bewertet werden kann. Es wird detailliert nach den Ausgangsbedingungen, den zentralen Akteuren des Geschehens, den Akteurskonstellationen und Machtverhältnissen, den Zielsetzungen und politischen Positionen dieser Personen/Gruppen gefragt. Hinzu kommen Kommentare aus der Armee und der Zivilgesellschaft, etwa aus Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen, Menschenrechtsgruppen, von Religionsvertretern und Medien. Außerdem wird die aktuelle EU-Debatte in der Türkei in neueren Publikationen, TV-Programmen, Interviews etc. verfolgt. Analysiert werden auch die Daten der Eurobarometer und die regelmäßigen Berichte der EU. Bei der Auswahl der Literatur wurde insbesondere darauf geachtet, sowohl wissenschaftliche Literatur aus dem türkischen In- und Ausland als auch publizistische Literatur (beispielsweise Medienberichte und Meinungsumfragen) zu analysieren. Im Rahmen der empirischen Analyse sind rund 100 Interviews sowohl in der Türkei als auch in der EU – von Ankara bis Brüssel, von Berlin bis Istanbul – mit

Entscheidungsträgern und Meinungsbildern durchgeführt worden.⁶ Dabei wurde ebenfalls mit den unterschiedlichen Parteimitarbeitern gesprochen, damit die EU-Debatte in der Türkei, die EU-Politik der ausgewählten Parteien, die Türkei-Debatte auf EU-Ebene und somit die Zukunft der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei treffender eingeschätzt werden können. Daher zeichnet sich die Darstellung in dieser Dissertation durch die besonders umfangreiche Behandlung und die große Zahl und Verschiedenheit der Quellen aus.

Der Untersuchungszeitraum der Arbeit umfasst ungefähr die erste Dekade des 21. Jahrhunderts; d. h., es sollen alle diesbezüglichen Ereignisse aus den Jahren 1999 bis 2010 untersucht werden. Die Türkei bekam 1999 den Status eines Beitrittskandidaten verliehen und befindet sich seitdem in einem Prozess, dessen Ende zwar nicht von vornherein garantiert wurde, aber dessen Ziel der Beitritt ist.

Was wird in diesem Dissertationsprojekt behandelt bzw. wie gestaltet sich der Aufbau? Im Anschluss an die Einleitung im ersten Kapitel werden im zweiten Kapitel die Rahmenbedingungen der Arbeit dargelegt. Dabei handelt es sich grundsätzlich um geschichtliche Erklärungen. In diesem Zusammenhang werden der Osmanische Hintergrund (Kapitulationen, Tanzimat-Reformen und Vertrag von Sèvres), die Gründung der Republik Türkei (und Atatürks Konzept der „Batıllaşmak“: Kemalismus), die Parteienentwicklung und das Wahlsystem in der Türkei, der institutionelle Anschluss der Türkei an den Westen (seit 1945) sowie die Beziehungen zwischen der Türkei und der EWG bzw. der EU erläutert.

Um eine Forschung über den EU-Skeptizismus in der Türkei bzw. der türkischen Politik zu realisieren, müssen die Themen, die Ursachen, die verschiedenen Tendenzen sowie Fragestellungen des EU-Skeptizismus verdeutlicht werden. Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit diesen wichtigen, konzeptuellen Grundlagen der vorliegenden Arbeit: Zunächst werden Definitionen und Modalitäten des EU-Skeptizismus verdeutlicht. Um den türkischen EU-Skeptizismus mit den verschiedenen Arten des europäischen EU-Skeptizismus zu konfrontieren und dadurch die Plausibilität der Untersuchung zu erhöhen, werden überdies EU-skeptische Gruppierungen und Motivationen in den europäischen Staaten vorgestellt. Dies bietet zugleich die Chance, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen beiden festzustellen. Anders ausgedrückt: Die Diskussionen im Hinblick auf die Integration (und Erweiterung oder Vertiefung) der EU finden mehr oder minder ausgeprägt in ganz Europa

⁶ Aus diesen Interviews entstanden zwei Buchprojekte. Das erste ist Ermagan, Ismail (Hg.): „Die Europäische Union und der Beitritt der Türkei. Positionen türkischer Parteien und der Parteien im Europäischen Parlament“, Münster, 2010. Das zweite ist in Vorbereitung und wird voraussichtlich den Titel tragen: „Der Beitritt der Türkei in die EU: EU-skeptische und -befürwortende Positionen in der türkischen Zivilgesellschaft“.

statt. Die Erläuterung EU-skeptischer Thesen in der Türkei bietet insofern die empirische Grundlage für Vergleiche mit anderen EU-skeptischen Argumenten, Bewegungen und Parteien in den anderen europäischen Staaten. Darin besteht der zweitwichtigste Beitrag der folgenden Ausführungen zur politikwissenschaftlichen Literatur. Darüber hinaus werden im dritten Kapitel die Positionen in der Türkei bezüglich der EU-Integration (EU-Befürworter, EU-Gegner und EU-Skeptiker) erklärt. Das vierte Kapitel bildet den Hauptteil der Arbeit: Hier werden erstens die EU-Haltung der ausgewählten Parteien in der Türkei (nämlich AKP, CHP und MHP) bzw. deren EU-Skeptizismus demonstriert. Diese Analyse orientiert sich an folgenden Aspekten:

- die Geschichte/Entwicklung der jeweiligen Partei- ideologische Anhaltspunkte des Programms der jeweiligen Partei- die Interessenkonstellationen der jeweiligen Partei bezüglich ihrer EU-Haltung
- die Rolle der jeweiligen Partei in der Geschichte der EU-Türkei-Beziehungen
- die skeptische EU-Haltung der jeweiligen Partei- die Zusammenfassung des EU-Skeptizismus der jeweiligen Partei

Es wird untersucht, weshalb diese Parteien die EU-Mitgliedschaft der Türkei unterstützen, unter welchen Bedingungen sie EU-skeptisch werden und wie dies den EU-Beitrittsprozess der Türkei beeinflusst.

Im vierten Kapitel wird zweitens die (eventuelle) Rolle Europas im türkischen EU-Skeptizismus analysiert – mithilfe der Frage, ob die Haltung der EU-Institutionen und -Mitgliedstaaten sowie die Öffentlichkeit in den EU-Ländern bei der Entstehung des EU-Skeptizismus in der Türkei eine Rolle spielt und, wenn ja, welche. Die Untersuchung erfolgt in drei Schritten: 1) Hinsichtlich der Haltung der EU zum Türkeibeitritt werden die Rolle der Beitrittsbedingungen zwischen der EU und der Türkei und die Zypern-Frage dargestellt. 2) In Bezug auf die Türkei-Präferenzen von EU-Mitgliedsstaaten werden das Konzept von Kanzlerin Merkel: „privilegierte Partnerschaft“, der Vorschlag von Präsident Sarkozy: „Mittelmeerunion“ und die Annahme des Armenier-Gesetzes in Frankreich und dessen Auswirkungen auf den türkischen EU-Skeptizismus erörtert. 3) Im Hinblick auf die Debatten in der europäischen Öffentlichkeit werden die Türkei-skeptische Haltung mancher EU-Länder, die Äußerungen Papst Benedikts XVI. zum Islam und zum Propheten Mohammed und die Mohammed-Karikaturen in den westlichen Medien beleuchtet. Am Ende des Kapitels wird das Verhältnis zwischen diesen exogenen Determinanten des türkischen EU-Skeptizismus und den Positionen der AKP, CHP und MHP zusammengefasst.

Es werden im vierten Kapitel drittens die EU-skeptischen Argumente in der Türkei und diesbezügliche Betrachtungen der ausgewählten Parteien dargestellt. Die EU-skeptischen Argumente sind ziemlich vielfältig. Weil sie sowohl im türkischen als auch im europäischen wissenschaftlichen Diskurs bislang kaum erforscht worden sind und weil sie im Zusammenhang der EU-Türkei-Beziehungen nicht ignoriert werden dürfen, werden sie hier ausführlich erörtert: Bezüglich der historisch begründeten Argumente des türkischen EU-Skeptizismus werden das „Tanzimat-Syndrom“ und das „Sèvres-Syndrom“ vorgestellt. Es werden folgende politische Argumente diskutiert:

- „Der EU-Beitritt bedeutet das Ende der souveränen, unitären, nationalen und kemalistischen Republik der Türkei.“
- die Intention bzw. die Versuche der EU zur Schwächung der türkischen Armee
- die Vorgehensweise der EU bezüglich des PKK-Terrorismus und Menschenrechtsverständnisses
- die alevitische Minderheitenpolitik der EU gegenüber der Türkei
- die Zukunft der EU: politische Einigung oder wirtschaftlicher Binnenmarkt?
- anstelle der EU-Vollmitgliedschaft eine Zusammenarbeit

Geopolitische Argumente des türkischen EU-Skeptizismus umfassen die „Zugeständnisse im Ägäischen Meer“ und „Pläne der EU bezüglich der Teilung der türkischen Kontrolle über die Wasservorräte von Euphrat und Tigris“. Wirtschaftliche Argumente beziehen sich auf die Unterkapitel „Damals Kapitulationen, heute Zollunion“ und „Verkauf der nationalen wirtschaftlichen Interessen der Türkei durch die Privatisierung“. Hinsichtlich der religiösen Argumente wird „[d]er geheime Wunsch: Istanbul als Zentrum der orthodoxen Welt“ erläutert. Dabei werden nicht nur EU-skeptische Einstellungen, sondern, wenn nötig, anhand von unterschiedlichen Quellen und Repräsentanten auch EU-gegnerische beleuchtet. Dadurch wird das Thema weniger abstrakt, und die Bandbreite des türkischen EU-Skeptizismus lässt sich besser einschätzen.

Im fünften Kapitel der Arbeit wird das Resümee gezogen, das aus zwei Teilen besteht: einer Zusammenfassung, in der der türkische EU-Skeptizismus als Ergebnis innerer und äußerer Faktoren betrachtet wird, und einer Analyse der Zukunftsaussichten bezüglich des Verhältnisses von Türkei-EU-Beziehungen und türkischem EU-Skeptizismus.

Die Beitrittsfrage der Türkei ist bereits ein wichtiges Thema in der internationalen Politik, und es sieht so aus, als ob es zumindest mittelfristig dabei bleiben könnte. Die Untersuchung

des türkischen EU-Skeptizismus (auch in der Politik) stellt in diesem Kontext ein wichtiges Forschungsdesiderat dar.

2 RAHMENBEDINGUNGEN

Nachfolgend werden unterschiedliche Aspekte der Beziehung zwischen dem Westen und den Osmanen⁷ bzw. zwischen der EU und der Türkei geschildert.

2.1 Osmanischer Hintergrund

Es ist bei der Diskussion um die EU-Mitgliedschaft der Türkei spürbar, dass kollektive Selbst- und Fremdbilder vor dem Hintergrund der gegenwärtigen und vergangenen Machtverhältnisse zwischen den Parteien zu reflektieren sind.⁸ Hierzu ist festzuhalten, dass historische Geschehnisse aus osmanischer Zeit sowohl die türkische Seite als auch die europäische Seite oftmals negativ beeinflussen.⁹ Dementsprechend benutzen türkische EU-skeptische bzw. -gegnerische Gruppen die Geschichte als ein Instrument, indem sie bestimmte historische Ereignisse für ihre Argumente gegen die EU-Mitgliedschaft nutzen. Deshalb werden an dieser Stelle diese aus der Geschichte stammenden Ursachen des türkischen Skeptizismus gegenüber Europa behandelt, welche bei der Entstehung und Verbreitung des türkischen EU-Skeptizismus von hoher Bedeutung sind. Die Idee dieses Abschnitts der Arbeit ist, die Geschichte bzw. relevante geschichtliche Ereignisse (z. B. Vertrag von Sèvres) selbst nicht anachronistisch zu interpretieren oder mit aktuellen Entwicklungen in Verbindung zu setzen, sondern als einen Ausgangspunkt der Positionierung der türkischen EU-Skeptiker zu begreifen.

⁷ Siehe İnalçık, Halil: Turkey and Europe: A Historical Perspective, in: Perceptions, 1997, S. 76-92; vgl. Kurt, Cahit: Die Türkei auf dem Weg in die Moderne, 1989; Shaw, Stanford J.: Das Osmanische Reich und die moderne Türkei, in: Fischer Weltgeschichte: Der Islam 2. Die islamischen Reiche nach dem Fall von Konstantinopel, 1971, S. 24 – 143 und Mardin, Şerif: The Genesis of Young Ottoman Thought: A Study in the Modernization of Turkish Political Ideas, 1962.

⁸ Vgl. Yurdusev, Nuri: Perceptions and Images in Turkish (Ottoman)-European Relations, in: Ismael, Tareq Y. / Aydin, Mustafa: Turkey's Foreign Policy in the Twenty-First Century: A Changing Role in World Politics, Ashgate, 2003, S. 77-99.

⁹ Vgl. Kürsat-Ahlers, Elcin/ Tan, Dursun/ Waldhoff, Hans-Peter (2001): Türkei und Europa. Facetten einer Beziehung in Vergangenheit und Gegenwart, Iko-Verlag für Interkulturelle Kommunikation, S. 2-9.

2.1.1 Kapitulationen

Kapitulationen sind ein wichtiger Grund für eine EU-skeptische bis -gegnerische Haltung in der Türkei, da die Osmanen auch durch wirtschaftliche Manipulationen in Form erzwungener Kapitulationen von den europäischen Staaten zerstört worden seien.¹⁰

Mit Kapitulationen des Osmanischen Reiches sind hier und im Folgenden Abkommen überwiegend im Bereich des Handels mit verschiedenen europäischen Staaten gemeint, die allesamt Einschränkungen für das Reich zur Folge hatten. Infolge zunehmender finanzieller Schwierigkeiten, zu denen lang dauernde, kostenaufwendige Kriege geführt hatten, sahen sich die Osmanen besonders im 19. Jahrhundert zu „Kapitulationen“¹¹ gezwungen, d. h. zu Wirtschaftsabkommen, die dem europäischen Handel im Osmanischen Reich gegenüber den einheimischen Kaufleuten erhebliche Vorteile einräumten. Sie waren in Form von Privilegien des Sultans abgefasst. Für Handelsrechte im Osmanischen Reich sagten europäische Staaten Tribute oder Militärhilfen zu.¹² Mit dem Pariser Frieden von 1856 wurden die Osmanen z. B. durch ihre Deklaration für eine bedingte Modernisierung ins europäische Mächtesystem aufgenommen, aber die Kapitulationen blieben bestehen.¹³ In diesem Zusammenhang ist Höhfeld der Auffassung, dass „der ‚kranke Mann am Bosphorus‘ mit Hilfe der Kapitulationen gezielt nach den wirtschaftlichen Vorstellungen Europas ‚geformt‘ wurde“.¹⁴

Auch wenn die Kapitulationen meistens für beide Seiten gelten, hat dabei die Seite mit der stärkeren Wirtschaft den Vorteil und die Seite mit der schwächeren Wirtschaft den Schaden. Als Beispiele für solche Kapitulationen können gezählt werden:¹⁵ das Recht, sich in osmanischen Städten zu organisieren; die Anerkennung, dass bei Unstimmigkeiten zwischen Ausländern ihre Konsulate die Zuständigkeit eines Gerichts haben; die Freiheit, innerhalb des osmanischen Gebiets zu reisen, Transport und Handel zu treiben und die Freiheit, in osmanischen Gewässern Schiffe zu betreiben. Osmanische Staatsbürger erhielten in den europäischen Staaten die Rechte, die ein Europäer im Osmanischen Reich besaß. Da sich aber

¹⁰ Siehe Unterkapitel 4.3.4.1.

¹¹ Vgl. Dawletschin-Linder, Camilla: Die Rolle der europäischen Mächte bei der Auflösung des Osmanischen Reiches: Auswirkungen für Türken und Griechen, in: Zeitschrift für Türkeistudien, 5 (1992) 2, S. 173 f.

¹² Vgl. Neumann, Christoph K.: Ein besonderes Imperium (1512-1596), in: Kreiser, Klaus/Neumann, Christoph K. (Hg.) (2006): Kleine Geschichte der Türkei, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 134

¹³ Vgl. Schölch, Alexander (1975): Wirtschaftliche Durchdringung und politische Kontrolle, S. 409, 411.

¹⁴ Vgl. Höhfeld, Volker: Türkei. Schwellenland der Gegensätze, 1995, S. 56.

¹⁵ Vgl. Jorga, Nicolae (1990): Geschichte des Osmanischen Reiches. Eichborn Verlag, S. 24-39; vgl. Kreiser, Klaus (2001): Der osmanische Staat 1300-1922, S. 75-88.

die osmanische Wirtschaft zum größten Teil auf die Landwirtschaft stützte, gab es praktisch keine Bereiche, womit sie in den europäischen Ländern hätte Handel treiben können. Zudem lagen die Einfuhrzölle unter den Ausfuhrzöllen.

Die Ursache der Kapitulationen lag vorrangig darin, dass die Ausländer, die sich im Osmanischen Reich niederließen, die Sicherheiten nutzen wollten, die sie von ihren Heimatländern gewohnt waren. Auf der anderen Seite war auch der Umstand, dass sich das Rechtssystem im Osmanischen Reich auf die Scharia stützte, ein Grund dafür, dass sich Ausländer, die mit den Osmanen Handel trieben, um Kapitulationen bemühten. Zusätzlich hatten auch die Auslandsschulden des Osmanischen Reiches einen Einfluss auf die prekäre wirtschaftliche Situation. Der Grund für die erstmalige Kapitulation war allerdings, dass das Osmanische Reich seinen Handel im Mittelmeer entwickeln wollte. Die ersten Kapitulationen wurden 1536 von Sultan Suleiman gegenüber Frankreich gewährt.¹⁶ Eine andere Absicht war, dass durch das Pflegen guter Beziehungen zu diesem europäischen Land das Entstehen einer christlichen Union zu verhindern sei. Bezüglich der Kapitulationen ist das wichtigste Ereignis die industrielle Revolution im 19. Jahrhundert, aus der zwischen dem Osmanischen Reich und Europa ein qualitativer Unterschied im wirtschaftlichen Bereich entstand. Überdies stieg als Folge der industriellen Revolution in Europa die Nachfrage nach Rohstoffen stark. Daraufhin wandte die osmanische Regierung ab 1826 das Monopolsystem an, eine Art Schutzsystem, um die Ausfuhr von Rohstoffen aus dem Land und somit die Arbeitslosigkeit von Handwerkern zu verhindern. Der Handelsvertrag von 1838 (Baltaliman)¹⁷ öffnete das gesamte Osmanische Reich für Europa als einen einheitlichen Markt. Dadurch wurden

¹⁶ Es wurde allerdings nie ratifiziert.

¹⁷ Das Osmanische Reich bat England um Hilfe, um 1832 den Aufstand des Gouverneurs von Ägypten, Kavalali Mehmet Ali Pascha, zu unterdrücken. Als Gegenleistung für diese Hilfe wurde mit den Engländern 1838 ein Vertrag unterschrieben, der den Engländern aus wirtschaftlicher Sicht große Privilegien einräumte. Dazu gehörte z. B. Folgendes:

- Es wurde vorgesehen, dass sich neben den osmanischen Bürgern auch Engländer am Binnenhandel beteiligen können.
- Englische Staatsbürger erhielten das Recht, osmanische Produkte zu exportieren.
- Für englische Produkte, die mit englischen Schiffen gebracht wurden, wurde nur einmal Zoll bezahlt, unabhängig davon, wohin diese Waren gebracht wurden. Somit zahlten englische Staatsbürger beim Handel innerhalb der Staatsgrenzen des Osmanischen Reiches sogar weniger Steuern als osmanische Staatsbürger.

Vgl. Gelvin, James L. (2005): The Modern Middle East, Oxford University Press, S. 77.

Exportverbote und staatliche Monopole aufgehoben. Ferner erhielten ausländische Händler die gleichen Rechte wie die inländischen. In den Jahren zwischen 1838 und 1841 wurden ähnliche Verträge mit Frankreich, Schweden, Norwegen, Spanien, Holland, Belgien, Dänemark und Portugal abgeschlossen und somit das System der Kapitulation verfestigt. Fortan entwickelten sich die Dinge so, dass das Osmanische Reich keine Fertigprodukte mehr herstellte, sondern anstelle von Stoffen Fäden, anstelle von Fäden rohe Baumwolle oder Wolle, ja sogar Baumwollkapseln verkaufen musste. Der osmanische Staat wurde angesichts der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit des osmanischen Handwerks zum Exporteur von Rohstoffen und zum Importeur von europäischen Waren. Es kam durch Misswirtschaft und Überschuldung 1875 und 1881 jeweils zu einem Zusammenbruch der osmanischen Staatsfinanzen, die durch eine internationale Schuldenverwaltung der europäischen Staaten saniert werden sollten. Hierzu äußert Yeşilyurt Folgendes: „Mit der infolge der ‚Kapitulationen‘ entstandenen einseitigen Benachteiligung des Osmanischen Reiches durch niedrigere Einfuhr- und hohe Ausfuhrzölle begann sein Niedergang. Während des 19. Jahrhunderts stiegen die Rohstoffe aus Anatolien an, während zollfreie Importe die osmanische Produktion beeinträchtigten. [...]. Die zahlreichen Kredite, Militär- und Wirtschaftshilfen führten dazu, dass sich das Osmanische Reich, das nunmehr über eine Scheinsouveränität verfügte, in eine nahezu koloniale Abhängigkeit von den europäischen Großmächten begab, die letztlich zu seinem wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch nach dem Ersten Weltkrieg führte.“¹⁸

Die Kapitulationen, die 1914 von der osmanischen Regierung, nämlich der İttihat ve Terakki Partei (Komitee für Einheit und Fortschritt), aufgehoben wurden, wurden mit dem Vertrag von Sèvres wieder eingeführt.¹⁹ Letztendlich wurden sie mit dem Vertrag von Lausanne aufgehoben.²⁰ Die Türkei musste die Außenschulden des Osmanischen Reiches bis in die 1950er Jahre hinein an verschiedene europäische Staaten zurückzahlen.

In diesem Zusammenhang meint Höhfeld, dass jene historischen Ereignisse auch heute noch die Ursache für die erbitterten Reaktionen der Türkei gegenüber allem sind, was gegen sie ausgerichtet zu sein scheint oder nach einer Beeinflussung aussieht.²¹ Gumpel bezeichnet

¹⁸ Vgl. Yeşilyurt, Zuhâl (2000): Die Türkei und die Europäische Union, S. 18 – 19.

¹⁹ Vgl. Yıldırım, İsmail (2001): 19. Yüzyıl Osmanlı Ekonomisi Üzerine Bir Değerlendirme (1838-1918), *Fırat University Journal of Social Science*, Cilt: 11 Sayı: 2, S. 313-326.

²⁰ Vgl. Ortaylı, İlber (2006): Osmanlı İmparatorluğu'nda Alman Nüfuzu, Alkım Yayınevi, S. 65.

²¹ Vgl. Höhfeld, Volker (1995): S. 59.

negative geschichtliche Erfahrungen wie Kapitulationen als die „psychologischen Barrieren, die vor einer Integration in die Europäische Gemeinschaft (EG) stehen“.²²

2.1.2 Die Periode der Tanzimat²³

Die Tanzimat-Reformen sind einer der wichtigsten Gründe des EU-Skeptizismus in der Türkei. Die Tanzimat-Periode stellt die Epoche der Reformen zwischen 1839 und 1876 im Osmanischen Reich dar: Angesichts des ökonomischen und militärischen Entwicklungsrückstandes im Vergleich zu den europäischen Staaten im 18. und besonders im 19. Jahrhundert zielten die Osmanen darauf ab, durch westliche Reformen den Staat zu modernisieren.²⁴ Ihre wichtigsten Reformschritte waren das „Hatt-ı Şerif (Edles Handschreiben von Gülhane“ (1839), das „Hatt-ı Hümayun (Großherrliches Handschreiben“ (1856), die erste Verfassung (Kanun-i Esasi, „Grundgesetz“) von 1876 sowie die zweite Verfassung von 1908.²⁵ Hierdurch verzichtete der Sultan auf seine unbeschränkten Rechte über das Leben und Eigentum seiner Beamten und es wurden die zivilrechtliche Gleichheit sowie das Finanz-, Justiz- und Heerwesen reorganisiert. Die Tanzimat-Periode begann also mit dem sultanischen Erlass des Reformedikts Hatt-ı Şerif.²⁶ Der osmanische Staat leitete eine Reformpolitik ein, die vor allem die öffentliche Verwaltung sowie das Bildungs- und Rechtswesen beeinflusste.²⁷ Dadurch wurde allen Untertanen der Schutz des Lebens, der Ehre und des Vermögens gewährleistet. Überdies wurden die Steuern fortan gerecht und geregelt festgesetzt und eingetrieben. Zudem wurden die Wehrdienstpflichtigen geordnet einberufen und auch ihre Wehrdienstzeit wurde geregelt. Ferner wurde die Öffentlichkeit des Strafverfahrens deklariert, z. B. erhielten Christen im Jahr 1847 das Recht, als Zeugen vor Gericht aufzutreten.

Das zweite Reformedikt Hatt-ı Hümayun war eine Antwort der osmanischen Regierung auf den Druck Englands, Frankreichs und Österreichs, den begonnenen Reformprozess

²² Vgl. Gumpel, Werner: Die Europäische Gemeinschaft – Chance und Risiko für die türkische Wirtschaft, in: Hasenpflug, Hajo/Kohler, Beate (Hgg.): Die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft. Wende oder Ende der Integration, 1977, S. 184 f.

²³ Tanzimat bedeutet: Anordnungen, Verordnungen, Neuordnung.

²⁴ Vgl. Wolff, Arno: Tanzimat. Der erste Versuch einer Modernisierung in der Türkei, in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_6889-544-1-30.pdf (23.11.2007).

²⁵ Vgl. Armaoğlu, Fahir (2010): 20. Yüzyıl Siyasi Tarihi 1914 – 1995 [Die Politische Geschichte des 20. Jahrhunderts 1914 – 1995], Alkım Verlag, S. 55 – 58.

²⁶ Vgl. Moser, Brigitte/Weitmann, Michael (2002): Die Türkei, S. 45 f.

²⁷ Vgl. Rüstow, Dankwart A. (1987): S. 31 und Peters, Richard (1961): S. 92.

voranzutreiben.²⁸ In diesem Rahmen wurden u. a. die Gesetze über den Boden (1858), das Verwaltungsgesetz (Vilayet, 1864) und das Zivilgesetzbuch (1869) realisiert. Dabei wurde die soziale Gleichheit aller Untertanen vor dem Recht hervorgehoben, ungeachtet ihrer Religion, und es wurde allen Konfessionen die freie Religionsausübung garantiert.²⁹ Somit war Kern dieses Reformedikts, dass das Millet-System aufgelöst und stattdessen das osmanische Untertanenrecht errichtet wurde: Bis dato waren alle Nichtmuslime drei Religionsgemeinschaften (Millets) zugeordnet worden: Orthodoxe Christen wurden als die Millet-i Rum, armenische Christen als die Millet-i Arman³⁰ und Juden als die Millet-i Yahud bezeichnet. Ferner war jede Millet unter der Kontrolle eines Ethnarchen („nationalen“ Führers). Dieser war jeweils ein religiöses Oberhaupt, das direkt dem Sultan verbunden war. Hierbei hatten ab dem Ende des 18. Jahrhunderts ausländische Schutzmächte – Großbritannien für die Juden, Frankreich für die Katholiken und Russland für die Orthodoxen – die Funktion der Ethnarchen übernommen. Mit der Gestaltung des osmanischen Untertanenrechts wurde die Stellung der zuvor erwähnten Gruppierungen nicht indirekt über ihre Ethnarchen bzw. die ausländischen Schutzmächte legitimiert. Folglich wurden staatliche Institutionen allen Untertanen zugänglich gemacht. Dies bildete eine Möglichkeit für eine weitere Modernisierung des osmanischen Staats.

Die Verfassung von 1876 war der Höhepunkt des Erneuerungsprozesses der Osmanen, die gemäß der belgischen Verfassung von 1831 und der preußischen Verfassung von 1850 entworfen worden war.³¹ Danach waren eine konstitutionelle Monarchie und ein Zweikammernparlament zu errichten. Durch die Artikel 8 bis 26 dieser Verfassung wurden der Schutz der persönlichen Freiheit sowie die Religions-, Presse- und Eigentumsfreiheit gewährleistet. Mit dem Artikel 8 wurden die Osmanen als „alle Untertanen des Osmanischen Reiches, unabhängig von ihrer Volkszugehörigkeit und ihrem religiösen Bekenntnis“

²⁸ Hierzu ist auch Folgendes zu erwähnen: „Nachdem das Osmanische Reich an der Seite von Großbritannien und Frankreich von 1853 bis 1856 im Krimkrieg gegen Russland gekämpft hatte, wurde es mit dem Frieden von Paris von 1856 als eine europäische Macht anerkannt und fügte sich in die europäische Völkerrechtsordnung ein. Die Bestätigung des ‚Europäisch-Seins‘ markierte einen Wendepunkt in den osmanisch-europäischen Beziehungen.“ Vgl. Yeşilyurt, Zuhail: 2000, S. 19. Dabei wurde ferner die Integrität der osmanischen Territorien durch die europäischen Großmächte garantiert. Im Gegenzug versprachen die Osmanen, weitere Reformen zu verwirklichen.

²⁹ Vgl. Morr, Hubertus von: Die Grundrechte in der türkischen Verfassung, in: Des Menschen Recht zwischen Freiheit und Verantwortung, 1989, S. 462.

³⁰ Dazu zählten auch Kopten und Syrer.

³¹ Vgl. Peters, Richard (1961): S. 110 – 120.

definiert. Hier existierten – in leicht veränderter Form – Prinzipien der Französischen Revolution, wie Gleichheit und Rechtsherrschaft, die ein freiheitlich-bürgerliches Gesellschaftssystem nach europäischem Vorbild aufbauen sollten.³² Nach dem Ausbruch des Russisch-Osmanischen Kriegs (1877 – 1878) wurde diese Verfassung 1876 von Abdülhamid II. aufgehoben. Dies beendete die Epoche der Tanzimat.

Insgesamt betrachtet strebte der entkräftete osmanische Staat mit diesen Reformen an, unter seiner nichtmuslimischen Bevölkerung für Loyalität zu sorgen, um so künftig Revolten und Unzufriedenheit zu verhindern. „Erst durch das Reformwerk der Tanzimat wurde eine Hinwendung des Osmanischen Reiches nach Europa deutlich und es unterstrich zugleich den ernsthaften Willen der Machthaber, den Anschluss an die europäische Entwicklung zu erreichen.“³³ Mardin erklärt, dass das Besondere an der Tanzimat das eigene „Japanische Vorgehen“ sei.³⁴ Damit ist eine Modernisierung durch die gleichzeitige Beibehaltung und Stärkung der traditionellen kulturellen Wertvorstellungen gemeint.³⁵

2.1.3 Vertrag von Sèvres

Ob es um eine fundamentale oder eine skeptische Haltung gegenüber der EU in der Türkei geht, gilt es auch das sogenannte Sèvres-Syndrom zu veranschaulichen.³⁶ Dessen Ausgangspunkt ist der Vertrag von Sèvres, der 1920 den Untergang des Osmanischen Reiches markierte. Nach dem Ersten Weltkrieg (1914 – 1918) wurden am 10. August 1920 mehrere Verträge geschlossen, die in ihrer Gesamtheit „Sèvres-Vertrag“ hießen und diesen Krieg beendeten. Auch das Osmanische Reich war unter den besiegten Ländern und musste daher diesen Friedensvertrag unterschreiben. Angesichts des türkischen Widerstands bzw. Befreiungskriegs (1919 – 1922) wurde er jedoch nicht umgesetzt, sondern 1923 im Vertrag von Lausanne zu Gunsten der Türkei revidiert.³⁷

Im Ersten Weltkrieg standen auf der einen Seite die Mittelmächte, nämlich das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn. Auf der anderen Seite standen die Mächte der Entente bzw. die

³² Vgl. Dawletschin-Linder, Camilla (1992): S. 172.

³³ Vgl. Aktas, Murat (2005): Die Türkei – Teil der Europäischen Union?, S. 10.

³⁴ Vgl. Mardin, Şerif (1990): European Culture and Development of Modern Turkey, in: Evin, Ahmet/Denton, Geoffrey (Hgg.): Turkey and the European Community, Opladen, S. 16 f.

³⁵ Vgl. Kinross, Lord (2002): The ottoman centuries, the rise and fall of the Turkish Empire, S. 44.

³⁶ Siehe Unterkapitel 4.3.1.2.

³⁷ Vgl. Lewis, Bernard (1968): The Emergence of Modern Turkey, S. 239 – 242.

Alliierten, bestehend aus Frankreich, Großbritannien und Russland sowie Serbien. Die Osmanen versuchten zuerst, sich in Form einer „bewaffneten Neutralität“ aus den Kampfhandlungen herauszuhalten. Sie hatten traditionell oft mit dem Deutschen Reich kooperiert. Gleichzeitig verfügten sie über enge (wirtschaftliche) Beziehungen mit den Entente-Mächten. Im Verlauf des Krieges nahm das Osmanische Reich mit dem Einfluss der jungtürkischen Partei Ittihad ve Terakki an der Seite der Mittelmächte teil. Dies war jedoch im Kabinett umstritten. Führende jungtürkische Politiker sahen diesen Krieg als Chance zur Rückeroberung verlorengegangener Gebiete auf dem Balkan sowie zur Umsetzung expansionistischer Zielsetzungen in Richtung Kaukasus und Zentralasien. Am Ende des Ersten Weltkrieges besiegten die Mächte der Entente die Mittelmächte.³⁸ Mit dem Osmanischen Reich wurde das Waffenstillstandsabkommen von Mudros (1918) unterzeichnet,³⁹ woraus schließlich der Vertrag von Sèvres resultierte. Danach wurden beinahe alle Gebiete der heutigen Türkei durch Großbritannien, Frankreich, Italien und Griechenland besetzt. Zum Beispiel wird die Eroberung von Istanbul von Kadritzke wie folgt beschrieben:

„Der Eroberer ritt auf einem Schimmel in die Stadt. Seine Truppen übernahmen die Kontrolle über den Hafen, über Kasernen, Polizeistationen und das Straßenbahnnetz. Es war der 8. Februar 1919, der Feldherr war der französische General Franchet d'Espère, die Stadt war Istanbul. Der Einzug der britisch-französischen Truppen in die Metropole, die über Jahrtausende als Brücke zwischen Europa und Asien galt, zelebrierte den Untergang des Osmanischen Reiches. Die Inszenierung sollte an die Eroberung Konstantinopels durch Mehmed II. erinnern. Der war 1453 in die byzantinische Hauptstadt eingezogen, auf einem weißen Pferd. Der Schimmel, auf dem d'Espère 466 Jahre später in die osmanische Metropole einritt, war ein Geschenk der Istanbuler Griechen. Sie sahen, wie ihre Landsleute im Königreich Griechenland, die Besetzung Istanbul als Auftakt zur Realisierung ihres vermessenem Projekts: eines großgriechischen Reiches in der Nachfolge von Byzanz. Wer über das Verhältnis der modernen Türkei zum modernen Europa nachdenkt, darf diese Szene nicht vergessen. Es gibt ja nicht nur den historischen Vormarsch der Osmanen in Europa, der mit der Erinnerung an die ‚Türken vor Wien‘ gerade jetzt wieder beschworen wird. Viel

³⁸ Vgl. Armaoğlu, Fahir: 2010, S. 99 – 148.

³⁹ Vgl. Helmreich, Paul C. (1974): From Paris to Sèvres. The Partition of the Ottoman Empire at the Peace Conference of 1919 – 1920, S. 3 – 5; vgl. Adkinson, Laura M. (1958): Great Britain and the Kemalist Movement for Turkish Independence, 1919 – 1923, S. 23 – 45.

kontinuierlicher, massiver und folgenreicher war die Rolle, die Europa und die europäischen Mächte auf dem Gebiet der heutigen Türkei gespielt haben.“⁴⁰

Nach dem Vertrag von Sèvres sollten in Ostanatolien ein unabhängiges Armenien und ein autonomes Kurdistan im Südosten des Landes entstehen; Griechenland sollte Izmir und Thrakien erhalten; Italien den südlichen Teil Westanatoliens und Frankreich den südöstlichen Teil Anatoliens bekommen sowie Istanbul unter der politischen und wirtschaftlichen Kontrolle der Alliierten verbleiben. Somit wäre nur Zentralanatolien als türkischer Rumpfstaat verblieben. Seitdem ist Sèvres für die Türken ein traumatischer Begriff.⁴¹



Abb. 1: Die im Vertrag von Sèvres vorgesehenen Interessenzonen⁴²

Zone 1: Meerengenzone (unter der Verwaltung von Großbritannien und Frankreich)
Zone 2: griechische Zone
Zone 3: italienische Zone
Zone 4: französische Zone
Zone 5: armenischer Staat
Zone 6: englische Zone

Für diese harten Beschlüsse des Vertrags von Sèvres wurden mehrere Gründe aufgezählt: 1) die Erinnerung der Entente an die verlustreiche Dardanellenschlacht von 1915 – 1916, 2) die Deportation bzw. der „Völkermord“ an den Armeniern von 1915 durch die Osmanen und 3) das Bestreben der Siegermächte, das Osmanische Reich aufzuteilen, was bereits vor und während des Krieges in geheimen Verhandlungen beschlossen worden war.⁴⁴

⁴⁰ Vgl. Kadritzke, Niels: Die Türken vor Brüssel. Europa, Sèvres und der Kemalismus, in: http://www.eurozine.com/articles/article_2005-05-05-kadritzke-de.html (05.5.2005).

⁴¹ Vgl. Shaw, Stanford J. (1971): S. 144 f.

⁴² Vgl. Kreiser, Klaus / Neumann, Christoph K. (2009): *Kleine Geschichte der Türkei*, S. 379

⁴⁴ Vgl. Temperley, Harold William Vazeille (1969): *History of the Peace Conference of Paris*, S. 23; vgl. Jäschke, Gotthard (1971): *Kurtuluş Savaşı ile ilgili İngiliz Belgeleri* [Englische Dokumente zum Befreiungskrieg], S. 54; vgl. George, Lloyd (1938): *The Truth about the Peace Treaties*, S. 64.

2.2 Die Gründung der Republik Türkei (1923)

Um die grundlegende Haltung der Türkei bzw. ihrer Gründungspartei CHP gegenüber Europa zu verstehen, sind die Etablierung der Türkischen Republik und der Kemalismus darzulegen. Gegen die Besatzungsmächte entstand unter der Führung von Mustafa Kemal (ab 1934 Atatürk genannt) im Mai 1919 eine Nationalbewegung, die bei den im Dezember 1919 durchgeführten Wahlen eine Zweidrittelmehrheit bekam und ihren Hauptsitz von Istanbul nach Ankara verlegte. 1920 unterzeichnete die Regierung des Sultans den Vertrag von Sèvres, den die Ankara-Regierung hingegen nicht anerkannte. Der Unabhängigkeitsprozess richtete sich sowohl gegen europäische Mächte wie Frankreich, Italien und Großbritannien als auch gegen Griechenland und Armenien. Somit kämpfte diese Nationalbewegung nicht nur gegen die Entstehung eines armenischen Staates auf dem Gebiet des Osmanischen Reiches nach dem Vertrag von Sèvres und gegen den östlichen Teil des armenischen Staates, der aus dem russischen Gebiet hervorgegangen war, sondern auch gegen die griechische Besetzung des westlichen Gebiets des Landes. Den Truppen des türkischen Befreiungskriegs schlossen sich verschiedene Ethnien, u. a. Tscherkessen, Kurden und Lasen an. Nach deren Siegen im Osten, Süden und Westen des Landes verhandelten die Alliierten in Mudanya am 11. Oktober 1922 über ein Waffenstillstandsabkommen mit der türkischen Regierung.⁴⁵ Noch während des Unabhängigkeitskrieges kam es zum Bruch zwischen der Ankara-Regierung und dem Sultan. Die Nationalversammlung stimmte am 1. November 1922 für die Trennung von Sultanat und Kalifat und schaffte das Sultanat ab, damit das Osmanische Reich endete. Die Grenzen der Türkei wurden im Vertrag von Lausanne am 24. Juli 1923 völkerrechtlich anerkannt. Ankara wurde am 13. Oktober 1923 zur Hauptstadt erklärt und die Republik Türkei am 29. Oktober desselben Jahres ausgerufen. Ferner wurde Mustafa Kemal Staatspräsident und İsmet Pascha (ab 1934 İnönü genannt) Ministerpräsident. So begann nach der Tanzimat-Periode und der jungtürkischen Verfassung (1908) der wichtigste Wendepunkt im Zuge der Westorientierung.⁴⁶

Die Führung der neu gegründeten Türkei war der Ansicht, dass durch die Transformation eines muslimischen Reiches in eine moderne Republik die „historische Feindschaft“ gegenüber Europa bzw. das Erbe der Kriege zwischen den Osmanen und dem Westen überwältigt und daraus eine freundschaftliche Zusammenarbeit konstruiert werden müsste.

⁴⁵ Vgl. Ahmad, Feroz (2005): Geschichte der Türkei. Magnus, S. 78 – 85.

⁴⁶ Vgl. Lewis, Bernard (1968): The Emergence of Modern Turkey, S. 56.

Hierfür strebte sie nicht nur danach, mit den europäischen Staaten, sondern auch mit dem mittlerweile bolschewistischen Russland gute Beziehungen aufzubauen.

2.2.1 Atatürks Konzept des „Batıllaşmak“:⁴⁷ der Kemalismus

Von Beginn an zielte Atatürk⁴⁸ darauf ab, dass sich in der Türkei mittels tiefgreifender Reformen im politischen und gesellschaftlichen Sinne ein moderner säkularer und europäisch orientierter Staat etablieren sollte: 1924 wurden das Kalifat und die Scharia abgeschafft. Überdies wurden bezüglich einer umfassenden „Kleiderreform“ 1925 der Fez (Kopfbedeckung der osmanischen Männer) und der Schleier für die Frau verboten. Zudem wurde die Koedukation eingeführt. Ferner wurde 1926 die islamische Zeitrechnung durch den Gregorianischen Kalender ersetzt und das metrische System akzeptiert. Des Weiteren wurden Rechtssysteme aus europäischen Ländern übernommen: 1926 wurde das Schweizer Zivilrecht (z. B. die Eihe mit einer Gleichstellung von Mann und Frau), das deutsche Handelsrecht und das italienische Strafrecht übernommen. Darüber hinaus wurde 1928 die Säkularisierung ausgerufen und die arabische Schrift durch die lateinische ersetzt. Außerdem wurde 1930 das aktive Frauenwahlrecht eingeführt und seit 1934 dürfen sich Frauen auch selbst zur Wahl stellen. „Somit versuchte Atatürk, einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit zu realisieren, und die Türkei dem arabisch-asiatischen Einfluss auf Kultur und Tradition zu entziehen. [...] Seine Reformen stellten eine konsequente und umfassende Ausrichtung nach Europa dar und bezweckten die Annäherung an den kulturellen, industriellen und wirtschaftlichen Stand der europäischen Staaten.“⁴⁹

Nach der Auffassung von Steinbach wäre „ohne die Tanzimat das Reformwerk Atatürks kaum vorstellbar. Die Abstreifung steriler Traditionen und überholter politisch-sozialer

⁴⁷ Mustafa Kemal benutzte hier den Begriff „Batıllaşmak“, dessen direkte Übersetzung „Verwestlichung“ ist. In diesbezüglicher türkischer Literatur wird nicht selten entgegnet, dass die Begriffe „Verwestlichung“ und „Modernisierung“ unmittelbar gleiche Bedeutung hätten. Ferner verwendete er dabei den Begriff „Muasırlaşmak“. Vgl. Kemal, Mustafa: Nutuk [Reden], Akis Kitap, 2007. Da die „Verwestlichung“ in den 20er Jahren verschiedene (europäische) Vorbilder gehabt hätte, inklusive eines faschistischen, verwende ich anstelle des Begriffes „Verwestlichung“ den der „Westausrichtung.“ Vgl. Gönübol, Mehmet: Goals and Principles: Feyzioglu, Turhan (Hg.): Atatürk's Way, 1982, S. 255 – 302.

⁴⁸ Siehe Kreiser, Klaus (2008): Atatürk: Eine Biographie, München; vgl. Landau, Jacob M. (1984): Atatürk and the Modernization of Turkey. Boulder, Colorado.

⁴⁹ Vgl. Yeşilyurt, Zuhâl: 2000, S. 24.

Strukturen ist also im Rahmen einer langen Tradition zu sehen.“⁵⁰ Im Gegensatz zu den Tanzimat-Reformern hob Atatürk hervor, dass die westliche Zivilisation aus einem Ganzen bestanden habe, das durch die Türkei vollkommen aufzunehmen wäre. Nach der Ansicht von Toynbee ist die Frage der Zugehörigkeit zum Westen der Türkei deshalb durch die Reformen von Atatürk weitgehend gelöst worden. Das Reformmotiv beim Osmanischen Reich sei “every time too little and too late” und somit konnten die Osmanen nicht begreifen, “any civilization, any way of life, is indivisible whole in which all the parts hang together and are interdependent.”⁵¹

Die Reformen unter der Leitung von Mustafa Kemal wirkten sich auf das Rechts- und Bildungswesen sowie das Alltagsleben in der Türkei aus. Hierbei drückte er seinen Wunsch mit den Worten, „die zeitgenössische Zivilisation [zu] erreichen“, aus.⁵² Dabei wird von Işıklı behauptet,⁵³ dass die „Verwestlichung“ für ihn die Möglichkeit sei, „aus der europäischen Bevormundung auszubrechen und den Weg in die Freiheit zu gehen. Atatürk wollte somit die Westernization trotz des Westens; die Europäisierung trotz Europa.“⁵⁴ Hierzu ist u. a. Güvenç der folgende Auffassung: “Kemalist Revolution was committed to building a contemporary society and modern nation along the Western lines. The emphasis, however, was on modernity and development; not imitation but creation. Western sources and resources were examined, adapted but not adopted. [...]. The goal was not Westernisation but modernisation, that is, development and progress in time-space.”⁵⁵ Die Leitlinien der Politik von Mustafa Kemal werden in der Literatur als „Kemalismus“ bezeichnet, der sich auf die folgenden „Sechs Pfeiler“ stützt:⁵⁶

1. Republikanismus: Dieser entstand aus der Dynamik des Freiheitskampfes und erfordert die Einheit des Nationalstaates. Danach soll die junge Türkei die

⁵⁰ Vgl. Steinbach, Udo (1981): Im Spannungsfeld zwischen Marxismus und islamischen Fundamentalismus: Ende des Verwestlichung?, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 50.

⁵¹ Vgl. Toynbee, A. J. (1953): The World and the West, Oxford University Press, S. 25 – 26.

⁵² Vgl. Atatürk, Mustafa Kemal (1961): Nutuk [Die Reden]. TTK; vgl. Atatürk Araştırma Merkezi (Hg.) (2006): Atatürk'ün Söylev ve Demeçleri I – III. [Sammlung von Atatürks Reden und Ansprachen vom Atatürk-Forschungszentrum].

⁵³ Vgl. Işıklı, Alpaslan (1996): Türkiye Manda ve Vesayet Altına Sokuluyor [Die Türkei wird unter Aufsicht und Vormundschaft gesteckt], in: Gümrük Birliğine Hayır [Nein zur Zollunion], Ankara, S. 124.

⁵⁴ Vgl. Yeşilyurt, Zuhâl (2000): S. 24.

⁵⁵ Vgl. Güvenç, Bozkurt (1994): Quest for Cultural Identity in Turkey – National Unity of Historical Diversities and Continuities, in: Zeitschrift für Türkeistudien 2 (1994) 7, S. 186 f.

⁵⁶ Vgl. Plattner, Hans (1999): Die Türkei, S. 20 – 22; vgl. Peters, Richard: 1961, S. 143; vgl. Udo, Steinbach: 1996, S. 139 – 145.

monarchische Sultanatsregierung ablehnen und eine republikanische Staatsform bestimmen.

2. **Nationalismus:** Dieser erfordert es, aus dem multikulturellen Osmanischen Reich einen Nationalstaat zu verwirklichen. Dies ist insofern eine Herausforderung, als es im Islam keinen Nationalbegriff gibt und dementsprechend keine Strukturen für eine türkische Nation vorhanden waren. Überdies basierte der von Atatürk gemeinte Nationalismus nicht auf einer Rasse, sondern vielmehr auf einer gemeinsamen Geschichte und Sprache. Dadurch wird die Idee des türkischen Nationalismus nicht auf die Türkischstämmigen beschränkt, sondern es werden alle ethnischen Gruppen einbezogen. Alle Menschen, die innerhalb der Grenzen der neuen Türkei lebten, sollten sich Türken nennen. Dadurch sollten die vielstimmige Bevölkerung und unterschiedliche Regionen des Landes zu einem unteilbaren Volk auf einem unteilbaren Staatsgebiet verschmelzen.
3. **Laizismus bzw. Säkularismus:** Dies bedeutet im Allgemeinen die Trennung von Staat und Religion. Dazu kommt die Säkularisierung der Gesellschaft, d. h. die Religion wurde Privatsache und die Wirkung religiöser Würdenträger beschränkt. Dadurch sollten die Individuen im Alltag frei denken bzw. handeln. Ferner sollen religiöse Ämter keine politischen Handlungslegitimation besitzen. Des Weiteren sei das Rechtssystem von der islamischen Rechtsprechung und den entsprechenden Gesetzen (Scharia) zu befreien. Hierzu wurden einige Reformen durchgeführt, wie die Schließung der islamischen Schulen (Medresen) oder das Verbot der Polygamie.
4. **Populismus:**⁵⁷ Er weist auf eine klassenübergreifende gesellschaftliche Kooperation hin, mit dem Ziel, das Volk für die Bildung eines neuen Staates zu mobilisieren. Eine Revolution sei nur durch die Mitwirkung des ganzen Volkes durchzuführen. Ferner ist „Populismus“ als „die Realisierung der Volkssouveränität, die Umsetzung der Rechte, die dem Volk zugesprochen wurden, in die Realität, zugleich die Orientierung der Politik an den Interessen des Volkes zu verstehen.“⁵⁸ Dadurch wird auch die Gleichheit der Bürger, unabhängig von Volkszugehörigkeit, Sprache und Glaube hervorgehoben.
5. **Etatismus:** Dieser betont, dass der junge Staat angesichts der fehlenden Infrastruktur und mangelnden Industrialisierung in die Wirtschaft eingreifen müsse. Um eine rasche

⁵⁷ Dieser Begriff wurde damals nicht im heute gebräuchlichen Sinne verwendet, sondern als Verwirklichung des Volkswillens verstanden.

⁵⁸ Vgl. Aktas, Murat (2005): S. 13.

Entwicklung der Ökonomie des Landes steuern und koordinieren zu können, müsste der Staat auch in den Bereichen selbst investieren, in denen privatwirtschaftliches Engagement zuvor fehlte.

6. **Reformismus** (bzw. Revolutionismus oder Modernismus): Dieser stellt den Grundsatz dar, die Umgestaltung der Gesellschaft und Modernisierung des Staates zu realisieren. Infolge dieser Entwicklung wurden die positivistischen Prinzipien der Französischen Revolution umgesetzt. Hierbei wird von Atatürk besonders das permanente radikale Streben nach Fortschritt unterstrichen.

Der Kemalismus wurde zu Lebzeiten Mustafa Kemals durch eine neue Staatselite konstituiert, die eine pragmatische Entwicklungsideologie verfolgte und deren Funktion die Modernisierung war.⁵⁹ Atatürk war selbst Pragmatiker und Anhänger der positivistischen Philosophie August Comtes.⁶⁰ Diese Gründungsideologie der Türkei sollte in der Bevölkerung die Würde bzw. das Nationalgefühl begründen. Zu konstatieren ist, dass die Sechs Prinzipien des Kemalismus 1937 zunächst in Artikel 2 Verfassungsrang erhielten. In den Jahren 1961 und 1982 wurde dieser Artikel der türkischen Verfassung jeweils geändert und der direkte Bezug auf die Sechs Prinzipien entfiel. Atatürks Kemalismus ist im eigentlichen Sinne kein in sich geschlossenes, theoretisches System.⁶¹ Seit dem Tod Atatürks 1938 sind durch seine Nachfolger etablierte unterschiedliche Definitionen des Kemalismus zu erkennen.⁶²

Die Prinzipien des Kemalismus haben bis heute ihre Spuren hinterlassen. Neben der Unterstützung entstand auch Widerstand im Volk.⁶³ „Durch verschiedene Notstandsgesetze, Pressezensur und Schauprozesse nahm die neu gegründete Republik immer mehr die Formen einer Diktatur an. Die kommenden Reformprozesse, vor allem die Abschaffung des Kalifats

⁵⁹ Vgl. Rumpf, Christian (1996): S. 97.

⁶⁰ Vgl. Wang, Leng (1929): Kemalism. A General Political Survey of the Rise of the Turkish Nationalism between 1918 and 1928, in: <https://dlib.stanford.edu:6521/text1/dd-ill/kemalism.pdf>, S. 94 – 106 (15.09.2008).

⁶¹ Vgl. Menter, Şahinler (1997): Kemalismus. Ursprung, Wirkung und Aktualität. Hückelhoven, S. 34 – 47.

⁶² Vgl. Belge, Murat (Hg.) (2009): Modern Türkiye'de Siyasi Düşünce Cilt 2 / Kemalizm, S. 30 – 55.

⁶³ „Um gegen die anschwellenden Aufstände im ganze Land vorgehen zu können, wurde das ‚Gesetz zur Sicherung der öffentlichen Ruhe‘ (1925) erlassen, mit Hilfe dessen in den darauf folgenden Jahren der Reformkurs Mustafa Kemals durchgesetzt wurde. Zudem wurden in zahlreichen Städten und Provinzen Sondergerichtshöfe errichtet, die gegen Aufständische und Oppositionelle Strafverfahren führten, Verurteilungen aussprachen und nicht selten Todesurteile verhängten.“ Vgl. CAP: Die türkische Republik unter Mustafa Kemal, <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/geschichte/republik.php> (16.3.2010).

waren für die Türkei eine Zeit des Wandels und der Herausforderung. Zur selben Zeit erhielten auch die Frauen mehr Rechte in der Türkei, etwas, das gerade für konservative Kräfte ein Dorn im Auge war und viel Zündstoff zu bieten hatte. Der Kemalismus war jedoch sicherlich nicht nur förderlich für die Etablierung der Republik, sondern auch notwendig als eine Konstante, in den Zeiten des Wandels.⁶⁴ Die grundlegendste Kritik am Kemalismus ist, dass er nicht auf dem Pluralismus basiert habe.⁶⁵ Insgesamt betrachtet ist – trotz des Mangels eines heutigen Demokratieverständnisses der Reformer⁶⁶ – die Periode zwischen 1923 und 1938 als die „erste Europäisierung der Türkei“ zu bewerten.⁶⁷

2.3 Die Parteienentwicklung und das Wahlsystem in der Türkei

In der vorliegenden Arbeit werden bezüglich des EU-Skeptizismus u. a. die Parteien analysiert. Um das Anliegen bzw. die Fragen dieser Untersuchung besser nachzuvollziehen zu können, sollen bestimmte Strukturen der politischen Ordnung in der Türkei (z. B. Parteien oder Wahlen) verdeutlicht werden.⁶⁸ Es ist zunächst zu erläutern, dass die Türkei wie die europäischen Staaten über eine parlamentarische Demokratie verfügt. Als Parlament trifft die Große Türkische Nationalversammlung (TBMM) die Grundsatzentscheidungen, die den politischen, sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Alltag des Staatslebens gestalten.

2.3.1 Parteienentwicklung in der Türkei

In der Anfangs- bzw. Einparteienphase des türkischen Parteiensystems (1923-1945) baute die „Republikanische Volkspartei“ (CHP) als Trägerin der kemalistischen Reformen zusammen mit der Elite der Beamtenschaft und dem Militär den Staat auf.⁶⁹ Auch in dieser Periode gab es erfolglose Versuche eines Übergangs zum Mehrparteiensystem: Gegenüber dem westlich

⁶⁴ Vgl. Schnell, Andreas: Kemalismus. Eine türkische Ideologie, in: http://politik-gesellschaft-europa.suite101.de/article.cfm/kemalismus_eine_tuerkische_ideologie (20.10.2008).

⁶⁵ Vgl. Akyol, Taha: ‘Atatürk askerî metotlara alışkindı’, in: <http://www.taraf.com.tr/nese-duzel/makale-taha-akyol-ataturk-askeri-metotlara-aliskindi> (20.5.2010).

⁶⁶ Vgl. Nişanyan, Sevan (2008): Yanlış Cumhuriyet. Atatürk ve Kemalizm Üzerine 51 Soru. S. 47 – 78.

⁶⁷ Vgl. Kışlalı, A. Taner (1994): Kemalizm Laiklik ve Demokrasi, S. 23 – 44.

⁶⁸ Vgl. Sayari, Sabri: The Changing Party System, in: Sayari, Sabri / Esmer, Yilmaz: Politics, Parties and Elections in Turkey, Lynne Rienner, 2002, S. 9-32.

⁶⁹ Vgl. Tunaya, T. Ziya: Türkiye’de Siyasi Partiler [Politische Parteien in der Türkei], 1989, Bd. 2, S. 12 – 35.

geprägten und laizistischen Gesellschaftsmodell der CHP und deren autoritären Bürokratismus kam eine Opposition in der Gesellschaft auf, die sich 1924 in der „Fortschrittlichen Republikanischen Partei“ (Terakkiperver Cumhuriyet Fırkası, TCF) formierte. Diese erste Oppositionspartei der Türkei wurde 1925 mit der Behauptung verboten, dass sie das Volk gegen die „Republik-Reformen“ aufwiegelte. Zweitens wurde – auch durch die Bestätigung bzw. Ermutigung Mustafa Kemals⁷⁰ – 1930 die „Freie Republikanische Partei“ (Serbest Cumhuriyet Fırkası, SCF) gegründet. Deren Aufgabe sollte es sein, oppositionelle Stimmen ins bestehende System einzubinden. Aus ähnlichen Gründen wie die TCF wurde 1930 auch die SCF aufgelöst.⁷¹ Dabei spielten auch große kurdisch-nationalistische bzw. religiös motivierte Aufstände wie der Scheich-Said-Aufstand von 1925 bzw. der Fall Menemen (oder Kubilay) von 1930 eine Rolle, die grundsätzlich die Destruktion des neuen Regimes angestrebt hätten.⁷²

„Auf dem fünften Parteikongress der CHP 1939 wurde der Beschluss gefasst, einige ‚Kritiker‘ als unabhängige Gruppe im Parlament zuzulassen, die auch offen gegen die Regierung opponieren durften. Die Umsetzung dieser vorsichtigen Demokratisierung und Öffnung verzögerte sich durch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges um einige Jahre, die Einparteiherrschaft war damit aber prinzipiell durchbrochen. 1945 bezeichnete Präsident İsmet İnönü das Fehlen einer Oppositionspartei als Geburtsfehler des türkischen Parlamentarismus und sprach sich für eine grundlegende Erneuerung des Parteiensystems aus. Mit der Gründung der Nationalen Entwicklungspartei [...] im Juli 1945 und der Demokratischen Partei (DP) im Januar 1946 begann dann die Phase des Mehrparteienregimes.“⁷³ Dieser Übergang wird von Erhard Franz wie folgt formuliert: „Nach dem zweiten Weltkrieg machte sich zunehmend Unmut über die ‚Parteidiktatur‘ breit und İnönü sah sich 1945 genötigt, den Forderungen nach einer Mehrparteiendemokratie nachzugeben. Aber auch im Mehrparteiensystem blieben die engen Verflechtungen zwischen

⁷⁰ Vgl. Tunçay, Mete (1999): Türkiye Cumhuriyeti’nde Tek Parti Yönetiminin Kurulması (1923 – 1931), Tarih Vakfı Yurt Yayınları, S. 45 – 72; vgl. Yetkin, Çetin (1997): Atatürk’ün Başarısız Demokrasi Devrimi: Serbest Cumhuriyet Fırkası, Toplumsal Dönüşüm Yayıncılık, S. 13 – 26.

⁷¹ Vgl. Bıyıklı, Derya (2004): Die außenpolitische Stellung der Türkei im Nahen und Mittleren Osten, besonders nach dem Kalten Krieg bis Ende 1999, Kontinuität oder Wandel?, in: http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=975889710&dok_var=d1&dok_ext=pdf, S. 26 – 29 (15.02.2008).

⁷² Vgl. Emrence, Cem (2006): 99 Günlük Muhalefet: Serbest Cumhuriyet Fırkası, S. 22 – 39.

⁷³ Vgl. Tröndle, Dirk: Die türkische Parteiendemokratie. Diskussionen über Parteien, Wahlrecht und die politische Kultur, KAS-AI 6/07, S. 31 – 67, hier S. 40, in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_14439-544-1-30.pdf (20.8.2007).

Partei und Staatsverwaltung bestehen, jedoch mit dem Unterschied, dass jetzt die jeweiligen Regierungsparteien Spitzenpositionen der Verwaltung mit ihren Anhängern besetzten; bei Koalitionsregierungen forderten die Regierungspartner ihren Anteil bei der Postenvergabe.“⁷⁴ Bei den zweiten Parlamentswahlen in der Türkei (1950) kam – nach der 27-jährigen Regierungszeit der CHP – die konservativ ausgerichtete DP an die Macht, die die Türkei unter der Leitung von Staatspräsident Adnan Menderes⁷⁵ bis zum Militärputsch⁷⁶ von 1960⁷⁷ bzw. zum Verbot der Partei regierte. Als Nachfolgerin der DP entstand die Gerechtigkeitspartei (GP) 1961, die unter Süleyman Demirel mehrmals (1965 – 1971, 1975 – 77 und 1979 – 1980) die Regierung stellte. Am Ende der sechziger bzw. Anfang der siebziger Jahre wurden eine nationalistische Partei (Partei der Nationalistischen Bewegung, MHP) und eine islamistische Partei (Nationale Heilspartei, MNP) gegründet. In den siebziger Jahren herrschten in der Türkei neben großen wirtschaftlichen gewalttätige soziale Unruhen zwischen extrem konservativen und linken Gruppierungen. 1980 intervenierte das Militär und somit wurden alle Parteien 1981 aufgelöst. „Das unmittelbare Eingreifen des Militärs in die Politik durch die Putsche 1960 und 1980 zusammen mit Parteiverboten und Politikereliminierungen unterbrach die Kontinuität der Parteientwicklung in der Türkei. Allerdings fand sich jedes Mal sehr schnell wieder der Kader aufgelöster Parteien zur Gründung neuer Parteien mit anderem Namen unter den alten Ideologien zusammen, häufig auf bestimmte Führungspersonlichkeiten fixiert.“⁷⁸

1983 wurde zur Demokratie zurückgekehrt: Als Nachfolgerin der Gerechtigkeitspartei etablierte sich die „Partei des Rechten Weges“ (Doğru Yol Partisi, DYP). Sie machte Demirel nach der Aufhebung der Politikverbote, die die Militärregierung (1980 – 1983) für alle Vorsitzende der verbotenen Parteien verhängt hatte, 1987 zu ihrem Vorsitzenden:

⁷⁴ Vgl. Franz, Erhard (2003): Das Parteiensystem in der Türkei, in: http://www.giga-hamburg.de/content/publikationen/archiv/duci_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf, S. 1-2 (05.03.2010).

⁷⁵ Er wurde nach dem Militärputsch 1960 in Yassıada gehängt. Vgl. Sarıbay, Ali Yasar: 2001, S. 56. Siehe Unterkapitel 4.1.1.1.

⁷⁶ Über die Rolle des türkischen Militärs siehe Unterkapitel 4.3.2.2.

⁷⁷ Nach dieser Intervention verkündete die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, dass sie „an einer Türkei, in der die demokratische Grundordnung (vorläufig) abgeschafft worden war, als Assoziationspartner nicht interessiert“ sei. Vgl. Çaman, M. Efe (2004): Türkische Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, S. 173. Erst nachdem diese Grundordnung wiederhergestellt worden war, wurde ein Assoziierungsabkommen 1963 mit der Türkei unterschrieben.

⁷⁸ Vgl. Franz, Erhard (2003): a. a. O., S. 3.

„Die Sozialdemokratie erlebte eine mehrfache Metamorphose: Zum einen vereinigten sich zwei als sozialdemokratische Parteien gegründete Gruppierungen zur ‚Sozialdemokratischen Volkspartei‘, die ihrerseits 1995 in der CHP aufging. Abspaltungen hieraus führten unter Bülent Ecevit zur Gründung der ‚Partei der Demokratischen Linken‘ (DSP), die 1999 bis zu den Wahlen 2002 als einzige sozialdemokratische Partei im Parlament vertreten war.“⁷⁹

Als Nachfolgerin der alten MHP wurde die „Partei der Nationalen Arbeit“ (MÇP) gegründet, die 1987 wieder in MHP umbenannt wurde. Das Erbe der islamistischen MNP trat die „Wohlfahrtspartei“ (Refah Partisi, RP) an, die 1998 vom Verfassungsgericht verboten wurde. 2001 wurde auch ihre Nachfolgerin, die „Tugendpartei“, verboten. Dadurch spaltete sich diese Bewegung bzw. es entstanden daraus zwei Parteien: Die „Partei der Glückseligkeit“ (Saadet Partisi, SP) setzte die traditionelle Linie der Bewegung fort. Die „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (AKP) versprach hingegen, hinsichtlich der laizistischen Ordnung einen demokratischen Islam zu vertreten.

Von 1946 bis Ende der sechziger Jahre erfuhr die Türkei entsprechend dem klassischen Rechts-Links-Schema eine Dominanz des Zweiparteiensystems zwischen der CHP und der DP bzw. GP. Für die Zeit danach gilt Folgendes: „Von 1973 bis 1991 kristallisierten sich bei einem relativ stabilen Wahlverhalten drei Blöcke heraus: die Mitte-Rechts-Parteien (50-55 Prozent), die Mitte-Links-Parteien (30-33 Prozent) sowie die islamistischen und nationalistischen Parteien, die von 1965 bis 1991 ihren Anteil von acht auf 17 Prozent verdoppelten.“⁸⁰ Es lässt sich feststellen, dass die Parlamentswahlen von 1995 die Periode der drei stabilen Blöcke beendeten, als die islamistische Wohlfahrtspartei die Wahlen gewann: „Die Mitte-Rechts-Parteien büßten von 1983 bis 1995 über 15 Prozentpunkte ein und landeten bei 39 Prozent, die Mitte-Links-Parteien fielen um sieben auf 25 Prozent, die islamistische Wohlfahrtspartei steigerte von 1983 bis 1995 ihren Stimmenanteil indessen von vier auf 21 Prozent. Mitte der neunziger Jahre besetzten jeweils zwei Parteien die drei traditionellen Blöcke konservativ, links und rechts/islamistisch.“⁸¹

Auch bei den Ergebnissen der Parlamentswahlen von 1999 war keine eindeutige Aufteilung nach politischen Lagern mehr zu beobachten. Als Folge der Verhaftung des PKK-Führers Abdullah Öcalan 1999 waren dabei zwei Parteien unerwartet aufgestiegen: Die vor der Wahl amtierende und sich als sozialdemokratisch verstehende DSP unter Bülent Ecevit gewann die

⁷⁹ Vgl. Steinbach, Udo (2002): Grundzüge des politischen Systems, in: http://www1.bpb.de/publikationen-/6TB989,2,0,Grundzuege_des_politischen_Systems.html (06.03.2010).

⁸⁰ Vgl. ebd.

⁸¹ Vgl. ebd.

Wahlen. Die nationalistische MHP war hingegen die zweitstärkste Partei, die unter der Führung von Devlet Bahçeli ein moderateres Image angenommen hatte. Zwischen 1999 und 2002 bildeten die beiden Parteien mit der „Mutterlandspartei“ (Anavatan Partisi, ANAP) eine Koalitionsregierung.

Die wirtschaftliche Krise von 2001/2002 brachte das Ende dieser Koalition und die Parlamentswahlen von 2002 führten zu einem dramatischen Umschwung des Wählerverhaltens: Die „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (AKP) unter Erdoğan erlangte auch mit Hilfe der 10%-Sperrklausel fast zwei Drittel der Sitze (363). Nur die CHP konnte in der Opposition agieren. Die Parteien DYP, MHP, ANAP, DSP und SP blieben außerhalb des Parlaments, da keine von diesen über 10 % der Stimmen errang.⁸²

Die Parlamentswahlen von 2007 gewann die AKP erneut. Daneben schafften zwei Parteien, CHP und MHP, den Einzug ins Parlament. Ferner bildeten 20 unabhängige Abgeordnete mit der Demokratischen Gesellschaftspartei (Demokratik Toplum Partisi, DTP) eine Fraktion. Die DTP wurde Ende 2009 verboten und stattdessen die Partei des Friedens und der Demokratie (Barış ve Demokrasi Partisi, BDP) gegründet.

Im türkischen Parteiensystem können Parteien durch das Verfassungsgericht verboten werden. Hierbei handelt es sich vor allem um islamistische und kurdisch-nationalistische Parteien.

2.3.2 Türkisches Wahlsystem

In der Türkei besteht ein kombiniertes Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht mit einer nationalen Zehn-Prozent-Klausel.⁸³ Das heißt, falls eine Partei landesweit weniger als zehn Prozent der abgegebenen Stimmen erlangt, dass diese Stimmen auf nationaler Ebene nicht berücksichtigt werden. Hierdurch ist beabsichtigt zu verhindern, dass kleine extremistische Parteien wieder ein Gewicht wie in den siebziger Jahren bekommen, als sie trotz weniger Angeordneter eine signifikante Bedeutung bei der Koalitionsbildung erhielten. Unabhängige Kandidaten können aber ohne Rückhalt einer Partei oder einer Liste antreten.

⁸² Vgl. Schönbohm, Wulf Eberhard (2002): Die Türkei am Wendepunkt, Länderberichte, Sankt Augustin, 30. Juli 2002, in: <http://www.kas.de/wf/de/33.561/> (12.6.2009).

⁸³ Siehe Türk, H. Sami/ Tuncer, Erol (1995): Türkiye İçin Nasıl Bir Seçim Sistemi, TESAV Yayınları, Ankara; vgl. Belgenet: Türkiye’de Seçimler, in: <http://www.belgenet.com/secim/secim-06.html> (11.6.2010).

Im Zuge der Entwicklung des türkischen Wahlsystems ist zu konstatieren, dass es zwischen 1945 und 1960 ein auf das gesamte Land bezogenes Mehrheitssystem existierte. Nach 1960 ist mit einer Vielzahl von Proportional-Systemen experimentiert worden⁸⁴, darunter mit

- „einer Verhältniswahl (nach d'Hondt) in Verbindung mit einem Mehrheitssystem und doppelter Sperrklausel. In Wahlbezirken, die sechs oder mehr Abgeordnete stellten, erhielt die Partei mit den meisten Stimmen auf Grund ihrer Mehrheit einen zusätzlichen Quoten-Kandidaten außerhalb ihrer für den Wahlkreis aufgestellten Kandidaten. Bei der doppelten Sperrklausel musste eine Partei sowohl auf das gesamte Land bezogen mindestens 10% der gültigen Stimmen und in einem Wahlbezirk je nach Anzahl der zu wählenden Abgeordneten im jeweiligen Wahlgesetz festgelegten Prozentsatz erhalten, um ins Parlament einzuziehen. Wenn sie an einer der beiden oder beiden Hürden scheiterte, teilten die gewählten Parteien die Mandate sowohl auf Wahlbezirks- als auch auf Landesebene im Verhältnis zu ihrem Stimmenanteil untereinander auf. Dieses System wurde bei den Wahlen 1987 und 1991 angewendet. Die durch das Mehrheitssystem vergebenen ‚Quotenmandate‘ hatten in Verbindung mit der doppelten Sperrklausel 1987 zu einer Überrepräsentation der ANAP geführt, die mit 36,3% der gültigen Stimmen 65,0% der Mandate erhalten hatte. Bei der nächsten Wahl durch eine Beschränkung der Quotenmandate abgeschwächt, hatte es 1991 zu einer nicht ganz so starken Überrepräsentation der DYP geführt, die mit 27,0% der gültigen Stimmen 40,0% der Mandate für sich verbuchen konnte;
- einer Verhältniswahl mit einfacher Sperrklausel. Sie kam bei den Wahlen 1995-1999 in Anwendung und hatte erstmalig seit 1983 lediglich eine 10%-Sperrklausel auf Landesebene beinhaltet.“⁸⁵

Seit dem Jahr 2007 werden die Parlamentswahlen alle vier Jahre (zuvor alle fünf Jahre) durchgeführt⁸⁶. Überdies beträgt die Anzahl der Parlamentarier seit 1995 550. Prinzipiell sind alle Bürger ab 18 Jahren wahlberechtigt. Die Wahlen sind geheim, frei, allgemein, gleich und direkt. Ferner existiert seit 1997 Wahlpflicht, wodurch die Wahlbeteiligung in der Regel relativ hoch (2007: 84,25 %) ⁸⁷ ist: Wer nicht wählt, muss eine Strafe von umgerechnet etwa 13 Euro zahlen.

⁸⁴ Vgl. Sabuncu, M. Yavuz: Seçim Barajları ve Siyasal Sonuçları, in: http://www.anayasa.gov.tr/files/pdf/anayasa_yargisi/anyarg23/sabuncu.pdf (11.6.2010).

⁸⁵ Vgl. Franz, Erhard (2003): a. a. O., S. 6 – 7.

⁸⁶ Vgl. Milliyet: Seçimler 4 yılda bir, cumhurbaşkanlığı 5+5 formülüyle yapılacak, in: <http://www.milliyet.com.tr/2007/05/10/son/sonsiy28.asp> (10.05.2007).

⁸⁷ Vgl. Belgenet: 2007 Yılı Genel Seçim Sonuçları, in: http://www.belgenet.net/ayrinti.php?yil_id=15 (11.9.2007).

2.4 Der institutionelle Anschluss der Türkei an den Westen (seit 1945)

Im Zuge der Beziehungen der Türkei mit dem Westen bzw. Europa sind die Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg von großer Bedeutung und werden deshalb nachfolgend erklärt. Zu bemerken ist, dass im Gegensatz zur starken innen- und gesellschaftspolitischen Westorientierung die Beziehungen der Türkei zu Europa durch die Gründung der Republik an Intensität verloren.⁸⁸ Dies war nicht zuletzt ein Resultat der kemalistischen Außenpolitik der „vollständigen Ungebundenheit“, wobei die Verhinderung der Beeinflussung von äußeren Mächten auf den innertürkischen Reformprozess geplant war. Nach dem Zweiten Weltkrieg war auch die Türkei mit den veränderten ideologischen und geopolitischen Rahmenbedingungen konfrontiert, wobei das verstärkte Interesse der Sowjetunion an den Meerengen und an zwei östlichen Städten der Türkei als ernste Gefahr zu betrachten war.⁸⁹ Angesichts der Eskalation der Ost-West-Spannungen⁹⁰ gab die Türkei ihre außenpolitische

⁸⁸ Vgl. Özertan, Nüşet (1990): Türkei. Mittel oder Mittler?, S. 27 – 30.

⁸⁹ Das türkisch-russische Verhältnis war von der Gründung der Türkei bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges positiv: „Schon im Sommer 1920, also noch vor der Ausrufung der türkischen Republik, erkannten sich beide Staaten gegenseitig an und nahmen diplomatische Beziehungen auf. [...] Im Jahr 1921 wurde ein türkisch-sowjetischer Vertrag über ‚Freundschaft und Brüderlichkeit‘ unterzeichnet. Im gleichen Jahr legten beide Staaten ihre gemeinsamen Grenzen im Vertrag von Kars fest. Im Jahr 1925 einigten sich beide Staaten auf einen ‚Nichtangriffs- und Neutralitätspakt‘, in dem sich die Türkei und die Sowjetunion dazu verpflichteten, keinem Bündnissystem beizutreten, das ihre Beziehungen gefährden könnte. [...] Im Jahr 1946 verkündete Stalin, den ‚Nichtangriffs- und Neutralitätspakt‘ nicht verlängern zu wollen. Zudem stellte er territoriale Forderungen, die zwei nordöstliche Städte in der Türkei betrafen. Ferner forderte er das Recht auf Mitverwaltung der Meerenge des Marmara-Meers und kündigte damit den Vertrag von Montreux (1936) auf, der eine Internationalisierung der Region um Marmara-Meer, Dardanellen und Bosphorus vorsah. Die Reaktion der Türkei lief auf ein Bündnis mit den USA hinaus, welches die Türkei gegen den Expansionsdrang der UdSSR schützte und in den folgenden Jahren militärisch und finanziell unterstützte.“ Vgl. CAP: Die Beziehungen Türkei – Russland, in: <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/aussenpolitik/russland.php> (16.3.1020), vgl. Adanir, Fikret (1995): Geschichte der Republik Türkei, S. 76, vgl. Karpat, Kemal H.: Turkish Soviet Relations, in: Kemal Karpat H. (Hg.): Turkey's Foreign Policy in Transition 1950 – 1974, 1975, S. 73 – 107.

⁹⁰ Obwohl die USA und die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg gemeinsam gegen Deutschland gekämpft hatten, ergab sich nach dem Krieg ein Problem: Die Alliierten unter der Führung der USA seien nicht zu konkreten Garantien und Vereinbarungen mit der Sowjetunion für die Nachkriegsordnung in Europa bereit gewesen. Deswegen etablierte die Sowjetunion ab 1944 im Machtbereich der Roten Armee, in Mittel- und Osteuropa, prosowjetische bzw. kommunistische Regierungen.

Neutralität auf und nahm mit der Truman-Doktrin⁹¹ von 1947 am westlichen Sicherheitssystem teil. Hierdurch wurde mit der Initiative der USA auch in Europa beabsichtigt, eine Zusammenarbeit gegenüber der kommunistischen Sowjetunion zu bilden. Die Türkei war somit dem Westen bzw. Europa institutionell verbunden. Dies hieß folglich die Anpassung eines Teilbereiches des Kemalismus an die aktuellen internationalen Entwicklungen.⁹² Überdies ist hier nicht zu übersehen, dass die Positionierung der Türkei auf Seiten der demokratischen Staaten bei deren Übergang zur mehrparteilichen Demokratie eine bedeutende Rolle spielte. Seitdem strebt die Türkei an, sich aktiv an allen multinationalen westeuropäischen Organisationen zu beteiligen: Im Jahre 1948 war die Türkei unter den Gründern der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit⁹³ (OEEC, seit 1961 OECD⁹⁴), deren Mitglieder sich der Demokratie und Marktwirtschaft verpflichtet fühlten. Im Jahre 1949 wurde sie Mitglied des Europarats und im Jahre 1952 der Nordatlantischen Allianz⁹⁵ (NATO).⁹⁶

2.5 Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EWG bzw. der EU

Im Sinne der weiteren Westausrichtung stellte die Türkei 1959, kurz nach der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1958, einen Antrag auf EWG-Mitgliedschaft. 1963 wurde ein Assoziationsabkommen zwischen der EWG und der Türkei unterzeichnet⁹⁷,

⁹¹ Die sogenannte Truman-Doktrin wurde durch den US-amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman verkündet. In der damaligen Situation standen speziell die Länder Türkei, Griechenland und Iran, rückblickend auch Deutschland und Österreich unter dem Druck des kommunistischen Expansionismus. Vgl. Sander, Oral (1989): *Siyasi Tarih* (1918 – 1994), S. 257 – 259.

⁹² Vgl. Özertan, Nüşet (1989): *Türkei: Mittel oder Mittler?*, S. 178.

⁹³ Die OEEC wurde 1948 in Paris gegründet. Hierzu unterstützten die USA durch den Marshallplan (das wirtschaftliche Wiederaufbauprogramm) das im Zweiten Weltkrieg zerstörte Westeuropa.

⁹⁴ Siehe die Webseite der OECD in:

http://www.oecd.org/pages/0,3417,en_36734052_36734103_1_1_1_1,00.html (6.4.2010).

⁹⁵ Am 4. April 1949 wurde für den Fall einer kommunistischen Gefahr ein gemeinsames Verteidigungssystem geschaffen, dessen Vertrag von zwölf Staaten Westeuropas und Nordamerikas, nämlich den USA, Kanada, Belgien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Großbritannien, Dänemark, Island, Italien, Norwegen und Portugal, unterzeichnet wurde. Das grundlegende Ziel der NATO ist es, unter Berücksichtigung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen (UNO), die Freiheit und Sicherheit ihrer Mitglieder mit politischen und militärischen Mitteln zu verwirklichen.

⁹⁶ Vgl. Pöschl, Rainer (1985): *Vom Neutralismus zur Blockpolitik*, S. 28 – 39.

⁹⁷ Das Abkommen enthält in Art. 28 eine Beitrittsperspektive: „Sobald das Funktionieren des Abkommens es in Aussicht zu nehmen gestattet, dass die Türkei die Verpflichtungen aus dem Vertrag zur Gründung der

das sogenannte „Ankara-Abkommen“, bei dessen Unterzeichnung der damalige Präsident der Kommission, Walter Hallstein, Folgendes erklärte: “Turkey is part of Europe. That is really the ultimate meaning of what we are doing today. [...]. [T]oday this means that Turkey is establishing a constitutional relationship with the European Community.”⁹⁸ Die wichtigste Besonderheit des Assoziierungsabkommens aus türkischer Sicht war, dass es auf § 238 der Römischen Verträge basierte und damit indirekt belegte, dass die Türkei ein europäisches Land sei und so das Recht auf eine zukünftige Vollmitgliedschaft erhalte.⁹⁹ Nach diesem Assoziationsabkommen folgten drei wesentliche Phasen: Vorbereitungs-, Übergangs- und Endphase. Die erste Phase (1963 – 1972) verlief problemlos, wobei die Türkei keine Aufgabe hatte. Deshalb ist die Beziehung zwischen der Türkei und der EWG in den sechziger Jahren rückblickend als die „Phase des unberechtigten Optimismus“ einzuschätzen. Die Übergangsphase begann mit dem Zusatzprotokoll, das 1970 unterzeichnet wurde und 1973 in Kraft trat. Nach diesem Zusatzprotokoll sollte ein Zeitplan für den stufenweisen Abbau der gegenseitigen Zölle existieren und die Übergangsphase durch die Einführung der Zollunion beenden. Im Allgemeinen sind die siebziger Jahre als die „Phase der Krisen und der Desillusionierung“ zu bezeichnen, weil sich das Verhältnis der Türkei zur EWG durch die Zypernkrise 1974 und den griechischen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EWG von 1975 verschlechterte. Die EWG setzte angesichts des Militärputsches in der Türkei 1980 das Assoziationsabkommen offiziell aus. Da die Demokratie in der Türkei 1983 wiederhergestellt wurde, begannen sich die Beziehungen zwischen der EWG und der Türkei zu verbessern. 1987 reichte die Türkei einen Beitrittsantrag bei der Europäischen Gemeinschaft (EG) ein, obgleich die EG erhebliche Bedenken hinsichtlich der türkischen „Beitrittsreife“ äußerte. 1989 erfolgte eine Absage. Als Grund wurde von der EG die instabile wirtschaftliche und politische Lage der Türkei genannt.¹⁰⁰ Hierdurch wurde eine mögliche türkische Vollmitgliedschaft jedoch nicht völlig blockiert und hierfür als erstes Ziel die Errichtung der

Gemeinschaft vollständig übernimmt, werden die Vertragsparteien die Möglichkeit eines Beitritts der Türkei zur Gemeinschaft prüfen.“ Vgl. Birand, Mehmet Ali (2005): Türkiye'nin Büyük Avrupa Kavgası [Der große Kampf der Türkei um Europa], S. 49 – 128.

⁹⁸ Zit. aus Vali, Ferenc A. (1971): S. 335.

⁹⁹ Vgl. Gümrükçü, Harun (1999): Assoziationsfreizügigkeit E(W)G-Türkei und transnationale Migration im Zeitalter der Globalisierung, S. 61.

¹⁰⁰ Vgl. EG-Kommission (1989): 23. Jahresbericht, Ziff. 801.

Zollunion bis 1995 vorgesehen. In den 80er Jahren ist die Beziehung zwischen der Türkei und der EG rückblickend generell als „Phase des Stillstandes und Neubeginns“ zu bewerten.¹⁰¹

2.5.1 Die Zollunion zwischen der Türkei und der Europäischen Union (EU)

In Verbindung mit der Einrichtung der Zollunion zwischen der Türkei und der EU ist das Zusatzprotokoll (1970) wichtig, womit die Verbindlichkeiten der Parteien geregelt wurden: Europa reduzierte 1971 einseitig die Steuern für Industrieprodukte, die sich im Rahmen der Zollunion befanden, auf null. Damit die Türkei das Gleiche tun konnte, wurde hingegen ab 1973 eine Übergangsphase für 22 Jahre vorgesehen. Die Türkei hatte die von ihr vorzunehmenden Reduzierungen bis 1978 durchgeführt. In jenem Jahr stellte die Türkei infolge der wirtschaftlichen Probleme und der EWG-skeptischen bzw. -gegnerischen Reaktionen im Lande den Antrag, die Verpflichtungen um fünf Jahre zu verschieben. Dieser Antrag wurde von der EWG 1979 akzeptiert. Die Ansichten der Türkei bezüglich der Zollunion änderten sich ab den achtziger Jahren mit der Anwendung der Liberalisierungspolitik zum Positiven. Der aufgeschobene Terminplan für die Anpassung und Herabsetzung der Zölle wurde ab 1988 wieder mit großem Tempo in Kraft gesetzt. Schließlich trat 1996 die Zollunion zwischen der EU und der Türkei in Kraft. Dabei interessierte sich die Regierung von Tansu Çiller stark für eine rasche Realisierung der Zollunion¹⁰², da die Vollendung dieser der letzte Schritt für eine langfristige Anbindung an die EU wäre. Anders ausgedrückt, wurde die Zollunion in der Türkei als eine Art Vormitgliedschaft in der EU eingeschätzt. Somit ist die Türkei nach wie vor das erste Land, das mit der EU durch eine gemeinsame Zollunion verbunden ist, ohne EU-Vollmitglied zu sein.¹⁰³ Jedoch wurde bzw. wird die Zollunion von türkischen EU-skeptischen bzw. -gegnerischen Plattformen als ein großer Fehler bewertet.¹⁰⁴

Bei der Untersuchung der Außenhandelsdaten der Türkei zeigt sich, dass die EU nicht nur nach der Zollunion, sondern auch vorher schon der wichtigste Lieferant der Türkei war. Angesichts historischer und geografischer Gegebenheiten hat sich die Produktions-, Import- und Exportstruktur der türkischen Industrie überwiegend im Einklang mit der europäischen

¹⁰¹ Vgl. Eralp, Atila (1993): Turkey and the EC in the changing post-war international system, in: Balkir, Canan/Williams, Allan M. (Hgg.): Turkey and Europe, S. 24 – 43.

¹⁰² Vgl. Plattner, Hans (1999): Die Türkei, S. 91 f.

¹⁰³ Vgl. Gümrükçü, Harun (1997): Türkei und Europäische Union im Lichte der vollendeten Zollunion, S. 106 f.

¹⁰⁴ Dies wird im Abschnitt 4.3.4.1 „Damals Kapitulationen, heute Zollunion“ dargestellt.

Industrie und ausgerichtet auf die europäischen Märkte entwickelt. Somit hatte die EU, die in der Periode von 1993 bis 1995 einen durchschnittlichen Anteil in Höhe von 47 % am Import der Türkei gehabt hatte, nach der Zollunion in der Periode von 1996 bis 1999 einen Anteil in Höhe von 52 %. Wenn man den Export der Türkei betrachtet, erkennt man, dass der EU-Anteil in der Periode von 1993 bis 1995 durchschnittlich 49 % betrug und sich nach der Zollunion durchschnittlich auf 50 % erhöhte. Die Stellung der EU aus der Sicht der Türkei als ein „nachhaltiger und stabiler Handelspartner“ trat insbesondere während der Wirtschaftskrise in Südostasien und Russland (1997/1998) hervor. Während bei der besagten Krise der Export der Türkei in diese Regionen um 30 bis 40 % abnahm, steigerte sich der Export in die EU-Länder weiterhin stetig. Nach der Zollunion gab es im Handel der Türkei mit Drittländern keinen großen Unterschied. Dagegen lässt sich bei der Bewertung des ausländischen Kapitals, das in die Türkei floss, feststellen, dass sich die Erwartung in der Türkei, die Investitionen würden gleich nach der Zollunion steigen, nicht ganz erfüllt hat. Bei der Einschätzung der Zollunion handelt es sich in der Türkei – insgesamt – nicht um das Gleichgewicht zwischen Verlust und Nutzen und sie ist kein Ziel, sondern ein Mittel zum Zweck der Mitgliedschaft des Landes in der EU, wobei „sich trotz mancher wichtiger Mängel insgesamt kein deutlicher Verlust abzeichnet.“¹⁰⁵

2.5.2 Die Gestaltung der Mitgliedschaftsperspektive der EU für die Türkei

Auf dem Luxemburger EU-Gipfel (1997) fühlte sich die Türkei geschockt: Wenngleich der Assoziationsrat der EU bestätigte, dass die Türkei für eine Mitgliedschaft qualifiziert sei,¹⁰⁶ wurde sie von der EU nicht als Beitrittskandidat erwähnt. Diese Entscheidung verursachte in der türkischen Bevölkerung und Politik eine große Enttäuschung.¹⁰⁷ Die Türken konnten nicht verstehen, dass die noch ein Jahrzehnt zuvor dem kommunistischen Block angehörigen Staaten als EU-Beitrittskandidaten akzeptiert und ihr vorgezogen wurden. Dagegen habe die Türkei draußen bleiben müssen, die als NATO-Partner mit dem Westen bereits seit Langem zusammen agiert habe. Die türkische Seite sah in der EU-Politik eine Strategie des

¹⁰⁵ Weil die Zollunion gegenüber Drittstaaten die gleiche Handelspolitik akzeptiert, ist sie ein kommerzielles Integrationsmodell, das weiter als Freihandelszonen geht. Vgl. Tunçer, Akın/Arı, Önder (2007): Gümrük Birliği'nin Türkiye Ekonomisine Etkileri, in: http://www.gau.edu.tr/PDF-Files/JSAS_003_05_PDF/JASA_003_05_11_Tuncer.pdf (02.01.2010).

¹⁰⁶ Vgl. Plattner, Hans (1999): Die Türkei, S. 178.

¹⁰⁷ Vgl. Moser, Brigitte/Weitmann, Michael (2002): Die Türkei, S. 301.

„Hinhaltens“:¹⁰⁸ Die EU wolle die Türkei nicht aufnehmen, aber gleichzeitig die Türen nicht ganz schließen, um von der Türkei (durch die Zollunion) weiter zu profitieren.¹⁰⁹ In Anbetracht der Türkei-Entscheidung der EU in Luxemburg verstärkte sich die EU-skeptische bzw. -gegnerische Stimmung in der Türkei so drastisch, dass die Türkei aus Protest nicht an der Europa-Konferenz 1998 teilnahm und ihre politischen Beziehungen zur EU vorübergehend auf Eis legte.

Der Helsinki-Gipfel (1999) beendete diese problematische Periode, indem die EU der Türkei offiziell den Kandidatenstatus verlieh, mit der Perspektive auf Beitrittsverhandlungen, aber ohne festen Termin.¹¹⁰ In Helsinki wurde unterstrichen, dass auch für die Türkei die Kriterien von Kopenhagen¹¹¹ maßgeblich seien. Nach Ansicht von Kramer gab die EU durch die Helsinki-Entscheidung langjährigem türkischem Drängen nach.¹¹² Auf der türkischen Seite wurden die Beschlüsse von Helsinki mehrheitlich positiv aufgenommen. Denn die aus türkischer Sicht diskriminierende Haltung auf dem EU-Gipfel in Luxemburg 1997 sei revidiert worden. Türkische große Zeitungen, wie Hürriyet und Sabah, titelten „Endlich geschafft! Wir sind in Europa!“ oder „Die Zollunion ist doch keine Sackgasse!“. Sogar die rot-weißen Halbmondfahnen wurden in der Türkei nach dieser Entscheidung der EU durch Europa-Blau ersetzt.¹¹³ Auf dem Kopenhagener EU-Gipfel (2002) wurde von den Regierungschefs der Mitgliedsstaaten Folgendes beschlossen bzw. festgehalten: Die Türkei

¹⁰⁸ Vgl. Birand, Mehmet Ali (2005): S. 382 – 395.

¹⁰⁹ Die EU gewann durch die seit 1996 bestehende Zollunion bis 2002 einen Handelsüberschuss von rund 60 Mrd. US-Dollar. Vgl. Tunçer, Akın/Arı, Önder (2007): a.a.O.

¹¹⁰ Vgl. Europäischer Rat: Europäischer Rat von Helsinki am 10./11. Dezember 1999, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, in: http://www.europarl.europa.eu/summits/hel2_de.htm (12.4.2005).

¹¹¹ Die Kopenhagener Kriterien wurden vom Europäischen Rat 1993 in Kopenhagen in Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung formuliert. „Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muss der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben; sie erfordert ferner eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten. Die Mitgliedschaft setzt außerdem voraus, dass die einzelnen Beitrittskandidaten die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen übernehmen und sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu Eigen machen können.“ Europäischer Rat: Europäischer Rat von Kopenhagen am 21. und 22. Juni 1993, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, in: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf (12.4.2005). Dabei handelt es sich um drei Gruppen von Kriterien: politische, wirtschaftliche und Acquis-Kriterien.

¹¹² Vgl. Kramer, Heinz (2000): A Changing Turkey, S. 192 – 200.

¹¹³ Vgl. Cem, İsmail (2005): Avrupa'nın Birliği ve Türkiye, [Die Union Europas und der Türkei], S. 146.

habe ihre Absicht erklärt, dass sie die erforderlichen EU-Reformen durchführen werde. Die EU wolle Ende 2004 bestimmen, ob die Verhandlungen mit der Türkei aufzunehmen sind und ein konkretes Datum für den Verhandlungsbeginn zu nennen sei. Die Regierungschefs der Mitgliedstaaten setzten dafür jedoch voraus, dass die Türkei bis dahin die obligatorischen politischen Beitrittsbedingungen verwirklichen und dadurch die nötige Reife für die Verhandlungen belegen werde. Wenn dies der Fall sein sollte, würden die Verhandlungen im Sommer 2005 beginnen.¹¹⁴

2.5.3 Der Beginn der Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei

Das erste Beitrittspartnerschaftsdokument für die Türkei nahm die EU am 8. März 2001 an.¹¹⁵ Hier wurden Ziele und Prioritäten für die Erfüllung der Beitrittskriterien aufgebaut, die die Türkei kurz- und mittelfristig im Rahmen der Heranführung an die EU verwirklichen sollte.¹¹⁶ Zu deren Umsetzung verabschiedete die Türkei am 19. März 2001 ihr nationales Programm, das das Land in die Lage versetzen sollte, die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen.¹¹⁷ Zu diesem Zweck führte die Türkei zwischen 2000 und 2004 bedeutende Gesetzesreformen durch.¹¹⁸ Bei deren Formulierung und Realisierung wurden in der Türkei große Auseinandersetzungen erlebt, wodurch hinsichtlich der EU-Befürwortung oder -Gegnerschaft eine Spaltung und Neuorientierung in Bevölkerung und Politik entstand.¹¹⁹ Durch den Fortschrittsbericht der EU-Kommission vom 06.10.2004 und den Beschluss des Europäischen

¹¹⁴ Vgl. Birand, Mehmet Ali (2005): S. 391 – 405.

¹¹⁵ 2003 wurde die Beitrittspartnerschaft überarbeitet und enthielt nun neben Reformprioritäten auch finanzielle Unterstützungsleistungen. 2006 verabschiedete der EU-Rat eine erneut überarbeitete Beitrittspartnerschaft, die den Herausforderungen und Prioritäten der nunmehr begonnenen Verhandlungen Rechnung trägt und ein detailliertes Arbeitsprogramm für die Türkei enthält. 2008 wurde eine Beitrittspartnerschaft für die Türkei noch einmal überarbeitet und die Beibehaltung der türkischen EU-Perspektive durch die EU-Kommission betont.

¹¹⁶ Vgl. Europäischer Rat: Beschluss des Rates vom 8. März 2001 über die Grundsätze, Prioritäten, Zwischenziele und Bedingungen der Beitrittspartnerschaft für die Türkische Republik, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft (ABl.), L 85, 24.03.2001, S. 13 – 23.

¹¹⁷ Vgl. Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI): EU-Turkey-Monitor Abstracts, in: http://www.zei.de/zei_deutsch/publikation/turkey_monitor_abstract.htm#62 (12.04.2008).

¹¹⁸ Vgl. Müftüler-Bac, Meltem (2005): Turkey's Political Reforms and the Impact of the European Union, S. 17 – 31.

¹¹⁹ Vgl. Yetkin, Murat (2002): Avrupa Birliği Bekleme Odasında Türkiye [Die Türkei im EU-Wartezimmer], S. 267 – 269.

Rates vom 17.12.2004 wurde anerkannt, dass „die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen hinreichend erfüllt“.¹²⁰ Daraufhin hat die EU die Mitgliedschaftsverhandlungen mit der Türkei am 3. Oktober 2005 eröffnet.

Seitdem wird eine eventuelle EU-Mitgliedschaft heftig diskutiert. Auf Seiten der Türkei und der EU gibt es Befürworter, Skeptiker und Gegner eines Beitritts der Türkei zur EU. Während die EU-Mitgliedschaft der Türkei von den europäischen Gegnern grundsätzlich in Frage gestellt wird, ohne zu berücksichtigen, ob das Land die politischen und wirtschaftlichen Beitrittskriterien erfüllt¹²¹, behaupten türkische Gegner, dass die Türkei niemals in die EU aufgenommen werde bzw. der EU nicht beitreten solle.

Im Zusammenhang mit dem EU-Beitrittskriterium, *Acquis communautaire*,¹²² das aus 35 Verhandlungskapiteln besteht, hält die EU seit Dezember 2006 infolge der ungelösten Zypernfrage acht Kapitel für die Türkei geschlossen.¹²³

¹²⁰ Vgl. Europäischer Rat: Schlussfolgerungen des Vorsitzes – Brüssel 16./17. Dezember 2004, in: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/83221.pdf (01.2.2005).

Die EU hob im Fortschrittsbericht von 2010 hervor, dass die Türkei noch Defizite im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit, Frauenrechte und der zivilen Kontrolle des Militärs zu beseitigen habe. Vgl. Europäische Kommission: Turkey 2010 Progress Report, in: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2010/package/tr_rapport_2010_en.pdf (9.11.2010).

¹²¹ Vgl. Zaunbauer, Wolfgang (2005): Die öffentliche Meinung zum EU-Beitritt der Türkei. S. 8 – 12.

¹²² Der Begriff „*Acquis communautaire*“ wird durch die EU wie folgt definiert: „Der gemeinschaftliche Besitzstand ist das gemeinsame Fundament aus Rechten und Pflichten, die für alle Mitgliedstaaten im Rahmen der Europäischen Union verbindlich sind. Dieser Besitzstand entwickelt sich ständig weiter und umfasst:

- den Inhalt, die Grundsätze und die politischen Ziele der Verträge;
- die in Anwendung der Verträge erlassenen Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung des Gerichtshofs;
- die im Rahmen der Union angenommenen Erklärungen und Entschlüsse;
- die Rechtsakte der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik;
- die in den Bereichen Justiz und Inneres vereinbarten Rechtsakte;
- die von der Gemeinschaft geschlossenen internationalen Abkommen und die Abkommen, die die Mitgliedstaaten untereinander in Bereichen schließen, die unter die Tätigkeit der Union fallen.

[...] Die Union hat sich zum Ziel gesetzt, den gemeinschaftlichen Besitzstand zu wahren und auszubauen. Auf keinen Fall darf sie ihn in Frage stellen.“ Vgl. Europa: Gemeinschaftlicher Besitzstand (*acquis communautaire*), in: http://europa.eu/scadplus/glossary/community_acquis_de.htm (15.5.2008).

¹²³ Siehe Unterkapitel 4.2.1.2, vgl. Europa: in: http://europa.eu/legislation_summaries/enlargement/ongoing_enlargement/community_acquis_turkey/index_de.htm (16.03.2010).

3 EU-SKEPTIZISMUS IN DER TÜRKEI

In diesem Kapitel werden die Begrifflichkeit des EU-Skeptizismus (auch für die EU-Staaten) und die Positionen, die in der Türkei gegenüber der EU eingenommen werden, abgehandelt.

3.1 Ein Überblick: Die Bedeutung des EU-Skeptizismus

Weil EU-skeptische Auffassungen und Neigungen seit der Gründung der EU bzw. EWG vorhanden sind, kann man den EU-Skeptizismus grundsätzlich nicht als ein vollkommen neues Phänomen betrachten. Zu erkennen ist, dass skeptische Tendenzen sowohl in alten EU-15 Ländern und in neuen Mitgliedsstaaten als auch in den Beitrittskandidaten der EU existieren.¹²⁴

„Nachdem die politische Unterstützung der EU auf Seiten der Bürger zwischen 1981 und 1991 beständig und stark angestiegen ist, hat sie in der ersten Hälfte der neunziger Jahre einen dramatischen Niedergang erfahren und liegt nunmehr auf dem Niveau der ersten Hälfte der achtziger Jahre. Wie dramatisch die Entwicklung ist, lässt sich anhand einiger wichtiger Indikatoren zeigen. Erstens ist im Saldo von Befürwortern und Gegnern die Unterstützung der EU-Mitgliedschaft als gute Sache zwischen 1990 und 2004 in den Mitgliedsländern um durchschnittlich 30 Prozentpunkte zurückgegangen. Zweitens war 1990 der Anteil derjenigen, die es bedauern würden, wenn die EU aufgelöst werden würde, um 40 Prozent größer als der Anteil derjenigen, die dies nicht bedauern würden. Im Jahre 2001 war dieser Abstand auf 13 Prozent geschrumpft. Drittens überwog 1990 der Anteil der EU-Bürger, die meinten, dass ihr jeweiliges Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert hätte, den Anteil derjenigen, die dies verneinten, um 35 Prozentpunkte, 2004 waren es nur noch 12 Prozentpunkte. Diese Entwicklung ist als ‚Post-Maastricht Blues‘ in die Literatur eingegangen.¹²⁵ Die starke Zunahme der politischen Kompetenzen der EU und die im Alltagsleben zunehmend spürbare Wirkung politischer Entscheidungen auf

¹²⁴ Vgl. Schmitt, Hermann/Thomassen, Jacques (2005): The EU Party System after Eastern Enlargement, in: www.ihs.ac.at/publications/pol/pw_105.pdf (25.8.2009).

¹²⁵ Vgl. Eichenberg, Richard C./Dalton, Russell J. (2007), Post-Maastricht Blues: The transformation of citizen support for European integration 1973-2004, in: *Acta Politica*, 42 (2-3): 128-52.

EU-Ebene haben dazu beigetragen, dass die Bürger nicht nur Chancen, sondern auch Risiken im Integrationsprozess sehen.“¹²⁶

Dadurch ist die EU-Skepsis besonders in letzter Zeit in nicht wenigen EU-Ländern ein äußerst wichtiges Phänomen geworden und steht nicht selten im Zentrum der politischen Debatten.¹²⁷ Während bei der Begründung des EU-Skeptizismus in nicht EU-Mitgliedsländern, wie der Schweiz oder Norwegen, die opportunistische (Utilitarism) Nachteile-Vorteile-Kalkulation entschieden vertreten wird, sind als EU-skeptische Hauptmotive in den EU-Staaten mögliche negative Nebeneffekte der sowohl schon erfolgten als auch noch geplanten Erweiterung und Vertiefung der EU zu beobachten.¹²⁸ Hinsichtlich des EU-Beitritts bzw. der Entwicklung der EU sind verschiedene EU-skeptische Gruppierungen zu beobachten. Die EU-skeptische Tendenz war in Norwegen so stark, dass eine mögliche EU-Mitgliedschaft durch die Effekte der norwegischen EU-Skeptiker zum Referendum gebracht und dadurch – sogar zwei Mal – abgelehnt wurde, obwohl die EU den Beitritt Norwegens als Mitglied befürwortete. Die Frage, ob das Gleiche auch in der Türkei geschehen könnte, erfordert daher in besonderem Maße eine Untersuchung der türkischen EU-Skeptiker.

3.2 Begriffliche Erklärung und Modalitäten des EU-Skeptizismus

Der EU-Skeptizismus¹²⁹ lässt sich grundsätzlich als rationaler und/oder emotionaler Vorbehalt oder Voreingenommenheit gegenüber einer europäischen Integration oder gegenüber einem neuen Mitgliedsland bezeichnen. Zudem ist er als “skepticism about, or disagreement with the purposes of EU, sometimes coupled with a wish to preserve national sovereignty” oder als “opposition to the existing EU institutional framework and its core competencies, to the nearterm trajectory of these institutions and their core competencies” zu erklären.

¹²⁶ Vgl. Weßels, Bernhard: Spielarten des Euroskeptizismus, in: Decker, Frank / Höreth, Marcus (2009): Die Verfassung Europas Perspektiven des Integrationsprojekts, VS Verlag, S. 50 – 68, hier. S. 50.

¹²⁷ Vgl. CAP: Europawahl 2009, in: [http://www.cap-](http://www.cap-lmu.de/themen/europawahl/schwerpunkte/euroskeptizismus.php)

[lmue.de/themen/europawahl/schwerpunkte/euroskeptizismus.php](http://www.cap-lmu.de/themen/europawahl/schwerpunkte/euroskeptizismus.php) (15.5.2009).

¹²⁸ Vgl. McLaren, M. Lauren (2006): Identity, Interests and Attitudes to European Integration, S. 31 – 48.

¹²⁹ Vgl. Harmsen, Robert/Spiering, Menno (2004): Introduction: Euroskepticism and the Evolution of European Political Debate, in: Euroskepticism. Party Politics, National Identity, and European Integration, S. 15 – 20.

Im Hinblick auf den EU-Skeptizismus ist zu erkennen, dass die Pro-Contra-Debatte bezüglich der EU-Integration die Haltung der zentralen Akteure sowohl der Beitritts- als auch der Mitgliedsländer gestaltet: Während die EU-Skeptiker auf eventuelle negative Aspekte einer EU-Mitgliedschaft fokussieren, heben die EU-Befürworter bestimmte positive Besonderheiten der EU hervor.

Es lassen sich verschiedene Typen von EU-Skeptizismus unterscheiden:¹³⁰ Taggart/Szerszerbiak¹³¹ unterscheiden harte und weiche Formen des EU-Skeptizismus: “‘Hard’ Euroskepticism is principled opposition to European integration, based on outright opposition to ceding or transfer of powers to the EU; ‘soft’ Euroskepticism is not principled objection to the European integration project, but opposition to the EU’s current or future planned trajectory based on the further extension of competencies.”¹³² Während man durch einen harten EU-Skeptizismus auf eine prinzipielle (in allen EU-bezüglichen Bereichen geltende) EU-Gegnerschaft hinweist, stellt ein weicher Typ des EU-Skeptizismus nicht eine direkte absolute EU-Opposition, sondern kritisch-skeptische Einstellungen dar.¹³³ Mit den Worten von Schieder: Der harte EU-Skeptizismus „lehnt die europäischen Integrationsschritte ab und stellt die EU grundsätzlich in Frage. [Der] weiche Typus richtet sich alternativ nur bedingt gegen die EU selbst, sondern kritisiert nur einzelne Aspekte der europäischen Kooperation.“¹³⁴ Jedenfalls weist der EU-Skeptizismus deshalb auf eine begründete oder unbegründete Opposition gegenüber der Mitgliedschaft in der EU hin.¹³⁵ Neben diesem harten bzw. weichen Skeptizismus bezüglich der EU werden die Akteure bezüglich der EU-Frage von Kopecky/Mudde als EU-Befürworter und EU-Gegner klassifiziert: Nach den Autoren ist das Entscheidungskriterium entweder die Unterstützung oder die Ablehnung der EU-Integration.¹³⁶ Der Begriff des EU-Skeptizismus ist nicht ganz klar bestimmt, weil es eine Vielzahl von Begriffsmustern gibt. Nach der Definition von Sørensen ist er als „sentiment of disapproval – reaching a certain degree and durability – directed towards the EU in its entity

¹³⁰ Vgl. Renken, Christoph: in: <http://www.cap-lmu.de/themen/europawahl/download/europa09-Renken-Euroskeptizismus-SPD.pdf> (18.4.2010).

¹³¹ Siehe Taggart, Paul/Szerszerbiak, Aleks (2001): *Opposing Europe* Research Network Working Paper no. 49.

¹³² Vgl. europa.kontextus.hu (05.2.2006).

¹³³ Vgl. Mudde, Cas/Kopecky, Petr (2002): *The Two Sides of Euroskepticism. Party Positions on the European Integration in East Central Europe*, in: *European Union Politics*, 3:3: 297 – 326.

¹³⁴ Vgl. Schieder, Andreas: *Euroskeptizismus in Schweden*, in: <http://www.cap-lmu.de/themen/europawahl/download/europa09-schieder-euroskeptizismus-schweden.pdf>, S.1, (16.5.2009).

¹³⁵ Vgl. Hakan, Yilmaz (2007): S. 215.

¹³⁶ Vgl. Mudde, Cas/Kopecky, Petr (2002): a. a. O.

or towards particular policy areas or developments“ zu bezeichnen.¹³⁷ Dementsprechend sind vier Modalitäten des EU-Skeptizismus in den EU-Ländern zu erkennen:

1) Wirtschaftlicher EU-Skeptizismus: Diese Form basiert auf einer reinen Kosten-Nutzen-Rechnung, also auf der Einschätzung der Bevölkerung und Parteien, ob das Land von der EU-Mitgliedschaft ökonomisch profitiert.

2) Souveränitätsbasierter EU-Skeptizismus: In diesem Zusammenhang herrscht die Befürchtung, dass nationalstaatliche Souveränität durch die Union eingeschränkt oder gar aufgelöst werden könnte. Das diesbezügliche EU-skeptische Motiv ist, dass Nation, Nationalstaat bzw. die Grundelemente eines Landes wie nationale Strukturen, Werte, Traditionen, Gewohnheiten, Symbole durch supranationale Vereinbarungen von Brüssel verloren gehen könnten.

3) Demokratischer EU-Skeptizismus: Hier wird ein wahrgenommenes Demokratiedefizit der EU und ihrer Institutionen betont und dadurch das institutionelle Setup der EU kritisiert. Die EU wird erstens des Totalitarismus, zweitens des Zentralismus und drittens des Bürokratismus („Brüsseler Bürokratie“) beschuldigt. Deshalb wird gefordert, dass das EU-Projekt nicht elitär sein und das Volk auch mitentscheiden sollte. Hinsichtlich der Legitimation der EU werden die folgenden Fragen gestellt: Sind die Organe ausreichend demokratisch legitimiert? Existiert eine demokratische Gewaltenteilung? Sind die Kompetenzen fair verteilt oder ist die Rollenverteilung asymmetrisch?

4) Politischer EU-Skeptizismus: In diesem Zusammenhang werden besonders eine zu starke neoliberale Ausrichtung der EU-Reformen und eine zu geringe Beachtung der wirtschaftlichen und finanziellen Sicherheit von sozial und ökonomisch Schwächeren kritisiert, und folglich die gegenwärtige politisch-soziale Realität der EU abgelehnt. Beispielsweise kann man in Frankreich einen solchen EU-Skeptizismus feststellen.

Insgesamt betrachtet ist zu behaupten, dass der Hauptgrund des EU-Skeptizismus Nationalismus ist.¹³⁸ „Der normative Kern der Anti-EU-Bewegungen ist die Verteidigung der nationalen Gemeinschaft, an die das Gemeinwohl gebunden ist. Die nationale Gemeinschaft basiert auf einem Set von Ideen, Mythen, Abgrenzungen sowie Selbst- und

¹³⁷ Vgl. Sørensen, Catharina (2008): *Love me, love me not... A typology of public euroscepticism*, in: <http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/workingpaper101.pdf>, S. 8 (22.01.2009).

¹³⁸ Vgl. Riedel, Sabine (2008): Nationalismus im EU-Parlament. Parteien, in: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5623 (23.8.2009).

Fremdzuschreibungen.“¹³⁹ Dadurch sind essentialistische und staatsnationalistische Vorstellungen sowie der starke Einheitscode der Nation von großer Bedeutung. Dementsprechend wird der einheitliche Nationalstaat durch die EU-Skeptiker überwiegend als einzig legitime Form der Herrschaft angesehen. Ferner spielen negative EU-Bilder mit Stereotypen über andere Völker eine wesentliche Rolle. Hierdurch streben EU-skeptische Bewegungen Abgrenzungen gegenüber anderen Völkern an.

Überdies neigen sie dazu, dem Nationalstaat ein hohes Maß an Handlungsfähigkeit zuzuschreiben und staatliche Kontrolle der Gesellschaft zu befürworten. Sie halten den Staat / die Nation für kompetenter, um Zukunftsaufgaben zu lösen. Weiterhin basieren EU-skeptische ökonomische Argumentationen auf der Selbstzuschreibung nationaler Tugenden.

Die Hauptressource der EU-Skeptiker ist „die Bevölkerung – oder um es genauer zu sagen, die Anrufung des Volkes, also eines Begriffes, der auf der diffusen Vermischung ethnischer, kultureller und staatsnationalistischer Vorstellungen beruht.“¹⁴⁰ Hierdurch genießt der EU-Skeptizismus Glaubwürdigkeit innerhalb der Bevölkerung. Infolgedessen entsteht eine Möglichkeit bzw. ein Risiko zur Reproduktion von EU-skeptischen Neigungen. Dagegen agieren die Befürworter der EU-Integration als Vertreter der Zukunft, der Sachlogik und des Fortschritts.

Darüber hinaus hängt der EU-Skeptizismus vom jeweiligen Selbstverständnis der Linken und der Rechten im nationalen Kontext ab: „Ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Abstimmungsverhalten in der Schweiz und in Norwegen ist die Haltung der Linken und der Rechten. In Norwegen stand die Linke gegen eine EU-Integration, die Rechte dafür und die extreme Rechte (Fortschrittspartei) war gespalten. In der Schweiz neigte die Rechte zur Nein-Seite und die Linke zu den Befürworten. Links und rechts sind pauschale Schlagworte, die nur sehr bedingt geeignet sind, um die Ursache von Integrationswiderstand zu erklären.“¹⁴¹

Außerdem ist Folgendes zu erläutern: „Integrationsbefürworter und die meisten Wissenschaftler würden Euroskeptizismus am liebsten als Teil der Paläontologie erforschen – als Fossil einer vergangenen Zeit. Politisch macht dies Sinn, da die pro-integratorische Hegemonie im Integrationsdiskurs hierdurch weiter ausgebaut wird. Empirisch gehören Euroskeptiker aber keinesfalls einer aussterbenden Art an. Vielmehr werden sie den

¹³⁹ Vgl. Hille, Jochen: GUTE NATION ODER EUROPA? Euroskeptizismus in Norwegen und in der deutschsprachigen Schweiz, 2005. S. 212.

¹⁴⁰ Vgl. a. a. O.: S. 221.

¹⁴¹ Vgl. a. a. O.: S. 219.

Integrationsprozess weiter ausbremsen oder aktiv mitgestalten. Sie bleiben deshalb ein wichtiges Beobachtungsobjekt der Sozial- und Kulturwissenschaften.“¹⁴²

Hinsichtlich des EU-Skeptizismus in einem Beitritts- oder Mitgliedsland sind jeweils die folgenden Fragen zu untersuchen:¹⁴³

- Wie begründet man einen EU-Skeptizismus?
- Was können die Ursachen und die Resultate des EU-skeptischen Verhaltens sein?
- Was sind die Hauptkritikpunkte der EU-Skeptiker und durch welche Themen drücken sie ihre Position aus?
- Was sind dabei ihre Ziele? Mit welchen Strategien und Taktiken bringen EU-Skeptiker ihre Position den EU-Bürgern/Wählern nahe?
- Wie positionieren sich die zentralen Akteure eines Landes bezüglich der EU-Perspektive? Was sind die Determinanten der EU-skeptischen Akteurspositionen? Und wer sind sie überhaupt?

3.3 Exkurs: EU-skeptische Gruppierungen und Motivationen in den europäischen Staaten

Es handelt sich zum einen um die Ablehnung einzelner Integrationsschritte, zum anderen um eine Opposition gegen den Prozess der europäischen Integration zu Lasten nationaler Souveränität an sich.¹⁴⁴ Bezüglich der Frage, welche Gruppierungen in den EU-Mitgliedsländern aus welchen Gründen EU-skeptisch agieren, ist Folgendes festzustellen:

- Unter anderem polnische Landwirte, weil die EU-Beitrittsländer staatliche Subventionen in der Landwirtschaft kürzen und ihren Anteil an der Landwirtschaft verringern müssten.
- die katholische Kirche in Polen, da die EU zu weltlich und zu permissiv sei.

¹⁴² Vgl. a. a. O.: S. 225.

¹⁴³ Vgl. Taggart, Paul / Szczerbiak, Aleks (2008): *Opposing Europe?: The Comparative Party Politics of Euroscepticism 1: Case Studies and Country Surveys*, Oxford University Press; vgl. Taggart, Paul / Szczerbiak, Aleks (2008): *Opposing Europe?: The Comparative Party Politics of Euroscepticism 2: Comparative and Theoretical Perspectives*, Oxford University Press.

¹⁴⁴ Vgl. Hoffmann, Isabell/Brantner, Franziska (2009): *Europakritik wird schick*, Spotlight Europe, in: <http://www.cap-lmu.de/themen/europawahl/download/Spotlight-Europakritik.pdf> (15.5.2009).

- protestantisch-pietistische Gruppen in Norwegen, die in der EU ein „katholisches Bollwerk“ sehen.
- Unter anderem österreichische Ultranationalisten, weil das Vaterland für ewig unverändert bleiben sollte.¹⁴⁵
- Kommunistische, globalisierungsgegenerische Gruppen – weil die EU der Adressat der kapitalistischen Hegemonie sei.
- Die Fischer in (Nord)Norwegen und Island, die Angst vor der Fischereipolitik der EU haben. Die norwegischen EU-Skeptiker, für die die EU die Zerstörung der Gesellschaft durch die Infiltration kontinentaler Werte wie Ungleichheit, Großkapital, Drogen, Prostitution, Ungleichheit der Geschlechter, städtische Lebensformen bedeutet.
- Furcht vor Überfremdung und dem Verlust der nationalen Identität in der „reichen“ Schweiz.
- Angst vor der Islamisierung Europas¹⁴⁶ und anti-homosexuellen Tendenzen (z. B. dänische Volkspartei¹⁴⁷)
- Angst vor illegaler Einwanderung¹⁴⁸ (z.B. The True Finns in Finnland¹⁴⁹)
- Furcht um den Arbeitsplatz bei Arbeitnehmern in den staatlichen und kommunalen Sektoren.
- Angst der Gewerkschaftsverbände vor der in Folge der EU-Normen durchgeführten Privatisierung.

¹⁴⁵ Vgl. Angelika Beer, MdEP (Hg.): Europa im Visier der Rechtsextremen, 05/2009, in: http://www.cap.lmu.de/download/2009/Europa_im_Visier_der_Rechtsextremen.pdf (09.10.2009).

¹⁴⁶ “Søren Krarup of the Danish People's Party, has said ‘Islam has for 1,400 years attempted to conquer and repress European Christianity.’ In 2007, he described the religion as ‘a totalitarian regime that has thousands of human lives on its conscience.’” Vgl. Phillips, Leigh: Ukip, Lega Nord form hard-right bloc in EU Parliament, in: <http://euobserver.com/9/28394> (30.06.2009).

¹⁴⁷ Die Dansk Folkeparti, abgekürzt DF (deutsch: Dänische Volkspartei) ist eine rechtspopulistische und als ausländerfeindlich eingestufte Partei in Dänemark. Vgl. Ertel, Manfred: Dänemark, Starke Gesinnung, in: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-15986010.html> (09.05.2010).

¹⁴⁸ “[P]arty member Jussi Halla-aho [The True Finns, I.E.] described in a blog foreigners as criminals and called asylum seekers ‘African gang rapists’ and ‘parasites.’” Vgl. Phillips, Leigh: a. a. O.

¹⁴⁹ True Finns (Finnish: *Perussuomalaiset*) sieht die EU als ein kapitalistisches Projekt und kämpft für folgende politische Prinzipien: Finnischer Nationalismus, rechtsmotivierter Populismus, nationalistischer Konservatismus und Agrarismus. Vgl. European Election Database: Finland, in: http://www.nsd.uib.no/european_election_database/country/finland/ (09.05.2010).

Darüber hinaus lassen sich als Zeichen des EU-Skeptizismus bei den EU-Mitgliedern festhalten:¹⁵⁰

- gescheiterte Referenden in Frankreich¹⁵¹ und den Niederlanden zum Verfassungsvertrag¹⁵² 2005
- die Ablehnung des Reformvertrages von Lissabon durch Irland im Juni 2008
- die verbitterte Haltung von Tschechiens Präsident Vaclav Klaus¹⁵³ gegenüber der EU 2008
- die niedrige Wahlbeteiligung an den Europawahlen 2009 (ca. 43 %) ¹⁵⁴
- die Gründung einer neuen EU-skeptischen Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“ (EFD) im EU-Parlament nach der Europawahl 2009¹⁵⁵

¹⁵⁰ Vgl. Katz, Richard S. (2008): Euroscepticism in Parliament, in: Szczerbiak, Aleks; Taggart, Paul (Hg.): *Opposing Europe?*, 2, S. 151 – 180.

¹⁵¹ In diesem Zusammenhang wurde zum Beispiel in Frankreich eine starke Widerstandskoalition gegen die EU-Verfassung gebildet.

¹⁵² Vgl. Decker, Frank / Höreth, Marcus (2009): *Die Verfassung Europas Perspektiven des Integrationsprojekts*.

¹⁵³ Er war die letzte Hoffnung der EU-Skeptiker, der den Lissabon-Vertrag verhindern konnte.

¹⁵⁴ Die Wahlbeteiligung betrug europaweit 43,1 % und lag damit knapp unterhalb der Beteiligung bei der Europawahl 2004 (45,5%). Abgesehen von Belgien und Luxemburg, wo Wahlpflicht besteht und daher Beteiligungswerte um 90 % erzielt wurden, war die Beteiligung auf Malta (78,8 %) und in Italien (65,1 %) besonders hoch. Besonders niedrig war sie dagegen in Litauen (20,5 %) und in der Slowakei (19,6 %).

¹⁵⁵ 1994 gab es eine erste rein EU-skeptische Fraktion und 1999 erfolgte die Gründung der EU-skeptischen Fraktionen „Union für das Europa der Nationen“ (UEN) und „Unabhängigkeit und Demokratie“ (IND/DEM). Die EFD-Fraktion ist de facto die Nachfolgerin der Fraktion IND/DEM, allerdings gehören ihr auch Parteien an, die zuvor nicht Mitglied von IND/DEM gewesen waren. Nach der Europawahl 2009 hatten die IND/DEM-Mitglieder allein nicht mehr die notwendige Anzahl an Europaabgeordneten, um eine eigene Fraktion zu bilden. Dafür waren allerdings auch mehrere rechtsgerichtete und EU-skeptische Parteien erstmals ins Parlament gewählt worden. Nachdem sich daraufhin einige IND/DEM-Mitglieder der neu gegründeten Fraktion „Europäische Konservative und Reformisten“ angeschlossen hatten, gelang es UKIP und Lega Nord, verschiedene rechtsgerichtete Kleinparteien für die Gründung einer neuen EU-skeptischen Fraktion zu gewinnen. EFD umfasst vor allem die britische United Kingdom Independence Party (Abk. UKIP oder UK Independence Party) und die italienische Lega Nord sowie einige kleinere Parteien. Vgl. Phillips, Leigh: a. a. O. UKIP wurde bei der Europawahl 2009 mit 16.5% die zweitstärkste Partei im Vereinigten Königreich. Deren Hauptziel ist der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU. Siehe offizielle Webseite der UKIP <http://www.ukip.org/> (30.07.2009).

Zu bemerken ist, dass die EU-skeptischen Tendenzen mittlerweile auf der politischen Ebene stärker vertreten werden.¹⁵⁶ Dabei bewegen sich die Parteien im Spannungsverhältnis zwischen einer Befürwortung und einer Ablehnung der EU. Deshalb ist aufzuzeigen, warum bestimmte politische Parteien die europäische Integration ablehnen oder diese skeptisch gegenüberstehen. Angesichts der Gründe für eine EU-skeptische Haltung der europäischen Parteien gibt es verschiedene Argumentationen: Erstens gibt es einen Zusammenhang zwischen einer europäischen Haltung und der Stellung als Oppositionspartei.¹⁵⁷ So können sowohl links- als auch rechtsgerichtete Parteien zu einer EU-skeptischen Haltung neigen, wenn sie gezwungen sind, für längere Zeit ohne Aussicht auf baldige Regierungsteilhabe oder Regierungsübernahme in der Oppositionsrolle zu bleiben. Diese Art des EU-Skeptizismus besteht bei den mittel- und osteuropäischen Mitgliedern und auch in der Türkei.

Zweitens wird die Entwicklung der EU hin zu einem „Superstaat“ oder einem föderativen Staat als Bedrohung für die Unabhängigkeit der Mitgliedstaaten angenommen. Hier sind als Beispiele Großbritannien und Dänemark sowie die Partei Italienische Lega-Nord¹⁵⁸ und die englischen Tories¹⁵⁹ zu nennen.

¹⁵⁶ EU- bzw. EG-Skeptiker sind praktisch seit der ersten Direktwahl 1979 im Europäischen Parlament (EP) vertreten. Vgl. Statham, Paul (2008): Political Party Contestation over Europe in Public Discourses.

¹⁵⁷ Vgl. Sitter, Nick (2001): The Politics of Opposition and European Integration in Scandinavia. Is Euro-scepticism a Government-Opposition Dynamic? In: West European Politics 24.

¹⁵⁸ Die Kritik der Lega-Nord konzentriert sich hauptsächlich auf die Übertragung von Kompetenzen der Nationalstaaten auf die EU bzw. ihrer Institutionen, was als Bedrohung der norditalienischen Autonomiebestrebungen bewertet wird. Sie kritisiert das heutige politische System der EU als „Errichtung eines europäischen Superstaats“ und setzt diesem die Idee eines „Europas der Regionen“ entgegen. Vgl. Bergamini, Mattia übersetzt durch Anne Glase: Lega Nord: Der italienische Siegeszug der Euroskeptiker, in: <http://www.cafebabel.de/article/25891/Lega-Nord-italienischer-Sieg-der-Euroskeptiker.html> (13.8.2008).

¹⁵⁹ Nach der Europawahl 2009 gründeten die Tories gemeinsam mit Gesinnungsgenossen aus sieben anderen Ländern die Fraktion der „Europäischen Konservativen und Reformisten“. Die EU-skeptische Fraktion besitzt 55 Mitglieder. Vor der Europawahl 2009 kündigte der Chef der britischen Konservativen, David Cameron, die Abspaltung von der Europäischen Volkspartei (EVP) an. Neben den 26 Tory-Abgeordneten gehören der Fraktion 15 Polen aus der Partei Recht und Gerechtigkeit und neun Abgeordnete der tschechischen ODS an. Eine Fraktion im Europaparlament muss über mindestens 25 Mitglieder verfügen, die aus sieben oder mehr Ländern stammen. Diese neue Fraktion setzt sich für eine starke „Mitte-recht, aber nicht föderalistische Zukunft“ der EU ein und ist gegen ein bürokratisches Europa und für niedrigere Steuern und weniger Regulierung. Sie bildet mit den Grünen (55 Abgeordnete) die viertgrößte Gruppe im Parlament. Die EVP ist mit 265 Mitgliedern die größte Fraktion, gefolgt von den Sozialdemokraten (185) und den Liberalen (84). Vgl. Kläne, Stefan: in: <http://www.europolitan.de/Politik/Bruessel/Tories-gruenden-Europaskeptiker-Fraktion-im-EU-Parlament/278,16162,0,0.html> (23.06.2009).

Drittens wird der Prozess der europäischen Integration mit der Durchsetzung der Interessen des Kapitals und des europäischen Imperialismus gegenüber der Dritten Welt gleichgesetzt – diese Argumentation findet sich insbesondere bei den linken Parteien in den nordischen Ländern wieder. Viertens existiert die Furcht vor den Verlust nationaler Werte und Institutionen durch den EU-Beitritt und der Wunsch, diese vor transnationalen Einflüssen zu schützen. Diese Art des EU-Skeptizismus wird vor allem von den extremen rechten Parteien Westeuropas betont¹⁶⁰ (z.B. die Freiheitliche Partei Österreichs¹⁶¹, die Schweizerische Volkspartei¹⁶²).

Außerdem besteht bei vielen EU-skeptischen Bewegungen aus den osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten als Hauptgrund für ihre Abneigung gegenüber der EU das Gefühl eines „notwendigen Schutz der eigenen nationalen Identität“. Diese EU-Skeptiker sehen ihre eigene nationale Identität durch das Eindringen der in den EU-Staaten vorherrschenden Werte und Lebensstile gefährdet. Dementsprechend haben sie Angst bzw. fühlen sich unter Druck, ob anstatt der damaligen kommunistischen Hegemonie bzw. Ausbeutung der Sowjetunion eine kapitalistische imperiale Dominanz der EU bzw. ihrer großen Mitglieder kommen kann – gerade im wirtschaftlichen, kulturellen und identitätsbezogenen Sinne. Obwohl diese Eigenständigkeit in den Entscheidungsgremien der EU durch die Bestimmungen versichert bzw. geregelt wird, existiert eine Skepsis nach dem Motto „Die großen Fische fressen die kleinen Fische“.

In einigen EU-Mitgliedsländern, wie in Slowenien, Kroatien und Ungarn, gibt es auch einen spezifischen nationalpopulistischen EU-Skeptizismus:¹⁶³ Hier werden die Interessen der EU als im Gegensatz zu den eigenen Interessen stehend eingeschätzt und demgegenüber die Verfolgung eines autonomen nationalen Weges für die wirtschaftliche Entwicklung gefordert. Die Dominanz des europäischen und globalen Kapitals über die nationalen Volkswirtschaften wird abgelehnt. Ein nationalpopulistischer EU-Skeptizismus kann ebenfalls in der Türkei konstatiert werden.

„Ähnliches findet man in Estland, vertreten durch die Estnische Unabhängigkeitspartei, die für die Doktrin von ‚Estland als einem neoutarken geopolitischen Raum‘ wirbt, basierend auf

¹⁶⁰ Vgl. Chiantera-Shutte, Patricia (2002): Das Europa der Antieuropäer. Ein Vergleich von Lega Nord und FPÖ, in: <http://cadmus.eui.eu/dspace/bitstream/1814/329/1/sps20029.pdf> (09.5.2010).

¹⁶¹ Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ist eine rechtspopulistische Partei in Österreich.

¹⁶² Die Schweizerische Volkspartei (SVP) ist eine nationalkonservative Partei in der Schweiz.

¹⁶³ Vgl. Lindstrom, Nicole (2002): From Permissive Consensus to Contentious Politics: Varieties of Euroskepticism in Croatia and Slovenia.

den Ideen einer estnischen ‚Außergewöhnlichkeit‘ und der Notwendigkeit, neutral zwischen Ost und West zu bleiben.“¹⁶⁴

Was sagen dagegen die EU-Befürworter im Hinblick auf den aktuellen EU-Skeptizismus?

Andreas Theyssen, Redakteur der Tageszeitung Financial Times Deutschland, beschreibt die Haltung der Pro-Europäer im Hinblick auf die aktuellen EU-skeptischen Entwicklungen wie folgt:

„Wir haben uns daran gewöhnt, dass EU-Skeptizismus längst zum gesellschaftlichen Mainstream geworden ist. Doch nun gibt es eine neue Qualität: die gesellschaftsfähig gewordene, politisch erfolgreiche EU-Phobie. An die sollten wir uns nicht gewöhnen. In Österreich hat die Regierungspartei SPÖ mit einer explizit EU-feindlichen Kampagne die Wahl gewonnen. [...] Im EU-Land Tschechien amtiert mit Vaclav Klaus ein Präsident, dessen Brüsselphobie Legende ist. In Irland hat der Milliardär Declan Ganley mit einer Kampagne dafür gesorgt, dass seine Landsleute gegen den EU-Verfassungsvertrag votierten [...] und hat damit die gesamte Union in die Paralyse gestürzt. Und nun schickt sich eben jener EU-Fresser an, die europafeindlichen Kräfte in Tschechien, Schweden, Frankreich, Großbritannien oder Polen zu einen. Und was machen die Pro-Europäer? [...] Es ist an der Zeit, den Blick endlich vom – unzweifelhaft vorhandenen – Brüsseler Bürokratenkleinklein zu lösen und darauf hinzuweisen, was die EU wirklich ist. ... Die EU ist sicherlich reformbedürftig, aber sie ist auch ein Projekt, für das es sich lohnt zu kämpfen. Deshalb dürfen die Pro-Europäer die Bühne nicht den Ganleys, Klaus' oder Haiders überlassen.“¹⁶⁵

Bezüglich des EU-Skeptizismus in den EU-Ländern sind vier wesentliche Erkenntnisse festzuhalten:

¹⁶⁴ Vgl. Yılmaz, Hakan (2007): S. 216, vgl. Ehin, Piret: Estonian Euroscepticism: A Reflexion of Domestic Politics?, in: East European Constitutional Review 11/12, 2002/2003, Nr. 4/1; NYU, School of Law.

¹⁶⁵ Vgl. Theyssen, Andreas: Rettet Europa!, in: <http://www.ftd.de/meinung/leitartikel/:kolumne-andreas-theyssen-rettet-europa/419521.html> (17.4.2010).

1. Die Ursachen, die Themen, das Niveau sowie die Argumente und Fragestellungen des EU-Skeptizismus können sich von Land zu Land und von einem Zeitabschnitt zum anderen unterscheiden.¹⁶⁶
2. EU-skeptische Bewegungen sollten ernst genommen werden. Sonst könnten sie womöglich die Weiterentwicklung bzw. einzelne Integrationsschritte der EU verhindern.
3. Die Kritik am Vertrag von Maastricht und besonders am Reformvertrag von Lissabon: „Politische Einigung“ solle durch die Völker der europäischen Staaten beschlossen bzw. die EU solle dem Volk angenähert werden.
4. Die Auseinandersetzungen bzw. die Reaktionen der EU-Völker bezüglich der EU-Integration sollten nicht mikrobebenenorientiert, sondern global- und zukunftsorientiert sein.¹⁶⁷

3.4 Positionen in der Türkei bezüglich der EU-Mitgliedschaft

Hinsichtlich eines Türkeibeitritts existieren verschiedene Standpunkte in der Türkei. Nachfolgend werden sie erörtert:

3.4.1 EU-Befürworter in der Türkei

Bezüglich des EU-Enthusiasmus in der Türkei ist in erster Linie zu unterstreichen, dass türkische EU-Befürworter das EU-Projekt der europäischen Länder als eine der wichtigsten Entwicklungen in der Geschichte bewerten, durch die lang andauernde kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Staaten gelöst worden sind und stattdessen eine erfolgreiche wirtschaftliche und politische Einigung geschaffen worden ist. Der EU-Beitritt der Türkei hieße deshalb zunächst eine gleichermaßen politische und wirtschaftliche Erfahrung. Politisch gesehen würden nach einem EU-Beitritt die Beziehungen der Türkei mit

¹⁶⁶ Vgl. Costa, Olivier/Brack, Nathalie (2009): The Role(s) of the Eurosceptic MEPs. In: Fuchs, Dieter/Magni-Berton, Raul/Roger, Antoine (Hrsg.): Euroscepticism, S. 253 – 271.

¹⁶⁷ Interview des Autors mit Rob Van der Water in dessen Büro beim EP, 2009, Interviewnummer 90; vgl. Benedetto, Giacomo (2008): Explaining the Failure of Euroscepticism in the European Parliament. In: Szczerbiak, Aleks; Taggart, Paul (Hg.): Opposing Europe?, 2, S. 127 – 150.

ihren Nachbarn (u. a. mit Griechenland oder Zypern) friedlich.¹⁶⁸ Aus wirtschaftlicher Sicht würde die Türkei über eine stabile, stärkere und transparentere Ökonomie verfügen.¹⁶⁹ Wenngleich die EU immer noch manche innere Probleme aufweise, sei sie als das Höchstmaß der heutigen Zivilisation auf der ganzen Welt anzunehmen. Die Kopenhagener rechtlichen und administrativen Beitrittskriterien seien der Führerschein für ein Beitrittsland, wodurch das Zivilisations- und Modernitätsniveau der EU-Länder zu erreichen sei. So gesehen würde die Türkei eine konsolidierte Demokratie sein und Freiheiten besitzen, die gegen mögliche innere und äußere Demokratiefeinde endlich geschützt wären.¹⁷⁰ Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei sei das erfolgreiche Ergebnis der seit über eineinhalb Jahrhunderten verwirklichten Europäisierungs- und Modernisierungsbemühungen der Türken. Der EU-Beitritt stelle für sie auch die Vorbildrolle der Türkei für die islamische Welt dar. Hierdurch könnte gezeigt werden, dass Islam und Demokratie zueinander passen, und die Türkei würde als Brücke zwischen dem islamischen Orient und dem christlichen Okzident agieren.¹⁷¹

Des Weiteren spielen bei der Frage, ob man für oder gegen die EU-Mitgliedschaft der Türkei sein sollte, Kosten-Nutzen-Abwägungen eine große Rolle. Dementsprechend erwarten und erhoffen die türkischen EU-Befürworter durch die EU-Mitgliedschaft besonders die wirtschaftlichen positiven Auswirkungen: Wachstum und Wohlstandssteigerung auf der Grundlage von makro-ökonomischer Stabilität, Zufluss von Auslandsinvestitionen, Korruptionsbekämpfung, finanzielle und sonstige Anpassungshilfen sowie einen hohen Anteil am EU-Haushalt, Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittelständischen Unternehmen und neue Absatzmärkte.¹⁷²

Darüber hinaus halten EU-Befürworter in der Türkei die Pro-Argumente eines Türkeibeitritts für besonders wichtig, um sie sowohl gegen türkische als auch europäische Gegner der EU-Integration der Türkei zu benutzen.¹⁷³ Zudem ist zu konstatieren, dass sich unter den

¹⁶⁸ Interview des Autors mit Sinan Ülgen an der Universität Maltepe, 2006, Interviewnummer 47.

¹⁶⁹ Interview des Autors mit Niyazi Berk an der Universität Bahçeşehir, 2008, Interviewnummer 76

¹⁷⁰ Interview des Autors mit Cengiz Aktar an der Universität Bahçeşehir, 2009, Interviewnummer 87.

¹⁷¹ Interview des Autors mit İhsan D.Dağı an der Universität ODTÜ, 2006, Interviewnummer 26.

¹⁷² Interview des Autors mit Bahadır Kaleağası in Istanbul, 2006, Interviewnummer 36 und mit Eyüp Vural Aydın in der Zentrale MÜSIAD in Istanbul, Interviewnummer 30.

¹⁷³ Pro-Argumente für den Türkeibeitritt in die EU (Vgl. Ermagan, Ismail: 2007, S.164 – 165; vgl. Witzens 2007, Giannakopoulos/Maras 2005 und Leggewie 2004).

- „die Identität der EU nicht als christlicher Club, sondern als Wertegemeinschaft
- die Westorientierung und Reformen der Türkei

„leidenschaftlichen“ EU-Befürwortern Liberale, Aleviten, Kurden, EU-freundliche Linke, christliche Minderheiten und „gemäßigte Muslime“¹⁷⁴ befinden. Diese EU-freundlichen Gruppierungen einigen sich trotz ihrer voneinander differenzierenden Motive, um die türkische Politik zu liberalisieren und die Standards der EU in der Türkei zu verwirklichen.

Als Antwort auf die Frage, von welchen politischen Gruppierungen in der Türkei die EU-Mitgliedschaft befürwortet wird, sind erstens die Liberalen zu nennen.¹⁷⁵ Diese prinzipiellen Befürworter heben hervor, dass die politische und wirtschaftliche Transformation der Türkei nur durch eine von außen importierte Entwicklungsdynamik als treibende Kraft zu schaffen sei, die im Idealfall die EU sei. Ihnen zufolge seien „die Nations- und Gesellschaftsbildungsprozesse in der Türkei unvollendet geblieben, da der türkische Staat sowohl der Träger als auch die Bremse der Modernisierung gewesen sei.“¹⁷⁶ Hierbei wird außerdem betont, dass „als einzige Struktur nur die Europäische Union genug Kraft besitze, um die Mentalitäten und Praktiken, die einer erfolgreichen sozialen Transformation innerhalb dieses historischen Raumes der sog. ‘orientalischen Despotie’ (zu dem auch die Türkei gehört) entgegen wirken, grundlegend zu verändern.“¹⁷⁷

-
- die historische Verantwortung wegen des seit Langem den Türken gegebenen Versprechens und die Zuverlässigkeit der EU auf der internationalen Ebene
 - die Stärkung der Menschenrechte und weitere westliche Reformen in der Türkei
 - die geographische bzw. geostrategische Rolle der Türkei und durch eine Türkei-Mitgliedschaft die Möglichkeit der EU, ein „Global Player“ zu sein
 - große wirtschaftliche Beziehungen zwischen der EU und der Türkei
 - die Energieversorgung der EU
 - sicherheitspolitische Vorteile durch den Türkeibeitritt zur EU
 - die Verjüngung und Dynamisierung der überalterten Bevölkerung Europas durch den Beitritt der Türkei
 - eine enorme Zuwanderung ist nicht der Fall (wie an Italien, Spanien oder Portugal zu sehen ist)
 - die Grenze Europas als politisch zu definieren, nicht als geographisch
 - durchgeführte wichtige Reformen für das Kurdenproblem
 - die Bereitschaft der Türkei, um die armenische Genozidfrage auf der internationalen Ebene zu debattieren
 - besserer Dialog mit der islamischen Welt durch die Türkei“

¹⁷⁴ In der Literatur werden diese auch als „Post-Islamisten“ oder als „islamische Konservativen“ bezeichnet. Vgl. Robins, Philip: Turkish foreign policy since 2002: between a ‘post-Islamist’ government and a Kemalist state. *International Affairs* 83: 1 (2007), pp. 289 – 304.

¹⁷⁵ Interview des Autors mit İsmet Berkan an der Universität Maltepe in Istanbul, 2006, Interviewnummer 50.

¹⁷⁶ Vgl. Insel, Ahmet (2005): S. 204.

¹⁷⁷ Vgl. a. a. O.: S. 204.

Die EU-Mitgliedschaft der Türkei wird zweitens von den demokratischen Kemalisten¹⁷⁸ bzw. „Atatürkisten“ unterstützt.¹⁷⁹ Sie behaupten, dass der unter dem Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk eingeschlagene Entwicklungspfad der Türkischen Republik auf Westausrichtung und das zeitgenössische Zivilisationsniveau ausgerichtet sei. Daher solle man nicht gegen eine Aufnahme der Türkei in die EU sein.¹⁸⁰ Wenngleich die Türkei in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch die „Atatürk- bzw. Republik-Reformen“ überwiegend westliche Verhaltens- und Denkmuster sowie den entsprechenden Verwaltungstypus übernahm, fand eine weitere Europäisierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hinsichtlich des liberalen Demokratieverständnisses (vor allem bezüglich der Rechte) nicht statt.¹⁸¹ In diesem Zusammenhang würde die EU-Mitgliedschaft eine stärkere Dynamik für die Re-Synchronisation der Türkei mit dem Westen bzw. für die unvollständig gebliebene demokratische Konsolidierung der Türkei bedeuten. Zudem stellt die EU für sie die Vollendung der Modernisierungsbestrebungen von Atatürk dar. Zu dieser Gruppe gehören auch Teile des türkischen Militärs, die „stärker mit einer Mitgliedschaft unter wirtschaftlich-strategischen Kriterien denn mit einem Beitritt in eine politisch-kulturelle Union sympathisieren“¹⁸², da sie die EU-Mitgliedschaft auch aus der Perspektive der wirtschaftlichen Entwicklung und der internationalen und regionalen Machtverteilung beurteilen.¹⁸³

Darüber hinaus sind auch „gemäßigte Muslime“, die sich selbst „konservativ-demokratisch“ nennen, EU-Befürworter in der Türkei.¹⁸⁴ Sie werden politisch überwiegend von der Regierungspartei AKP vertreten. Sie sind der Ansicht, dass dank der EU-Mitgliedschaft ein sicheres System in der Türkei zu etablieren sei, in dem es mehr Freiheiten und Rechte gibt und in dem sie somit ihren religiösen Bedürfnissen besser und problemloser nachgehen können. Deshalb sei die EU für sie „mit einer Art Entlastung des religiös-kulturellen Lebens

¹⁷⁸ Vgl. Rustow, Dankwart A.: *Kemalism*, in: Klaus-Detlev Grothusen (Hg.): *Türkei, Südosteuropa-Handbuch*, 1985, S. 237 – 247; vgl. Köker, Levent (2004): *Kemalizm/Atatürkçülük: Modernleşme, Devlet ve Demokrasi* [Kemalismus/ Atatürkismus: Modernisierung, Staat und Demokratie], in: İnel, Ahmet (Hg.): *Kemalizm. Modern Türkiye’de Siyasi Düşünce* [Kemalismus. Politische Gedanken in der modernen Türkei], S. 97 – 112.

¹⁷⁹ Interview des Autors mit Ali Sirmen an der Universität Maltepe in Istanbul, 2008, Interviewnummer 48.

¹⁸⁰ Interview des Autors mit Burhan Şenatalar an der Universität Akdeniz in Antalya, 2008, Interviewnummer 52.

¹⁸¹ Interview des Autors mit Hakan Yılmaz an der Universität Boğaziçi in Istanbul, 2006, Interviewnummer 6.

¹⁸² Vgl. İnel, Ahmet (2005): S. 207.

¹⁸³ Interview des Autors mit Rıza Küçükoglu in ASAM, Ankara, 2006, Interviewnummer 24.

¹⁸⁴ Interview des Autors mit Şahin Alpay an der Universität Bahçeşehir in Istanbul, 2008, Interviewnummer 70.

von den politischen Systemimperativen des kemalistischen Dirigismus verbunden.“¹⁸⁵ Zudem könne der EU-Beitritt der Türkei zu einem notwendigen Dialog zwischen dem Islam und dem Christentum führen. Dadurch könnte auch die These von Huntington – vom „clash of civilizations“¹⁸⁶ – widerlegt werden. Ferner spielen dabei die positiven Erfahrungen von Muslimen mit Europäern, die bezüglich der Arbeitsmigration nach Europa kamen und dort „ohne Assimilierung“ leben, eine Rolle.¹⁸⁷

Außerdem unterstützen die gemäßigten Linken¹⁸⁸ die Türkei auf dem Weg zur EU, da die Türkei mittels der EU-Mitgliedschaft ein sicheres System gegen den militärischen und zivilen Autoritarismus bilden könne.¹⁸⁹ Darunter gibt es auch eine Gruppe, die die EU-Perspektive nicht als das Endziel, sondern als Prozess bewertet, der in der Türkei zu einer effektiven Reformdynamik führen könne.¹⁹⁰ Damit solle auch die Emanzipation der Gesellschaft/Individuen gegenüber dem Staat verstärkt werden. Für sie sei die EU „trotz der bisweilen berechtigten Kritik an neoliberalen, arroganten und fremdenfeindlichen Tendenzen, die zurzeit in den Gesellschaften der EU eine hohe Konjunktur haben, das progressivste Zivilisationsmodell der heutigen Welt“.¹⁹¹ Die letztgenannte Gruppe der türkischen Linken betont ferner, dass die umfassende Demokratisierung der türkischen Gesellschaft durch die Integrationsdynamik realisiert werden könne. „Ob die Türkei am Ende dieses Prozesses letztendlich als EU-Mitglied da stehen wird oder nicht, wäre, vom Standpunkt dieser Position betrachtet, lediglich ein sekundäres oder einfach ein anderes Problem.“¹⁹²

Der EU-Beitritt der Türkei wird hinsichtlich der Rechte befürwortet, die politischen, ethnischen bzw. kulturellen sowie (islamischen und christlichen) religiösen Gruppierungen zugestanden werden würden. Die EU-Mitgliedschaftsperspektive würde somit ihren Forderungen nach Gleichberechtigung entgegenkommen: Die Kurden befürworten die EU-Perspektive der Türkei, zumal sie dadurch hoffen, dass ihnen ihre Identität gesetzlich

¹⁸⁵ Vgl. Giannakopoulos, Angelos/Maras, Konstadinos (2005): S. 228.

¹⁸⁶ Vgl. Huntington, Samuel Phillips (2002): *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*.

¹⁸⁷ Vgl. İnel, Ahmet (2005): S. 207.

¹⁸⁸ Vgl. Bora, Tanıl/Gültekinil, Murat (2008): *Modern Türkiye’de Siyasi Düşünce*, Sol, İstanbul.

¹⁸⁹ Interview des Autors mit Oral Çalışlar in der Zeitungs-Redaktion der Cumhuriyet in Istanbul, 2006, Interviewnummer 38.

¹⁹⁰ Interview des Autors mit Murat Belge an der Universität Bilgi in Istanbul, 2006, Interviewnummer 12.

¹⁹¹ Vgl. İnel, Ahmet (2005): S. 207 – 208.

¹⁹² Vgl. a. a. O.: S. 208.

garantiert wird.¹⁹³ Ferner würden die ökonomischen Unterschiede zwischen den Regionen in der Türkei besser beachtet und die unterentwickelten Regionen stärker unterstützt. Überdies erwarten die Aleviten von einer EU-Mitgliedschaft ebenso demokratische Bereicherung und religiöse Anerkennung.¹⁹⁴ Denn ihre religiöse Existenz bzw. Differenzen werden offiziell nicht gebilligt. Ebenfalls unterstützen die christlichen Minderheiten einen Türkeibeitritt in die EU – „sowohl in der Hoffnung auf Aufhebung der Rechtsbeschränkungen, die für religiöse Minderheiten gelten, als auch in kultureller Hinsicht“.¹⁹⁵ Hauptsächlich gibt es in der Türkei drei Minderheitengruppen – Juden, Griechisch-Orthodoxe und Armenier. Mittels ihrer Gemeinschaftsvertreter in der EU wie in den USA hatten sie sich durch auffällige Lobbyaktivitäten für die Anerkennung der türkischen EU-Kandidatur bemüht. Diese würden in den führenden Etagen der EU zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Überdies lässt sich konstatieren, dass die EU-Befürworter in der Türkei in zwei Gruppen eingeteilt werden können: vorbehaltlose und skeptische EU-Befürworter.¹⁹⁶ Gemäß der ersten Gruppe sollten alle EU-Kriterien „ohne Wenn und Aber“ angenommen werden. Demgegenüber zeigt sich die zweite Gruppe hinsichtlich des EU-Verhaltens gegenüber dem Türkeibeitritt nicht so entschlossen. Nach eventuellen wechselseitigen Effekten zwischen endogenen – die Reaktionen und das Verhalten innerhalb der Türkei – und exogenen – die Reaktionen und das Verhalten außerhalb der Türkei bzw. in der EU – Determinanten eines EU-Beitritts ist es möglich, dass Teile der EU-Befürworter in der Türkei infolge der exogenen Faktoren und durch die Verkomplizierung des Beitrittsprozesses in absehbarer Zeit zu EU-Skeptikern werden. Das entspräche der periodischen Veränderung des EU-Enthusiasmus in EU-Skeptizismus. In der Türkei ist seit 2004 eine solche Veränderung sichtbar: Ein beachtlicher Teil der türkischen EU-Befürworter ist der Ansicht, dass die Türkei, auch wenn sie alle Beitrittsvoraussetzungen erfüllen würde, aufgrund der exogenen Faktoren einer Türkeimitgliedschaft nicht in die EU aufgenommen werden würde.

¹⁹³ Interview des Autors mit Nizamettin Öztürk in der Parteizentrale der DTP in Istanbul, 2006, Interviewnummer 17.

¹⁹⁴ Interview des Autors mit Kalender Karpuz, Aliakber Demir und Kasım Göçme beim Cem-Haus in Bağcılar, Istanbul, 2006, Interviewnummer 11.

¹⁹⁵ Interview des Autors mit Mihail Vasiliadis, telefonisch und per Mail, 2009, Interviewnummer 95.

¹⁹⁶ Interview des Autors mit Hüseyin Kalaycı, im ASAM-Institut, Ankara, 2006, Interviewnummer 19 und mit Ahmet Insel im İletişim Verlag in Istanbul, 2006, Interviewnummer 43.

3.4.2 EU-Gegner in der Türkei

Bezüglich der türkischen EU-Gegnerschaft lässt sich in erster Linie sagen, dass, wer im Prinzip direkt gegen die Ziele, Normen und Bedingungen der türkischen EU-Integration ist, als EU-Gegner zu bezeichnen ist. Um eine EU-Mitgliedschaft der Türkei zu verhindern, können türkische EU-Gegner gelegentlich mit Türkei-Gegnern in EU-Ländern zusammen agieren, auch durch Hinweis auf gleiche Contra-Argumente bezüglich des Türkeibeitritts zur EU.¹⁹⁷

In diesem Kontext werden mit dem „Westen“ nicht nur die EU und europäische Länder, sondern auch die USA gedeutet. Hierzu wird argumentiert, dass die westliche Allianz (EU+USA) nur für die Realisierung ihrer eigenen Ziele handeln würde und dies führe für nicht-westliche Nationen zu destruktiven Effekten. Zu diesem Punkt hätten die Europäer historisch-politisch immer die „geheime“ Absicht gehabt, die Türken zu überwältigen. Anders ausgedrückt seien es die verinnerlichteten Hauptziele des Westens, die Türkei generell zu schwächen und die Stärkung ihrer globalen Position zu verhindern oder sie zumindest unter Kontrolle zu halten.¹⁹⁸ In diesem Sinne sei auch das heutige EU-Projekt ein wichtiges Vehikel, das die Europäer in Zusammenarbeit mit den USA entworfen hätten, um die sich entwickelnden Nationen der Welt (inklusive der Türkei) zu regieren und somit neue imperialistische Beziehungen auf globaler Ebene zu schaffen.¹⁹⁹ Indem der Türkei eine EU-

¹⁹⁷ Contra-Argumente für den Türkeibeitritt in die EU (Vgl. Ermagan, Ismail: 2007, S.164, vgl. Witzens 2007, Giannakopoulos/Maras 2005 und Leggewie 2004).

- „die Identität der EU und die Türkei – nicht kompatibel
- historische Unterschiede zwischen den Europäern und den Türken
- gesellschaftliche und politische Unterschiede zwischen den Europäern und den Türken
- die Grenze Europas: wo endet die EU?
- die Fraglichkeit der Vorbildfunktion der Türkei für islamische Staaten
- die hohe Bevölkerungszahl der Türkei – die hohe Partizipation an EU-Institutionen
- das Zuwanderungsproblem durch einen Türkeibeitritt in die EU (Vgl. Die Zeit: Demografie in der Türkei. Stadt, Land, Sohn, in: <http://www.zeit.de/2010/20/Demografie-Tuerkei?page=2> (16.5.2010)
- große Kosten der Integration der Türkei
- sicherheitspolitische Bedenken durch die EU-Mitgliedschaft der Türkei
- die geringe Akzeptanz der Türkei seitens der europäischen Bürger“

¹⁹⁸ Interview des Autors mit Hikmet Çiçek in der Parteizentrale der IP in Ankara, 2006, Interviewnummer 21.

¹⁹⁹ Hier wird von türkischen EU-Gegnern als Beispiel u. a. das „Projekt des Großen Mittleren Ostens“ der USA genannt. Interview des Autors mit Doğu Perinçek in der Parteizentrale IP in Istanbul, 2006, Interviewnummer

Beitrittsperspektive verliehen wurde, hätte dieses „hegemoniale Konsortium“ beabsichtigt, seine geheimen Wünsche zu verwirklichen, obwohl ganz eindeutig sei, dass sie die Türkei keineswegs in die EU aufnehmen würden.²⁰⁰ Die Türkei müsse kontrolliert werden, da sie eine imperialistische Vergangenheit habe, welche wieder aufleben könne. Angesichts ihres geostrategischen, kulturellen und religiösen Potenzials könne die Türkei stattdessen mit Turkvölkern im Kaukasus und Zentralasien sowie mit islamischen Ländern im Nahen und Mittleren Osten eine effektive Zusammenarbeit herbeiführen, die die politischen und wirtschaftlichen Strategien dieses „westlichen Konsortiums“ in diesen Regionen essentiell beeinträchtigen könnte.²⁰¹ Darüber hinaus müsse die Türkei laut türkischer EU-Gegner als Gegenmodell zur EU-Mitgliedschaft in enger Kooperation mit Russland sowohl mit der EU als auch den USA in Konkurrenz treten.²⁰² Weil der EU-Beitritt zu einer definitiven Übergabe der nationalen Souveränität an eine ausländische Macht führe, müsse die Türkei nicht EU-Mitglied werden, sondern nach solchen Alternativen²⁰³ suchen.²⁰⁴

34. Siehe Dokumentarfilm: Mit Offenen Karten – Ein amerikanischer Naher Osten?, in: <http://www.youtube.com/watch?v=AfjvVNxO4iQ&feature=related> (14.11.2009).

²⁰⁰ Interview des Autors mit Kemal Kerinçsiz in dessen Anwaltsbüro in Istanbul, 2006, Interviewnummer 8.

²⁰¹ Interview des Autors mit Sinan Aygün, telefonisch, in Ankara, 2006, Interviewnummer 28.

²⁰² In Bezug auf die Zusammenarbeit mit Russland haben türkische EU-Gegner zwei Optionen entwickelt: „Während die ‘Euro-Asiatische Allianz’ als die autoritär-entwicklungspolitische Version eines Dritten Weges verstanden werden kann, stellt die Islamische Union deren islamistische und auf die Wiedergeburt der ‘Türkischen Welt’ abzielende ‘Blutrotapfelkoalition’ (*Kızıl Elma Koalisyonu*) als ihre ethnisch-nationalistische Version dar.“ Vgl. Insel, Ahmet (2005): 204. *Kızıl Elma Koalisyonu* wird Insel wie folgt erklärt: „Eine Allianz, die anlässlich der gemeinsamen Aktionen von Jugendorganisationen der extrem-rechten Bewegung mit den tiers-mondistischen und links-nationalistischen Kreisen, die sich selbst als ‘Kemalistische Jugendbewegung’ bezeichnen, gegen die ‘Veräußerung Zyperns’ geknüpft wurde und sich nach der Vereinigung der Türken aller Welt sehnt. Das eigentliche Sprachrohr dieser Koalition ist die Zeitschrift ‘Türk Solu’ (Türkische Linke), die Publikation der ‘Föderation der Vereine Atatürkistischen Denkens’. Auch die kleine *Arbeiterpartei*, die sich von ihrer ursprünglichen Linie, die bei der Maoistischen Revolution in den 1970ern ihren Ausgang nahm, zu einer Partei des autoritären Nationalismus wandelte, hat eine ähnliche Haltung. Aber das Sonderbarste innerhalb dieser Front ist die ultra-nationalistische und nationale Souveränität verabsolutierende Haltung, die vom Vorsitzenden der Handelskammer von Ankara [Sinan Aygün gemeint, I.E.] eingenommen wird. Auch wenn es schwierig ist, einzuschätzen, inwiefern diese Haltung die Empfindungen der kleinen Geschäftsleute zur Sprache bringt, man könnte sie sicherlich als Ausdruck eines einheimischen „Poujadisme“ bezeichnen.“ Vgl. a. a. O.: S. 212.

²⁰³ Diesbezügliche Auffassungen türkischer EU-Gegner bzw. Alternativen der Türkei zur EU-Mitgliedschaft werden im Unterkapitel 4.3.2.7 umfangreich dargelegt.

²⁰⁴ Vgl. İlhan, Attila: *Bir Millet Uyanıyor* 1 – 17, 2005, 2006, 2007 [Eine Nation wird bewusst 1 – 17].

Die türkischen EU-Gegner begründen ihre Gegnerschaft generell politisch, religiös-kulturell und auch geografisch: Politisch gesehen sei der EU-Beitrittsprozess der Türkei kein ehrlicher, sondern täuschender Prozess, bei dem die Türkei durch die „unendlichen“ Forderungen der EU nur neue Zugeständnisse mache, sonst nichts. Zudem wird betont, dass der Westen besonders die Menschen- und Minderheitenrechte instrumentalisieren würde, um auf die Türkei Einfluss auszuüben.²⁰⁵ Dabei vergleichen sie die ehemaligen „Tanzimat-Reformen“²⁰⁶ der Osmanen mit den derzeitigen EU-Reformen der Türken, wonach die Türkei ihre Minderheiten- und Menschenrechtslage den EU-Kriterien anpassen soll.²⁰⁷ Außerdem sind die türkischen EU-Gegner der Ansicht, dass das politische Verwaltungssystem, die gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse und die Mentalität der Türken im Vergleich mit dem Westen ganz anders sei, als es von den Türkei-Gegnern – u. a. den deutschen Historikern Wehler und Winkler – aus europäischer Perspektive formuliert wurde.²⁰⁸ Die pluralistischen Regierungsstrukturen und individualistisch-egoistischen Wertvorstellungen der europäischen Länder würden nicht zur zentralistischen und gemeinschaftlichen Türkei passen. Aus diesem Grund sei das Übertragen der europäischen Normen und Werte – hier in erster Linie des westlichen Demokratieverständnisses – auf die Türkei ganz falsch, weil sie die Produkte einer ganz anderen Kultur und Zivilisation seien. Zudem könne sich eine genaue Übernahme bzw. Imitation der europäischen Regeln auf die souveräne Einheit der Türkei zutiefst negativ auswirken. Der Begriff der „Konsolidierung der Demokratie“ sei eine Illusion, da die liberalen Vorstellungen der westlichen Demokratien den besonderen Eigenschaften und Realitäten der Türkei nicht ganz entsprechen würden.²⁰⁹ Darum dürfe die Türkei auf der Demokratisierungsebene einige Ausnahmen aufweisen, da die Sicherheit des Landes Vorrang habe.²¹⁰ Geografisch betrachtet hätten gemäß den Anti-EU-Mächten in der Türkei die Europäer niemals verinnerlicht, dass die Territorien der heutigen Türkei den Türken gehörten, zumal die Türken sie von den damaligen christlichen Völkern gewaltsam erobert hätten und sie so nicht der legitime Besitzer des ehemaligen christlichen Landes seien. Zu diesem Zweck

²⁰⁵ Vgl. Manisali, Erol: 2004 und 2005; vgl. Aygün, Sinan: 2006; vgl. Cevizoglu, Hulki: 2004 und 2004.

²⁰⁶ Siehe das Unterkapitel 2.1.2 Tanzimat-Reformen.

²⁰⁷ Entsprechende Einstellungen türkischer EU-Gegner werden im Unterkapitel 4.3.1.1 Tanzimat-Syndrom weiter erklärt.

²⁰⁸ Vgl. Wehler, Hans-Ulrich: „Das Türkenproblem“, in: Die Zeit, 12.09.2002, S. 9; vgl. Winkler, Heinrich August: „Selbstzerstörung inbegriffen“, in: Frankfurter Rundschau, 1.3.2004, S. 8.

²⁰⁹ Interview des Autors mit Ahmet Hamdi Kepekçi in Istanbul, 2006, Interviewnummer 41 und mit Mehmet Müftüoğlu in der Zeitungs-Redaktion der Ortadoğu in Istanbul, 2006, Interviewnummer 35.

²¹⁰ Vgl. İlhan, Attila (2004): S. 6, 12, 19, 25 und 54.

würde im Namen der regional-lokalen Freiheiten und dezentralistischen Autonomiestrukturen durch die (politischen) Mitgliedschaftsvoraussetzungen der EU ein „jugoslawisches bzw. tschechoslowakisches Modell“²¹¹ für die Türkei entworfen, wonach Territorien für ein großes Armenien bzw. ein autonomes Kurdistan von der Türkei verlangt würden. Dadurch sei die Türkei der Gefahr ihrer Zerstörung ausgesetzt.²¹²

Des Weiteren wird eine EU-Mitgliedschaft der Türkei auch aus religiös-kulturellen Gründen zurückgewiesen, da ein EU-Beitritt erstens zu nicht zu ignorierenden und bestimmt negativen Auswirkungen auf die religiösen und kulturellen Strukturen der Türkei führen würde und zweitens die Identität der EU keine Wertegemeinschaft, sondern vielmehr eine christliche Union sei, deshalb dürfe die Türkei der EU nie beitreten.²¹³ Dementsprechend könne ein EU-Beitritt ferner familiäre und moralische Schäden – u. a. die Normalisierung des Single-Lebens oder von unehelichen Kindern – nach sich ziehen.²¹⁴ Obschon es offiziell nicht bestätigt würde, spielen das Christentum bzw. die christlichen Werte bei der Verleihung der Mitgliedschaft eine führende Rolle, zumal keines der bisherigen EU-Mitgliedsländer muslimisch sei. Überdies wird unterstrichen, dass eine Dialogbereitschaft des Westens mit der islamischen Welt nur ein Versuch der Täuschung der Weltöffentlichkeit sei, da sie grundsätzlich nicht die Absicht hätten, den Islam anzuerkennen. Hingegen tendierten sie meistens dazu, den Islam auf Fundamentalismus und Terrorismus zu reduzieren.²¹⁵ Dies sei durch die Äußerungen des Papstes über den Islam und die Mohammed-Karikaturen in den westlichen Medien deutlich zu beobachten. Mit den angeblichen Dialogaktivitäten suchten die Europäer vielmehr einen Weg zur Begründung und Sicherung der westlichen Überlegenheit gegenüber der islamischen Welt.²¹⁶ Gemäß den „islamistischen“ EU-Gegnern in der Türkei bestehe für die ganze islamische Welt – inklusive der Türkei – die Gefahr, sowohl im

²¹¹ Vgl. Bulut, Arslan (2005): Küresel Haçlı Seferi, S. 220; vgl. Baş, Ahmet Hamza: in: <http://www.yenimesaj.com.tr/index.php?haberno=2012454&tarih=2002-08-30> (04.01.2008).

²¹² Diesbezügliche Ansichten türkischer EU-Gegner werden im Unterkapitel 4.3.1.2 Sèvres-Syndrom weiter erläutert.

²¹³ Interview des Autors mit İbrahim Türk in der Parteizentrale der SP in Şişli, Istanbul, 2006, Interviewnummer 14.

²¹⁴ Interview des Autors mit Abdurrahman Dilipak in Istanbul, 2006, Interviewnummer 33.

²¹⁵ Interview des Autors mit Kenan Kolat in der Zentrale der Özgür-Der in Fatih, Istanbul, 2006, Interviewnummer 37.

²¹⁶ Interview des Autors mit Necdet Kutsal in der Redaktion der Milli Zeitung in Istanbul, 2008, Interviewnummer 61.

religiösen als auch im kulturellen Aspekt vom Westen unterdrückt zu werden. Der wichtigste Vertreter dieser Ansichten ist die Partei der Glückseligkeit (SP).²¹⁷

Im Rahmen der türkischen EU-Gegnerschaft zeigen sich auch die anderen unterschiedlichen Ideologien bzw. ideologischen Einschätzungen der EU als entscheidend. Hierbei ist zu erkennen, dass sich neben den Islamisten auch „Hard-Core-Kemalisten“, Rechts- und Linksnationalisten gegenüber einer EU-Mitgliedschaft positionieren:

Nach den nationalistischen „Hard-Core-Kemalisten“²¹⁸ seien die Westausrichtungs- bzw. Modernisierungsziele und -vorstellungen von Atatürk falsch interpretiert worden, als die Türkei die kemalistische Außenpolitik der „vollständigen Ungebundenheit“ im Jahre 1945 aufgegeben habe und am westlichen Sicherheitssystem teilnehme. Indem die Türkei in der NATO und anderen westlichen Organisationen Mitglied geworden sei, habe sie sich völlig unter die Kontrolle der westlichen imperialistischen Autoritäten begeben. Und seit 50 Jahren sei sie durch die „Mitgliedschaftslüge in der EU bzw. EWG“ von den Europäern getäuscht und nur im Sinne westlicher Zweckdienlichkeiten ausgenutzt worden, gerade in den Zeiten des Kalten Kriegs gegenüber der Sowjetunion. Nach der Beendigung des Kalten Krieges dauere diese „EU-Lüge“ weiter, indem der Türkei erstens 1999 der EU-Beitrittskandidatenstatus verliehen und zweitens 2005 mit ihr die EU-Beitrittsverhandlungen begonnen worden seien, obgleich die EU-Perspektive der Türkei keine Vollmitgliedschaft sei und dies von den europäischen Politikern auch sehr oft erwähnt worden sei.²¹⁹ Darüber hinaus heben diese EU-Gegner hervor, dass die EU bei ihren Beitrittsforderungen die besonderen Eigenschaften der Türkei nicht berücksichtige: „Die Übertragung des EU-Besitzstandes auf die Türkei birgt das Risiko der Zerteilung eines sich auf dem Niveau der Nationsbildung befindlichen Landes und/oder die Gefahr der Auslieferung einer zwar muslimischen, aber dezidiert laizistischen Gesellschaft an die religiösen Fundamentalisten.“²²⁰ Hier dürfe die Türkei vom Laizismusprinzip nicht abweichen. Auch im Namen der (liberalen) Demokratie und Menschenrechte fordere die EU die Türkei auf, Freiheiten für den religiösen Fundamentalismus und ethnischen (kurdischen) Separatismus sowie entsprechende Entwicklungen im Nord-Irak zu gewähren, die besonders gefährlich seien. Dabei sei die

²¹⁷ Siehe Belge, Murat (2005): *Modern Türkiye’de Siyasi Düşünce Cilt 6 / İslamcılık*.

²¹⁸ Vgl. Yılmaz, Hakan (2009): *Türkiye’de Avrupa Şüpheliği: Siyasi Seçkinler ve Kamuoyundaki Eğilimler*, S. 5.

²¹⁹ Interview des Autors mit Alpaslan Işıklı, telefonisch und per Mail, 2008, Interviewnummer 67, vgl. Selçuk, İlhan (2009): *Ergenekon Mergenekon* und (2010): *Eyvah Yine Biz Haklı Çıktık*, İstanbul.

²²⁰ Vgl. İnsel, Ahmet (2005): S. 201.

weitere demokratische Transformation in der Türkei nicht mehr durchzuführen. Überdies solle die türkische Armee aufgrund innerer und äußerer Bedrohungen, denen das ganze Land angeblich ausgesetzt sei, immer stark bleiben. Demnach sollten die Erfordernisse der nationalen Sicherheit auf der Prioritätenskala höher stehen als diejenigen aller anderen Grundsätze, inklusive der Menschenrechte. Deshalb wird betont, dass die EU kein Recht habe, mit ihrer Forderung nach Beschränkung des politischen Militärs die „Unenteilbarkeit des Landes“ und somit die „Einheit des Staates mit seinem Staatsgebiet und Staatsvolk“ in der Türkei in Gefahr zu bringen.²²¹

Die Rechtsnationalisten meinen, dass die bisherige „Methode bzw. der Umfang der Modernisierungs- und Westausrichtung“ der Türkei falsch sei, die erst mit Tanzimat angefangen habe und zu einer großen „westlichen Leidenschaft“ in der Türkei geführt habe, da sie „nur“ die Übernahme der westlichen Werte und Normen fordere und die der eigenständigen überwiegend vergesse.²²² „Die Lösung läge somit in der Übernahme der nützlichen Wissenschaft und Technik des Westens auf der einen und in der klaren Zurückweisung seiner als schädlich empfundenen Moralkomponenten auf der anderen Seite.“²²³ Sie betrachten daher die EU bzw. die „Westausrichtung“ als Herabwürdigung.²²⁴ Für sie baut die EU alle Schwierigkeiten so auf, dass die Türkei der EU nicht beitreten könne. Dies sei bestens anhand der ungelösten Zypern- und PKK-Probleme zu konstatieren. Im Grunde schütze die EU die Feinde der Türkei. Ebenso wollten die EU-Mitglieder die Türkei dazu bringen, den „angeblichen“ Genozid an den Armeniern einzugestehen. Diesbezüglich solle z. B. Frankreich zuerst seine eigene Vergangenheit beleuchten. Die Vorgänger der westlichen Staaten hätten Afrika und anderen Teilen der Welt durch Ausbeutung Schaden zugefügt. Außerdem könne die Türkei nicht die Mission „westlicher Gendarmerie“ – besonders gegen die islamische und türkische Welt im Kaukasus – übernehmen. Diese

²²¹ Vgl. Çölaşan, Emin: PKK Meclis'te, in: <http://www.hurriyet.com.tr/yazarlar/6982097.asp?yazarid=5&gid=61> (29.7.2007) und Türkiye İsgal Altında, in: <http://www.ilk-kursun.com/2010/02/turkiye-ısgal-altında/> (07.2.2010).

²²² Siehe Belge, Murat (2009): Modern Türkiye'de Siyasi Düşünce Cilt 5 / Muhafazakârlık.

²²³ Vgl. İnsel, Ahmet (2005): S. 202.

²²⁴ Vgl. Bora, Tanıl: Milliyetçi-Muhafazakâr ve İslamcı Düşünüşte Negatif Batı İmgesi [Das negative Bild vom Westen im nationalistisch-konservativen und islamistischen Denken]. In: Modernleşme ve Batıcılık. Modern Türkiye'de Siyasal Düşünce [Modernisierung und Westernismus. Das Politische Denken in der Modernen Türkei], 2002.

Auffassungen werden meistens von der Partei der Großen Einheit (BBP)²²⁵ und nicht selten von der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP)²²⁶ geäußert.

Zudem interpretieren Linksnationalisten und Kommunisten die EU-Mitgliedschaft als „Imperialismus“, wobei es sich lediglich um eine kulturelle, politische und wirtschaftliche Ausweitung der westlichen Hegemonie handele. Sie behaupten, dass „der Beitritt des Landes zu einer imperialistischen Machtallianz, in der die kapitalistische neoliberale Wirtschaftspolitik herrscht, Ersteres dieser ausliefern wird.“²²⁷ Nach Insel sehen diese Gruppen die EU als „ein bedeutendes Machtzentrum innerhalb des globalen Kapitalismus und [die EU, I. E.] wird gerne auf eine ‘Union der internationalen Konzerne’ reduziert. Für die radikale linke Opposition, die im Liberalisierungsprogramm der EU-Kommission vor allem einen Frontalangriff auf den Wohlfahrtsstaat sieht, ist die Mitgliedschaft der Türkei in ‘dieser EU’ gleichbedeutend mit einer neuen Kapitulation, mit der Aufgabe der nationalen Souveränität zugunsten einer imperialistischen Machtallianz.“²²⁸ Nach diesen EU-Gegnern sollte deshalb gegen „die neoliberale Politik des Abbaus des Sozialstaats“ und für die Perspektive eines „Europas der Arbeiter“ gekämpft werden, dem auch die Türkei angehören solle. Sie bestehen ebenso darauf, dass ihre EU-Gegnerschaft nicht nationalistisch begründet sei. Die Arbeiterpartei (İşçi Partisi, İP)²²⁹ und die Kommunistische Partei der Türkei (Türkiye Komünist Partisi, TKP)²³⁰ sind die Repräsentanten dieser Ansichten in der Türkei.

3.4.3 EU-Skeptizismus in der Türkei

Bezüglich der Begriffsbestimmung des türkischen EU-Skeptizismus ist zu beurteilen, dass, wer sowohl aufgrund (potenzieller) innertürkischer als auch von außen (EU) stammender Unsicherheiten und negativer Entwicklungen auf einen eventuellen EU-Beitritt der Türkei skeptisch reagiert, sich als EU-Skeptiker bezeichnen lässt. Es handelt sich um eine weiche Gegnerschaft, wenn man sich nicht prinzipiell gegenüber der EU positioniert. Die Skeptiker unterscheiden sich von den EU-Gegnern insofern, als sie eine EU-Mitgliedschaft der Türkei bejahen würden. Sie haben Vorbehalte, ob ein EU-Beitritt überhaupt möglich sei. Und

²²⁵ Interview des Autors mit Bilal Habeşi Özkaynar in Ankara, 2008, Interviewnummer 62.

²²⁶ Interview des Autors mit Faruk Bal, in der Parteizentrale der MHP in Ankara, 2005, Interviewnummer 1.

²²⁷ Vgl. Giannakopoulos, Angelos/Maras, Konstadinos (2005): S. 228.

²²⁸ Vgl. Insel, Ahmet (2005): S. 203.

²²⁹ Interview des Autors mit Mevlüt Usta, in der Parteizentrale IP in Istanbul, 2006, Interviewnummer 32.

²³⁰ Interview des Autors mit Erkan Yıldız, in der Parteizentrale TKP in Ankara, 2006, Interviewnummer 22.

deshalb kritisieren sie zumeist die Politik und das Verhalten der EU.²³¹ Daneben differenzieren sie sich von den EU-Befürwortern, indem sie keine offenen und präzisen EU-unterstützenden Argumente und Vorstellungen vertreten. Damit hat EU-Skeptizismus eine weit dehbare Bedeutung und ist im Vergleich zur EU-Gegnerschaft schwer zu definieren bzw. zu kategorisieren. Hierzu lässt sich ferner argumentieren, dass, obwohl die Motivationen und Neigungen von EU-Gegnern und EU-Skeptikern grundlegend gleich sind, ihre Reaktionen anders sind: Einerseits positioniert man sich infolge harter ideologischer Vorbehalte gegenüber der EU ablehnend. Andererseits steht man angesichts weicher, tendenzieller Vorbehalte der EU skeptisch gegenüber. Des Weiteren ist zu erläutern, dass es hinsichtlich der EU-Perspektive der Türkei überwiegend keine einheitlichen Akteurspositionen gibt.²³² Während bestimmte Teile der kemalistischen, nationalistischen, religiösen und linken Gruppen als EU-Befürworter agieren, sind bestimmte Teile davon auch EU-Gegner oder EU-Skeptiker. Überdies ist zu unterstreichen, dass das Ausmaß der Besorgnis der türkischen Akteure deren Positionierung zwischen EU-Gegnerschaft und EU-Skeptizismus bestimmt: Dabei befürchten die kemalistischen EU-Skeptiker, dass eine EU-Mitgliedschaft zur Aufgabe der kemalistischen Eigenschaften der Türkei führen könnte. Für die gemäßigten Nationalisten würde der EU-Beitritt das Ende der nationalen Besonderheiten der Türkei bedeuten. Gemäß den religiös motivierten EU-Skeptikern würde die islamische Türkei in die EU nicht aufgenommen. Links orientierte Skeptiker interpretieren die EU auch als ein Vehikel zur Ausweitung des westlichen Kapitalismus. Weil die grundsätzlichen Befürchtungen von EU-Skeptikern und EU-Gegnern sich gleichen, sind diese beiden Gruppen zusammen zu analysieren. Dabei sollen zunächst die Grundentscheidungsmaßstäbe des türkischen EU-Skeptizismus dargestellt werden, ob es sich um einen „harten“ oder „weichen“ Skeptizismus handelt:

- **“EXCLUSION ANXIETY:** Being excluded, avoided, put off by the Europeans
- **HISTORICAL ANXIETY:** Stemming from the historical memory (the Tanzimat und Sevres syndromes)
- **SOVEREIGNTY ANXIETY:** Losing national independence and sovereignty
- **RELIGIOUS ANXIETY:** Is the EU a ‘Christian Club’?
- **SEPARATISM ANXIETY:** The Risk of the breakdown of national unity

²³¹ Vgl. Elekdağ, Şükrü; Öymen, Onur und Baykal, Deniz: in: CHP (2005): AB Bülteni: AB’ye Tam Üyelige Evet, Özel Statüye Hayır; vgl. İlhan, Attila: Bir Millet Uyanıyor 1 – 17, 2005, 2006, 2007.

²³² Interview des Autors mit Ayhan Kaya an der Universität Bilgi, in Istanbul, 2008, Interviewnummer 55.

- **MORAL ANXIETY:** Erosion of traditional values”²³³

Ohne die gerade oben dargestellten Elemente des türkischen EU-Skeptizismus sind die Definition und die Grenzen sowohl der skeptischen als auch gegnerischen Haltung in der Türkei nicht vollständig zu bewerten. Nach diesen Hauptkriterien verhält man sich einerseits EU-skeptisch und andererseits EU-gegnerisch.

- *Die Befürchtung der Ausbeutung der Türkei durch die EU:* Die erste EU-skeptische Tendenz in der Türkei beruht auf der Angst vor (politischer und wirtschaftlicher) Ausplünderung durch den Westen. Es wird geglaubt, dass die Türkei von der EU bei der Einschätzung beim Beitrittsprozess bzw. bei der Benotung der Beitrittskriterien im Vergleich zu anderen Beitrittskandidaten nicht gleich und neutral behandelt würde. Durch immer neue zusätzliche Forderungen werde die Türkei in Namen eines möglichen EU-Beitritts im Rahmen des sehr viel längeren Verhandlungsprozesses sowohl geschwächt als auch ausgebeutet. Ferner wird argumentiert, dass die EU von der Türkei fordert, Beitrittsbedingungen zu erfüllen, die sie von anderen Ländern nicht verlangt habe. *Geschichtliche Erinnerungen/Vergleiche und deren Auswirkung auf den türkischen EU-Skeptizismus:* Die zweite EU-skeptische Tendenz der türkischen Bevölkerung beruht auf Erinnerungen aufgrund geschichtlicher negativer Erlebnisse mit Europäern. Dabei sind besonders drei Geschichtsereignisse von hoher Bedeutung: Kapitulationen (nämlich von Osmanen den Europäern gegebene Handelsprivilegien), Europa-Reformen in der Periode von Tanzimat und der Vertrag von Sèvres. Das wichtigste geschichtliche Motiv lautet, dass “the conditions that the EU has imposed on Turkey are no different from the capitulations and the Sevres Treaty of the Ottoman era.”²³⁴ Insgesamt betrachtet wird hierbei vor allem hervorgehoben, dass die Türkei auf dem Weg der Europäischen Integration durch manche EU-Beitrittsforderungen die gleichen destruktiven Ereignisse durchlaufen werde, wie sie die Osmanen im 19. Jahrhundert durch die europäischen Forderungen erlebt hätten.
- *Die Souveränitäts- und Unabhängigkeitsbefürchtungen der Türkei durch die EU-Mitgliedschaft:* Das dritte EU-skeptische Motiv ergibt sich aufgrund der Möglichkeit des Verlusts der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit durch die EU-

²³³ Vgl. Yılmaz, Hakan: Euroskepticism in Turkey. Doubts, Anxieties and Fears of the Turkish Public concerning Europe and the European Union. July 2003 – July 2004. Section 3, S. 15.

²³⁴ Vgl. a.a.O., S. 19 – 20.

Mitgliedschaft. Zu diesem Aspekt wird insbesondere Folgendes behauptet: Falls die Türkei alles realisiert, was die EU verlangt, würde dies das Ende des türkischen Staates zur Folge haben. Hier führt das durch eine EU-Integration der Türkei bestehende Erfordernis der Übereinstimmung des politischen Entscheidungswillens von Ankara mit Brüssel zu einer skeptischen Neigung in der türkischen Gesellschaft, gerade wenn es sich um zentrale Entscheidungen des türkischen Staates handelt. „Im Laufe des Beitrittsprozesses werden wiederholt Situationen aufkommen, in denen sich die Türkei dem Diktat der Europäischen Union unterwerfen muss, wenn sie im EU-Club aufgenommen werden möchte. Dabei wird die Türkei selbst entscheiden müssen, inwieweit sie bereit ist, in sensiblen Bereichen wie der Innen- und Justizpolitik, der Wettbewerbspolitik oder der Außen- und Sicherheitspolitik nationale Souveränitätseinbußen hinzunehmen.“²³⁵

- *Die religiöse Komponente bei der Entstehung des EU-Skeptizismus in der Türkei:* Als das vierte Element des türkischen EU-Skeptizismus bestehen religiöse Befürchtungen. Hierzu wird hauptsächlich behauptet, dass die EU eine christliche Union sei, weil sie auf christlichen Werten/Normen beruhe, und so ein muslimisches Land wie die Türkei keinen Platz in einem solchen „Club“ finden könne. Zu diesem Argument äußern sich die EU-Gremien insofern, als die EU eine Wertegemeinschaft sei. In diesem Sinne wird in der Türkei ferner argumentiert, dass die christliche Zivilisation des Westens auf eine muslimische Bevölkerung schädliche Auswirkungen haben könne und man sich daher von ihren möglichen negativen Einflüssen distanzieren solle.
- *Die Angst vor der Zerstörung der Türkei durch die EU:* Als fünfter EU-skeptischer Faktor in der Türkei ist Angst vor Separatismus festzustellen; d. h., dass die Türkei durch die EU-Beitrittsbedingungen aufhören werde zu existieren bzw. ihre einheitlichen und nationalen Strukturen verlieren würde. Diesbezüglich wird vor allem Folgendes angenommen: “the European countries support(ed) the PKK (Kurdistan Worker’s Party) and other ethnic separatist organizations in Turkey”, “membership in the EU will bring along an increase in the number and strength of ethnic separatist organizations in Turkey” und letztlich “membership in the EU will cause the division of Turkey along ethnic lines.”²³⁶ Die Betrachtungs- und Herangehensweise der EU bei diesen Themen stehen im Zentrum des fünften Aspekts des türkischen Skeptizismus.

²³⁵ Vgl. Emmanouilidis, Janis A. (2004): EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei – Analyse und Ausblick, in: <http://www.cap-lmu.de/aktuell/positionen/2004/tuerkei-eu.php> (12.3.2010).

²³⁶ Vgl. Yılmaz, Hakan: a.a.O. S. 30 – 32.

- *Die Besorgnisse vor der Erosion der Werte, Normen und Strukturen in der Türkei durch den EU-Beitritt:* Das sechste EU-skeptische Motiv in der Türkei wird durch die Frage reflektiert, ob moralische Werte und Traditionen in der Türkei durch die EU-Mitgliedschaftsoption beeinträchtigt bzw. gefährdet werden könnten. Also geht es hier um die Sorge vor der Erosion der nationalen (nämlich türkischen), kulturellen (nämlich anatolischen) und religiösen (nämlich islamischen) Annahmen. Ferner wird die Furcht vor der potenziellen Korruption der Familie, der Beschädigung der Sprache und der gesellschaftlichen Gewohnheiten festgestellt.

Hinsichtlich der grundsätzlichen Besonderheiten des EU-Skeptizismus in der türkischen Gesellschaft erklärt Yılmaz Folgendes:

- “Euroskepticism tends to decline with increasing levels of income (but it does not necessarily rise with decreasing income levels).
- Euroskepticism tends to rise with increasing religiosity, increasing nationalistic attitudes, increasing rural ways of life.
- Highest levels of Euroskepticism are to be found among housewives, workers and peasants.”²³⁷

Das EU-skeptische Grundverhalten in der türkischen Politik ist in erster Linie als „the idea of Europe“ bzw. „die Westausrichtung der Osmanen bzw. Türken“ zu erklären, die in der Tanzimat-Ära (1839) begonnen hat.²³⁸ In diesem Sinne wird unterstrichen, dass die Aktionen bezüglich der Europäisierung jedes Mal beachtliche Schäden mit sich gebracht hätten, gerade in staatlichen / verwaltungsmäßigen, wirtschaftlichen und moralischen Bereichen. Diese Skepsis der Osmanen bzw. Türken gegen Europa wird am besten in Worten des Sultan Abdülhamids deutlich:

“The reform demands of the great [european, I.E.] powers never end. They know nothing about our country, yet they still play the role of the all-knowing counselor. [...] Though they disagree among themselves as to what our problems are and how we are going to deal with those problems, there are two points which they all agree on: First, to create the impression in our public opinion that all reforms are done because of their recommendations and pressures, and thereby to put us down in the eyes of our own nation; and second, to enhance the position of the Christians in our country, and to make them come forward with even more excessive demands from us. This reform

²³⁷ Vgl. a.a.O. S. 39.

²³⁸ Interview des Autors mit Nuri Yurdusev an der Universität ODTÜ Ankara, 2006, Interviewnummer 25.

thing is a dirty trick. They should take their hands from our business. The reforms they are recommending cannot possibly be taken seriously and implemented without doing serious harm to the interests of our nation. If we proceed in our own way I am sure that we will develop more slowly but more smoothly.”²³⁹

Obwohl es seit den Zeiten der Osmanen immer skeptische Einstellungen gegenüber dem Westen gab, hat sich die Türkei andauernd in Richtung Europa bewegt.²⁴⁰ Die Europäisierung der jungen Republik durch die „Atatürk-Reformen“ (1923-1938), die Beteiligung an der westlichen Allianz gegenüber der Sowjetunion (1945) und die Antragstellung auf die Mitgliedschaft der EWG (1959) sind die früheren Schritte der Westausrichtung der Türkei. Wenngleich sich die Größe und Effektivität der skeptischen bzw. gegnerischen Gruppierungen in der Türkei von Zeit zu Zeit ändert, ist generell zu beurteilen, dass der EU-Enthusiasmus und die Europäisierungstendenzen im Durchschnitt größer (gewesen) sind.²⁴¹ Darüber hinaus ist hervorzuheben, dass, auch wenn ein proportional größeres „Pro-EU-Verhalten“ in der Türkei sowohl bezüglich der offiziellen Bestätigung der EU-Beitrittskriterien als auch der Realisierung der EU-Beitrittsreformen besteht, skeptische bzw. gegnerische Orientierungen in diesem Mitgliedschaftsprozess kritisch bis entscheidend sein können. Dies war deutlich nach der Verleihung des Beitrittskandidatenstatus zu erkennen, als die Türkei hinsichtlich der Beitrittsnotwendigkeiten ihr erstes Nationales Programm (2001) vorbereiten musste und sich dabei angesichts der skeptischen bzw. gegnerischen Strömung ziemlich zögerlich verhielt. Denn: die weitere Demokratisierung der Türkei durch den EU-Beitritt sei infolge derzeitiger gesellschaftlicher Merkmale bzw. des nicht genügenden Wirtschaftsniveaus der Türkei gefährlich. Die EU-skeptische bzw. -gegnerische Seite argumentiert folgendermaßen: Falls die Türkei alle Beitrittskriterien erfüllen werde aber dann von der EU doch nicht aufgenommen werde, wäre die Türkei ein hoch demokratisierter Staat, der allerdings die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche der Bevölkerung nicht durchsetzen könne.²⁴² Außerdem stellt sich folgende Frage: In welcher Form taucht ein EU-Skeptizismus in der Türkei auf? Eine skeptische Haltung lässt sich durch das ganze politische Spektrum hindurch beobachten und sogar mit unterschiedlichen Argumenten, was aber nicht per se die

²³⁹ Vgl. Sultan Abdülhamid (1984): S.110f; vgl. Tekinoğlu, Hüseyin (2007): Abdülhamid Han'ın Yönetim ve Liderlik Sırları.

²⁴⁰ Interview des Autors mit Faruk Loğoğlu im ASAM-Institut in Ankara, 2006, Interviewnummer 20.

²⁴¹ Interview des Autors mit Muhsin Kılınçaslan, im Außenministerium in Ankara, 2008, Interviewnummer 78.

²⁴² Vgl. Yetkin, Murat (2002): S. 268.

Ablehnung einer EU-Integration der Türkei bedeutet. Solch eine skeptische Neigung kann in einem bestimmten Zeitraum, also durch die Nüchternheit gegenüber der Verheißung der EU-Mitgliedschaft, in eine Gegnerschaft umschlagen. Die periodische Veränderung skeptischer Neigungen kann ebenso in Richtung von „EU-Enthusiasmus“ deuten. Die Gründe für die beiderseitige Änderung des türkischen EU-Skeptizismus liegen auf folgenden Problemfeldern:

- wie verhalten sich die Regierung und Opposition in der Türkei zur EU?
- welche Forderungen stellt die EU derzeit an die Türkei?
- wie entwickeln sich die Verhandlungen zwischen der EU und der Türkei?
- wie begleitet die EU den Beitrittsprozess der Türkei?
- wie äußern sich die Regierungen der Mitgliedsstaaten zum Türkeibeitritt?²⁴³
- welche Entscheidungen treffen die EU-Institutionen hinsichtlich der Türkei?

Wie in Tabelle 1 gezeigt wird, kann die EU-Skepsis in der Türkei z.B. durch die Unterstützung der EU-Kommission 2008 hinsichtlich der Beibehaltung der Mitgliedschaftsperspektive der Türkei in den EU-Enthusiasmus münden. Dagegen kann ein gegnerischer Fall auf der EU-Ebene das skeptische Verhalten zu einer Gegnerschaft wandeln, z. B. die Aussagen der Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten (z.B. von Sarkozy) oder die Zypernentscheidung der EU (2006). Also spielen in den beiden Arten der Schwankung die Entwicklungen innerhalb sowohl der Türkei als auch der EU eine Rolle.

In den Ergebnissen von Meinungsforschungen wie Eurobarometer und in der Türkei durchgeführten Umfragen kann man bemerken, dass die EU-Befürworter in der Türkei bis 2005 eindeutig in der Mehrheit waren.²⁴⁴ Seit dem Dezember 2004 sinkt die Zustimmung für den EU-Kurs des Landes stetig und die Zahl der EU-Skeptiker und besonders der EU-Gegner

²⁴³ Vgl. Mintchev, Emil: Mittel- und Südosteuropa und der türkische EU-Beitritt, in: http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-297/_nr-78/_p-1/i.html (16.6.2010).

²⁴⁴ Vgl. Avci, Gamze (2003): “Turkey’s Slow EU Candidacy: Insurmountable Hurdles to Membership or Simple Euro-Scepticism.”, in: Çarkoğlu, Ali/Rubin, Barry (ed.): Turkey and the European Union, S. 149 – 170; vgl. Kirişçi, Kemal: Turkey and the European Union, Macalester International, Vol. 15, (Spring 2005); vgl. Yılmaz, Hakan (2002): Indicators of Eurosupportiveness and Euroscepticism in the Turkish Public Opinion, TESEV und (2003): Euroscepticism in Turkey: Doubts, Anxieties and Fears of the Turkish Public Concerning Europe and the European Union. Open Society Institute.

erhöht sich drastisch.²⁴⁵ Die türkische EU-Gegnerschaft lag vor 2004 bei etwa 20 Prozent,²⁴⁶ allerdings stieg sie Anfang 2009 durch die Partizipation von Skeptikern auf 40 Prozent.²⁴⁷

Die Erhöhung EU-skeptischer Tendenzen in der Türkei wird von Ulrich Pick wie folgt bewertet:

„Die EU-Kommission hat in ihrem jährlichen Bericht [2009, I.E.] über die Beitrittskandidaten unter anderem die Türkei zu mehr Reformeifer ermahnt. Die Regierung in Ankara reagierte positiv: Sie sei ernsthaft bemüht, die Probleme zu lösen. Viele Türken legen dagegen gar keinen Wert mehr auf einen EU-Vollbeitritt. [...] Zwar dürften die meisten Türken nach wie vor eine Mitgliedschaft in der EU für erstrebenswert halten, doch hat sich eine gewisse Verdrossenheit breit gemacht, auch als Reaktion auf die mangelnde Unterstützung durch andere europäische Länder. Frankreich ist dagegen, ebenso Österreich. Und Deutschland wird unter der neuen schwarz-gelben Bundesregierung ebenfalls eine deutlich ablehnende Position einnehmen – unter Kanzler Gerhard Schröder hatte man den Türken noch sichtbar den Rücken gestärkt. [...] Hauptgrund der wachsenden Enttäuschung ist, dass sich die meisten Türken immer wieder von der Europäischen Union hingehalten fühlen. Brüssel, so heißt es, messe mit zweierlei Maß und stelle Ankara immer wieder neue Hürden in den Weg. So seien zwar Bulgarien und Rumänien, in denen nach wie vor eine große Korruption blühe, bereits Mitglieder der EU, an der Türkei aber, der in internationalen Erhebungen eine rückläufige Korruption attestiert worden sei, habe man immer wieder etwas herumzunörgeln.“²⁴⁸

²⁴⁵ Vgl. EurAktiv: Turkey in the EU – What the public thinks, in: <http://www.euractiv.com/en/priorities/turkey-eu-public-thinks/article-171187> (15.11.2009); vgl. Visier, Claire (2006): Euroscepticism in Turkey, in: <http://www.iemed.org/anuari/2006/aarticles/aVisier.pdf> (08.11.2007) und vgl. USAK (2006): AB Anketi, 2006, in: <http://www.usak.org.tr/anketler.asp> (20.02.2007).

²⁴⁶ Vgl. Çarkoğlu, Ali (2003): Who wants Full Membership?, in: *Turkish Studies* 4 (1). S. 170 – 194.

²⁴⁷ Vgl. EUROBAROMETER 71, PUBLIC OPINION IN THE EUROPEAN UNION, Spring 2009. National Report Turkey. Executive Summary, pp. 2; vgl. International Crisis Group (2008): Turkey and Europe, S. 1 – 5; vgl. EurAktiv: Wahlen in der Türkei 2007, <http://www.euractiv.com/de/erweiterung/wahlen-trkei-2007/article-163071> (14.12.2007) und vgl. Hürriyet: AB'ye destek tekrar yükselişe geçti, in: <http://www.hurriyet.com.tr/gundem/12448221.asp?gid=229> (17.10.2009)

²⁴⁸ Vgl. Pick, Ulrich: Europa-Skepsis in der Türkei, in: <http://www.tagesschau.de/ausland/europaskepsis100.html> (14.10.2009).

Tab. 1: Spezifischen Entwicklungen innerhalb der EU, das Verhältnis zur Türkei betreffend, und deren Effekt auf die Unterstützung der EU-Mitgliedschaft durch die Bevölkerung der Türkei in den Jahren von 1999 bis 2010

Jahr	Verhältnisbestimmende Geschehnisse innerhalb der EU	Unterstützungsrate (%)	Änderung (%)
1999	Verleihung des Beitrittskandidatenstatus	*	
2002	Würdigung der EU-Reformen der Koalitionsregierung der Türkei von Seiten der EK/EU – Ermutigung zu weiteren Reformen	64	
2004	Entscheidung über die Aufnahme von Verhandlungen – Bestimmung der Bedingungen für einen Beitritt der Türkei	74	+ 10
2005	Beginn der Beitrittsverhandlungen – Opposition Österreichs – Betonung der Aufnahmefähigkeit der EU	57	- 17
2006	Stundung von acht Kapiteln aus den Bestimmungen für Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei bezüglich der Zypernfrage – Armenier-Gesetz Frankreichs – Papst-Äußerungen zum Islam – Mohammed-Karikaturen	50	- 7
2007	Sarkozy's Türkei-Politik, Blockierung der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei durch Frankreich und Zypern (2008)	32	- 18
2008	Unterstützung der Türkei durch die EK/EU in Beibehaltung der Beitrittsperspektive – Unterstützung der AKP durch die EK/EU im türkischen Parteiverbotsverfahren	49	+17
2009	Neue Äußerung der EK/EU zur EU-Integration als Ziel und Appell an die Türkei zu weiteren Reformen	50	+ 1
2010 ²⁴⁹	Unklarheit, Unbestimmtheit und Unbeweglichkeit der EU-Türkei-Beziehungen	38	-12

Quelle: Eigene Darstellung, basierend auch auf den Daten der Eurobarometer 2002-2010.

* Zu diesem Zeitpunkt war in der türkischen Bevölkerung der EU-Enthusiasmus *dominant*.

²⁴⁹ Vgl. The German Marshall Fund of the United States: Transatlantic Trends. Key Findings 2010, in: http://www.compagniadisanpaolo.it/eng/file/pdf/TT_ING_2010_567.pdf, S. 25 (10.10.2010).

4 EU-SKEPTIZISMUS UND TÜRKISCHE PARTEIEN

Hinsichtlich des EU-Skeptizismus in der Türkei wird unter Punkt 4.1 die EU-Haltung der drei großen Parteien der Türkei veranschaulicht. Unter 4.2 werden die Rolle Europas im türkischen EU-Skeptizismus und entsprechende Standpunkte dieser Parteien demonstriert. Unter 4.3 werden die EU-skeptischen Argumente in der Türkei verdeutlicht.

4.1 EU-Skeptizismus dreier großer Parteien

Nachstehend werden in der Reihenfolge die Positionen der CHP, MHP und AKP zur EU expliziert.

4.1.1 Die Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei, CHP) und ihre Haltung zur Europäischen Union (EU)

Interessanterweise ist die sich als sozialdemokratisch bezeichnende CHP²⁵⁰ aufseiten EU-skeptischer bis -gegnerischer Tendenzen in der türkischen Parteienlandschaft zu nennen.²⁵¹ Denn diese Partei hat in der Geschichte der Türkischen Republik – trotz bedeutender Defizite – sowohl bei der Modernisierung der Gesellschaft als auch der Europäisierung des Staates eine fundamentale Rolle gespielt.²⁵²

In diesem Kapitel werden folgende Fragen untersucht: Welche Haltung nimmt die CHP gegenüber der EU ein? Unter welchen Bedingungen agiert die CHP, die (seit 2002) größte Oppositionspartei der Türkei, EU-skeptisch, und wie beeinflusst das den EU-Beitrittsprozess der Türkei? Dabei ist auch die Behandlung der Frage bedeutsam, welche Bedingungen den Positionswechsel von der Befürwortung zum Skeptizismus beeinflussen. Zunächst wird nachfolgend auf die Geschichte der CHP²⁵³ eingegangen.

²⁵⁰ Siehe Webseite der CHP unter <http://www.chp.org.tr/> (05.2.2008).

²⁵¹ Siehe Gulmez, S. Baris (2008): The EU Policy of the Republican People's Party, *Turkish Studies*, Vol. 9, No. 3, pp. 423–436.

²⁵² Interview des Autors mit Ali Tekin an der Universität Bilkent, 2006, Interviewnummer 27.

²⁵³ Vgl. Günes-Ayata, Ayse: The Republican's People Party, in: Rubin, Barry/Heper, Metin: Political Parties in Turkey, Routledge, 2002, pp. 102 – 121.

4.1.1.1 Die Geschichte/Entwicklung der Cumhuriyet Halk Partisi (CHP)

Die Republikanische Volkspartei bzw. die Volkspartei wurde am 09. September 1923 von Mustafa Kemal gegründet.²⁵⁴ Sie ist die Nachfolgeorganisation von „Anadolu ve Rumeli Müdafa-i Hukuk Cemiyeti“²⁵⁵, die während des Befreiungskrieges gegründet wurde, und gilt als Schöpferin der neuen Republik. Zudem erschien die letztere Organisation – inhaltlich und personell – überwiegend als die Nachfolgerin der bis zur Auflösung des osmanischen Staats aktiven Jungtürkischen Partei.²⁵⁶ Anfangs hieß die Partei Halk Fırkası („Volkspartei“). 1924 bekam sie den Zusatz „Republikanische“ und nannte sich fortan „Cumhuriyet Halk Fırkası“ (CHF). 1935 nahm sie die heutige Version ihres Namens an: „Cumhuriyet Halk Partisi“ (CHP).

Während der letzten Tage des Niedergangs des Osmanischen Reiches formulierte Mustafa Kemal zwei Hauptziele:²⁵⁷ erstens die Schaffung eines völlig unabhängigen Staates und zweitens die Modernisierung und Westausrichtung des Landes.²⁵⁸ Bei Letzteren sollte der CHF/CHP mit ihrer kemalistischen Ideologie eine Schlüsselrolle zukommen.²⁵⁹ Festgestellt werden kann, dass die Politik der CHF/CHP einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit darstellte, um die Türkei zu einem modernen Staat zu formen bzw. das kulturelle und wirtschaftliche Niveau der europäischen Staaten zu erreichen.²⁶⁰ Dazu nahm die CHF im Jahre 1927 die ersten vier Prinzipien des Kemalismus in ihr Parteiprogramm auf – Republikanismus, Populismus, Laizismus und Nationalismus –, die im Jahre 1931 durch den Etatismus und den Reformismus ergänzt wurden.²⁶¹ An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass in den türkischen Verfassungen von 1924 bis 1982 diese kemalistischen Prinzipien jedes Mal betont wurden, zumal sie zu den wichtigsten Besonderheiten des Nationalitäts- und

²⁵⁴ Siehe Bila, Hikmet: CHP 1919-1999, Doğan Kitap, 1999.

²⁵⁵ „Anadolu [Anatolien] ve Rumeli [Thrakien] Müdafa-i Hukuk Cemiyeti“ bedeutet: Gesellschaft für Recht und Verteidigung von Anatolien und Rumeli. Thrakien bezeichnet den europäischen Teil der Türkei.

²⁵⁶ Vgl. Sarıbay, Ali Yasar: Türkiye’de Demokrasi ve Politik Partiler [Die Demokratie in der Türkei und die politischen Parteien], 2001: hier S. 43. Siehe auch Unterkapitel 4.1.2.1, Anm. 418.

²⁵⁷ Siehe Unterkapitel 2.2.

²⁵⁸ Vgl. Akbıyık, Yaşar: Laiklik [Laizismus], in: Yalçın, Durmuş (Hg.): Türkiye Cumhuriyeti Tarihi [Die Geschichte der Republik Türkei], Bd. 2, Ankara 2008, S. 295.

²⁵⁹ Vgl. Sarıbay, Ali Yasar (2001): Die Demokratie in der Türkei und die politischen Parteien, S. 45.

²⁶⁰ Vgl. Steinbach, Udo: Geschichte der Türkei. 2000; vgl. Redmond, John, 1992, S. 20.

²⁶¹ Auf dem Parteilogo der CHP befinden sich die sechs Pfeile, die die sechs Prinzipien des Kemalismus repräsentieren. Im Abschnitt 2.2.1 werden sie erläutert.

Staatsverständnisses in der Türkei gehören sollten. Folglich sieht sich die CHP seit Beginn ihrer Geschichte als Unterstützerin des Kemalismus.²⁶²

Zwischen 1923 und 1945 fungierte die CHF/CHP als eine „Staatspartei“, um die kemalistischen Reformen in der türkischen Gesellschaft zu verbreiten.²⁶³ Nach der Ausrufung der Türkischen Republik und nach der Gestaltung zahlreicher Reformen sollte dies die Türkei auf ihrem Weg vorantreiben. Der Veränderungsprozess in der Türkei wurde 1945 weiter gestärkt, als die Eliten der CHP sich – sowohl aufgrund innenpolitischer Forderungen als auch angesichts konjunktureller außenpolitischer Notwendigkeiten – für die Umwandlung zur mehrparteilichen Demokratie entschieden.²⁶⁴ Bis zu diesem Zeitpunkt hatte seit Beginn der Republik das Einparteiensystem geherrscht: “In the single-party period, the [kemalist] state elite in question were instrumental in introducing westernizing reforms in government and society, which included the transition to a multi-party democracy.”²⁶⁵ In der Türkei fanden daher 1946 die ersten Wahlen statt, die CHP gewann sie und regierte bis 1950 weiter. Die zweite Wahl der mehrparteilichen Türkei wurde von der Demokratischen Partei (Demokrat Partisi, DP) unter Adnan Menderes gewonnen. Das Versprechen der DP, dem Islam wieder mehr Freiheiten zu gewähren, spielte bei ihrem Sieg eine bedeutsame Rolle. Zum Beispiel wurde der Gebetsruf statt – wie seit 1932 – auf Türkisch wieder auf Arabisch gerufen. Dies bedeutete einen Bruch mit der bis dahin praktizierten Religionspolitik. Trotz raschen wirtschaftlichen Wachstums nahmen die sozialen Spannungen gegen Ende der 1950er Jahre zu. Die DP ging dazu über, die oppositionelle CHP politisch zu unterdrücken. Schließlich proklamierte Menderes 1960 ein Ermächtigungsgesetz, um den wachsenden Widerstand auszuschalten. Daraufhin putschte das Militär unter der Führung von General Cemal Gürsel.²⁶⁶ Als Grund wurde durch das Komitee der Nationalen Einheit (Milli Birlik Komitesi,

²⁶² Vgl. CHP: 2002 Seçim Bildirgesi, in: http://www.chp.org.tr/Files/2002Secim_.pdf (06.2.2008) und CHP: Çözüm 2002, in: http://www.chp.org.tr/Files/1999_02526_.pdf (06.2.2008).

²⁶³ Vgl. Karpas, Kemal H.: “The Republican People’s Party, 1923 – 1945”, in: Metin Heper and Jakob Landau (Hgg.): *Political Parties and Democracy in Turkey*, 1991: S. 54.

²⁶⁴ Der Übergang der Türkei zur mehrparteilichen Demokratie wird im Unterkapitel 2.3.1 expliziert.

²⁶⁵ Heper weist darauf hin, dass damit die Reformen noch nicht abgeschlossen waren: “Later, the state elite acted primarily as the defenders of the reforms in question, in particular secularism.” Vgl. Heper, Metin: *The State Tradition in Turkey*, 1985: S. 2; vgl. Zürcher, Erik J.: *Turkey: A Modern History*, 1993.

²⁶⁶ Vgl. Jenkins, Gareth: *The Turkish Military and Politics*, 2001, S. 59 – 64.

MBK)²⁶⁷ mitgeteilt, die DP sei „unkemalistisch“ und habe durch ihre autoritäre Politik die laizistischen Merkmale des politischen Systems beeinträchtigt.²⁶⁸ Der Parlamentarismus in der Türkei war in den 50er Jahren von der „Machtergreifung“ der anatolischen Peripherie zuungunsten des Zentrums der Staatsbürokratie geprägt. Jedoch blieb der Einfluss der neuen Kräfte der Peripherie auf jene Leistungsbereiche beschränkt, die in den Dienst der Patronagemechanismen gestellt wurden. „Die ‚Kernsektoren‘ des Staates, insbesondere Militär, Finanzverwaltung und Justiz, konnten dagegen die traditionelle Staatskultur mit ihren antiliberalen Affekten konservieren, die die moderne Republik weitgehend aus der osmanischen Zeit übernommen hatte.“²⁶⁹ In diesem Kontext wurde die CHP als Zentrum der kemalistischen Ordnung verstanden, die als ein wichtiges Vehikel gegen mögliche, aus der Peripherie stammende Risiken agierte. Deshalb war sie am häufigsten unter den Eliten der staatlichen Organe des Systems vertreten. Zum größten Teil war die Peripherie durch die DP und das Zentrum durch die CHP vertreten worden.²⁷⁰

In der 10-jährigen Regierungszeit der DP war die CHP von 1950 bis 1960 in der Opposition. Bei den Wahlen von 1961 bekam die CHP nicht genügend Stimmen, um allein die Regierung zu stellen. Mit der Unterstützung des Militärs bildete İnönü – der zweite Führer der CHP – eine Koalitionsregierung mit der Gerechtigkeitspartei (Adalet Partisi, AP). Die CHP befand sich anschließend von 1965 bis 1971 wieder in der Opposition.²⁷¹

Die CHP bis 1965 lässt sich hauptsächlich als kemalistisch-systemorientiert, elitär, bürokratisch und etatistisch charakterisieren. Nach dem Putsch von 1960 wurde angesichts dieser Charakteristika der CHP von den Anhängern der DP bzw. AP behauptet, dass auch die

²⁶⁷ Das war eine von General Cemal Gürsel angeführte 38-köpfige Offiziersgruppe. Der Präsident des MBK wurde gleichzeitig Staatspräsident, Ministerpräsident und Oberbefehlshaber der Armee. Vgl. Seufert; Günter: Die Türkei: Politik, Geschichte, Kultur. München, 2006, S. 103 f.

²⁶⁸ Vgl. Sunay, Ilkay: Populism and Patronage: The Demokrat Party and its Legacy in Turkey, 2, Politico, 60 (1990): 745 – 757; vgl. Saribay, Ali Yasar: 2001, S. 50 – 55.

²⁶⁹ Vgl. Aktas, Murat (2005): S. 31; vgl. Kalaycioglu, Ersin: Turkish Democracy: Patronage versus Governance, in: Turkish Studies, 2 (2001)1, S. 54-70. Hier erklärt Kalaycioglu auch, dass die moderne Republik diese Besonderheit weitgehend aus der osmanischen Zeit übernommen hatte. Darüber hinaus ist das heutige parlamentarische System der Türkei immer noch deutlich von dieser Dichotomie des patronagegeprägten Parteienpluralismus und der staatszentrierten Kernbürokratie bestimmt. Nach ihm kommt dies am deutlichsten in der Haltung des Militärs zum Ausdruck, das seine umfassende politische Rolle mit der Aufgabe legitimiert, die übergeordneten Staatsinteressen gegen parteipolitische zu verteidigen und Partikularinteressen zu sichern.

²⁷⁰ Vgl. Mardin, Serif: Center-Periphery Relations: A Key to Turkish Politics?, 102 (1973): S. 169 – 190.

²⁷¹ Die CHP kam 1972 noch einmal an die Macht – als Folge der zweiten Militärintervention von 1971.

CHP diese undemokratische Intervention unterstützt habe.²⁷² Ab Mitte der 60er Jahre strebte sie deshalb an, durch eine ideologische Modifikation ein breiteres Spektrum unterschiedlicher Volksschichten zu erreichen. Als Folge dieser Bemühungen war die CHP während der 70er Jahre durch das Wirken von Karaoğlan Ecevit, dem dritten CHP-Führer, geprägt.²⁷³ Er gewann damit zuerst die Wahlen von 1973.²⁷⁴ In der zweiten Hälfte der 70er Jahre herrschten in der Türkei eine radikale Verschärfung der wirtschaftlichen Probleme sowie politische Instabilität. Dies führte zur Bildung von Koalitionsregierungen. In dieser Periode war die CHP unter Ecevit noch an zwei weiteren Regierungen beteiligt. Als Resultat des Militärputschs von 1980 wurden alle Parteien am 16. Oktober 1981 verboten, auch die CHP, die bis zu diesem Tag von der Armee unterstützt wurde.²⁷⁵

Mit der Rückkehr einer zivilen Regierung wurden 1983 neue Parteien gegründet. Die CHP wurde erst am 09. September 1992 von Baykal – dem vierten CHP-Führer – gebildet. In der Zwischenzeit wurden drei andere Parteien gegründet, die der CHP-Tradition folgten: die Populistische Partei (Halkçı Parti, HP), die Sozialdemokratische Partei (Sosyal Demokrasi Partisi, SODEP) und die Demokratische Linkspartei von Ecevit (Demokratik Sol Parti, DSP).²⁷⁶ 1985 schlossen sich HP und SODEP zusammen unter dem Namen Sozialdemokratische Volkspartei (Sosyaldemokrat Halkçı Parti, SHP).²⁷⁷ Nach der Wiedergründung der CHP vereinigten sich die SHP und die CHP 1995 – unter dem Dach der CHP.²⁷⁸ Vom 05. November 1995 bis zum 12. März 1996 nahm die CHP unter Baykal als Koalitionspartnerin der Partei des Richtigen Wegs (DYP) an der Regierung teil.

Von 1999 bis 2002 war die CHP – abgesehen von den Phasen der nach Militärinterventionen gebildeten Interims-Regierungen – zum ersten Mal in ihrer Geschichte – auch aufgrund der Konkurrenz durch die Demokratische Linkspartei DSP – nicht mehr in der Nationalversammlung vertreten, weil sie mit 8 Prozent unter der 10%-Hürde lag. 2002 gelang es ihr hingegen, mit 19 Prozent als zweitstärkste Partei – hinter der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei Erdoğans (AKP) – aus dem Wahlkampf hervorzugehen. An den von ihnen als kritisch

²⁷² Siehe Sayari, Sabri: Political Patronage in Turkey. In: Ernest Gellner und John Waterbury (Hgg.): Patrons and Clients in Mediterranean Societies. 1977.

²⁷³ Siehe Dündar, Can/Akar, Rıdvan (2006): Karaoğlan.

²⁷⁴ Die CHP bildete eine Koalitionsregierung mit der Partei von Erbakan (MSP), die aber nur vom 26. Februar bis zum 17. November 1974 dauerte.

²⁷⁵ Vgl. Sarıbay, Ali Yasar (2001): S. 44 – 47 und S. 64 – 69.

²⁷⁶ Vgl. a. a. O., S. 71 – 75.

²⁷⁷ Von 1991 bis 1995 formte die SHP gemeinsam mit der DYP zwei Koalitionsregierungen.

²⁷⁸ 1995 erlangte sie 11 % der Stimmen und konnte nur 49 Abgeordnete ins Parlament entsenden.

angesehenen Parlamentswahlen von 2007 nahmen die CHP und DSP gemeinsam als Linksblock teil und erhielten fast 21 Prozent der Stimmen. Da diese Wahlen wieder von der AKP gewonnen wurden, agiert die CHP derzeit mit der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), der DSP und DTP bzw. BDP (Partei des Friedens und der Demokratie) als Oppositionspartei zusammen.²⁷⁹

4.1.1.2 Ideologische Anhaltspunkte des Parteiprogramms der CHP

Die Frage, wie sich eine Partei in der Türkei gegenüber der EU-Mitgliedschaft der Türkei positioniert, soll anhand der ideologischen Anhaltspunkte der Parteien, d. h. bezüglich ihres Parteiprogramms, untersucht werden.

Im Hinblick auf ihre Parteiideologie hat die CHP bislang verschiedene Denkansätze gewählt. Obwohl sie bis in die 60er Jahre eine radikale Verteidigerin der kemalistischen Ideologie der 20er und 30er Jahre war, öffnete die CHP-Führung die Partei ab Mitte der 60er Jahre für die Ideen der linken Politik. In den 70er Jahren wandelten sich ihre „demokratisch-linken“ Positionen. In allen Perioden hielt die CHP an der kemalistischen Grundidee als Fundament fest. Ihre 87-jährige politische Entwicklung wird von der CHP selbst so interpretiert, dass sie sich von einer Staatspartei zu einer Volkspartei und von einer Systempartei zu einer Veränderungspartei entwickelt habe.²⁸⁰ Im derzeitigen Parteiprogramm der CHP, in dem die Wichtigkeit und Unveränderbarkeit der sozialen, laizistischen und rechtstaatlichen Besonderheiten der Türkei hervorgehoben werden, lassen sich im Wesentlichen folgende Punkte finden: Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Demokratie als Quelle des Fortschritts.²⁸¹ Um die ideologische Dynamik und die politischen Ansätze der CHP besser verstehen zu können, sollen im Folgenden die Phasen ihrer Geschichte genauer betrachtet werden.²⁸²

²⁷⁹ Vgl. TBMM: Milletvekilleri Dağılımı, in:

http://www.tbmm.gov.tr/develop/owa/milletvekillerimiz_sd.dagilim (10.2.2008).

²⁸⁰ Vgl. Bila, Hikmet: CHP 1919-1999, Doğan Kitap, İstanbul 1999, S. 17.

²⁸¹ Vgl. CHP: Cumhuriyet Halk Partisi Programı [Das Programm der Republikanischen Volkspartei], in: <http://www.chp.org.tr/Files/chpprogram.pdf> (12.2.2008).

²⁸² Vgl. Kahraman, Hasan Bülent: CHP'li mi CHP'siz mi?, in: <http://www.baskose.com/ShowArticle.aspx?writerId=12&articleId=7804> (25.4.2008).

- **Kemalismus 1923 – 1933:** In dieser Phase wurde versucht, die neu gegründete Republik durch die sechs Prinzipien des Kemalismus und die darauf basierenden Reformen zu modernisieren, was zu einer gewissen Orientierung an westlichen Traditionen politischen Denkens in der Türkei führte. Vor allem spielten hier eine besondere Rolle: Republikanismus, Laizismus (in erster Linie französischer Ausrichtung) und Populismus²⁸³ (die Installation des auf der Volkssouveränität beruhenden Systems – Atatürk betrieb Populismus von unten, also an der Basis, aber immer im Sinne seiner Staatspartei).²⁸⁴ Die Art der ideologischen Reformen war revolutionär/autoritär, die Grundhaltung fortschrittlich/modernistisch. Hier wurden „die Reformen mit dem bzw. für das Volk/Individuum“ (Halk için, Halkla beraber) „von unten nach oben“ durchgesetzt. Die CHP ist so als eine linksgerichtete Partei einzuschätzen, da sie die Konzepte der Französischen Revolution und somit den Modernisierungsprozess mit ihren Reformen in der Türkei institutionalisiert hat.²⁸⁵

- **Autoritarismus 1933-1938 und Totalitarismus²⁸⁶ 1938 – 1946:** Die Versuche Mustafa Kemal Atatürks, 1924 und 1930 eine pluralistische und liberale Türkei zu schaffen,²⁸⁷ sind zum einen durch die religiös-(kurdisch-)ethnische Rebellion unter Scheich Said 1925 und zum anderen durch die islamistisch motivierte bzw. gegen die laizistischen Neuerungen und die kemalistische Ordnung gerichtete Rebellion in Menemen 1930 gescheitert.²⁸⁸ Diese gegen die Modernisierungsaktivitäten gerichteten Widerstände einiger Teile der Bevölkerung bzw. die durch die Gesellschaft noch nicht absorbierten Reformierungstendenzen und die damit für den

²⁸³ Siehe CHF Programı [Das Programm der CHF], Ankara 1931, Teil 2, § 1, C, S. 10.

²⁸⁴ Vgl. Zürcher, Erik-Jan: Kemalist Düşüncenin Osmanlı Kaynakları [Die osmanischen Wurzeln im kemalistischen Gedanken], in: İnsel, Ahmet (Hg.): Kemalizm. Modern Türkiye’de Siyasi Düşünce [Kemalismus. Politische Gedanken in der modernen Türkei], Bd. 2, Istanbul 2004, S. 44 – 55.

²⁸⁵ Hierzu vertritt Göle die folgende Ansicht: “The uneasy relationship between Kemalism and democracy becomes even more fragile when faced with identity politics- whether based on ethnic differences or on religious claims. Kemalism has traditionally viewed all quests for difference not as natural components of a pluralistic democracy but as sources of instability and as threats to unity and progress.” Vgl. Göle, Nilufer (1997): The Quest for the Islamic Self Within the Context of Modernity. In: Sibel Bozdoğan and Resat Kasaba, *Rethinking Modernity and National Identity in Turkey*, Seattle: University of Washington Press. 81 – 94. Hier S. 84.

²⁸⁶ Zu den Themen Autoritarismus und Totalitarismus siehe Naßmacher, Hiltrud: Politikwissenschaft. Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft, 2002, S. 164 – 170, vgl. Ruffmann, Karl-Heinz (1999): Autokratie, Absolutismus und Totalitarismus, in: Jesse, Eckhard (Hg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung. Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Band 336, S. 43 – 52.

²⁸⁷ Siehe Unterkapitel 2.3.1.

²⁸⁸ Vgl. Ahmad, Feroz (2003): Turkey: The Quest for Identity, S. 85 – 90.

Übergang zum mehrparteilichen System als ungeeignet wahrgenommene Situation führten zu einer autoritären Vorgehensweise der CHP, die auf die letzte Herrschaft der Osmanen İttihat ve Terakki Firkası (Komitee für Einheit und Fortschritt) zurückging. Folglich wurde kein pluralistisches Regime installiert.²⁸⁹ In dieser Phase handelte es sich um „Reformen für/trotz das/dem Volk/Individuum“ (Halk için, Halka Rağmen) „von oben nach unten“. Als Folge wurde das Populismusprinzip des Kemalismus im Verlaufe der Zeit elitär.²⁹⁰ Die totalitären Züge der CHP kamen in der İnönü-Periode zur Geltung.²⁹¹ İsmet İnönü wurde 1938 „der unveränderbare Führer“ der CHP und der „Nationalchef“, und somit forcierte die CHP eine undemokratische und repressive Politik – u. a. das Gesetz der Nationalen Schutzpolitik (Milli Korunma Kanunu) und die Vermögenssteuer (Varlık Vergisi). Obwohl sich in der Ära İnönü die mehrparteiliche Demokratie in der Türkei entwickelte (1945), verstand sich die Parteiführung praktisch als Staatsführung. Angesichts dieser Identität von Partei- und Staatsführung ist die damalige CHP als totalitär zu bezeichnen.²⁹²

- „Linke der Mitte“ 1965 und „Demokratische Linke“ 1972 – 1980.²⁹³ Obwohl die Eliten der CHP im Jahr 1950 die Macht zur Demokratischen Partei (DP) gemäß demokratischer Prinzipien übergaben, konnte sich die Partei bis Mitte der 1960er Jahre von ihren undemokratischen Besonderheiten, die auf die Einparteienperiode zurückgingen, nicht befreien. Hingegen ist die CHP der Jahre 1965 bis 1980 – trotz aller Schwankungen – aufgrund ihrer ideologischen Erneuerungen zuerst zur „linken Partei der Mitte“ und danach zur „demokratischen Linkspolitik“ als eine linke Partei zu charakterisieren.

An dieser Stelle sind zwei Ereignisse zu erläutern, die diese ideologische Modifikation der innerparteilichen Machtbalance der CHP beeinflussten.²⁹⁴ Das Konzept von der „Linken der Mitte“, durch das die CHP sich vom „Staatspartei-Image“ befreien und auch diejenigen Wäh-

²⁸⁹ Vgl. Tunçay, Mete (2004): İkna (İnandırma) Yerine Tecebbür (Zorlama) [Statt zu reden (Überzeugen) Despotismus (Zwang)], in: İnsel, Ahmet (Hg.): Kemalizm. Modern Türkiye’de Siyasi Düşünce [Kemalismus. Politische Gedanken in der modernen Türkei], Bd. 2, Istanbul, S. 94.

²⁹⁰ Siehe Köker, Levent (2009): Modernleşme, Kemalizm ve Demokrasi [Modernisierung, Kemalismus und Demokratie], Istanbul.

²⁹¹ Vgl. Ahmad, Feroz (2003): Turkey: The Quest for Identity, S. 85 – 102.

²⁹² Vgl. Kahraman, Hasan Bülent: CHP’yi içinden görmek, in: <http://www.sabah.com.tr/2008/04/27/haber,C9640B3A3ECE441DA9CA95A35EE22EA2.html> (27.04.2008).

²⁹³ “The ideological and programmatic changes finalized in 1972 were the end product of deliberations that had started in 1957 with the Declaration of Primary Goals (İlk Hedefler Beyannamesi).” Vgl. Günes-Ayata, Ayşe (2002): S. 103.

²⁹⁴ Vgl. Dündar, Can/Akar, Ridvan (2006): Karaoglan, S. 60 – 98.

ler für sich gewinnen konnte, die zu anderen Linksparteien – z. B. zur Arbeiterpartei der Türkei²⁹⁵ (Türkiye İşçi Partisi, TİP) – tendierten, wurde von İnönü vor der Wahl von 1965 vorgeschlagen. Demgegenüber störte diese „linke“ Orientierung eine Gruppe (48'ler Grubu) innerhalb der CHP, die sich als die „Rechte der Mitte“ bezeichnete. Sie trat 1967 aus der Partei aus. Dieser ehemalige Flügel der CHP wollte eine mehr kemalistisch-nationalistische und -etatistische Politik betreiben und gründete so die Partei des Vertrauens (Güven Partisi, GP) unter Turhan Fevzioğlu. Zu unterstreichen ist, dass sich die Abspaltung von der CHP dennoch nicht beachtlich auswirkte. Zweitens führte die Bemühung der ideologischen Erneuerung der CHP vor der Wahl 1969 zum Kampf zwischen dem Parteiführer İnönü und dem Parteisekretär Ecevit. Ecevit hielt das Konzept der „Demokratischen Linke“ für plausibler als İnönüs Konzept. Angesichts dieser Meinungsverschiedenheiten beobachtete man auf dem CHP-Kongress von 1972 zwischen beiden ein entscheidendes Rededuell, infolge dessen Ecevit zum neuen CHP-Führer gewählt wurde, der die CHP von einer ehemaligen „Chef-Partei“ in eine „Volkspartei“ verwandelte. Außerdem hatte Ecevit im Gegensatz zu İnönü die Erim-Regierung nicht begrüßt, die anstelle der AP-Regierung von Demirel nach der zweiten Militärintervention 1971 gebildet wurde. Ecevits entschiedene Distanz gegenüber der Armee wurde von türkischen Wählern zugunsten einer Umwandlung in eine demokratische Linkspartei bei den Wahlen von 1973 und 1977 belohnt.²⁹⁶

- **Sozialdemokratie 1991:** Nach dem Staatsstreich von 1980 wurden als Nachfolgeparteien der CHP im gleichen Jahr 1983 zunächst die HP und später die SODEP gegründet. Hierzu ist zu bemerken, dass die HP angesichts ihrer engen Beziehungen zur Armee unter der aus der CHP-Tradition kommenden Wählerschaft nicht gerade beliebt war. Obschon die SODEP durch das Veto der technokratischen Beratenden Versammlung an den Wahlen 1983 nicht teilnehmen durfte, erlangte sie die Mehrheit der einstigen CHP-Stimmen in den Kommunalwahlen von 1984. Nach der Vereinigung der HP und SODEP unter dem Namen SHP im Jahr 1985 entwickelte sich unter Erdal İnönü – der Sohn İsmet İnönüs – nach und nach eine „sozialdemokratische“ Partei,²⁹⁷ wie es die SHP 1991 in ihrem Parteiprogramm formulierte:²⁹⁸ Die SHP schlug damit eine fundamentale Revision der Verfassung von 1982

²⁹⁵ Siehe Unterkapitel 4.1.2.4, Anm. 67.

²⁹⁶ Ecevit äußerte, dass seine demokratische Links-Politik nicht als Marxismus zu verstehen sei und einen nationalen Charakter enthalte, den er auch nach der Gründung der DSP 1985 betonte.

²⁹⁷ Vgl. Schüler, Harald (1998): Die türkischen Parteien und ihre Mitglieder, S. 68 – 78.

²⁹⁸ Vgl. Sosyal Demokrat Halkçı Parti (SHP): *Sosyaldemokrat Halkçı Parti Anayasa Temel ilkeler Önerisi. Sosyal Demokrat Halkçı Parti Merkez Yürütme Kurulu, 23 Nisan 1991 Ankara.* Ankara, 1991.

vor, die als Folge der dritten Militärintervention (1980) gebildet worden war. Zu den Re-Demokratisierungsforderungen der SHP gehörten insbesondere die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte und die Gewährung von Presse- und Meinungsfreiheit. Ferner sollten die religiösen und ethnischen Identitäten, z. B. das Alevitentum, anerkannt werden. Überdies wurde die Notwendigkeit einer demokratischen Lösung der Südostanatolien-(Kurden-) Problematik betont. Unter diesen Voraussetzungen ging die SHP bei den Wahlen von 1991 eine Wahlkoalition mit der kurdischen Partei ein, die als Volksarbeiterpartei (Halkın Emek Partisi, HEP) bekannt war. Die wichtigsten Elemente der Politik der SHP waren die „soziale Gerechtigkeit“ in der Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Lösung der „sozialen Frage“. Man versuchte so, die für den Abstieg der SHP zwischen 1987 und 1991 verantwortlich gemachten Leerstellen wieder zu besetzen.²⁹⁹

- **die Rückkehr des Kemalismus ab 1997 und besonders 2002:** In den 1990ern entwickelten sich in der Türkei (kurdisch-)ethnische und (islamisch und islamistisch-) religiöse Identitätspolitik. Die kurdische HEP spaltete sich 1992 aus der SHP ab und formierte sich zu einer (kurdisch-)nationalistischen Partei. Die islamistische Wohlfahrtspartei (RP) ging sowohl bei den Kommunalwahlen von 1994 als auch bei den Parlamentswahlen von 1995 als stärkste Partei hervor. Laut der CHP müsse die Türkei neben dem separatistisch-ethnischen PKK-Terror auch den Politikislam Erbakans (und seit 2002 Erdoğan) bekämpfen. Insgesamt betrachtet, orientiert sich die CHP deshalb seit ihrer zweiten Gründung 1992 an den nationalistischen und laizistischen Prinzipien des Kemalismus.³⁰⁰

Seit der Übernahme der Parteiführung durch Kemal Kılıçdaroğlu im Mai 2010 wird von der CHP wieder eine sozialdemokratische Politik akzentuiert.

²⁹⁹ Der „sozialen“ Politik, nämlich dem Versprechen auf eine rasche Verbesserung des Lebensstandards und der Einkommensverhältnisse der „kleinen Leute“, verdankten 1983 die ANAP, 1987 die SHP, 1991 die DYP und SHP und 1995 die RP – mit ihrer „Gerechten Ordnung“ – ihre Wahlsiege.

³⁰⁰ Vgl. Schüler, Harald (1998): S. 84 – 89.

4.1.1.3 Die Interessenkonstellationen in der CHP bezüglich ihrer EU-Haltung

In der Ausgestaltung der jeweiligen Parteipolitik sind neben der Ideologie bzw. der ideologischen Grundlage der Partei und dem darauf basierend entstandenen Parteiprogramm auch die innerparteilichen Interessenkonstellationen zu berücksichtigen. In diesem Sinne ist die Analyse der folgenden, sich gegenseitig beeinflussenden Faktoren einzubeziehen: die Rolle des Parteivorsitzenden oder auch der Parteiführung, die Beziehung zwischen der Parteibasis und -leitung bezüglich der innerparteilichen Demokratie, die Machtverhältnisse zwischen Flügeln innerhalb der Partei und die (derzeitige und potenzielle) Wählerschaft der Partei und ihr Einfluss auf den Aufbau der Parteipolitiken (also wer wen wählt und weshalb). Bezüglich des EU-Verhaltens der CHP soll daher die parteiinterne Situation mit einkalkuliert werden.³⁰¹ Mit Blick auf die Positionierung der CHP in der türkischen Parteienlandschaft ist daran zu erinnern, dass sie die türkische Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationalen ist, des globalen Zusammenschlusses der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien, dem u. a. die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) angehört, und dass die CHP assoziiertes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) ist, wo sie einen Beobachterstatus hat. Darüber hinaus ist zu konstatieren, dass die CHP zumeist von säkular eingestellten Teilen der Bevölkerung gewählt wird, besonders in den „städtisch geprägten und westlich orientierten“ Regionen, z. B. in Thrakien sowie an den Küsten der Ägäis und des Mittelmeeres. In den Wahlen von 2007 bildete mit 65 % die Angst vor einer Politik der Regierungspartei AKP die stärkste Motivation für die Wahl der CHP. Diese AKP-Politik wurde als gegen das republikanische und laizistische System des Landes gerichtet wahrgenommen. Außerdem spielte mit 59 % die ideologische Positionierung der CHP eine entscheidende Rolle. Sie wurde am meisten von staatlich-bürokratischen und gut ausgebildeten Wählergruppen der mittleren und oberen Schichten favorisiert. Nur 12 % der CHP-Wähler sahen in der Person Baykals ihre Präferenz begründet.³⁰² In den wirtschaftlich unteren Schichten, bei den schlecht Ausgebildeten, in ländlichen Wählergruppen und in den von Kurden dominierten

³⁰¹ Interview des Autors mit Kazım Erdoğan, in Bağcılar-Istanbul, 2008, Interviewnummer 74, und mit Cafer Aksu, in Şişli-Istanbul, 2006, Interviewnummer 16.

³⁰² Vgl. A&G Araştırma: Oylar kime, neden verildi?, in: <http://www.milliyet.com.tr/2007/07/25/siyaset/axsiy03.html> (25.7.2007).

südöstlichen Regionen gewann die CHP weit weniger Stimmen als in den 70er Jahren und ist somit diesbezüglich als „Verlierer der Wahl“ zu betrachten.³⁰³

Um die innerparteilichen Machtstrukturen der CHP begreiflich zu machen,³⁰⁴ muss auch ihre Vorgeschichte bedacht werden. Eine Vorläuferin der 1992 wieder gegründeten CHP, die SHP, bestand als eine Koalitionspartei aus verschiedenen Flügeln.³⁰⁵ Während der „İnönü-Flügel“ mehrheitlich von sozialdemokratischen, alevitischen und kurdischen Wählern unterstützt wurde, beruhte der „Baykal-Flügel“ überwiegend auf den Stimmen der sozialdemokratischen sunnitischen Türken.³⁰⁶ Der Machtkampf beider Flügel resultierte in großen politischen Auseinandersetzungen zwischen Erdal İnönü und Deniz Baykal innerhalb der SHP; und „dieses Bild der inneren Zerrissenheit“³⁰⁷ war nach 1991 einer der Faktoren, die [...] ihren Zerfall beschleunigten“³⁰⁸. Diese innerparteiliche Situation der SHP hat sich auch auf die CHP ausgewirkt. Nach dem Zusammenschluss der SHP mit der CHP unter dem Namen der Letzteren blieben die Konflikte zwischen Baykal und seinen Gegnern – insbesondere die um die Ausrichtung der Partei und die Repräsentation der Flügel in der Parteiführung – bestehen. Nach der Rückkehr Baykals an die Parteispitze nach dem Interimsvorsitzenden Hikmet Çetin 1995 wandelte sich die CHP in eine „Führerpartei“.³⁰⁹ Die Wählergruppe der CHP-Tradition besteht üblicherweise aus Kemalisten, sozialdemokratischen Linken, Linksliberalen, sozialdemokratischen Kurden und Aleviten.³¹⁰ Da die CHP unter Baykal (nämlich in seiner dritten

³⁰³ Vgl. Ağırır, Bekir: Seçim’07. Sandığın içindekini ne belirledi? 22 temmuz 2007, Seçim analizi [Was hat den Inhalt der Wahlkästen bestimmt? 22 Juli 2007 Wahlanalyse], in: http://www.konda.com.tr/html/dosyalar/sandigin_icindeki.pdf (30.7.2007).

³⁰⁴ Vgl. Esmer, Yilmaz: At the Ballot Box: Determinants of Voting Behaviour, in: Sayari, Sabri/Esmer, Yilmaz: Politics, Parties, and Elections in Turkey, Lynne Rienner, 2002, S. 91 – 114.

³⁰⁵ „Auf- und Abstieg der SHP lassen sich als gescheiterter Versuch deuten, ein ganzes Spektrum konkurrierender Gruppen mit sozialdemokratischen Ansprüchen in einer Organisation zu vereinen und beim innerparteilichen Interessenausgleich rivalisierender Fraktionen die Einhaltung demokratischer Spielregeln durchzusetzen.“ Vgl. Schüler, Harald: Die türkischen Parteien und ihre Mitglieder, Hamburg, 1998, S. 68.

³⁰⁶ Vgl. Kahraman, Hasan Bülent: Erdal İnönü’ye iki not, in: <http://arsiv.sabah.com.tr/2007/11/05/kahraman.html> (11.05.2007).

³⁰⁷ Dies führte zur Niederlage der SHP in den Kommunalwahlen von 1994 und damit zur Vereinigung mit der CHP 1995.

³⁰⁸ Vgl. Schüler, Harald (1998): Die türkischen Parteien und ihre Mitglieder, S. 68.

³⁰⁹ Vgl. a. a. O., S. 88.

³¹⁰ Vgl. Schüler, Harald (1999): “Aleviler ve Sosyal Demokratların İttifak Arayışı: Dilsel ve Dinsel Olarak Tanımlanmış Grupların Sosyal Demokrat-Laik Ortam ve Partilerdeki Rolü”, in: Stephanos Yerasimos (ed.), *Türkiye’de Sivil Toplum ve Milliyetçilik*, İstanbul, S. 133 – 184.

Amtszeit in der Parteileitung³¹¹) in erster Linie kemalistisch-nationalistisch-laizistisch gefärbt war, wurden sozialdemokratische kurdische und alevitische Wähler der damaligen SHP – besonders seit 2002 – innerhalb der CHP nicht mehr effektiv vertreten.³¹² Dies hat auch die EU-Haltung der CHP beeinflusst. Weil Aleviten und Kurden eine mögliche EU-Mitgliedschaft der Türkei mehrheitlich begrüßen, nimmt ohne diese beiden die EU-Unterstützung der CHP ab.³¹³

Hinsichtlich der Rolle des Parteiführers oder auch der -führung und der Relation zwischen der Parteibasis und der Parteileitung weist die CHP – wie die meisten anderen türkischen Parteien – bestimmte Eigenschaften einer Führerpartei auf.³¹⁴ Obwohl die Wahl des Parteivorsitzenden spätestens alle drei Jahre wiederholt werden soll, war der vorherige CHP-Vorsitzende Baykal infolge der unausreichenden innerparteilichen Demokratie und der dominanten Position der Parteiführung bei der letzten Wahl im Jahr 2008 der einzige Kandidat. Bei der EU-Positionierung der CHP darf deswegen die Rolle der Parteiführung nicht übersehen werden: Im Oktober 2003 änderte die Parteiführung um Baykal die Satzung der CHP, obwohl dies zu heftigen Diskussionen innerhalb der Partei geführt hatte. In den Kommunalwahlen von 2004 verlor die CHP drastisch gegenüber der AKP (AKP: 41 % und CHP: 18 %), wobei sie auch in den seit Langem als Bastion der CHP angesehenen Städten nicht gewählt wurde. Als Resultat verhärtete sich die parteiinterne Opposition gegen Baykal von Tag zu Tag mehr. Einer der wichtigsten Namen in diesem Zusammenhang ist Mustafa Sarıgül.³¹⁵ Neben den beiden erklärte auch Zülfü Livaneli seine Kandidatur für den am 29. Januar 2005 stattfindenden Extrakongress der CHP. Im Vergleich zu Baykal vertraten Livaneli und Sarıgül eher das linke und liberale Spektrum der Partei. Livaneli zog sich vor dem Parteitag aufgrund der fehlenden Erfolgsaussichten zurück. Nach einer sehr kämpferischen Auseinandersetzung zwischen Baykal und Sarıgül, die innerhalb der CHP-Delegierten u. a. in großen Schlägereien und Verletzungen resultierte, gewann Baykal die Wahl mit 674 Stimmen. Nach dem Kongress resignierten einige Abgeordnete der CHP und verließen die Partei, die meisten blieben jedoch. Auf dem regulären CHP-Kongress am 19. und 20. November 2005 konnte Baykal diesmal alle Stimmen der 1158 Delegierten auf sich vereinigen. Es wird daher behauptet, dass sich

³¹¹ Vgl. Günes-Ayata, Ayse (2002): S. 112.

³¹² Vgl. Kahraman, H. Bülent: CHP Sosyal demokrasisinin Cıkması, in:
<http://www.sabah.com.tr/2008/04/23/haber,EBB1D23192A842D5BE6E82450A816F63.html> (23.04.2008).

³¹³ Vgl. Yılmaz, Hakan (2007): S. 227.

³¹⁴ Vgl. Kahraman, H. Bülent: Muhalefet mi, seçenek mi?, in:
<http://www.sabah.com.tr/2008/04/26/haber,3D0BC3D3501E4FAABB0F95E58C0260D2.html> (26.04.2008).

³¹⁵ Vgl. Bila, Hikmet: CHP 1919-2009, Doğan Kitap, İstanbul, 2008, S. 406 – 423.

„die CHP Baykals“ dadurch von ihrem linken Spektrum distanziert habe und sich nun eine nationalistische und strukturkonservative Variante des Kemalismus stärker herausbilde. Somit sei die CHP zu ihrem ursprünglichen Selbstverständnis als „Staatspartei“ zurückgekehrt.³¹⁶ Als Folge dieser Ausrichtung entwickelt(e) sich innerhalb der CHP eine zunehmend EU-skeptische Haltung. Dies erzeugte gleichfalls eine ähnliche Tendenz unter ihrer Wählerschaft. Folglich sank die Anzahl der eine EU-Mitgliedschaft der Türkei befürwortenden CHP-Wähler beachtlich: von 83 % Mitte 2002 auf 60 % Anfang 2006.³¹⁷ Die skeptische Haltung der CHP wird insbesondere an Slogans wie „Privatisierung der produktivsten Staatsunternehmen ist Ausverkauf des Landes“, „Wir [gemeint ist die Türkei bzw. die Regierungspartei, I. E.] verkaufen Zypern“³¹⁸ oder „Alle unsere Werften sind eingenommen“³¹⁹, deutlich. Obschon die CHP bei den Wahlen 2002 von den EU-enthusiastischsten Wählern bevorzugt wurde,³²⁰ fiel die Rate der EU-Befürworter innerhalb der CHP Ende 2007/Anfang 2008 auf bis zu 41 %, während sich die Rate der EU-Skeptiker auf bis zu 34 % und diejenige einer offenen EU-Gegnerschaft auf bis zu 25 % erhöhte.³²¹

Es ist gleichsam zu untersuchen, ob die CHP in dieser Periode eine von den Neigungen ihrer Basis völlig differierende Politik verfolgte oder ob die CHP ihre Rolle als Opposition in der türkischen Nationalversammlung bezüglich der Durchführung der EU-Reformen im positiven Sinne effektuieren konnte. Diese Position wurde bzw. wird von den meisten links- und -libe-

³¹⁶ Vgl. Alper, Emin (2006): in: <http://www.birikimdergisi.com/birikim/dergiyazi.aspx?did=1&dsid=327&dyid=4902> (15.2.2008).

³¹⁷ Vgl. Yılmaz, Hakan (2007): S. 227.

³¹⁸ Vgl. Manisali, Erol: Bekleme Odasında İğfal [Die Ausbeutung im Wartezimmer], 2005: S. 6, 74 – 77 u. 91 – 94.

³¹⁹ Vgl. İlhan, Atilla: Bütün Tersaneler Fethedilmedi! [Alle ihre Werften sind doch noch nicht eingenommen!], Istanbul 2004.

³²⁰ Vgl. Gottschlich, Jürgen: Reaktionen der Türkei auf EU-Fortschrittsbericht. Verwunderung über Europas Vergesslichkeit, in: http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-297/_nr-48/i.html (26.2.2008); vgl. Mintchev, Emil: Mittel- und Südosteuropa und der türkische EU-Beitritt: Getrübtes Verhältnis zu Ankara, in: http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-297/_nr-78/_p-1/i.html (24.2.2008) und vgl. Reite, Erich: Sicherheitspolitik und der EU-Beitritt der Türkei. Vom Risiko einer strategischen Überdehnung, in: http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-297/_nr-70/_p-1/i.html (27.2.2008).

³²¹ Vgl. Erdem, Tarhan: Yeni Türkiye'yi Anlamak, in: http://www.konda.com.tr/html/dosyalar/yeni_turkiye.pdf, S. 42 (3.11.2007); vgl. A&G Araştırma: Gündem Araştırması, 12. und 13. Januar 2008, in: <http://www.agarastirma.com.tr/pdfler/gundem-arastirmasi-ocak-2008.pdf>, S. 46 (10.9.2008). Obwohl die EU-Unterstützung der CHP in den beiden Umfrageergebnissen um 40 % liegt, liegt der Anteil der EU-Skeptiker laut A&G bei 27 % und derjenige der EU-Gegner bei 28 %.

ralorientierten CHP-Wählern gewünscht. Im Grunde gab es einen solchen Flügel innerhalb der Partei. Dieser, als Livaneli-Derviş-Linie bezeichnete Flügel, hatte keine Chance gegen Baykal. Neben dem Baykal-Faktor überwogen innerhalb der gesamten CHP-Wählerschaft die Einstellungen und Ängste, u. a. dass das Land seine Einheit und kemalistische Strukturen verliere, was aus einer möglichen EU-Mitgliedschaft resultieren könnte. Laut einigen Autoren in der Türkei³²² ist die CHP zum größten Teil eine Staatspartei gewesen, und deshalb sei es unrealistisch, von der CHP zu erwarten, als „Reformpartei“ zu agieren. Hier ist zu erklären: Die CHP hatte sich jedoch in den 70er Jahren von der Rolle der Staatspartei distanziert und dies bis Ende der 90er Jahre beibehalten. Der nationalistische und populistische Flügel der damaligen CHP hatte 1985 die DSP begründet und das Ziel einer regimetreuen (am kemalistischen System orientierten) Politik verfolgt. Doch die Regimeidentifizierung („devletlulaşma“) im Sinne der SHP-CHP-Linie, die im Vergleich zur DSP demokratischer und pro-europäischer war, erfolgte erst später: erstens mit dem am 28. Februar 1997 einsetzenden Prozess, in dem die „islamistische“ Refah-Partei von Erbakan infolge ihrer anti-laizistischen Vorstellungen von militärischen, politischen (darunter auch die CHP) und zivilen Akteuren gezwungen wurde, ihre Macht abzugeben, um die kemalistische Staatsordnung zu bewahren; und zweitens in der AKP-Regierungszeit und im von der AKP vollzogenen EU-Integrationsprozess.³²³

4.1.1.4 Die Rolle der CHP in den EU-Türkei-Beziehungen

In ihrer Geschichte hat die Republikanische Volkspartei (CHP) bislang sieben Parteivorsitzende gehabt, und vier von ihnen waren besonders prägend: Mustafa Kemal Atatürk (1923-1938), İsmet İnönü (1938-1972), Bülent Ecevit (1972-1980) und Deniz Baykal (1992-1995, 1995-1999 und von 2000 bis zum Mai 2010).³²⁴ Diese haben auch in den Beziehungen zwischen der Türkei und Europa bzw. der EU eine wichtige Rolle gespielt.

³²² U. a. Ahmet Altan, Murat Belge, Eser Karakaş, Ali Bayramoğlu, Oral Çalışlar und Taha Akyol.

³²³ Vgl. Alper, Emin: a. a. O.

³²⁴ Die anderen Vorsitzenden der CHP sind Hikmet Çetin (nach der Einigung von CHP und SHP 1995), Altan Öymen (nach Baykals Rücktritt 1999) und Kemal Kılıçdaroğlu, der am 22. Mai 2010 auf dem 33. Parteikongress zum 7. Parteichef der CHP gewählt wurde. Die Partei bestand zwischen 1981 und 1992 nicht. Vgl. Hibbeler, Stefan: Überraschende Wende, in: <http://www.istanbulpost.net/10/05/03/wende.htm> (21.5.2010); vgl. Stille, Claus-Dieter: Türkischer Gandhi? Kemal Kilicdaroglu ist neuer CHP-Vorsitzender, in: <http://www.readers-edition.de/2010/05/28/tuerkischer-gandhi-kemal-kilicdaroglu-ist-neuer-chp-vorsitzender/> (28.5.2010); vgl.

Unter Mustafa Kemal wurden die fundamentalen Merkmale des zerstörten Osmanischen Staats, des Vorgängers der Türkei, aufgegeben. Die monarchischen, halbtheokratischen und ummatischen (aus vielen muslimischen Völkern bestehenden) Staats- und Gesellschaftsstrukturen der Osmanen wurden durch den Republikanismus, Laizismus und Nationalismus nach westlichem Vorbild ersetzt.³²⁵ „Mustafa Kemal war eine der ersten auffallenden und nationalen Führungspersönlichkeiten der Dritten Welt, sein Leitbild die westeuropäischen Gesellschaften.“³²⁶ Wenngleich er als ein „modernistischer Entwicklungsdiktator“ und sein Führungsstil als radikal und unterdrückend eingeschätzt bzw. kritisiert wird,³²⁷ machte sich eine Westorientierung infolge seiner Reformen sowohl in den Rechts- und Staatsbereichen als auch im Bildungswesen und Alltagsleben bemerkbar.³²⁸ Zu den wichtigsten (positiven)³²⁹ Kennzeichen des europäischen Paradigmas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehörten die Ausprägung eines modernen Staates, die Gestaltung einer Nation und einer nationalen Ökonomie sowie Republikanismus, Säkularismus und Positivismus.³³⁰ Mit ihren Reformen spielte die CHP unter Atatürk bei der Annäherung der türkischen an die europäische Politikultur in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine nicht zu unterschätzende Rolle. Nach dem Tod Mustafa Kemals (1938) wurde die Türkei durch die CHP İnönü regiert. Seine erste Aktion bezüglich einer weiteren Westausrichtung war die Verwirklichung einer europäischen Politikordnung durch die Umwandlung zum Mehrparteiensystem im Jahr 1945. Damit wurde in der Türkei das Pluralitätsprinzip des westlichen Parlamentarismus installiert. Nachdem die ersten Wahlen 1946 von der CHP gewonnen worden waren, errang die

Keiner, Christine: Kemal Kilicdaroglu ist neuer Parteichef der CHP, in: [http://www.weltexpress.info/cms/index.php?id=6&tx_ttnews\[tt_news\]=26395&tx_ttnews\[backPid\]=489&cHash=ecc105d18a](http://www.weltexpress.info/cms/index.php?id=6&tx_ttnews[tt_news]=26395&tx_ttnews[backPid]=489&cHash=ecc105d18a) (23.5.2010).

³²⁵ Vgl. Redmond, John (1992): S. 20; vgl. Steinbach, Udo (2000): Geschichte der Türkei.

³²⁶ Vgl. Fenske, Hans: Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Politisches Denken in der Dritten Welt. in: Hans J. Lieber (Hg.), Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Fourier Verlag, 2000: S. 826; vgl. Mango, Andrew (2000): Atatürk: The Biography of the Founder of Modern Turkey.

³²⁷ Vgl. Fenske, Hans (2000): S. 827 – 828; vgl. Akyol, Taha: Ama Hangi Atatürk [Aber welcher Atatürk?], 2008.

³²⁸ Siehe Unterkapitel 2.2.1. „Das islamische Recht wurde schon in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre durch die Übernahme schweizerischen, deutschen und italienischen Rechts (in der Folge Zivil-, Handels- und Strafrecht) abgelöst.“ Der Erlass von Tevhid-i Tedrisat (das einheitliche Schulsystem) 1924 und die Durchführung der Universitätsreform 1933 sind andere wichtige Reformen. Vgl. Fenske, Hans: a. a. O., S. 827.

³²⁹ Es sind die nicht faschistischen Tendenzen dieser Phase der europäischen Geschichte gemeint.

³³⁰ Vgl. Yılmaz, Hakan (2004): Turkey: within or outside Europe?, S. 6; vgl. Mango, Andrew (2004): The Turks Today, S. 47.

Demokratische Partei (DP) bei den zweiten Wahlen 1950 den Sieg. Darauf titelte Ulus, die damalige offizielle Zeitung der CHP, wie folgt: „CHP iktidarı devrediyor“ (Die CHP übergibt die Macht.). Zudem nahm die Türkei unter İnönü angesichts der sowjetischen Drohungen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit der Anerkennung der Truman-Doktrin von 1947 am westlichen Sicherheitssystem teil.³³¹ Infolgedessen erhielt die Türkei in İnönüs Zeit die Mitgliedschaft im Europarat 1949 und – in der Periode der DP unter Menderes – 1952 auch in der NATO.³³² Der wichtigste Beitrag İnönüs zur möglichen EU-Mitgliedschaft der Türkei war seine Unterzeichnung des Abkommens von Ankara 1963, durch das der Türkei die Perspektive einer Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) verliehen wurde.³³³ Somit war die CHP unter İnönü bei der Aufnahme der Beziehungen zwischen der EWG und der Türkei der entscheidende Hauptakteur.³³⁴

Die CHP unter Ecevit vertrat in den 70er Jahren eine skeptische Haltung gegenüber der E(W)G-Integration. Obwohl Ecevit 1978 nach Griechenland keinen Beitrittsantrag gestellt und das Stagnieren der Beziehungen zur E(W)G gewollt hatte,³³⁵ spielte er für den Erhalt des EU-Beitrittskandidatenstatus 1999 eine beträchtliche Rolle. Um die Frage richtig zu beantworten, warum die CHP unter Ecevit in der 70er Jahren eine E(W)G-skeptische Position entwickelte, muss man neben der Einstellung der derzeitigen anderen Parteien in der Türkei zur EU die aus dem In- und Ausland³³⁶ stammenden wirtschaftlichen und konjunkturellen Faktoren gemeinsam analysieren: Als Folge des Inkrafttretens des EWG-Zusatzprotokolls 1973 nahm die türkische E(W)G-Gegnerschaft ab Mitte der 70er Jahre stark zu. Auch die damaligen Gegenargumente waren nicht nur wirtschaftlich, sondern auch (islamistisch-, nationalistisch- und linksorientiert) ideologisch begründet. Durch die Koalitionsregierungen

³³¹ Diese Entscheidung von İnönü wird – von manchen EU-Gegnern in der Türkei – kritisiert, weil dadurch das Neutralitätsprinzip der kemalistischen Außenpolitik, nämlich die „vollständige Ungebundenheit“, aufgegeben wurde. Vgl. Karpat, Kemal H. (1975): Turkish Soviet Relations, S. 73 – 107.

³³² Vgl. Gönlübol, Mehmet (1982): Goals and Principles, in: Feyzioğlu, Turhan (Hg.): Atatürk's Way, Istanbul.

³³³ Hallstein, Walter: Rede von Walter Hallstein anlässlich der Unterzeichnung des Assoziationsabkommens zwischen der EWG und der Türkei vom 12. September 1963 in Ankara, in: http://www.ena.lu/rede_walter_hallstein_anlasslich_unterzeichnung_assoziationsabkommens_zwischen_turkei_ankara_september_1963-03-17464 (11.5.2005).

³³⁴ Vgl. Tachau, Frank (1990): The Republican People's Party 1945 – 1980, in: Heper, Metin/Landau, Jakob M. (Hg.): Political Parties and Democracy in Turkey, S. 99 – 118; Vgl. Birand, M. Ali (2005): S. 127.

³³⁵ Dieser Punkt ist in der Literatur strittig. Vgl. Uyar, Hakkı (2004): Avrupa Yolunda Kaçırılan Fırsatlar ya da Ecevit'in 1978'de AET Üyeliğini Reddettiği İddiası, in: <http://kisi.deu.edu.tr/hakki.uyar/8.pdf>, hier: S. 8 (23.9.2005).

³³⁶ 1973 gab es eine globale Wirtschaftskrise, die auch die Türkei beeinflusste.

kamen zwischen 1974 und 1979 auch solche, E(W)G-gegnerische Ansichten repräsentierende, Parteien an die Macht. Ebenso vertrat ein Teil der CHP, besonders ihr konservativer Flügel, die Auffassung, die damalige wirtschaftliche Verschlechterung der Türkei sei auch die Folge der EWG-Voraussetzungen gewesen. Daher wollte die CHP unter Ecevit 1978 die EG-Beziehungen einfrieren und verzichtete darauf, einen Antrag auf EG-Mitgliedschaft zu stellen.³³⁷ Vor diesem Hintergrund ist es zu bewerten, dass die CHP unter Ecevit besonders Ende der 70er Jahre EG-skeptisch handelte³³⁸ – entsprechend dem Slogan „Sie (die EWG) sind Partner, wir (die Türkei) sind ihr Markt.“³³⁹

Demselben Ecevit gelang – dieses Mal nicht mit der CHP, sondern mit der Demokratischen Linkspartei (DSP) – auf dem türkischen Weg zur EU ein entscheidender Schritt: Trotz starker innerer Widerstände realisierte er in der Periode der Dreierkoalition (1999 – 2002), die außer durch die DSP durch eine nationalistische und eine liberale Rechtspartei gebildet wurde (DSP-MHP-ANAP), umfassende EU-Reformen. Dieser „erste seriöse Reformschritt bezüglich der Angelegenheiten, die seit 1998 jährlich in den von der EU-Kommission veröffentlichten ‚Regelmäßigen Berichten über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt‘ erwähnt wurden, erfolgte am 03. Oktober 2001 mit der Verabschiedung der Verfassungsreform, in deren Zuge fast ein Fünftel der insgesamt 177 Artikel geändert worden sind. Außerdem wurde im November 2001 ein neues Zivilgesetzbuch verabschiedet. Diesen ersten Reformen folgten im Februar, März und August 2002 die ersten drei Harmonisierungspakete, wonach mehrere Gesetzesbestimmungen, die eine Vielzahl von Menschenrechtsfragen wie u. a. die Todesstrafe und die Ausübung von Grundrechten und -freiheiten betrafen, modifiziert wurden.“³⁴⁰ Diese bedeutsame Veränderung der Türkei wurde von Ecevit als eine „lautlose Revolution“ betrachtet, durch die die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in

³³⁷ Vgl. Pekiner, Yeşim: „Türkiye 1978’de Avrupa’yı Neden Reddetti?“ [Warum lehnte die Türkei Europa 1978 ab?], *Toplumsal Tarih*, Nr. 130, Oktober 2004: S. 28 – 35; vgl. Yılmaz, Hakan (2007): S. 221.

³³⁸ Vgl. Aktan, Gündüz: „Bu da Nereden Çıktı?“, *Radikal Zeitung*, 17.12.2004, S. 12.

³³⁹ Nach diesem Slogan wurde akzeptiert, dass „der Beitritt eines ökonomisch wenig entwickelten Landes in einen aus mehreren entwickelten Ländern zusammengesetzten gemeinsamen Europäischen Markt zu einer ungleichen Beziehung führen würde.“ Vgl. Insel, Ahmet (2005): S. 197; vgl. Manisalı, Erol: www.istanbul.edu.tr/iktisat/emanisali/Turkiye_AB/TurkiyeAvrupaBirligi.htm (25.02.2008). Als die wichtigsten Motive des EG-Skeptizismus der damaligen Türkei sind der Etatismus (das wirtschaftliche Prinzip des Kemalismus) bzw. der Protektionismus anzunehmen. Nach dem Militärputsch von 1980 wurde die Wirtschaft liberalisiert. Nach Insel sollten die tieferen Gründe für einen solchen Skeptizismus in erster Linie im türkischen Nationalismus gesucht werden. Vgl. Insel, Ahmet: a. a. O., S. 197.

³⁴⁰ Vgl. Insel, Ahmet (2005): S. 200.

den Bereichen von demokratischen Rechten und Freiheiten gesehene Desynchronisation der Türkei mit Europa rückgängig gemacht und die Resynchronisation ernsthaft vorangetrieben wurde.³⁴¹ Nach diesen Reformen wurde von EU-Politikern geäußert, die Türkei sei nun auf der Seite der EU.³⁴² Demnach hat Ecevit dadurch die EU-Hoffnungen in der Türkei genährt. Hinsichtlich der Beziehung Türkei – EU verwirklichte die CHP unter Baykal – zusammen mit der Partei des Rechten Weges (DYP) – ein wichtiges EU-Ziel der Türkei.³⁴³ In der Koalitionsregierung aus DYP und CHP war Baykal als Außenminister tätig. In dieser Periode wurde 1995 ein Vertrag zwischen der EU und der Türkei unterzeichnet und, darauf basierend, die gemeinsame Zollunion aufgebaut.³⁴⁴

Die mit Blick auf die türkische EU-Frage entscheidende EU-Position der CHP unter Baykal muss jedoch insbesondere für die Zeit nach 2005 betrachtet werden, da Baykal vor den Wahlen von 2007 mitteilte, dass die CHP nicht mehr die politischen Reformen der Türkei in Richtung des EU-Beitritts unterstütze.³⁴⁵ Hierfür wollte die CHP auch eine Koalition mit der nationalistischen MHP aufbauen.³⁴⁶

4.1.1.5 Die skeptische EU-Haltung der CHP

Im Parteiprogramm der CHP wird Folgendes deklariert:

„Die CHP hat von jeher die EU-Mitgliedschaft der Türkei unterstützt. Das Ziel der Türkei, ein Vollmitglied der EU zu werden, ist ein Projekt sozialen Wandels, das eine natürliche Fortführung der Revolution Mustafa Kemal Atatürks und seiner Vision der Modernisierung darstellt. Unsere Voraussetzung für unsere Beziehungen mit der EU ist: eine gleichwertige, die Gründungswerte unserer Republik beachtende, ehrenhafte Vollmitgliedschaft. Die CHP kann eine von dieser Voraussetzung abweichende Möglichkeit nicht akzeptieren.“³⁴⁷

³⁴¹ Vgl. Cem, İsmail (2005): S. 261 – 275. Siehe auch Karluk, Rıdvan: 2008 und Yetkin, Murat: 2002.

³⁴² Vgl. Bac-Müftüler, Meltem: (2005): S. 17 – 31, hier: S. 29.

³⁴³ Vgl. Plattner, Hans: Die Türkei. München 1999: S. 91 f.; vgl. Insel, Ahmet (2005): S. 198.

³⁴⁴ Siehe Unterkapitel 2.5.1.

³⁴⁵ Vgl. Kadritzke, Niels: Kopftücher, Generäle und türkische Demokratie, in: http://www.eurozine.com/articles/article_2007-12-19-kadritzke-de.html (19.12.2007).

³⁴⁶ Vgl. Dreano, Bernard: www.reseau-ipam.org/article.php3?id_article=1331 (11.05.2007).

³⁴⁷ CHP (2008): in: <http://www.chp.org.tr/Dosyalar.aspx?FileCatID=5>, S. 124 (11.11.2008).

Obwohl die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft der Türkei seitens der CHP zumeist als entscheidend betrachtet wird,³⁴⁸ ist zu konstatieren, dass sie seit 2004 auch EU-skeptische Neigungen entwickelt hat.³⁴⁹ Hier spielte zunächst die Zypernpolitik der EU und der AKP eine bedeutende Rolle: Die CHP kritisierte, die EU wollte die Anerkennung von Zypern durch die Türkei zur Beitrittsvoraussetzung machen, und sie kritisierte die AKP „wegen ihrer Unterstützung des UN-/Annan-Plans zur Lösung der Zypernfrage sowie wegen der Zusage gegenüber der EU, im Gegenzug zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei türkische Häfen und Flughäfen für zypriotische Schiffe und Flugzeuge zu öffnen.“³⁵⁰ Die CHP begann daher, die AKP zu beschuldigen, „zum Schaden der nationalen Interessen der Türkei jeder Forderung der EU und der USA nachzugehen.“³⁵¹

Gefragt werden soll, warum in der CHP, die in ihrer gesamten Geschichte in Bezug auf die türkischen Modernisierungsschritte die radikale Verfechterin der Westausrichtung war, EU-skeptische Tendenzen Oberhand gewannen: Im Parlamentswahlkampf von 2002 versprach sie sogar den Beitritt zur EU. Nach dem Sieg der AKP verkündete die CHP dabei sofort, die AKP auf dem Weg zur EU ausdrücklich unterstützt zu haben. Bis auf die Erklärung des jährlichen Türkeiberichts der EU-Kommission am 06. Oktober 2004 unterstützte sie die EU-Politik der AKP überwiegend. Die Inhalte des Türkeiberichts der EU-Kommission und besonders die des Europäischen Rates am 17. Dezember 2004 getroffenen Beschlüsse zur Türkei-Frage wurden hingegen heftig kritisiert, da die EU der Türkei einerseits nicht die auf dem EU-Gipfel von 1999 in Helsinki vermeintlich versprochene Vollmitgliedschaft anbiete und andererseits von der Türkei die Erfüllung unakzeptabler Voraussetzungen fordere.³⁵² In Bezug auf das EU-

³⁴⁸ Interview des Autors mit Nur Serter in Hamburg, 2006, Interviewnummer 4.

³⁴⁹ Interview des Autors mit Hasan Bülent Kahraman in Istanbul, 2008, Interviewnummer 72; vgl. Dedeoğlu, Beril: 2003, S. 491; vgl. CHP (2005): AB Bülteni: AB'ye Tam Üyeliğe Evet, Özel Statüye Hayır [Parteipapier: Ja zur Vollmitgliedschaft, nein zur Privilegierten Partnerschaft], S. 1.

³⁵⁰ Vgl. Yılmaz, Hakan (2007): S. 217.

³⁵¹ Vgl. a. a. O., S. 226.

³⁵² Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaft, 2004 – Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel 06.10.2004/SEK (2004)/1201 und Fragen im Zusammenhang mit der möglichen Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union. Dieses Dokument befindet sich im Anhang des Kommissionsberichts 2004, in: <http://www.eu.int/> (25.02.2008); vgl. Baykal, Deniz: Cumhuriyet-Zeitung, 19. 12. 2004, S. 5; vgl. Baykal, Deniz (2005): S. 117 – 139, S. 200 – 235; Elekdağ, Şükrü (2005): S. 146 – 151 und Eymen, Onur (2005): S. 347 – 371, in: CHP: *AB'ye Tam Üyeliğe Evet, Özel Statüye Hayır*.

Verhalten der CHP nimmt Baykal diese Zeit als Wendepunkt an.³⁵³ Bei der Wandlung zur vorwiegend EU-skeptischen Partei sind einige Faktoren besonders wichtig. Zunächst sei ein internationaler Faktor genannt: Seit den am 11. September 2001 erfolgten Attacken gegen die USA wird in der türkischen Öffentlichkeit (und meistens von türkischen EU-Gegnern) die These diskutiert, die Amerikaner hätten seitdem ein Projekt, das sogenannte Projekt des „Großen Mittleren Ostens“³⁵⁴ (Büyük Ortadoğu Projesi, BOP), konzeptualisiert. Danach beabsichtigten die Amerikaner mittels der Demokratisierung islamischer Staaten, die Grenzen im Nahen Osten (inklusive der Türkei) zu ändern und so neue „Satelliten-Staaten“ zu schaffen. Die Furcht, die Türkei werde gespalten – welche einen der wichtigsten Hintergründe für die EU-skeptischen und -gegnerischen Neigungen in der Türkei darstellt –, wurde durch die Wahrnehmung des BOP verstärkt. Hier wird der EU vorgeworfen, sie suche im Namen der demokratischen Beitrittsvoraussetzungen die Türkei gegenüber ihren möglichen inneren und äußeren Feinden zu schwächen und unterstütze damit das amerikanische Projekt.³⁵⁵ Bezüglich des sogenannten BOP werden durch die CHP zwei Probleme für die Türkei hervorgehoben: die Änderung der Grenzen und die Islamisierung der Türkei.³⁵⁶ Dies beeinflusst das EU-Verhalten der CHP beträchtlich. Dazu kommt ferner die durch die CHP seitens der EU erwartete, aber nicht empfundene Unterstützung ins Spiel: Bis 2005 hatten die Entscheidungsträger der CHP aufgrund der wahrgenommenen positiven Begleitungen der Türkei auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft durch die Politiker Gerhard Schröder, Bundeskanzler von Deutschland, und Jacques Chirac, Präsident der Französischen Republik, keine großen Bedenken. Die Türkei habe die im Sinne des BOP gestellte Anfrage von Amerikanern um militärische Hilfe im Irakkrieg 2003 auf Initiative der CHP hin – entsprechend der deutschen und französischen Irak-Politik – abgelehnt. Hingegen seien seit 2005 die den Türkei-Beitritt ablehnenden Betrachtungen auf EU-Ebene dominanter geworden, und die Türkei sei durch die EU-Länder, besonders Frankreich und Deutschland, nicht genügend unterstützt worden.³⁵⁷ Überdies ist die programmatische Änderung der CHP zu

³⁵³ Vgl. Baykal, Deniz (2005): Ansprachen des Parteivorsitzenden der CHP bezüglich des Entscheids des Europäischen Rates am 17. Dezember 2004 und die weiteren Entwicklungen nach diesem Datum in der Generalversammlung der Partei, 25 Mai 2005, in: CHP: a. a. O., S. 7 und S. 268 – 273.

³⁵⁴ Vgl. Wolff, Sarah: Das As im Ärmel der Europäer, Übersetzung: Nora Schreiber, in: <http://www.cafebabel.de/article/12005/das-as-im-armel-der-europaer.html> (28.06.2004). Siehe auch: Kaynak, Mahir: Das Projekt Großer Mittlerer Osten, Istanbul, 2005.

³⁵⁵ Vgl. Bulut, Arslan (2005): Küresel Haçlı Seferi. Bir Millet Uyanıyor 5, S. 101 – 160.

³⁵⁶ Vgl. CHP (2008): in: <http://www.chp.org.tr/Files/chpprogram.pdf>, S. 127 – 135 (11.11.2008).

³⁵⁷ Interview des Autors mit Mehmet Hadimi Yakupoğlu und Mert Ünlü, in Ankara, 2008, Interviewnummer 84.

veranschaulichen: Unter der Führung Baykals wendet die CHP sich immer mehr von der Linken ab und steht dem rechten Lager näher als früher, wie es im Umgang mit den Fragen der „Beleidigung des Türkentums“ und nicht-muslimischen Minderheitenrechte sichtbar ist. „Der nationalistische Konservatismus“ ist das gemeinsame Hauptmotiv der EU-skeptischen Positionierungen in der Türkei, und darin sei auch die CHP eingeschlossen.³⁵⁸ Diese Haltung der CHP wird seitens der EU dahingehend kritisiert, dass bei der CHP der Einsatz für Gewerkschaftsrechte, demokratischen Ausgleich mit den Minderheiten, Meinungsfreiheit und Mitbestimmung fehle. Des Weiteren erklärte Baykal, er lehne die Abschaffung des bekannten § 301 des türkischen Strafgesetzbuches ab.³⁵⁹ Auf dessen Grundlage wurden zahlreiche Schriftsteller, u. a. der Nobelpreisträger Orhan Pamuk und der 2007 ermordete türkisch-armenische Journalist Hrant Dink, vor Gericht gebracht.³⁶⁰ In den öffentlichen Diskussionen von 2006 und 2008 über diesen illiberalen Artikel lehnte die CHP jegliche Änderungen am Wortlaut des Artikels unter Berufung auf den Schutz der Ehre und der Würde der türkischen Nation ab. In diesem Zusammenhang lobte Baykal (Ende 2006) die nationalistische MHP infolge ihrer beharrlichen Verteidigung der nationalen Werte gegenüber der AKP. Hinsichtlich der Veränderung der EU-Position der CHP äußerte sich Jan Marinus Wiersma, der Vizepräsident der Sozialdemokratischen Partei Europas, im Mai 2007 dahingehend, die CHP sei zwar Mitglied der Sozialistischen Internationalen, vertrete aber in ihrer realen Politik keinen Sozialismus. Nach Wiersma fehle ebenfalls eine Politik für die Beziehung zwischen der zivilen Gesellschaft und dem Militär sowie für Reformen, die das Land nach außen öffnen.³⁶¹ Von EU-Seite wird auch die Herangehensweise der CHP an die Präsidentschaftswahlen 2007 kritisiert.³⁶² Die CHP war entschieden dagegen, dass ein Politiker wie Abdullah Gül, der mit einer Kopftuch tragenden Frau verheiratet ist, in den Çankaya einzog und damit

³⁵⁸ Vgl. Yılmaz, Hakan (2007): In: Gabriele Clemens (Hg.): Die Türkei und Europa, S. 216.

³⁵⁹ Siehe Unterkapitel 4.1.2.5, Anm. 499.

³⁶⁰ Vgl. Spiegel: Verfassungsgericht eröffnet Verbotsverfahren gegen AKP, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,544492,00.html> (31.03.2008).

³⁶¹ Vgl. Wiersma, Jan Marinus: zit. nach Today's Zaman, in: <http://www.zaman.com.tr/haber.do?haberno=519810> (28.03.2007). Während die AKP das Kopftuchverbot an den Universitäten abschaffen will, lehnt Baykal dies ab, da solche Aktivitäten die grundlegenden Merkmale der Republik wie den Säkularismus zerstören, daher sollte das Verbot in öffentlichen Bereichen weiterhin gelten.

³⁶² Vgl. Robins, Philip: Turkish foreign policy since 2002: between a 'post-Islamist' government and a Kemalist state. In: *International Affairs* 83: 1, 2007: S. 289 – 304; vgl. Turan, Ilter: Unstable stability: Turkish politics at the crossroads? in: *International Affairs* 83: 2, 2007: S. 319 – 338 und vgl. Shankland, David: Islam and politics in Turkey: the 2007 presidential elections and beyond, in: *International Affairs* 83: 2, 2007, S. 357 – 371.

als Staatspräsident die bedeutendste Position in der Republik einnahm, da hierdurch das Laizismusprinzip in Gefahr sei. Zur Verhinderung der Wahl Güls unterstützte die CHP auch eine entsprechende, über die Internetseite des Militärs veröffentlichte Erklärung des türkischen Generalstabs vom 27. April 2007.³⁶³ Hierzu erklärte Andrew Duff, liberaler Abgeordneter des Europäischen Parlaments, die CHP vermittele mit solchen „im Europa als illiberal angenommenen“ Reaktionen den Eindruck, eine opportunistische Partei zu sein; ihr Einsatz für die EU-Reformen sei vage.³⁶⁴ Dazu wurde von Joost Lagendijk, dem Co-Präsidenten der Parlamentskommission EU-Türkei und Mitglied der Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament, Folgendes unterstrichen: „[D]ie CHP ist keine linke Partei mehr, sie erscheint als nationalistische Partei, aus diesem Grund konkurriert sie mit der MHP.“ Er behauptete, die CHP sei eine Bremse für die EU-Reformen der Türkei geworden.³⁶⁵

Die skeptische Haltung der CHP bezüglich der türkischen EU-Mitgliedschaftsperspektive bzw. der -reformen ist treffend als eine „Ja, aber“-Haltung zu beschreiben. Inzwischen ist es in der Türkei sehr verbreitet, diese Position durch Zusammenfügung der Wörter „Ja“ und „Nein“ als „Jein“-Haltung zu charakterisieren. Die „Mitte-Links-Version“ dieser Haltung wird allen voran von der CHP vertreten.³⁶⁶ Zwar befürwortet sie prinzipiell eine Türkei-Mitgliedschaft in der EU, „lehnt aber die von der EU an die Türkei gestellten Bedingungen für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen als ‚Einmischung in die inneren Angelegenheiten‘ bzw. als Souveränitätsverlust ab.“³⁶⁷ Die Türkei ist laut CHP-Leitung selbst imstande, die Modernisierungs- und Europäisierungsbedingungen ausreichend zu kalkulieren. Der Kern dieser Position liegt in der Definitionsmacht darüber, was ausreichend ist. Die Kritik Baykals an der AKP mit der Verabschiedung einer ganzen Reihe von EU-Harmonisierungspaketen nach dem Motto, die Regierung tue „mehr, als die EU es verlangt“, zeigt die aufseiten der CHP vorhandene Vorstellung von der Transformation der Türkei. Außerdem verhält sich die CHP gegenüber den in den Fortschrittsberichten exemplarisch genannten Menschenrechtsverletzungen ähnlich widersprüchlich, wobei sie diese grundsätzlich nicht

³⁶³ Vgl. Kadritzke, Niels: http://www.eurozine.com/articles/article_2007-12-19-kadritzke-de.html (19.12.2007).

³⁶⁴ Vgl. Duff, Andrew: zit. nach Todayszaman, a. a. O.

³⁶⁵ Vgl. Lagendijk, Joost: zit. nach Todayszaman, a. a. O.

³⁶⁶ Die „Jein-Haltung“ der CHP herrscht in den von der linken Intelligenz dominierten Berufsverbänden wie der Kammer der Architekten und Ingenieure vor, die auch die CHP wählen. Gleiches gilt für die Gewerkschaften des öffentlichen Sektors, die wie die CHP die Privatisierungs- und Entstaatlichungsprogramme des IWF und die Liberalismuspolitik der EU kritisieren. Demgegenüber unterstützen sie eine EU-Mitgliedschaft dann klarer, wenn es um die Politik eines „sozialen Europas“, wie Ausbildungsaktionen und Gesundheitsleistungen, geht.

³⁶⁷ Vgl. Insel, Ahmet (2005): S. 208.

verleugnet, aber als nicht repräsentative Einzelfälle betrachtet. Damit taucht die Frage auf, weshalb die CHP nicht gleich als EU-Gegnerin gilt: Auf der einen Seite strebt sie tatsächlich an, die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas im Hinblick auf den Türkeibeitritt zu überzeugen. Auf der anderen Seite unternimmt sie keine signifikante EU-Aktion, um mit dem Reformtempo der AKP zu konkurrieren. Stattdessen begnügt sie sich damit, den Demokratisierungspaketen im Parlament zuzustimmen, manche von diesen gar als zu weitreichend zu kritisieren oder auch – wie im Fall des neuen Stiftungsgesetzes – dagegen zu klagen.³⁶⁸ Der Grund dieser halbherzigen EU-Anhängerschaft ist die aus dem Nationalismus stammende Besorgnis über einen potenziellen Souveränitätsverlust oder -transfer von Ankara nach Brüssel, wie dies für die Mehrheit der türkischen Linken charakteristisch ist.

Außerdem stellt die CHP alle inneren Widersprüche der offiziellen Staatsideologie der Türkei – des Nationalismus Atatürks – dar, da sie sich als deren Verteidigerin sieht. Nach der Ansicht des linksliberalen Politikwissenschaftlers Insel ist der dem Kemalismus innewohnende Widerspruch etwa wie folgt zu definieren: „[e]inerseits ein starkes Verlangen danach, der westlichen Familie anzugehören, andererseits aber auch der Wunsch, den urewigen, mit nahezu grenzenloser Dominanz über die Gesellschaft ausgestatteten Status des Staats um keinen Preis zu schädigen und ihn fortwährend, auch unter neuen Umständen, zu reproduzieren.“³⁶⁹ Diese Auffassungen werden auch von den meisten Spitzenpolitikern der CHP und der Streitkräfte geteilt, so Insel. Wenn man nach den Ursachen für die Tatsache sucht, dass die EU von einem erheblichen Teil der türkischen Linken bzw. der CHP-Wähler nicht (völlig) zurückgewiesen wird, sind besonders folgende drei Faktoren zu erwähnen: Erstens ist die Westausrichtung als Gründungsideologie der Türkei auch im Unterbewusstsein der Linken stark verwurzelt. Hier erklärt Insel, dass „die Linke zum überwiegenden Teil der Mittelklasse angehört. Das Wohlstandsverständnis und das Bündel an individuellen Freiheiten, die sie sich zu eigen macht, sind westlicher Provenienz. Ähnlich wie auch bei den autoritären Modernisierern ist auch sie einerseits Anhänger der Westernisierung, andererseits der nationalen Unabhängigkeit.“³⁷⁰ Zweitens handelt sich um „die bei den breiten Volks-

³⁶⁸ Die CHP hat eine Verfassungsklage gegen das neue Stiftungsgesetz eingereicht, das die Eigentumsrechte der christlichen Minderheiten stärkt. Eine Motivation der CHP war dabei auch, dass die EU mit der AKP so eng zusammengearbeitet habe. Die AKP hatte das Gesetz im Februar 2008 mit knapper Mehrheit gegen die Stimmen der CHP und der MHP durchgesetzt. Siehe Unterkapitel 4.3.5.1.

³⁶⁹ Vgl. Insel, Ahmet (2005): S. 208 – 209.

³⁷⁰ Ebd., S. 209.

schichten historisch gewachsene Formierung der an europäischen Vorbildern anknüpfenden Vorstellung von einer besseren Zukunft. Seit etwa einem Jahrhundert assoziieren diese unteren Klassen mit Europa ein mythologisches Bild von einem besseren Leben – dem Entkommen aus der Armut, der Steigerung der Konsummöglichkeiten und dem Leben in einer freieren Gesellschaft. Dabei spricht man von einer Vorstellung von einem ‚Europa des Volkes.‘³⁷¹ Der dritte Faktor ist in gewisser Weise mit einer Wirkung vergleichbar, unter der auch die islamische Bewegung – von der RP von Erbakan zur AKP von Erdoğan – steht. Die Linke, die in den 70er Jahren die E(W)G wegen deren vorgeblicher Strategie „Europa ist Gesellschafter und die Türkei der Markt“ ablehnte, hat nach dem Militärputsch von 1980 starke Repressionen erfahren,³⁷² die durch die EG kritisiert wurden. Angesichts dieser heftigen EG-Kritik an der Beschränkung der Meinungsfreiheit durch das Militär lobt(e) ein bedeutsamer Teil der CHP-Linken die EU-Perspektive der Türkei.

Bei der EU-skeptischen Position der CHP darf ebenfalls die starke Pro-EU-Haltung der AKP nicht vergessen werden.³⁷³ Nachdem die AKP 2002 an die Macht gekommen war, gab sie ausdrücklich bekannt, dass sie nicht mehr islamistisch handle und „EU-enthusiastisch“ geworden sei.³⁷⁴ Die AKP-Führung ist der Auffassung, dass sich im EU-Integrationsprozess der Türkei eine demokratische bzw. sichere Ordnung in der Türkei etablieren ließe, in der Freiheiten auch für die Muslime gelten sollen – z. B. können Frauen mit Kopftuch zur Universität gehen.³⁷⁵ Die AKP strebt(e) an, zwischen den staatlichen Institutionen bzw. der Ideologie der Republik und dem gemäßigten Islam einen Konsens zu schaffen, wobei die definierten politischen Normen der Türkei mit der Integration bzw. Harmonisierung mancher

³⁷¹ Ebd.

³⁷² Vgl. Belge, Murat: Türkiye’nin Halleri [Die Fälle der Türkei] 2003: S. 110 – 131. „Teile der Linken lernten in dieser Periode der Diktatur das europäische Menschenrecht kennen und schätzen. Allmählich setzte sich innerhalb der Linken die Auffassung durch, dass Europa nicht ein rein wirtschaftliches Projekt ist, das auf die Schaffung eines gemeinsamen Marktes abziele, sondern zugleich auch ein soziales und rechtliches Zivilisationsmodell darstelle.“ Vgl. Insel, Ahmet (2005): S. 198.

³⁷³ Vgl. Schönbohm, Wulf: Die EU braucht die Türkei, in: http://www.welt.de/welt_print/article1236231/Die_EU_braucht_die_Tuerkei.html (27.02.2008).

³⁷⁴ Siehe Unterkapitel 4.1.3. „Während die am Islam orientierten politischen Kräfte bis dahin die Kopenhagener Kriterien pauschal als irrelevant disqualifizierten (und dabei die Demokratie als ‚Dämonkratie‘ und die EU als einen „Christlichen Club“ definierten) und die Gründungsidee einer Islamischen Union gegen die EU ins Feld führten, vollzog sich nun in bedeutend großen Parteikreis ein seriöses ‚Aggiornamento‘ [Anpassung an heutige Verhältnisse, I. E.]“ Vgl. Insel, Ahmet (2005): S. 199 – 200.

³⁷⁵ Vgl. Seufert, Günter: Reaktionen auf das EU-Außenministertreffen zur Türkei. Kein Vertrauen in Europa, in: http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-297/_nr-50/i.html (27.02.2008).

Symbole des politischen Islam (z. B. das Kopftuch) ausgedehnt würden.³⁷⁶ Laut der CHP würde dies die AKP am besten durch die EU-Reformen erreichen. Ebenfalls würden so die Eliten des gemäßigten Islam am Regime beteiligt. Die AKP vollzog vor dem Brüsseler EU-Gipfel (16. – 17. Dezember) 2004 einige wichtige Verfassungs- und allgemeinrechtliche Änderungen, u. a. die Verringerung der politischen Macht der Armee (TSK), die weitere Demokratisierung der entscheidenden staatlichen Organe wie des Nationalen Sicherheitsrates (MGK), des Mitglieds des Hohen Bildungsrates (YÖK) und des Hohen Rundfunk- und Fernsehates (RTÜK). Ein anderer bedeutender Grund dieser starken EU-orientierten AKP-Haltung ist, dass sie als eine Partei innerhalb des bestehenden republikanischen Regimes, d. h. als eine Partei im System, anerkannt werden möchte. Wie die CHP sind auch die laizistischen Eliten der Republik und grundsätzliche Institutionen, die die Tendenzen der CHP vertreten, vorsichtig bei der Veränderung der AKP als eines „echten“ Wandels zu einer „normalen Partei des türkischen Regimes.“³⁷⁷ Zusätzlich seien die Europäisierungsmaßnahmen der AKP von 2002 bis 2005 für sie nicht glaubwürdig und das Ziel der EU-Haltung der AKP nicht klar. Im Laufe der Zeit wurde (wird) die AKP beschuldigt, „hinter ihrer pro-europäischen Maske ein verstecktes islamistisches Programm zu verfolgen. So haben die Führer der CHP behauptet, dass die AKP die EU-bezogenen demokratischen Reformen dazu missbraucht habe, militärische und andere Kräfte des säkularistischen Establishment zu ‚schwächen‘, um den Boden für ihr letztendliches Ziel, nämlich die Beseitigung der säkularen Ordnung und die Islamisierung des türkischen Staates und der türkischen Gesellschaft, zu bereiten.“³⁷⁸ Die CHP konnte (und kann) nicht nachvollziehen, wie eine Partei – die AKP –, die das Laizismusprinzip der Demokratie nicht völlig verinnerlicht habe, eine EU-Mitgliedschaft akzeptieren könne, bei der die Trennung von Staat und Kirche als eines der grundlegenden Merkmale der europäischen Staaten gelte.³⁷⁹ Als Resultat dieser Behauptungen und Ängste

³⁷⁶ Vgl. Dağı, İhsan: Turkey: Islamic Secularism or Secular Islam?, in: www.cceia.org/resources/transcripts/849.html (27.02.2008).

³⁷⁷ Vgl. Ecevit, Bülent: Cumhuriyet mecrasından çıkıyor [Ecevit: Die Republik weicht von ihrer Bahn ab], in: <http://www.milliyet.com.tr/ecevit--cumhuriyet-mecrasindan-cikiyor/fikretbila/siyaset/yazardetayarsiv/25.-08.2010/40299/default.htm> (28.07.2004)

³⁷⁸ Vgl. Yılmaz, Hakan (2007): S. 217.

³⁷⁹ Bei seinem Türkei-Besuch am 11.04.2008 erläuterte José Manuel Barroso, der Präsident der Europäischen Kommission, dass die EU sich eine laizistische Türkei wünsche, doch dieser Laizismus „demokratisch sein“ müsse: „Man kann in einem laizistischen Land nicht so tun, als ob es keine Religion gebe.“ Auch wenn man den Laizismus als eine Bedingung und eine Garantie der Demokratie betrachtete, so sollte die EU gegenüber Vorstößen gegen Laizismus in der Türkei sensibler vorgehen, und wenn die EU die Türkei als eine starke

tendiert(e) die CHP teils dazu, EU-skeptisch, teils EU-gegnerisch zu sein, auch weil sich die EU in diesem Beitrittsprozess mehr mit der AKP solidarisierte³⁸⁰ und weil die zentralen Staatsapparate und bedeutendsten Prinzipien der Republik, wie der Nationalismus und Laizismus, durch die von der CHP-Parteiführung als „zu liberal“ eingeschätzten EU-Reformen gefährdet worden seien. Es ist zu konstatieren, dass die starke Pro-EU-Haltung bzw. entsprechende Reformierungsaktivitäten der AKP zwischen 2002 und 2005 sowohl zur Stärkung der AKP unter der gesamten Wählerschaft (bei den Wahlen von 2007 von zuvor 34 % auf 47 %) als auch zur materiellen und machbezogenen Schwächung der AKP- bzw. EU-gegnerischen Elite und somit zur Verhinderung eines CHP-Wahlsiegs bei den Wahlen von 2007 führten. Die CHP wurde zunehmend EU-skeptisch, nachdem „die AKP die EU-Flagge übernommen hatte und Meinungsumfragen deutlich machten, dass die CHP keine Chance besaß, die nächsten Wahlen [die von 2007, I. E.] zu gewinnen.“³⁸¹ Bei der EU-skeptischen Positionierung der CHP ist daher die Existenz der CHP als Oppositionspartei seit 2002 zu berücksichtigen. Ein ähnlicher Zusammenhang zwischen dem EU-Skeptizismus einer Partei und ihrer Rolle als Oppositionspartei wurde von Sitter dargestellt.³⁸²

Es stellt sich folgende Frage: Konnte (und kann) die CHP mithilfe ihres hohen Anteils an EU-Unterstützern 2002 und 2003 als eine echte Partei der Veränderungen der Türkei durch die EU-Reformen agieren,³⁸³ obwohl ihr das Image einer „Staatspartei“ anhaftet? In ihrer Geschichte hat die CHP die Auseinandersetzungen wie „Europäisierung vs. Nationalismus“, „Europäisierung vs. Laizismus“ und „Modernismus vs. Demokratisierung“ unmittelbar erlebt, die aus der als Fundament angesehenen Ideologie der CHP, dem Kemalismus, stammen.

Alternative gegen „fundamentalistische Tendenzen“ betrachte, so sollte sie nicht vergessen, dass sie dies ihrem laizistischen Charakter zu bedanken habe. vgl. <http://www.tagesanzeiger.ch/dyn/news/ausland/860093.html> (11.04.2008).

³⁸⁰ Am 31. März 2008 eröffnete das türkische Verfassungsgericht ein Verbotsverfahren gegen die AKP (siehe Unterkapitel 4.1.3.5). Es ist als Höhepunkt des Machtkampfes zwischen der religiös geprägten AKP und den alten kemalistischen Eliten einzuschätzen. In diesem Sinne kamen auch aus Brüssel Kommentare bzw. Kritik, wonach ein „Verbot“ der Regierungspartei den EU-Beitrittsprozess der Türkei gefährden würde. Bei ihrem Besuch im April 2008 kritisierten Barroso und Olli Rehn, der ehemalige EU-Erweiterungskommissar, dieses Verfahren. Demgegenüber warf die Oppositionszeitung Cumhuriyet, die auch die CHP unterstützt, der EU vor, mit „Drohungen“ zu agieren und Druck auf die türkische Justiz auszuüben. Vgl. Cumhuriyet, (09.04.2008), S. 1.

³⁸¹ Vgl. Yılmaz, Hakan: Ebd.

³⁸² Vgl. Sitter, Nick: The Politics of Opposition and European Integration in Scandinavia. In: West European Politics 24, 2001: S. 22 – 39.

³⁸³ A&G Araştırma: AB'ye Üyelik Anketi, in: <http://www.agarastirma.com.tr/pdf/abye-uyelik-anketi.pdf> (10.9.2008).

Hinsichtlich der Debatte von „Europäisierung vs. Nationalismus“ solle laut der CHP die Türkei ihr einheitliches Staats- und Nationsverständnis ständig bewahren, während sie auch auf dem Weg zur EU voranschreite. In diesem Zusammenhang bestehe für die Türkei eine Gefahr: der kurdische Separatismus, der durch die PKK drohe. Bezüglich der Debatte um „Europäisierung vs. Laizismus“ solle die Türkei das Säkularismusprinzip gegenüber dem islamistischen Fundamentalismus streng beibehalten. Gemäß diesen beiden Streitpunkten innerhalb der CHP könne sich die Türkei nur dann weiter demokratisieren bzw. europäisieren, wenn bezüglich beider potenzieller Gefahren für das Regime eine Sicherheit herrsche bzw. wenn der kurdische Nationalismus/Separatismus und der fundamentale und/oder gemäßigte Islamismus marginalisiert wären. In letzterem Sinne sei die Türkei selbstverständlich säkular und werde auch säkular bleiben („Türkiye laiktir, laik kalacak“), allerdings solle das Militär dafür als Garant angenommen werden.³⁸⁴ Infolge des „angeblich lieblichen Demokratisierungsspiels“ dürfe die Türkei in beiden heiklen Bereichen nichts riskieren, sonst verliere sie ihre Einheit, indem sie in ethnische und religiöse Richtungen aufgespalten würde, was somit die gesamte Ordnung zerstöre. Als Resultat beider Debatten eignet(e) sich die CHP im EU-Integrationsprozess überwiegend eine reaktionäre und verschwörerische Sprache an. Da die EU-Reformen durch eine „islamistische Partei“, die AKP, formuliert wurden (werden), hat(te) sie Angst, dass die EU-Kriterien für die Erledigung ihrer „geheimen Agenda“, der Islamisierung der Türkei, ausgenutzt würden.³⁸⁵ Also stelle – direkt oder indirekt – jede Unterstützung für die jeweilige EU-Reform bzw. jeder Demokratisierungsschritt einen Beitrag zum „Projekt“ der AKP dar. Dadurch herrscht(e) innerhalb der CHP die Angst gegenüber der Verwirklichung des Scharia bzw. Zerschlagung des Laizismus als der bestimmende Charakter vor.³⁸⁶ Jede Veränderung gemäß den EU-Forderungen sei als Beeinträchtigung der festgehaltenen Prinzipien der Republik zu beurteilen. Diese EU-Position der CHP ist gerade in den Jahren von 2007 und 2008 zu beobachten. Hinzuzufügen ist, dass sich in den dargestellten drei Auseinandersetzungen unter den Parteianhängern nicht nur nationalistisch-konservative, sondern auch linksliberal orientierte Neigungen entwickelt haben. Die Letztgenannten sind der Ansicht, dass die Türkei auf ihren tatsächlich

³⁸⁴ Vgl. Umfrage der Zeitung Cumhuriyet vom 6. April 2007, S. 4; vgl. Umfragewerte der Wirtschaftskammer von Ankara von 2001, in: http://www.radikal.com.tr/haber.php?habe_rno=10975 (20.08.2007).

³⁸⁵ Vgl. Erdem, Tarhan: Yüzde 30 seriat tehlikesinden çekiniyor [30 Prozent zögern wegen der Bedrohung durch die islamische Ordnung (Scharia)], in: Milliyet vom 26. August 2007, S. 14.

³⁸⁶ Vgl. Sezer, Esra: Das türkische Militär und der EU-Beitritt der Türkei, in: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/43/Beilage/005.html> (10.03.2008).

problematischen Feldern – ethnischer Separatismus und religiöser Extremismus – eine Demokratisierung bzw. Europäisierung schaffen könne bzw. solle, wobei die EU-Mitgliedschaftsperspektive der Türkei als Anker helfen könne.³⁸⁷ Also tendiert das links-liberale Spektrum innerhalb der CHP zur „Veränderung“ bzw. Transformation der türkischen Demokratie und nicht zur Bewahrung des „Status quo“. Demnach sollte es der Türkei gelingen, in ihrem Regime beiden (Kurden und gemäßigten Muslime) Platz zu gewähren. Aber das Handikap vonseiten der CHP ist das Zusammenfallen der AKP-Regierung mit dem EU-Integrationsprozess der Türkei. Als Folge dominier(t)en die zuvor erläuterten Ängste über die Hoffnungen innerhalb der CHP, weshalb sie nicht als Veränderungs- bzw. Reformierungspartei funktionieren konnte. Darüber hinaus kamen mögliche exogene Determinanten der türkischen EU-Mitgliedschaft bzw. das Verhalten der EU-Seite gegenüber der Türkei ins Spiel,³⁸⁸ wobei die EU-Haltung der CHP durch folgende Faktoren besonders negativ beeinflusst worden ist: die „besonderen“ Eigenheiten des EU-Verhandlungsrahmens gegenüber der Türkei, die „als zusätzliche, nicht technische, sondern politische und nur für die Türkei geltenden Merkmale wahrgenommenen“ Beitrittsbedingungen und eine durch große Vorbehalte gegen die Türkei geprägte Politik einiger EU-Länder (z. B. die Annäherung in Form der „Privilegierten Partnerschaft“ anstelle der Vollmitgliedschaft). All dies wandelt(e) die CHP von einer „EU-enthusiastischen“ zu einer EU-skeptischen Partei, wobei der islamistische Fundamentalismus, der kurdische Separatismus und der europäische Imperialismus³⁸⁹ in ein und derselben Feindbild-Konstruktion verschmolzen werden.

Einen wichtigen Grund für die EU-skeptischen Neigungen der CHP fasst der linksorientierte Journalist Can Dündar folgenderweise zusammen:

„Der ‚heutige‘ Westen ist von dem Westen, an den sich Atatürk angliedern wollte, ziemlich weit entfernt. Der ‚damalige‘ Westen war ein Zivilisationsprojekt. Er bedeutete Menschenrechte, das Recht auf freie Meinungsäußerung, Organisationsfreiheit, Pressefreiheit, wissenschaftliches Denken und Geschlechtergleichheit und dass sich die Religion von der Politik fernhält und im

³⁸⁷ Vgl. Tocci, Natalie (2005): *Europeanization in Turkey: Trigger or Anchor for Reform?*, S. 73 – 83.

³⁸⁸ Dieses Verhalten wird im Kapitel 4.2 behandelt.

³⁸⁹ Die EU-Mitgliedschaft wird von einigen linksorientierten Gruppen als „Imperialismus“ gesehen: „Ausgehend von der Feststellung, dass die EU ein Macht- und Regulationszentrum innerhalb des globalen Kapitalismus sei, wird behauptet, dass die Positionierung der Türkei an der Seite dieser Macht einer Kapitulation vor dem Neoliberalismus gleichkäme. Dementsprechend glaubt man, dass die Anpassung an den *acquis communautaire* den Abbau des ohnehin nicht gerade ausgeprägten türkischen Sozialstaats beschleunigen werde.“ Vgl. Insel, Ahmet (2005): S. 209. Von diesem Gedanken sind auch manche CHP-Wähler beeinflusst.

Gewissen der Menschen weiterlebt. Er bedeutete weiterhin eine Kultur des Zusammenlebens, in der man andere toleriert. Ist der heutige Westen immer noch dieser Westen? Wenn man die Ausländerfeindlichkeit, die sich nach dem 11. September verstärkte, den wiederauferstandenen Rassismus, die Intoleranz gegen den, der anders ist und die christliche Identität anschaut, dann ist er das nicht mehr. Wir können das mit einem Satz ausdrücken, den die Westler nicht mögen: Der Westen hat sich dem Osten zugewandt. [...] Das, was getan werden muss, ist dafür zu sorgen, dass sowohl im Osten als auch im Westen die Werte der Zivilisation vertreten werden sollen.“³⁹⁰

In ähnlicher Weise kritisiert auch die Politikwissenschaftlerin Nuray Mert die Seite der EU:

„Der Inhalt vieler Bewertungen in den EU-Ländern bezüglich der derzeitigen Türkei-Politik ist wie folgt: ‚Die Islamisten oder Konservativen, die an der Macht sind, und die Laizisten liegen in einem starken Streit untereinander. Da die Laizisten es bemerkt haben, dass sie ihre Macht verloren und keine Chance mehr haben, durch Wahlen wieder an die Macht zu gelangen, versuchen sie durch das Militär und/oder durch die Gerichtsbarkeit den Islamisten den Weg abzuschneiden.‘ War der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, der damals das Urteil für die Schließung der RP (Wohlfahrtspartei) bestätigte und die Klage von Leyla Şahin abwies, deren Recht auf Bildung wegen des Kopftuches behindert wurde, ein Teil der Pläne, die die Gerichtsbarkeit als Werkzeug dazu nutzen wollten, den Islamisten in der Türkei den Weg abzuschneiden? [...] Außerdem wurde z. B. der Putsch vom 12. September 1980 von einem Teil des Kreises, der heute an der Macht ist, unterstützt. [...] Der Umstand, dass der Begriff der Sicherheit als Kampf gegen den Kommunismus definiert wird und die Putsche vorrangig das Ziel haben, die linke Politik niederzudrücken, ist in diesem Rahmen zu verstehen. Keine Bewertung, die für die Erklärung des heutigen Zustandes die Veränderung des globalen Systems und das Opfern des ‚laizistischen Kreises‘ für diese Änderung nicht berücksichtigt, kann zum Verständnis der Geschehnisse in der Türkei beitragen. Dieser letzte Punkt ist ein Thema, das die westlichen Medien

³⁹⁰ Vgl. Dündar, Can: Doğu’nun başladığı yer, in: <http://www.milliyet.com.tr%2Fdogu-nun-basladigi-yer%2Fcan-dundar%2Fguncel%2Fyazardetay%2F12.06.2010%2F1249932%2Fdefault.htm> (12.6.2010).

überhaupt nicht mögen; das mag auch der Grund für ihre merkwürdigen Türkei-Analysen sein.“³⁹¹

Es soll nun untersucht werden, wie der EU-Skeptizismus der CHP sich auf den EU-Beitrittsprozess der Türkei auswirkt. Da die Türkei die Beitrittsverhandlungen mit der EU 2005 begonnen hat, befindet sie sich zurzeit in der kritischsten Phase des Dialogs bezüglich der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft seit 1963. Eine entscheidende Frage, die – aus türkischer Perspektive – möglicherweise die Zukunft einer türkischen EU-Mitgliedschaft bestimmen wird, ist, wie die CHP sich in diesem Verhandlungsprozess verhält. Da die CHP die Gründerpartei des türkischen Staats ist, sieht sie sich als Hüterin der kemalistischen Ordnung und hält ihre fundamentalen Besonderheiten für unveränderbar. Darüber hinaus ist ein bedeutender Teil ihrer Wähler den staatlichen zentralen Institutionen (wie Justiz, Bürokratie und Militär) verbunden. Aus dem gleichen Grund hat sie ebenso Einfluss in den Medien und auf einige bedeutsame Nicht-Regierungsorganisationen. Folglich kann die CHP mithilfe der gerade erwähnten Machtzentren EU-skeptische bzw. -gegnerische Überlegungen in der Bevölkerung spürbar steigern und laizistische und kemalistisch-nationalistische Wahrnehmungen ins Zentrum der türkischen Öffentlichkeit rücken. Dies ist die psychologische Einflussmöglichkeit des EU-Skeptizismus der CHP, die sich z. B. in der Teilnahme/Mitorganisation an großen „Republik-Demonstrationen“ ausdrückt.³⁹² Als Folge einer solchen CHP-Politik war die Regierungspartei AKP vom Beginn der Beitrittsverhandlungen bis zum 22. Juli 2007 in eine Phase getreten, in der sie kein bedeutendes EU-Ziel bzw. keine bedeutende EU-Reform verwirklichen konnte, weil sie sonst aufgrund des erhöhten Nationalismus bzw. EU-Skeptizismus die an diesem Datum erfolgten Parlamentswahlen verloren hätte. Wie auch im Fall der Ermöglichung des Verkaufs von Grundstücken und Immobilien an Ausländer in der Türkei 2007 zu erkennen ist,³⁹³ versucht die EU-skeptische bzw. gegnerische CHP, eine erlassene EU-Reform dadurch zu verhindern, dass sie vor dem Verfassungsgericht klagt und eine Annullierung fordert, da die Zahl der CHP-Abgeordneten

³⁹¹ Vgl. Mert, Nuray: Batı gözüyle Türkiye’de olanlar, in: <http://www.hurriyet.com.tr/yazarlar/14107249.asp> (15.03.2010).

³⁹² Siehe Unterkapitel 4.1.3.5, Anm. 635.

³⁹³ Vgl. Milliyet: Anayasa Mahkemesi "yabancılar toprak satışını" iptal etti, in: <http://www.milliyet.com.tr/2007/04/11/son/sonsiy26.asp> (19.8.2010); vgl. Milli Gazete: Öldürücü tehlike Toprak satışı, in: <http://www.milligazete.com.tr/makale/oldurucu-tehlike-toprak-satisi-94408.htm> (19.8.2010) und vgl. Rumpf, Christian: http://www.tuerkei-recht.de/Neues_im_Immobilienrecht.pdf (19.8.2010).

(99 aus 550) zurzeit nicht ausreicht, um den Entscheidungsprozess im Parlament alleine zu beeinflussen. Die CHP wählte damit den juristischen Weg, um den EU-Prozess zu stören. Insgesamt betrachtet, kann die Türkei laut den meisten EU-Experten ohne die Unterstützung der CHP die den EU-Linien entsprechende strukturelle Transformation ihrer staatlichen Organe und politischen Kultur nicht im ausreichenden Maße leisten.³⁹⁴ Obwohl die AKP über die Mehrheit des Parlaments verfügt und somit die nötigen EU-Gesetze selber erlassen kann, verfügt die CHP damit über eine strategische Macht in der türkischen EU-Politik.

4.1.1.6 Die Zusammenfassung des EU-Skeptizismus der CHP

Die CHP ist die „sozialdemokratische Linkspartei“ der Türkei. Nach ihrer Grundhaltung ist die EU-Mitgliedschaft ein wichtiges Ziel. Dennoch handelt sie – besonders nach dem EU-Gipfel 2004, auf dem die Voraussetzungen für die Beitrittsverhandlungen der Türkei beschlossen wurden – EU-skeptisch.³⁹⁵ Diese Position gegenüber den EU-Reformen ist am besten als ein „Ja, aber“ zu charakterisieren. Bei der Wandlung von der EU-unterstützenden zur EU-skeptischen Position sind hauptsächlich folgende Punkte entscheidend:

- a) die exogenen Faktoren eines Türkeibeitritts bzw. die Reflexionen auf ein „Vertrauensproblem“ in den Beziehungen zwischen der EU und der Türkei;
- b) die Regulierung des türkischen EU-Beitrittsprozesses durch die (von der CHP als islamistisch angesehene) Regierungspartei AKP;
- c) die durch die USA definierte, neue „Modell-Rolle“ der Türkei in der islamischen Welt und das in diesem Licht von der CHP wahrgenommene Engagement der EU;³⁹⁶
- d) die innerparteiliche und programmatische Entwicklung der CHP, d. h. die Dominanz des nationalistisch-konservativen und „anti-imperialistischen“ Flügels über die ganze Partei durch die Parteileitung sowie
- e) das eigene politische Schicksal als Oppositionspartei seit 2002.

Um den EU-Skeptizismus der CHP historisch, demokratisch, sicherheitspolitisch und wirtschaftlich besser zu begreifen, sei nachfolgend die Geschichte der Türkischen Republik mit ihren grundlegenden Perioden³⁹⁷ nochmals zusammengefasst: i) 1923 bis heute: Modernisierung, ii) 1950 bis heute: Demokratisierung, iii) 1980 bis heute: Globalisierung und

³⁹⁴ Vgl. Kaleağası, Bahadır (2006): Avrupa Galaksisinde Türkiye Yıldızı, S. 462.

³⁹⁵ Vgl. Yılmaz, Hakan (2007): S. 226; vgl. CHP (2005): AB’ye Tam Üyelğe Evet, Özel Statüye Hayır, S. 7.

³⁹⁶ Siehe Unterkapitel 4.1.3.5, Seite 158 – 159.

³⁹⁷ Vgl. Mango, Andrew (2004): The Turks Today, S. 34-53.

iiii) 2000 bis heute: Europäisierung. Diese verschiedenen Perioden (Modernisierung + Demokratisierung + Globalisierung + Europäisierung) haben auch wechselseitigen Einfluss, der sich entscheidend auf das Verhalten der jeweiligen politischen Akteure auswirkt.³⁹⁸ Dementsprechend bestehen in der politischen Arena der Türkei in entsprechender Reihenfolge folgende gegensätzliche Achsen: i) „Zentrum – Peripherie“, ii) „rechts – links“, iii) „global – national“ und iv) „Kollektivität – Individualität“. Besonders seit 2000 erlebt die Türkei diese unterschiedlichen Perioden zusammen, wobei ihre Innen- und Außenpolitik miteinander im Zusammenhang stehen. In der Innenpolitik, bezüglich Demokratisierung, Sicherheit und wirtschaftlicher Entwicklung, sind neben den politischen Akteuren innerhalb der Türkei auch drei Außenakteure entscheidend – die EU, die USA und der IWF (Internationaler Währungsfonds): Die Türkei vertritt eine EU-Perspektive, die hinsichtlich der Demokratisierung einen enormen Effekt aufweist und mit ihren liberalen Maßstäben zu einer demokratischen Transformation des Landes führen kann. Hierbei handelt es sich in erster Linie um die strukturelle Transformation des staatszentrierten Systems bzw. der Beziehungen zwischen dem dominierenden Staat und der/den ihm untergeordneten Gesellschaft/Subjekten. Hinsichtlich der (sowohl internen als auch externen) Sicherheitswahrnehmung der türkischen Akteure zählt auch die (regional hauptsächlich: Nahost-)Politik der USA im Irak (und besonders im Nord-Irak), im Iran und in Syrien. Drittens werden die ökonomischen Relationen zwischen der Türkei und dem IWF von den jeweiligen politischen Akteuren unterschiedlich eingeschätzt. Demnach werden die politischen Debatten bzw. Positionen in der Türkei grundsätzlich erstens bezüglich der Türkei-EU-, zweitens der Türkei-USA- und drittens der Türkei-IWF-Beziehung und in gleicher Reihenfolge durch Demokratisierungs-, Sicherheits- und wirtschaftliche Entwicklungsfragen bestimmt: Einerseits betrachten die politischen Akteure in der Türkei diese wichtigen Themen im Hinblick auf die EU-Perspektive bzw. -Transformation der Türkei und agieren deshalb pro-europäisch sowie global und liberal. Seit 2002 wird diese Position mit ihrer bedeutsamen Leistung bezüglich der EU durch die AKP vertreten³⁹⁹ – trotz all ihrer Schwächen sowie des beständigen Auf und Ab. Andererseits gibt es eine nationalistische,⁴⁰⁰ staatszentrierte und zunächst

³⁹⁸ Vgl. Keyman, Fuat: Merkez sol ve Türkiye'nin değişimi, Radikal, 26.08.2007, S. 15.

³⁹⁹ Vgl. Keyman, Fuat: Artık CHP'yle olmaz, in: http://www.radikal.com.tr/ek_haber.php?ek=r2&haberno=4345 (06.02.2005); vgl. Yılmaz, Hakan (2007): S. 228.

⁴⁰⁰ Vgl. Özkırımlı, Umut: Milliyetçilik ve Türkiye-AB ilişkileri [Der Nationalismus und die Türkei-EU-Beziehungen], TESEV, 2008; vgl. Kaleağası, Bahadır: Demagogues in EU and Turkey are playing with fire, in: <http://www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=140283> (28.04.2008).

sicherheitsbasierte Neigung, die der EU, den USA, dem IWF und der Globalisierung entgegen- oder zumindest skeptisch gegenübersteht, wonach die Sicherheitsfrage wichtiger ist als die anderen Fragen. In einer solchen Konjunktur positioniert sich die CHP als EU-skeptisch, wenngleich sie einen möglichen EU-Beitritt der Türkei prinzipiell unterstützt.

Die CHP hat bei der Realisierung der EU-Perspektive bzw. der -Reformen in der türkischen Parteienlandschaft ein nicht zu unterschätzendes Gewicht, obgleich der CHP vorgeworfen wird, dass sie die (pro-europäische) Linksposition verlassen und stattdessen eine nationalistische, eine sich für den Status quo aussprechende⁴⁰¹ und streng staatszentrierte Herangehensweise und (erneut) restriktive Demokratisierungsvorstellungen entwickelt habe.⁴⁰² Dementsprechend werden die wichtigen EU-Themen in Bezug auf die Türkei, wie Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechtslage, Meinungsfreiheit, Minderheitenrechte und das Kurdenproblem, durch die Einstellung der CHP – EU-skeptisch und manchmal EU-gegnerisch – betrachtet. Am 27. April 2008 gelangte Baykal, der die CHP zu einer solchen Position gebracht hat, quasi als „one man show“⁴⁰³ noch einmal an die Parteispitze. Nach diesem Sieg der nationalistisch-konservativen Baykal-Leitung konnte festgehalten werden, dass von der CHP unter Baykal nicht zu erwarten sei, erneut eine linksgerichtete Haltung einzunehmen.⁴⁰⁴ Jedenfalls agiert die CHP nach 2004 stark EU-kritisch. Ihre Wähler befürworten aber zum Großteil die EU. Der EU-Skeptizismus der CHP ist ebenfalls im Zusammenhang mit der Wahltaktik gegen „die Islamisierung des Landes durch die EU-Reformen“ zu bewerten, da sie der AKP-Regierung ebenso vorwirft, die EU-Mitgliedschaft als taktisches Ziel zu verfolgen: mithilfe der liberalen EU-Attitüde ließe sich der Lebensalltag noch leichter islamisch prägen. Diesbezüglich ist festzustellen, dass die CHP sich zwischen ihrem Selbstverständnis als „Staatsgründerpartei“ und ideologischer „Linksorientierung“

⁴⁰¹ Vgl. Tosun, Tanju: 22 Temmuz'dan 29 Mart'a Siyasal Partiler: Statüko ile Degisim Arasinda CHP, in: <http://www.setav.org/ups/dosya/6957.pdf> (02.03.2009).

⁴⁰² Vgl. Insel, Ahmet: CHP nedir?, in: http://www.radikal.com.tr/ek_haber.php?ek=r2&haberno=8156 (30.03.2008); vgl. Keyman, Fuat: Nasil bir CHP?, in: http://www.radikal.com.tr/ek_haber.php?ek=r2&haberno=8229 (20.04.2008) und CHP Nereye gidiyor?, in: http://www.radikal.com.tr/ek_haber.php?ek=r2&haberno=6359 (22.04.2008).

⁴⁰³ Vgl. Aksam Zeitung, 27.04.2008, S. 1; vgl. Candar, Cengiz: CHP ve kurultayi; öncesi ve sonrası, in: <http://www.tumgazeteler.com/?a=2777017> (24.04.2008).

⁴⁰⁴ Vgl. Berkan, İsmet: CHP'den neden ümidimi kestim?, in: <http://213.243.28.152/haber.php?haberno=253648> (22.04.2008); vgl. Erdem, Tarhan: CHP'den bir sey beklenmez, in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=253849> (24.04.2008).

bewegt und sich infolge der Betonung der nationalistischen und laizistischen Prinzipien des Kemalismus größtenteils in eine (kemalistische) „Elitenpartei“ verwandelt hat.⁴⁰⁵

Dagegen wird durch die CHP hervorgehoben, sie sei keine Partei der EU-Gegner oder -Skeptiker geworden und unterstütze letztendlich immer noch die EU-Mitgliedschaft.⁴⁰⁶ Laut dem Vizepräsidenten der CHP, Mustafa Özyürek, ist auch zu berücksichtigen, dass die Beziehungen der Türkei zur EU durch die CHP unter İsmet İnönü aufgenommen wurden. Islam und Modernität, Demokratie und Laizismus hätten sich auf Initiative der CHP angenähert. Wenn die CHP anstelle der AKP seit 2002 an der Regierung gewesen wäre, hätte die Türkei hinsichtlich ihres EU-Zieles mehr unternehmen können.

Hinsichtlich der EU-Haltung der CHP geht Lothar Bisky, Vorsitzender der Europäischen Linke (EL), davon aus, dass „sie einen EU-Beitritt durchaus unterstützt, doch bestimmte Punkte in der Haltung und Politik von Vertretern der EU kritisch sieht.“⁴⁰⁷ Eine grundsätzliche ideologische Ablehnung könne er darin aber nicht erkennen. Erst kürzlich habe die CHP ein Buch im Namen der Partei veröffentlicht,⁴⁰⁸ in der ein EU-Beitritt unter der Voraussetzung von fairen, verbindlichen und gleichberechtigten Verhandlungen mit der Türkei unterstützt wird. Demgegenüber vertritt Hannes Swoboda, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas, im Februar 2009 die folgende Ansicht: „Die CHP hat gesehen, dass sie sich mit ihrer Politik immer mehr entfremdet von europäischen Parteien und Strukturen. Daher versucht sie, sich dahingehend ein bisschen zu korrigieren, allerdings bisher sehr zögerlich und noch nicht wirklich durchgreifend.“⁴⁰⁹ Nach Rob Van De Water, Politikberater der Sozialdemokratischen Partei im Europäischen Parlament (EP), habe die CHP in den letzten paar Jahren doch einen ziemlich nationalistischen Kurs verfolgt. Im Februar 2009 argumentierte er, „dass die CHP versucht, wieder mit einem neuen modernistischen Kurs für die Türkei zurückzukommen. Das wäre extrem positiv, weil sie damit nicht die guten Dinge, die die Regierung Erdoğan tut, kaputt machen könnte. Aber was die CHP gerade beibehalten soll, sind eine pro-europäische Politik und eine gute Sozialpolitik. Damit kann sie sich anbieten und damit eine moderne

⁴⁰⁵ Vgl. Erder, Nejat: AKP ve CHP'nin Misyonu, in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=56654> (15.5.2008).

⁴⁰⁶ Vgl. Özyürek, Mustafa: CHP ne degildir? Radikal, 08.04.2008, S. 10.

⁴⁰⁷ Interview des Autors mit Lothar Bisky, per Email, 2009, Interviewnummer 99.

⁴⁰⁸ Er meint hier das Buch der CHP „AB'ye Tam Üyeliğe Evet, Özel Statüye“.

⁴⁰⁹ Interview des Autors mit Hannes Swoboda in dessen Brüsseler Büro im EP, 2009, Interviewnummer 89.

Türkei erreichen, weil sie dann sagen kann: ‚Wir wollen einen modernen Kurs. Aber wir wollen auch, dass unser Land laizistisch bleibt und daher diesen Kurs nicht religiös fährt.‘⁴¹⁰

Der Politikwissenschaftler Yılmaz Esmer behauptet Folgendes: „Das Kritisieren der CHP ist derzeit Mode geworden. Ohne CHP kann die Türkei die EU-Mitgliedschaft nicht verwirklichen. Die Werte, Normen, Denk- und Lebensweise der CHP erfordern, dass die Türkei auf Europa orientiert bleibt.“⁴¹¹ Darüber hinaus meint Mehmet Ali Birand, der bekannte EU-Befürworter, dass – obwohl die AKP seit 2002 große Schritte in Richtung EU geschafft habe und er sie auf jeden Fall dafür lobe⁴¹² – der EU-Beitritt der Türkei letzten Endes durch den Willen der CHP erfolgen werde, wenn es überhaupt dazu komme. Die AKP stehe vor dem Problem, als normale Systempartei, d. h. nicht-islamistische Partei, akzeptiert zu werden. Die geistigen Wurzeln türkischer EU-Mitgliedschaft seien stärker mit der Haltung der CHP gegenüber Modernisierung und Westausrichtung verknüpft, obwohl sich auch diese demokratisch noch weiter transformieren solle, so Birand.⁴¹³

Der türkische Journalist Tarhan Erdem meint, dass alles, was bezüglich der Politik der CHP bzw. der politischen Geschehnisse in der Türkei bis zur Wahl von Kemal Kılıçdaroğlu zum Parteivorsitzenden (Mai 2010) geschrieben worden ist, nicht mehr vollständig gelte bzw. revidiert werden sollte,⁴¹⁴ weil die „neue“ CHP wieder eine sozial-demokratische Haltung etabliere.⁴¹⁵

⁴¹⁰ Interview des Autors mit Rob Van De Water, in dessen Brüsseler Büro im EP, 2009, Interviewnummer 90.

⁴¹¹ Interview des Autors mit Yılmaz Esmer an der Universität Bahçeşehir, Istanbul, 2008, Interviewnummer 71.

⁴¹² Vgl. Birand, M. Ali: AKP oy kaybediyor, AB projesi kazanıyor, in: <http://www.hurriyet.com.tr/yazarlar/8672845.asp?yazarid=69&gid=61&sz=25580> (11.04.2008).

⁴¹³ Interview des Autors mit Mehmet Ali Birand, in Istanbul, 2006, Interviewnummer 42.

⁴¹⁴ In der vorliegenden Arbeit wird die EU-Haltung der CHP bis zur Übernahme des Parteivorsitzes durch Kılıçdaroğlu im Mai 2010 analysiert.

⁴¹⁵ Vgl. Erdem, Tarhan: CHP, Ak Parti'yi de değiştirecek, in: <http://www.radikal.com.tr/Default.aspx?aType=RadikalYazarYazisi&ArticleID=998437&Yazar=TARHAN%20ERDEM&Date=24.05.2010&CategoryID=99> (24.5.2010).

4.1.2 Die Milliyetçi Hareket Partisi ⁴¹⁶ (Partei der Nationalistischen Bewegung, MHP) und ihre Haltung zur EU

„Benim Adım Hıdır, elimden gelen budur!“⁴¹⁷

Offensichtlich ist die Türkei eines der (EU-Beitritts-)Länder, in denen der Nationalismus besonders stark ausgeprägt ist. Er (re-)produziert sich u. a. angesichts der in den Städten jedes Jahr mit großem Pomp gefeierten Zeremonien der Unabhängigkeit von den europäischen Mächten (z. B. in Urfa von Frankreich) und der in manchen Perioden fast täglichen „Gefallenen-Nachrichten“ durch den brutalen Krieg zwischen der Türkei und der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans). So erlebt die Türkei ihre EU-Transformation mit verschiedenen (türkischen und kurdischen) nationalistischen Tendenzen. Als eine türkisch-nationalistische Partei handelt die MHP⁴¹⁸ in einem supranationalen Prozess – wie dem Mitgliedschaftsprozess der EU – als Bewahrer der unitären Gestaltung des Nationalstaats. Deswegen ist es interessant, den türkischen Beitrittsprozess zur EU quasi durch die Brille einer nationalistischen Partei zu beobachten. Die Anhänger der MHP sind als Graue Wölfe (Bozkurtlar) und ihre politische Tradition als „Ülkücü (Idealisten)“-Bewegung⁴¹⁹ bekannt. Ausgehend von den forschungsleitenden Fragen wird in diesem Kapitel besonders auf Folgendes fokussiert: Wie verhält sich die MHP gegenüber der EU? Weshalb agiert sie skeptisch? Wie beeinflusst dies den EU-Beitrittsprozess der Türkei?

4.1.2.1 Die Geschichte/Entwicklung der MHP

Die MHP entstand im Jahr 1969 aus der Republikanischen Bauern- und Nationalpartei (Cumhuriyetçi Köylü Millet Partisi, CKMP), deren Wurzeln bis Ende des 19. Jahrhunderts zurückreichen, wobei sich der „türkische Nationalismus“ als Reaktion auf die

⁴¹⁶ Die offizielle Webseite der MHP lautet: <http://www.mhp.org.tr> (28.8.2005).

⁴¹⁷ Vgl. S. 131.

⁴¹⁸ Vgl. Çınar, Alev /Arıkan, E. Burak (2002): The Nationalist Action Party: Representing the State, the Nation or the Nationalists?, in: Rubin, Barry/Heper, Metin (Hgg.): Political Parties in Turkey, London, pp. 25 – 40.

⁴¹⁹ “Ülkücülük, understood as the ideal of serving one’s state, has a slightly different connotation than nationalism. The latter signifies a commitment to the prosperity of a particular community, whereas ülkücülük signifies a devotion to the wellbeing of the state seen as the utmost embodiment of the nation, identifying the state’s interests as inseparable from the nation’s interests.” Vgl. Çınar, Alev /Arıkan, E. Burak (2002): S. 26.

nationalistischen Bewegungen in Europa, besonders in den ehemaligen osmanischen bzw. türkischen Regionen auf dem Balkan, entwickelte. Jungtürken⁴²⁰ versuchten dabei auch, die Ideale des Panturkismus zu realisieren. Trotz seiner strikten Trennung vom auf die Türkei bezogenen, kemalistischen Nationalismus existierte der (pan-)turkistische Nationalismus, dessen Aktivisten vom Staat überwacht wurden, auch nach der Gründung der Türkei 1923 weiter fort, jedoch eher als eine marginale rechtsextreme Ideologie. Die untergeordnete Rolle der Panturkisten wandelte sich aber durch den Einfluss der deutschen Rassentheorie während des nationalsozialistischen Regimes.⁴²¹ Die Panturkisten hofften während des Zweiten Weltkrieges – genauso wie während des Ersten Weltkrieges – auf einen deutschen Sieg,⁴²² weil somit ihrer Ansicht nach die turksprachigen Völker, die in der Sowjetunion „gefangen“ waren, befreit würden. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden die panturkistischen Aktivitäten in der Türkei verboten, da sie die Beziehungen zur Sowjetunion gefährdet hätten. Aufgrund der panturkistischen Parolen eines „Großtürkischen Reiches“ wurden Alpaslan Türkeş, Begründer der späteren MHP, und Nihal Atsız, einer der Hauptideologen der MHP, im Zuge der 1944 begonnenen „Rassismus und Turanismus“-Prozesse zu mehr als neun Monaten Haft verurteilt.⁴²³

Die panturkistische Bewegung in der Türkei institutionalisierte sich durch die Einführung des Mehrparteiensystems (1945) als eine politische Partei, als General Çakmak 1948 die Partei der Nation (Millet Partisi) gründete. Sie wurde 1954 angesichts der „Ausnutzung der Religion zu politischen Zwecken“ verboten, und als Nachfolgerin wurde von Osman Bölükbaşı die Republikanische Nationalpartei gegründet.⁴²⁴ 1958 vereinigte sie sich mit der Bauernpartei

⁴²⁰ Die Jungtürken (Jöntürkler) waren eine politische Bewegung im Osmanischen Reich, die sich seit 1876 um liberale Reformen und eine konstitutionelle Staatsform bemühten und besonders die Stärkung des außenpolitisch geschwächten und innenpolitisch vom Zerfall bedrohten Reiches durch systematische politische, militärische und wirtschaftliche Modernisierung zielten. Ab 1923 wurden die meisten Mitglieder der Jungtürken in der neu gegründeten CHP aktiv.

⁴²¹ Auch Deutschland versuchte, wie im Ersten Weltkrieg, die (pan-) turkistisch orientierten türkischen Entscheidungsträger bezüglich der gemeinsamen Positionierung gegen die „gemeinsamen Feind“ Russland zu beeinflussen. Vgl. Landau, Jakob M. (1981): Pan-Turkism in Turkey, S. 45 – 55; vgl. Jäschke, Gotthard 1941: Zur osmanischen Außenpolitik im Weltkrieg. In: Die Welt des Islams. Band 15. S. 1 – 53. Siehe weiterhin: Anonymus, *Schriftenverzeichnis Gotthard Jäschke*, Die Welt des Islams, 15, (1 – 4), 1974, S. 5 – 25.

⁴²² Siehe Kreckler, Lothar 1964: Deutschland und die Türkei im Zweiten Weltkrieg.

⁴²³ Am 3. Mai 1944 organisierten die Turkisten eine große Demonstration, um ihre Solidarität mit den Inhaftierten zu zeigen. Später erklärten die Anhänger der Ülkücü-Bewegung den 3. Mai zum „Tag der Turkisten“. Vgl. Önder, Zehra: 1981, S. 145 – 150. Siehe auch Yanardag, Merdan: MHP degisti mi? 2002.

⁴²⁴ Vgl. Schröder, Katy (2003): S. 97.

zur Republikanischen Bauern- und Nationalpartei (CKMP). Nachdem Türkeş 1964 in die CKMP eingetreten war,⁴²⁵ wurde er 1969 – als „der ewige Führer“ (Başbuğ) – zum Parteivorsitzenden gewählt. In der Folge setzte er eine neue Parteisatzung durch, die besonders auf seiner „Doktrin der Neun Lichter“ (Dokuz Işık) basierte. Zudem wurde die CKMP in MHP umbenannt.⁴²⁶ Landesweit gewann die MHP 1969 mit 3 % einen Sitz und 1973 mit 3,4 % der Stimmen drei Sitze. 1975 nahm sie am sogenannten Kabinett der Ersten Nationalistischen Front (1. Milliyetçi Cephe Hükümeti) teil, und Türkeş wurde stellvertretender Ministerpräsident und Staatsminister. Obschon die MHP 1977 nur 6,4 % der Stimmen erzielte, war sie in der Zweiten Nationalistischen Front-Regierung mit 16 Sitzen überproportional vertreten. Trotz ihres geringen Stimmenanteils spielte die MHP somit während der beiden Kabinette eine wichtige Rolle, da die AP-Regierung von Süleyman Demirel die Grauen Wölfe auch als Kampfkraft gegen das linke Spektrum (mit-)nutzte. Mit zunehmenden Konflikten zwischen Rechts- und Linksextremisten wuchs die Polarisierung sowohl innerhalb des Staatsapparates als auch in der Gesellschaft, und Zwischenfälle mit tödlichem Ausgang⁴²⁷ nahmen in der zweiten Hälfte der 70er Jahre drastisch zu, was zum Militärputsch von 1980 führte.

Mit dem Staatsstreich von 1980 wurden alle Parteien, somit auch die MHP, aufgelöst. Zu Beginn des Putsches identifizierte sich die MHP angesichts ihrer traditionell pro-staatlichen Ansichten mit der Intervention, weil das Land dadurch von der „kommunistischen Gefahr“ gerettet worden sei.⁴²⁸ Nachdem aber die Militärregierung gegen die Aktivisten der MHP genauso hart und brutal wie gegen linke Extremisten vorgegangen war, begann auch die MHP, die Putschisten offen zu kritisieren. Die Aussage Agah Oktay Güners, des damaligen Parteivorstands der MHP – „Wir sind die einzige politische Partei der Welt, deren Ideen an der Macht sind, deren Kader aber im Gefängnis sitzen“⁴²⁹ –, stellt die damalige Stimmung unter der Parteiführung treffend dar. Es war für sie schwierig zu begreifen, warum die Mitglieder der MHP zu diesem Zeitpunkt genauso als „Staatsfeinde“ behandelt wurden wie

⁴²⁵ Türkeş beteiligte sich als Oberst der Armee am 27. Mai 1960 am Militärputsch gegen den damaligen Ministerpräsident Menderes, und deshalb gehörte er dem „Komitee der Nationalen Einheit“ an, das die Regierungsaktivitäten führte. Da die Gruppe unter Türkeş auf extrem nationalistische Umstellungen drängte, wurden er und 14 andere Offiziere ins Ausland ins Exil (Türkeş nach Indien) geschickt. 1962 kehrte er zurück.

⁴²⁶ Vgl. Ağağulları, Mehmet Ali (1983): Milliyetçi Hareket Partisi, in: Cumhuriyet Dönemi Türkiye Ansiklopedisi, S. 2111 – 2119; hier S. 2111.

⁴²⁷ Zwischen dem 31. März 1975 und 11. Oktober 1980 wurden bei diesem „Bruderkampf“ insgesamt 8048 Personen getötet. Vgl. Akpınar, Hakan: Kurtlar’ın Kardesliği, 2005, S. 158.

⁴²⁸ Vgl. Bora, Tanıl/Can, Kemal: Devlet, Ocak, Dergah, 1991, S. 142.

⁴²⁹ Vgl. Güner, A. Oktay/Somuncuoğlu, Sadi/Er, Ahmet: MHP ve Ülkücü Kuruluşlar Davası, 1982, S. 21.

die „Kommunisten und Separatisten“, da doch viele MHP-Anhänger im Kampf gegen „Kommunisten und Separatisten“ für die selbst so empfundene Verteidigung des Landes gestorben waren.⁴³⁰ Sowohl der Putsch als auch die neuen Bedingungen des Verhältnisses zum Staat spalteten die Anhänger der vormaligen MHP.⁴³¹ Bedeutende Persönlichkeiten der Bewegung wechselten in eine der neu gegründeten rechtskonservativen Parteien, vor allem in die Mutterlandspartei (ANAP). Eine andere Gruppe gründete am 7. Juli 1983 die Nachfolgepartei der MHP, die Konservative Partei (Muhafazakar Parti – MP), die bei den Wahlen am 6. November 1983 – infolge der Einschätzung, sie sei Nachfolgerin der verbotenen MHP – nicht zugelassen wurde. 1985 wurde die MP in „Partei der Nationalistischen Arbeit“ (Milli Çalışma Partisi – MÇP) umbenannt. Nach dem Ablauf des Politikverbots aller Spitzenpolitiker in der Türkei wurde Türkeş 1987 wieder zum Parteivorsitzenden gewählt. Trotzdem erreichte die MÇP bei den Parlamentswahlen von 1987 nur 2,91 % der Stimmen.

Ferner kam es 1987 zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem islamis(tis)chen und dem nationalistischen Flügel innerhalb der MÇP. An den Parlamentswahlen 1991 nahmen die MÇP und die islamistische Wohlfahrtspartei (RP) zusammen teil und kamen auf 16,7 % der Stimmen. Die MÇP war mit 19 Abgeordneten im Parlament vertreten. Schließlich führten die internen Machtkämpfe zur Spaltung der Partei. Der islamisch orientierte Muhsin Yazıcıoğlu verließ die MHP mit sechs Abgeordneten und gründete 1992 die Partei der Großen Einheit (Büyük Birlik Partisi – BBP). Daraufhin grenzte sich die 1992 erneut in MHP umbenannte MÇP wieder deutlich vom politischen Islam ab. Bei den Kommunalwahlen von 1994 und den Parlamentswahlen von 1995 erhob die MHP den Kampf gegen den (PKK-)Separatismus zu ihrem Wahlkampfthema und beschuldigte die RP, unter dem Mantel des Islams Separatismus zu betreiben. Obwohl die MHP bei den Parlamentswahlen von 1995 8,2 % der Stimmen erlangte, blieb sie aufgrund der 1982 eingeführten 10%-Hürde außerhalb des Parlaments.⁴³²

Als Türkeş im April 1997 starb, stand die MHP vor einer gewaltigen Zerreißprobe: Es kam zu einem starken Machtkampf zwischen Türkeşs Sohn, Tuğrul Türkeş, und dem früheren MHP-Generalsekretär Devlet Bahçeli, den Bahçeli schließlich gewann.⁴³³ Seit Beginn seiner

⁴³⁰ Vgl. Çalışlar, Oral: *Liderler Hapishanesi* [Das Gefängnis der Führer], 1989, S. 156.

⁴³¹ Vgl. Landau, Jacob M. (1982): *The Nationalist Action Party in Turkey*, S. 587 – 606.

⁴³² Vgl. Belgenet: 1995 Genel Seçimleri, in: http://www.belgenet.net/ayrinti.php?yil_id=12 (01.09.2008).

⁴³³ Danach trat Tuğrul Türkeş aus der MHP aus und gründete 1998 die „Partei der Erleuchteten Türkei“ (Aydınlık Türkiye Partisi – ATP). Vgl. Tekin, Arslan (1998): S. 111 – 123. Er trat der MHP im Mai 2007 wieder bei.

Parteiführerschaft bemühte er sich um einen Wandel der Partei. Die Entwicklung und Durchführung des schon seit 1980 von der Partei geplanten Projekts eines neuen Images wurde durch eine Beschlussfassung des Nationalen Sicherheitsrates am 31. Oktober 1997 beschleunigt. In diesem Dokument wurden neben Islamismus und Separatismus auch der „türkische Nationalismus mit rassistischen Zügen“ als Bedrohung für die Türkische Republik benannt. Damit galten die Anhänger der MHP zum ersten Mal offiziell als Staatsfeinde. Von diesem Vorwurf konnten sie sich erst 2005 durch eine „positive Beurteilung“ seitens des Nationalen Sicherheitsrates befreien.⁴³⁴

Bei den Parlamentswahlen von 1999 wurde die MHP mit 18,1 % und 129 Abgeordnetensitzen zweitstärkste Partei. Bei diesem Erfolg waren einige Faktoren von besonderer Bedeutung: Erstens beeinflusste die auf der „türkisch-islamischen Synthese“ basierende Ideologisierung des Erziehungssystems das Wahlergebnis. Die Jugendlichen, die seit der 1980er Jahren mit dieser von der Ülkücü-Bewegung geprägten Ideologie erzogen worden waren, erreichten 1999 das Wahlalter. Obschon die MHP bis dahin vorwiegend an das zentralanatolische bäuerlich-konservative Klientel appelliert hatte, gewann sie dieses Mal über die Jungwähler 20 % der Stimmen in den Metropolen. Zweitens instrumentalisierte die MHP die Verweigerung des türkischen Kandidatenstatus auf dem EU-Gipfel 1997 in Luxemburg für ihren Wahlkampf. Sie forderte die Türken auf, sich als stolzes Volk mit eigenen Werten von der EU abzuwenden. Die Enttäuschung der Bevölkerung bezüglich dieser EU-Entscheidung war die Voraussetzung für die Annahme des EU-Skeptizismus der MHP. Drittens stärkte – und dies ist u. U. der wichtigste Aspekt – die Gefangennahme des PKK-Führers Abdullah Öcalan am 16. Februar 1999 die MHP.

Zu erkennen ist, dass alle genannten Faktoren mit nationalistischen Gefühlen verbunden sind. In der Regierungsarbeit zwischen 1999 und 2002 zeigte sich, dass der von Bahçeli beschriebene „Wandel der Partei“ kaum vollzogen wurde.⁴³⁵ Die wichtigsten Themen der MHP in dieser Periode waren u. a. der EU-Beitritt als Gefahr für die Unabhängigkeit der

⁴³⁴ Vgl. Kırmızı, Abdulhamit: Türkiye’de Milliyetçiliğin Yeni Halleri, in: <http://www.setav.org/public/HaberDetay.aspx?Dil=tr&hid=11457> (05.09.2008); vgl. Bulut, Arslan: Asıl tehdit, Hrant Dink cinayetini örtbas edenlerdir!, in: http://www.yenicaggazetesi.com.tr/a_haberdetay.php?hityaz=3177 (05.09.2008) und vgl. Aydıntaşbaş, Aslı: Kırmızı Kitap’ta köklü değişim, in: <http://www.milliyet.com.tr/kirmizi-kitap-ta-koklu-degisim/asli-aydintasbas/siyaset/yazardetayarsiv/29.08.2010/1256142/default.htm> (28.06.2010).

⁴³⁵ Vgl. Arıkan, E. Burak (1999): The Programme of the Nationalist Action Party of Turkey: An iron hand in a velvet glove, in: Kedourie, Sylvia (Hgg.): Turkey before and after Atatürk: Internal and External Affairs, London, pp. 120 – 34.

Türkei, der Verlust Zyperns durch die Verleihung der EU-Mitgliedschaftsoption⁴³⁶ und die Separatismusproblematik im Zusammenhang mit der PKK. Hinsichtlich der politischen Probleme (gerade der EU-Reformen) der Türkei trug auch die MHP zur Handlungsunfähigkeit der Koalitionsregierung unter Bülent Ecevit bei. Dies führte zu Parlamentswahlen am 3. November 2002, bei denen die MHP mit 8,4 % wieder außerhalb des Parlaments blieb.⁴³⁷ Bei den Parlamentswahlen von 2007 bekam die MHP mit einem Anteil von 14,27 % der Stimmen 71 Mandate (von 550) im Parlament.⁴³⁸ Infolge der Gegenreaktion des erneut sich verstärkenden kurdischen Nationalismus bestritt sie ihren Wahlkampf vor allem mit Anti-EU-Parolen und der „Verteufelung“ der PKK. Ebenso kam es vor, dass Bahçeli sich bei öffentlichen Wahlversammlungen einen Strick warf und dabei versprach, die Todesstrafe wieder einzuführen, damit Öcalan hingerichtet werden könne. Im Wahlkampf von 2007 kritisierte eine „Nationale Front“ aller Parteien (außer der pro-kurdischen DTP) die Regierungspartei AKP scharf und bezeichnete ihre Regierungsmannschaft als „vaterlandslose Gesellen“, die die Existenz des Staates und der Nation leichtfertig aufs Spiel setzen würden. Alle Parteien, einschließlich derer aus dem Mitte-Rechts-Spektrum inklusive der MHP,⁴³⁹ setzten EU-Orientierung, Privatisierung, Demokratisierung und wirtschaftliche Öffnung mit dem Verkauf nationaler Interessen gleich.

4.1.2.2 Ideologische Anhaltspunkte des Parteiprogramms der MHP

Durch die Beleuchtung der parteipolitischen und -ideologischen Motive können Inhalte und Programmatik der MHP präzisiert werden. Es ist dadurch exakter festzuhalten, wie sich die MHP gegenüber der EU positioniert. In diesem Zusammenhang ist erstens der türkische Nationalismus als Turkismus und Panturkismus/Turanismus zu erläutern. Fasst man es allgemein, könnte man sagen, der Panturkismus zielt auf die weltweite Vereinigung der Türken ab. Der Turanismus ist eine Spielart des Panturkismus, der nach der Vereinigung aller Turkvölker „von der Adria bis zur chinesischen Mauer“ in einem fiktiven Land Turan strebt. Hingegen bezieht sich der Turkismus auch auf innenpolitische Ordnungsvorstellungen.⁴⁴⁰

⁴³⁶ Siehe Unterkapitel 4.2.1.2.

⁴³⁷ Siehe Belgenet: 3 Kasım 2002 Genel Seçimleri, in: <http://www.belgenet.com/secim/3kasim.html> (3.09.2008).

⁴³⁸ Siehe Özkan, Abdullah (2007): Siyasal İletişim Stratejileri, S. 150 – 170.

⁴³⁹ Vgl. Seufert, Günter: Wahlsieg der AKP in der Türkei. Angekommen in der Mitte der Gesellschaft, in: http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-468/_nr-786/i.html (3.09.2008).

⁴⁴⁰ Vgl. Laçiner, Ömer/Bora, Tanıl: Die Turkrepubliken und die Türkei: 1995, S. 115 – 138; hier S. 115.

In Bezug auf den geschichtlichen Hintergrund des Panturkismus lässt sich konstatieren, dass die (pan-)turkistischen Neigungen im Osmanischen Reich erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts auftauchten.⁴⁴¹ Zu dieser Zeit identifizierte sich die Mehrheit der Bürger noch mit der islamischen Glaubensgemeinschaft (Umma) und/oder mit dem Osmanischen Reich. Laut Lewis schienen die (osmanischen) Türken seit ihrer Islamisierung ihre türkische Vergangenheit bis Mitte des 19. Jahrhunderts völlig vergessen zu haben.⁴⁴² Die erste Phase, in der die Idee der Vereinigung aller Türken zunächst auf kultureller Basis verfolgt wurde, ist als kultureller Panturkismus zu bezeichnen. Bei dessen Entwicklung spielten einige Personen eine bedeutsame Rolle: Der tatarische Ismail Gasprinsky, dessen wichtigster Theoretiker, betonte die Entwicklung einer gemeinsamen Schriftsprache für die politische und kulturelle Einheit aller Turkvölker und fasste sein Ideal unter dem folgenden Motto zusammen: „Teldä, fikerdä, eştä berlek“ (tatarisch, vgl. türkisch: „Dilde, fikirde, işte birlik“), was sich als „Einheit in der Sprache, der Idee und dem Tun“ übersetzen lässt.⁴⁴³ Für Hüseyinzade Ali Bey lag das gemeinsame Schicksal der transkaukasischen Turkvölker in der Vereinigung mit dem Osmanischen Reich, das für ihn das politische und geistige Zentrum der islamischen und türkischen Welt bildete.⁴⁴⁴ Im Unterschied zu anderen positionierte sich Ahmet Agayev gegen die Vorstellung, dass die Religion ein dominantes konstitutives Element der Nation sei, da sie eine Einigung zwischen den Turkvölkern verhindere.⁴⁴⁵ Der politische Panturkismus begann 1904 mit Yusuf Akçura. Er setzte den (Pan-)Turkismus mit den zwei anderen zeitgenössischen ideologischen Grundpositionen im Osmanischen Reich, dem Osmanismus und dem Panislamismus, in Beziehung. Diese waren von Staatsmännern konzeptualisiert worden, um die Zerstörung der osmanischen Kultur zu verhindern. Laut dem Osmanismus ist eine multikulturelle „osmanische Nation“ durch die Förderung einer gemeinsamen osmanischen Identität aufzubauen. Laut dem Panislamismus sind die muslimischen Nationalitäten im Osmanischen Staat und in benachbarten Regionen durch die Förderung der traditionellen islamischen Identität (Ümmet) zusammenzuhalten bzw. das Reich erneut zu

⁴⁴¹ Bei der Entwicklung der Idee des Panturkismus spielten osmanische Turkologen und auch immigrierte Intellektuelle aus Russland eine große Rolle.

⁴⁴² Vgl. Lewis, Bernard: *The Emergence of Modern Turkey*, London 1968, S. 331.

⁴⁴³ Vgl. Oba, Ali Engin (1995): *Türk Milliyetçiliğinin Doğuşu*, Ankara, S. 152.

⁴⁴⁴ Sein Motto war „Türkisierung, Islamisierung und Europäisierung“. Vgl. Gökalp, Ziya: *Türkçülüğün Esasları*, [Grundlagen des Turkismus], 1955, S. 6.

⁴⁴⁵ Wie die konfessionellen Differenzen zwischen den überwiegend schiitischen Aserbajdschanern und den überwiegend sunnitischen Osmanen beeinträchtigte dies die Erzeugung einer gemeinsamen türkischen Identität. Vgl. Swietochowski, Tadeuzs: *Rus Azerbaycanı (1905 – 1920)*, 1988, S. 89.

einem wichtigen Akteur in der Weltpolitik zu transformieren. Für Akçura war der (Pan-)Turkismus der einzige gangbare Weg, um eine Auflösung des „einzigen unabhängigen Türkenstaates“⁴⁴⁶ zu verhindern. Der kulturelle (Pan-)Turkismus wurde erst in der Ära der Jungtürken (1908 – 1918), insbesondere in der Zeit kurz vor dem Ersten Weltkrieg, zum politischen Ziel, weil erstens die Separationen der christlichen Nationen vom Osmanischen Reich zeigten, dass das Konzept des Osmanismus, das eine künstliche Identität erzeugen sollte, die Zerstörung des Reiches nicht verhindern konnte und zweitens auch der Panislamismus infolge des Bedeutungsverlusts des Ümmets durch den albanischen und arabischen Nationalismus bzw. Separatismus seine Gültigkeit als Option verlor. Die Koalitionen des Ersten Weltkriegs nahmen die Jungtürken zum Anlass, an der Seite der Zentralmächte eine expansionistische Außenpolitik zu verfolgen. Sie waren von der Überlegenheit Deutschlands im Krieg überzeugt und planten deshalb, vor allem die von den turksprachigen Völkern bewohnten Gebiete in Russland zu erobern. Gegen Kriegsende – kurz nach der Oktoberrevolution in Russland 1917 – hoffte sie darauf, das Machtvakuum in Russland, das auf dem Kaukasus und in Zentralasien entstanden war, auszunutzen. Seit der Entstehung des (Pan-)Turkismus schien das Ziel des alle Turkvölker umfassenden fiktiven türkischen Staates, Turan, zum ersten Mal realisierbar. Die Jungtürken verloren jedoch den Krieg gegen die Russen; dies bedeutete das Ende des politischen Panturkismus.⁴⁴⁷ Das Ende des Ersten Weltkriegs brachte auch das Ende der Osmanen mit sich.

Zu bemerken ist, dass es unter den politischen Kadern der nationalstaatlichen Bewegung Mustafa Kemals zahlreiche panturkistische Vordenker gab. Daher erscheint eine völlige Differenzierung des kemalistischen bzw. republikanischen Nationalismuskonzepts vom allgemeinen (pan-)turkistischen Nationalismus nicht möglich. Als Beispiel für einen solchen Intellektuellen ist Ziya Gökalp (1876 – 1924) – als „Grand Master of Pan-Turkism in Turkey“⁴⁴⁸ – zu erwähnen. In seinem Aufsatz „Türkisierung, Islamisierung und Modernisierung“ (1918) basiert sein Nationalismuskonzept auf der nationalen Kultur, der religiösen Gemeinschaft des Islam und der internationalen – vor allem westlich-europäischen – Zivilisation.⁴⁴⁹ In seinem Hauptwerk⁴⁵⁰ (1923) definierte er den Begriff Nation „nicht als

⁴⁴⁶ Vgl. Akçura, Yusuf: Üç Tarz-ı Siyaset [Drei Arten und Weisen der Politik], 1991. S. 33 f.

⁴⁴⁷ Vgl. Hayit, Baymirza (1995): Türkistan Devletlerinin Milli Mücadeleleri Tarihi, Ankara, S. 283.

⁴⁴⁸ Vgl. Landau, Jacob M. (1981): Pan-Turkism in Turkey, S. 35.

⁴⁴⁹ Gökalp ist in erster Linie als ein nationalistischer Ideologe der Türken des osmanischen Reichs zu bezeichnen. Seiner Ansicht nach sollten die Türken des osmanischen Reichs aufgrund der Herausforderungen seitens der nichttürkischen Völker des sich auflösenden Reichs ein nationales Bewusstsein pflegen. Gökalps

eine Rasse, ein ungemischtes Volk [...], sondern als eine Gesellschaft, die aus über die gleiche Bildung verfügenden, in ähnlicher Weise sozialisierten sowie in Sprache, Religion, Ethik und Ästhetik sich gleichenden Individuen besteht.“⁴⁵¹ Damit unterschied sich seine Definition klar von (pan-)turkistischen Konzepten, die den Begriff Nation ausgehend von den Kategorien der Rasse und der ethnischen Herkunft definierten. Laut Gökalp (1923) gehört jeder, der sich als Türke wahrnehme, zur türkischen Nation. Dies entspricht völlig dem Konzept Atatürks und seiner CHP.⁴⁵² Hingegen implizierte Gökalps Nationalismuskonzept auch panturkistische Elemente: Türkeiismus, Oghuzismus bzw. Turkmenismus und Turanismus. Sein panturkistisches Ideal war primär nicht die politische, sondern die kulturelle Vereinigung der Turkvölkern bzw. „Türken“.

Entsprechend der panturkistischen Ideale sprach die MHP in ihrem ersten Programm (1969) die Thematik der „Auslandstürken“ an, die in Zypern, in Südosteuropa, dem Irak oder in anderen Teilen der Welt lebten. Ungeachtet der Betonung der „Gemeinschaft aller Türken“ wurde keinesfalls eine direkte Politik propagiert, die die politische Vereinigung der Türkei mit ihren turksprachigen „Stammesgenossen“ anstrebte. Denn eine solche panturkistische Politik habe den Umständen der Zeit des Kalten Krieges nicht entsprochen. Außerdem habe eine voreilige panturkistische Politik die Türkei gefährden können. Die „Rettung der Auslandstürken“ sei gerade von der Weiterexistenz der Türkei abhängig gewesen.⁴⁵³

Schlüsselkonzept beruhte dabei auf der Kultur: Werte und Institutionen definieren demnach, was die eine Nation von einer anderen unterschieden. Er war der Ansicht, dass die türkische Nation aus dem Gemisch von östlicher und westlicher Zivilisation hervorgehen sollte. Die Elemente des Islam, die integraler Bestandteil der türkischen Kultur geworden wären, sollten als geistige Kraft erhalten bleiben, die türkische Nation sollte verwestlicht werden, soweit die westlichen Werte mit der eigenen Kultur und dem eigenen Glauben in Einklang blieben. Vgl. Heyd, Uriel: *Foundations of Turkish Nationalism. The Life of Ziya Gökalp*, 1979, S. 149.

⁴⁵⁰ Vgl. Gökalp, Ziya (1955): *Türkçülüğün Esasları* [Grundlagen des Türkismus], S. 10 – 18.

⁴⁵¹ Vgl. Çaman, M. Efe (2004): *Türkische Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, S. 77.

⁴⁵² Allerdings distanzierte sich der kemalistische Nationalismus vom expansionistischen Panturkismus, zumal sich Ersterer auf die im Vertrag von Lausanne 1923 geregelten Staatsgrenzen der heutigen Türkei begrenzt verstand. Dementsprechend wird jeder, der innerhalb der türkischen Staatsgrenzen lebt und „das Schicksal des türkischen Volkes teilt“, als Türke betrachtet und jeder religiöse, konfessionelle und ethnische Separatismus abgelehnt. Ein weiterer konkreter Unterschied ist, dass, obwohl gemäß Gökalps Turkismus die Religion bezüglich der nationalen Identität als wichtig betrachtet wird, Säkularismus und religionsfreier Nationalismus beim Kemalismus eng zusammenhängen, damit die Sphären des Religiösen und des Staatlichen strikt voneinander getrennt werden (Laizismus). Vgl. Kili, Suna (1981): *Atatürk Devrimi. Bir Çağdaşlaşma Modeli*, Ankara, S. 238.

⁴⁵³ Vgl. Bora, Tanıl/Can, Kemal (1994): *Devlet, Ocak, Dergah. 12 Eylül'den 1990'lara Ülkücü Hareket*, S. 527.

Darüber hinaus wurden Anfang der 70er Jahre erstmals islamische und islamistische Komponenten in das Parteiprogramm aufgenommen. Dies führte zu ernsthaften Meinungsverschiedenheiten und der Bildung von Fraktionen innerhalb der Partei. Folglich trennte sich die Fraktion von Nihal Atsız von der MHP, der als Vertreter eines eher rassistisch geneigten Nationalismus besonders mythische vorislamische Epochen der Türken hervorhob und somit die Synthese des Nationalismus mit dem Islam strikt ablehnte.⁴⁵⁴ Außerdem herrschte in der MHP der 1970er Jahre „angesichts der zunehmenden linken Tendenzen in der türkischen Gesellschaft und entsprechend den damaligen Konditionen des Kalten Krieges eine schärfere antikommunistische bzw. allgemein antilinke Positionierung, wobei der (Pan-)Turkismus infolge der zunehmend innenpolitisch orientierten Haltung in den Hintergrund trat.“⁴⁵⁵ Es wurden in dieser Zeit von der MHP alle Linken als Kommunisten behandelt, weil sie „die gefährlichste Bedrohung der türkischen Nation“ gewesen seien.⁴⁵⁶ „Zumal wenn man die unter der kommunistischen sowjetischen Herrschaft ohne politische Souveränität existierenden Turkvölker berücksichtigte, musste diese Haltung gegenüber den türkischen Linken aus der Perspektive des Panturkismus und seines Verständnisses der bedrohten Existenz des ‚einzigen unabhängigen türkischen Staates‘ als legitim betrachtet worden sein.“⁴⁵⁷

In Bezug auf die ideologischen Annahmen der MHP ist zweitens auf die „türkisch-islamische Synthese“ hinzuweisen. Dies wurde zum ersten Mal 1972 von İbrahim Kafesoğlu formuliert.⁴⁵⁸ Grundlegens betont sie die Verbindung zwischen Türkentum und Religion. Das türkische Volk wird hierbei als eine „die islamische Gesellschaftsstruktur säkularisierende und reformierende Kraft“ angesehen. Zudem wurde es als eine „homogene Nation“ akzeptiert, und somit seine ethnische und konfessionelle Disparität nicht mitberücksichtigt. Auch weil der Kemalismus die osmanischen bzw. islamischen Besonderheiten vernachlässigt habe, sollte die türkische Geschichte neu geschrieben werden. Hier wurde die republikanische Modernisierung generell so kritisiert, dass die (spätosmanischen und republikanischen) Staatseliten die Modernisierung mit der Europäisierung gleichgesetzt hätten: „Aufgrund dieser Nachahmung Europas und des Versuchs, eine europäische Nation hervorzubringen, hätten die spätosmanischen und republikanischen Politiker das ‚Gleichgewicht zwischen der türkischen

⁴⁵⁴ Vgl. a. a. O., S. 54 ff.

⁴⁵⁵ Vgl. Çaman, M. Efe (2004): S. 83.

⁴⁵⁶ Vgl. Türkeş, Alpaslan: Yeni Ufuklara Doğru, Istanbul 1988, S. 37.

⁴⁵⁷ Vgl. Çaman, M. Efe: Ebd.

⁴⁵⁸ Vgl. Kafesoğlu, İbrahim: Türk Milliyetçiliğinin Meseleleri, 1993, S. 66 – 67.

und islamischen Kultur' zerstört, das in der Geschichte zwischen ‚Familie, Moschee und Armee‘ geschaffen worden sei.“⁴⁵⁹ Daher wurde eine entsprechende nationale bzw. nationalistische Bildungspolitik verlangt, deren Quelle Türkentum und Islam seien. Solche Argumente widersprachen sowohl denen des ursprünglichen Kemalismus als auch der jungtürkischen Ideologie, die auch eine Westausrichtung der Türkei forderte.⁴⁶⁰ Hierbei lässt sich unterstreichen, dass bei einigen politischen und kulturellen EU-skeptischen bzw. -gegnerschen Reaktionen der MHP grundsätzlich diese Einstellungen der türkisch-islamischen Synthese erkennbar sind.

Die türkisch-islamische Synthese wurde nach dem Militärcoup von 1980 von der Militärregierung als quasi-offizielle Ideologie angenommen, um der blutigen gesellschaftlichen Polarisierung in der damaligen Türkei entgegenzuwirken: Die Macht des Staates wurde als heilig und übergeordnet betrachtet und eine Rückkehr zur nationalen Kultur gefordert. Obwohl dieses ideologische Konzept gegen Ende der 80er Jahre an Bedeutung zu verlieren begann, ist sein Einfluss auf die türkische Politik immer noch zu spüren.⁴⁶¹ Die bisher zusammenfassend erklärten panturkistischen bzw. nationalistischen Ideologiekonzepte nehmen einen gewissen Einfluss auf die Außenpolitik sowohl der Türkei als auch der MHP – mittels ihrer Wertpostulate wie der Verwandtschaft der Turkvölker, ethnischer und sprachlicher Einheit bzw. Gemeinsamkeit sowie der gemeinsamen kulturellen Herkunft. Entsprechend den panturkistischen Vorstellungen, besonders denen Gökals, unterstützt die MHP das Ideal der Einheit der turksprachigen bzw. türkischen Völker zumindest im kulturellen Bereich.⁴⁶²

Im Parteiprogramm definiert die MHP als ihre Hauptwerte und -grundsätze Folgendes:⁴⁶³ Nationalismus, Demokratie, Menschenrechte und Grundfreiheiten, Primat des Rechts, Laizismus, nationale Einheit und Unitarismus, Sozialstaat, soziale Gerechtigkeit und türkische Soziabilität (bzw. Sozialstaat) sowie Transparenz der Regierung. Hierzu ist ferner die „Doktrin der Neun Lichter“ von Türkeş zu nennen, deren Prinzipien die folgenden sind:⁴⁶⁴

- Nationalismus (milliyetçilik),

⁴⁵⁹ Vgl. Çaman, M. Efe (2004): S. 88.

⁴⁶⁰ Vgl. Kafesoğlu, Ibrahim (1993): Türk Milliyetçiliğinin Meseleleri, S. 142 – 147.

⁴⁶¹ Vgl. Şaylan, Gencay (1992): Türkiye'de İslamcı Siyaset, S. 113.

⁴⁶² Siehe Öznur, Hakkı (1999): Ülkücü Hareket (Cilt I-VI). Ankara.

⁴⁶³ Vgl. MHP Parteiprogramm 2000. S. 9 – 28.

⁴⁶⁴ Vgl. Türkeş, Alparslan (2000): *Die 9 Lichte*; vgl. Schröder, Katy (2003): S. 122 – 127.

- Idealismus (ülküculük),
- Moralismus (ahlakçılık),
- Wissenschaftlichkeit (ilimcilik),
- Gesellschaftlichkeit (toplumculuk),
- Förderung der Landwirtschaft (köycülük),
- Liberalismus und Individualismus (hürriyetçilik ve şahsiyetçilik),
- Entwicklung und Populismus (gelişmecilik ve halkcılık),
- Förderung von Industrie und Technologie (endüstricilik ve teknikçilik).

Türkeş leitete 1965 seine „Doktrin der Neun Lichter“ von der „Doktrin der Dreizehn Lichter“ von Nihal Atsız ab. Wenngleich Atsız’ Doktrin antireligiös (schamanistisch) orientiert sowie von Rassismus und Panturkismus geprägt war, versuchte Türkeş, durch eine Umstellung der Doktrin Atsız’ diese der offiziellen Staatsideologie des Kemalismus anzupassen.⁴⁶⁵ Obschon die MHP sich besonders seit 2000 als „in der Mitte der Rechten“ sieht, wird sie mehrheitlich als extremistisch⁴⁶⁶ eingestuft, da ihre Anhänger in den 1970er Jahren die Türkei an den Rand eines Bürgerkriegs geführt hatten.⁴⁶⁷ Die MHP wurde von Şen (1986) als „neofaschistisch“⁴⁶⁸ und von Kreiser (1991)⁴⁶⁹ als „rechtsextrem“ und ihre Programmatik als „minderheitenfeindlich“ eingeschätzt. Die MHP ist nach Yanardağ (2002) zwar nicht von vornherein als „faschistisch“, wohl aber als „pro-faschistisch“ zu bezeichnen.⁴⁷⁰

Der Parteivorsitzende Bahçeli beschrieb 2006 das Weltbild der MHP folgendermaßen und bot damit auch eine Darstellung der EU-Haltung der Partei:

„Unsere Nation erlebt derzeit überaus ernste und kritische Tage. Es sind Machtzentren am Werk, die die Türkei einerseits von außen umzingeln, andererseits von innen in die Krise führen und ideell zerstören wollen. Die Angriffe auf den nationalen und unteilbaren Charakter der Republik Türkei nehmen tagtäglich zu. Man will die Institutionen, die unsere nationale Identität ausmachen, einzeln zerstören. Es werden immer mehr Ansichten ausgebreitet, die neben unserer Existenz als Nation und den materiellen Elementen unserer Einheit auch unsere ideellen Werte, unseren

⁴⁶⁵ Nach 1980 sagte Türkeş, dass „diejenigen, die mit der Zeit türkisiert wurden, als Türken zu bezeichnen sind.“

⁴⁶⁶ Vgl. Steinbach, Udo: Die Türkei im 20. Jahrhundert: Schwierige Partner Europas. Gladbach 1996, S. 184.

⁴⁶⁷ Vgl. Schüler, Harald: Die türkischen Parteien und ihre Mitglieder, DOI Hamburg 1998, S. 109.

⁴⁶⁸ Vgl. Şen, Faruk: Türkei: Land und Leute. München 1986, S. 110.

⁴⁶⁹ Vgl. Kreiser, Klaus: Kleines Türkei, München 1991, S. 122.

⁴⁷⁰ Vgl. Yanardağ, Merdan (2002): MHP Değişti mi?, S. 19.

Glauben, unsere Sprache, Geschichte, Kultur und Kunst angreifen. Leider stecken hinter der Zunahme dieser aggressiven Haltungen Menschen, die mit künstlichen und separatistischen Begriffen wie ‚türkeistämmig‘, ‚verfassungsrechtliche Staatsbürgerschaft‘ und ‚ein Mosaik bilden‘ die nationale Einheit und Integrität leugnen und ethnische Einteilungen und Beimengungen vornehmen. So will man die Türkei außenpolitisch auf das Niveau eines bloßen Satellitenstaates ohne eigenen Weg, eigene Gedanken und Interessen bringen, ein abhängiges Land, dem man wirtschaftliche Privilegien und Kapitulationen einräumen kann. [...] Die türkische Nation wird trotz aller Hindernisse und trotz der Einkesselung durch Druck und Verrat und mit der Erlaubnis des Allerhöchsten ihren Platz unter den führenden Staaten einnehmen. Dies werden die Nationalisten bewerkstelligen, die opferbereiten, leidgeprüften, jedoch stets vornehmen und würdevollen Kinder der Nation.“⁴⁷¹

4.1.2.3 Die Interessenkonstellationen der MHP bezüglich ihrer EU-Haltung

Die MHP unter Türkeş war eine „Führerpartei“.⁴⁷² Bahçeli hat hingegen (besonders seit 2000) die innerparteiliche Demokratie im begrenzten Maß befördert, was die MHP immerhin zu einer „Kaderpartei“ wandelte. Innerhalb der MHP gibt es dennoch keine verschiedenen Interessenkonstellationen, die ihre EU-Haltung entscheidend beeinflussen – wenngleich die Erneuerungsbemühungen von Bahçeli von einigen wichtigen MHP-Politikern stark kritisiert werden bzw. eine striktere Haltung gegenüber den EU-Forderungen verlangt wird. Hier ist die Konkurrenz zwischen Traditionalisten und Gemäßigten zu erwähnen. Denn innerhalb der „Ülkücü“-Bewegung existieren zwei Hauptströmungen: die türkisch-turanistische bzw. -nationalistische Ideologie der MHP und die türkisch-islamische Ideologie der BBP. Die BBP akzentuierte meistens EU-skeptische Einstellungen; allerdings ist sie zum Ende des Jahres 2005 eine direkte EU-Gegnerin geworden, weil die EU der Türkei keine klare Mitgliedschaftsperspektive gegeben und keine angemessenen Mitgliedschaftsbedingungen formuliert habe.⁴⁷³ Im Hinblick auf die Positionierung der MHP gegenüber der EU soll beleuchtet werden, ob und wie dabei ihre Wähler (und deren Merkmale) eine Rolle spielen: Hier ist zunächst zu erwähnen, dass die Ideologie der „Ülkücü“-Bewegung die Schulbildung und

⁴⁷¹ Vgl. Bahçeli, Devlet (2006): <http://www.mhp.org.tr/gbk.php?content=65&cat=13> (24.11.2006). Siehe auch Bahçeli, Devlet: <http://www.mhp.org.tr/gbk.php?content=69&cat=13> (11.9.2006).

⁴⁷² Vgl. Schüler, Harald: Die türkischen Parteien und ihre Mitglieder, DOI Hamburg 1998, S. 109 – 113.

⁴⁷³ Siehe die offizielle Website der BBP: <http://www.bbp.org.tr/index.php> (12.11.2005); vgl. Özkaynar, Bilal Habeşi: BBP und ihre Sicht zur EU, in: Ermagan, Ismail (Hg.): 2010, S. 148 – 170.

damit auch eine bestimmte Wählerschicht geprägt hat. Die Wähler der MHP⁴⁷⁴ sehen sich in erster Linie als türkisch-nationalistisch (83 %) und atatürkistisch (53 %) an.⁴⁷⁵ Bei den Wahlen von 2007 haben 60 % der MHP-Wähler in der Hoffnung auf eine Lösung für den PKK-Terror und 57 % von ihnen aufgrund ihrer „ideologischen Positionierung“ die MHP gewählt.⁴⁷⁶ Die wichtigsten zwei Probleme der Türkei seien für sie mit 61 % die wirtschaftliche Krise und mit 58 % der Zerfall des Landes.⁴⁷⁷ Die größten Wählergruppen der MHP sind Männer und Personen mit Schulabschluss. Es ist ferner relevant, dass die MHP sowohl für die Wähler der AKP als auch die der CHP eine Alternative darstellen kann.⁴⁷⁸ Die Anhänger der MHP haben die EU noch nie als besonders positiv eingeschätzt: Ihre Unterstützung für die EU fiel von 54 % in der Mitte des Jahres 2002 auf 47 % Anfang 2006.⁴⁷⁹ Die Rate der EU-Befürworter innerhalb der MHP sank Ende 2007/Anfang 2008 bis auf 25 %, während sich die Rate der EU-Gegner bis auf 50 % erhöhte.⁴⁸⁰

⁴⁷⁴ Das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte erreichte die MHP mit 18,1 % der Stimmen (5,5 Mio.) bei den Parlamentswahlen von 1999. Die Analyse der damaligen MHP-Wählerstimmen kann dazu beitragen, das Potenzial der MHP einzuschätzen: „1,8 Mio. Stammwähler; 1,1 Mio. ehemalige Wähler der ANAP und DYP [mitte-rechte Parteien, I.E.]; 700.000 ehemalige Refah[islamistische Partei, I.E.]-Wähler; 100.000 andere. Also sind 41 % davon Stammwähler; 10 % ehemalige ANAP; 8 % ehemalige DYP; 6 %, ehemalige Refah und 5 % andere. 29 % der MHP-Stimmen sind Erstwähler. 75 % davon sind Männer. Die regionale Verteilung zeigt, dass 30 % der MHP-Wähler aus Zentralanatolien, 26 % aus der Schwarzmeer-Region und 20 % aus den Städten kommen. Die Mehrheit der MHP-Wähler sind Arbeiter, Handwerker, Studenten, Bauern oder Arbeitslose.“ Vgl. Schröder, Katy (2003): S. 134 f.

⁴⁷⁵ Vgl. A&G Araştırma: Gündem Araştırması, 12. und 13. Januar 2008, in: <http://www.agarastirma.com.tr/pdfler/gundem-arastirmasi-ocak-2008.pdf>, S. 20 (10.9.2008); vgl. Gür, Adil: Türkiye'nin ruh hali değişti, in: <http://www.taraf.com.tr/nese-duzel/makale-adil-gur-turkiyenin-ruh-hali-degisti.htm>, (27.01.2010).

⁴⁷⁶ Vgl. A&G Araştırma: Oylar kime, neden verildi?, in: <http://www.milliyet.com.tr/2007/07/25/siyaset/axsiy03.html> (25.7.2007).

⁴⁷⁷ Vgl. Erdem, Tarhan: Yeni Türkiye'yi Anlamak, in: http://www.konda.com.tr/html/dosyalar/yeni_turkiye.pdf, S. 43 (3.11.2007).

⁴⁷⁸ Vgl. Ağırır, Bekir: Seçim'07. Sandığın içindekini ne belirledi? 22 temmuz 2007, Seçim analizi, in: http://www.konda.com.tr/html/dosyalar/sandigin_icindeki.pdf (30.7.2007).

⁴⁷⁹ Vgl. Yılmaz, Hakan (2007): S. 227 f.

⁴⁸⁰ Vgl. Erdem, Tarhan: Yeni Türkiye'yi Anlamak, in: http://www.konda.com.tr/html/dosyalar/yeni_turkiye.pdf, S. 42 (3.11.2007); vgl. A&G Araştırma: Gündem Araştırması, 12. und 13. Januar 2008, in: <http://www.agarastirma.com.tr/pdfler/gundem-arastirmasi-ocak-2008.pdf>, S. 46 (10.9.2008).

4.1.2.4 Die Rolle der MHP in den EU-Türkei-Beziehungen

Die Analyse der bisherigen Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft bzw. der EU und der Türkei mit Blick auf die Positionierung der MHP gegenüber der europäischen Integration erleichtert es, die derzeitige EU-Haltung der MHP zu beurteilen. Hierzu ist generell Folgendes zu sagen: Obwohl sie in den siebziger Jahren ein beharrlicher EWG-Gegner war, vertritt sie seit Anfang der 1980er bzw. 1990er Jahre neben einer skeptischen mitunter auch eine die Integration befürwortende Haltung.⁴⁸¹ In den siebziger Jahren herrschte in der türkischen Politik, bedingt durch den Kalten Krieg, eine Konjunktur der ideologischen Radikalisierung und politischen Polarisierung, wobei radikale linke sowie rechte Parteien zunehmend Einfluss auf die türkische Gesellschaft nahmen. Dies wirkte sich ganz offen auch auf die Beziehungen zur EWG negativ aus. Die linkssozialistische Arbeiterpartei der Türkei (TİP),⁴⁸² die islamistische „Nationale Heilspartei“ (MSP) und die rechtsnationalistische MHP waren quasi als Koalition strikt gegen den Beitritt der Türkei zur EWG.⁴⁸³ Obwohl die MHP einst in erster Linie gegen „die kommunistische Bedrohung aus Russland“ gehandelt hatte, wurde sie bezüglich der EWG-Mitgliedschaft von den Ansichten der TİP und der MSP beeinflusst bzw. übernahm diese: Laut der Linken bzw. Sozialisten war die EWG ein Anhängsel des amerikanischen Imperialismus, durch das die Türkische Republik auch wirtschaftlich geschädigt werden würde. Hinsichtlich EWG-gegnerischer Tätigkeiten nahm Ülkü Ocakları Birliği, eine zivilgesellschaftliche Organisation der MHP, an einer effektiven „Say No to the Common Market“-Kampagne teil, in der Folgendes behauptet wurde: “Our country will [im Falle eines Beitritts, I.E.] become an open market for foreign giants and the Turkish nation will no longer be able to retain its economic, social and finally political

⁴⁸¹ Vgl. Birand, Mehmet Ali (2005): S. 482; vgl. Cayhan, Esra: in: Dedelioglu, Beril, 2003, S. 480 – 490.

⁴⁸² Die Arbeiterpartei der Türkei war eine prosovjetsch orientierte Partei, die 1961 von zwölf führenden Gewerkschaften gegründet wurde. Nach den Parlamentswahlen von 1965 erreichte sie mit drei Prozent der Stimmen ihren größten Erfolg und entsandte 15 Abgeordnete ins Parlament. Sie hatte als erste Partei die Realität einer Kurdenfrage anerkannt und dies in ihr Parteiprogramm aufgenommen. Deswegen wurde die TİP 1971 vom Verfassungsgericht verboten. Nach ihrer Neugründung 1976 konnte sie ihre alte Basis nicht mehr mobilisieren und erreichte bei den Wahlen 1977 nur noch 0,14 Prozent der Stimmen. Nach dem Militärputsch von 1980 fanden viele führende Kader in Europa Asyl und setzten ihre politische Arbeit von dort fort. Die TİP vereinigte sich 1988 mit der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) zur Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei (TBKP). Die TBKP funktionierte nicht, und deren Kader nahmen an der TKP und der Partei der Freiheit und Solidarität (ÖDP) teil. Siehe Metin Çulhaoğlu (2002): Tarih Türkiye Sosyalizm und Salman, Turhan (2004): TİP (Türkiye İşçi Partisi) Parlamentoda 1. Cilt (1963 – 1996).

⁴⁸³ Vgl. Akgül, Birol: Twins or Enemies, in: <http://meria.idc.ac.il/2002/issue1/jv6n1a2.html>, (9.9.2010).

independence.”⁴⁸⁴ Laut der islamistischen MSP wiederum war die EWG „nichts anderes als ein vom Vatikan geförderter und unterstützter ‚christlicher Club‘, in den die muslimische Türkei nicht aufgenommen würde.“⁴⁸⁵ Daneben betonte die MHP auch, dass „ein Anschluss an die Europäische Gemeinschaft den europäischen Staaten die historische Gelegenheit geben würde, sich in die inneren Angelegenheiten einzumischen, mit dem Ziel, die staatlichen Strukturen zu schwächen, Minderheiten und ‚überverwestlichte‘ Türken dazu aufzuhetzen, gegen den türkischen Staat zu rebellieren und schließlich das Land zu teilen und seine verschiedenen Teile zu kontrollieren.“⁴⁸⁶ Bei der EWG-Gegnerschaft der MHP spielte ebenso ihre identitätsbezogene Besorgnis eine Rolle, wonach der EWG-Beitritt die türkische nationale Identität sowie deren kulturelle Eigenschaften in großem Maße beeinträchtigen würde: Die damalige MHP bestand mehrheitlich aus einer Personengruppe, „die auf der einen Seite mit der traditionellen türkischen Kultur vertraut war, auf der anderen Seite auch die westliche Kultur und Lebensweise kannte, diese aber als bedrohlich empfand, da durch sie vertraute Werte, Kenntnisse und Sicherheiten verloren gehen könnten“⁴⁸⁷. Demnach würden die türkische Sprache, Kultur, Traditionen und Erziehung durch den Einfluss eines EWG-Beitritts überfremdet. Zudem gehöre die Türkei nicht zum Kreis der EWG-Länder, sondern zur islamischen Welt⁴⁸⁸ und sollte ihre Beziehungen nur im islamischen Raum – als echte Basis der politischen Existenz der Türkei – etablieren, den sie durch einen EWG-Beitritt verlieren würde.⁴⁸⁹ In der Folge stand die MHP in den gesamten siebziger Jahren ideologisch und prinzipiell einer europäischen Integration der Türkei ablehnend gegenüber. Trotz ihrer geringen Wahlerfolge waren MHP und MSP stark genug, um die große Mitte-Rechts-Partei, die „Gerechtigkeitspartei“ (AP), so weit zu schwächen, dass sie nur durch eine Koalition mit diesen beiden radikal rechten Parteien die Regierung bilden konnte. Als Koalitionspartner in der sogenannten „Nationalen Front“ zwischen 1975 und 1977 und dann als parlamentarische Unterstützerin einer AP-Minderheitsregierung 1980 prägte die MHP die Innen- und Außenpolitik der AP-geführten Regierungen stark bzw. blockierte ihre Versuche, die Türkei an die EWG heranzuführen.

⁴⁸⁴ Vgl. İlkin, Selim (1990): A Short History of Turkey's Association with the European Community, in: Evin, Ahmet/Denton, Geoffrey (Hgg): Turkey and the European Community, Opladen, S. 40 f.

⁴⁸⁵ Vgl. Insel, Ahmet (2005): S. 203; vgl. Milli Gazete: Hauptartikel von 22.10.2005. Siehe für dieses Argument auch Taşkın, Hasan (2006): Hristiyanlaştırılmış Türkiye [Die christianisierte Türkei].

⁴⁸⁶ Vgl. Yılmaz, Hakan (2007): S. 220.

⁴⁸⁷ Vgl. Yeşilyurt, Zuhale (2000): S. 99 – 100.

⁴⁸⁸ Vgl. Ramoğlu, Kemal: Dissertation, Bonn 1994, S. 126.

⁴⁸⁹ Vgl. Yeşilyurt, Zuhale (2000): S. 99.

Nach dem Militärputsch von 1980 begann die MHP allmählich, die EG-Integration zu unterstützen. In einer bipolaren Weltpolitik sollte die Türkei laut der MHP den Westen (d. h. die Europäer und besonders die Amerikaner) als Gegenpol zur „kommunistischen Sowjetunion“ sehen und so die Beziehungen mit Ersterem weiter entwickeln. In den siebziger Jahren kämpften die Anhänger der MHP gegen die starke türkische Linke, um „diese in der Türkei kein kommunistisches System bzw. unter dem Mantel des Kommunismus keine sowjetische Herrschaft begründen zu lassen“⁴⁹⁰. Eine derart motivierte EG-Unterstützung trug einen außenpolitisch-pragmatischen Zweck gegenüber den feindlichen Blöcken, dem Kommunismus und Kapitalismus, und ist deswegen als „pragmatische EG-Unterstützung“ zu bezeichnen.

Die Pro-EU-Haltung der MHP kündigte sich unter der Bahçeli-Führung öfter an, wenngleich die MHP die Türkeipolitik der EU seit der Formulierung von Bedingungen für die Perspektive des Beitritts in die EU (2001) überwiegend kritisierte. In diesem Sinne wurde z. B. das „negative“ Ergebnis des Luxemburger EU-Gipfel von 1997, wo der Türkei kein Beitrittsstatus verliehen wurde, von ihr stark kritisiert mit dem Argument, die Türkei sei von der EU – im Vergleich zu den als Beitrittskandidaten angenommenen südöstlichen und östlichen EU-Ländern – diskriminiert worden. Obwohl die MHP die „positive“ Türkei-Entscheidung in Helsinki 1999 begrüßte, war und ist sie nicht bereit, alle Kopenhagener Kriterien zu bestätigen. Anstelle der „kommunistischen Gefahr“ der siebziger Jahre war gemäß der MHP der wichtigste Staatsfeind der Türkei in den neunziger Jahren der PKK-Separatismus bzw. der kurdische Nationalismus. Somit war (und ist) die Kritik an der EU und an deren Forderungen im Hinblick auf die Rechte der Kurden die Hauptquelle des Skeptizismus der MHP gegenüber der EU. Laut MHP sollten daher die Beziehungen der Türkei zur EU nicht an die Bedingung einer tiefgreifenden ideologischen bzw. strukturellen Transformation geknüpft sein, sondern auf eine pragmatische Ebene reduziert werden, schließlich habe Europa eine andere Kultur. Außerdem sei fraglich, ob die EU die Türkei jemals aufnehme.⁴⁹¹ Demgegenüber ist hierzu nicht zu übersehen, dass dieselbe Partei ein wichtiger Koalitionspartner in der Regierung von Ecevit war, die zwischen 1999 und 2002 die ersten wichtigen EU-Reformen gestaltete. Infolge der bis dahin meistens EU-skeptischen Ideen der MHP wäre eher anzunehmen gewesen, sie würde die EU-Reformen völlig blockieren. Dies war jedoch nicht der Fall: Weil die MHP grundsätzlich eine EU-Mitgliedschaft der Türkei wünscht(e), unterstützte sie damals für einige Zeit den EU-Prozess der Türkei. Diese EU-Unterstützung der MHP wurde von der

⁴⁹⁰ Vgl. Landau, Jacob M. (1981): Pan-Turkism in Turkey, S. 67.

⁴⁹¹ Vgl. Schröder, Katy (2003): S. 138.

Parteiführung als „Verantwortung gegenüber dem türkischen Volk“ bezeichnet, da die EU-Mitgliedschaft der Türkei bereits als Teil der Staatspolitik zu gelten habe. In dieser Periode hatte die MHP jedoch mit folgenden Beitrittsvoraussetzungen der EU offensichtlich große Schwierigkeiten:⁴⁹² mit der Aufnahme der Minderheitenrechte ins Nationale Programm, mit der Abschaffung der Todesstrafe und mit dem Entwurf der Rechte für die nichttürkischen Minderheiten hinsichtlich eigener Rundfunksendungen und des Unterrichts in ihrer eigenen Sprache.⁴⁹³

4.1.2.5 Die skeptische EU-Haltung der MHP

Wenn man die EU-skeptischen und -gegnerischen Neigungen in der Türkei genauer unter die Lupe nimmt, dann wird deutlich, dass nationales bzw. nationalistisches Denken für die Mitgliedschaftsfrage ein wesentliches Motiv darstellt.⁴⁹⁴ Man hat dies auch bei anderen EU-Staaten bzw. deren Beitrittsprozessen festgestellt, und es ist ebenso bezüglich der Verfassungsfrage der EU immer noch bei nicht wenigen EU-Mitgliedern (z. B. Irland) erkennbar, dass die Ideologie des „Nationalismus“⁴⁹⁵ gegenüber der des Supranationalismus

⁴⁹² Vgl. Daniel, Tobias: Türkei und Europa nähern sich an, in: <http://www.europa-digital.de/aktuell/-dossier/tuerkei/reform.shtml> (13.9.2008).

⁴⁹³ Vgl. Yetkin, Murat (2002): Avrupa Birliği Bekleme Odasında Türkiye, S. 254 f., 305 f. und 315 f.

⁴⁹⁴ Siehe Bahçeli, Devlet (2002): Son Gelişmeler Işığında Türkiye'nin AB Üyeliği ve MHP [Die EU-Mitgliedschaft der Türkei mit Blick auf die letzten Entwicklungen und die MHP], in: <http://www.mhp.org.tr/dokumanlar/kitap/akpabyolharitasi.pdf> (15.9.2008).

⁴⁹⁵ „Nationalismus bezeichnet die Loyalität und die Hingabe zu seinem Volk und zur Nation. Dabei wird dieses Volk und ihre Kultur oft überhöht und idealisiert vor alle anderen Völker (Nationen) gestellt. Politisch ist der Nationalismus oft mit Unabhängigkeitsbestrebungen verbunden (*Befreiungsnationalismus*). Der Nationalismus strebt i. d. R. einen Nationalstaat an bzw. versucht diesen gegen Gefahren zu erhalten oder wieder zu errichten. Ideengeschichtliche Grundlage des Nationalismus ist die Vorstellung, dass die Verschiedenheit zwischen den Völkern nicht nur gegeben, sondern auch erhaltenswert ist. Manche vertreten die Auffassung der Gegensatz zum Nationalismus sei der Imperialismus, der im Universalismus wurzele und eine Idee (z. B. Menschenrechte, den *richtigen* religiösen Glauben, eine Ideologie) möglichst auf der ganzen Erde verbreiten wolle. Andere wiederum vertreten genau das Gegenteil, nämlich, dass Imperialismus und Nationalismus sich gegenseitig bedingen. [...] Der Nationalismus stellt keine *objektiven* Wertungen über Völker und Nationen auf, wohl aber *subjektive*. Aus der Sicht eines Nationalisten verhält sich die eigene Nation zu fremden Nationen wie die eigene Familie zur fremden: Die eigene liebt man und steht ihr näher. Im Zweifel steht man für die eigene Nation/Familie ein. Eine Abwertung fremder Völker/Familien oder gar ein Hass gegen andere ist damit nicht zwangsläufig verbunden. Dies kann jedoch im Einzelfall in einem Streit geschehen. Im Falle der Pervertierung des Nationalismus zum

als ein entscheidender Schutz hinsichtlich staatlicher Interessen erscheint. Die supranationalen Organisationen der EU fordern implizit sowohl von ihren Beitritts- als auch Mitgliedsstaaten eine Relativierung des Nationalismus. Die Befürchtung der Notwendigkeit einer Teilung bzw. Übergabe der nationalen Souveränität an die supranationalen EU-Gremien führt daher zu einem beachtlichen EU-Skeptizismus. Hierbei werden eine EU-Mitgliedschaft bzw. weitere EU-Schritte als eine Kontrolle der nationalen Eigenschaften oder der Politik eines Landes durch die als hegemonial bezeichneten EU-Institutionen angenommen. Dies ist ein wichtiger Grund für den EU-Skeptizismus der Nationalisten in der Türkei. Ein solcher „souveränitätsbasierter“⁴⁹⁶ EU-Skeptizismus wird in erster Linie von der MHP vertreten. Hinsichtlich der Vorgehensweise innerhalb der türkischen Parteienlandschaft sind die nationalen bzw. nationalistischen Einstellungen bei der MHP als „Partei des rechten Randes“ in Programmatik, Prinzipien, Ideologie und Propaganda in besonderer Weise ausgeprägt. Aus diesem Grund sind die nationale Identität bzw. die Interessen der Türkei die Hauptquelle der MHP-Politik. Seit ihrer Gründung (1969) spielt die MHP in diesem Sinne eine effektive Rolle in Politik, Staat und Gesellschaft, und daher ist sie in der türkischen EU-Frage auf jeden Fall ein wichtiger Akteur. Es lässt sich festhalten, dass die von den EU-Gremien (sowohl des Europäischen Parlaments als auch der Europäischen Kommission) in ihren Berichten betonten Demokratiedefizite der Türkei insbesondere auf ideologischen Eigenheiten der Türkei beruhen. In der türkischen Verfassung wird der Nationalismus in kemalistischer Form als Staatsideologie postuliert. Darüber hinaus propagiert die MHP als Parteiideologie einen Nationalismus mit türkisch-ethnisiertem⁴⁹⁷ (und panturkistischem) Charakter. Um das EU-Verhalten der MHP einzuschätzen, soll deswegen in erster Linie danach gefragt werden, wie die MHP mit ihrer Parteiideologie auf Forderungen nach Demokratisierung bzw. Europäisierung der Türkei durch die EU reagiert. Mit anderen Worten: Die Akzeptanz der EU-Reformen innerhalb der MHP ist ein grundlegendes Messinstrument ihrer Haltung gegenüber der EU.

Hass gegen andere Völker spricht man von Chauvinismus. [...] Der Nationalismus sei ein Phänomen der Moderne. [...] In Europa bekam der Nationalismus einen erheblichen Schub durch die Ideen der Französischen Revolution. In ihrer Folge wurde die Idee der Volkssouveränität populär, welche sowohl einen demokratischen als auch einen nationalen Ansatz hat.“ Vgl. <http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Nationalismus.html> (22.8.2010). Siehe auch Gellner, Ernest (1999): Nationalismus. Kultur und Macht; Smith, Anthony D. (2003): Nationalism. Theory, ideology, history und Öner, Özgür (2002): Nation, Nationalismus und Globalisierung.

⁴⁹⁶ Siehe Unterkapitel 3.2.

⁴⁹⁷ Nationalismus auf die türkische Abstammung bezogen.

Die politisch-ideologische „Verantwortung gegenüber den nationalen und souveränen Strukturen der Türkei“ war und ist in der Geschichte der MHP immer zu beobachten.⁴⁹⁸ Bis 1999 war sie – ihrem Stimmenanteil entsprechend – eine kleine Partei und häufig nicht im Parlament. Infolge ihres außerparlamentarischen bzw. inoffiziellen Einflusses agierte die MHP in den 1970er Jahren jedoch stark gegen die „inneren Feinde“ (nämlich die Linke bzw. „Kommunisten“) und „äußere Feinde“ (z. B. die armenische Terrororganisation ASALA) der Türkei. Als ihre hauptsächlichen Motive wurden der Schutz des türkischen Staates und die Sicherung der Unabhängigkeit der türkischen Nation vorgebracht. Nach 1999 konnte die MHP im Vergleich zu früheren Wahlen einen Stimmenzuwachs verzeichnen.⁴⁹⁹ Bezüglich der EU-Beitrittsfrage wird die MHP besonders dahingehend kritisiert, dass sie grundsätzlich keine EU-Vision habe: Aufgrund ihres extrem nationalistischen Charakters verstärke die MHP die Blockade der Demokratisierung in der Türkei zusätzlich und agiere somit meistens als Bremse hinsichtlich der EU-Reformen. Durch eine Analyse ihrer nationalen wie demokratischen Vorstellungen wird das EU-Verhalten der MHP schlüssiger. Hierfür ist einerseits ihre parlamentarische Politik in den Zeiten der Regierung der Nationalistischen Front (zwischen 1975 und 1978) und in der Dreier-Koalition von DSP, MHP und ANAP (zwischen 1999 und 2002) zu überprüfen. Andererseits muss die Neuorientierung der Partei seit 1997 ins Kalkül gezogen werden, weil sie dadurch ihre Chancen bei den türkischen Wählern vergrößerte und ihr Gewicht in der türkischen Politik stärkte: In der Programmatik der MHP wird die „Nation“ als eine Gruppe von Menschen beschrieben, die eine gemeinsame Geschichte, Ideologie, Kultur, einen gemeinsamen Glauben und eine gemeinsame Vision von der Zukunft teilen. Die Nation finde sich zusammen, um ihre unitäre Identität zu behaupten. Übereinstimmend werden alle Fragen der Demokratie, Meinungsfreiheit, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und des Laizismus grundsätzlich von den Konzepten „Nation“, „Staat“ und „Türkentum“ abgeleitet. Die Beibehaltung dieser Konzepte bewahre die Türkei vor „fadenscheinigen Diskussionen“, die „die Türken zu Abenteuern verleiteten, den sozialen Frieden und die nationale Einheit und Solidarität im Lande zu gefährden“⁵⁰⁰. Wie anhand der beharrlichen Reaktion seitens der MHP auf die Abschaffung bzw. Veränderung des

⁴⁹⁸ Interview des Autors mit Ali Özdemir, Nurhan Cihan und Mete Koca in der Parteizentrale in Bağcılar, Istanbul, 2008, Interviewnummer 69.

⁴⁹⁹ Siehe Pekmezci, Necdet/Büyükyıldız, Nursen (1999): Ülkücüler. Öteki Devletin Sehitleri.

⁵⁰⁰ Vgl. MHP-Parteiprogramm 1998. S. 33.

Türkentumsgesetzes⁵⁰¹ (§ 301 des Türkischen Strafrechtes⁵⁰²) deutlich wird, hat die Idee des Türkentums bei der MHP-Politik Priorität; demgemäß müssen die damit zusammenhängenden „natürlichen Verbindungen“ wie Geschichte, Traditionen und Werte geschützt werden. Nach Bahçeli ist die MHP eine Partei für jene, „die die unitäre Struktur des türkischen Staates schützen, die Loyalität gegenüber den fundamentalen Prinzipien der Republik zeigen und Respekt haben gegenüber allen Beziehungen, die vom türkischen Staat errichtet worden sind“⁵⁰³. Als Resultat erscheint die Betonung der einheitlichen Staats- und Nationsstrukturen der Türkei bei den Demokratisierungsaktivitäten entscheidend, das heißt: Wenn dabei ein Risiko im Sinne einer Verletzung der nationalen Interessen bzw. Einheit wahrgenommen wird, sei keine weitere Demokratisierung durchzuführen. Folglich kann man Folgendes sagen: Obschon die Partei von Bahçeli umstrukturiert wird und sich somit von ihren als extrem betrachteten Vorstellungen in gewissem Maße befreit hat, hat nach wie vor der Nationalismus Vorrang vor der Demokratie bzw. ist die Beibehaltung der nationalen bzw. türkisch-nationalistischen Strukturen wichtiger als die demokratische Konsolidierung der Türkei. Diesbezüglich wird von der Parteiführung unterstrichen, es sei das Ziel der MHP, die Türkei auf diese Weise vor dem politischen und moralischen Verfall zu bewahren. Laut Bahçeli sind

„demokratische Reformen und Verbesserungen der Menschenrechte notwendig für die Integration der Türkei in der Welt. Aber bei der Verwirklichung dieser Werte haben

⁵⁰¹ Die Beleidigung der türkischen Nation, des Staates der türkischen Republik und der Institutionen und Organe des Staates (türk. *Türk Milletini, Türkiye Cumhuriyeti Devletini, Devletin kurum ve organlarını aşağılama*) ist ein Straftatbestand im türkischen Strafrecht, der seit dem 1. Juni 2005 in Kraft ist. Die Neufassung des Artikels trat mit der Veröffentlichung des Gesetzes Nr. 5759 im Amtsblatt der Türkei am 8. Mai 2008 in Kraft. Demnach wurde die Formulierung „Herabwürdigung des Türkentums“ durch „Beleidigung der türkischen Nation“ ersetzt und der Strafraum auf höchstens zwei Jahre reduziert. Siehe Große Nationalversammlung der Türkei: Gesetz: 5759 über die Änderung im türkischen Strafgesetzbuch, 30. April 2008, in: <http://www.tbmm.gov.tr/kanunlar/k5759.html> (05.5.2008). Im Grunde geht es hier um die „Ehre der Nation“. Alles, was dieser Ehre abträglich ist, also dem Türkentum zuwiderläuft, verstößt gegen diesen Paragraph. Zum Beispiel geraten führende Intellektuelle mit diesem Paragraphen in Konflikt. Also handelt es sich um eine Art Zensurgesetz. Vgl. Tellenbach, Silvia (Hg.): *Das neue türkische Straf- und Strafprozessrecht*. Berliner Wissenschaftsverlag (BWV), Berlin 2008; vgl. Höhler, Gerd: Ankara reformiert umstrittenen „Türkentum“-Paragraphen, in: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/ankara-reformiert-umstrittenen-tuerkentum-paragraphen;1414900> (23.8.2010). Es wird kritisiert, dass der Paragraph eher symbolisch justiziabel sei. D.h. würde er abgeschafft, änderte sich nichts an der Rechtslage, da seine Grundsätze über einzelne Gesetze im Rechtssystem verankert sind. Auch in Frankreich findet ein nationales Ehr-Gefühl gesetzlichen Niederschlag.

⁵⁰² Siehe Türkisches Strafgesetzbuch: in: <http://www.tbmm.gov.tr/kanunlar/k5237.html> (05.5.2008).

⁵⁰³ Vgl. Zitiert nach Schröder, Katy (2003): S. 163.

wir einige Empfindsamkeiten. So wollen wir bei der Verteidigung der Menschenrechte nicht die nationale Integrität und das Zusammenleben in diesem Land bedrohen. Wenn wir die Demokratie in der Türkei durch die Förderung von unterschiedlichen ethnischen und religiösen Werten verbessern wollen, werden wir nicht fähig sein, einen Fortschritt zu erreichen, und wir würden somit die Türkei in Gefahr bringen.“⁵⁰⁴

Darüber hinaus ist bezüglich der Beziehung zwischen Demokratie und Nationalismus festzuhalten, dass die MHP auch stark von der ersten Generation der Panturkisten bzw. Turkisten, und darunter besonders von ihrem Vordenker Ziya Gökalp, geprägt wurde. Nach Ansicht Gökalps erlaubte das Entwicklungsniveau des türkischen Volkes keine westliche Demokratie, stattdessen sei eine starke Führer- und Elitenherrschaft zu bevorzugen. Zudem wird dem Individualismus nicht der Raum des absoluten Wertes zugebilligt, der für die westlichen Zivilisationsvorstellungen grundlegend sei. Das Individuum sei selbstzentriert und egoistisch und könne so nicht als moralisches Ideal dienen. Laut Gökalp ist der (türkische) Staat nur dann überlebensfähig, wenn er auf der Dominanz der (türkischen) Nation beruhe. Als politisches Regime solle eine „nationale Demokratie“ gebildet werden: „Beide [Konzepte, nämlich die Nation und Demokratie, I. E.] basierten auf dem gleichen Prinzip, dem der Gleichheit – das erstere auf der Gleichheit innerhalb der nationalen Gesellschaft und das letztere auf der Gleichheit unter Nationen.“⁵⁰⁵ Nur eine homogene Nation sei in der Lage, eine echte Demokratie zu verwirklichen. Dabei solle die oberste Kontrolle nicht den Massen (halk), sondern der Nation (millet) bzw. einer nationalen Elite (güzideler) zukommen, die im Namen der Interessen des Volkes regiere: Zusammenfassend geht es um eine Dominanz bzw. Einschränkung der Demokratie durch Nationalismus.⁵⁰⁶ Gemäß dieser (antiliberalen) Grundhaltung positioniert sich die MHP gegenüber den Reformen im Hinblick auf einen EU-Beitritt nicht uneingeschränkt positiv, da sie bei wichtigen EU-Themen meistens die Bewahrung des Status quo vorsieht.

In diesem Kontext ist ferner zu erwähnen, dass die geschichtlichen Erinnerungen, besonders aus den Gründungszeiten der Türkei, die EU-Haltung der MHP deutlich prägen. Laut der MHP darf die Türkei nie wieder in eine Situation geraten, die ihre Unabhängigkeit zerstören bzw. in Gefahr bringen könnte. Hierbei wird die EU-Mitgliedschaft bzw. der Verhandlungsrahmen zwischen der EU und der Türkei mit folgenden Argumenten als eine entsprechende Herausforderung wahrgenommen: „die Änderung der einheitlichen Struktur, Bildung in einer

⁵⁰⁴ Vgl. Schröder, Katy (2003): Ebd.

⁵⁰⁵ Vgl. Schröder, Katy (2003): S. 53.

⁵⁰⁶ Vgl. Arıkan, E. Burak (1999): S. 122.

anderen Sprache, die Eröffnung der Geistlichen-Schule, die Bewilligung des Status des Patriarchats als ‚ökumenisches‘ Patriarchat, die gemeinschaftliche Verwaltung der Flüsse Euphrat und Tigris, die Anerkennung der Griechen als legitime Vertreter Zyperns, die Erfüllung der Forderungen Griechenlands in der Ägäis als Voraussetzung für Verhandlungen“⁵⁰⁷.

Um die EU-Haltung der MHP zu verstehen, sollen außerdem die ideologischen Anhaltspunkte dieser Partei bezüglich der Außenpolitik bzw. der EU-Mitgliedschaftsperspektive der Türkei betrachtet werden: Die MHP wird von vielen Autoren als die erste politische Organisation des (Pan-)Turkismus bezeichnet,⁵⁰⁸ denn „the early foundations of the MHP programme date back to the late 1940s“⁵⁰⁹. Nach der ersten Generation der Panturkisten und Turkisten, die in der letzten Phase der Osmanen (1840 bis 1920) lebten, versuchte deren zweite Generation, diese ideologische Bewegung besonders in den 40er Jahren wiederzubeleben. Dazu gehörten u. a. Nihal Atsız und Alparslan Türkeş, die die MHP durch ihre weltanschaulichen Formulierungen stark beeinflussten. Um die irredentistische⁵¹⁰ Besonderheiten beinhaltende Ideologie des (Pan-)Turkismus einer mit dem kemalistischen Nationalismus kompatiblen Form anzugleichen, betonte Türkeş, es habe sich beim Kern ihrer Konzepte eigentlich um einen Anti-Imperialismus gehandelt, der auf die Befreiung der (u. a. in der Sowjetunion) „gefangenen Türken“ abgezielt habe. Dementsprechend wird auf offizieller Ebene der von der MHP vertretene Nationalismus als ausschließlich auf das Territorium der Türkei beschränkt definiert. Der panturkistische Aspekt der MHP-Ideologie war überdies bei Türkeş’ Erklärungen erkennbar: „Unser Nationalismus beinhaltet auch diese Forderung: wo immer in der Welt ein Türke ist, wird er ein Teil unserer Interessensphäre“⁵¹¹, und „der Nationalismus, an den wir glauben, ist [...] auf dem Weg des groß-türkischen Ideals.“⁵¹² Deshalb forderte er kulturelle und politische Unterstützung für die „gefangenen Türken“ – in der damaligen Sowjetunion, dem Nord-Irak, dem Nord-Iran, Bulgarien, Ost-Griechenland (West-Thrakien)

⁵⁰⁷ Vgl. MHP (2005): İşte! AKP’nin Avrupa Birliği Yol Haritası: ‚Çıkamaz Sokak‘ [AKPs Fahrplan zur EU: ‚Eine Sackgasse‘], S. 6.

⁵⁰⁸ Siehe Landau, Jacob 1991 und Steinbach, Udo 1996.

⁵⁰⁹ Vgl. Arıkan, E. Burak (2002): Turkish ultranationalists under review: a study of the Nationalist Action Party, *Nations and Nationalism*, Vol.8, No.3, July 2002, S. 357 – 375, hier: S. 359.

⁵¹⁰ Irredentismus ist die Ideologie jeder politischen Bewegung, die sich darum bemüht, vom Vaterland abgetrennte Gebiete mit einer Minderheit der eigenen Nationalität und/oder angeblich verwandten Ethnien (wieder) dem Vaterland anzuschließen.

⁵¹¹ Vgl. Türkeş, Alpaslan (1973): *Yeni Ufuklara Doğru*, Istanbul, S. 19.

⁵¹² Vgl. MCP-Parteiprogramm: 1988. S. 17.

und Nord-Zypern. Diesem Ziel fühlte sich die MHP mit der Auflösung der Sowjetunion und der Wiederbelebung der nationalistischen Bewegungen im Kaukasus und in Zentralasien näher gekommen. Nach Türkeş solle die Türkei als „großer Bruder“ agieren und könne somit eine „Supermacht des 21. Jahrhunderts“⁵¹³ werden.⁵¹⁴ In den 1990er Jahren, genau nach der Unabhängigkeit dieser Turkrepubliken, waren die Hoffnungen bezüglich der Entwicklung einer „Türkischen Welt“ so groß, dass sie sich nicht nur auf die MHP-Anhänger beschränkten. Diese Republiken bzw. die „Türkische Welt“ wurden zu diesem Zeitpunkt auch von einigen anderen Parteien als Gegenpol zur EU betrachtet.⁵¹⁵ Die Stärkung der Beziehungen mit ursprünglich „türkischen“ Gemeinden und Staaten genießt auch bei Bahçelis MHP Priorität.⁵¹⁶ Dementsprechend solle die Türkei ein Modell und ein kulturelles Zentrum nicht nur in der Region, sondern für die gesamten türkischen und islamischen Länder werden.⁵¹⁷ In ihrem Parteiprogramm von 2000 erläuterte die MHP, die Türkei solle eine multidimensionale Außenpolitik verfolgen. In dieser Hinsicht wird auch die Integration der Türkei in die EU unterstützt. Entsprechend der panturkistischen Ideologie der MHP solle die Türkei mit der „Türkischen Welt“ kulturelle, wirtschaftliche, wissenschaftliche und soziale Integrationsmodelle entwickeln,⁵¹⁸ damit der kulturelle (Pan-)Turkismus umgesetzt werden könne. Dabei schlägt die MHP auch die Bildung eines „Ministeriums für die türkische Welt“; die Entwicklung eines „gemeinsamen Marktes der türkischen Welt“; eines „Projektes der Euroasiatischen Union“ und (bei ihrem Wahlprogramm von 2007) eines „Energierats der türkischen Welt“ vor.⁵¹⁹ Nach Ansicht der MHP sei aufgrund des „großen Potenzials der türkischen Welt“ ein EU-Beitritt für die Türkei nicht die einzige außenpolitische Alternative, so müssten keine Zugeständnisse gegenüber den EU-Forderungen gemacht werden. Aus

⁵¹³ Vgl. Bora/Laciner (1995): S. 125.

⁵¹⁴ In diesem Kontext ist auch zu bemerken, dass viele Tausend Panturkisten aus der Türkei als Folge von Türkeş' Tätigkeiten zwischen 1990 und 1994 als Freiwillige an der Seite von Aserbaidschan an den Kämpfen um Berg-Karabach gegen Armenien teilnahmen. Dies führte zum Aufstieg des türkischen Nationalismus und der Popularität nationalistischer Politiker wie Türkeş.

⁵¹⁵ Vgl. Freitag, Rainer: 1990, S. 534.

⁵¹⁶ Vgl. MHP-Parteiprogramm 2000 und vgl. MHP-Parteiprogramm 1998.

⁵¹⁷ MHP-Parteiprogramm 1998, S. 95 f.

⁵¹⁸ Siehe Unterkapitel 4.3.2.7.

⁵¹⁹ Vgl. MHP-Parteiprogramm 2000, S. 96 – 98; vgl. die Wahlerklärung der MHP von 22. Juli 2007, S. 115.

diesen Gründen ist es nicht falsch, wenn man davon spricht, dass unter anderem die panturkistische Ideologie eine Rolle bei dem EU-Skeptizismus der MHP spiele.⁵²⁰

Im Hinblick auf die EU-Position der MHP ist somit zu untersuchen, wie der Übergang der Parteiführung von Türkeş auf Bahçeli (1997) die Politik der MHP beeinflusst hat, zumal Bahçeli bei seinem Amtseintritt eine ideologische und programmatische Umstrukturierung ankündigte.⁵²¹ Dies wurde u. a. durch Slogans wie „Ein neuer Führer. Ein neues Zeitalter“ und „Wir haben uns nicht geändert, sondern weiterentwickelt“ verkündet, die insbesondere nach dem Wahlsieg von 1999 sowohl in der Türkei als auch „in Europa und Amerika einhellig bestätigt und gelobt“ wurden.⁵²² Mit Bezug zur EU-Frage ist nach dieser Erneuerung zu sagen, dass sich dadurch ein Wandel von einer „pragmatischen“ zu einer „prinzipiellen“ EU-Unterstützung vollzogen hat.⁵²³ Bahçeli äußerte sich dahingehend, dass er die MHP „in die Mitte der Gesellschaft“ zurückgeführt habe und niemand den Aufstieg seiner Partei fürchten solle, da er sie ja vom Rechartextremismus ins politische Zentrum gerückt habe. Demnach sei die MHP weder eine Partei des rechten Randes noch eine Partei der rechten Mitte, sondern sie vertrete „das wirkliche Zentrum“ der türkischen Politik auf dem Höhepunkt der türkischen Überzeugungen, Werte und Kultur. Laut der Parteiführung sei der Slogan „Wir haben uns nicht geändert, sondern weiterentwickelt“ formuliert worden, um die radikale Anhängerschaft der Partei nicht zu enttäuschen. Nach Bahçeli wurden Änderungen bei den Methoden und der Praxis der Partei vorgenommen. Hingegen habe sich die Parteiideologie seit dem Tag ihrer Gründung nicht geändert. Jedoch sei diese Erneuerung notwendig gewesen, weil die MHP sich nur so vor den Auswirkungen ihrer ungeschickten Propaganda der 70er Jahre retten könne. Auf ihrem sechsten nationalen Parteitag am 05.11.2000 wurde dieses „neue Image“ wiederholt. Der Parteiführer Bahçeli hob den Wandel hervor, indem er von einem „neuen Nationalismus“, von „Toleranz“ und vom „Vertrag der Partei mit dem neuen Jahrhundert“ sprach. Daraufhin wurde von vielen Nicht-MHP-Wählern diskutiert, ob die MHP auch tatsächlich einen „neuen Nationalismus ohne rassistische und faschistische Eigenheiten“ entwickelt habe.⁵²⁴ In diesem Zusammenhang ist die türkische Öffentlichkeit

⁵²⁰ Andererseits wird ebenso erklärt, dass, falls die Türkei Mitglied der EU würde, dies durch die über die Türkei koordinierten Netzwerke auch gut für die gesamte „türkische Welt“ sei, um sich zivilisatorisch und wirtschaftlich weiterzuentwickeln.

⁵²¹ Vgl. Schröder, Katy (2003): S. 131 – 149.

⁵²² Vgl. a. a. O., S. 131.

⁵²³ Vgl. Bahçeli, Devlet: 21. Yüzyıl ve Türkiye'nin 2023 Vizyonu [Das 21. Jahrhundert und die Türkei-Vision für 2023], Ankara.

⁵²⁴ Vgl. Çınar, Alev/Arıkan, E. Burak (2002): The Nationalist Action Party, S. 34 – 38.

gespalten: Einerseits wird darauf bestanden, dass die MHP sich tatsächlich gewandelt habe bzw. dass Bahçeli kompromissbereit, moderat und staatsmännisch geworden sei. Andererseits wird geglaubt, die Partei habe sich in ihrem Kern nicht geändert; vielmehr gehe es um einen kosmetischen Wandel mit dem Ziel, an die Macht zu gelangen.

Neben ihrer grundsätzlichen Bestätigung von Sinn und Zweck der EU-Mitgliedschaft der Türkei bleibt die MHP im Allgemeinen gegenüber der EU distanziert: Sie ist distanziert bzw. skeptisch, weil die EU einen möglichen Türkeibeitritt als Ganzes noch nicht bestätigt habe. Nach Ansicht der MHP werde die Türkei im Vergleich zu anderen bisherigen EU-Beitrittsprozessen systematisch benachteiligt. Folglich kritisiert die MHP hauptsächlich das Verhalten der EU. Überdies beklagt sie, dass die EU-Institutionen von der Türkei „zahlreiche und unakzeptierbare Bedingungen“⁵²⁵ verlangten, die von den bisherigen Mitgliedsländern nicht gefordert worden seien. Nachdem die Türkei auf dem Luxemburger EU-Gipfel von 1997 nicht in den Kreis der EU-Beitrittsländer aufgenommen worden war, wurde im MHP-Parteiprogramm von 1998 erklärt, dass „Europa eine voreingenommene und feindselige Haltung gegenüber der Türkei verinnerlicht. Daher muss der jetzige Stand der Türkei-EU-Beziehungen ernsthaft revidiert werden. Außerdem muss die Türkei klarmachen, dass sie eine solche Haltung der EU nicht akzeptieren wird.“⁵²⁶ Die Grundhaltung der damaligen MHP gelte bis heute, d. h., dass sie sich bezüglich der Intention bzw. Ehrlichkeit der EU-Mitglieder nicht sicher sei, ob diese die Türkei wirklich als einen „gleichberechtigten Unionsmitspieler“ sehen wollen. Laut Bahçeli muss die Türkei deshalb erneut erwägen, weshalb sie der EU beitreten wolle. Diesbezüglich fordert die MHP besonders dazu auf, die EU möge die Eigenheiten der Türkei bei der Gestaltung der Beitrittskriterien ins Kalkül ziehen – z. B. ihre „türkeiegnerische“ Haltung in der Frage des Völkermordes an den Armeniern und in der PKK-Frage aufgeben. Nach Bahçeli hegt die MHP keinerlei Feindschaft gegenüber Europa und hat keine Absicht, die Türkei zu einer geschlossenen Gesellschaft zu machen; vielmehr bemühe sie sich um eine Öffnung gegenüber der Welt – unter Bewahrung der nationalen Identität.⁵²⁷ Im Grunde genommen betont die MHP, eine türkische EU-Mitgliedschaft solle auch von EU-Seite begrüßt bzw. nicht blockiert werden. Als Folge einer als ungerecht eingeschätzten Aussage eines Politikers in einem europäischen Land (z. B. der Beitritt der Türkei

⁵²⁵ Vgl. MHP (2004): MHP Haklı Çıkmıştır [Die MHP hat Recht], S. 2.

⁵²⁶ Vgl. MHP-Parteiprogramm 1998, S. 96.

⁵²⁷ Vgl. Schröder, Katy (2003): S. 160 f.

zur EU sei „das Ende der EU“⁵²⁸ – Valéry Giscard d’Estaing) oder auch in den offiziellen EU-Gremien bzw. angesichts des von der MHP wahrgenommenen „türkeidiskriminierenden EU-Verhaltens“ schlagen die EU-befürwortenden Tendenzen der MHP seit 2005 in EU-skeptische oder auch -gegnerische um: Laut MHP bräuchten sich die Türken keine große Sorge zu machen, falls die Türkei nicht als Vollmitglied in die EU aufgenommen werden würde, zumal sie eine große Nation seien und eine bedeutende Geschichte hätten.

In Bezug auf die Einschätzung der Beitrittsbedingungen der EU bringt die MHP in ihren Parteidokumenten zum Ausdruck,⁵²⁹ dass die EU-Forderung nach der Erhöhung der rechtlichen Minderheitenstandards bzw. der „Anerkennung neuer Minderheitengruppen“ (wie Kurden und Aleviten) in der türkischen Realität unmöglich bzw. unannehmbar sei; ferner, dass die Minimierung der staatlichen Autorität, die Verringerung der nationalen Sicherheitswahrnehmungen und -strukturen, die Anerkennung der „unkorrekten“ Völkermordbehauptung von Armenien sowie die Reduzierung der (politischen) Rolle der Armee die „Unteilbarkeit des Landes“ und die „Einheit des Staates mit seinem Staatsgebiet und Staatsvolk“ in Gefahr bringe. Ein anschauliches Beispiel für eine solche Kritik der MHP an der EU ist einem von Bahçeli nach der vorzeitigen Entlassung aus der Haft von vier kurdischstämmigen ehemaligen Abgeordneten der verbotenen DEP (Partei der Demokratie) am 13. Juni 2004 verfassten und an etwa viertausend Personen aus der politischen und militärischen Elite des Landes gesendeten Schreiben zu entnehmen: „Die Entwicklungen der letzten Tage zeigen, dass gewisse Personenkreise, die gegen die nationale Einheit und Integrität der Türkei auftreten, das Land in eine gespannte Lage hineinziehen wollen. [...]. Die EU, die ihr Ziel der schrittweisen Politisierung [Legalisierung, I. E.] der PKK zum Schwerpunkt ihrer Türkeipolitik gemacht hat, unternahm alle erforderlichen Maßnahmen, damit diese Gefangenen freigelassen werden [...]. In diesem Prozess hat die AKP die ihr zugeteilte Aufgabe mit großer Loyalität erfüllt und als ersten Schritt den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zum obersten Kassationshof über das türkische nationale Rechtssystem gemacht“.⁵³⁰ Laut der MHP-Führung gehört zu solchen „schädlichen Ideen, deren Wurzeln im Ausland liegen, auch die Menschenrechtspolitik, da sie mit der höheren

⁵²⁸ Vgl. Giscard d’Estaing, Valéry: Giscard warnt vor Aufnahme der Türken, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,221971,00.html> (5.9.2008).

⁵²⁹ Vgl. Bahçeli, Devlet (2005): „Başkent ANKARA“ Mitingi Konuşması, in: <http://www.mhp.org.tr/gbk.php?content=119&cat=14> (17.9.2008).

⁵³⁰ Vgl. Bahçeli, Devlet: Tarihi Görev Çağrısı, Brief vom 13.06.2004. In: Hürriyet am 02.08. 2004, S. 9.

Staatspolitik im Widerspruch steht“⁵³¹. Infolge des unterstellten Verlusts der nationalen Souveränität durch den EU-Beitritt können sich die rechten MHP-Nationalisten auch mit linken Nationalisten wie der Arbeiterpartei⁵³² bezüglich der empfindlichen politischen EU-Themen (u. a. des Türkentum-Gesetzes oder der Zypern-Frage) gegen die Forderungen der EU zusammentun, die in ihrer Wahrnehmung einer „Verwestlichung als Herabwürdigung“ verstanden werden.⁵³³ Somit ist festzustellen, dass es bei der Positionierung der MHP bezüglich der EU-Perspektive auch identitätsbezogene Überlegungen gibt.⁵³⁴ Obschon die Westausrichtung bezüglich der Modernisierung des Landes über eine unwiderstehliche Anziehungskraft verfügt, wird sie vor dem Hintergrund türkisch-konservativer Vorstellungen gleichzeitig als „Naturkatastrophe“ angenommen, deren Auswirkung auch bei den MHP-Politiken zu bemerken ist: „Sie [die Westausrichtung, I. E.] bildet zwar den Weg, den die türkische Gesellschaft wohl oder übel gehen muss, um ihre Existenz zu bewahren, dabei sollte jedoch sorgfältig und bedachtsam vorgegangen und einer Imitation [des Westens durch die Türkei, I. E.] eine deutliche Absage erteilt werden, damit die gemeinschaftliche Würde nicht Schaden nimmt.“⁵³⁵ Deshalb sei die Lösung einerseits in der Übernahme der nützlichen Wissenschaft und Technik des Westens und andererseits in der klaren Zurückweisung seiner als schädlich empfundenen Moralkomponenten zu suchen. Gemäß diesem kulturalistischen Argument des EU-Skeptizismus der MHP soll die Türkei nicht auf ihre eigenen kulturellen und moralischen Merkmale verzichten.⁵³⁶ Dies spiegelt die Angst vor der Zerstörung bzw. Beeinträchtigung der kulturellen Identität und der moralischen Werte der türkischen Gesellschaft durch den EU-Beitritt wider.

Eine weitere Antwort auf die Frage, warum die MHP sich gegenüber der EU skeptisch positioniert, ist schließlich vor dem Hintergrund ihrer außenpolitischen Vorstellungen zu begreifen: Laut der MHP soll die Türkei angesichts ihrer geografischen Schwierigkeiten eine ausbalancierte und vorsichtige Außenpolitik führen. Demnach liegt die Türkei in der Mitte einer Region, in der sich das größte kriegerische Potenzial der Welt befindet. Vom Balkan bis

⁵³¹ Vgl. Insel, Ahmet (2005): S. 203.

⁵³² „Um für die nationalen Interessen des türkischen Staates zu kämpfen, haben sich rechte und linke Nationalisten in der Türkei im Jahr 2003 gegen den westlichen Imperialismus und die ausbeutende Globalisierung vereinigt.“ Vgl. <http://www.habervitrini.com/haber.asp?id=94100> (30.8.2010).

⁵³³ Vgl. Insel, Ahmet (2005): S. 202.

⁵³⁴ Vgl. Bora, Tanıl (2002): *Milliyetçi-Muhafazakâr ve İslamcı Düşünüşte Negatif Batı İmgesi* [Das negative Bild vom Westen im nationalistisch-konservativen und islamistischen Denken].

⁵³⁵ Vgl. Insel, Ahmet: (2005): Ebd.

⁵³⁶ Vgl. Insel, Ahmet: (2005): S. 202 f. und 228.

zu ihren kaukasischen, zentralasiatischen und mittelöstlichen Nachbarn kämpfe die Türkei mit vielen ernsthaften außenpolitischen Problemen. Deswegen müsse sie in der heutigen globalen Zeit eine multidimensionale Sichtweise haben. Einerseits seien die Beziehungen mit den Turkstaaten im Kaukasus und in Zentralasien, mit denen die Türkei eine kulturelle Gemeinsamkeit habe, so weit wie möglich zu entfalten. Andererseits solle sich die Türkei um die EU-Mitgliedschaft bemühen. Allerdings habe die türkische Außenpolitik seit 2003 durch die zahlreichen Zugeständnisse der AKP-Regierung gegenüber den Forderungen der EU und den USA eine völlig passive Position übernommen.⁵³⁷ Die angeblich für das EU-Ziel erlassenen Gesetze hätten die Einheit der Türkei in Gefahr gebracht, weil die EU bei der Gestaltung der Beitrittsbedingungen die inneren und äußeren Gefahrenpotenziale der Türkei nicht berücksichtigt habe. Hierbei sei vonseiten der EU besonders der „magische“ Begriff – „liberale Demokratie“ – verwendet worden und werde es noch immer. Infolge des „Zwangs, der Forcierung und der Erpressung seitens der EU“ werde die türkische Position gegenüber der EU durch die MHP als Bevormundung bezeichnet bzw. stark kritisiert. Aufgrund einer als „lustlos“ empfundenen Türkeipolitik seien die Beziehungen mit der EU neu zu formulieren. Denn in einer solchen Lage sei kein Fortschritt zu erzielen. Daher müsse die EU sich von ihren Türkei-Vorurteilen trennen. Vor den Wahlen von 2007 erklärte die MHP, sie werde die geführten Beitrittsverhandlungen stoppen, falls sie an die Macht komme. In diesem Sinne schlägt sie eine „strategische Denkpause“ vor, in der beide Akteure „eine gesunde, gut durchdachte und wechselseitig zu begrüßende“ Position entwerfen könnten.⁵³⁸ Hier unterstreicht die MHP auch Folgendes: Wenn die Türkei die EU-Mitgliedschaft nicht – im Sinne von „to be or not to be“ – als lebenswichtig betrachte, müsse sie – für immer und ohne ein erfolgreiches Ergebnis – nicht als „Satellitenstaat in der Laufbahn der EU“ mitgeschleppt werden.⁵³⁹

Es stellt sich die Frage, ob und wie der EU-Skeptizismus der MHP den türkischen Beitrittsprozess beeinflusst. Bezüglich der Einflussmöglichkeit der MHP sind besonders folgende drei Quellen von großer Bedeutung: 1) die türkisch-islamische Synthese, 2) der Kampf gegen PKK-Separatismus und 3) der Panturkismus. Als Folge einer Kombination dieser ideologischen und politischen Elemente sinkt das EU-Unterstützungsverhalten bzw. der entsprechende Nationaldurchschnitt in der Türkei, während sich die nationalistischen bzw. EU-skeptischen Neigungen erhöhen. Dies ist die psychologische Auswirkung des EU-

⁵³⁷ Vgl. MHP: AKP'nin Teslimiyet Belgeleri [Die Dokumente der Unterwerfung der AKP]. 6 Ekim 2004.

⁵³⁸ Vgl. MHP: MHP Basın açıklaması [Wahlerklärung], 22. Juli 2007, S. 118 – 121.

⁵³⁹ Vgl. a. a. O., S. 121.

Skeptizismus der MHP. Wenn ein als gefährlich wahrgenommenes EU-Gesetz erlassen wird, geht die MHP eine Koalition ein, um dies zu verhindern. In diesem Sinne benutzt sie – wie die CHP – auch den juristischen Weg. Seit den Wahlen von 2007 bewegen sich die Oppositionsparteien MHP und CHP bei nicht wenigen EU-Ereignissen aufeinander zu.⁵⁴⁰ Hinsichtlich der Reaktion der MHP gegenüber den EU-Reformen ist überdies auf ihre Parteistrukturen hinzuweisen, wo es quasi zwei Sprachen gibt: Die offizielle Sprache wird von der MHP auf der Parteiebene verwendet, während die Sprache auf der Straße, wenn die Sprache von ihren politischen Mechanismen wie Universitäts- oder Jugendorganisationen benutzt wird, einen inoffiziellen bzw. außerparlamentarischen Charakter besitzt. Auf offizieller Ebene verfügt die MHP aufgrund ihrer Abgeordnetenzahl über eine begrenzte Einflussmöglichkeit. Demgegenüber kann sie auf inoffizieller Ebene effektive Anti-EU-Aktivitäten verwirklichen. Der Zuwachs für die MHP fällt zusammen mit einer Welle an ethnischem Nationalismus bzw. EU-Skeptizismus, die besonders seit 2005 in Anatolien zu verzeichnen ist. Sie äußert sich in großen Anti-EU-Demonstrationen⁵⁴¹ oder manchmal in Lynchmordversuchen an Kommunisten und (PKK-)Kurden, in Anschlägen gegen alevitische und die nichtmuslimische Minderheiten und darin, dass Begräbnisse von Soldaten, die der PKK zum Opfer fielen, zu einem Ritual nationalistischer Hetze verkommen.⁵⁴² In diesem Kontext wurde der Slogan „Entweder lieben oder verlassen“⁵⁴³ (Ya Sev Ya Terket) bekannt, dessen unverhohlene Drohung lautet: Wer mit den einheitlichen Strukturen des türkischen Nationalstaates nicht zufrieden ist, müsste dieses Land verlassen. Auf diese Weise spielt die Haltung der MHP bei der Diskussion über die Möglichkeit oder Unmöglichkeit grundlegender politischer EU-Reformen eine bedeutsame Rolle.

⁵⁴⁰ So war es beim Besuch von EU-Kommissionspräsident Barroso im April 2008 hinsichtlich der Souveränität der Türkei bzw. des Verbotsantrags des Generalstaatsanwalts gegen die durch die EU als pro-europäisch bezeichneten AKP zu beobachten.

⁵⁴¹ Zum Beispiel demonstrierten 50.000 Anhänger der MHP am 02. 10. 2005 gegen die EU (und auch gegen die AKP-Regierung) in Ankara. Der MHP-Vorsitzende Bahçeli fokussierte dabei insbesondere auf die alten Ängste der Bevölkerung vor einer Auflösung der Nation und vor allzu vielen Zugeständnissen. Er warf Erdoğan vor, vor der EU kapituliert zu haben. Vgl. NZZ: Verbitterung in Ankara nach dem EU-Streit, in: http://www.nzz.ch/hintergrund/dossiers/die_eu_und_die_tuerkei/die_eu_kandidatur_der_tuerkei/articled7637_1.174686.html (12.9.2008).

⁵⁴² Vgl. Bora, Tanıl: Der „Nationale Reflex“, in: <http://www.birikimdergisi.com/birikim/article.aspx?mid=508&article=Tan%FDI%20Bora%20-%20Der%20%22Nationale%20Reflex%22:%20Die%20fundamentalistische%20Disposition%20des%20Nationalen%20in%20der%20T%FCrkei%20und%20der%20proto-faschistische%20Nationalismus%20der%20MHP> (28.8.2010); vgl. Seufert, Günter (2006): a. a. O.

⁵⁴³ Vgl. <http://www.itusozluk.com/goster.php/ya+sev+ya+terk+et> (22.9.2008).

4.1.2.6 Zusammenfassung des EU-Skeptizismus der MHP

In Bezug auf die skeptische EU-Haltung der MHP ist zusammenfassend festzustellen,⁵⁴⁴ dass die MHP der EU skeptisch bis ablehnend gegenübersteht.⁵⁴⁵ Obgleich sie die EU-Perspektive als eine wichtige globale Option für die türkische Außenpolitik betrachtet,⁵⁴⁶ die auch für die „Türkische Welt“ durch die Schaffung neuer Machtbeziehungen zu empfehlen sei, ist eine EU-Vision bei dieser Partei bzw. deren Anhängern allgemein schwach ausgeprägt geblieben. Dies ist am besten bei liberal-demokratischen EU-Forderungen bzw. bei deren (Nicht-) Bestätigung im türkischen Parlament zu beobachten. Obwohl sich die MHP in diesem Sinne unter Bahçeli entwickelt und ihre beharrliche EU-gegnerische Einstellung der 1970er Jahre grundsätzlich aufgegeben hat, lässt sich bei ihren EU-Vorstellungen weiterhin eine EU-Gegnerschaft bzw. ein EU-Skeptizismus erkennen.⁵⁴⁷ Dabei sind einige Faktoren besonders wichtig:

- a) die exogenen Faktoren des türkischen EU-Beitritts, b) die Notwendigkeit der Entwicklung eines liberalen Demokratiemodells in der Türkei, c) die türkisch-ethnonationalistische (und panturkistische) Ideologie der Partei, d) die starke Pro-EU-Haltung der kurdisch-nationalistischen Partei (DTP bzw. BDP),
- e) die (begrenzte) Auswirkung des Daseins der MHP als Oppositionspartei und f) der Effekt des derzeitigen EU-Verhaltens der türkischen Bevölkerung.

Hinsichtlich des EU-Skeptizismus der MHP spielen die exogenen Faktoren eines türkischen EU-Beitritts bzw. das Türkei-Verhalten der EU eine bedeutsame Rolle: Angesichts der „subjektiven“ Natur der Osterweiterung und der „objektiven“ Kriterien, an denen die Türkei gemessen wurde, kam es nicht von ungefähr, dass die MHP seit Verleihung des Kandidatenstatus zunehmend die Position vertrat, die Türkei werde von der EU unfair behandelt. Dieses Gefühl einer Ungleichbehandlung bzw. des Messens mit zweierlei Maß seitens der EU ist eines der effektivsten Motive des EU-Skeptizismus der MHP. Dementsprechend heißt der grundlegende EU-Slogan der MHP: „Ja zum Beitritt, aber zu einem

⁵⁴⁴ Vgl. Bahçeli, Devlet (2004): Basın açıklaması [Wahlerklärung], in: MHP Hakkı Çıkmıştır [Die MHP hat Recht]. S. 7 – 75.

⁵⁴⁵ MHP: Avrupa Birliği ve Türkiye - Mart 2010 und Milliyetçi Hareket Partisi Avrupa Birliği Raporu - Şubat 2009, in: http://www.mhp.org.tr/raporlar_ab.php (22.8.2010).

⁵⁴⁶ Vgl. MHP (2009): Parteiprogramm, in: http://www.mhp.org.tr/kitaplar/mhp_parti_programi_2009_opt.pdf, S. 124 – 129 (09.9.2010).

⁵⁴⁷ Interview des Autors mit Ahmet Sever an der Universität Akdeniz, Antalya, 2006, Interviewnummer 60.

ehrenhaften“ (onurlu üyelik).⁵⁴⁸ Sie fordert damit eine gleichberechtigte Partnerschaft im EU-Klub. Das soll heißen, dass sich die MHP tendenziell mehr auf die sogenannten türkeigegnerischen Kräfte/Lobbyisten in Europa („PKK-Kurden, armenische Diaspora, extreme Christen und Griechen/Süd-Zyprioten“) bzw. deren Thesen fokussiert.⁵⁴⁹ Es ist in den Parteiorganisationen der MHP wie z. B. den Jugendverbänden nicht selten zu hören, infolge der Beharrlichkeit der Türkei-Gegnerschaft in der EU werde ein türkisches und muslimisches Land letztendlich nicht in die EU aufgenommen. Anders gesagt: Die Türkei solle deshalb nicht der EU beitreten. Im Hinblick auf die Türkei-Haltung der EU bzw. deren Einfluss auf die EU-Position der MHP ist zu berücksichtigen, dass die EU von der Türkei grundsätzlich eine demokratische Konsolidierung ihrer Innenpolitik und eine Europäisierung ihrer Außenpolitik verlangt. Laut der MHP lässt sich feststellen, dass der in Gang gekommene Beitrittsprozess der Türkei unvermindert voranschreitet, wobei allerdings eine gewisse Unsicherheit mit diesem Punkt verbunden ist: Im Vergleich zu vielen anderen Beitrittskandidaten, wo die EU zur politischen Stabilisierung der Länder beigetragen habe, treffe dies für die Türkei nicht zu, weil die EU für den Türkeibeitritt politisch eher eine destabilisierende Wirkung herbeiführe.⁵⁵⁰ Dies ist ein wichtiger Faktor bezüglich der EU-skeptischen Tendenzen der MHP. Die vorrangigen exogenen Gründe für den EU-Skeptizismus der MHP sind: die ablehnende Haltung einiger europäischer Länder (u. a. Österreichs und Frankreichs) gegenüber der Türkei; die Forderungen der EU hinsichtlich des Zypernproblems, der PKK-Politik und der Minderheitenrechte; die zunehmende Tendenz in Europa zur Bestätigung der Einschätzung des osmanischen Handelns an den Armeniern als Völkermord und türkei- bzw. islamfeindlichen Ereignisse (u. a. Mohammed-Karikaturen) in der europäischen Öffentlichkeit.⁵⁵¹

Die Einrichtung einer liberalen Demokratie bzw. die Aufhebung der bestehenden rechtlich-freiheitlichen Restriktionen bezüglich der Meinungsäußerung sowie der Menschenrechte ist eine Notwendigkeit für die EU-Integration der Türkei. Da die MHP die Forderungen der EU diesbezüglich als Schwächung der Einheit der Türkei betrachtet, versucht sie, diese zu blockieren. Nicht nur gebäre der EU-Prozess dadurch die „Feinde“ des türkischen Staates wie

⁵⁴⁸ Vgl. Yetkin, Murat (2002): S. 254 f.

⁵⁴⁹ Vgl. Birand, M. Ali (2005): S. 487 und „MHP Tutumunu Tam Netlestirdi“, in: <http://www.mehmetalibirand.com.tr/yazidetay.asp?id=326> (22.9.2008); vgl. Laçiner, Sedat: Türkiye-Avrupa İlişkilerinde Ermeni Sorunun Etkisi (1980ler), in: <http://www.usakgundem.com/makale/51/t%C3%BCrkiye-avrupa-%C4%B0li%C5%9Fkilerinde-ermen-i-sorunun-etkisi-1980ler-.html> (23.9.2008).

⁵⁵⁰ Vgl. Yılmaz, Hakan (2007): S. 226.

⁵⁵¹ Interview des Autors mit Cihan Paçacı in der Parteizentrale in Ankara, 2008, Interviewnummer 80.

die PKK, sondern er nähre und stärke diese auch. Laut der MHP sollten alle Bürger der Türkei in einer „Einheit von Gedanken und Kultur“ zusammenleben. Im Namen der Demokratie sei der Aufbau zahlreicher „unnötiger“ Subidentitäten und -kulturen nicht erforderlich, sondern die Bewahrung nationaler Homogenität und Solidarität. Die Bildung einer liberalen Version der Meinungsäußerung, der Menschen- und Minderheitenrechte bedeute die Legalisierung bzw. Politisierung („illegaler“) destruktiver Eigenheiten in der Türkei. Die entsprechende EU-Gegnerschaft bzw. der EU-Skeptizismus der MHP resultiert aus den Bedenken, die EU könne darauf abzielen, die Türkei durch demokratiebezogene Beitrittsformulierungen zu zerstören.

Da die MHP bestimmte nationale bzw. nationalistische (und panturkistische) Prioritäten setzt, ist die Beibehaltung der einheitlichen Strukturen der Türkei das Zentrum ihrer Politik und bestimmt ihre Position gegenüber der EU. Aus dieser Sicht entsteht z. B. durch die auf Minderheiten bezogenen EU-Bedingungen (für Kurden, Aleviten oder Nicht-Muslime) eine direkte Bedrohung für die Macht des Staates. Das Motiv der „unaufhörlichen“ Reformappelle der EU an die Türkei entspreche der traditionellen westlichen Strategie einer Spaltung der türkischen Nation, indem man zunächst „künstliche Minderheiten“ bilde, die dann unter westlichen Schutz gestellt und dazu angeregt werden, gegen den türkischen Staat zu rebellieren. Dies wird gemeinhin als Sèvres-Syndrom bezeichnet⁵⁵² bzw. die Angst des Separatismus der Türkei durch den EU-Prozess.⁵⁵³ Gleichmaßen würde eine EU-Politik, die die zypriotischen Griechen gegenüber den zypriotischen Türken bevorzugt und die Türkei dafür bestraft, sich den EU-Forderungen in dieser Hinsicht nicht zu beugen, ebenso dem türkischem Radikalismus in die Hände spielen.“⁵⁵⁴ Angesichts solcher „gefährliche[r] und unendliche[r] EU-Befehle[n]“ solle die Türkei nicht mehr lange an die Tür der EU klopfen. Die Nicht-Realisierung des EU-Beitritts sei nicht das Ende der Welt, stattdessen solle die Türkei aufgrund ihrer „nationalen Ehre“ nach Alternativen suchen. Nach der panturkistischen Ideologie der MHP ist die Vereinigung der Türkei mit den Turkvölkern im Kaukasus und in Zentralasien eine wichtige außenpolitische Option der Türkei, wodurch das sogenannte Projekt der „Türkischen Welt“ als eine effektive kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit entwickelt würde.

⁵⁵² Siehe Unterkapitel 4.3.1.2.

⁵⁵³ Vgl. Bahçeli, Devlet (2006): 8 Kasım 2006 günü açıklanan Avrupa Birliği Türkiye İlerleme Raporu ve Strateji Belgesi hakkında basın açıklaması. 9 Kasım 2006“, in: <http://www.mhp.org.tr/gbk.php?content=69&cat=13> (9.11.2006).

⁵⁵⁴ Vgl. Yılmaz, Hakan (2007): S. 242.

Ebenfalls wichtig für ein Verständnis des EU-Skeptizismus der MHP ist das gegenseitige Anstoßen bzw. die Radikalisierung des türkischen und kurdischen Nationalismus: Die Positionierung der MHP gegenüber der EU wird vom EU-Verhalten der pro-kurdischen Partei DTP (Demokratischen Volkspartei), Vorgängerin der BDP, beeinflusst. Bezüglich der Anerkennung der kurdischen Identität hat die DTP hohe Erwartungen an den EU-Prozess.⁵⁵⁵ Die starke EU-Befürwortung der DTP führt zu einer klaren Erhöhung der EU-skeptischen Tendenzen innerhalb der MHP, da, so die Parteimeinung, die EU hierdurch den kurdischen Separatismus ermutige. „Beachtenswert ist der Kontrast zwischen der türkisch-ethnonationalistischen Partei (MHP), die an erster Stelle unter den euroskeptischen Gruppen steht, und der kurdisch-ethnonationalistischen Partei (DTP), die unter den nicht-euroskeptischen Gruppen an der Spitze steht. Diese Überschneidung zwischen extremem türkischen Nationalismus und extremem Euroskeptizismus einerseits sowie extremem kurdischen Nationalismus und extremem Nicht-Euroskeptizismus andererseits signalisiert ein ziemliches Gefahrenpotenzial für das europäische Projekt, die türkische Gesellschaft entlang der ethnischen Linien zu polarisieren.“⁵⁵⁶

Überdies beeinflusst das Dasein in der Opposition das EU-Verhalten der MHP nur begrenzt: Bei der EU-skeptischen Positionierung der MHP gilt folglich Sitters Argument (2001) nicht ganz, womit er den Zusammenhang zwischen dem EU-Skeptizismus einer Partei und ihrer Rolle als Oppositionspartei demonstrierte.⁵⁵⁷ Im Zusammenhang mit dem traditionell ausgeprägten EU-Skeptizismus der MHP ist nicht so entscheidend, ob sie an der Macht oder in der Opposition ist. Aber ein realistischer Regierungsanspruch beinhaltet auch, dass die MHP aufgrund ihrer Verantwortlichkeit gegenüber dem türkischen Wählervolk und einer ernsthaften Staatsführung gleichsam als Unterstützerin bzw. nicht zwingend als Gegnerin (einiger) EU-Reformen agieren kann.

Hierbei ist ein weiterer wichtiger Aspekt zu erläutern: Im Hinblick auf einen EU-Beitritt der Türkei wurde durch die MHP-Parteipublikationen angekündigt, sie unterstütze diesen Prozess prinzipiell. An dieser Stelle ist allerdings darauf zu verweisen, dass die EU-Befürwortung der MHP nicht als prinzipiell, sondern als konsequentialistisch erscheint. Dies wird besonders bei ihrer Anti-EU-Reaktion gegenüber EU-Reformen deutlich: Bei Reformforderungen der EU an die Türkei, die von der MHP nicht akzeptiert werden, zeigen sich unmittelbar EU-skeptische

⁵⁵⁵ Interview des Autors mit M. Sait Şaşmaz in der Parteizentrale in Bağcılar, Istanbul, 2006, Interviewnummer 13 und mit Ahmet Türk, 2009, Interviewnummer 94.

⁵⁵⁶ Vgl. Yılmaz, Hakan (2007): S. 240 – 241.

⁵⁵⁷ Vgl. Sitter, Nick (2001): S. 22 – 39; vgl. Yılmaz, Hakan (2007): S. 218.

Neigungen in der MHP. Wenngleich die MHP zwischen 1999 und 2002 an der Koalitionsregierung beteiligt war, während der der Türkei ihr Kandidatenstatus zugesprochen und wichtige EU-Forderungen (z. B. die Aufhebung der Todesstrafe außerhalb von kriegesischen Auseinandersetzungen) umgesetzt wurden, versuchte die MHP – neben ihrer generellen Unterstützung der EU-Perspektive der Türkei –, einige im Hinblick auf die EU durchgeführte fundamentale Reformen zu blockieren. Die damalige EU-Gegnerschaft der MHP beeinflusste ihre Wähler so sehr, dass die stärksten EU-skeptischen Parteianhänger bei den Wahlen von 2002 diejenigen der MHP waren.⁵⁵⁸ Die gleiche „Aktion-Reaktion-Beziehung“ zwischen der MHP und ihren Wählern ist ebenso bei den Wahlen von 2007 erkennbar.

Ihre populistische und sogar opportunistische Orientierung wirkt sich ferner auf die EU-Haltung der MHP aus, sodass die aktuellen Einstellungen der türkischen Bevölkerung gegenüber der EU wiederum die MHP beeinflussen – entweder in affirmativer oder ablehnender Weise. Dabei erscheint der Zeitgeist wirkungsvoll als konjunktureller Faktor der EU-Unterstützung. Dadurch durchlaufen einige Parteien folgenden Prozess: Obwohl sie angesichts der EU-Forderungen anders denken bzw. demgegenüber große Bedenken haben, fühlen sie sich genötigt, sich unterstützend zur EU-Perspektive der Türkei zu äußern. Ihr Abstimmungsverhalten im Parlament zu von der EU verlangten Reformen kann dann jedoch von der früher deklarierten Unterstützung stark abweichen. Entsprechend der durchschnittlich hohen EU-Unterstützung in der Türkei zwischen 1999 und 2005 war die Rate der EU-Gegnerschaft der MHP geringer als nach der Periode ab 2005, in der die EU-Unterstützung in der Türkei generell gesunken ist bzw. EU-Gegnerschaft und -Skeptizismus generell zunehmen. Faruk Bal, Vizepräsident der MHP, hat deren Politik gegenüber der EU folgendermaßen auf den Punkt gebracht:

„Die MHP ist nicht gegen die EU-Integration, sondern die ‚Vorstellung einer geschwächten bzw. aufgeteilten Türkei‘ durch einen möglichen Beitritt. Auf die EU-Perspektive als eine Staatspolitik ist nicht zu verzichten. Hingegen sollten auch die EU-Staaten und -Völker verdeutlichen, dass sie die türkische Mitgliedschaft begrüßen. Die MHP kritisiert besonders solche EU-Forderungen, die darauf abzielten, die Türkei auf dem Weg in die EU in eine Sackgasse zu führen. Indem die MHP auf ein solches EU-Verhalten hinweist bzw. dies stark kritisiert – dies verstärkt während der Verhandlungen

⁵⁵⁸ Vgl. Yılmaz, Hakan (2007): S. 239.

mit der EU die Macht der derzeitigen AKP-Regierung –, will sie eigentlich zeigen, dass ihrerseits keine Feindschaft gegenüber der EU besteht.“⁵⁵⁹

Ähnlich lautet die Einschätzung von Şevket Bülent Yahnici, dem Ex-Vizepräsident der MHP, der sich ebenfalls zurückhaltend optimistisch zu einer EU-Perspektive der Türkei äußert:

„Die einheitlichen Strukturen der Türkei würden sich durch als ‚unrealisierbar bzw. der Türkei nicht angemessene‘ Forderungen der EU verschlechtern, z. B. Unterricht und Rundfunksendungen für Minderheiten (in erster Linie Kurden) in der eigenen Sprache, die Abmilderung des Türkentum-Gesetzes, die Möglichkeit für Ausländer bzw. EU-Bürger, in der Türkei Grundbesitz zu erwerben, und die Gewährleistung der Eigentumsrechte christlicher Vereinigungen. Da die unterschiedlichen Elemente der türkischen Gesellschaft sich auf diese neuen Umstände nicht einstellen könnten, gibt es große Risiken, die jetzige Ordnung zu destabilisieren bzw. gesellschaftliche Konflikte zu verursachen. Daneben hat die EU bezüglich der Verwirklichung der Mitgliedschaft der Türkei keine Eile, daher soll auch die Türkei sich nicht beeilen, weil dies nichts bringt.“⁵⁶⁰

Yahnici beschreibt die EU-Haltung bzw. den EU-Skeptizismus MHP mit folgender Redewendung:

Mein Name ist Hıdır, ich kann es nur so weit schaffen (Benim Adım Hıdır, elimden gelen budur).⁵⁶¹

Das heißt: Weil die EU die besonderen Eigenschaften der Türkei nicht berücksichtige, bürge die Übertragung des EU-Standards auf die Türkei das Risiko der Zerteilung eines sich auf dem Niveau der Nationsbildung befindlichen Landes. Daher habe die Türkei – nicht zuletzt infolge ihrer geopolitischen Eigenschaften – das Recht und den Anspruch auf besondere Behandlung durch die EU, die ihr insbesondere auf der Demokratisierungsebene gewisse Ausnahmen vom „acquis communautaire“ zubilligen müsse. Falls die EU dies nicht tue, habe sie für die Zukunft der Türkei negative Folgen zu gewärtigen, nämlich die Zerstörung des türkischen Territoriums durch die Beitrittsvoraussetzungen. Folglich sollte die Türkei nicht alle EU-Bedingungen realisieren, sondern nur solche, die ihre einheitlichen Nations- und Staatsstrukturen beachten.

⁵⁵⁹ Interview des Autors mit Faruk Bal, in Ankara, 2005, Interviewnummer 1.

⁵⁶⁰ Vgl. Yahnici, Şevket Bülent: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=22152> (13.8.2005).

⁵⁶¹ Vgl. Yahnici, Şevket Bülent: a. a. O., vgl. www.uludagsozluk.com/k/adim-hidir-elimden-gelen-budur/ (13.8.2005).

4.1.3 Die Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung, AKP) und ihre Haltung zur EU

Obwohl es vor den Parlamentswahlen vom 3. November 2002 nach vorausgegangenem Umfragen bereits erwartet worden war, wollten viele bis zur Wahlnacht nicht so recht daran glauben: Die AKP⁵⁶² wurde mit 34 Prozent der abgegebenen Stimmen stärkste Partei im türkischen Parlament. Zu Beginn waren die Reaktionen in Europa auf den Wahlsieg der AKP meist skeptisch und zurückhaltend. „Die einen sprachen von der AKP als islamistischer Partei, manche von einer gemäßigt islamistischen Partei und wieder andere von einer islamisch-konservativ-demokratischen Partei. Die Unsicherheit war in Europa groß, wie diese Partei politisch einzuschätzen ist.“⁵⁶³ Doch am 3. Oktober 2005 eröffnete die EU Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Auf türkischer Seite gehörte dieser Erfolg der AKP, die zwischen November 2002 und Dezember 2004 einen dezidiert pro-europäischen Reformkurs eingeschlagen und durch diese Entscheidung den Weg dafür geebnet hatte. In diesem Kapitel wird untersucht, wie die AKP sich gegenüber der EU verhält, wie sich der EU-Skeptizismus der AKP bestimmt und aus welchen Gründen Kräfte innerhalb der AKP Europa skeptisch-gegnersch gegenüberstehen. Zuerst wird die Parteientwicklung der AKP erklärt.

4.1.3.1 Die Geschichte/Entwicklung der AKP

Die AKP wurde von Recep Tayyip Erdoğan, dem ehemaligen Bürgermeister von Istanbul zwischen 1994 und 1998, Abdullah Gül (derzeitiger Staatspräsident), Bülent Arınç und weiteren Mitstreitern, die aus verschiedenen Parteien stammten, am 14. August 2001 gegründet. Die Mehrheit der AKP-Gründer, sowohl der Parteileitung als auch der Basis, stammen aus der „Milli Görüş“⁵⁶⁴-Bewegung (MGB).

⁵⁶² Siehe Yavuz, M. Hakan (2009): *Secularism and Muslim Democracy in Turkey*, Cambridge University Press; Cizre, Ümit (2008): *Secular and Islamic Politics in Turkey. The making of the Justice and Development Party*, Routledge, London; Jenkins, Gareth (2008): *Political Islam in Turkey. Running West, Heading East*. Palgrave Macmillan, London; Fuller, E. Graham (2008): *The New Turkish Republic. Turkey as a Pivotal State in the Muslim World*. US Institute of Peace Press; Çınar, Alev (2005): *Modernity, Islam and Secularism in Turkey*. University of Minnesota Press, Minneapolis.

⁵⁶³ Vgl. Schönbohm, Wulf Eberhard: Die neue türkische Regierungspartei AKP – islamistisch oder islamisch-demokratisch?, in: <http://www.kas.de/wf/de/33.1497/> (10.09.2009.)

⁵⁶⁴ Milli Görüş bedeutet „Nationale Sicht“.

Die MGB unter der Führung von Necmettin Erbakan ist seit den 1970er Jahren die Vertreterin des politischen Islam in der türkischen Politik.⁵⁶⁵ Nach den Vorstellungen der MGB sind die Hindernisse, die der Türkei verwehren, ihren alten Einfluss (gemeint ist der frühere osmanische Einfluss auf dem Balkan, im Nahen Osten und in Nordafrika) erneut auszubauen, der Westen und der Zionismus. Dabei sind also starke anti-westliche und anti-semitische Ansichten erkennbar. Außerdem wird als notwendig betrachtet, sich als umma (die religiöse Gemeinschaft aller Muslime) international vom Westen abzugrenzen. Nach Yavuz' Ansicht ist hierbei besonders auf zwei Ziele der MGB hinzuweisen: die Industrialisierung der Türkei durch die Schwerindustrie und die moralische Entwicklung der Türkei. Ersteres sollte der Türkei dazu verhelfen, von anderen Staaten unabhängig zu werden, um eine „gerechte“ Gesellschaft aufzubauen. Der zweite Punkt fordert den Aufbau und Schutz einer authentisch-islamischen Identität.⁵⁶⁶ Zudem hebt Çınar hervor, dass die MGB wie der Kemalismus eine gesellschaftliche Mission habe. Das Niveau der modernen Zivilisationen, das der Kemalismus sich als Ziel setzte, könne auch islamisch sein.⁵⁶⁷ Dadurch wird sozusagen der Kemalismus als gegen den Islam gerichtet eingeschätzt und der Staatsbegründer Mustafa Kemal Atatürk als Religionsfeind betrachtet. Die Partei der Nationalen Ordnung (Milli Nizam Partisi, MNP) wurde 1970 als die erste politische Vertreterin der MGB gegründet. Die Einstellungen, die in dieser Periode formuliert wurden, bilden den Kern der MGB, die dann auch bei den Nachfolgeparteien zu sehen sind. Die MNP akzentuierte vor allem den Widerstand der Kleinunternehmer, die am türkischen Wirtschaftswachstum nicht beteiligt waren. Die MNP wurde 1971 vom Verfassungsgericht mit der Begründung aufgelöst, sie untergrabe mit ihren antilaizistischen Aktivitäten die Republik-Reformen bzw. das Laizismusprinzip.⁵⁶⁸ Die Nationale Heilspartei (Milli Selamet Partisi, MSP), die Nachfolgepartei der MNP, betrat 1972 die politische Bühne. In den Parlamentswahlen von 1973 wurde die MSP drittstärkste Partei im Parlament mit 11,8 % der Wählerstimmen. Laut der MSP setzt die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) die Ausbeutung fort, die das Osmanische Reich zerstörte. „Der politischen Zusammenarbeit mit EWG und der UNO will Erbakan eine Vereinigung der islamischen Länder entgegensetzen und als Alternative zur NATO einen Pakt zur

⁵⁶⁵ Vgl. Sarıbay, Ali Yaşar (2004): Milli Nizam Partisi'nin Kuruluşu ve Programının İçeriği, in: Aktay, Yasin: İslamcılık [Islamismus], Modern Türkiye'de Siyasi Düşünce, Bd. 6, S. 581.

⁵⁶⁶ Vgl. Çalmuk, Fehmi: Necmettin Erbakan, in: Aktay, Yasin: İslamcılık (Islamismus), Modern Türkiye'de Siyasi Düşünce, Bd. 6, 2004, S. 554.

⁵⁶⁷ Vgl. Çınar, Menderes: Siyasal Bir Sorun Olarak İslamcılık, Ankara 2005, S. 74 f.

⁵⁶⁸ Vgl. Sarıbay, Ali Yaşar (1989a): Die Nationale Heilspartei, in: Blaschke, Jochen/Bruinessen, Martin van (Hg.): Islam und Politik in der Türkei, Rieden, S. 260.

Verteidigung der islamischen Länder schließen.“⁵⁶⁹ Ferner führe jede Annäherung mit der EWG zur kulturellen, moralischen und religiösen Entfremdung, so die MSP. Dagegen sollte jede Neuerung in den Bereichen Technologie und Industrialisierung vom Westen übernommen werden. Die MSP wurde als Folge des Militärputschs von 1980 wie die anderen Parteien der Türkei verboten. Denn die MSP habe verlangt, einen islamisch orientierten Staat zu etablieren.

Die Wohlfahrtspartei (Refah Partisi, RP), die Nachfolgepartei der MSP, wurde 1983 gegründet. Ab 1992 versuchte die RP, sich mit ihrer islamistischen Mentalität als eine Art Volkspartei zu stilisieren. Bei den Regionalwahlen von 1994 verzeichnete die RP einen großen Erfolg, u. a. die Verwaltung der zwei wichtigsten Städte in der Türkei, Istanbul und Ankara. Bei den Parlamentswahlen von 1995 bildete sie mit dem Anteil von 21,4 % an den Wählerstimmen die stärkste Fraktion im Parlament. Obwohl die Vorläuferparteien der RP insbesondere die Vertreter der Verlierer der wirtschaftlichen Liberalisierung in der Türkei und somit der sozial benachteiligten Schichten waren, vertrat die RP auch Teile der höheren Einkommensschichten. 1996 gründete die RP mit der Mitte-Rechts-Partei DYP (Partei des Rechten Weges) eine Koalition, (türkisch „Refahyol“ genannt). Während dieser Refahyol-Koalition waren einige Islamisierungsaktivitäten der RP zu beobachten. Am 28. Februar 1997 beschloss der Nationale Sicherheitsrat (Milli Güvenlik Kurulu, MGK) deshalb eine Reihe von Maßnahmen gegen reaktionäre Aktionen der RP. Diese Periode wird als der „Prozess des 28. Februar“ bezeichnet. Infolge des großen militärischen und zivilen Drängens trat Erbakan am 30. Juli 1997 zurück. Am 12. Januar 1998 löste das türkische Verfassungsgericht die RP auf mit der Begründung, die führenden RP-Politiker hätten öffentlich die Wiedereinführung der Scharia (also des islamischen Rechts) sowie eines Staates auf islamischen Fundamenten propagiert und dadurch die laizistische Grundlage der Türkei bedroht.⁵⁷⁰

Am 17. Dezember 1997 wurde die Tugendpartei (Fazilet Partisi, FP) ins Leben gerufen: Nach dem Verbot der RP sammelten sich 150 ehemalige Abgeordnete der RP⁵⁷¹ unter der Flagge der FP. In der FP fand ein Kampf statt: Die „Erneuerer“ oder „Reformisten“ besaßen ein anderes politisches Verständnis als die Traditionalisten. Çınar ist dazu der Ansicht, sie seien weder ideologisch noch prinzipiell voneinander entfernt; nur die politischen Methoden seien

⁵⁶⁹ Vgl. Sarıbay, Ali Yaşar (1989): Die Nationale Heilspartei, in: Blaschke, Jochen/ Bruinessen, Martin van (Hg.): Islam und Politik in der Türkei, S. 266.

⁵⁷⁰ Vgl. Yavuz, M. Hakan (2003): Islamic Political Identity in Turkey, New York, S. 241.

⁵⁷¹ Die Zahl der Abgeordnete der RP betrug insgesamt 158.

unterschiedlicher Form.⁵⁷² Abdullah Gül von den Erneuerern rang gegen Recai Kutan von den Traditionalisten um die Parteiführung. Mit einer knappen Mehrheit der Stimmen gewann Kutan.

Als die FP-Abgeordnete Merve Kavakçı im Mai 1999 mit Kopftuch im Parlament erschienen war, wurde dieser Auftritt von der Generalstaatsanwaltschaft als „Sabotage-Akt“ der Islamisten verstanden.⁵⁷³ Die FP wurde am 22. Juni 2001 mit der Begründung, sie sei „die Fortsetzung der RP“, ebenfalls aufgelöst.⁵⁷⁴ Hieraus entstanden zwei Parteien: die Glückseligkeitspartei (Saadet Partisi, SP) der Traditionalisten und die AKP der Erneuerer. Die SP, die am 21. Juni 2001 gegründet wurde, wurde die direkte Nachfolgerin der FP. 51 ehemalige Abgeordnete der FP traten dagegen der AKP bei. Damit war die AKP, ohne an einer Wahl teilgenommen zu haben, im Parlament vertreten. Diesen „Erneuerern“ schwebt eine islamisch-demokratische Partei nach dem Vorbild der CDU [als christlich-demokratischer Partei in Deutschland, I. E.] vor. Ihr Schlagwort ist: „Religiöse Türken müssen nicht Islamisten sein.“⁵⁷⁵ Überdies sagte Erdoğan, dass er das Milli Görüş-Hemd ausgezogen habe und stattdessen die Tracht der Demokratischen Partei (DP) bevorzuge.⁵⁷⁶ Nach Ansicht Schönbohms hat Erdoğan

„von Anfang an betont, dass er eine konservative und demokratische Mitte-Rechts-Partei aufgebaut habe, die sich nicht als religiös verstehe, wenngleich sie die Themen gläubiger Muslime aufgreifen wolle. [...] Dieses in Inhalt und Stil moderate Auftreten von Erdoğan und seiner Partei hat es sicherlich einer größeren Zahl von Wählern erleichtert und ermöglicht, die AKP zu wählen.“⁵⁷⁷

Hinsichtlich der Wahlerfolge der AKP aber liegt die Sache anders: Einer der wichtigen Faktoren ihres Wahlsieges von 2002 war, die Gewinner und Verlierer der neo-liberalen Globalisierung gemeinsam für sich zu gewinnen und aus den verschiedenen Klassen in der

⁵⁷² Vgl. Çınar, Menderes: *Siyasal Bir Sorun Olarak İslâmcılık*, Ankara 2005, S. 87.

⁵⁷³ Vgl. Handelsblatt: <http://www.handelsblatt.com/archiv/kopftuch-auftritt-im-parlament-tugend-partei-verboten%3B433377> (11.9.2009).

⁵⁷⁴ Vgl. Belgenet: *Milli Nizam Partisi ve Milli Görüş Hareketi*, in: <http://www.belgenet.com/parti/mnp.html> (22.02.2008).

⁵⁷⁵ Vgl. Schönbohm, Wulf Eberhard: *Das Verbot der Faziletpartei durch das türkische Verfassungsgericht*, vom 26. Juni 2000, in: <http://www.kas.de/wf/de/33.3787/> (11.09.2009).

⁵⁷⁶ Vgl. Sarıkaya, Muharrem: *Sıkıntı vekaleten atamalarda*, in: <http://arsiv.sabah.com.tr/2003/05/28/s1812.html> vom 28.05.2003 (11.09.2009).

⁵⁷⁷ Vgl. Schönbohm, Wulf Eberhard: a. a. O.

Gesellschaft eine Wahlallianz zu bilden. Also spielt „the hybrid identity of the party“ dabei eine bedeutende Rolle.⁵⁷⁸ Überdies war (und ist) die Unterstützung, die die AKP aus der Wirtschaft – insbesondere von den kleinen und mittleren Betrieben, die sich unter dem Schirm eines landesweiten Vereins, MÜSIAD, versammelt haben – erhalten hat, von großer Bedeutung. Ferner war ein wichtiger Faktor für den Erfolg der AKP, dass ihre beiden Vorläuferorganisationen, nämlich die RP und die FP, durch eine gute Politik in der Verwaltung wichtiger Städte lange Jahre bleibenden Eindruck bei vielen Menschen hinterlassen hatten. Dazu kommt die Erfolglosigkeit anderer Parteien des Landes, die sich rechts und links des Zentrums befinden, für ein ständiges und gerechtes Wachstum zu sorgen, Finanzkrisen zu vermeiden, für die das Volk einen hohen Preis zahlen muss, und die anhaltenden Korruption zu bekämpfen.⁵⁷⁹ Die meisten Politikwissenschaftler sind sich darin einig, dass die türkischen Parlamentswahlen von 2002 vor diesem Hintergrund bewertet werden sollten.⁵⁸⁰ In dieser Zeit habe die Türkei eine der schlimmsten Wirtschafts- und Finanzkrisen ihrer Geschichte erlebt. Die AKP sei eine „unbenutzte“ Partei gewesen, heißt es. Überdies schätzt Kahraman den Wahlsieg der AKP als Zufall ein. Es habe niemand erwarten können, dass die AKP 363 Abgeordnete in das Parlament schicken werde.⁵⁸¹

Bei den Parlamentswahlen von 2007 erhielt die AKP 46,58 %. Obwohl damit mehr als 16 Millionen Menschen die AKP bei dieser Abstimmung wählten, war und ist noch immer eine Angst innerhalb eines bedeutenden Teils der türkischen Gesellschaft vor einer Islamisierung des Landes erkennbar.⁵⁸² Beim Wahlsieg von 2007 halfen der AKP vor allem ihre wirtschaftlichen Erfolge⁵⁸³ seit 2002 und das „E-Memorandum“ des Militärs vom 27. April 2007, in dem es um die Kopftuchfrage bzw. die Nicht-Wahl Güls zum Staatspräsidenten ging. Außerdem wurden bei der Listenaufstellung zu den Parlamentswahlen von 2007 in den AKP-Kadern mehrere Kandidaten auch mit sozialdemokratischen Weltanschauungen aufgenommen. Zusätzlich wurden 150 Abgeordnete, die mehrheitlich aus der MGB stammen, nicht

⁵⁷⁸ Vgl. Yavuz, M. Hakan (2003): *Islamic Political Identity in Turkey*, New York, S. 260.

⁵⁷⁹ Vgl. Öniş, Ziya: „The Political Economy of Islam and Democracy: From the Welfare Party to the AKP“ in *Democracy and Development*, Dietrich Jung (edit), New York, Palgrave and Macmillan, 2006.

⁵⁸⁰ Vgl. Öniş, Ziya: a. a. O.; vgl. Yıldız, Ahmet: *Problematizing the intellectual and political vestiges*, in: Cizre, Ümit (2008): *Secular and Islamic Politics in Turkey*. London, pp. 41 – 61, hier: 41 – 42.

⁵⁸¹ Vgl. *Aksiyon*, Nr. 647/ 2007, S. 23.

⁵⁸² Vgl. Güsten, Susanne: *Wer ist die AKP?*, in: <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/Fragen-des-Tages-AKP%3Bart693,2566335> (10.09.2009).

⁵⁸³ Siehe Hug, Adam (Hg.): *Turkey in Europe: The economic case for Turkish membership of the European Union*, The Foreign Policy Centre, London, 2008.

wieder aufgestellt. Dadurch wollte die AKP-Leitung die Partei in der Mitte des politischen Spektrums positionieren.

4.1.3.2 Ideologische Anhaltspunkte des Parteiprogramms der AKP

Die AKP behauptete, eine konservativ-demokratische Partei zu sein.⁵⁸⁴ Um die ideologischen Richtlinien der Partei aufzuzeigen, hat Yalçın Akdoğan, ein politischer Berater Erdogans, ein Buch – „Die AK-Partei und die konservative Demokratie“ – verfasst.⁵⁸⁵ Darin argumentiert Akdoğan, die AKP habe mit der „konservativen Demokratie“ eine neue politische Ideologie in der Türkei geschaffen: Sie sei eine Form des Konservatismus, der auf die soziokulturellen Umstände der Türkei ausgerichtet worden sei. Neben diesem Unterschied zu den klassischen Konservativen äußert Akdoğan, die Funktion bzw. die Motivation der konservativen Demokratie sei die Durchführung entwicklungsorientierter Reformen. Ferner halte eine konservative Demokratie die Religion für wichtig, instrumentalisieren sie aber nicht. Das Konservative an der AKP sei, dass sie die Ordnung in der Türkei nach 1950, also in der Zeit von Menderes, erhalten wolle.⁵⁸⁶ Hier ist daran zu erinnern, dass nach 1950 die Demokratisierung und die ökonomische Liberalisierung im Land begannen. Zudem sei die konservative Demokratie gegen revolutionäre und radikale Veränderung, so Akdoğan. Daher würden graduelle und evolutionäre Veränderungen favorisiert, durch die eine natürliche Entwicklung stattfinde.⁵⁸⁷ Auch dieser Typus von Demokratie möchte eine Modernität entwickeln, die den Traditionalismus nicht diskriminiert. Überdies bevorzugt sie eine Universalität, die den Regionalismus nicht ablehnt.⁵⁸⁸

Im Parteiprogramm und der Satzung der AKP werden besonders zwei Ziele unterstrichen: Demokratisierung und Entwicklung.⁵⁸⁹ Die AKP bemühe sich, universelle Werte einer Demokratie wie Pluralismus, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit etc. in der Türkei zu

⁵⁸⁴ Die AKP sieht sich nicht als „muslimische Demokraten“, weil in einem Land, in dem es unterschiedliche Glaubensrichtungen, Konfessionen und Religionsverständnisse gäbe, die Bezeichnung „muslimisch“ neue Diskriminierungen und Spaltungen verursachen würde. Vgl. Akdoğan, Yalçın: *Ak Parti ve Muhafazakâr Demokrasi*, 2004, S. 114.

⁵⁸⁵ Vgl. Akdoğan, Yalçın: *Ak Parti ve Muhafazakâr Demokrasi*, 2004.

⁵⁸⁶ Vgl. a. a. O., S. 132.

⁵⁸⁷ Vgl. a. a. O., S. 15.

⁵⁸⁸ Vgl. a. a. O., S. 18.

⁵⁸⁹ Vgl. AKP (2001): *Ak Parti Programı*, S. 3.

realisieren und auch eine liberale Wirtschaftspolitik zu verfolgen.⁵⁹⁰ Zudem betrachtet die AKP die Religion als eine der wichtigsten Institutionen, aber sagt nichts Konkretes dazu.⁵⁹¹ Erdoğan erklärt, dass seine Partei Projekte eines „Social Engineering“ ablehne, d. h. die Anwendung politischer Macht zur Veränderung der Gesellschaft nach den Grundsätzen einer bestimmten Ideologie – einschließlich der islamistischen.⁵⁹² Daneben halte die AKP den Laizismus, der die Religions- und Gewissensfreiheit garantiere, für unabdingbar.⁵⁹³ Allerdings sieht die AKP die Frau vor allem in ihrer traditionellen familiären Rolle.⁵⁹⁴

In Bezug auf die EU-Haltung der AKP ist im Rahmen der Parteiideologie der AKP Folgendes zu erläutern: „The Islamic conservative worldview in Turkey, as represented by the JDP [AKP], is certainly ‘not modernist’, but ‘contemporary’. [...] is not modernist in the sense that it is not committed to the Enlightenment ideas and values, particularly as they relate to the secularization of knowledge, separation of religion and politics, and equality of men and women. However, the Islamic conservative is contemporary, in the sense of being committed to following and putting into use the most up-to-date technologies, instruments, ways of life and modes of thinking.”⁵⁹⁵ Der Anspruch zielt damit auf die Vereinbarkeit der muslimischen Identität mit der europäischen Moderne. In dieser Hinsicht ist das kemalistische Verständnis der Moderne zu restriktiv, zu exklusiv für die gewünschte Integration der islamischen Identität in die Moderne. Stattdessen solle eine neue, liberalere Moderne gestaltet werden. Nach Yılmaz’ Ansicht sei das kemalistische Verständnis der Moderne paradoxerweise zu modernistisch. Es sei zu stark an eine Definition der Moderne angelehnt, die aus der Französischen Revolution stamme. Das meint das Zurückdrängen religiöser, in diesem Fall islamischer Identität aus dem öffentlichen Raum. Das derzeitige europäische Verständnis von Moderne wiederum sei weit weniger „modernistisch“ im Sinne der Französischen Revolution. Darum würde eine europäisierte öffentliche Sphäre in der Türkei die freie Darstellung der muslimischen Identität leichter tolerieren.⁵⁹⁶

Seit Gründung der Türkei haben die Staatseliten der Türkischen Republik immer wieder einige wichtige Kernelemente ihres Selbstverständnisses betont. Sie seien kemalistisch, säkular, linksorientiert, demokratisch und liberal, hieß es immer wieder. Die AKP-Partei-

⁵⁹⁰ Vgl. AKP (2003): Parti Tüzüğü, S. 20.

⁵⁹¹ Vgl. Kahraman, H. Bülent (2007): Türk Sağı ve AKP, S. 107.

⁵⁹² Vgl. Yılmaz, Hakan (2005): Turkish Conservatism and the Idea of Europe, S. 17.

⁵⁹³ Vgl. AKP (2001): Ak Parti Programı, S. 4.

⁵⁹⁴ Vgl. AKP (2003): Parti Tüzüğü, S. 23.

⁵⁹⁵ Vgl. Yılmaz, Hakan (2005): Turkish Conservatism and the Idea of Europe, S. 2 – 3.

⁵⁹⁶ Vgl. ebd.

anhänger haben dieses Selbstverständnis zu einem gewissen Grad für sich übernommen. Allerdings sehen sich sie auch aus anderen Selbstverständnissen heraus motiviert: statt kemalistisch, säkular und linksorientiert eher als religiös, konservativ und gemäßigt islamistisch.⁵⁹⁷ Obgleich die AKP versucht, ihren Parteigängern eine Identität mit der Bezeichnung „konservativ-demokratisch“ zu geben, ist die AKP auf lange Sicht gezwungen, alle diese Identitäten zu einer kohärenten Einheit zusammenzufassen, indem sie die Unvereinbarkeiten löst, die unter einigen von ihnen bestehen.

Nach Ansicht Çahas ist das Attribut „konservativ“ der AKP-Ideologie eine Hüllenbezeichnung, weil die Prinzipien der Demokratie nicht änderbar sind.⁵⁹⁸ Außerdem kritisiert Çınar die Selbstzuschreibung der AKP als konservative Demokraten, da die AKP ihren Konservatismus aus ihrer Sicht zu kulturellen Angelegenheiten, ihr Demokratieverständnis aber aus liberal-ökonomischen Politiken begründe. Das zeige das defizitäre Demokratieverständnis der AKP.⁵⁹⁹

Es wird von nicht wenigen Politikwissenschaftlern unterstrichen, dass die Theoretiker der AKP ihre Ideologie bislang nicht deutlich herausgearbeitet haben.⁶⁰⁰ In der Literatur gibt es keine einheitliche Position, wie die AKP ideologisch zuzuordnen ist oder ob sie überhaupt eine Ideologie oder ideologische Motive hat.⁶⁰¹ Insgesamt betrachtet, sind in den politischen Aktionen und Entscheidungen der AKP unterschiedliche ideologische Neigungen zu beobachten – von der liberalen Demokratie bis zum gemäßigten Islamismus.

4.1.3.3 Die Interessenkonstellationen der AKP bezüglich ihrer EU-Haltung

Die Positionierung der AKP gegenüber der EU lässt sich treffend beschreiben, indem die parteiinterne Situation der AKP verdeutlicht wird: Im Hinblick auf die Mitgliederstruktur der AKP ist festzuhalten, dass die AKP als eine „Koalitionspartei“ funktioniert.⁶⁰² Ehemalige Mitglieder aus den Reihen der MGB, den Mitte-Rechts-Parteien DYP und ANAP, der

⁵⁹⁷ Vgl. Aydın, Ertan/Dalmıs, İbrahim (2008): The social bases of the Justice and Development Party, in: Cizre, Ümit, S. 221.

⁵⁹⁸ Vgl. Çaha, Ömer: Muhafazakâr Demokrasi, Liberal Demokrasi'nin Kardeşidir, in: <http://arsiv.zaman.com.tr/2003/08/31/yorumlar/default.htm> (27.09.2007).

⁵⁹⁹ Vgl. Çınar, Menderes (2005): Siyasal Bir Sorun Olarak İslamcılık, Ankara, S. 114.

⁶⁰⁰ Vgl. Kahraman, H. Bülent (2007): Türk Sağı ve AKP, S. 107 – 117.

⁶⁰¹ Siehe Anm.1 in diesem Kapitel.

⁶⁰² Interview des Autors mit Kenan Tekin in der Parteizentrale Bağcılar, Istanbul, 2008, Interviewnummer 73.

nationalistischen MHP sowie einzelne Sozialdemokraten agieren in der AKP.⁶⁰³ Unter den AKP-Wählern im Jahr 2002 betrug der Anteil der Wähler, die die traditionelle Basis bilden und bei den Wahlen in April 1999 die FP gewählt hatten, über 40 %.⁶⁰⁴ Aus der MHP kamen 15 % der AKP-Wähler und 10 % aus der ANAP; etwa 10 % kamen aus der DYP und der Mitte-Link-Partei DSP. 15 % der Jungwähler, die bei den Wahlen 1999 noch nicht volljährig waren, gehörten ebenfalls zu den Wählern der AKP.⁶⁰⁵

Dementsprechend existieren in dieser Partei hauptsächlich drei politische Strömungen: eine gemäßigt islamistische bzw. konservativ-islamische, eine Mitte-Rechts-Bewegung und eine gemäßigt nationalistische Linie. Ferner unterstützt seit 2002 auch ein bedeutender Teil der Liberalen und Kurden die AKP.⁶⁰⁶ Deshalb ist es nicht völlig richtig, die AKP mit dem Vermächtnis „islamistischer“ Parteipolitik in Fortsetzung der MGB zu identifizieren. Die Wahlerfolge der AKP in den Jahren 2002 und 2007 beweisen, dass die Partei die Unterstützung eines weit größeren Teils der Wählerschaft gewonnen haben muss, als es das Vermächtnis der FP bzw. RP gestatten würde. Es wird behauptet, dass sich die AKP aus der Asche der FP erhoben habe, aber das Vermächtnis der ANAP von Turgut Özal sei eine gleich starke Determinante bei der Formung der Partei und der Unterstützung, die sie weiterhin erhalte.⁶⁰⁷

Außerdem ist zu konstatieren, dass sich die Identität der AKP auf den Führungskader, speziell auf Erdoğan, stützt. Zwar hat die AKP Menschen unterschiedlicher Herkunft im rechten politischen Spektrum für sich gewonnen, doch ihre Provinzorganisationen und Stellvertretungen werden durch Personen mit Milli Görüş-Hintergrund dominiert.⁶⁰⁸ Dagegen bezeichnet Erdoğan die AKP als Volkspartei, die verschiedene politische Überzeugungen unter einem Dach vereine. Ein liberal-reformfreundlicher, ein religiöser, ein nationalistischer und ein bürgerlich-konservativer Flügel bzw. Neigungen seien zu unterscheiden. Allerdings

⁶⁰³ Vgl. Akdoğan, Yalçın: *Ak Parti ve Muhafazakâr Demokrasi*, Istanbul 2004, S. 104.

⁶⁰⁴ In den Parlamentswahlen von 1999 betrug die Milli-Görüş-Wählerschaft um ca. 15 % der Wählerstimmen. Die SP hat in den letzten Wahlen nur noch ca. 2 % der Stimmen bekommen. Daher ist davon auszugehen, dass ungefähr 13 % davon zur AKP abgewandert sind.

⁶⁰⁵ Vgl. Ejder, Nejat: Die Mission der AKP und der CHP, in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=56654> vom 15.11.2002 (21.9.2009), vgl. Aydın, Emre/Dalmis, İbrahim (2008): The social bases of the Justice and Development Party, in: Cizre, Ümit, S. 206.

⁶⁰⁶ Vgl. Kramer, Heinz: *Die Türkei auf dem Weg in die nach-kemalistische Republik*, Berlin, 2007, S. 2 f.

⁶⁰⁷ Vgl. Aydın, Ertan /Dalmis, İbrahim (2008): The social bases of the Justice and Development Party, in: Cizre, Ümit, S. 201.

⁶⁰⁸ Vgl. a. a. O., S. 220.

blockieren die Rivalitäten dabei manchmal die Regierungsarbeit. So standen 2008 die Nationalisten in der AKP lange gegen eine von liberalen Abgeordneten unterstützte Reform des berühmten Türkentum-Paragrafen 301.

In Bezug auf die Übernahme bzw. die Verinnerlichung der europäischen Werte und Normen der AKP-Wähler können durch einige politikwissenschaftliche Untersuchungen signifikante Daten erlangt werden: Beispielsweise haben laut Şaban Kızıldağs Untersuchung ein bedeutender Teil (28 % der Befragten oder deren Familienangehörigen) eine İmam-Hatip-Schule (Prediger- und Vorbeter-Schule), besucht oder abgeschlossen. Ferner kleidete sich bei 38 % der AKP-Parteigänger mindestens ein Familienangehöriger nach islamischen Traditionen. Überdies nehmen 28 % davon ihre Gäste in nach Geschlechtern getrennten Räumlichkeiten an. Zudem wurden interessanterweise die Fragen zum Alkoholkonsum zum größten Teil nicht beantwortet. Diesbezüglich ist Kızıldağ der Ansicht, dass ca. die Hälfte der AKP-Wähler Alkohol konsumiere. Außerdem betrachten 68,4 % der Befragten Zinsen als negativ. Hierbei ist auch zu beobachten, dass 39,8 % der AKP-Anhänger auch mit der Konkurrenzpartei SP sympathisieren, und 25 % würden sie auch wählen, wenn es die AKP nicht gäbe.⁶⁰⁹ Auch nach einer anderen Untersuchung haben bei den 2007-Wahlen 79,8 % der AKP-Wählerinnen ein Kopftuch getragen im Gegensatz zur Wahl 2002 (95 % trugen ein Kopftuch).⁶¹⁰ Darüber hinaus ist durch Yılmaz Esmers Untersuchung (2007) die Grundhaltung der AKP hinsichtlich des Nationalismus und der Religiosität aufschlussreich: 59 % der AKP-, 15 % der CHP- und 46 % der MHP-Parteigänger halten Religionsbücher für wichtig, um die Welt zu verstehen. Zudem wird das Spaziergehen von Frauen am Strand in einem Badeanzug von 83 % der AKP-, 14 % der CHP- und 63 % der MHP-Anhänger als sündig eingeschätzt. Auch dass die Restaurants im Fastenmonat Ramadan geschlossen bleiben sollen, wünschen sich danach 53 % der AKP-, 12 % der CHP- und 30 % der MHP-Wähler. Ferner sind 47 % der AKP-, 10 % der CHP- und 28 % der MHP-Wähler der Ansicht, dass weltliche und religiöse Angelegenheiten nicht voneinander zu trennen sind.⁶¹¹ Somit ist zu bemerken, dass fast die Hälfte der AKP-Wähler Staat und Religion als unteilbares Ganzes betrachtet und damit das Laizismusprinzip des Kemalismus und damit auch ein westlich geprägtes Staats-

⁶⁰⁹ Vgl. Kızıldağ, Şaban: AK Parti'nin röntgeninden ne çıktı?, in: http://www.memleket.com.tr/news_detail.php?id=1193 vom 21.6.2005 (29.09.2009).

⁶¹⁰ Vgl. Radikal: Örtülü kadın azaldı Malezya olmuyoruz!, in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=234171> (28.09.2009).

⁶¹¹ A&G Araştırma: Gündem Araştırması, 12. und 13. Januar 2008, in: <http://www.agarastirma.com.tr/pdfler/gundem-arastirmasi-ocak-2008.pdf>, S. 14-20 (10.9.2008).

und Demokratieverständnis ablehnt, das explizit eine Trennung von Staat und Kirche vorsieht. Damit unterscheiden sich die AKP-Parteigänger am ehesten durch ihre religiösen, rechtsgerichteten und konservativen Einstellungen von den Anhängern anderer Parteien. Gleichmaßen verstehen sie sich als anti-kemalistisch, -sozialistisch und -linksgerichtete Orientierung von anderen Parteianhängern.

Bekir Ağırır beschreibt das Profil der Wähler, die sich bei den 2007er-Parlamentswahlen für die AKP entschieden haben, folgendermaßen:⁶¹²

- Während sie von 45 % der Männer die Stimme erhielt, erhielt sie von 51 % der Frauen die Stimme.
- 45 % der Wähler waren unter 28 Jahre alt; 49 % der Wähler waren zwischen 28 und 44 Jahre alt, und 49 % der Wähler waren über 44 Jahre alt.
- 55 % derjenigen mit mittlerer Reife und darunter, 37 % derjenigen mit Abitur und 24 % der Akademiker gaben ihre Stimmen der AKP.
- 49 % der Haushalte mit 1 – 2 Personen, 45 % der Haushalte mit 3 – 5 Personen, 52 % der Haushalte mit 6 – 8 Personen und 64 % der Haushalte mit mehr als 9 Personen gaben ihre Stimmen der AKP.
- 55 % der Stimmen der ärmsten Schicht, wo das Haushaltseinkommen am niedrigsten ist, 54 % der zweiten Einkommensschicht, 43 % der mittleren Schicht, 35 % der vierten Einkommensschicht, also schon überdurchschnittlich, und 23 % der höchsten Einkommensschicht gingen an die AKP.

Bei einer Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut A&G eine Woche vor den Parlamentswahlen 2007 durchführte, lauteten die Gründe der AKP-Wähler für ihre Wahlentscheidung wie folgt: 1) 76 % meinten, die AKP habe während ihrer Amtszeit gute Dinge vollbracht; 2) 51 % sagten, die AKP sei die Partei, die ihrem politischen Standpunkt am nächsten komme; 3) 41 % wollten der AKP wegen Erdoğan wählen; 4) 22 % gaben an, sie stimmten für die AKP, weil die den Staatspräsidenten nicht wählen durfte, und 5) 15 % sagten, sie wählten die AKP, weil sie das geringere Übel sei.⁶¹³

Das gemeinsame Ziel der verschiedenen politischen Tendenzen der AKP ist die Demokratisierung und Entwicklung der Türkei. Hierfür wird die EU-Mitgliedschaft als entscheidend betrachtet. Aber es findet sich in den konservativen und nationalistischen Teilen

⁶¹² Vgl. Ağırır, Bekir: Ağırır, Bekir: Seçim’07. Sandığın içindekini ne belirledi? 22 temmuz 2007, Seçim analizi, in: http://www.konda.com.tr/html/dosyalar/sandigin_icindeki.pdf (30.7.2007).

⁶¹³ Vgl. A&G Araştırma: Oylar kime, neden verildi?, in: <http://www.milliyet.com.tr/2007/07/25/siyaset/axsiy03.html> (25.7.2007).

der Partei eine gewisse EU-Skepsis. Dass sich die AKP seit 2002 auf eine pro-EU-gerichtete Politik konzentriert hat, hat es mit sich gebracht, dass die EU-skeptischen Neigungen der AKP-Wähler abgenommen haben: 2002 lag die Unterstützung der EU-Mitgliedschaft innerhalb der AKP bei 52 % und stieg 2006 auf 72 %.⁶¹⁴ Die EU-Reformen der AKP und die diesbezüglichen Bemühungen des AKP-Führers hinterlassen positive Wirkungen auf die Wähler. So lag zum Beispiel der Anteil derjenigen in der Türkei, die die EU befürworteten, 2002 bei 64 %. Die starke Pro-EU-Politik der AKP zwischen 2002 und 2004 erhöhte diesen Anteil bis 2004 auf 74 %.⁶¹⁵ Das Gleiche fand 2008 statt. Als die Türkei auf dem Wege zur EU-Mitgliedschaft ermutigt worden war und dann auch noch die AKP während des in der Türkei gegen sie angestregten Verbotsverfahrens durch die EU unterstützt wurde, stieg die Zahl der EU-Befürworter innerhalb der AKP.⁶¹⁶ Nachdem die EU-Befürwortung innerhalb der AKP im November 2007 auf 47 % zurückgegangen war,⁶¹⁷ betrug sie zu Beginn des Jahres 2009 ca. 60 %.⁶¹⁸ Hieraus ist zu entnehmen, dass die EU-skeptischen Neigungen innerhalb der AKP schwanken bzw. ab- und zunehmen.

4.1.3.4 Die Rolle der AKP in den EU-Türkei-Beziehungen

Die Haltung der AKP hat sich von einer EU-skeptisch/gegnerischen zu einer EU-unterstützenden entwickelt. Allein diese Wandlung ist hinsichtlich der Rolle der AKP bei den EU-Türkei-Beziehungen als entscheidend zu betrachten.

In diesem Zusammenhang wurden (und werden) viele Argumente vorgebracht: Die Parteien der MBG haben von den 1970er Jahren bis Mitte der 1990er Jahre, als die RP Teil der Regierung wurde, mit einem islamistischen Diskurs eine scharfe Europa- bzw. EU-Gegnerschaft ausgeübt. Die MGB unterstrich insbesondere zwei große „Fehler“ innerhalb der tür-

⁶¹⁴ Vgl. Yılmaz, Hakan (2007): Euroskeptizismus in der Türkei, in: Gabriele Clemens (Hg.), S. 228.

⁶¹⁵ Siehe Tabelle 1 im dritten Kapitel der vorliegenden Arbeit.

⁶¹⁶ Siehe Tabelle 1 im dritten Kapitel der vorliegenden Arbeit.

⁶¹⁷ Nach KONDA beträgt der Anteil der EU-Skeptiker innerhalb der AKP am Ende des Jahres 2007 34 % und der Anteil der Gegner 16 %. Nach A&G beträgt am Anfang des Jahres 2008 der Anteil der EU-Befürworter 30 %, der Skeptiker 38 % und der Gegner 22 %. Vgl. Erdem, Tarhan: Yeni Türkiye'yi Anlamak, in: http://www.konda.com.tr/html/dosyalar/yeni_turkiye.pdf, S. 42 (3.11.2007); vgl. A&G Araştırma: Gündem Araştırması, 12. und 13. Januar 2008, in: <http://www.agarastirma.com.tr/pdfler/gundem-arastirmasi-ocak-2008.pdf>, S. 45 (10.9.2008).

⁶¹⁸ Interview des Autors mit Ahmet Hakan in Istanbul, 2009, Interviewnummer 88; vgl. International Crisis Group: Turkey and Europe: The Decisive Year Ahead. Europe Report 2008, S. 23.

kischen Geschichte: Als Erstes sei das Land durch die Reformen bei der Gründung der Türkei auf einen falschen Weg gebracht worden. Es wurde ständig betont, dass ein Land, das sich von seiner eigenen Geschichte löse, zum Sklaven des Westens werden müsse. Der zweite Fehler sei, sich um die Mitgliedschaft in der EU bzw. EWG zu bemühen. Denn die Politik des Anschlusses an den Westen werde zum wirtschaftlichen Bankrott und der kulturellen Assimilation der Türkei führen. Die Türkei sollte daher in der Außenpolitik, statt pro-EU-gemäß zu handeln, ein Projekt entwickeln, um die ganze islamische Welt zu vereinen und ihr Führer zu werden. So betraf z. B. einer der EU-gegnerischen Diskurse, die die RP vor den Wahlen 1995 deklarierte, den Punkt, dass die Türkei in der Lage sein sollte, „das Projekt der Zollunion, wodurch die ‚christlichen‘ europäischen Staaten die ‚islamische‘ Türkei ausbeuten, aufzuheben“⁶¹⁹. Als die RP jedoch an der Regierung war, kam sie von diesem Diskurs ab und verfolgte eine gemäßigte EU-Politik. Der Umstand, dass die RP wegen ihrer als islamistisch eingeschätzten Vorstellungen von der Macht verdrängt wurde, löste paradoxerweise innerhalb der MGB zum ersten Mal einen EU-Enthusiasmus aus: Manche Aktivitäten und Diskurse der RP und die Bemerkung des MGB-Führers Erbakan – „blutig oder unblutig?“⁶²⁰ – hatte bei den zivilen, bürokratischen und militärischen Kreisen die Angst vor der Islamisierung geweckt. Folglich wurde die RP verboten. Dies führte dazu, dass innerhalb der MGB die Unterstützung der EU stärker wurde. Die Parteien der MGB „had been severely oppressed during the 28th February process, and as a result, started to see the democratic conditionality imposed by the EU and the subsequent diminution of the role of the military as beneficial to their own survival“⁶²¹. Die MGB ist von diesem Zeitpunkt an mit Nachdruck für die Grundlehren der Demokratie wie z. B. Primat der Justiz, Menschenrechte, Gedanken- und Glaubensfreiheit eingetreten. Als zum Beispiel die EU die Türkei von der nächsten Erweiterungsrunde auf dem Luxemburger Gipfel im Dezember 1997 ausschloss, erklärte der MGB-Führer Erbakan, die EU habe die Türkei aufgrund ihres antidemokratischen politischen Regimes abgelehnt. Ferner wies Kutun darauf hin, dass die EU mehr Demokratie und Freiheiten von der Türkei gefordert habe. Derselbe Kutun argumentierte 2005, eine der gefährlichsten Entwicklungen in der türkischen Außenpolitik sei die Bereitschaft der AKP,

⁶¹⁹ Vgl. Milli Gazete (1995): „Bu paçavrayı yırtar atarız.“ [Diesen Wisch werden wir zerreißen und wegwerfen.], Milli Gazete, 14 Februar 1995, S. 6.

⁶²⁰ Erbakan hatte hier gemeint: „Wird in der Türkei der Übergang zur islamisch-islamistischen Ordnung friedlich oder blutig verlaufen?“ Vgl. Dündar, Can: Blutig oder unblutig? in: <http://www.candundar.com.tr/index.php?Did=821> (16.9.2009).

⁶²¹ Vgl. Usul, Ali Resul (2008): The Justice and Development Party and the European Union, S. 178.

der EU beizutreten. Also kehrte die MGB, die zwischen den Jahren 1997 und 2001 taktisch eine die EU bzw. die Demokratie unterstützende Position eingenommen hatte, mit der Saadet-Partei wieder in ihre alte antiwestliche Stellung zurück.

Hinsichtlich der sozioökonomischen Begründung des Wechsels der AKP zur EU-Unterstützerin ist Folgendes zu sagen: In der Türkei begannen sich in den 1980er und 1990er Jahren erste Auswirkungen von Liberalisierungs- und Globalisierungstendenzen zu zeigen. Das führte zur Forderung nach einer neuen Politik durch wirtschaftliche (z. B. MÜSIAD) und zivile Vertreter von religiös motivierten Teilen der Gesellschaft.⁶²² Das heißt: Auch Teile der Wähler der MGB verlangten diesen Wandel. Hier entwickelte sich anstelle des alten „engen und scharfen“ Verständnisses ein gemäßigtes, die EU nicht ablehnendes, aber seine eigenen Werte bewahrendes Verständnis. Diese Diskussion, die innerhalb der FP begann, brachte die AKP hervor. Des Weiteren würde der EU-Integrationsprozess – mit seiner wirtschaftlichen und politisch-institutionellen Verankerung – der AKP-Regierung wesentlich helfen, die türkische Ordnung zu „normalisieren“ und die beiden jahrelangen Hauptgründe für Instabilität in der Türkei zu mindern, so Canşen:⁶²³ Regimekrisen, die verschiedene Male in unterschiedlichen Formen zu militärischen Interventionen geführt haben, sowie wirtschaftliche und finanzielle Zusammenbrüche (besonders die wirtschaftlichen Krisen der Türkei von 2000 und 2001). Denn die EU könnte der untergegangenen türkischen Wirtschaft durch eine strenge wirtschaftliche Disziplin und mit Fonds aus dieser Lage helfen. Zudem bemerkte die AKP die „von unten kommenden“ demokratischen Forderungen verschiedener Gruppierungen in der Türkei. In den 1990er Jahren hatten sich in der Türkei die Identitätspolitiken verstärkt und das Verständnis einer zivilen Gesellschaft etabliert.

Die AKP-Führung bewertet diesen Wandel der Partei als eine neue Modernisierungs- und Demokratisierungsbewegung der Türkei in lokalen und globalen Maßstäben.⁶²⁴ Das lokale Verständnis des AKP-Wandels lautet: Die extreme westliche sowie kemalistisch-laizistische

⁶²² Diese „muslimischen“ Geschäftsleute waren mit den Ergebnissen der Zollunion zufrieden, da die Zollunion ihnen neue Geschäftsmöglichkeiten eröffnete und sie von den westlichen Volkswirtschaften in Bezug auf Märkte, Technologie, Werbung, Beratung und Produktionsdienstleistungen Vorteile erlangten. Vgl. Ayata, Sencer (2004): Changes in Domestic Politics the Foreign Policy Orientation of the AK Party, in: L. Martin und D. Kerides (Hgg.): The Future of Turkish Foreign Policy, Cambridge.

⁶²³ Interview des Autors mit Efkân Canşen an der Universität Bilgi, 2006, Interviewnummer 5; vgl. Yavuz, Hakan (2006): The Role of the New Bourgeoisie in the Transformation of the Turkish Islamic Movement, in: Hakan Yavuz (Hg.): The Emergence of a new Turkey, Salt Lake City, pp. 1 – 10.

⁶²⁴ Interview des Autors mit Fehmi Kuru in der Zeitungs-Redaktion der Yeni Şafak in Istanbul, 2006, Interviewnummer 40.

und -nationalistische Modernisierung in der Gründungsphase der türkischen Republik habe sich nicht in der gesamten Gesellschaft ausbreiten können. Allerdings sei es unsinnig, diese Modernisierung insgesamt abzulehnen und ständig im Streit mit dem Staat zu liegen, wie es in der Vergangenheit unter ihrer Milli Görüş-Bewegung war.⁶²⁵ Die AKP strebt an, die Werte ihrer Unterstützer mit islamisch-konservativer Herkunft sowie ihrer Wähler vom rechten Spektrum der Mitte zusammenzubringen und sich unter Bewahrung dieser Synthese in das liberale System des Westens zu integrieren. Laut der AKP ist die EU sowohl für ihre eigenen Wähler (z. B. bezüglich des Kopftuches) als auch für andere Gruppen im Land, die Probleme haben (z. B. Aleviten und Kurden), das Mittel zur Lösung der demokratischen Probleme. Daneben hat die AKP im Zuge der internationalen Beziehungen eine „Win-win“-Perspektive entwickelt: Das Ziel ist nicht nur, die Notwendigkeiten des liberalen Systems des Westens zu übernehmen, sondern der globalen Ordnung gleichzeitig „Vielfältigkeit“ hinzuzufügen.⁶²⁶ Das heißt, ein Konglomerat von Werten zu schaffen, worin der Islam und die Demokratie harmonisieren, und dies der Weltöffentlichkeit vorzutragen und beim Wandel der islamischen Länder die Funktion der „sanften Kraft“ zu übernehmen. „Accordingly, the concept of European Muslims has also been re-invented. [Moreover, I.E.] The JDP leadership often highlights the secular character of Europe against the exclusive rhetoric of the Christian democrats that have rejected Turkey’s EU membership because of Turkey’s Muslim majority.”⁶²⁷ Die AKP betont, dass die EU von Anfang an als ein politisches Friedensprojekt konzipiert wurde und nicht als eine „konservative Union“ oder als ein „christlicher Club“ entstanden sei. Deshalb solle sich die EU auf die islamische Türkei ausweiten. Mit einer multikulturellen, -ethnischen, -lingualen und noch zusätzlich -religiösen Struktur würde die EU für die Weltzivilisation einen großen Beitrag leisten: Die EU würde somit weltoffen und respektvoller im Umgang mit Andersgläubigen. Die AKP argumentiert, 1,5 Milliarden Moslems auf der Welt verfolgten den EU-Prozess der Türkei aus nächster Nähe. Diese „Vereinigung“ könne zu einem friedlicheren Dialog zwischen der christlichen und islamischen Welt führen und somit die These „Kampf der Kulturen“ widerlegen. Außerdem sei nicht zu vergessen, dass die Türkei als eine laizistische Demokratie mit einer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung das einzige Land sei, das gleichzeitig Mitglied in der G-20, NATO, OECD und der Organisation der Islamischen Konferenz ist. Der AKP-Vorsitzende

⁶²⁵ Interview des Autors mit Toktamış Ateş, an der Universität Bilgi in Istanbul, 2006, Interviewnummer 9.

⁶²⁶ Vgl. Akdoğan, Yalçın (2004): *Kırk Yıllık Düş, Avrupa Birliği'nin Siyasal Geleceği ve Türkiye*, S. 23 – 39.

⁶²⁷ Vgl. Usul, Ali Resul (2008): *The Justice and Development Party and the European Union*, in: Cizre, Ümit: *Secular and Islamic Politics in Turkey*, pp. 175 – 194, hier: S. 181.

Erdoğan argumentiert ferner, die Türkei werde durch ihre Anwesenheit zur Stärke der EU beitragen. Folglich ist er der Meinung, dass „in Europa der Versuch, der Türkei Hindernisse in den Weg zu legen und vom Verhandlungstisch zu vertreiben, im Grunde genommen ein schwerer Fehler sein würde“⁶²⁸.

Überdies wird in der Literatur die These vertreten, die Pro-EU-Haltung der AKP sei keine rein pragmatische Wahl, sondern auch das Resultat der politischen Homogenität der AKP. Demnach wäre die Gründung eines islamischen Staates in der Türkei oder die Wandlung der Türkei in einen theokratischen Staat weder möglich noch eine realistische Erwartung.⁶²⁹

Darüber hinaus ist die Unterstützung zu ergänzen, die die türkischen Wähler sowohl bei den Wahlen von 2002 als auch von 2007 der EU-Mitgliedschaft entgegengebracht haben. Das Volk hatte damit signalisiert, es werde mit den Erwartungen bezüglich der demokratischen Entwicklungen und der wirtschaftlichen Zugewinne im weitesten Sinne eine Partei wählen, die für die Politik bzw. Standards der EU, also für eine Erneuerung eintritt. Die AKP konnte diesen Wink des Volkes richtig deuten und hat eine Pro-EU-Haltung entwickelt.⁶³⁰

Bei der Einschätzung der pro-EU-eingestellten AKP ist auch ins Kalkül zu ziehen, dass die EU-Mitgliedschaft in der Türkei als eine Staatspolitik betrachtet und von den Wählern verlangt wird. Daher ist hier nicht zu ignorieren, dass die AKP die Regierungspartei ist.

Wie am Anfang dieses Kapitels angedeutet wurde, versucht die AKP entsprechend dieser EU-befürwortenden Wandlung, mit ihren EU-Reformen seit 2002 zu erreichen, dass die Türkei auf dem zur Weg der EU voranschreiten kann.⁶³¹ Nach der DSP-MHP-ANAP-Koalition hat die AKP weitere bedeutende EU-Reformen realisiert. Unter den AKP-Reformen sind u. a. die Abschaffung der Todesstrafe, die Gründung des staatlichen Senders TRT-6 (kurdischer Fernsehkanal), Entschärfung der Konflikte mit Armenien, Griechenland und (Süd-)Zypern, das Gesetz bezüglich der Stiftungen, Änderung des Türkentum-Paragraphen 301 und die 1.-Mai-Entscheidung für die Gewerkschaften zu erwähnen. Zu den Grundfragen, bei denen die EU noch weitere Reformen verlangt, gehören die 10-Prozent-Hürde für den Einzug ins Parlament, eine Einschränkung des Umfangs der parlamentarischen Immunität, eine verstärkte demokratische Kontrolle der Streitkräfte, die Alevi-Frage, mehr Rechte für

⁶²⁸ Vgl. ABGS: AK Parti Toplantısı, in: <http://www.abgs.gov.tr/index.php?p=39429&l=1> (21.9.2009).

⁶²⁹ Vgl. Berkan, İsmet: „Bir Komplote Teorisi“ [Eine Verschwörungstheorie], in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=153188> vom 16.5.2005 (21.9.2009).

⁶³⁰ Interview des Autors mit Ömer Faruk Korkmaz in der Parteizentrale in Istanbul, 2008, Interviewnummer 75.

⁶³¹ Vgl. Usul, Ali Resul (2008): *The Justice and Development Party and the European Union*, S. 179; vgl. Dağı, İhsan (2004): *Rethinking Human Rights, Democracy, and the West: Post-Islamist Intellectuals in Turkey*, Critique: Critical Middle Eastern Studies 13, S. 135 – 151.

Gewerkschaften und Presse, die Frage der Beschlagnahmung von Vermögenswerten, die nicht-muslimischen religiösen Stiftungen, die griechisch-orthodoxen Schule in Heybeliada, die Kurden-Frage sowie die Einführung von Rechten für Schwule und Lesben.

4.1.3.5 Die skeptische EU-Haltung der AKP

Trotz der mehrmaligen Ankündigung der Parteileitung der AKP, sie befürworte die EU-Mitgliedschaft als eine globale Vision der türkischen Außenpolitik und betrachte sie als das wichtigste Projekt des 21. Jahrhunderts,⁶³² wird die EU-Politik der AKP seit 2005 meistens kritisiert, sodass die AKP nach ihrer anfänglichen EU-Begeisterung den Integrationsprozess der Türkei blockiert bzw. ihren reformerischen Charakter verloren hat.⁶³³ “The AKP has repeatedly stated that it will return to the path of reform but has done little about it. Consequently, it has lost credibility domestically and internationally and will have to earn back the sobriquet ‘pro-reform’, and even ‘pro-EU’.”⁶³⁴ Hinsichtlich sowohl dieses Verdachtes gegen die AKP als auch des EU-Skeptizismus der AKP ist insbesondere auf drei Problemgruppen zu fokussieren:

a) Die politischen Entwicklungen in der Türkei bezüglich der Positionierung der AKP gegenüber der EU: Hier ist erstens auf die innertürkischen Entwicklungen hinzuweisen, die zu einer Verlangsamung der EU-Reformen der AKP geführt haben.⁶³⁵

- **Der Anstieg der „kemalistisch-laizistischen“ EU-gegnerischen Tendenzen (2007 – 2008):** In der türkischen Gesellschaft sind es ein Teil der Bevölkerung sowie die Oppositionsparteien und staatliche Institutionen wie das türkische Militär, die die AKP mit der Unterwanderung des Staates mit einer islamistischen Ideologie inkriminieren. Somit wird die Politik der AKP als historischer Bruch mit dem Kemalismus bewertet. Zudem ließen die mangelnden Fortschritte bei den Rechten für Aleviten und Nicht-Muslime am Einsatz für die Menschenrechte außerhalb sunnitischer Interessen zweifeln. Hierbei wird behauptet, die AKP habe keine Signale dafür gegeben, dass die

⁶³² Vgl. Sabah: Egemen Bağış, Harvard Üniversitesinde konuştu, in: http://www.sabah.com.tr/Siyaset/2009/09/25/bagis_harvard_universitesinde_konustu (25.9.2009).

⁶³³ Vgl. European Commission (2005): Turkey: 2005 Turkey Report, Brussels, 9 November. S. 41.

⁶³⁴ Vgl. International Crisis Group: Turkey and Europe, 2008, S. 3.

⁶³⁵ Vgl. Öniş, Ziya: Turkey-EU-Relations: Beyond the Current Stalemate, Insight Turkey, Vol. 10, No. 4, 2008, pp. 46 – 48.

Lockerung der Einschränkungen für Muslime nicht zu Beeinträchtigungen für die säkularen Türken führen würde.⁶³⁶ Hinsichtlich dieser Angst vor einer Islamisierung durch die AKP sind auch große „Republik-Demonstrationen“⁶³⁷ zu beobachten, die im April 2007 in Ankara anfangen und in verschiedenen Provinzen wie Istanbul und Izmir weitergeführt wurden. Deren Hauptziel war die eventuelle Kandidatur des Ministerpräsidenten Erdoğan für das Amt des Staatspräsidenten. Die „kemalistischen-laizistischen“ Teile der Gesellschaft nehmen an, dass dieses Amt für die Republik, die Mustafa Kemal Atatürk gegründet hat, eine ganz besondere Bedeutung habe und die Islamisten durch die Eroberung dieses Amtes in der Lage wären, ihre religiös begründeten Werte unter dem Mantel von Gesetzen zu verbreiten, die vorgeblich dem Reformprozess für den EU-Beitritt dienen.⁶³⁸

- **Die Parlaments- und Staatspräsidentenwahlen:** 2007 war das Jahr der zwei großen Wahlen in der Türkei.⁶³⁹ Der Wahl des Staatspräsidenten war eine Krise vorangegangen. Nach den oben skizzierten großen Protesten gegenüber der

⁶³⁶ Hingegen äußerte Ergun Özbudun nach den Wahlen von 2007 über die AKP und die Angst vor der Scharia Folgendes: „Die Scharia kommt nicht in die Türkei und wird auch nicht kommen. Auch die Aktivitäten der AKP in den viereinhalb Jahren [mittlerweile acht, I. E.] berechtigen nicht zu dieser Befürchtung. Allerdings, [beträgt der Anteil derjenigen, die daran glauben, dass der Laizismus in Gefahr wäre, 22 %, aber, I. E.] ein Fünftel der Wähler [Er meint die CHP, I. E.] ist keine Minderheit, die man auf die leichte Schulter nehmen kann.“ Vgl. Özbudun, Ergun: Seçmenin cevabı [Die Antwort des Wählers], in: <http://www.zaman.com.tr/haber.do?haberno=567834> (24.7.2007).

⁶³⁷ Sie waren gewaltige Massenproteste „des säkularen Lagers, das mit Parolen wie ‚Diese Regierung ist der Feind von Atatürk‘ für die Trennung von Religion und Staat demonstrierte. Neben der Sorge um den Schutz der laizistischen Ordnung standen Forderungen nach ‚voller Demokratie und Unabhängigkeit‘ und die Ablehnung ‚Weder Putsch noch Scharia‘ im Vordergrund.“ Vgl. Senkyr, Jan: Vorgezogene Parlamentswahlen sollen Türkei aus der Krise führen, in: http://www.kas.de/proj/home/pub/44/1/-/dokument_id-10840/ (27.9.2009). Die Demonstranten trugen Plakate mit Aufschriften wie

- „Demokratie bedeutet nicht Toleranz gegenüber Obskurantismus.“
- „Wir fordern Aufklärung und Demokratie!“
- „Weder EU noch USA – eine vollständig unabhängige, nationalistische Türkei“

Vgl. BBC: in: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/6554851.stm> (10.10.2008).

Demgegenüber bewertete Erdoğan die Teilnehmer an der Demonstration als „Statisten“. Das heißt, die Demonstranten würden sich dabei durch kemalistische Eliten, die auf eine Möglichkeit zum Putsch hoffen, instrumentalisieren lassen. Vgl. NTV-MSNBC: in: <http://www.ntvmsnbc.com/news/405722.asp> (10.10.2008).

⁶³⁸ Vgl. İnce, Özdemir: Cumhurbaşkanlığı seçimi konusunda, in: <http://hurarsiv.hurriyet.com.tr/goster/haber.aspx?id=7081016&yazarid=72> (26.9.2009).

⁶³⁹ Vgl. Kaynak, Mahir: <http://www.habervitrini.com/haber.asp?id=382640> (27.9.2009).

eventuellen Staatspräsidentschaft Erdoğan's beschloss die AKP, Abdullah Gül, den zweiten Mann der AKP, als Kandidat für die Staatspräsidentschaft aufzustellen. Hingegen erwarteten die laizistischen Teile hierbei einen Kompromiss von der AKP – also einen gemeinsamen Kandidaten. Die CHP ging zum türkischen Verfassungsgericht, um die erste Runde der Präsidentschaftswahl annullieren zu lassen. Nach dieser Klage entschied das Verfassungsgericht, dass für die Abstimmung ein Quorum von mindestens 367 Abgeordneten zwingend ist. Die AKP erreichte diese Anzahl nicht und ging ohne eigene Mehrheit in die Parlamentswahlen vom 22 Juli 2007. Zudem mischte das türkische Militär sich mit einer im Internet veröffentlichten Nachricht vom 27. April 2007 ein.⁶⁴⁰ Da die AKP während des Jahres 2007 um die Bewahrung ihrer Führung des Landes mit den zentralen Machtapparaten des türkischen Staates ringen musste, konnte sie sich damals nicht mit den weiteren EU-Reformen beschäftigen.⁶⁴¹

- **Der Rückkehr der gewalttätigen PKK-Aktivitäten und die Erhöhung der „nationalistischen“ EU-gegnerrischen Tendenzen:** Nachdem der PKK-Chef Abdullah Öcalan 1999 festgenommen worden war, waren die Konflikte zwischen der PKK und der Türkei zurückgegangen. Zwischen 2000 und 2004 sind hinsichtlich der EU-Reformen auch die Rechte der Kurden verbessert worden. Im Jahre 2004 beendete die PKK den Waffenstillstand unilateral, da die Türkei ihre Forderungen ignoriert hätte. In den folgenden Monaten des zweiten Wahltriumphs der AKP wurden im Oktober 2007 25 türkische Soldaten durch die PKK getötet. Außerdem wurden noch 8 Soldaten durch die PKK in den Nordirak entführt, wo die PKK bestimmte Verbindungen besitzt.⁶⁴² Folglich erhöhten sich nationalistische Neigungen in der Türkei dramatisch: Somit wurde die Realisierung weiterer EU-Reformen unmöglich, weil geglaubt wurde (und immer noch von manchen geglaubt wird), dass die EU durch die Forderung nach Ausweitung der Rechte der Kurden die PKK (in ihren gewalttätigen und separatistischen Aktionen) ermutigt habe. In dieser hoch sensiblen Atmosphäre wurde sogar beobachtet, dass gegen die AKP-Politiker in den Trauerfeiern für die gefallenen türkischen Soldaten stark protestiert bzw. sie beschuldigt wurden, da sie durch ihre EU-Reformen bzw. durch „die Ermutigung in

⁶⁴⁰ Dies wird als „E-Memorandum“ bezeichnet. Vgl. <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/militaer.php> (26.3.2010); vgl. Sezer, Esra: in: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/43/Beilage/005.html> (26.9.2009).

⁶⁴¹ Vgl. Birand, M. Ali: Kürt açılımı, Türkiye'yi AB'ye yakınlaştırır, Kriter Zeitschrift, 2009, Nr. 39, S. 10.

⁶⁴² Das PKK-Hauptquartier liegt in den nordirakischen Kandil-Bergen.

Richtung ethnische Identität“ bei der Wiederkehr der PKK-Angriffe eine Rolle gespielt hätten.⁶⁴³

- **Die Verschlechterung des Verhältnisses zwischen der AKP und den türkischen Liberalen:** Nach den Parlamentswahlen von 2007 strebte die AKP mit der Unterstützung der türkischen liberalen Intellektuellen die Durchführung eines weiteren EU-Reformpaketes an. Dabei bereitete sogar der namhafte Verfassungsrechtler Ergun Özbudun einen Verfassungsentwurf vor. Seit 2002 haben die Liberalen eine positive Beziehung zur AKP entwickelt. Das gemeinsame Ziel war (und ist) die Demokratisierung der Türkei. Beispielsweise trugen der prominente linksliberale Ahmet Altan und Fehmi Kuru, einer der wichtigsten AKP-nahen Journalisten, hierzu einen heftigen Streit aus.⁶⁴⁴ Altan kritisierte die AKP, da sie bezüglich dieses Verfassungsentwurfes stets darauf bestanden habe, die Freiheiten über religiöse Forderungen, in erster Linie das Kopftuch, zu definieren. Dies führte zur teilweisen Zerstörung dieser zweckorientierten Zusammenarbeit. Nach Ansicht der Liberalen war es ein schwerer taktischer Fehler, sich auf die Diskussion über das Kopftuch zu konzentrieren und sie nicht im größeren Zusammenhang einer Verfassungsreform zur Stärkung der Bürgerrechte aller türkischen Bürger anzugehen. Dadurch hat die AKP die Unterstützung der in der Türkei als Motor der EU-Reformen bezeichneten Liberalen teilweise verloren.
- **Das Verbotsverfahren gegen die AKP:** Am 14. März 2008 beantragte der Generalstaatsanwalt Yalçınkaya ein Verbotsverfahren gegen die AKP, weil sie die säkulare Grundordnung der Türkei zu untergraben versuche.⁶⁴⁵ Zudem forderte er für 71 Personen ein Politikverbot, darunter waren der Präsident Abdullah Gül, der Ministerpräsident und Vorsitzende der AKP Erdoğan und der ehemalige Parlamentspräsident Arınç – also die drei wichtigsten Namen der AKP. Als Kern der Anklage werden zwei Verfassungsänderungen angesehen, mit denen die AKP (unterstützt von der MHP) das Kopftuchverbot für Studentinnen an Universitäten

⁶⁴³ Vgl. International Crisis Group: Turkey and Europe: The Decisive Year Ahead. Europe Report 2008, S. 8 – 9.

⁶⁴⁴ Vgl. Altan, Ahmet: AKP ve liberaller, in: <http://www.taraf.com.tr/makale/4.htm> vom 17.02.2008 (26.9.2009); vgl. Kuru, Fehmi: Koalisyon çatladı, ama sorun bakalım neden çatladı? in: <http://yenisafak.com.tr/yazarlar/?i=9361&y=FehmiKuru> vom 16.02.2008 (26.9.2009).

⁶⁴⁵ Vgl. Für die vollständige Klageschrift siehe <http://bianet.org/bianet/bianet/105636-akpye-kapatma-iddianamesinin-tam-metni> vom 17.3.2008 (27.9.2009); vgl. Tröndle, Dirk: Das Verbotsverfahren gegen die AKP, in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_14778-544-1-30.pdf (27.9.2009).

gelockert hatte. Am 30. Juli 2008 wurde der Verbotsantrag abgelehnt. Sechs der elf Richter befürworteten ein Verbot, womit die notwendige Anzahl von sieben Stimmen knapp verfehlt wurde. Schließlich durfte die AKP weiterregieren, teilweise wurden ihr aber staatliche Unterstützungen versagt. Als Hauptgrund für ein Verbot wurde die Wandlung der Partei zu einem „Sammelbecken für anti-säkulare Aktivitäten“ genannt.⁶⁴⁶ Es ist darum zu behaupten, dass die AKP sich infolge dieses Verbotsantrages nicht auf den EU-Prozess konzentrieren konnte, da sie zuerst um ihr Überleben kämpfen musste.⁶⁴⁷

- **Die Ermittlungssache „Terrororganisation Ergenekon“:** Sie ist eine der größten Operationen der Staatsanwaltschaft in der Geschichte der Türkei. Die Anklageschrift konnte in einem Zeitraum von über einem Jahr (2007 – 2008) erstellt werden.⁶⁴⁸ „Ergenekon“ ist laut Anklageschrift der Istanbul Generalstaatsanwaltschaft eine „terroristische Vereinigung“ und hatte das Ziel, „die Türkei durch Anschläge und Attentate ins Chaos zu stürzen und so einen Staatsstreich des Militärs gegen die Erdoğan-Regierung zu provozieren“⁶⁴⁹. Einer der wichtigsten Punkte der Klageschrift mit der Nummer 623/2008 ist „der Versuch die Regierung [...] zu liquidieren.“ Nach türkischen Pressedarstellungen habe „Ergenekon“ nationalistischen Charakter, sei innerhalb staatlicher Strukturen und der Sicherheitskräfte der Türkei aktiv und richte sich insbesondere gegen separatistische Bestrebungen und vermeintliche Landesverräter. „Ergenekon“ steht im Verdacht, Teil des sogenannten „Staates im Staat“ zu sein. Nach der Behauptung habe diese Geheimorganisation seit 2001 gegen die Regierungen einige Putschversuche realisiert.⁶⁵⁰ Aufgrund dieses schwierigen

⁶⁴⁶ Vgl. Rumpf, Christian/Akartürk, Ekrem: Die rechtlichen Auswirkungen des Verbotsverfahrens der AK-Partei in Anbetracht der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Parteiverbot in der Türkei – Fall AKP, in: http://www.tuerkei-recht.de/Parteiverbot_AKP_dt.pdf (15.6.2010); vgl. AKP (2008): AK Parti'nin İddianameye Cevapları; vgl. Öger, Vural: AK Parti kapatılırsa AB treni durur, in: <http://www.tumgazeteler.com/?a=2884088> vom 26.5.2008 (26.9.2009).

⁶⁴⁷ Vgl. Yavuz, M. Hakan (2009): Secularism and Muslim Democracy in Turkey, S. 239 – 266.

⁶⁴⁸ Bei der Ergenekon-Untersuchung, die am 12. Juni 2007 begann, wurden in zwei Jahren drei Anklageschriften erstellt. Am 14. Juli 2008 wurde die erste Anklageschrift mit 86 Angeklagten und 2455 Seiten und am 10. März 2009 die zweite Anklageschrift mit 56 Angeklagten und 1912 Seiten fertiggestellt.

⁶⁴⁹ Vgl. TAZ: <http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digital-artikel/?ressort=au&dig=2009%2F01%2F08%2Fa0120&cHash=d1a047a9dd> (26.9.2009).

⁶⁵⁰ Vgl. Berkan, İsmet: Ergenekon'un yakın tarihi, in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=252081> vom 04.04.2008 (26.9.2009).

juristischen Prozesses hat die AKP auch gegen diese strategischen Teile der türkischen Politik kämpfen müssen. Bezüglich der Verwirklichung der EU-Reformen verursachte auch dies ernsthafte Schwierigkeiten und eine Motivationsmüdigkeit in der Regierungspartei AKP.⁶⁵¹ Hingegen wird die AKP nicht selten beschuldigt, der Prozessverlauf von „Ergenekon“ genüge nicht vollständig den rechtlichen Kriterien für solche Prozesse. Im Grunde strebe die AKP durch die Beeinflussung der Richter an, eine vollständige Kontrolle über die kemalistischen Teile bzw. das Land auszuüben.⁶⁵²

b) Die EU-skeptischen Tendenzen innerhalb der AKP: In Bezug auf die EU-Haltung der AKP sind zweitens die Einstellungen innerhalb der Partei zu analysieren: Im Allgemeinen wird in der AKP daran geglaubt, die EU-Integration führe zu positiven Folgen in der Türkei. Es ist allerdings auch eine Tatsache, dass es innerhalb der Partei bestimmte EU-skeptische Tendenzen gibt. Sie sind als Ergebnis 1) der EU-skeptischen Vorstellungen mancher AKP-Politiker, 2) der anti-westlichen Diskurse der Saadet-Partei, der derzeitigen Vertreterin der Milli Görüş-Bewegung (MGB), die auch Teile der AKP-Anhänger beeinflusst, und 3) des negativen Verhaltens mancher Akteure auf EU-Ebene bezüglich empfindlicher, den Islam betreffender Themen entstanden. Ferner sieht man einen Konflikt zwischen den Parteianhängern und der Parteileitung.⁶⁵³ Die Partei hat von Anfang an aufgrund der Forderungen jener Teile der Wähler, die überwiegend aus der MGB stammen, nicht selten ein Problem gehabt. So wollte z. B. die AKP-Regierung im Jahre 2004 „Ehebruch“ per Gesetz unter Strafe stellen. Das wurde von der EU und der türkischen Öffentlichkeit so stark kritisiert, dass die AKP von diesem Vorhaben abließ.⁶⁵⁴

⁶⁵¹ Vgl. Habertürk: in: <http://www.haberturk.com/haber.asp?id=62924&cat=110&dt=2008/03/24> (24.03.2008); vgl. Bila, Fikret (2007): *Komutanlar Cephesi*, Ankara.

⁶⁵² Vgl. Özdi, Yılmaz: Açılım, in: <http://hurarsiv.hurriyet.com.tr/goster/haber.aspx?id=12186727&yazarid=249&tarih=2009-07-31> (13.08.2010).

⁶⁵³ Zum Beispiel lagen beim 3. Kongress der AKP in Istanbul (27.6.2009) der amtierende Provinzvorsitzender Aziz Babuşçu und Metin Külünk im Wettbewerb. Der Slogan Külünks war „Diese Anhänger möchten ihren Geist zurück haben“, womit der Konflikt innerhalb der Partei zwischen den Anhängern und der Parteileitung hervorgehoben wurde. Vgl. Çakır, Ruşen: AKP’de taban tavan kavgası [Der Konflikt zwischen den Anhängern und der Parteileitung in der AKP], in: http://haber.gazetevatan.com/haber-vatan?detay=AKPde_taban_tavan_kavgasi&Newsid=245849&Categoryid=4&wid=73 (28.6.2009).

⁶⁵⁴ Vgl. Güzeldere, Ekrem Eddy: Ehebruch bleibt straffrei, in: <http://www.europa-digital.de/aktuell/dossier/tuerkei/strafreform.shtml> vom 15.9.2004 (27.9.2009).

In diesem Kontext geriet die AKP in die Kritik, auch infolge eines von der stellvertretenden Parteivorsitzenden Edibe Sözen entworfenen „Gesetzesentwurfes zum Jugendschutz“. Danach seien Käufer von Pornografie künftig staatlich zu registrieren, in allen Schulgebäuden Gebetsräume zu errichten und der Besuch von Internetcafés für Jugendliche unter 18 Jahren zu verbieten. Als Folge der großen Empörung von Opposition und Medien distanzierte die AKP-Leitung sich von diesem Gesetzesentwurf.⁶⁵⁵

Die gemäßigt islamistischen und nationalistischen Einstellungen der AKP-Wähler sind denen der islamistischen Saadet-Partei und der nationalistischen Bewegungspartei MHP ähnlich. Es ist festzuhalten, dass die oben dargelegten Auffassungen eine der wichtigsten Quellen des EU-Skeptizismus in der Türkei darstellen. Das beste Beispiel einer solchen EU-skeptischen Neigung erhellt aus einer Aussage des AKP-Führers Erdoğan 2008: „Wir haben von der EU nur deren Unanständigkeiten übernommen“, ⁶⁵⁶ was in der europäischen Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt hat. Entsprechend dieser Aussage Erdoğan's beschrieb die islamistische Zeitung „Vakit“ die Grundthesen der skeptischen Haltung der AKP, die auf Sittlichkeit, Moral und Religion beruht, wie folgt:⁶⁵⁷

- Die Familie als Institution ist in den europäischen Gesellschaften zerstört. An die Stelle der Ehen ist das Zusammenleben getreten. Folglich nimmt der Anteil der jungen Bevölkerung jedes Jahr ab. Die Frauen tragen keine Babys mehr auf dem Arm, stattdessen führen sie Hunde spazieren.
- Die alten Menschen werden in Altersheime abgeschoben.
- Abartige Lebensweisen, so z. B. Homosexualität, werden unter dem Namen „sexuelle Freiheit“ angespornt. Homosexuelle Bürgermeister werden mit Verständnis aufgenommen.
- In vielen europäischen Ländern ist das Alter für erste sexuelle Erfahrungen auf 10 bis 11 Jahre herabgesunken.
- Die Abhängigkeit von Rauschmitteln und Alkohol, allen voran von Heroin, ist bis in die Grundschulen eingedrungen.

⁶⁵⁵ Vgl. Höhler, Gerd: Geheime Agenda? AKP zieht Jugendschutzpläne zurück, in: <http://www.wiwo.de/politik/akp-zieht-jugendschutzplaene-zurueck-303598/> vom 11.08.2008 (28.9.2009).

⁶⁵⁶ Vgl. Erdoğan, R. Tayyip: Batı'nın ahlaksızlığını aldık, in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=245471> vom 25.01.2008 (27.9.2009).

⁶⁵⁷ Vgl. Vakit vom 26.01.2008; zur Bewertung der Thesen vgl. Ahmet Hakan: 13 Maddede Batı ahlaksızlıkları, in: <http://hurarsiv.hurriyet.com.tr/goster/haber.aspx?id=8114470&yazarid=131> vom 28.1.2008 (1.8.2009).

- Es gibt keinen Nachbarschaftssinn, keine Besuche, keine gegenseitige Hilfe und keine Solidarität mehr. Der westliche Mensch lebt „einsam unter Millionen“.
- Die Glaubenskrisen bedroht alle westlichen Länder. In Europa ist die Hälfte der Bevölkerung ohne Glauben.

Darüber schreibt der liberal-orientierte EU-Befürworter Mehmet Barlas Folgendes: „Schließlich [...] existieren im Unterbewusstsein der AKP-Politiker einige Brisen aus der Milli Görüş. In ihrer Pubertätszeit, als sie begonnen haben, politisches Bewusstsein zu erlangen, haben sie Europa als einen ‚Westlichen Club‘ angesehen.“⁶⁵⁸ Hier kritisiert Ahmet Hakan, ein aus der Tradition der Milli Görüş stammender Journalist, die AKP wie folgt: „Ihr könnt sagen: ‚Das [d. h. europäische Werte und Normen, I. E.] passt nicht zu uns! Das verdirbt uns‘. [...] Dann müsst ihr allerdings sofort vom Traum der EU aufwachen. Denn all die Dinge, die ihr als ‚Verderbtheit‘ ansieht, zählen zu den unerlässlichen Bedingungen der Zugehörigkeit zur EU.“⁶⁵⁹

Mit Bezug auf die oben demonstrierten EU-skeptischen Tendenzen der AKP ist daran zu erinnern, dass die EU sich als Wertegemeinschaft sieht. Daher müssen, angefangen bei der Rechtsstaatlichkeit und der Pressefreiheit, alle Arten der Freiheiten des Individuums gesichert sein.⁶⁶⁰

c) Das Verhalten der EU gegenüber der Türkei: Sowohl bezüglich der Entstehung einer skeptischen EU-Haltung als auch des „partiellen“ Verschwindens des Reforminteresses der AKP sind auch Reaktionen auf der Seite der EU zu erkennen: “The reform slowdown of 2005 – 2008 and the heated domestic political frictions of 2007 – 2008 have damaged efforts to bring Turkey’s laws, administrative practices and constitution closer to European norms. Blame for this lies chiefly with Ankara and increasingly with the AKP, but also EU failures over Cyprus in 2004 and opposition to Turkey’s EU membership by some EU leaders.”⁶⁶¹

⁶⁵⁸ Vgl. Barlas, Mehmet: „AK Parti AB yolunda gecikti de CHP sanki öne mi geçti“ [Ist es denn so, dass sich die AKP auf dem EU-Weg verspätet hat, so dass die CHP sie überholt hätte?], in: http://www.sabah.com.tr/Yazarlar/barlas/2008/04/12/AK_Part_i_AB_yolunda_gecikti_de_CHP_sanki_öne_mi_g_eçti vom 12. 4. 2008 (30.6.2009).

⁶⁵⁹ Vgl. Hakan, Ahmet: Başbakan için Batı dersleri, in: <http://hurarsiv.hurriyet.com.tr/goster/haber.aspx?id=8110206&yazarid=131> vom 27.1.2008 (1.8.2009).

⁶⁶⁰ Mit 28 weiblichen Abgeordneten gehören die meisten Frauen im derzeitigen Parlament der AKP an. Vgl. NTV-MSNBC: 48 kadın Meclis’te, in: <http://arsiv.ntvmsnbc.com/news/415048.asp> (24.7.2007).

⁶⁶¹ Vgl. International Crisis Group: Turkey and Europe: The Decisive Year Ahead. Europe Report 2008, S. 27.

Eines der besten Beispiele dafür, dass der AKP-Führer Erdoğan sich von den Handlungen der EU beeinflussen lässt, ist der EU-Gipfel vom 17. Dezember 2004. Hinsichtlich der Türkei-Haltung der EU sagte er Folgendes: „Es hat mich [im Zusammenhang mit dem Beginn der Verhandlungen zwischen der EU und der Türkei, I. E.] traurig gemacht, dass der Termin um ein Jahr verschoben wurde, obwohl man [im Jahr 2002, I. E.] Verhandlungen ‚ohne Aufschub‘ zugesagt hatte. Ferner haben wir gesagt, dass ‚das so nicht geht‘, als man uns den berühmten Paragraph 19 [bezüglich Zyperns, I. E.] vorlegte. Sie haben uns das einfach auf den Tisch gelegt. Sie haben uns über Hürden springen lassen. Die EU hat unsere Zypern-Politik, die für eine Lösung eintritt und pro-EU eingestellt ist und die wir aber trotz diesbezüglicher Empfindlichkeit unserer eigenen Wählergruppe und der starken Opposition in der Türkei geführt haben, überhaupt nicht belohnt. Das Verhalten der EU, die darauf besteht, dass immerzu nur ihre eigenen Thesen akzeptiert werden und die unsere Auffassungen nicht als ein Teil der Lösung betrachtet, hat dazu geführt, dass etwas in mir zerbrochen ist.“⁶⁶² Der EU-befürwortende Journalist İsmet Berkan schätzt die skeptische bis gegnerische Positionierung der AKP gegen die EU wie folgt ein:

„Die AKP hat vom ersten Tag an ihre politische Zukunft an mehr Integration mit dem Westen geknüpft. [...] Nur dann, wenn Freiheiten nach westlicher Art sich etablieren, könnten alle Hindernisse vor der Freiheit der Religion und der Religionsausübung aus dem Weg geräumt und somit die Probleme der Moslems in der Türkei gelöst werden. Von diesem Standpunkt ausgehend, hat die AKP begonnen für die Freiheiten einzutreten und die EU-Reformen nach und nach realisiert. Allerdings gab es in dieser Zeit einige Forderungen sowohl von der Partei selbst als auch von den traditionellen Stammanhängern der Partei, z. B. Tüban [=das Kopftuch, I. E.] und die Angelegenheit mit der Fachoberschule für islamische Vorbeter.“⁶⁶³

⁶⁶² Zit. nach: Milliyet vom 29.4.2005, İçimde bir tel koptu, in: <http://www.milliyet.com.tr/2005/04/29/siyaset/axsiy02.html> (25.7.2009).

⁶⁶³ Die Fachoberschulen für islamische Vorbeter (IHL) wurden wesentlich als Berufsgymnasien gegründet, um Vorbeter auszubilden. Allerdings wurde der Umstand, dass ab dem Jahr 1980 die Anzahl der IHL und deren Absolventen sich mit großer Geschwindigkeit erhöhten, zu einer der wichtigsten Ursache dafür, dass sich im Land die rechte und islamis(tis)che Politik mehrte. So hat Erbakan die IHL sogar als „unseren Hintergarten“ bezeichnet. Angesichts der „RP-Gefahr“ wurde mit dem 28.-Februar-Prozess (1997) die Praxis des Koeffizienten für die Berufsgymnasien bei der Zulassung zu den Universitäten eingeführt. Somit wurde es unmöglich, dass die Absolventen der IHL in anderen Bereichen studieren konnten. Am 22. Juli 2009 wurde diese Praxis wieder aufgehoben. In der Erklärung, die vom Hochschulrat abgegeben wurde, betonte dieser, dass das neue System für Chancengleichheit sorgen würde. Fikret Şenses, der bei der diesbezüglichen Abstimmung dagegen gestimmt hatte, äußerte, dass das neue System es offen dargelegt habe, wie sehr sich die Ziele der Regierungspartei mit den Zielen des Hochschulrates decken. Zübeyde Kılıç, die Vorsitzende der Gewerkschaft Eğitim-Sen, hat diesen Beschluss folgenderweise bewertet: „Der Hochschulrat ist zum Spielzeug der AKP geworden.“ Vgl. Milliyet:

Aber die AKP fing an, zu begreifen, dass die Forderungen bezüglich des Kopftuchs nach der Ansicht mancher europäischer Länder, von Frankreich angeführt, kein Freiheitsproblem darstellen, sondern so, wie es in der Türkei von jeher gesagt wird, eine Bedrohung für die Demokratie sind. Dies stellte für die AKP einen Wendepunkt dar. Der zweite Wendepunkt war Zypern. [...] Sowohl die Themen um das Kopftuch als auch die Problematik mit Zypern und danach die Probleme einerseits hinsichtlich des Völkermords an Armeniern, andererseits mit Abdullah Öcalan, die in kurzem Abstand folgten, führten in der Regierung zu einer ernsthaften gegnerischen oder skeptischen Atmosphäre gegen den Westen.“⁶⁶⁴

Dazu kommen andere exogene Faktoren des EU-Skeptizismus der AKP.⁶⁶⁵

- die Gegnerschaft von Sarkozy und Merkel, die eine „Privilegierte Partnerschaft“ gegenüber der Vollmitgliedschaft bevorzugen.
- die Zulassung des PKK-nahen Fernsehkanals Roj TV in Dänemark die Papst-Äußerungen zum Islam und zum Propheten Mohammed sowie die Mohammed-Karikaturen in den westlichen Medien (2006)

Die Kombination der erläuterten drei Faktoren verstärkte den EU-Skeptizismus der AKP und verminderte erkennbar ihre Hoffnung und ihren Willen bezüglich eines EU-Beitritts. Zu unterstreichen ist, dass die Hauptströmung der EU-skeptischen Tendenzen der AKP auf drei wichtigen Standbeinen beruhen: den traditionellen islamisch/islamistischen, konservativen und nationalistischen Vorstellungen. Ohnedies hat sich der EU-Skeptizismus in der Türkei im Allgemeinen um diese drei Strömungen geformt.⁶⁶⁶ Das Phänomen Skeptizismus ist der Ausdruck der Angst, die im Gedächtnis der Gesellschaften ihre Hegemonie errichtet hat und sich mit der Kodierung „Wir“ und „der Andere“ in kulturellen und politischen Aktivitäten und Diskursen bemerkbar macht. In den oben genannten drei ideologischen Standpunkten gründen die EU-skeptischen Haltungen der AKP in Bezug auf die Erfahrungen der Türkei auf den Gebieten der Westausrichtung und Modernisierung. Es ist zwar so, dass der durch die AKP betrachtete Zeitabschnitt über die Geschichte der Türkei hinausgeht und bis zum Osmanischen Reich des 19. Jahrhunderts zurückreicht. Der Umstand, dass man gemerkt hatte,

Katsayı uygulaması kaldırıldı!, in: <http://www.milliyet.com.tr/Egitim/HaberDetay.aspx?aType=HaberDetay&ArticleID=1120249&KategoriID=122%20vom%2022.7.2009> (03.8.2009). Obwohl dies im November 2009 vom Staatsrat (türkisch: Danıştay) wieder abgelehnt wurde, ist die Stellung dieser Berufsgymnasien weiter unklar.

⁶⁶⁴ Vgl. Berkan, İsmet: „Bir Komplote Teorisi“ [Eine Verschwörungstheorie], in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=153188> vom 16.5.2005 (21.9.2009).

⁶⁶⁵ Diesbezügliche andere Faktoren werden im Kapitel 4.2 behandelt.

⁶⁶⁶ Vgl. Canafe/Bora (2003): in: Çarkoglu/Rubin (Hgg.) Turkey and European Union, London, S. 128.

dass das Osmanische Reich gegenüber den westlichen Staaten in den militärischen, wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Bereichen in Rückstand geraten war, hatte erst im Osmanischen Reich und anschließend in der Türkei bei den Staatsmännern zwei Ziele hervorgebracht: Modernisierung und Westausrichtung. Dies hat(te) auch den Drang ausgelöst, sich in das System der westlichen Staaten zu integrieren. Während west-orientierte Eliten die Integration der Türkei in Europa als die Haupttriebkraft für die Modernisierung angesehen haben, haben konservativ-islamische Kreise dabei schwere Bedenken – insbesondere hinsichtlich westlicher Kulturvorstellungen. Die Letztgenannten meinen: Während eine nicht-westliche Modernisierung eine Befreiung von westlichem Großmachtstreben bedeute, führe die Westausrichtung zur Versklavung der Türkei durch die christlich-westlichen imperialistischen Staaten. Solch eine Art des Skeptizismus gegenüber dem Westen bzw. der EU ist in der heutigen türkischen Politik in der AKP zu beobachten.

Die Kritik, die bezüglich der EU-Skepsis der AKP zur Sprache gebracht wird, konzentriert sich im Wesentlichen auf ihre Einstellungen zur Zivilisation. So behauptet z. B. Hakkı Uyar, dass die AKP grundsätzlich nicht anstrebe, die modernen liberalen Werte zu übernehmen. Was noch wichtiger ist: Er unterstreicht, dass die Pro-EU-Politik der AKP nicht der Zweck selbst, sondern ein Mittel zum Zweck sei:

„Dass Erdoğan als den Hauptgrund für die Ereignisse in den Vorstädten Frankreichs [im Jahr 2005, I. E.] die Haltung Frankreichs bezüglich des Kopftuchs sah, gibt uns Aufschluss über sowohl seine als auch die Gedankenwelt der AKP. Dabei hatte Frankreich in den Schulen nicht nur das Kopftuch, sondern auch das Kreuz und die Kippa verboten. [...] Nun mag angenommen werden, Erdoğan habe sich heute geändert, er möchte nun die Scharia nicht mehr und er habe die Ansichten der Milli Görüş abgelegt. Abgesehen davon, ob er sich geändert hat oder nicht – seit jener Zeit hat sich an der geringschätzigen, aufzwingenden und antidemokratischen Art Erdoğan in seinem politischen Diskurs nichts geändert. Es war so, als er der Milli Görüş angehörte, und es ist auch so, da er sich nun als konservativer Demokrat bezeichnet! In der Vergangenheit drängte die RP darauf, auf dem Taksim-Platz eine Moschee zu bauen; heute drängt die AKP darauf, in Göztepe eine Moschee zu bauen! [...] Die AKP sieht die EU, die ihrer Regierungsmacht die Legalität verschafft, nicht als einen Zweck an. Sie hat weder die EU noch die Demokratie verinnerlicht [...] und weil dem so ist, bleibt von der Glaubwürdigkeit der AKP nichts übrig. Die wahre Absicht der AKP ist es, nicht der EU beizutreten. Doch für die Lösung ihrer Probleme mit dem Regime ist sie auf die EU angewiesen. Dafür muss(te) sie auch gute Beziehungen zur EU unterhalten. Wohin diese ungesunde Annäherung die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU führen wird, ist wahrlich zu diskutieren!“⁶⁶⁷

⁶⁶⁷ Vgl. Uyar, Hakkı: „AKP için AB amaç değil, araç!“ [Für die AKP ist die EU nicht der Zweck, sondern das Mittel!] vom 13.11.2005, in: http://www.radikal.com.tr/ek_haber.php?ek=r2&haberno=5258 (18.9.2009).

Darüber hinaus werden die antidemokratischen Neigungen innerhalb der AKP betont: Es wird von den liberalen EU-Befürwortern unterstrichen, es sei notwendig, dass die AKP die demokratischen Rechte nicht nur für ihre eigene Wählerschicht, sondern auch für alle anderen Gruppen in der Türkei fordere.⁶⁶⁸ Es wird z. B. vorgebracht, die AKP sei hinsichtlich des Kopftuches so beharrlich, aber sage währenddessen nichts dazu, warum die Aleviten immer noch den Religionsunterricht der Sunniten besuchen müssen.⁶⁶⁹ Überdies wird hervorgehoben, dass es ein Indiz für die EU-Kultur in dieser Partei sein wird, wenn die AKP die Existenz der laizistischen Bürger in der Türkei nicht nur „mit bloßen Worten, sondern tatsächlich“ akzeptiert und ihre Ängste begreift. Nach Ruşen Çakır, der den politischen Islam in der Türkei untersucht hat, müsse die Partei sich vom Verständnis der „absoluten Demokratie“ zum Verständnis der „pluralistischen Demokratie“ entwickeln: „Erdoğan fasst die Demokratie seit seiner Zeit in der Milli Görüş als ein System auf, in dem die Mehrheit über alles bestimmt und diejenigen, die sich in der Minderheit befinden, sich diesen Beschlüssen fügen müssen. Das letzte Beispiel dafür haben wir bei der Regelung des Kopftuchs erlebt [Februar 2008, I. E.]. Erdoğan, der glaubte, dass er mit der Unterstützung der MHP und der DTP in der Türkischen Großen Nationalversammlung (TBMM) eine genügende Anzahl von Stimmen hätte, hat die Mahnungen, dass er gesellschaftliche Übereinstimmung herstellen und dafür vorrangig die CHP überzeugen muss, strikt abgelehnt.“⁶⁷⁰ Hierbei werden auch folgende Punkte kritisiert: 1) der AKP-Führer Erdoğan hat seine eigenen Wähler dazu aufgefordert (als eine Art von Befehl), manche Zeitungen zu boykottieren;⁶⁷¹ 2) die AKP bzw. Erdoğan hat bei der Auswahl von Kandidaten als Abgeordnete für seine Partei oder von Leitern/Direktoren für wichtige Ämter im Staatsdienst nur diejenigen berücksichtigt, deren Ehefrauen ein Kopftuch tragen, und dafür gesorgt, dass Personen, die öffentlich Alkohol zu sich nehmen, ausgeschlossen werden.⁶⁷² Folglich wird gefragt, wie sehr solch eine Vorgehensweise im Widerspruch zur Demokratiekultur der EU steht.

Des Weiteren bringt hinsichtlich der EU-Haltung der AKP der EU-Experte Cengiz Aktar eine grundlegende Kritik vor: „Die AKP war, als sie die Türkei 2002 übernahm, bei den Schritten,

⁶⁶⁸ Vgl. Yavuz, Hakan (2009): Secularism and Muslim Democracy in Turkey, S. 262 – 265.

⁶⁶⁹ Vgl. Kahraman, Hasan B.: (2007): S. 167.

⁶⁷⁰ Vgl. Çakır, Ruşen: Açılım önce Erdoğan'ı açtı, in: http://haber.gazetevatan.com/haberdetay.asp?detay=Acilim_once_Erdogani_acti&tarih=19.09.2009&Newsid=260133&Categoryid=4&wid=73 (19.9.2009).

⁶⁷¹ Die Zeitungen der Doğan Yayın Grubu, z.B. Hürriyet, Milliyet usw.

⁶⁷² Vgl. Kahraman, H. Bülent (2007): S. 155.

die sie tat, um die notwendige Basis für die Dynamiken des Wandels vorzubereiten und den Weg des Landes zu ebnen, in der Position der Trägerin dieses Wandels und nicht der Wandel selbst. Die AKP benötigt daher Erfahrungen außerhalb der AKP und eine Ansammlung von Wissen. Damit sich die AKP rechts vom Zentrum platzieren und dort halten kann, ist es notwendig, dass sie sich vor [...] nationalistischer, introvertierter, reizbarer und EU-feindlicher Politik hütet [...] und sich mehr der Demokratie zuwendet.“⁶⁷³

Ferner bewertet Ahmet Hakan den EU-Skeptizismus der AKP in folgender Weise:

„Hättet ihr gedacht, dass mit einer Prise Fürsprecher der EU, einer Prise Öffnungen bezüglich des Kurdenproblems, einer Prise Brechen von Tabus bezüglich Zyperns und einer Prise Betonung der Freiheit die Sache erledigt wäre? Hättet ihr geglaubt, dass die rechte/konservative/auf Heiligtümer bedachte/nationalistische/osmanische/islamische Tradition über Nacht übermäßig liberal werden und plötzlich zu einem Voltaire werden würden? Es stehen Ihnen Menschen gegenüber, die ihr ganzes Leben lang den Marsch ‚Du bist im Alter, in dem Fatih [Sultan Mehmet der Eroberer, I. E.] Istanbul eroberte‘ gesungen haben. In deren Vergangenheit liegt ein Gedankengut, das in ‚Vereinen zum Kampf gegen den Kommunismus‘ gebacken wurde und Amerika im Vergleich zur Sowjetunion als das kleinere Übel betrachtete. Wie kommt doch bei kritischen Themen die gefühlsmäßige Übereinstimmung zwischen den Anhängern der MHP und den Anhängern der AKP zum Vorschein! Trotzdem hat Erdoğan – wenn auch mit einigen Mängeln – etwas sehr Wichtiges geschafft. Er hat es geschafft, diese Tradition – wenn auch nur zum Teil – umzuwandeln. Der Umstand, dass diese Anhängerschaft grünes Licht für die EU gegeben hat, ist nichts, was man auf die leichte Schulter nehmen darf.“⁶⁷⁴

Ein anderer Bereich, der hinsichtlich des EU-Skeptizismus der AKP zu untersuchen ist, besteht in ihren außenpolitischen Entscheidungen: Im Jahr 2002, als sie zum ersten Mal gewählt wurde, war die Fortführung der Beziehungen der Türkei mit der westlichen Welt (der EU und den USA) hilfreich, um der Partei auf internationaler Ebene Anerkennung und Unterstützung zu verschaffen. Zu diesem Zweck sollte die AKP sich die Integration der Türkei im Rahmen der Globalisierung zuschreiben. Dadurch setze die AKP eine neue liberale Umwandlung in der Türkei nach der ANAP fort.⁶⁷⁵ In solch einer Konjunktur hat die Übereinstimmung der AKP mit Ahmet Davutoğlu bezüglich der außenpolitischen Standpunkte zu einer neuen Art der Außenpolitik in der Türkei geführt: Demnach sollte die Türkei sich einer Alternative zuwenden, die die historische und geografische Tiefe als

⁶⁷³ Vgl. Aktar, Cengiz: „AKP’nin değişimi 2005’te başladı, 2008’de değil.“ [Die Wandlung der AKP hat in 2005 angefangen und nicht in 2008], in: <http://haber.gazetevatan.com/haberdetay.asp?Newsid=212234&Categoryid=-4&wid=121> (25.6.2009).

⁶⁷⁴ Vgl. Hakan, Ahmet: „İslamcımız milliyetçidir“ [Unser Islamist ist nationalistisch] vom 22.12.2008, in: <http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=10617445> (21.5.2009).

⁶⁷⁵ Vgl. Duru, Bülent/Uzgel, İlhan (2009): AKP Kitabı: Bir Dönüşümün Bilançosu, S. 12.

Grundlage nehme. Deren Prinzipien sind „keinerlei Probleme mehr mit den Nachbarn“, „multidimensionale Außenpolitik“ und die Annahme, dass „die Türkei eine regionale Verantwortung besitzt, die aus ihrer Geschichte und geographischen Lage resultiert“⁶⁷⁶. Die Beziehungen zur EU und den USA seien (nur) zwei wichtige von den Hauptachsen der türkischen Außenpolitik. Allerdings wird von nicht wenigen Politikwissenschaftlern behauptet, die AKP-Regierung betreibe eine multidimensionale und aktive Außenpolitik, und auch geglaubt, die Gewichtigkeit der Beziehungen mit der EU habe sich erhöht.⁶⁷⁷ Diesbezüglicher EU-Skeptizismus der AKP steht im engen Zusammenhang damit, dass die Weltvision der AKP sich mehr mit jener „der USA Obamas“ deckt. Demnach akzeptiere die EU den Islam zwar als eine offizielle Religion, unternehme aber nichts gegen die steigende Islamophobie in den EU-Ländern. Hingegen bemühten sich die „neuen“ USA mit der islamischen Welt, die sie durch die Besetzungen Iraks und Afghanistans gekränkt haben, gute Beziehungen zu entwickeln. Die USA (und Obama) unterstützen die EU-Mitgliedschaft der Türkei – trotz der Einwände mancher westlicher Politiker (z. B. Sarkozy). Als den eigentlichen Grund für die Annäherung zwischen den USA und der AKP wird der gegenseitige außenpolitische Zweck geschildert: Die USA-Führung möchte mit ihrem BOP-Projekt („Das Projekt Großer Mittlerer Osten“)⁶⁷⁸ in einem großflächigen Gebiet im Mittleren Osten dem im Aufsteigen begriffenen radikalen Islam Einhalt gebieten.⁶⁷⁹ Hierfür könne die Türkei, mit ihrem System, das die Demokratie und den Islam vereinigt habe, den anderen islamischen Ländern als Vorbild dienen. Die AKP, die zwar aus einem politischen Islam der Türkei, nämlich Milli Görüş, entstanden sei, aber für Kompromisse und Dialoge offenstehe und gemäßigt sei, könne in diesem Sinne wichtige Funktionen übernehmen. Somit würde die Beziehung zwischen den USA und der Türkei den Übergang der Türkei von der „strategischen Partnerschaft“ zu einem „strategischen Modell“ für die islamische Welt widerspiegeln. Auf solch einer Ebene führen Vorkommnisse in der EU, die gegen den Islam

⁶⁷⁶ Vgl. Davutoğlu, Ahmet (2001): *Stratejik Derinlik. Türkiye'nin Uluslararası Konumu*, S. 24-41.

⁶⁷⁷ Vgl. Dağı, Zeynep (2006): *Giris, AK Partili Yillar*. in: *AK Partili Yillar. Doğudan Batıya Dış Politika*, Zeynep Dağı (Hg.), S. 8; vgl. Duran, Burhanettin (2006): *JDP and Foreign Policy as an Agent of Transformation*, in: Hakan Yavuz, S. S. 294.

⁶⁷⁸ „Dieses Projekt wird in der Türkei mehrheitlich als ‚falsch‘ bzw. ‚separatistisch‘ aufgefasst.“ Vgl. Uzgel, İlhan (2009): *Dış Politikada AKP: Stratejik Konumdan Stratejik Modele*, *Müliye Dergisi*, Cilt XXX, Sayı: 252, S. 69 – 84, hier: S. 74. Siehe auch Unterkapitel 4.1.1.5, Seite 83 – 84.

⁶⁷⁹ Vgl. Nureddin, Muhammed: „Türkiye Obama'nın sağ kolu“, in: <http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalHaberDetay&ArticleID=931198&Date=15.04.2009&CategoryID=99> vom 15.04.2009 (22.9.2009).

oder gegen die Türkei gerichtet sind, zu EU-skeptischen Tendenzen innerhalb der AKP. Dies wird von İsmail Küçükkaya so zusammengefasst:

„Auf dem langen und ermüdenden Weg der Türkei in den Westen liegen zwei lebenswichtige Stationen [...] Paris, die Lokomotive der EU und das Hindernis der Türkei, und die USA, die im Namen der Beendigung des Streits zwischen den Zivilisationen die Türkei unterstützt. Abenteuer, die einem zu denken geben [...] Gleichzeitig Konflikte, Überschneidungen und Trennungen, die Kummer und Erstaunen hervorrufen. Was für eine Sicht hat sich zwischen der EU und den USA bezüglich der Türkei gebildet? Erdoğan hat sich im Grunde genommen einer Strategie zugewandt, wo er die eine Seite hinhält und sich der USA annähert.“⁶⁸⁰

Die neue Wahrnehmung in den EU-Ländern bezüglich der EU-Haltung Erdoğan's und der AKP, die bei der Veranstaltung der Türkischen und Deutschen Journalisten (Juni 2009) vorgetragen wurde, übermittelt der Journalist Cüneyt Ülsever wie folgt:

„Von der Feststellung, die in den vergangenen Jahren seitens der ausländischen Journalisten zum Ausdruck gebracht wurde, dass die AKP die einzige Partei der Türkei wäre, die die Mitgliedschaft der Türkei in der EU verlangt, ist man in hohem Maße abgekommen. Die AKP wird nunmehr als eine Partei mit religiöser (Islam-) Referenz angesehen. [...] Erdoğan hat sein Image im Grunde mit seiner Rasmussen-Reaktion [Ablehnung Rasmussens als NATO-Generalsekretär, I. E.] beschädigt. Das wird als ein Verhalten angesehen, das das wahre Gesicht Erdoğan's enthüllt. Der allgemeine Eindruck ist, dass dieses Verhalten es an den Tag gebracht hat, dass Erdoğan eigentlich an eine Außenpolitik denkt, die auf den Nahen Osten fokussiert ist. Die ausländischen Journalisten sagen: ‚Die Vizepräsidentschaft von Erdoğan bei der Allianz der Zivilisationen kann, wenn überhaupt, dann nur Spanien, das Land des anderen Vizepräsidenten, begeistern.‘ Erdoğan hat den Wind des Wandels, den er seit 2004 versucht, wehen zu lassen, nunmehr verloren. Es scheint, dass es in der EU keinen Erdoğan mehr gibt, der beflügelt.“⁶⁸¹

Der islamische Journalist Ali Bulaç äußert, dass die AKP den EU-Prozess nicht gut fördern könne. Ihm zufolge

„besitzt die AKP nicht den gedanklichen Unterbau, um die Türkei dem EU-Prozess anzupassen. Sie hat die Gesellschaft auch nicht gut genug auf den EU-Prozess vorbereitet. [...] Sie ist eine sehr pragmatische Partei und besitzt keine Ideologie. Je nach Erfordernis ist sie mal sozialdemokratisch, mal sozialistisch, mal nationalistisch, mal konservativ und auch mal liberal. Wo eine originelle Ansicht oder Lösung an den Tag tritt, nimmt sie sie sofort auf, verbraucht sie und wirft sie dann weg. Sie entwickelt aber daraus keine Politik. [...] Sie hat sich allerdings eine konservative Identität angeeignet. In der Türkei gibt es nur eine akzeptable

⁶⁸⁰ Vgl. Küçükkaya, İsmail: „Erdoğan'ın Amerika dosyası“, in: http://www.aksam.com.tr/2009/09/23/yazar/14-414/ismail_kucukkaya/erdogan_in_amerika_dosyasi.html vom 22.9.2009 (23.9.2009).

⁶⁸¹ Vgl. Ülsever, Cüneyt: „Erdoğan Batı'da irtifa kaybediyor“, [Erdoğan, verliert im Westen an Höhe], in: <http://hurarsiv.hurriyet.com.tr/goster/haber.aspx?id=11812589&yazarid=3> vom 07.6.2007 (28.6.2009).

Dimension des Konservatismus, nämlich den moralischen. D. h., dass man gesittet lebt. Wenn es aber um arbeits-, sozial-, wirtschaftspolitische und internationale Angelegenheiten geht, ist die türkische Gesellschaft nicht konservativ, sondern reformistisch. Sie gibt der Partei ihre Stimme, die Wandel verspricht. [...] Die AKP glaubt, dass die türkische Gesellschaft mit ihren Türken, Kurden, Arabern, Tscherkessen, Lasen, Aleviten, Sunniten, Arbeitern, Geschäftsleuten, Frauen und Männern konservativ wäre. Es gibt eine städtische Mehrheit in der Türkei. Dies ist eine dynamische Gesellschaft, die mit der internen Emigration entstand, sich jeden Tag verändert und umwälzt und sich ein Flussbett zum Fließen sucht. Solch eine Gesellschaft kann nicht konservativ, sondern nur reformistisch sein. Dies ist auch der Grund, warum die türkische Gesellschaft der EU beitreten möchte und keine Angst vor der Globalisierung hat. [...] Wenn ferner die religiösen Anhänger ihre Hoffnung auf die EU verlieren, würde das den EU-Prozess der Türkei negativ beeinflussen. Nun kann sich die AKP aus diesem Komplex nicht herauswinden. Deshalb wird sie den EU-Prozess, soweit es in ihrer Macht steht, auf die lange Bank schieben.“⁶⁸²

4.1.3.6 Zusammenfassung des EU-Skeptizismus der AKP

Um den EU-Skeptizismus einer Partei genau zu verstehen, ist das Thema sowohl unter einem engen als auch einem weiten Aspekt zu analysieren: Als das erste Parlament in der Türkei 1920 eröffnet wurde, gab es einen Kampf zwischen den Revolutionären (der „Ersten Gruppe“), die die Reformen der Republik unterstützten, und den Traditionalisten (der „Zweiten Gruppe“), die eine radikale Transformation der Staats- und Gesellschaftsvorstellungen ablehnten. Dieser Kampf bestimmt heute noch den Zustand in der Türkei. Die Eliten der ersten Gruppe realisierten zahlreiche westorientierte Reformen. Allerdings haben sie in einem bedeutenden Teil der Gesellschaft einen Widerstand hervorgerufen. Insbesondere die Annahme, ihnen würde die Religion etwa aus der Hand genommen, war der grundsätzliche Faktor dafür, dass die Republikanische Revolution sich nicht in der gesamten Gesellschaft ausbreiten konnte und kann. In dieser Hinsicht baute die Demokratische Partei (DP), die 1950 an die Macht kam, Positionen auf, „die mit denen des religiös-traditionellen Flügels im ersten Parlament auf einer Linie lagen und in deren Tradition heute die AKP agiert. Hieraus erklärt sich heute wie damals ein Skeptizismus gegenüber dem Westen, der auf türkisch-islamischen Wertevorstellungen basiert.“⁶⁸³

⁶⁸² Vgl. Bulaç, Ali: in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=149976> (30.6.2009).

⁶⁸³ Vgl. Ermagan, Ismail: „Der EU-Skeptizismus in der türkischen Politik“, in: *APuZ (Aus Politik und Zeitgeschichte)* 39 – 40 (2009), S. 16; vgl. Mardin, Şerif: Turkish Islamic Exceptionalism Yesterday and Today: Continuity, Rupture and Reconstruction in Operational Codes, in: Carkoglu, Ali/Rubin, Barry: Religion and Politics in Turkey, 2006, pp. 3 – 23.

Gegen Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre traten in das politische Leben der Türkei, das hauptsächlich von der CHP und der DP⁶⁸⁴ bzw. AP (Gerechtigkeitspartei) bestimmt wurde, zwei Parteien ein, von denen eine islamistisch (MNP) und die andere nationalistisch (MHP) eingestellt war. Die islamistische Bewegung, die „Milli Görüş Hareketi“ (MGB) genannt wird, gelangte bei den Wahlen 1995 mit der RP und die Mehrheit der MGB bei den Wahlen 2002 mit der AKP an die Regierungsmacht. Die RP wurde 1997 angesichts ihrer islamistischen Thesen und Aktionen durch einen „post-modernen“ Putsch, also nicht mit direkter Gewaltanwendung des Militärs, sondern durch den öffentlichen Druck, den wirkungsvolle Akteure wie die Medien und Nichtregierungsorganisationen aufgebaut hatten, von der Regierung abgesetzt. Als die FP, die Nachfolgerin der RP, ebenfalls aufgelöst wurde, entstanden hieraus zwei Parteien: die SP und AKP. Nach Meinung der traditionellen Islamisten, die sich in der SP versammeln, sei das Land durch die Republikanische Revolution in den zwanziger Jahren zu einer „ungläubigen“ Haltung verführt worden, die glorreiche osmanische Vergangenheit und die hohe islamische Zivilisation werde verleugnet. Was noch schlimmer sei: Das Land, das durch diese Auffassung keinen nationalen Standpunkt mehr besitze, verliere ständig an Wert. Die Lösung läge darin, sich wieder dem osmanischen Hinterland zuzuwenden. Die Parteien der Milli Görüş, die von 1969 bis 1995 eine EU- bzw. EWG-gegnersche Politik verfolgten, entwickelten zwischen 1996 und 2001 erst eine den EU-Prozess bestätigende Haltung, als die RP an der Macht war (1996 – 1997). Nachdem die RP in jenem Jahr von der Macht verdrängt worden war, etablierte sie eine enthusiastische Haltung gegenüber der EU, weil sie die EU als eine externe Stütze zur Verteidigung der demokratischen Rechte betrachtete. Nachdem die FP vom türkischen Verfassungsgericht verboten und das Kopftuchverbot (am Beispiel Leyla Şahins) in den staatlichen Einrichtungen gefordert wurde, bestätigte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) diese Beschlüsse.⁶⁸⁵ Daraufhin ist die MGB mit der SP wieder zur EU-gegnerschen Position zurückgekehrt.

Hingegen hat die AKP, überwiegend begründet von ehemaligen „reformistischen“ FP-Politikern, von Anfang an die EU-Mitgliedschaft der Türkei unterstützt. Die AKP scheint eher

⁶⁸⁴ Diese wurde im Jahr 1960 nach dem ersten Militärputsch mit der Begründung aufgelöst, dass sie „die Religion für die Politik missbraucht und sich gegen den Laizismus richtet“.

⁶⁸⁵ Die Klage der RP wurde durch die EMGR abgewiesen, weil der Laizismus eine der wichtigsten Normen der westlichen liberalen Demokratien sei und der türkische Staat seine laizistische Ausrichtung gegen solche islamistischen Tendenzen schützen dürfte. Vgl. AİHM'den RP Başvurusuna Ret, in: http://www.belgenet.com/dava/rp_aih.html (11.9.2009).

die Nachfolgerin der mitte-rechten „Menderes⁶⁸⁶-Özal⁶⁸⁷-Tradition“ als der islamistischen RP zu sein.⁶⁸⁸ Also haben die Parteiführer einen Weg in eine politische Zukunft entworfen, der sich von dem der MGB unterscheidet.⁶⁸⁹ Jedoch scheint die Dominanz der Kader mit Milli Görüş-Hintergrund die Partei in eine konservativere Richtung zu drängen. Diejenigen, die sich in der AKP als gemäßigte Islamisten bezeichneten, stellen einen Anteil zwischen 5 und 10 %.⁶⁹⁰

Ein kurzer Blick auf die Haltung der AKP-Wähler zum EU-Beitritt offenbart, dass sie generell nicht als EU-Gegner zu charakterisieren sind, aber erhebliche EU-skeptische Tendenzen bekunden. Hierzu wird als entscheidender Nachteil der EU für die Türkei eine Erosion nationaler und religiöser Werte erwähnt. Also beruht der EU-Skeptizismus der AKP auf moralischen Werten. Es scheint so, dass die AKP-Wähler, die sich überwiegend als „Muslime“ – also innerhalb einer religiösen Kategorie – verstehen, Europa ebenso aus religiöser Sicht betrachten und es – vor allem anderen – als christlich definieren. Es überrascht nicht, dass es zwischen dieser allgemein konservativen, nach innen blickenden und auf Isolation bedachten Wählerschaft und einer selbsterklärt liberalen, nach außen blickenden und auf Integration abzielenden Führung der AKP zu Spannungen kommt. Die wahre EU-Haltung der AKP ist in der zweiten Regierungsperiode der Partei zu suchen, da die AKP beschuldigt wird, seit 2005 die anfängliche EU-Begeisterung nicht mehr zu vertreten.⁶⁹¹ Hierbei sind die Auffassungen unterschiedlich: Einerseits wird behauptet, die AKP sei „die liberalste Partei in der Geschichte der Türkei“⁶⁹². Andererseits wird vertreten, dass auch die AKP für den EU-Prozess keinen „genügend langen Atem“ habe.⁶⁹³ Manche argumentieren, dass die AKP nunmehr „das System beherrscht“, weisen deshalb auf die Wandlung hin, die die AKP überhaupt nicht oder nur begrenzt wünscht, und betonen, dass sich die westlichen Werte und die Lebensart, die sich die AKP vorstellt, ideologisch nicht vertragen.⁶⁹⁴ Es ist

⁶⁸⁶ Er war Ministerpräsident der Türkei zwischen 1950 und 1960 und Führer der DP.

⁶⁸⁷ Er war Ministerpräsident der Türkei zwischen 1983 und 1989, Staatspräsident zwischen 1991 und 1993 und der Führer der Mutterlandspartei, ANAP.

⁶⁸⁸ Vgl. Çınar, Menderes (2005): *Siyasal Bir Sorun Olarak İslamcılık*, S. 110.

⁶⁸⁹ Vgl. Şen, Serdar (2004): *AKP Milli Görüşçü mü? Parti programlarında Milli Görüş*, S. 13.

⁶⁹⁰ Vgl. Akdoğan, Yalçın (2004): *Ak Parti ve Muhafazakâr Demokrasi*, S. 107.

⁶⁹¹ “Cabinet resistance to the National Program in August 2008 was a clear indicator of the new Euro-scepticism in the AKP.” Vgl. International Crisis Group: *Turkey and Europe*, 2008, S. 23.

⁶⁹² Interview des Autors mit Şahin Alpay an der Universität Bahçeşehir in Istanbul, 2008, Interviewnummer 70.

⁶⁹³ Vgl. Aktar, Cengiz: in: *Milliyet* vom 15.12.2008, S.12.

⁶⁹⁴ Interview des Autors mit Erdal Şafak an der Sabah Zeitung in Istanbul, 2008, Interviewnummer 77.

hervorzuheben, dass die Beibehaltung einer positiven EU-Haltung der AKP nicht nur für die EU-Integration der Türkei, sondern auch für die demokratische Transformation der islamisch-orientierten Gruppierungen wichtig ist. Denn gesellschaftliche Veränderungen brauchen Zeit: Religiös motivierte Gruppen in der AKP haben im Gegensatz zu Vertretern anderer islamischer Länder (z. B. die Muslimbruderschaft in Ägypten) eine gewisse demokratische Entwicklung realisiert. Trotzdem ist nicht zu übersehen, dass gegenüber der AKP, besonders hinsichtlich der liberalen Werte und Normen, z. B. der klaren Trennung zwischen Religion und Staat, der Meinungsfreiheit oder der Stellung und der Rechte der Frauen, sowohl auf der europäischen als auch der türkischen Seite beachtliche Skepsis existiert, mit der sich die AKP auseinanderzusetzen hat.⁶⁹⁵

Der politische Islam, der innerhalb der türkischen Politik in den vergangenen 20 Jahren eine wesentliche Kraft darstellt⁶⁹⁶, entwickelte infolge seiner Verdrängung von der Macht eine „taktische“ EU-Unterstützung. Dieser Standpunkt wurde 2001 mit der AKP, die dabei das Ziel verfolgte, durch die demokratischen Zugewinne einen Platz im türkischen System für die eigene Existenz zu erlangen, zu einem strategischen Wandlungsprojekt. Die AKP betrachtet dies als eine „konservativ-religiöse“ Art der Modernisierung anstelle der kemalistischen Modernisierung. Das Demokratisierungsziel der AKP deckte sich mit dem EU-Ziel der Türkei. Dazu kommt die Ansicht der AKP im Zuge der Außenpolitik – eine Türkei, die sich auf dem Weg in die EU befindet, erhöht ihren Einfluss sowohl in der türkischen als auch in der islamischen Welt. Dadurch wird die EU-unterstützende Haltung der AKP systematischer. Wenn die AKP für eine erfolgreiche EU-Integration der Türkei sorgen möchte, muss sie auch für die EU-skeptischen Neigungen innerhalb ihrer eigenen Wählerschicht eine Lösung finden. Wenn die AKP, die durch das Charisma des Parteiführers funktioniert, dabei keine Lösung finden würde, während sie sich von der „Koalition verschiedener Gruppen“ zu einer einheitlichen Partei etabliert, würde sie nicht als ein ganzer Körper bestehen bleiben. Hier stellt Hakan Yavuz die folgende Prognose auf: „Die AKP ist schwanger und erwartet Zwillinge. Ein Baby wird liberal und freiheitlich eingestellt sein, sich auf dem EU-Weg

⁶⁹⁵ Vgl. Altan, Mehmet (2007): *Eğriliye Doğrusuyla Ak Parti*, S. 237 – 238.

⁶⁹⁶ In der heutigen Türkei gibt es vier Parteien, die aus diesem politischen Islam (MGB) entstanden sind: eine dieser Parteien ist die AKP, die seit 2002 an der Regierung ist; die andere ist die SP, deren Vertreter seit 1970 eine religiös-orthodoxe bzw. islamistische Linie fortführen (bei den letzten Regionalwahlen hat sie 5 % der Stimmen erhalten). Die dritte ist die Partei der Türkei (TP), die von Abdüllatif Şener im Mai 2009 gegründet wurde, um die „Rechten von der Mitte“ zu organisieren und damit zu einer Alternative zur AKP zu werden. Viertens spaltete sich eine Gruppe unter der Führung des Ex-Parteivorsitzenden der SP Numan Kurtulmuş von der SP ab und gründete im November 2010 die Partei der Stimme des Volkes (Halkın Sesi Partisi, Has Parti).

befinden und die Gene des türkischen modernen Konservatismus in sich tragen. Das andere Baby wird autoritärer, introvertierter sein und das dominante islamische Gen des Großvaters stärker in sich tragen.“⁶⁹⁷

Welcher von den beiden AKP'ern hat recht: Suat Kınıklioğlu, der behauptet, „dass eines der wichtigsten Hindernisse, die den Beziehungen zwischen der EU und der Türkei im Weg liegen, die Diskrepanz im Rhythmus der beiden Entitäten ist“⁶⁹⁸, oder Haluk Özdalga, der behauptet, „dass es in unserer Partei Menschen gibt, die freiwillig den Köder Sarkozys schlucken“⁶⁹⁹? Oder ist es so, dass die AKP versucht, die türkeigegnerischen Elemente in der EU mit dem Einfluss der „pro-aktiven Außenpolitik“ Davutoğlu vom Gegenwinkel her auszuschalten?

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wird eine neue Welt geformt und die zwei globalen Akteure der westlichen Welt, die EU und die USA, besitzen eine bestimmte Nuance bezüglich der Politik der Türkei: Spielen für die EU-Haltung der AKP die Ähnlichkeiten mit der „USA Obamas“ in der Annäherung des „strategischen Modells“ oder die Differenzen, die aus dem „freiwilligen“ EU-Skeptizismus stammen, der innerhalb der AKP erkennbar existiert, eine größere Rolle?

Wenn der Drang des Türkei-Skeptizismus in der EU, der in der Türkei auf vereinfachende Weise als die Visionslosigkeit einiger europäischer Politiker angeprangert wird, aus einem weiteren Winkel untersucht wird, ist zu spüren, dass dieser Skeptizismus bis zu den Wanderungen und Besatzungen, die Europa in seiner Geschichte nicht selten erlebt hat, zurückreicht. Den Europäern das Recht zuzugestehen, ihre Zivilisation zu schützen, die sie durch die Epochen der Renaissance, der Reformation, der französischen politischen und der englischen industriellen Revolutionen mühevoll errichtet haben, ist eine faire Gegenseite der Medaille, also des türkischen Drangs, Mitglied der EU zu sein. Für die AKP besteht die politische Stütze dieses Kompromisses darin, dass sie den sozialen Konservatismus, den institutionellen Laizismus und den politischen Liberalismus meisterhaft miteinander vermischt⁷⁰⁰ und die mentale Stütze in dem Grundsatz: „Die unterschiedlichen Entscheidungen

⁶⁹⁷ Vgl. Yavuz, Hakan: „AK Parti hamile“ [Die AKP ist schwanger], in: http://aksam.com.tr/2009/05/27/yazar/12928/serdar_akinan/ak_parti_hamile.html vom 27.5.2009 (28.6.2009).

⁶⁹⁸ Vgl. Kınıklioğlu, Suat: Kriter Zeitschrift, September 2009, Nr. 39, S. 17. In: <http://www.kriterdergisi.com/haber.php?sayi=39&id=869> (28.6.2009).

⁶⁹⁹ Interviews des Autors mit Haluk Özdalga, in Ankara, 2008, Interviewnummer 86.

⁷⁰⁰ Vgl. Widome, Daniel: 22 Temmuz AB'yi de ilgilendiriyor!, <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=227569>, 21.07.2007 (25.9.2009).

unserer Bürger sind der Reichtum unseres demokratischen Lebens“⁷⁰¹, den Erdoğan bei seiner berühmten „Rede auf dem Balkon“ dick unterstrichen hat. Insgesamt betrachtet, stellt man hinsichtlich der EU-Haltung der AKP fest, dass die Meinungen dazu sowohl in der EU als auch in der Türkei auseinandergehen. Beim derzeitigen EU-Verhalten der AKP lassen sich neben der Grundhaltung, die der EU-Mitgliedschaft zustimmt, eine Reformmüdigkeit, eine EU-Hoffnungslosigkeit sowie ein EU-Skeptizismus erkennen. Das (skeptische) EU-Verhalten der AKP ist durch die folgenden Bereiche zu explizieren: a) die politischen Entwicklungen in der Türkei, b) die EU-skeptischen Tendenzen innerhalb der AKP und c) die Haltung der EU gegenüber der Türkei.

Im Vergleich zu anderen Parteien in der Türkei hat die AKP – „vielleicht nicht immer mit der geschicktesten Form sicherlich mehr gemacht. Es sind keine wahnsinnigen Fortschritte gekommen, aber eine Reihe von Fortschritten ist gesetzt worden.“⁷⁰² Der Erfolg des „konservativ-demokratischen Projekts“ der AKP für eine Europäisierung der Türkei hängt auch von einem externen und unkontrollierbaren Faktor ab, nämlich der Türkei-Politik der EU. Es könnte ebenso aufgrund der Wechselwirkung zwischen türkischem EU-Skeptizismus und europäischem Türkei-Skeptizismus scheitern. Sicherlich wird die AKP an einem Scheideweg stehen: Wenn auch die Schwierigkeiten, die die EU bereitet – und die manchmal sogar die Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Fassung bringen –⁷⁰³, die Motivation von Erdoğan's Partei abschwächen, liegen die entscheidenden Faktoren, die das EU-Verhalten der AKP, also des seit 2002 bzw. 2007 einzigen dominanten Politikakteurs der Türkei, bestimmen, letztendlich doch innerhalb der AKP selbst.⁷⁰⁴

⁷⁰¹ Vgl. Haber7: Erdoğan'in tarihi konuşması. 22 Temmuz 2007, in: <http://www.haber7.com/haber/20080722/Erdoganin-tarihi-konusmasiVideo.php> (25.9.2009).

⁷⁰² Interview des Autors mit Hannes Swoboda in dessen Brüsseler Büro im EP, 2009, Interviewnummer 89.

⁷⁰³ Beispielsweise während der Veröffentlichung des EU-Berichtes der Türkei 2008 äußerte Xavier Bettel (EP-Abgeordneter aus Luxemburg) Folgendes: „Der EU-Prozess der Türkei überholt sogar mein Alter. Die EU findet ständig etwas, was die Türkei hinhält. Will die EU die Türkei als Mitglied aufnehmen oder nicht? Warum geben wir kein konkretes Datum für eine Mitgliedschaft an, wie wir es im Beitrittsfall von Kroatien auch getan haben?“ Vgl. <http://www.cumhuriyet.com.tr/?im=yhs&hn=15404> (6. 11. 2008)

⁷⁰⁴ Vgl. İdiz, Semih: „Hükümetin AB stratejisi nedir, bilmiyoruz“, in: <http://www.milliyet.com.tr/Yazar.aspx?aType=YazarDetay&ArticleID=1101416&AuthorID=76&Date=01.06.2009&b=Hukümetin%20AB%20stratejisi%20nedir,%20bilmiyoruz&a=Semih%20%C4%B0diz> (01.6.2009).

4.2 Die Rolle Europas im türkischen EU-Skeptizismus und die entsprechende Sicht der CHP, MHP und AKP

Bezüglich der Korrelation zwischen den Türkei-EU-Beziehungen und dem türkischen EU-Skeptizismus ist eingangs zu argumentieren, dass die Haltung der EU bezüglich des EU-Skeptizismus in der Türkei als „exogener“ Faktor zu betrachten ist. Also ist exogen alles, was außerhalb der Türkei passiert und Rückwirkungen auf Entwicklungen in der Türkei hat.

Im folgenden Kapitel wird erforscht, wie die Seite der EU bzw. die Wahrnehmung der EU durch die türkische Gesellschaft und durch welche Faktoren die EU-Politik der türkischen Parteien, nämlich der konservativ-muslimisch-demokratischen Regierungspartei AKP, der kemalistisch-säkularen Republikanischen Volkspartei (CHP) und der Nationalistischen Bewegungspartei (MHP), die in der vorliegenden Arbeit untersucht werden, sich auswirken. Zu diesem Zweck werden zuerst die exogenen Faktoren eines türkischen EU-Skeptizismus beschrieben. Dabei werden grundsätzlich sowohl die EU-skeptischen Tendenzen als auch die Befindlichkeiten in der Türkei im Dialog mit der EU abgebildet. Des Weiteren werden die entsprechenden Positionen der genannten Parteien dargelegt, meist beginnend mit der AKP, weil sie als die Regierungspartei den EU-Prozess der Türkei führt. Ferner werden auch die Aussagen der Politiker dieser Parteien (und ergänzend auch die von Wissenschaftlern) wiedergegeben, mit denen der Autor für diese Arbeit Face-to-face-Interviews durchgeführt hat.⁷⁰⁵ An manchen Stellen des Textes werden ebenfalls die Statistiken verwendet, die die Schwankungen bezüglich der Befürwortung der EU-Mitgliedschaft in der Türkei artikulieren, um das dortige Stimmungsbild wiederzugeben.

4.2.1 Das Verhalten der EU bezüglich einer Türkei-Mitgliedschaft in der EU

Aus den EU-skeptischen Tendenzen in der Türkei kann man schließen, dass es eine Wechselbeziehung zwischen dem EU-Skeptizismus in der Türkei und 1) dem Umgang der EU mit der Türkei, 2) den von der EU geforderten Beitrittsvoraussetzungen, die über die Kopenhagener Kriterien hinausgehen, und 3) der als „negativ“ wahrgenommenen Haltung der EU-Institutionen, besonders des Europäischen Parlaments (EP), besteht. In diesem Zusammenhang wird von EU-Skeptikern in der Türkei auch von einer Rollenverteilung gesprochen: Während die Europäische Kommission (EK) im Mitgliedschaftsprozess die Rolle

⁷⁰⁵ Die Interviewfragen bzw. der Leitfaden der Interviews sind im Anhang einzusehen.

der „guten“ Polizei spielen solle, agiere das EP als „böse“ Polizei. Was türkische EU-Skeptiker hierzu behaupten, kann wie folgt formuliert werden: “EU policy has frequently been unclear, ambiguous or even misleading, to the extent that it has at times encouraged high expectations on Turkey’s part when in reality there was no possibility of the country’s accession in the foreseeable future. While this policy did little to facilitate the advancement of Turkey’s membership aspirations, it suited the EU very well to have some degree of ambiguity in this relationship.”⁷⁰⁶ Darüber hinaus lassen sich die entsprechenden Auffassungen türkischer EU-Skeptiker folgendermaßen zusammenfassen: “Nor can the Turks take much encouragement from the stances of the EU institutions. To the hostility of the EU’s Council of Ministers should be added that of the European Parliament, which has repeatedly condemned Turkey for human rights violations and related issues, and the longstanding scepticism felt in the Commission about the feasibility of the Turkey’s accession.”⁷⁰⁷

Infolge gleicher Einstellungen herrschen bezüglich des Verhaltens der EU gegenüber der Türkei in einem nicht geringen Teil der türkischen Elite und Bevölkerung Unsicherheit und Unbestimmtheit vor, die zur Ausweitung bzw. Stabilisierung einer EU-skeptischen und -gegnerischen Basis führen. Seit 1999 hatten sich die Türken auf dem Weg zur EU durch den Erhalt des Status als Beitrittskandidat größtenteils gut motivieren lassen, und angesichts dieser Motivation hat die Türkei bis 2005 als radikal einzuschätzende EU-Reformen (u. a. die Abschaffung der Todesstrafe) realisiert. Der Eindruck, die Intention der EU-Seite sei seit 2005 nicht mehr eindeutig, verursacht hinsichtlich der türkischen Reformmotivation EU-Erschöpfung und -Unwillen. Daher betonen türkische EU-Befürworter, der Beitrittsprozess der Türkei solle von mehr Außendynamik begleitet werden, wenn eine EU-Integration der Türkei seitens der EU verlangt wird.⁷⁰⁸

Mit Bezug auf die Wechselwirkung zwischen dem EU-Verhalten und dem -Skeptizismus erklärt Bürgin Folgendes: „Studien zur Osterweiterung verdeutlichen, dass die klare Beitrittsperspektive den Reformprozess in den zehn neuen Mitgliedstaaten gefördert hat. Im Umkehrschluss gilt: Ohne eine klare Beitrittsperspektive fällt es den politischen Entscheidungsträgern schwerer, den Anpassungsprozess gegen gesellschaftliche Widerstände durchzusetzen. Genau dies ist in der Türkei zu beobachten. Die anhaltende grundsätzliche Ablehnung der Türkei in der EU hat dort die EU-Skepsis und die Popularität nationalistischer Argumente steigen lassen. [...] Will die EU die Reformkräfte in der Türkei stärken, muss sie sich eindeutiger als

⁷⁰⁶ Vgl. Redmond, John: *International Affairs* 83: 2 (2007), S. 307.

⁷⁰⁷ Vgl. a. a. O., S. 309.

⁷⁰⁸ Interview des Autors mit Kemal Kirişçi an der Universität Boğaziçi, 2006, Interviewnummer 7.

bisher zum Ziel der EU-Mitgliedschaft der Türkei bekennen.“⁷⁰⁹ Im Hinblick auf das Verhalten der EU gegenüber der Türkei ist auch die Kritik der vorliegend untersuchten Parteien zu betrachten, die eine Parallele zu den Argumenten türkischer EU-Skeptiker aufweist: Dabei kann man einige Beschwerden auch innerhalb der Regierungspartei AKP finden. Auf die Frage des Autors – „Wie sehen Sie das Verhalten der EU in Bezug auf den Türkeibeitritt?“ – antwortete Suat Kınıklıoğlu, der Vizepräsident für auswärtige Angelegenheiten der AKP, Folgendes: „Zunächst ist die ‚mühsame‘ Einigung hinsichtlich des Beginns der Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei am 3. Oktober 2005 zu unterstreichen. Bis zur letzten Minute gab es die Blockade der österreichischen Regierung. Da hatte sie verlangt, das Ziel eines Beitritts der Türkei als Ziel nicht explizit zu erwähnen. Obwohl der britische Außenminister Jack Straw nach dem Beginn der Verhandlungen erklärte: ‚Wir haben soeben Geschichte geschrieben‘, fiel nach dieser Eröffnungsweise der Verhandlungen die Motivation unserer Partei, und dies verstärkte die Vorbehalte gegenüber der EU auch in unserer Partei, wenngleich die AKP seit 2002 in der Realisierung der EU-Reformen gegen den Widerstand türkischer EU-Gegner kämpft. Nach der gegenüber der EU-Mitgliedschaft der Türkei so harten Gegnerschaft einiger EU-Mitglieder wurden einige Abgeordnete der AKP misstrauisch. Dazu kommt der in den folgenden Jahren sich nicht viel verändernde Stand der Beziehungen mit der EU. Außerdem ist in diesem Prozess auf das Verhalten des EP hinzuweisen. Im Vergleich zu den Türkei-Berichten bzw. -Kritiken der EK sind die des EP nicht ermutigend, sondern ermüdend. Falls die EU-Gremien, die im jeweiligen Beitrittsland das Gefühl ‚das Andere unter uns‘ wecken, kann dies dort auch mögliche EU-Vorbehalte aktivieren. Insgesamt soll die EU dem Prinzip ‚pacta sunt servanda‘ (Verträge sind einzuhalten) treu bleiben.“⁷¹⁰

Das Verhalten der EU in Bezug auf den Türkeibeitritt wird vom Vizevorsitzenden der CHP, Onur Öymen, wie folgt eingeschätzt: „Wenn ich es offen äußern dürfte, hat kein anderes Land in der ganzen Geschichte der EU solch einen schwierigen Integrationsprozess wie die Türkei erfahren. Die EU hat im Osterweiterungsprozess diesen Ländern den Beitritt erleichtert, indem sie ihnen bestimmte wegweisende Pläne angeboten hatte. Die EU kann auch die Türkei zu dem gemeinsamen Ziel, nämlich die Realisierung der EU-Integration der Türkei,

⁷⁰⁹ Vgl. Bürgin, Alexander: EU-Beitrittsperspektive auf der Kippe? Friedrich-Ebert-Stiftung, Fokus Türkei, Nr. 02/2006, S. 12.

⁷¹⁰ Interview des Autors mit Suat Kınıklıoğlu in Ankara, 2008, Interviewnummer 81.

ermutigen. Es lässt sich nicht unterschätzen, dass die EU im türkischen Beitrittsprozess als ein Anker agieren sollte.“⁷¹¹

Die kritische Position der MHP gegenüber der EU ist auch in den Aussagen Cihan Paçacı, des Generalsekretärs der MHP, zu bemerken: „Die EU, das EP oder das jeweilige EU-Mitglied errichten jedes Mal extra Hürden für einen Türkeibeitritt. Bei der Eröffnung der Verhandlungen (2005) war der Akteur Österreich. 2006 wurde von Frankreich und Südzypern versucht, die Türkei außerhalb des EU-Zuges zu belassen. 2004 war der Akteur die EU selbst, da sie für die Türkei einen im Vergleich zu den anderen schwierigeren Verhandlungskontext und entsprechende Beitrittsumstände (Ergebnisoffenheit etc.) formuliert hat. Falls die EU die Türkei als Mitglied sehen möchte, dann müsste sie der Türkei mehr Unterstützung geben, damit EU-skeptische Neigungen in der türkischen Gesellschaft ab- bzw. der Glaube an eine Mitgliedschaft zunehmen könnten.“⁷¹²

4.2.1.1 Die Rolle der Beitrittsbedingungen zwischen der EU und der Türkei

Nach der Empfehlung der EK beschloss die EU beim EU-Gipfel in Brüssel vom 17. Dezember 2004 die Beitrittsbedingungen der Türkei,⁷¹³ die in der Türkei massiv kritisiert wurden: Obwohl als gemeinsames Ziel der Verhandlungen zwischen der EU und der Türkei der Beitritt genannt wurde, wurde zugleich betont, dass die Verhandlungen ein Prozess mit offenem Ende („open-ended“) seien, dessen Ausgang nicht im Voraus festzulegen sei. Ferner kann die EU bei einem Beitritt der Türkei lange Übergangszeiten, Ausnahmeregelungen oder dauerhafte Schutzklauseln in den Bereichen freier Personenverkehr, Strukturpolitik und Landwirtschaft festsetzen, um sowohl die Arbeitsmärkte der bestehenden Mitglieder zu schützen als auch das Budget der EU zu entlasten.⁷¹⁴ Überdies soll ein türkischer EU-Beitritt nicht nur vom Europäischen Rat einstimmig bestätigt, sondern es soll diesem auch vom EP und den nationalen Parlamenten zugestimmt werden. All diese Voraussetzungen eines Türkeibeitritts führten zu einer beachtlichen Zunahme EU-skeptischer Tendenzen in der Türkei. Dadurch sank die türkische EU-Befürwortung von 74 Prozent 2004 auf 57 Prozent

⁷¹¹ Interview des Autors mit Onur Öymen an der Universität Maltepe in Istanbul, 2006, Interviewnummer 45.

⁷¹² Interview des Autors mit Cihan Paçacı in der Parteizentrale der MHP in Ankara, 2008, Interviewnummer 80.

⁷¹³ Vgl. Council of the European Union, Brussels, 17 December 2004, 16238/04, CONCL 4. S. 4 – 8.

⁷¹⁴ Vgl. EK: Negotiating Framework (Luxembourg, 3 October 2005), in: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/turkey/st20002_05_TR_framedoc_en.pdf (10.3.2005).

2005.⁷¹⁵ Die Reaktionen türkischer Parteien gegenüber diesen Beitrittsbedingungen waren unterschiedlich: Weil die Türkei in Brüssel durch die AKP als Regierungspartei vertreten wurde und weil die EU dabei der Türkei letztendlich ein Datum für den Beginn der Verhandlungen nannte, wurden die Folgen dieses EU-Gipfels von den AKP-Wählern überwiegend als positiv bzw. historisch bewertet. Für sie feierte der türkische Ministerpräsident Erdoğan einen diplomatischen Erfolg, gerade nachdem die EU als ein festes Kriterium für die Eröffnung der Mitgliedschaftsverhandlungen die „mittelbare Anerkennung“ von (Süd-)Zypern gefordert und Erdoğan daraufhin seinem Verhandlungsteam gesagt hatte: „Bereiten Sie mein Flugzeug vor! Wir fliegen in die Türkei zurück [, ohne mit der EU eine Abmachung zu treffen, I. E.].“⁷¹⁶

Hingegen wurden die Beitrittsbedingungen der Türkei durch die Parteien CHP und die MHP – auch aufgrund ihrer Rolle als Oppositionsparteien – stark kritisiert: Auf die Frage des Autors – „Wie schätzen Sie die Beitrittsbedingungen der Türkei ein?“ – antworteten die Politiker aus diesen Parteien auf folgende Weise:

- Weil eine Mitgliedschaft nicht festgelegt bzw. bezüglich des Endziels der Verhandlungen der Türkei keine Garantie gegeben worden sei, ist die Vorgehensweise der EU laut CHP⁷¹⁷ und MHP⁷¹⁸ unseriös. Die EU wolle der Türkei keine endgültige Perspektive bieten und sich somit davor bewahren, eine ernsthafte und potenziell ihr Ansehen ruinierende Verantwortung auf internationaler Ebene zu formen.
- Für die beiden Parteien ist die Erfüllung aller Kopenhagener Kriterien und auch der von der EU verlangten Voraussetzungen durch die Türkei selbst nicht in der Lage, diesem Land eine Vollmitgliedschaft zu schenken. Dadurch erfahre die Türkei eine offene „Diskriminierung“ durch die Bedingungen dieses Prozesses.⁷¹⁹
- Die Türkei wird nach Ansicht der CHP am Ende dieses Prozesses auch dann verantwortlich gemacht, falls sie die Beitrittsvoraussetzungen nicht erfüllt. Die Türkei sei dann „fully anchored in the European structures through the strongest possible

⁷¹⁵ Vgl. EurActiv: Wahlen in der Türkei 2007, in: <http://www.euractiv.com/de/erweiterung/wahlen-trkei-2007/article-163071> (27.8.2007).

⁷¹⁶ Zit. nach Sabah: Tarihi rest, in: <http://arsiv.sabah.com.tr/2004/12/18/gnd103.html> (12.5.2005).

⁷¹⁷ Interview des Autors mit Nur Serter in Hamburg, 2006, Interviewnummer 4.

⁷¹⁸ Interview des Autors mit Niyazi Paksoy in der Parteizentrale der MHP in Istanbul, 2006, Interviewnummer 44.

⁷¹⁹ Interview des Autors mit Nur Serter und mit Niyazi Paksoy.

bond“.⁷²⁰ Diese Aussage weist für die CHP nicht auf eine Vollmitgliedschaft hin, vielmehr eine Partnerschaft. Daher stelle sich ihr folgende Frage: „Wer will in einen Tunnel hineinfahren, dessen Ende nicht zu sehen ist?“⁷²¹

- Eine andere Kritik der MHP⁷²² lautet, die EU sei in der Lage, für eine Türkei-Mitgliedschaft „long transition periods, derogations, specific arrangements or permanent safeguard clauses“⁷²³ zu bilden. Solche permanenten Maßnahmen (z. B. die Verweigerung von Agrarsubventionen oder Verhinderung des Freizügigkeitsrechts) habe die EU, außer bei der Türkei, bei keinem anderen EU-Mitgliedsstaat benutzt, was die Türkei, wenn überhaupt, zu einer zweitklassigen Mitgliedschaft bzw. zu einer eingeschränkten Art von Integration führe.
- Zudem betonen beide Parteien, die Türkei werde während der Verhandlungen mit der EU sicherlich auf Schwierigkeiten treffen, da die Beitrittsverhandlungen stets mit dem Argument eines „serious and persistent breach [...] of the principles of democracy, respect for human rights and fundamental freedoms and the rule of law on which the Union is founded“⁷²⁴ zu stoppen seien. Also könnte diese Bedingung durch die EU als Einwand für die Beendigung der Verhandlungen verwendet werden.⁷²⁵ Deshalb soll durch die EU nachgedacht werden, wie die Türkei sich unter diesen Umständen bezüglich der EU-Reformen gut motivieren könnte.
- Wenngleich die MHP die auf die Menschenrechte, Demokratie und Grundfreiheiten bezogenen Arrangements der EU grundlegend akzeptabel findet, betont sie ebenfalls, dass keine Unsicherheiten bezüglich der Anwendung der EU-Forderungen herrschen sollten – z. B. im Fall Öcalan: „Was mache die Türkei, wenn die EU im Namen der Menschenrechte die Freigabe von Öcalan, des verhafteten PKK-Chefs, fordere?“⁷²⁶

⁷²⁰ Vgl. Rat der Europäischen Union: Schlussfolgerungen des Vorsitzes – Brüssel 16./17. Dezember 2004, in: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/83221.pdf, S. 7 (01.2.2005).

⁷²¹ Vgl. Baykal, Deniz (2005): in: CHP: Tam Üyelige Evet, Özel Statüye Hayır, S. 5 – 12.

⁷²² Interview des Autors mit Faruk Bal, 2005.

⁷²³ Vgl. Rat der Europäischen Union: ebd.

⁷²⁴ Falls die EU dabei einen Bedarf sieht, kann sie die Verhandlungen mit der Türkei abbrechen. Vgl. Rat der Europäischen Union: a. a. O., S. 8.

⁷²⁵ Interview des Autors mit Nur Serter und mit Niyazi Paksoy.

⁷²⁶ Interview des Autors mit Faruk Bal in der Parteizentrale der MHP, Ankara, 2005, Interviewnummer 1.

- Laut der CHP solle die EU begreifen, dass sie die Türkei lange genug hingehalten habe. Daher solle die EU auch die Argumente der türkischen Seite berücksichtigen.⁷²⁷

In Bezug auf die Besonderheiten des Verhandlungsrahmens zwischen der EU und der Türkei und deren Auswirkungen auf den türkischen EU-Skeptizismus ist Redmond folgender Ansicht: “While these ‘extra’ accession criteria are not unexpected, perhaps even not unreasonable, they are not taken kindly by the Turks who increasingly and justifiably feel that they are having to do more to ‘earn’ EU membership than previous applicants.”⁷²⁸ Demgegenüber unterstreicht Uğur, die dargestellten Merkmale der Beitrittsvoraussetzungen der Türkei seien von der EU absichtlich so formuliert worden, damit sich die europäische Öffentlichkeit besser auf einen Türkeibeitritt vorbereiten könne – somit nicht mit dem definitiven Ziel, dass sie die Türkei am Ende des Beitrittsprozess ablehne. Deswegen betrachtet er diesbezügliche skeptische Kritik innerhalb der Türkei als irrational bzw. unnötig.⁷²⁹

4.2.1.2 Die Zypern-Frage

Im Sinne der exogenen Faktoren des türkischen EU-Skeptizismus ist die Zypernfrage einer der zentralen Faktoren.⁷³⁰ Die schmerzhaften Konfrontationen in der Zypernfrage dominierten die Debatte im ersten Jahr der Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei. Aus diesem Grund ist zunächst zu behaupten, dass die Zukunft der Beitrittsgespräche der Türkei (auch und gerade) von einer Lösung dieser Frage abhängt.⁷³¹

Um die Zypernfrage zu begreifen, ist der geschichtliche Hintergrund relevant: 1974 putschte das griechische Militärregime und entzog somit dem zypriotischen Staatspräsidenten Makarios die Macht. Ziel des Putsches war ein Anschluss Zyperns an Griechenland. Daraufhin marschierte 1974 die türkische Armee ein und besetzte rund ein Drittel der Staatsfläche im Norden der Insel.⁷³² 1983 wurde im Nordteil ein unabhängiger Staat unter der Bezeichnung

⁷²⁷ Interview des Autors mit Cafer Aksu in der Parteizentrale der CHP in Şişli Istanbul, 2006 Interviewnummer 16.

⁷²⁸ Vgl. Redmond, John (2007): *International Affairs* 83: 2, S. 310.

⁷²⁹ Vgl. Uğur, Mehmet (2005): *Müzakerelerden Üyeliğe: AB - Türkiye Gündemindeki Sorunlar*, S. 145 – 162.

⁷³⁰ Vgl. Mütercimler, Erol (2006): *Girit Gibi Kıbrıs’ı da Alacaklar*, in: *Komplo Teorileri*, S. 181 – 188.

⁷³¹ Vgl. International Crisis Group (2008): *Reunifying Cyprus: The Best Chance Yet*. Europe Report No. 194 – 23 June 2008, S. 21.24.

⁷³² Nach dieser Militärintervention bleibt die türkische Armee auf der Insel. Die Vereinten Nationen haben in mehreren Resolutionen (541, 550, u. A.) die Besetzung des Nordteils Zyperns als illegal eingeschätzt und die Anerkennung der Türkischen Republik Nord-Zypern durch die Türkei verurteilt.

„Türkische Republik Nordzypern“ ausgerufen. Allerdings wurde dieser international nur von der Türkei anerkannt. Völkerrechtlich gesehen gibt es somit nur *ein* Zypern.⁷³³

Der letzte Versuch zur Wiedervereinigung der beiden Inselhälften wurde im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt Zyperns 2004 unternommen. Die Bevölkerung in beiden Teilen wurde dazu aufgerufen, über einen vom einstigen UN-Generalsekretär Kofi Annan⁷³⁴ entwickelten Plan abzustimmen. Annan sah eine Wiedervereinigung in Form einer Föderation nach Schweizer Vorbild mit zwei gleichberechtigten Landesteilen vor.⁷³⁵ Die Außen-, Verteidigungs-, Wirtschafts- und Währungspolitik sowie die Regelung der Staatsbürgerschaft sollten hingegen dem Gesamtstaat vorbehalten sein. Annan trug der Furcht vor Bevölkerungswanderungen Rechnung, indem die Niederlassungsfreiheit wie auch die Eigentumsfreiheit zeitweise einzuschränken seien. Ferner war eine weitgehende Demilitarisierung vorgesehen. Großbritannien, Griechenland und die Türkei sollten die Schutzmächte des Landes bleiben, wie es im Londoner Garantievertrag von 1959 geregelt wurde. Im türkischen Nordteil der Insel wurde der Plan mit einer Mehrheit von 65 % angenommen; im griechischen Teil wurde er mit einer Mehrheit von 76 % abgelehnt. Dadurch scheiterte der Annan-Plan. „Die Hauptargumente waren von zypnengriechischer Seite der Verbleib von türkischem Militär auf der Insel, die unvollständige Rückgabe des bei der türkischen Invasion von 1974 zurückgelassenen Besitzes und die Einschränkung der Freizügigkeit von griechischen Zypern im vorgesehenen föderativen Staat.“⁷³⁶ Nach diesem Referendum trat am 1. Mai 2004 der griechische Teil als Vertreter der ganzen Insel der EU bei.⁷³⁷

Mit der EU-Mitgliedschaft Zyperns entstand für die Türkei die Verpflichtung, die Zollunion, deren Mitglied sie seit 1996 ist, auf dieses neue EU-Mitglied zu übertragen. Im Anpassungsprotokoll zum Ankara-Abkommen hat sich die türkische Regierung im Juli 2005 zwar dazu verpflichtet, verweigert jedoch die Umsetzung. Deshalb hat die EU im Dezember 2006 infolge des ungelösten Zypern-(Anerkennungs-)Problems acht von insgesamt 35 Verhand-

⁷³³ Siehe Adanır, Fikret: Geschichte der Republik Türkei, 1995, S. 37 – 45.

⁷³⁴ Siehe UNO: Annan Plan: The Comprehensive Settlement of the Cyprus Problem, in: <http://www.northcyprus.de/extras/annan-plan-for-cyprus-2004.pdf> (31.3.2004).

⁷³⁵ Vgl. Kramer, Heinz: Zypern: Ein Silberstreif am Horizont?, in: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=1140 (11.6.2005).

⁷³⁶ Vgl. AG Friedensforschung: Zypern: Nein zur Vereinigung, in: <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Zypern/referendum.html#teil1> (01.5.2004).

⁷³⁷ Vgl. Asmussen, Jan: Ungewisse Zukunft – Zypern nach den Referenda. Schäbler, Birgit/Lüdke, Tilman (Hg.), 2004, S. 7 – 16.

lungskapiteln so lange für die Türkei geschlossen, bis die Türkei ihre See- und Flughäfen auch für Zypern (wie alle andere EU-Länder) öffnet.⁷³⁸ Außerdem führt die Zypernfrage für die Türkei zu einer anderen Schwierigkeit: Jeder einzelne EU-Staat verfügt über 35 Chancen, ein Veto einzulegen, denn jedes Kapitel kann nur einstimmig be- und abgeschlossen werden. Somit ist (Süd-)Zypern in der Lage, den türkischen EU-Beitrittsprozess zu blockieren.⁷³⁹

Die Türkei sperrt sich bislang gegen eine Ausweitung der vereinbarten Zollunion auf Zypern. Sie unterstreicht ihre Weigerung hinsichtlich der Anerkennung Zyperns, indem sie umgekehrt der EU vorwirft, ihrerseits gegebene Zusagen (z. B. Handels- und Hilfsmaßnahmen) nicht einzuhalten. Daher verlangt die Türkei von der EU ein Ende der Isolierung des Nordens Zyperns. Sie beruft sich dabei auf die Erklärung des Europäischen Rates vom 26. April 2004, in der die Regierungschefs der EU ihre Entschlossenheit zum Ausdruck brachten, „der Isolation des türkischen Teils der Insel ein Ende zu setzen und gezielt seine wirtschaftliche Entwicklung zu fördern“ – als Belohnung für dessen positives Votum beim Referendum über die Wiedervereinigung der Insel.⁷⁴⁰ Im Auftrag des Rates schlug daraufhin die Kommission am 7. Juli 2004 zwei Pakete mit Handels- und Hilfsmaßnahmen vor. Aufgrund des Widerstands der griechisch-zyprischen Regierung konnten die ersten Hilfgelder erst im Februar 2006 gebilligt werden. Die Frage der direkten Handelsbeziehungen ist weiterhin strittig. Der griechisch-zyprische Präsident Tassos Papadopoulos will, dass alle Handelstransaktionen über die Behörden des Südens abgewickelt werden. Damit ist die türkische Seite nicht einverstanden. Laut türkischen EU-Skeptikern könnte die Republik (Süd-)Zypern jederzeit eine Aufnahme der Türkei in die EU blockieren und somit bestimmte Zugeständnisse von türkischer Seite (die Öffnung von Häfen und Flughäfen sowie die offizielle Anerkennung) erzielen. Wenn diese Zugeständnisse (aufgrund der Einseitigkeit der EU bzw. durch Institutionalisierung der Forderungen Südzyperns bei der EU) zu verwirklichen seien, ohne dass man Nordzypern etwas anböte, sei die Zypernfrage grundsätzlich verloren.

Denn wenn man einen Blick auf die Zypern betreffenden Verträge werfe, nämlich die Zürcher und Londoner Abkommen von 1959, stelle man fest, dass der alleinige Beitritt der griechisch-zypriotischen Seite deren Bestimmungen widerspricht. Der Antrag der zyperngriechischen

⁷³⁸ Die Unterzeichnung des Anpassungsprotokolls zum Ankara-Abkommen im Juli 2005 bedeutet aus türkischer Sicht nicht die Anerkennung der Republik Zypern. Die Türkei setzt sich für eine Lösung des Zypernproblems im Rahmen der Vereinten Nationen ein (auf Grundlage des sogenannten „Annan-Plans“).

⁷³⁹ Interview des Autors mit Ozan Ceyhan an der Universität Akdeniz in Antalya, 2006, Interviewnummer 49.

⁷⁴⁰ Vgl. Tröndle, Dirk: Referendum auf Zypern – Lösung des Zypernproblems weiterhin ungewiss, in: http://www.kas.de/publikationen/2004/4654_dokument.html (11.8.2005).

Republik Zypern auf die Mitgliedschaft von 1990 wurde von der EU 1993 positiv aufgenommen. 1998 wurden schließlich Beitrittsverhandlungen eröffnet. Hier sei aus der Stellungnahme der EU-Kommission 1993 zitiert: „Die mit dem Status quo verbundenen politischen Probleme würden sich unweigerlich auf die Politik der Gemeinschaft und insbesondere auf ihre Beziehung zur Türkei auswirken. Des Weiteren ist die Kommission der Auffassung, dass der Integration Zyperns in die Gemeinschaft eine friedliche, ausgewogene und auf Dauer angelegte Lösung der Zypernfrage vorausgehen muss, denn sie wird die Voraussetzung schaffen für Aussöhnung, ein neues Klima des Vertrauens zwischen Menschen beider Volksgruppen und für die Zusammenarbeit der Regierenden beider Gemeinschaften.“⁷⁴¹ 1999 wurde in Helsinki beschlossen, eine Wiedervereinigung Zyperns sei für eine Aufnahme des Landes in die EU nicht zwingend; im Zweifelsfall könne der Südtail auch allein die Mitgliedschaft erhalten. Diese Entscheidung der EU wurde von türkischer Seite als einseitig und illegitim bewertet. Türkische EU-Skeptiker behaupten, die Türkei habe nur durch dieses Zugeständnis 1999 eine EU-Beitrittsperspektive bekommen. Die Türkei werde demnach politisch immer verlieren, wie in solchen Fällen zu erkennen sei. Hier ist auch zu erläutern, dass die EU lange Zeit gehofft hatte, die Teilung Zyperns würde vor dem Beitrittstermin überwunden. Zwar hatte sie anfangs die politische Lösung des Konfliktes zur Vorbedingung für einen EU-Beitritt gemacht. Diese Vorbedingung ließ die EU 1999 jedoch fallen, da Griechenland drohte, andernfalls mit seinem Veto die gesamte EU-Osterweiterung zu blockieren.⁷⁴²

Im Zuge der Türkei-Politik des neuen EU-Mitglieds Zypern vertritt der deutsche Politikwissenschaftler Dembinski die folgende Ansicht: „Die zyprische Regierung versucht nach dem Beitritt, die EU-Mitgliedschaft zu nutzen, um der türkischen Seite weitere Zugeständnisse abzutrotzen, und gefährdet damit eine konstruktive Weiterentwicklung der griechisch-türkischen und der europäisch-türkischen Beziehungen.“⁷⁴³ Er fügte auch Folgendes hinzu: „Mit der Aufnahme des geteilten Zyperns, soviel war nämlich schon damals allen Beteiligten klar, würde die Türkei völkerrechtswidrig EU-Territorium besetzt halten.“⁷⁴⁴ Die Haltung der EU im Zypernkonflikt hat nicht wenigen Türken den Glauben genommen, ihr Land werde in die EU aufgenommen. Somit rufen die EU-Debatten in der Türkei vielfach

⁷⁴¹ Vgl. Kommission der EU (1993), S. 23.

⁷⁴² Vgl. Axt, Heinz-Jürgen: Mittelmeerländer: in: http://www.wissen-europa.de/fileadmin/user_upload/website-/Artikel/Artikel%201990-91/Mittelmeerlaender.pdf (11.12.2009); vgl. Tözen, Coskun: Zypern – Eine geteilte Insel als EU-Mitglied. Und was nun? <http://www.sopos.org/aufsaeetze/413f416eb9366/1.phtml> (02.01.2010).

⁷⁴³ Vgl. Dembinski, Matthias: Schaffen internationale Organisationen Frieden?, HSKF-Report 3/2006, in: <http://www.hsfk.de/downloads/report0306.pdf>, S. 19 (27.5.2010).

⁷⁴⁴ Vgl. a. a. O., S. 23.

Wut und Enttäuschung hervor. Dabei wird die EU-Seite dahin gehend kritisiert, der Zypernkonflikt werde von der EU benutzt, um die ohnehin nicht gewollten Beitrittsgespräche zu beenden. Die vorliegend untersuchten drei politischen Parteien – AKP, CHP und MHP – kritisieren die Zypernpolitik der EU ganz offen. Entsprechende EU-skeptische bzw. -kritische Auffassungen werden sogar in den Aussagen des Ministerpräsidenten Erdoğan und des vormaligen CHP-Vorsitzenden Baykal⁷⁴⁵ sichtbar: Obwohl der Wiedervereinigung der Insel vom türkischen Teil Zyperns mit klarer Mehrheit zugestimmt worden sei, sei Süd-Zypern von der EU „belohnt“ worden und müsse Nord-Zypern außerhalb der EU bleiben. Andererseits seien die „südlichen Wiedervereinigungsgegner“ in die EU aufgenommen worden. Und immer noch werden die türkischen Zypriern durch das wirtschaftliche Embargo bestraft. Das solle nicht die Fairness der EU sein; ferner „entspricht das nicht dem internationalen Diplomatie-Verhalten“.⁷⁴⁶

Die Zypernpolitik der EU wird vom MHP-Vorsitzenden, Devlet Bahçeli, heftig kritisiert: „Die Versprechen der EU gegenüber den Zyperntürken, den Norden Zyperns finanziell zu unterstützen, die Handelsembargos und Isolationen aufzuheben, stehen lediglich auf dem Papier, und die EU hat bis heute keine konkreten Schritte in diese Richtung getan. Die ungerechten Isolationen gegen die zyprischen Türken in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Transport, Tourismus und Sport bestehen noch bis heute. Des Weiteren verachtet die EU die Türkische Republik Nordzypern und erkennt nur die Zyperngriechen als einzige Vertreter der Insel an. Die Sicherheit der Zyperntürken ist für die MHP eine unvermeidbare politische und sittliche Verantwortung sowie eine nationale Aufgabe.“⁷⁴⁷

Der wichtigste Unterschied dieser Parteien bezüglich der Zypernfrage ist folgender: Während die AKP den Annan-Plan unterstützt, sind CHP und MHP dagegen, weil dadurch die Zukunft der türkischen Zypriern unsicher werde und die Vorteile der Türkei nicht hinreichend vertreten werden können.

⁷⁴⁵ Vgl. Baykal, Deniz: a. a. O., S. 10–35.

⁷⁴⁶ Vgl. Erdoğan, Tayyip zit. nach Spiegel: Erdogan wirft EU unfaire Entscheidung vor, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,453937,00.html> (18.9.2008).

⁷⁴⁷ Vgl. Bahçeli, Devlet: Devlet Bahçeli kritisiert Zypern-Politik der EU, in: <http://news.northcyprus.de/?p=3662> (18.9.2008).

4.2.2 Die Präferenzen von EU-Mitgliedsstaaten in Bezug auf den Türkeibeitritt

Es lässt sich zunächst erklären, dass die EU durch ein „Multi-level“-Entscheidungssystem funktioniert.⁷⁴⁸ Es ist ein gutes Beispiel, das sich durch zwei gegensätzliche Neigungen entwickelt: einerseits Supranationalismus⁷⁴⁹ und andererseits Intergouvernementalismus. Laut Intergouvernementalismus spielen die Mitgliedsstaaten bei der Erweiterung der Union eine mitbestimmende Rolle. „The intergovernmental method of decision making in the EU allows members to cut deals with one another and bypass the supranational power of the Community institutions for key policies such as enlargement. This is why member states’ egoistic interests and cost/benefit calculations determine major EU policies.“⁷⁵⁰ Also hat jeder EU-Mitgliedsstaat eine integrations- bzw. erweiterungsbezogene Präferenz, wodurch er mitentscheiden kann, ob die EU weiter wachsen bzw. das jeweilige Beitrittsland in die EU aufgenommen werden soll. Nach ihren Präferenzen treten die EU-Staaten für den jeweiligen Beitrittsstaat als Befürworter oder Gegner auf. Dementsprechend ist für eine mögliche EU-Mitgliedschaft der Türkei die Politik der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten als Türkei-Befürworter oder -Gegner zentral.

Bezüglich der Beziehung zwischen der EU und der Türkei ist in erster Linie festzuhalten, dass entscheidend dabei nur ist, wie sich die EU offiziell verhält.⁷⁵¹ Es existieren einige EU-Staaten, die eine Mitgliedschaft der Türkei unterstützen. Demgegenüber streben einige andere EU-Länder an, diesen Prozess zu stoppen. Die erste (überwiegende) Gruppe betont zugleich, ein Türkeibeitritt hänge von der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien ab.⁷⁵²

Hinsichtlich der Türkeipräferenzen der EU-Mitglieder ist zu bemerken, dass bei der Anerkennung des Status als Kandidat (1999) die Staaten mit einer Präferenz für den Beitritt

⁷⁴⁸ Vgl. Knodt, Michele/Hüttmann, Martin Große: Der Multi-Level Ansatz. In: Theorien der Europäischen Integration Bieling/Lerch (Hg.) 2005. S. 223 – 249.

⁷⁴⁹ Die Theorie des Supranationalismus besagt, dass „die gemeinschaftlichen (supranationalen) Organe die Entwicklung einer Organisation stark beeinflussen – im Fall der EU sind dies die Kommission, der Gerichtshof (EuGH) und das Parlament. Ihnen wird eine steuernde und integrierende Rolle zugesprochen, die über das mit den Mitgliedsstaaten vereinbarte Maß hinausgeht. [...] In der Praxis haben viele Urteile des EuGH einen supranationalen Charakter, da sie die EU als ganzes stärken und zu den Zielen einzelner Mitgliedsstaaten im Widerspruch stehen.“ Vgl. Europa-digital: Das Glossar der EU-Fachbegriffe, in: <http://www.europa-digital.de/service/abc/glossarstu.shtml> (30.03.2010).

⁷⁵⁰ Vgl. Müftüler-Bac/Lauren (2003): S. 21 – 26; vgl. Rumford, Chris (2000): From Luxembourg to Helsinki, Contemporary Politics, Vol. 6, Nr. 4, pp. 331 – 343.

⁷⁵¹ Interview des Autors mit Günter Seufert in Berlin, 2008, Interviewnummer 54.

⁷⁵² Vgl. Lagendijk, Joost: <http://yenisafak.com.tr/roportaj/?t=20.04.2009&i=181798> (20.4.2009).

der Türkei – hauptsächlich von Deutschland (durch Schröder) und Griechenland – eine bedeutende Rolle spielten, weil bei der Gestaltung der türkischen Mitgliedsperspektive besonders diese beiden EU-Staaten als Türkei-Befürworter agierten. Da die Türkei im ganzen EU-Beitrittsprozess keine Möglichkeit von „a sense of kinship-based duty“ hat⁷⁵³ und zumal die Positionen der Mitgliedsländer, vor allem von „Merkel-Deutschland“, „Sarkozy-Frankreich“, Zypern, Griechenland und vornehmlich von Österreich, negativ sind, erfährt die Türkei neben Anti-EU-Plattformen in der Türkei auch durch die Gegnerschaft hinsichtlich der türkischen Mitgliedschaft von EU-Seite einen schwierigen Verhandlungsprozess.⁷⁵⁴

Obwohl die EU mit der Türkei die Beitrittsverhandlungen 2005 begonnen hat, versucht die europäische Gegnerschaft eines Türkeibeitritts, anstelle der Vollmitgliedschaft andere Integrationsmodelle zu bilden. Und jene Versuche, die Türkei außerhalb der EU zu halten, führen überwiegend zu EU-skeptischen Tendenzen in der Türkei,⁷⁵⁵ obwohl einige türkische Skeptiker bzw. Gegner eines Türkeibeitritts solche Vorschläge annehmbar finden.⁷⁵⁶ Hingegen wird von europäischen und türkischen Befürwortern eines Türkeibeitritts argumentiert, die EU habe 1999 der Türkei den Beitrittsstatus verliehen und 2005 die Mitgliedschaftsgespräche eröffnet und dadurch der Türkei eine Mitgliedschaft in Aussicht gestellt.

Zu beobachten war, dass Österreich den Beginn der türkischen Beitrittsverhandlungen mit der EU blockierte, wenngleich vorübergehend.⁷⁵⁷ Gemäß der österreichischen Außenministerin Plassnik spiegelten die Vorbehalte Wiens gegenüber einer Vollmitgliedschaft „eines überwiegend muslimischen und armen Landes mit 70 Millionen Einwohnern“ eine weitverbreitete Haltung der Europäer wider. Sie sagte: „Wir sollten jetzt auf die Bedenken so vieler Menschen in Europa hören.“ Österreich ist das EU-Land mit der größten Abneigung gegen einen EU-Beitritt der Türkei:⁷⁵⁸ Nur 20 % glauben nach einer Befragung der EU-

⁷⁵³ Vgl. Sjurssen, Helene: Why Expand?, Journal of Common Market Studies, vol. 40, no. 3, 2002, pp. 491 – 513.

⁷⁵⁴ Vgl. Müftüler-Bac/Lauren (2003): S. 19; Vgl. Müftüler-Bac (2002): S. 85–88.

⁷⁵⁵ Vgl. Hermann, Rainer: Türkei-Beitritt. Zweifel an Europa. F.A.Z., 01.10.2005, Nr. 229, S. 8.

⁷⁵⁶ Siehe Unterkapitel 4.3.2.6. Vgl. Ünal, Hasan (2004): Ja, vielleicht, mal sehen. in: Die Türkei und Europa. Die Positionen. Leggewie, Claus (Hg), S. 235 – 236.

⁷⁵⁷ Vgl. Erdoğan, Tayyip zit. nach FAZ: Erdogan droht mit „ganz anderer Antwort“, <http://www.faz.net/s/Rub7FC5BF30C45B402F96E964EF8CE790E1/Doc~E725366C76A4B45E689E0-5C9161C94737~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (09.3.2009).

⁷⁵⁸ In diesem Zusammenhang sind vor allem die historischen Vorbelastungen (nämlich die zweimalige Belagerung Wiens durch die Osmanen im 15. und 16. Jahrhundert) von hoher Bedeutung. Interview des Autors mit Şirvan Ekici in Antalya, Türkei, 2008, Interviewnummer 57.

Kommission, ein Beitritt werde die Sicherheitslage in der Region verbessern. Als Folge der Reaktion Österreichs wurde bezüglich eines Türkeibeitritts neben den Mitgliedschaftskriterien auch die „Aufnahmefähigkeit der Union“ betont.⁷⁵⁹ Dadurch wurde auf die besonders durch die Osterweiterung beschränkte Integrationsfähigkeit der EU hingedeutet, um gleichzeitig die Stoßkraft der europäischen Integration aufrechtzuerhalten. Türkische EU-Skeptiker reagierten daraufhin mit der Aussage, dass die Betonung der Aufnahmefähigkeit der EU für die Türkei einen Unsicherheitsfaktor bedeuten könnte, weil, auch wenn die Türkei alle Beitrittskriterien erfüllen werde, eine Ablehnung der türkischen Mitgliedschaft stets mit der fehlenden Aufnahmefähigkeit der EU zu begründen sei.⁷⁶⁰ Auch wenn die Türkei jedes Mal erst in letzter Minute und mühsam auf dem Weg der EU vorankommen könne, sei der Türkeibeitritt, wenn überhaupt, kein willkommener Beitritt. Folglich sank die EU-Unterstützung in der Türkei von 57 Prozent 2005 auf 50 Prozent 2006.

Grob gesagt, sind die meisten der Türkei-unterstützenden EU-Regierungen links und die meisten der Türkei-blockierenden EU-Regierungen rechts orientiert. Deshalb kann man behaupten, dass sich die EU-Vorstellungen von Linken und Rechten in Europa unterscheiden. In Bezug auf die Gegnerschaft einer Türkeimitgliedschaft in der EU werden statt einer Vollmitgliedschaft zwei Varianten geformt:⁷⁶¹ 1) die Privilegierte Partnerschaft von Merkel und 2) die Mittelmeerunion von Sarkozy. Im Prozess der Europawahl 2009 erklärten Sarkozy und Merkel gemeinsam, sie seien gegen einen Türkeibeitritt und unterstützten stattdessen eine EU-Integration der Türkei durch eine Privilegierte Partnerschaft.

genannten zwei Konzepten besteht – im Grunde genommen – Einigkeit bezüglich der Präferenzen der vorliegend untersuchten politischen Parteien, AKP, CHP und MHP: Alle drei Parteien akzeptieren diese nicht, weil mit den bisherigen Verträgen (1963, 1999 und 2004) zwischen der EU bzw. deren Vorgängern und der Türkei von einer vollständigen Integration gesprochen worden sei. Hinsichtlich der Nicht-Akzeptanz dieser Vorschläge kann man – im Vergleich zur MHP – meistens entschiedene Reaktionen der AKP und der CHP sehen: Die Regierungs- und die größte Oppositionspartei der Türkei heben hervor, diese Vorschläge seien aus dem Grund konstruiert worden, um das wahre Ziel der Türkei, eine vollständige

⁷⁵⁹ Vgl. Rolff, Tom: Eine Frage der Aufnahmefähigkeit. Debatte zur Erweiterungspolitik, Das Parlament, 20.03.2006, S. 7.

⁷⁶⁰ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2006): Überlastet ein Türkei-Beitritt die EU?, in: http://www.bpb.de/themen/80VDVN,0,0,%DCberlastet_ein_T%FCrkeiBeitritt_die_EU.html (19.09.2006).

⁷⁶¹ Vgl. Maurer, Andreas (2007): Alternativen denken!, in: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4166 (10.3.2008).

Integration in die EU, zu verhindern. Beide Parteien unterstreichen ferner, dass es der europäischen Kultur nicht zustehe, einen juristisch begonnenen Prozess infrage zu stellen. Denn in der EU gelte das Rechtsstaatsprinzip. Hingegen halten es alle drei Parteien hinsichtlich beider Konzepte für wichtig, dass eine Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen mit der EU unterstützt wird. Im Unterschied zu AKP und CHP reagiert die MHP bezüglich einer privilegierten Partnerschaft oder Mittelmeerunion weniger aufgeregt, da sie die Beitrittsbedingungen der Türkei als nicht unproblematisch erachtet. Der AKP-Vorsitzende Erdoğan betont jedes Mal Folgendes: „die Haltung [der Architekten der Privilegierten Partnerschaft, I. E.] läuft darauf hinaus, mitten in einem Fußballspiel die Elfmeter-Regeln zu ändern: Das ist unmoralisch.“⁷⁶² Der ehemalige Vorsitzende der CHP, Deniz Baykal, fand „die negativen Erklärungen der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und des französischen Staatschefs Nicolas Sarkozy inakzeptabel.“⁷⁶³ Hierbei vertritt der Generalsekretär der MHP, Cihan Paçacı, folgende Auffassung: „Wir als MHP waren seit Beginn des türkischen EU-Beitrittsprozesses überzeugt, dass die Türkei durch Täuschungsmanöver hingehalten und letztendlich von der EU nicht aufgenommen wird. Die Motivation dieser Konzepte, privilegierte Partnerschaft und Mittelmeerunion, ist, die Türkei aus der EU herauszuhalten. Die Türkei soll nicht ein Spielzeug einiger EU-Politiker sein, sondern sich auf ihre eigene Entwicklungskapazität verlassen.“⁷⁶⁴

⁷⁶² Zit. nach Die Presse: „Erdoğan: EU-Beitritt für die Türkei kein Muss“, in: http://diepresse.com/home/politik/eu/130888/Erdoğan_EUBeitritt-fuer-die-Tuerkei-kein-Muss?from=suche.intern.portal (10.3.2009).

⁷⁶³ Zit. nach Başaran Press: “Erdoğan: İmtiyazlı ortaklıkta ne düşündüğümüz biliniyor”, in: <http://www.basaranpress.com/haber/3110-turkiye-haber-erdogan-imtiyazli-ortaklikta-ne-dusundugumuz-bilin.html> (11.3.2009).

⁷⁶⁴ Interview des Autors mit Cihan Paçacı, 2008.

4.2.2.1 Der Vorschlag von Kanzlerin Merkel: Privilegierte Partnerschaft

Die privilegierte Partnerschaft ist ein Schlagwort, mit dem von der deutschen CDU, insbesondere von Kanzlerin Angela Merkel⁷⁶⁵, seit 2004 eine Alternative zur Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU vorgeschlagen wird, da „eine Aufnahme der Türkei die EU überfordern und die Gefahr einer Rückentwicklung zu einer Freihandelszone in sich bergen würde“⁷⁶⁶. Die Unionsparteien (CDU/CSU) sind deshalb der Auffassung, das Ziel der EU, die Türkei politisch und wirtschaftlich zu integrieren, könne ebenso ohne Vollmitgliedschaft, in Form einer privilegierten Partnerschaft, erreicht werden.⁷⁶⁷ Die privilegierte Partnerschaft wird auch in Frankreich breit diskutiert, wo u. a. der ehemalige Staatspräsident Valéry Giscard d’Estaing (1974 – 1981) dafür plädiert. In Österreich wirbt u. a. der einstige Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (2000 – 2007) für eine solche Alternative. Ferner sprechen sich Teile der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) – die größte Fraktion im Europäischen Parlament – für die Option einer privilegierten Partnerschaft für die Türkei aus. Festzustellen ist, dass Bedeutung und Inhalte dieses Konzeptes indes nicht ganz klar sind.⁷⁶⁸ Laut den Unterstützern dieses Konzepts habe die EU bereits die Osterweiterung (2004) zu verkraftet. Überdies sei die Türkei im Hinblick auf die politischen und wirtschaftlichen Mitgliedschaftskriterien noch zu rückständig, um den europäischen Standards zu genügen. Ferner werden insbesondere große Transferleistungen befürchtet. Zudem löst die Vermutung, die Türkei könne in absehbarer Zeit das bevölkerungsreichste Land Europas sein, Ängste im konservativen Lager aus. Diesbezüglich wird auch gefragt, wo Europa ende. Aus diesen Gründen sei eine Türkeimitgliedschaft unrealistisch und unrealisierbar. Nur mit dem Modell „Privilegierte Partnerschaft“ lasse sich ein Höchstmaß an Kooperation in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft realisieren.

⁷⁶⁵ Vgl. Schötzer, Christiane: Angela Merkel stößt bei Besuch auf Skepsis, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/angela-merkel-stoesst-bei-besuch-auf-skepsis-tuerkei-lehnt-privilegierte-partnerschaft-mit-eu-ab-1.929509> (16.02.2004)

⁷⁶⁶ Vgl. CDU/CSU: Beschluss der Präsidien der Christlich Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union am 7. März 2004: Privilegierte Partnerschaft. Die europäische Perspektive für die Türkei, in: http://www.cdu.de/doc/pdf/03_08_04-beschluss-tuerkei.pdf (12.3.2009).

⁷⁶⁷ Vgl. Guttenberg zu, Karl-Theodor (2004): Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU – eine Privilegierte Partnerschaft, in: http://www.hss.de/downloads/aa33_internet.pdf (6.4.2010).

⁷⁶⁸ Vgl. Leggewie, Claus (2008): Privilegierte Partnerschaft, weniger Demokratie? Türkei und Europa, in: <http://www.eurozine.com/articles/2008-07-08-leggewie-de.html> (17.3.2009).

Laut den Unionsparteien trägt die Privilegierte Partnerschaft dem beiderseitigen Bedürfnis nach einer engen nachbarschaftlichen Zusammenarbeit und der europäischen Perspektive der Türkei Rechnung, ohne einen der beiden Partner zu überfordern. Und sie fungiere als eine Art „Mittelweg“ sowohl für die Türkei als auch die EU, eine plausible Lösung gegenüber einem „Alles oder Nichts“. Hierzu veröffentlichten die Unionsparteien Folgendes:⁷⁶⁹

„Eine Privilegierte Partnerschaft geht über die zwischen der Europäischen Union und der Türkei eingegangene Assoziierung und Zollunion hinaus und soll eine umfassende Freihandelszone entwickeln. Sie soll die Zusammenarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft vertiefen und eine Strategie zur kontinuierlichen Heranführung der Türkei an die EU-Standards in allen wichtigen EU-Politikbereichen wie Umweltschutz, Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen, Gesundheits- und Verbraucherschutzstandards, Arbeitsrecht sowie Kartell- und Beihilferecht entwickeln.

Eine Privilegierte Partnerschaft soll die Türkei verstärkt in die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) einschließlich der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) einbeziehen. Sie soll die Bekämpfung von Terrorismus, Extremismus und organisiertem Verbrechen durch Zusammenarbeit der Behörden und Institutionen im Innen- und Justizbereich intensivieren. Sie soll eine partnerschaftliche, institutionelle Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe zwischen der Türkei und der EU begründen. Sie soll finanzielle Hilfen beinhalten, die über den bisherigen Umfang hinausgehen können, ohne eine vollständige Teilnahme an den europäischen Strukturfonds und der Agrarpolitik.“

Die Privilegierte Partnerschaft stellt sich also dar als „eine politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und den Ländern – außerhalb der EU-Organe. Die Beziehungen werden in Form einer verstärkten Zusammenarbeit nur auf bestimmte Sachgebiete, wie Teilnahme am Binnenmarkt und den ‚vier Freiheiten‘⁷⁷⁰ und Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres, fokussiert und stellenweise vertieft. Ausgespart werden die in der Debatte kritisierten ‚problematischen Bereiche‘ Freizügigkeit der Arbeitnehmer, die Dienstleistungsfreiheit, Direktzahlungen an die Landwirtschaft und die Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion.“⁷⁷¹

Im Vergleich zu den Unionsparteien war die ehemalige rot-grüne Regierungskoalition unter Schröder der Auffassung,⁷⁷² die Aufnahme der Türkei werde die Demokratisierungsaktivi-

⁷⁶⁹ Vgl. Wissmann, Matthias: Eine „Privilegierte Partnerschaft“ als Alternative zu einer EU-Vollmitgliedschaft der Türkei, in: http://www.cdu.de/tagesthema/01_22_04_priv_partnerschaft_wissmann.pdf (12.3.2009).

⁷⁷⁰ „Vier Freiheiten“= die für den Europäischen Binnenmarkt geltenden Regeln für den freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital.

⁷⁷¹ Vgl. Atilgan, Canan/Klein, Deborah (2006): EU-Integrationsmodelle unterhalb der Mitgliedschaft, Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 158/2006, S. 12 – 13, in: http://www.kas.de/db_files/dokumente/arbeitspapiere/7_dokument_dok_pdf_8414_1.pdf (11.3.2010).

⁷⁷² Vgl. Spiegel: Schröder erklärt privilegierte Partnerschaft für erledigt, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,379472,00.html> (15.3.2009).

täten in diesem Land vorantreiben und könne dadurch anderen islamischen Staaten als Vorbild für deren eigenen Weg zur Demokratie dienen. Das propagierte Integrationsmodell der Privilegierten Partnerschaft sei allein durch die türkische NATO-Mitgliedschaft und diverse Handelsabkommen längst Realität.⁷⁷³

4.2.2.2 Der Vorschlag von Präsident Sarkozy: Mittelmeerunion

Nach der Ansicht Sarkozys ist „der Platz der Türkei nicht in Europa“⁷⁷⁴. Er plädiert stattdessen dafür, die Türkei in eine Mittelmeerunion einzubeziehen, die besondere Beziehungen zur EU hat. Er hatte im Wahlkampf 2007 versprochen, einen Beitritt der Türkei zu verhindern. Tatsächlich machte Sarkozy 2007 von seinem Veto bei der Eröffnung neuer Kapitel der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei Gebrauch.

Die Union für das Mittelmeer ist eine Gemeinschaft zwischen den Mitgliedsstaaten der EU, Mittelmeeranrainerstaaten sowie den daran angrenzenden Staaten Mauretanien und Jordanien, die am 13. Juli 2008 in Paris gegründet wurde.⁷⁷⁵ Sie werde

„sich dafür einsetzen, die Kooperation zwischen den Anrainern des Mittelmeers und der Europäischen Union zu fördern. [...] Ziel sei es, die Sicherheit und die Stabilität der Region langfristig zu sichern. [...] Den Vorsitz übernahmen damals Frankreich und Ägypten. Beide Länder wollen die Mittelmeerunion nutzen, um sich für die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern einzusetzen.“⁷⁷⁶

⁷⁷³ Vgl. Hakura, Fadi (2005): Partnership Is No Privilege, in: http://www.chathamhouse.org.uk/files/3275_bpturkeyeu.pdf (19.3.2009).

⁷⁷⁴ Vgl. Spiegel: Sarkozy will Türkei-Beitritt stoppen, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,487151,00.html> vom 07.06.2007 (12.3.2009).

⁷⁷⁵ Vgl. Neue Zürcher Zeitung (NZZ): Symbole bei der Taufe der «Mittelmeer-Union», in: http://www.nzz.ch/nachrichten/international/symbole_bei_der_taufe_der_mittelmeer-union_1.782264.html (12.6.2008). Die Regierung Libyens kritisierte diese Entwicklung am 11. Juni 2008 dahingehend, dass die EU versuche, mit der Union für das Mittelmeer andere Organisationen wie die Arabische Liga und die Afrikanische Union zu spalten, in der die meisten nordafrikanischen Staaten Mitglied sind.

⁷⁷⁶ Vgl. EurAktiv: EU und Nordafrika planen Solarpartnerschaft. Mittelmeerunion eröffnet Büro, in: <http://www.euractiv.de/sicherheit-und-verteidigung/artikel/generalsekretar-mittelmeerunion-tritt-amt-an-barcelona-002813> (18.3.2010).

Zu beobachten ist, dass die Mittelmeerunion auf dem bereits 1995 eingeleiteten Barcelona-Prozess⁷⁷⁷ aufbaut und im März 2010 ihre Arbeit aufnahm. Dies hatte ursprünglich schon im Mai 2009 erfolgen sollen, was jedoch durch einen neuerlichen Konflikt im Gazastreifen behindert wurde.

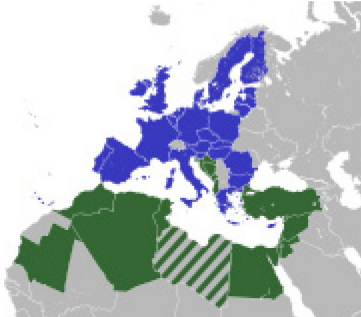


Abb. 2: Mitgliedstaaten der Union für das Mittelmeer: EU-Staaten; übrige Mitglieder; gestreift: Beobachter)

Die Gestaltung der Mittelmeer-Union war strittig: Während von den EU-Mittelmeerstaaten wie Italien, Spanien und Griechenland eine Vereinigung unterstützt wurde, zeigten sich die nördlichen EU-Mitglieder (u. a. Deutschland) und die EU-Kommission reservierter.⁷⁷⁸ Nördliche EU-Mitglieder kritisierten besonders, die Mittelmeerunion umfasse nicht die ganze EU, sondern nur die Mittelmeeranrainerstaaten. Es wurde befürchtet, dass die gemeinsame EU-Politik in der Region an Effektivität verliere und die südlichen Mittelmeerstaaten EU-interne Konflikte nutzen könnten, um Verpflichtungen in ihnen unangenehmen Politikfeldern, etwa in Fragen der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte, aufzuweichen. Daraufhin verdeutlichte Sarkozy, die neue Organisation werde nicht in Konkurrenz zur EU treten, sondern solle deren bestehende Strukturen lediglich ergänzen und bereichern.

Des Weiteren unterstrich die Türkei, die Mittelmeerunion dürfe keine Alternative zur EU-Mitgliedschaft darstellen. Erst nachdem der Türkei seitens Frankreich die Garantie gegeben

⁷⁷⁷ „Der so genannte Barcelona-Prozess stellt den institutionellen Rahmen für die Mittelmeerpolitik der EU dar. Diese Initiative beruht auf dem Gedanken einer intensiven Zusammenarbeit der Länder auf beiden Seiten des Mittelmeers auf gleichberechtigter Basis. [...] Ergänzt wird der Barcelona-Prozess durch das Nachbarschaftskonzept der EU. Es ist auf die Verringerung von Armut, die Schaffung eines Raumes gemeinsamen Wohlstandes und gemeinsamer Werte, wirtschaftliche Integration und die Stärkung der kulturellen und politischen Beziehungen gerichtet.“ Vgl. APuZ: Barcelona-Prozess, in: <http://www1.bpb.de/publikationen/92GJU2,0,0,BarcelonaProzess.html> (18.3.2010).

⁷⁷⁸ Vgl. EK: The Euro-Mediterranean Partnership, in: http://ec.europa.eu/external_relations/euromed/index_en.htm (14.3.2009).

worden war, die Gründung der Mittelmeerunion werde die Beitrittsverhandlungen mit der EU nicht beeinflussen, erklärte die Türkei sich zur Teilnahme daran bereit.⁷⁷⁹

In diesem Zusammenhang ist wiederum festzuhalten, dass die EU angesichts massiver Vorbehalte Sarkozys⁷⁸⁰ in ihrer Türkei-Erklärung vom 14.12.2007 das Wort „Beitritt“ gestrichen hat. Somit wurde die Aussicht der Türkei auf eine Aufnahme in die EU etwas ins Ungewisse gerückt. Obwohl sich dadurch am Status der Verhandlungen nichts ändert, werden sie seitdem – infolge der Uneinigkeit der EU – nicht mehr „Beitrittskonferenz“, sondern „intergouvernementale Konferenz“ genannt. Daraufhin äußerte sich der türkische EU-Botschafter Bozkir enttäuscht darüber, dass der Einfluss Brüssels auf den Reformprozess in der Türkei schwinde, da die Türkei des Wartens überdrüssig geworden sei.⁷⁸¹ Darüber hinaus sprach Sarkozy sich alternativ zur EU-Erweiterung für einen „großen, gemeinsamen Wirtschafts- und Lebensraum“ aus. Er wolle der Türkei keine leeren Versprechen machen. Ein solches Konzept könne auch Russland vorgeschlagen werden.⁷⁸²

4.2.2.3 Die Annahme des Armenier-Gesetzes in Frankreich **und** dessen Auswirkungen auf den türkischen EU-Skeptizismus

In Bezug auf die exogenen Faktoren des EU-Skeptizismus in der Türkei soll auch der Erlass des Armenier-Gesetzes durch die französische Nationalversammlung beleuchtet werden. Denn wenn die Beziehung zwischen den EU-skeptischen Tendenzen in der türkischen Bevölkerung und der Zustimmung zum Armenier-Gesetz in Frankreich näher untersucht wird,

⁷⁷⁹ Vgl. Die Presse: Mittelmeerunion: Sarkozys Schuss ins Leere, in: <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/493984/index.do> (13.3.2009).

⁷⁸⁰ Demgegenüber kämpften dabei Großbritannien und Schweden für die Aufnahme des Wortes „Beitritt“. Beispielsweise erklärte der ehemalige britische Außenminister Miliband Folgendes: „Wir denken, es ist wichtig, dass die EU ihre Verpflichtungen gegenüber der Türkei erfüllt. Ferner soll Ankara sein Reformprogramm fortsetzen.“ Vgl. Tagesspiegel: EU spricht nicht mehr von "Beitrittsverhandlungen" mit der Türkei, in: <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/Frankreich-Tuerkei;art123,2436505> (14.3.2009).

⁷⁸¹ Vgl. Focus: EU nimmt „Beitritts“-Wort nicht in den Mund, in: http://www.focus.de/politik/ausland/tuerkei_aid_228893.html (30.3.2010).

⁷⁸² Vgl. Strittmatter, Kai: Merkel und Sarkozy gegen EU-Beitritt der Türkei, in: <http://www.drs.ch/www/de/drs/nachrichten/international/122915.merkel-und-sarkozy-gegen-eu-beitritt-der-tuerkei.html> (18.3.2010).

liegt nahe, dass dieses Gesetz bei der Verstärkung der EU-skeptischen Einstellungen in der Türkei eine große Rolle gespielt hat.⁷⁸³

In Frankreich wurde am 12. Oktober 2006 ein Gesetzesentwurf angenommen, der von den Sozialisten eingebracht worden war. Danach ist „die Leugnung des Genozids an den Armeniern“ im Jahr 1915 mit einem Jahr Haftstrafe oder 45.000 Euro Bußgeld zu bestrafen. 106 Abgeordnete der französischen Nationalversammlung votierten dafür, 19 waren dagegen. Die meisten Abgeordneten der konservativen Regierungspartei UMP („Union für eine Volksbewegung“) nahmen nicht an der Abstimmung teil. Die Sitzung wurde in der Türkei live im Fernsehen übertragen. Der Ministerpräsident Erdoğan kündigte im Vorfeld der Entscheidung an, dass „eine Lüge eine Lüge bleibt, auch wenn ein anderes Parlament etwas anderes beschließt“⁷⁸⁴. Der französische frühere Minister Patrick Devedjian hob hervor, dass das türkische Strafgesetzbuch einen Artikel enthalte, der die Anerkennung des Geschehens als Völkermord unter Gefängnisstrafe stelle. Der Vorsitzende des Dachverbands der armenischen Organisationen in Frankreich, Alexis Govciyan, sprach nach der Abstimmung von einem „historischen Tag“. Dagegen ist laut Ansicht der Europaministerin Catherine Colonna Geschichtsschreibung nicht Sache der Gesetze. Der französische Ex-Staatspräsident Jacques Chirac meinte, dass die Türkei vor einem EU-Beitritt den Völkermord im Osmanischen Reich anerkennen müsse. Die Verabschiedung eines Gesetzes, das dessen Leugnung unter Strafe stelle, aber sei unnötig.⁷⁸⁵ „Jedes Land wächst daran, wenn es seine Fehler eingesteht.“⁷⁸⁶

Hinsichtlich dieser Völkermordfrage⁷⁸⁷ wird von armenischer Seite behauptet, in den Jahren von 1915 bis 1917 seien schätzungsweise bis zu 1,5 Millionen Armenier (nach türkischen Angaben zwischen 250 000 und 500 000⁷⁸⁸) durch den Osmanischen Staat – den Vorgänger der Türkei – zur Niederschlagung nationalistischer Bestrebungen systematisch getötet

⁷⁸³ Siehe International Crisis Group (2009): Turkey and Armenia: Opening Minds, Opening Borders. Europe Report No. 199 – 14 April 2009.

⁷⁸⁴ Vgl. Gottschlich, Jürgen: Armenier-Gesetz, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,442264,00.html> (02.4.2009).

⁷⁸⁵ Vgl. Chirac, Jacques: Chirac bedauert Armenien-Gesetz, in: <http://www.blick.ch/news/ausland/news19672> (02.4.2009).

⁷⁸⁶ Er erklärte bei seinem Armenienbesuch im Oktober 2006, dass es zwischen Frankreich und Armenien eine starke Beziehung gebe. Vgl. Chirac, Jacques: Völkermord an Armeniern eingestehen, in: <http://volksgruppen.orf.at/diversity/Stories/56479/> (02.4.2009).

⁷⁸⁷ Vgl. Barth, Boris (2006): Genozid. Völkermord im 20. Jahrhundert, München, S. 64.

⁷⁸⁸ Vgl. Süddeutsche Zeitung: Armenien-Frage belastet US-türkisches Verhältnis, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/us-kongress-spricht-von-voelkermord-armenien-frage-belastet-us-tuerkisches-verhaeltnis-1.335092> vom 11.10.2007 (03.4.2009).

worden.⁷⁸⁹ Inwieweit die Bezeichnung „Völkermord“ für diese Ereignisse angemessen ist, ist umstritten.⁷⁹⁰ Die Türkei weigert sich, die ihr unterstellte Vertreibung und Ermordung der Armenier im Osmanischen Staat als Völkermord anzuerkennen. Sie behauptet, die Osmanen hätten aus Selbstschutz gehandelt. „Es habe keinen Genozid gegeben, nur eine sehr unglücklich gelaufene Deportation. Und das auch nur, weil im damaligen Weltkrieg Armenier gegen den osmanischen Staat zu den Waffen gegriffen hätten, um auf osmanischem Boden ein eigenes Land zu gründen.“⁷⁹¹ Zudem verweist sie auf die Tragik der kriegesischen Ereignisse, denen Hunderttausende Armenier, aber ebenso viele Türken und Kurden zum Opfer gefallen seien. Die Türkei sieht die Forderungen nach einer Anerkennung eines Völkermords als Versuch, sie international zu ächten und ihr womöglich Gebiete im ehemals armenisch besiedelten Osten des Landes streitig zu machen. Ferner schlägt die Türkei vor, die Interpretation dieser Geschehnisse den Historikern zu überlassen.⁷⁹² Im Hinblick auf die Bestätigung des Vorwurfs der Armenier durch das Gesetz in Frankreich wird von der Mehrheit der Türkei geglaubt, dies sei „eine neue Demütigung für eine zukünftige türkische EU-Mitgliedschaft“.⁷⁹³

Außerdem wurde von den Gegnern dieses Gesetzes argumentiert, dass das französische Gesetz den Armeniern selbst eher schade als nütze. Hierzu stellte Hrant Dink, der einer der prominentesten armenischen Intellektuellen in Istanbul und EU-Befürworter der Türkei war, die Frage, „wie wir zukünftig gegen Gesetze argumentieren sollen, die uns verbieten, über einen Genozid zu reden, wenn Frankreich nun umgekehrt dasselbe tut“⁷⁹⁴. Außerdem unterstrich Mesrop II. Mutafyan (der armenische Patriarch in Istanbul), das Problem der Verständigung zwischen Türken und Armeniern werde durch ein solch einfaches Gesetz keinesfalls gelöst. Laut ihm würden vor allem in Istanbul Armenier und andere Minderheiten

⁷⁸⁹ Vgl. Akçam, Taner (2006): *A Shameful Act. The Armenian Genocide and the Question of Turkish Responsibility*. New York, S. 21 – 54.

⁷⁹⁰ Vgl. Lewy, Gunter (2005): *The Armenian Massacres in Ottoman Turkey: A Disputed Genocide*, Salt Lake City, S. 12.

⁷⁹¹ Vgl. Kalnoky, Boris: Türkei gegen Armenien, in: <http://www.welt.de/politik/article2405348/Ein-Fussballspiel-nach-einem-Jahrhundert-voll-Hass.html> vom 06.09.2008 (06.9.2008).

⁷⁹² Vgl. Lewy, Gunter (2005): *The Armenian Massacres in Ottoman Turkey: A Disputed Genocide*, S. 19 – 31.

⁷⁹³ Vgl. a. a. O. Seit 1965 haben 22 Staaten „die Deportationen und Massaker“ der Jahre 1915–1917 offiziell als Genozid entsprechend der UN-Völkermordkonvention von 1948 anerkannt. Zu den Staaten, die offiziell von Genozid sprechen, zählen in Europa Italien, die Niederlande, Belgien, Schweden, die Slowakei, Griechenland, Zypern, die Schweiz und Polen. Manche Staaten (u. a. Israel, Dänemark, Bulgarien, Georgien und Aserbaidshan) hingegen sprechen offiziell nicht von Völkermord.

⁷⁹⁴ Vgl. Gottschlich, Jürgen: a. a. O.

in letzter Zeit wieder in die Gesellschaft aufgenommen. Diese positiven Entwicklungen laufen durch dieses Gesetz Gefahr, sich wieder zu verschlechtern.⁷⁹⁵ Das gilt gleichsam für die Beziehungen zum Nachbarstaat Armenien; die Türkei hält die Grenze seit 1993 geschlossen. Dies beeinflusst die Wirtschaft des verarmten Armeniens nicht unwesentlich. Ferner arbeiten in der Türkei ungefähr 70 000 Armenier illegal. Die türkische Regierung hat bis jetzt nichts dagegen unternommen. Einige EU-skeptische Nationalisten in der Türkei, aus der MHP und sogar Şükrü Elekdağ von der CHP forderten nach diesem Gesetz, diese Menschen in ihr Land zurückzuschicken.⁷⁹⁶

Bezüglich der Annahme des Armenier-Gesetzes in Frankreich erklärte die EU, das Gesetz werde die Aussöhnung zwischen der Türkei und Armenien erschweren. Die EU befürchtet, es könne auch Einfluss auf die heiklen Beitrittsverhandlungen mit der Türkei haben. Nach Ansicht des EU-Kommissars für die Erweiterung, Olli Rehn, könnte dieses Gesetz der Aufarbeitung im Wege stehen.⁷⁹⁷

Auch in der Schweiz ist das Leugnen des „Völkermordes an den Armeniern“ seit 2007 verboten.⁷⁹⁸ In der Türkei droht wegen „Beleidigung des Türkentums“ bei Erwähnung des Völkermords an den Armeniern eine Gefängnisstrafe. In diesem Zusammenhang hebt die EU im Türkei-Bericht von 2007 hervor, die Türkei solle das „Herabwürdigung des Türkentums“-Gesetz abschaffen, wenn sie auf dem Weg einer EU-Mitgliedschaft weiter vorankommen möchte. Dieses Gesetz wurde am 30. April 2008 teilweise geändert.⁷⁹⁹

Laut den türkischen EU-Skeptikern gibt es vier „Strategien“ Armeniens, die durch den vierfach genannten Anfangsbuchstaben T, d. h. „Taviz – Tanıma – Tazminat – Toprak“, dargestellt werden: In gleicher Reihenfolge bedeuten sie ins Deutsche übersetzt: „Zugeständnis – Anerkennung – Schadenersatz – Land“.⁸⁰⁰ Für das erlassene Gesetz in Frankreich

⁷⁹⁵ Vgl. Spiegel: Reaktion auf Armenier-Gesetz, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,448810,00.html> (03.4.2009).

⁷⁹⁶ Vgl. Elekdağ, Şükrü: <http://www.hurriyet.com.tr/gundem/5228294.asp?gid=0&srid=0&oid=0&l=1> (04.4.2009).

⁷⁹⁷ Vgl. Die Presse: „Armenier-Massaker: Türkei droht Frankreich“, in: http://diepresse.com/home/politik/eu/79422/ArmenierMassaker_Tuerkei-droht-Frankreich- (18.11.2006).

⁷⁹⁸ Vgl. Zwahlen, Oliver: Die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern in der Schweiz, in: <http://www.zipr.ch/armenien/html/historikerstreit.htm> (04.4.2009).

⁷⁹⁹ Siehe Unterkapitel 4.1.2.5, Anm. 499; vgl. Şimşek, Yurdagül: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=254504> (05.4.2009).

⁸⁰⁰ Vgl. Özdemir, İsmail: Ermenilerin Hedefi 4 T, Ortadoğu Zeitung, 28 Dezember 2008, S.7.

weisen türkische EU-Skeptiker darauf hin, dass armenischstämmige Franzosen (etwa 400 000) als Wählergruppe großen Einfluss auf die Politik hätten. Allerdings sei das Gesetz schließlich vom französischen Staat anerkannt worden. Somit zeige dies die eigentliche Intention der Franzosen bezüglich einer Türkei-Mitgliedschaft in der EU. Daher verdächtigen türkische EU-Skeptiker Frankreich, mit der Armenier-Debatte die Beitrittsverhandlungen der Türkei torpedieren zu wollen. Im Gegenzug solle auch die Türkei ein Gesetz entwerfen, wodurch der Genozid durch Frankreich im Kolonialkrieg in Algerien (1954 – 1962) anerkannt werden sollte.⁸⁰¹

Hinsichtlich der Beziehung zwischen der Türkei und Armenien bzw. der Völkermordfrage existieren weitere nicht zu ignorierende Aspekte: Zuerst ist der Konflikt bzw. Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan (1988 – 1994) zu nennen.⁸⁰² Die Türkei erkannte Armenien 1991 als Staat an, d. h. nach dessen Unabhängigkeit von der Sowjetunion. 1993 marschierten armenische Truppen in die in Aserbaidschan liegende Enklave Berg-Karabach ein, weil Armenien die Unabhängigkeit der Region forderte. Angesichts sowjetischer Gebiets- und Nationalitätenpolitik wurde 1923 Berg-Karabach per Dekret aus Moskau als autonomes Gebiet Aserbaidschan unterstellt. Nach der Unabhängigkeit beider Staaten brach diese Krise wieder aus. Als Folge schloss die Türkei die Grenze zu Armenien, weil die Türkei und Aserbaidschan meinen, sie seien zwei Staaten und eine Nation. Zur Etablierung diplomatischer Beziehungen haben Vertreter beider Länder – der Türkei und Armenien – im August 2007 damit begonnen, sich in Genf/Schweiz zu treffen. Das Ziel ist es, „gutnachbarliche Beziehungen auf der Grundlage gegenseitiger Achtung herzustellen und damit einen Beitrag zu Frieden, Stabilität und Sicherheit in der Region“⁸⁰³ zu leisten. Dabei sollte auch Berg-Karabach angesprochen werden.⁸⁰⁴ Überdies ist zu erwähnen, dass der armenisch-türkische Journalist Hrant Dink am 19. Januar 2007 von einem Auftragsmörder⁸⁰⁵ aufgrund seiner Erklärungen zur Völkermordfrage in Istanbul ermordet wurde. Sein Ziel war die Annäherung beider Völker. Danach gingen etwa 100 000 Menschen in Istanbul auf die Straße und riefen:

⁸⁰¹ Interview des Autors mit Osman Yumakoğullari in der Parteizentrale der SP in Istanbul, 2006, Interviewnummer 18.

⁸⁰² Siehe Dokumentarfilm: „Armenien – Ein kleines Land mit grosser Vergangenheit“, in: http://www.youtube.com/watch?v=a0OWw8Bn_hc&feature=related (28.3.2010).

⁸⁰³ Vgl. Wolkowa, Irina: Allmähliche Annäherung am Ararat, in: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/147715.allmaehliche-annaeherung-am-ararat.html> (24.4.2009).

⁸⁰⁴ Vgl. Rau, Johannes (2007): Der Berg-Karabach-Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan, S. 14 – 31.

⁸⁰⁵ Der mutmaßliche Täter ist der 16-jährige Ogün Samast (aus Trabzon). Jedoch ist die Frage, wer den Auftrag gegeben hat, noch nicht geklärt worden.

„Wir sind alle Hrant, wir sind alle Armenier!“ („Hepimiz Hrant'ız, hepimiz Ermeniyiz“).⁸⁰⁶ Anlässlich des Fußballspiels zwischen Armenien und der Türkei besuchte der türkische Staatspräsident Abdullah Gül am 6. September 2008 die Hauptstadt Armeniens Eriwan.⁸⁰⁷ Zudem begannen einige einflussreiche türkische liberale Intellektuelle am 15. Dezember 2008 in Istanbul eine Kampagne, um beide Länder einander anzunähern.⁸⁰⁸ „Ich kann es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, dass die große Katastrophe, der die osmanischen Armenier 1915 ausgesetzt waren, ohne Sensibilität behandelt und geleugnet wird. Ich weise diese Ungerechtigkeit zurück, ich persönlich teile die Gefühle und den Schmerz meiner armenischen Brüder, und ich entschuldige mich bei ihnen“, lautet die Erklärung der Gruppe auf der Internetseite www.ozurdiliyoruz.com. „Özür diliyoruz“ bedeutet: „Wir entschuldigen uns.“.⁸⁰⁹ Statt von „Völkermord“ ist von der „großen Katastrophe“ die Rede – jenem Begriff, den auch die Armenier selbst verwendeten, meinte Cengiz Aktar, der sich an der Kampagne beteiligte. Bei seinem Türkei-besuch vom 6. bis 7. April 2009 erklärte der amerikanische Präsident Obama, dass Türken und Armenier eine Lösung finden sollten.⁸¹⁰ Am 10. Oktober 2009 haben die Türkei und Armenien ein wegweisendes Friedensabkommen unterzeichnet, um ihre Beziehungen wieder herzustellen und die gemeinsame Grenze zu öffnen.⁸¹¹ Daraufhin verschlechterten sich die engen Beziehungen zwischen der Türkei und Aserbaidschan, denn die Annäherung zwischen Ankara und Eriwan vor einem Abzug armenischer Truppen aus besetzten aserbaidshanischen Gebieten steht im Widerspruch zu den Interessen Aserbaidschans.⁸¹² Am 14. Oktober 2009 erwiderte Sarkisyan den historischen Besuch Güls mit der ersten Türkei-Visite eines armenischen Staatschefs zwecks bilateraler Treffen; bisher hatten armenische Präsidenten die Türkei nur im Rahmen internationaler Konferenzen

⁸⁰⁶ Vgl. Akçam, Taner: Türklüğünün isyanı, in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=210959> (04.4.2009).

⁸⁰⁷ Vgl. Kalnoky, Boris: a. a. O.

⁸⁰⁸ Interview des Autors mit Seyla Benhabib am Max-Weber-Kolleg in Erfurt, 2009, Interviewnummer 98.

⁸⁰⁹ Vgl. Güsten, Susanne: Türkei und Armenien. „Wir entschuldigen uns“, in: <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/wir-entschuldigen-uns/1397310.html> (04.4.2009).

⁸¹⁰ Vgl. Strittmatter, Kai: Obama besucht Türkei. „Völkermord“ und Diplomatie, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/568/464170/text/> (06.9.2008).

⁸¹¹ Vgl. [tagesschau.de](http://www.tagesschau.de): Türkei und Armenien schließen Abkommen, in: <http://www.tagesschau.de/ausland/tuerkeiarmenien110.html> (10.10.2009).

⁸¹² Vgl. Rp-online: Kritik von Aserbaidschan, in: http://www.rp-online.de/politik/ausland/Tuerkei-und-Armenien-schliessen-historisches-Abkommen_aid-_768547.html (30. 3.2010).

besucht.⁸¹³ Dieser Annäherungsprozess wurde durch die Türkei als Folge der Reaktion Aserbaidschans gestoppt.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die Zustimmung zum Armenier-Gesetz des französischen Parlaments von den vorliegend untersuchten Parteien AKP, CHP und MHP heftig kritisiert wurde: Diese drei politischen Akteure der Türkei betonten, Frankreich strebe durch den Erlass eines solchen Gesetzes an, die Türkei auf dem Weg zur EU zu ermüden und schließlich den Beitrittsprozess der Türkei in eine Sackgasse zu steuern. Es lässt sich dennoch feststellen, dass es bestimmte Unterschiede bei diesbezüglichen Positionen dieser Parteien gibt: Die MHP ist in dieser Völkermordfrage gegen jede Annäherung an die armenische Seite. Ferner kritisiert sie ausdrücklich, dass Armenien das Gebiet der Ost-Türkei in seinen Landkarten als Süd-Armenien zeige. Dementsprechend protestierten nach der Annahme dieses Gesetzes in Frankreich viele MHP-Anhänger. Die AKP und die CHP lehnen die Völkermordfrage als eine Bedingung für die EU-Mitgliedschaft ab. In diesem Zusammenhang vertritt die CHP im Vergleich zur AKP eine rigidere Haltung: Die CHP ist der Meinung, dass immer die Türkei den ersten Schritt zur Versöhnung mit Armenien unternehme. Deshalb besteht sie auf ein Entgegenkommen Armeniens. Die Regierungspartei AKP versucht, hinsichtlich der Völkermordfrage eine Lösung zu finden bzw. die Beziehung zwischen der Türkei und Armenien zu verbessern.⁸¹⁴

4.2.3 Die Debatten in der europäischen Öffentlichkeit und der türkische EU-Skeptizismus

Bezüglich der Abneigung von Teilen der türkischen Bevölkerung gegenüber der europäischen Integration sind auch und gerade die Entwicklungen in der europäischen Öffentlichkeit von großer Bedeutung, weil diese Ereignisse EU-skeptische Tendenzen in der türkischen Öffentlichkeit sichtbar machen. Hingegen argumentieren (liberale) EU-Befürworter in der Türkei, dass es, abgesehen von den Türkei-Auffassungen der EU-Bürger und auch mit Rücksicht

⁸¹³ Vgl. Güsten, Susanne: „Ein Sieg für den Frieden“, in: <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/Tuerkei-Armenien;art123,2924324> (30.3.2010).

⁸¹⁴ Hierzu ist auch Folgendes zu erklären: „Nach Entscheidungen in Schweden und den USA, die Massaker an Armeniern während des Ersten Weltkriegs als Völkermord einzustufen, droht der türkische Regierungschef der armenischen Minderheit mit Ausweisung. Betroffen wären rund 100 000 Menschen.“ Vgl. n-tv.de: Erdogan droht mit Ausweisung, in: <http://www.n-tv.de/politik/Erdogan-droht-mit-Ausweisung-article781443.html> (30.3.2010).

darauf, dass das Christentum eine identitätsstiftende Institution der EU-Länder ist, entscheidend sei, welche Bedingungen die EU für die EU-Mitgliedschaft der Türkei gestellt hat und wie die Türkei darauf reagiert. Nachfolgend wird die Frage untersucht, welche Neigungen und Geschehnisse es auf EU-Seite gab und gibt und wie diese die EU-Haltung der dargelegten türkischen Parteien beeinflussen.

4.2.3.1 Die Türkei-skeptische Haltung mancher EU-Länder

Mit Bezug auf mögliche exogene Faktoren des türkischen EU-Skeptizismus lässt sich bemerken, dass die Frage, wie die EU-Mitgliedschaft der Türkei in den EU-Ländern betrachtet wird, ob sie von den Bürgern der EU-Mitglieder befürwortet oder abgelehnt wird, eine unmittelbare Rolle spielt. Während die öffentliche Akzeptanz einer EU-Integration der Türkei die EU-skeptischen Auffassungen dort vermindern kann, kann eine Zurückweisung des Türkeibeitritts türkische Vorbehalte gegenüber der EU vermehren. Folglich ist das Gefühl des Willkommenseins bei der Zu- oder Abnahme EU-skeptischer Positionen in der türkischen Bevölkerung bzw. bei den politischen Parteien wirksam.

Die öffentlichen Meinungen einzelner EU-Mitglieder sind laut türkischer EU-Skeptiker deshalb entscheidend, weil eine Ablehnung immer noch durch die mangelnde Akzeptanz des Beitritts seitens der Öffentlichkeit in bestimmten EU-Mitgliedsländern begründet werden könnte, selbst wenn die Türkei am Ende des Beitrittsprozess alle verlangten Beitrittsbedingungen mit Erfolg erfüllen würde.⁸¹⁵ Hinsichtlich des Verhandlungsrahmens zwischen der EU und der Türkei ist 2004 beschlossen worden, dass die EU-Mitglieder am Ende des Beitrittsprozesses der Türkei über das Recht verfügen, ihre Zustimmung zur Türkei-Mitgliedschaft per Referendum zu messen, d. h., dass sie sichergehen können, ob diese auch von ihren Bevölkerungen gebilligt wird oder nicht. „Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy hat angekündigt, über die Mitgliedschaft der Türkei ein Referendum abzuhalten; Österreich hat ähnliche Pläne. Aber auch in den Ländern, in denen das Volk nicht direkt entscheidet, sondern seine gewählten Vertreter, ist der Druck auf die Politik deutlich gestiegen, keine von den Wünschen der Bevölkerung abgekoppelte Europapolitik zu betreiben.“⁸¹⁶

⁸¹⁵ Interview des Autors mit Niyazi Paksoy, 2006.

⁸¹⁶ Vgl. Gerhards, Jürgen/Hans, Silke: Das Türkei-Dilemma der Europäischen Union, in: <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/Sonderthemen;art893,2687102> vom 20.12.2008 (16.4.2009).

Bei den Auseinandersetzungen über einen Türkeibeitritt aufseiten der EU und der Türkei ist zu konstatieren, dass sowohl Befürworter als auch Gegner eines Türkei-Beitritts immer wieder auf die öffentliche Meinung verweisen, um ihre Argumente zu stützen. Die negative Einschätzung der türkischen „EU-Tauglichkeit“ von bestimmten EU-Bürgern dient als gemeinsame Begründung der Gegner des EU-Beitritts der Türkei. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Gemeinschaft wird seit 1974 erhoben und vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, kurz EUROSTAT, im sogenannten Eurobarometer veröffentlicht. Aus den Eurobarometer-Ergebnissen ist zu erkennen, dass ein EU-Beitritt der Türkei seit 1992 von den EU-Bürgern mehrheitlich nie befürwortet wurde. Obschon die Differenz zwischen Befürwortern und Gegnern 1992 nur einen Prozentpunkt betrug, nahm sie in der Folge deutlich zu. Zudem war erstmals 2005 die Mehrheit aller Befragten gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei. Allgemein ist festzuhalten, dass das Meinungsbild der europäischen Bürger in Bezug auf einen Türkeibeitritt relativ statisch ist und nur geringen Schwankungen unterliegt.⁸¹⁷ Auch nach einer Umfrage von Jürgen Gerhards und Silke Hans Ende 2008⁸¹⁸ sind 52 Prozent der EU-Bürger gegen den EU-Beitritt der Türkei, 35 Prozent dafür. In vier von 27 Mitgliedsländern – Rumänien, Bulgarien, Portugal und Schweden – gibt es eine Mehrheit für einen Beitritt, in den anderen 23 Ländern wird die 50-Prozent-Quote nicht erreicht. In diesem Zusammenhang sind als stärkste Gegner einer EU-Mitgliedschaft der Türkei die Bürger von EU-Staaten wie Österreich, Deutschland, Zypern und Frankreich zu beobachten, in denen sich 2008 mehr als 50 Prozent der Befragten gegen einen Türkeibeitritt äußerten. Hingegen plädieren EU-Mitglieder wie Großbritannien, Spanien, Italien und Polen eher für einen Beitritt der Türkei. Dabei wird die Frage, warum (viele) Menschen gegenüber einer EU-Mitgliedschaft der Türkei skeptisch eingestellt sind, folgendermaßen beantwortet: Erstens befürchten viele EU-Bürger, dass eine Mitgliedschaft der Türkei Migrationsbewegungen in die wohlhabenden Länder der EU befördern werde. Sie verbinden dies mit Ängsten vor einer Bedrohung der eigenen Lebensweise und Kultur.⁸¹⁹ Zweitens spielen die tatsächlichen Erfahrungen der Bevölkerungen in den einzelnen Ländern mit Migration eine Rolle: Je höher der Anteil von Migranten an der Bevölkerung eines Landes ist,

⁸¹⁷ Vgl. Zaunbauer, Wolfgang (2005): „Die öffentliche Meinung zum EU-Beitritt der Türkei“, in: <http://www.aies.at/download/2005/zaunbauer.pdf> (16.2.2007).

⁸¹⁸ Vgl. Gerhards, Jürgen/Hans, Silke (2009): Türkei unerwünscht? Eine Untersuchung der Einstellungen der Bürger in den 27 Mitgliedsländern der EU zum Beitritt der Türkei, S. 7 – 19.

⁸¹⁹ Vgl. Gerhards, Jürgen: „Passt die Türkei kulturell in die Europäische Union?“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 15.2.2004, S. 13.

desto negativer ist die Einstellung der Bevölkerung gegenüber dem Türkeibeitritt. Drittens gibt es ökonomische Motive: Hier sind vor allem diejenigen Personen gegen eine Mitgliedschaft der Türkei, die arbeitslos sind oder ein geringes Einkommen beziehen und deshalb eine erhöhte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt befürchten. Viertens ist der Türkeibeitritt in den Augen mancher Bürger mit Transferzahlungen und Kosten für die reichen EU-Länder verbunden. Dazu sind bestimmte Bürger nur begrenzt bereit. Die Analyse der Umfragedaten legt den Schluss nahe, dass sich die Einstellungen der Bürger nur dann in Richtung einer Zustimmung verändern, wenn sie davon überzeugt werden, dass der Erweiterungsprozess nicht mit (hohen) finanziellen Kosten für die jetzigen Mitgliedsländer verbunden ist, nicht zu Wanderungsbewegungen in die wohlhabenden Mitgliedsländer führt und somit keine Nachteile für die einheimische Bevölkerung mit sich bringt.⁸²⁰ In Bezug auf die skeptische Haltung gegenüber dem Türkeibeitritt sind ferner folgende Gründe zu beobachten: Zwischen der EU und der Türkei gebe es religiöse und kulturelle Unterschiede, sodass ein Beitritt der islamischen Türkei christlich-abendländische Traditionen der Union beschädigen könnte. Überdies treten sicherheitspolitische Bedenken auf: Durch den Türkei-Beitritt grenze die EU an die problematischen Länder, z. B. Irak, Iran, Syrien. Dies würde hinsichtlich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) neue Herausforderungen bewirken. Darüber hinaus unterstreicht Lechner hierbei Folgendes:⁸²¹ „Demografisch wächst die Türkei im Vergleich zu den europäischen Ländern zu schnell. Wenn sie z. B. 2020 Mitglied der EU wäre, würde sie mit 90 Mio. die höchste Quote in den EU-Institutionen haben. [...] Religiös sei es auch in der Türkei möglich, fundamentale Einstellungen zu sehen, die ziemlich anti-westlich seien. Obwohl sie schon ein laizistisches System entwickelt habe, unterstütze der Staat sunnitische Tendenzen, und damit sei er nicht vollständig laizistisch. Außerdem hätten die Aleviten und christliche Minderheiten immer noch bestimmte Probleme. Wirtschaftlich werde ein Türkeibeitritt die Union schwer belasten. Die Kosten seien nicht zu bewältigen. Politisch existiere in der Türkei im westlichen Sinne kein demokratisches Verständnis, und es seien immer noch demokratiegeegnerische Neigungen sichtbar. Menschenrechtlich seien immer noch große Defizite (u. a. die Stellung der Frau, der Kurden oder hinsichtlich der

⁸²⁰ Vgl. Financial Times/Harris Poll: EU Citizens Want Referendum on Treaty, in: <http://www.harrisinteractive.com/news/allnewsbydate.asp?NewsID=1228> (17.4.2009).

⁸²¹ Interviews des Autors mit Lechner, Kurt im Europäischen Parlament, Brüssel, 2009, Interviewnummer 92.

Folter) zu beobachten. Militärisch passe die Türkei nicht zum liberalen Vorgehen der EU-Länder.“⁸²²

Laut türkischer EU-Befürworter sind Türkei-skeptische und -gegnerische Ansichten von EU-Bürgern weder einfach noch sofort zu ändern. Türkische EU-Skeptiker meinen, dass sich Türkei-skeptische und -gegnerische Meinungen in den europäischen Öffentlichkeiten in absehbarer Zeit nicht in eine positive Haltung wandeln werden. Beide Seiten, die Türkei und die EU, betonen, dies sei daher ein ernstzunehmendes Hindernis für die EU-Integration der Türkei. Hierzu erläutert Barysch wie folgt:⁸²³ “[W]idespread public hostility already affects Turkey’s accession process. It makes European politicians coy about speaking out in favour of Turkey’s membership. The lack of positive political leadership, in turn, leaves the field wide open to the opponents of Turkish accession. Much of the European media, meanwhile, is happy to trade in stereotypes, thus reinforcing public prejudices.” Dem fügt Taylor Folgendes hinzu: “On television, Turkey means minarets, headscarves and the Bosphorus bridge. In the newspapers, a ‘secular state with a predominantly Muslim population’ gets edited down to ‘a Muslim country’.”⁸²⁴ Nach Barysch sollte die Türkei durch weitere EU-Reformen und die Annäherung an die europäischen Werte versuchen, die EU-Bürger zu überzeugen. Sie vertritt folgende Ansicht: “Public opinion is a challenge for Turkish accession, but it does not appear to be an insurmountable obstacle.”⁸²⁵ Hinsichtlich des türkischen EU-Skeptizismus ist sie folgender Auffassung: “West European prevarications have also weakened the pro-reform camp in Turkey. Many Turks ask why they should adopt the difficult reforms required by the EU if the Europeans do not want their country inside the Union anyway. Public support for EU membership has dropped sharply over recent years. Even the most pro-European Turks now accuse the EU of being disingenuous (for constantly re-opening the question of whether Turkey is a suitable candidate for full membership); of following double standards (for making it harder for Turkey to join than for previous candidates); and of being short-sighted

⁸²² Über die Argumente gegen den EU-Beitritt der Türkei siehe Folgendes: Vgl. Kramer, Heinz: Die Türkei und die Kopenhagener Kriterien: Die Europäische Union vor der Entscheidung, Berlin 2002. Ders.: EU-kompatibel oder nicht? Zur Debatte um die Mitgliedschaft der Türkei in der europäischen Union, Berlin 2003; vgl. Wehler, Hans-Ulrich: „Türkei-Beitritt torpediert die Europäische Union“, in: Focus, 16.2.2004, S. 50; vgl. Winkler, Heinrich August: „Grenzen der Erweiterung: Die Türkei ist kein Teil des ‚Projekts Europa‘“, in: Internationale Politik, 2/2003, S. 59 – 66 und „Ehehindernisse: Gegen einen EU-Beitritt der Türkei“, in: Süddeutsche Zeitung, 23.11.2002, S. 13.

⁸²³ Vgl. Barysch, Katinka: 2007, in: CER seminars, What Europeans think about Turkey and why. S. 1.

⁸²⁴ Vgl. a. a. O.

⁸²⁵ Vgl. a. a. O., S. 6.

(by disregarding the many economic and strategic benefits that Turkish accession would bring).“⁸²⁶

In der Türkei erkennt man seit 2005 eine Reformmüdigkeit und eine Patriotismuswelle, die als Folge der Zypernfrage, des wieder aufgeflamnten Kurdenkonflikts und der Armenierfrage über das Land schwappten.⁸²⁷ 82 % waren der Meinung, dass die Türkei der EU nicht beitreten sollte, falls die Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern als eine EU-Beitrittsvoraussetzung verlangt würde.⁸²⁸ Zudem befürchtete die Hälfte der Befragten im Falle eines Beitritts einen Verfall der religiösen und nationalen Werte. Die auffälligste Feststellung des Autors von Ende 2006⁸²⁹ ist, dass die bis 2005 EU-skeptischen Gruppen in der Türkei überwiegend EU-Gegner geworden sind. In dieser Zeit ist ein beachtlicher Teil der EU-Befürworter zu EU-Skeptikern geworden.⁸³⁰ Daher lässt sich festhalten, dass es eine bestimmte Korrelation zwischen dem europäischen Türkei-Skeptizismus und dem türkischen EU-Skeptizismus gibt.⁸³¹

Bezüglich der Türkei-Betrachtungen in den EU-Bürgern erklärt Haluk Özdalga, Abgeordneter der AKP, dass „es in den Völkern der EU-Mitglieder mehrheitlich keine Gegnerschaft bezüglich der EU-Integration der Türkei gibt, sondern eine Skepsis. Obwohl diese Tendenzen mit der Politik von Sarkozy und Merkel auf EU-Seite auffälliger und effektiver geworden sind, existieren auch Teile der europäischen Gesellschaften, die denken, dass die Türkei Mitgliedschaft von der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien abhängt. Hierbei sollen die EU-Bürger außerdem merken, dass wir, sowohl als Regierungspartei als auch als ein mit der EU verhandelndes Land, ihre Unterstützung brauchen, um im Land das Reformtempo stets aufrechtzuerhalten. Es ist klar, dass die Türkei noch einige Defizite zu überwinden hat. Auch innerhalb unserer Partei sehe ich wegen der Emotionalität der Türken und der Türkei-

⁸²⁶ Vgl. a. a. O., S. 1.

⁸²⁷ Vgl. Welt-Online: Begeisterung der Türken für EU-Beitritt lässt stark nach, in: http://www.welt.de/print-welt/article624073/Begeisterung_der_Tuerken_fuer_EU_Beitritt_laesst_stark_nach.html (16.4.2005).

⁸²⁸ Vgl. Hürriyet: Lässt das türkische Streben in Richtung EU nach?, 13. April 2005, S. 11 und Die Geschichte einer Entfremdung, 4. August 2005, S. 8.

⁸²⁹ In den Jahren 2005 und 2006 habe der Autor 50 Politiker, Professoren, Journalisten, Autoren, Gewerkschafter und Geistliche aus der Türkei und der EU zu diesem Thema befragt.

⁸³⁰ Interview des Autors mit Hüseyin Bağcı an der Universität ODTÜ in Ankara, 2006, Interviewnummer 3.

⁸³¹ Vgl. Zaptçioğlu, Dilek (2004): Die werden uns doch nie aufnehmen!, in: http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-297/_nr-32/_p-1/i.html (05.4.2005).

gegnerischen Haltung der zwei EU-Motoren, Frankreich und Deutschland, manche skeptischen Neigungen gegenüber der EU.“⁸³²

In diesem Zusammenhang ist Yılmaz Ateş, der Vizepräsident der CHP, folgender Meinung: „Das wichtigste Ziel unseres Landes ist, Teil der westlichen Zivilisation zu werden und sich dort produktiv einzubringen. Dass die Türkei trotz ihrer Defizite in der ganzen islamischen Welt letztendlich ein demokratisches und laizistisches System entwickelt, ist nicht zu unterschätzen. Aufklärung und Entwicklung des Individuums, der Gesellschaft und des Landes sind das Grundmotiv unserer Partei hinsichtlich der Integration in Europa. Schade, dass es dabei eine bestimmte Skepsis gegenüber einem türkischen Beitritt gibt. Allerdings sollten wir diesen skeptischen Teil der EU-Bürger – im Sinne von ‚Empathie‘ – verstehen. Wir können sie nur dadurch überzeugen, dass wir weitere EU-Reformen realisieren bzw. uns an die EU-Werte annähern. Wir können keinen Fortschritt erzielen, wenn wir nur unser Gegenüber kritisieren oder sagen, dass man uns überhaupt nicht versteht. [...] Es gibt außer uns keine Partei in der Türkei, die in Brüssel ein Büro eröffnet hat.“⁸³³ [...] Ich glaube auch, dass sowohl mit der Zunahme dieser Kontakte als auch damit, je mehr wir uns erklären, die von Ihnen genannten Bedenken in großem Maße zerstreut werden.“⁸³⁴

Der Generalsekretär der MHP, Cihan Paçacı, zeigt sich hinsichtlich der öffentlichen Meinungen gegenüber einer Türkeimitgliedschaft in der EU kritisch und hartnäckig: „Zwischen der EU und der Türkei bestehen offizielle Bindungen. Besonders seit dem Jahr 2005 kann man aber auch feststellen, dass skeptische Einstellungen gegenüber dem türkischen EU-Beitritt in der Öffentlichkeit akzentuiert bzw. ins Spiel gebracht werden. Ich bin der Meinung, dass Türkei-kritische bzw. -gegnerische Auffassungen in den westlichen Medien eine der einflussreichsten Barrieren auf dem Weg zu einer EU-Mitgliedschaft der Türkei sein können. Hingegen wird in manchen türkischen Zeitungen, die unter allen Umständen EU-Befürworter sind, ständig auf die Türkeifreunde in der EU hingewiesen. Wo sind die nun? Wenn wir uns in der Türkei ins Gedächtnis rufen, dass ‚es für die Türken keine Freunde gibt außer Türken‘, lachen einige darüber. Die Zeit aber hat uns dies bestätigt. Ferner ist nicht zu vergessen, dass Nationen mit Vorurteilen nicht zusammenarbeiten bzw. sich einigen.“⁸³⁵

⁸³² Interview des Autors mit Haluk Özdalga in seinem Büro in Ankara, 2008, Interviewnummer 86.

⁸³³ Es war im Februar 2009. Vgl. EurActiv: CHP, Avrupa Parlamentosu Dergisinde, in: <http://www.euractiv.com.tr/ab-ve-turkiye/article/chp-avrupa-parlamentosu-dergisinde-turk-muhalefeti-ab-uyeligi-icin-kapiyi-acti-004604> (28.02.2009).

⁸³⁴ Interview des Autors mit Yılmaz Ateş, 2009, Interviewnummer 96.

⁸³⁵ Interview des Autors mit Cihan Paçacı, 2008, Interviewnummer 80.

4.2.3.2 Die Äußerungen von Papst Benedikt zum Islam und zum Propheten Mohammed

Ein Element des türkischen EU-Skeptizismus ist die religiöse Wahrnehmung des EU-Integrationsprozesses der Türkei. Denn die skeptischen Tendenzen kreisen um – mehr oder weniger reale oder unterstellte – Befürchtungen. Außerdem sind die türkischen Auseinandersetzungen bezüglich der EU, egal, ob offiziell oder inoffiziell, und unabhängig davon, ob sie in der Öffentlichkeit oder hinter verschlossenen Türen geführt werden, nicht nur politisch, sondern auch kulturell-religiös geprägt. Auch bei den europäischen Kontra-Argumenten bezüglich eines türkischen EU-Beitritts ist zu erkennen, dass die Religion ein Hindernis auf dem Weg der EU-Mitgliedschaft der Türkei sei.⁸³⁶ Wehler argumentiert,⁸³⁷ dass es zwischen den christlichen europäischen Ländern und der islamischen Türkei auch große, aus der Religion resultierende kulturelle Betrachtungsunterschiede gebe. Dass religiös motivierte Gegner des Türkeibeitritts auf die religiöse Andersartigkeit und (aufgrund dessen) kulturelle „Europa-Unfähigkeit“ der Türkei hinweisen, findet in der Türkei ein Echo.⁸³⁸ Infolge der beiderseitigen Diskussion der europäischen und türkischen „Koalition“ der Türkei-Beitrittsgegner lassen sich die Interpretationen des Islam in Europa als eine der wichtigsten Quellen für den Skeptizismus der türkischen Gesellschaft unterstellen. Dabei aktivieren zum Beispiel die Äußerungen des Papstes über den Islam diese Debatte in der Türkei. Denn der Papst wird als wichtiger Akteur in Europa gesehen. Daher kann er sowohl bei der Verstärkung des EU-Enthusiasmus als auch des EU-Skeptizismus in der Türkei eine signifikante Rolle spielen, gerade bei den religiös orientierten Teilen der türkischen Bevölkerung. Hierbei denken türkische EU-Skeptiker, jede Aussage des Papstes als Oberhaupt der katholischen Kirche könne sowohl in der europäischen als auch der türkischen Öffentlichkeit etwas bewirken. Hierzu ist festzustellen, dass die Äußerungen des Papstes vom 12. September 2006 zum Islam und zum Propheten Mohammed türkische (religiös begründete) Vorbehalte gegenüber der EU gesteigert haben.

⁸³⁶ Dies gilt, wenngleich die EU mitgeteilt hat, dass sie eine Wertegemeinschaft ist, in der als die entscheidenden Beitrittskriterien die demokratischen Normen und europäischen Werte gelten sollen, nicht die Religion selbst. Also hier ist insbesondere die Realisierung der folgenden Prinzipien gemeint: Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft, Menschen- und Minderheitenrechte.

⁸³⁷ Vgl. Wehler, H. Ulrich, Das Problem Türkei. Der Westen braucht den Partner – etwa als Frontstaat gegen den Irak, in: Die Zeit, Frankfurt/Main 2004, S. 107; vgl. Redmond, John (2007): S. 305 – 317, hier: S. 305.

⁸³⁸ Interview des Autors mit Yılmaz Esmer, 2008, Interviewnummer 71.

Benedikt XVI. zitierte in seiner Rede⁸³⁹ an der Universität Regensburg am 12.09.2006 einen christlichen Kaiser mit der Aussage, dass Mohammed „nur Schlechtes und Inhumanes“ in die Welt gebracht habe. Er führte Zitate aus einem mittelalterlichen Streitgespräch zwischen dem byzantinischen Kaiser Manuel II. Palaeologos und einem persischen Theologen an: „Zeig mir doch, was Mohammed Neues gebracht hat, und da wirst du nur Schlechtes und Inhumanes finden wie dies, dass er vorgeschrieben hat, den Glauben, den er predigte, durch das Schwert zu verbreiten“, so zitierte er den Kaiser, der den Islam als gewalttätig und irrational charakterisiert hatte. Der Papst nannte dies eine „erstaunlich schroffe“ Art und Weise, die Frage nach dem „Verhältnis von Religion und Gewalt“ zu stellen. Außerdem zitierte er einen Herausgeber der Reflexionen des Kaisers mit den Worten, der moslemische Gott sei „an keine unserer Kategorien gebunden, und sei es die der Vernünftigkeit.“⁸⁴⁰ Dadurch sprach er über die Verbindung von Glaube und Vernunft in jeder echten Religion. Diese Worte wurden von einer Reihe von Vertretern des Islam als „Hasspredigt“ heftig kritisiert. Der Papst teilte daraufhin mehrmals mit, dass er missverstanden worden sei und dies bedauere.⁸⁴¹ Trotzdem führten diese Aussagen des Papstes sowie andere pauschale Islamkritiken in der europäischen Öffentlichkeit bei religiösen Türken zu dem Zweifel, ob sie wirklich darauf abzielen (sollten), dem „Christenklub“ beizutreten. Der Ex-Vorsitzende der türkischen Religionsbehörde, Ali Bardakoğlu, kündigte an, dass die Papst-Äußerungen bedauerlich seien und deswegen zurückgenommen werden müssten.⁸⁴² Laut ihm habe Benedikt XVI. eine „Kreuzfahrermentalität“ und eine „feindselige Haltung“ an den Tag gelegt. Die Christen sollten erst einmal erklären, wie ihre Religion mit der Vernunft in Einklang gebracht werden könne. Bardakoğlu verwies unter anderem auf den Glauben an die Dreifaltigkeit und hob mit Blick auf die Christen hervor: „Sie sagen, Jesus sei der Sohn Gottes. Wie verträgt sich denn das mit Vernunft?“⁸⁴³ Er wurde daraufhin von türkischen Liberalen dahingehend kritisiert, dass er den Vortagtext des Papsts nicht vollständig gelesen habe. Unter anderem betonte der Hürriyet-Kolumnist Mehmet Yılmaz, dass aus dem Redetext klar hervorgehe, „dass sich der

⁸³⁹ Siehe den vollständigen Gesprächstext von Papst Benedikt XVI., in: http://www.vatican.va/holy_father/benedi-ct_xvi/speeches/2006/september/documents/hf_ben-xvi_spe_20060912_university-regensburg_ge.html (29.03.2009).

⁸⁴⁰ Vgl. Spiegel: Muslime empört über Benedikts Islam-Schelte, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,437140,00.html> (29.03.2009).

⁸⁴¹ Vgl. dradio.de: Papst bedauert Äußerungen zum Islam, in: <http://www.dradio.de/aktuell/543679/> (23.4.2009).

⁸⁴² Vgl. a. a. O.

⁸⁴³ Vgl. Zeit: Umstrittener Vortrag: Vatikan: Papst respektiert den Islam, in: <http://www.zeit.de/news/artikel/2006/09/14/74007.xml> (24.4.2009).

Papst von den Zitaten aus dem Mittelalter distanziert habe. Es kommt mir so vor, als ob niemand von jenen in der islamischen Welt, die den Papst wegen seiner Rede attackieren, die Papst-Rede auch gelesen haben.“⁸⁴⁴

Vor dieser Rede des Papstes war offiziell eine Türkei-Reise (28. – 30. November 2006) für ihn organisiert worden. Zwei Tage vor dem Türkei-Besuch von Benedikt XVI. organisierte die islamistische Saadet-Partei eine große Anti-Papst-Demonstration in Istanbul, an der 20 000 ihrer Anhänger teilnahmen. Die Demonstranten trugen Parolen wie „Papst, respektiere unseren Propheten“, „Papst, komm nicht in die Türkei“ oder „Gegen die Allianz der Kreuzfahrer“. Erdoğan distanzierte sich von den Anti-Papst-Protesten und sprach von „marginalen Gruppen“.⁸⁴⁵

Zu Beginn seines Türkei-Besuchs sprach Papst Benedikt XVI. sich für „gegenseitiges Verständnis“ und „den gemeinsamen Einsatz für den Frieden“ aus. Als Signal zur Dialogbereitschaft und als Versöhnungsgeste besuchte der Papst die Blaue Moschee in Istanbul und betete dort gemeinsam mit dem Imam. Zudem besuchte er Bardakoğlu und hob die Notwendigkeit hervor, dass Christen und Muslime ihren Dialog fortsetzen. Denn beide Seiten glaubten an denselben Gott und seien sich über Sinn und Bedeutung des Lebens einig. Dazu sei es nötig, „einander besser zu kennen, die Unterschiede zu respektieren und die Gemeinsamkeiten anzuerkennen“.⁸⁴⁶

Überdies hat der Türkei-Besuch des Papsts eine politische Dimension: Es wurde behauptet, dass er sich noch als Kardinal Joseph Ratzinger gegen eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU ausgesprochen hatte, zumal die Türkei angesichts ihrer Religion und Kultur nicht zur Gemeinschaft passe.⁸⁴⁷ Während dieser Reise erklärte der türkische Ministerpräsident Erdoğan nach dem Treffen mit dem Papst, der Papst unterstütze einen Türkei-Beitritt.⁸⁴⁸ Zudem wartete die türkische Öffentlichkeit auf eine ermutigende Tat und vermittelnde Worte. Nach der Reise erläuterte Vatikanssprecher Lombardi diesbezüglich, dass der Heilige Stuhl in

⁸⁴⁴ Vgl. Spiegel: Papst-Kontroverse. Türkischer Kritiker hatte Rede nicht gelesen, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,437392,00.html> (25.4.2009).

⁸⁴⁵ Vgl. Senkyr, Jan: Papst in der Türkei: Religiöse Reise mit politischen Implikationen; in: <http://www.kas.de/tuerkei/de/publications/9715/> vom 02.12.2006 (02.12.2006).

⁸⁴⁶ Vgl. Rp-online: Türkei-Reise, in: <http://www.rp-online.de/public/article/panorama/ausland/381364/Papst-betont-Gemeinsamkeiten-zwischen-Christen-und-Muslimen.html> (28.4.2009).

⁸⁴⁷ Vgl. Suchsland, Rüdiger: „Ich wünsche mir, dass die Türkei in die EU kommt“, in: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/24/24096/1.html> vom 29.11.2006 (28.4.2009).

⁸⁴⁸ Vgl. Welt-Online: „Erdoğan sieht Papst als Verbündeten“, in: http://www.welt.de/politik/article86497/Erdoğan_sieht_Papst_als_Verbuendeten.html (28. 11.2006).

solchen politischen Fragen keine Kompetenz habe. Ferner betrachte der Papst die Annäherung der Türkei an Europa aber als positiv, und somit solle dieser Prozess ermutigt werden.

Türkische EU-Skeptiker, die ihren Skeptizismus nationalistisch und konservativ-religiös begründen, betonen: Falls der Papst einen Dialog zwischen Muslimen und Christen schaffen wolle, solle er erst selbst Andersdenkende respektieren. Muslime hätten niemals ein beleidigendes Wort gegen Jesus vorgebracht. [Er wird als Prophet akzeptiert, I. E.] Ganz im Gegenteil erwarten sie die gleiche Akzeptanz seitens des christlichen Westens. Diese Einstellungen übernahmen auch die Anhänger der MHP und der AKP.⁸⁴⁹ Laut der AKP sollte sich der Papst vorsichtiger verhalten, da die Dialogbemühungen zwischen den Religionen sonst schweren Schaden nehmen könnten. Die CHP tendiert eher dazu, die EU sei eine Wertegemeinschaft. Aber wegen der nicht einzuschätzenden Reaktionen könnte der Integrationsprozess dadurch beeinträchtigt werden, daher sollten die Meinungsführer bei solch sensiblen Themen auf beiden Seiten vorsichtiger agieren.⁸⁵⁰

4.2.3.3 Die Mohammed-Karikaturen in den westlichen Medien

Religiöse und moralische Empfindsamkeiten können beachtliche EU-skeptische Neigungen in der Türkei hervorrufen.⁸⁵¹ Deshalb sind daneben die karikaturistischen Darstellungen des islamischen Propheten Mohammed in europäischen Medien als exogener Faktor des türkischen EU-Skeptizismus abzuwägen.

Die heftige „Mohammed-Karikaturen-Krise“⁸⁵² nahm ihren Lauf, als eine Serie von zwölf Mohammed-Karikaturen am 30. September 2005 in der dänischen Tageszeitung Jyllands-Posten veröffentlicht wurde.⁸⁵³ Diese karikaturistischen Abbildungen Mohammeds bedeute(te)n in den Augen vieler Muslime eine Herabwürdigung ihres Propheten. Die Kritik

⁸⁴⁹ Interviews des Autors mit Staatsminister Hayati Yazıcı am Sitz des Ministerpräsidenten in Ankara, 2008, Interviewnummer 79 und vgl. <http://arsiv.sabah.com.tr/2006/09/15/gnd132.html> (29.4.2009).

⁸⁵⁰ Interview des Autors mit Yılmaz Ateş, 2009.

⁸⁵¹ Manche Gegner behaupten in irrationaler Weise sogar, dass die Türkei im EU-Beitrittsprozess christianisiert werde. Vgl. Taşkın, Hasan (2006): Hristiyanlaştırılmış AB Üyesi Türkiye, S. 135 – 151.

⁸⁵² Vgl. Haehser, Katy: Pressefreiheit in der Einwanderungsgesellschaft, in: Zimmer, Hasko (Hg.): Menschenrechtsbildung in der Einwanderungsgesellschaft. 2008, S. 217 – 273. Siehe auch Kjaer, Karsten: Teuflische Karikaturen, Mohammed Satire: Kunstfreiheit oder Gotteslästerung?, in: <http://www.youtube.com/watch?v=fUjevngXY2E> (01.6.2010).

⁸⁵³ Vgl. tagesschau.de: Islamische Länder im Aufruhr, in: <http://www.tagesschau.de/ausland/meldung134178.html> (30.4.2009).

von moslemischer Seite richtete sich ausdrücklich gegen eine „islamfeindliche Haltung im Westen“ durch Bedienung von Vorurteilen, etwa die Gleichsetzung des Islam mit Terrorismus. In den Zeichnungen wurde Mohammed unter anderem mit einem Turban in Form einer Bombe mit brennender Lunte dargestellt. Folglich wurden diese erst in Dänemark, dann – als Zitat – in fast allen europäischen Ländern publizierten Mohammed-Karikaturen in den islamischen Ländern als beleidigend wahrgenommen. Daraufhin kam es zu weltweiten Protesten muslimischer Organisationen, vom Boykott dänischer Produkte über verbrannte Fahnen bis hin zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, die mehr als 140 Menschenleben kosteten. Die Demonstranten riefen u. a.: „Wir sind keine Terroristen, wir sind keine Anarchisten, aber wir sind gegen Leute, die den Islam beleidigen.“ Zugleich war auf den mitgeführten Plakaten Folgendes zu lesen: „Wir sind bereit für den Dschihad!“ und „Lasst uns den dänischen Botschafter abschlachten!“⁸⁵⁴

Gegen die Darstellung der Mohammed-Karikaturen wurde ebenfalls in der Türkei protestiert. Obwohl die Demonstrationen dort im Vergleich zu anderen islamischen Ländern friedlich verliefen, gab es in der Türkei auch einen Mordfall: In Trabzon, einer Stadt im Nordosten der Türkei, erschoss der 16-jährige Özhan Akdin den katholischen Priester Andrea Santoro.⁸⁵⁵

Die dänische Regierung vertrat die Auffassung, sie müsse sich nicht für Veröffentlichungen der Presse entschuldigen, wie es die islamische Welt gern hören wolle. Der damalige dänische Ministerpräsident Anders Rasmussen verteidigte die Politik seiner Regierung: „Wir haben die Meinungsfreiheit geschützt, weil sie die kostbarste Freiheit ist, die wir haben.“⁸⁵⁶

Aus der Perspektive der EU sind die gewalttätigen Reaktionen nach einer als solche wahrgenommenen religiösen „Beleidigung“, wie im Falle der Mohammed-Karikaturen, keineswegs annehmbar. Man solle seine Reaktion auf friedliche Art und Weise zeigen. Hier ist ferner nicht zu vergessen, dass es in jeder funktionierenden Demokratie sowohl Religions- als auch Pressefreiheit gibt, jedoch in bestimmten Grenzen.

Neben einigen westlichen Politikern erklärte die ehemalige US-Außenministerin Rice hierzu, radikale Islamisten benutzten die Karikaturen als Anlass, um den Konflikt mit den westlichen

⁸⁵⁴ Vgl. Spiegel: Muslime stürmen Dänemarks Botschaft in Jakarta, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,398814,00.html> (01.5.2009).

⁸⁵⁵ Die Frage, wer hinter Özhan Akdin steht, ist noch nicht geklärt worden.

⁸⁵⁶ Vgl. Zit. nach 20 Minuten Online: Karikaturenstreik hat Dänemark Respekt verschafft, in: <http://www.20min.ch/news/ausland/story/29568028> (02.5.2009).

Ländern anzuheizen.⁸⁵⁷ Daneben schätzte der Vatikan die Veröffentlichung als „inakzeptable Provokation“ ein, verurteilte jedoch alle Gewaltaktionen. Der italienische Kardinal Silvestrini äußerte, dass man über christliche Priester und die Bräuche der Moslems Satire betreiben könne, nicht aber über Gott, den Koran oder Mohammed. Überdies hob Paul Spiegel, der einstige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, hervor, der Streit um die Karikaturen sei ein erschreckender Beweis gewesen für das Scheitern des politischen und interreligiösen Dialogs zwischen den verschiedenen Kulturen in den vorangegangenen Jahren.⁸⁵⁸

Die Saadet-Partei (SP) hat unter dem Motto „Achtung vor dem Glauben, Fluch den Grausamen, Liebe dem Propheten“ am 20. Februar 2006 eine Demonstration in Istanbul organisiert, an der ca. 40 000 Menschen teilnahmen. Diese Versammlung wurde außerdem von 32 Nichtregierungsorganisationen, unter denen sich auch Memur-Sen, İHH, Mazlum-Der und Diyanet-Sen befanden, unterstützt. Der ehemalige Vizevorsitzende der SP, Recai Kutan, sagte dort Folgendes: „Wie kann die Freiheit für Verleumdung mit der Presse- und Redefreiheit in Einklang gebracht werden? Der Vorfall mit den Karikaturen ist die Verlängerung der teuflischen Pläne, der Hinwendung zum Islam entgegenzuwirken. Jetzt rufen wir den Vertretern der Annäherung der Kulturen, des Gartens der Religionen, zu: Wann werdet ihr aus diesem Schlaf der Fahrlässigkeit aufwachen? Es ist ein ehrenhafteres Verhalten, sich an die Spitze der islamischen Welt zu setzen und neu geboren zu werden und der Gründer einer neuen Welt zu sein, als hinter der EU herzulaufen.“⁸⁵⁹

Der AKP-Führer Erdoğan fand, das Verhalten des Karikaturisten sei nicht zu tolerieren. Darüber hinaus seien aber auch die brutalen und blutigen Reaktionen der Kritiker nicht akzeptabel. Man könne seine Reaktion friedlich zeigen. Laut ihm könne das Problem nicht auf der Straße mit Gewalt, sondern nur politisch gelöst werden. Zugleich forderte er, der Pressefreiheit Grenzen zu setzen, damit eine weitere entsprechende Krise verhindert werden könne. Diese Vorstellung Erdoğan's wurde von Markus Löning, dem Europaexperten der FDP (Freie Demokratische Partei Deutschlands) massiv kritisiert: „Wenn Herr Erdoğan sich für die Einschränkung der Pressefreiheit ausspricht, dann disqualifiziert er sich selbst. Der türkische

⁸⁵⁷ Vgl. Spiegel: Karikatur-Proteste. Iran bezichtigt USA der Lüge, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,399869,00.html> (09.2.2006).

⁸⁵⁸ Vgl. talmud.de: Paul Spiegel zum „Karikaturen-Streit“, in: http://www.talmud.de/cms/Paul_Spiegel_zum_Karikatu.72.0.html (03.5.2009).

⁸⁵⁹ Vgl. Sabah: 40 bin kişi „zalime lanet“ için toplandı, in: <http://arsiv.sabah.com.tr/2006/02/20/gnd118.html> (18.04.2008).

Premier sollte wissen, dass religiöse Toleranz genauso ein Kernbestandteil der EU ist wie die Meinungs- und Pressefreiheit. Er wäre gut beraten, an die islamische Welt zu appellieren, einen Aufruf zur Toleranz gegenüber Andersdenkenden zu initiieren. Die Türkei könnte damit beweisen, dass sie eine Brückenfunktion zwischen dem Westen und der islamischen Welt wahrnehmen kann.“⁸⁶⁰ Er fügte hinzu: „Wenn wir Europäer sagen, dass wir eine Wertegemeinschaft sind, dann müssen wir das gerade in einer solchen Situation zeigen.“ Hinsichtlich dieser „Karikaturenkrise“ entspricht die Position der AKP Erdoğan's Reaktion darauf. Hierbei sollte gleichwohl angemerkt werden, dass Erdoğan den im April 2009 designierten NATO-Generalsekretär Rasmussen scharf kritisierte bzw. gegen dessen Berufung war. Denn er habe während der „Mohammed-Krise“ Rasmussen vorgeschlagen, Repräsentanten islamischer Staaten in sein Land einzuladen. Dies habe dieser nicht getan. Erdoğan fragte nach dieser Berufung, wie jemand, der die Probleme hinsichtlich der Mohammed-Karikaturen nicht lösen könne, später als Generalsekretär der NATO ganz andere Probleme lösen könne.⁸⁶¹ Laut der MHP dürfe niemand im Namen der Meinungs- bzw. Pressefreiheit über die Werte Andersgläubiger Witze machen. Sie befand die Karikaturen für unseriös, respektlos, propagandistisch und provokativ. In diesem Zusammenhang betonte die CHP, dass es demokratisch gesehen besser wäre, wenn die Presse Gläubige verletzende Darstellungen nicht publiziere. Nichtsdestotrotz legitimiere der Umstand, dass man sich in seinen religiösen Gefühlen verletzt fühle, keine Gewalt. Daher seien Ermordungen aus diesem Grund und eine solche Mentalität keinesfalls zu tolerieren. Zusammenfassend ist bezüglich des Verhaltens dieser drei Parteien, bezogen auf die Mohammed-Karikaturen, folgende Kategorisierung zwischen Toleranz und Akzeptanz festzuhalten: Während AKP und MHP dazu tendieren, sie nicht zu tolerieren, akzeptiert die CHP eher die Pressefreiheit.

⁸⁶⁰ Vgl. Netzeitung: Karikaturen-Streit droht EU zu spalten, in:

http://www.netzeitung.de/spezial/europa/380778.html?Karikaturen-Streit_droht_EU_zu_spalten (04.5.2009).

⁸⁶¹ Vgl. Welt-Online: Streit um Nato-Generalsekretär. Islamische Staaten fordern Veto gegen Rasmussen, in:

<http://www.welt.de/politik/article3459549/Islamische-Staaten-fordern-Veto-gegen-Rasmussen.html>

(28.03.2009). Nach einigen Gesprächen zwischen den NATO-Mitgliedern wurde mit der Türkei dabei ein Kompromiss gefunden, und Rasmussen wurde neuer Generalsekretär. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ): Erdoğan droht mit „ganz anderer Antwort“, in: <http://www.faz.net/s/Rub7FC5BF30C45B402F96E964EF8CE790E1/Doc~E725366C76A4B45E689E0-5C9161C94737~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (09.3.2009).

4.2.4 ZUSAMMENFASSENDE AUSBLICK:

Das Verhältnis zwischen den exogenen Determinanten des türkischen EU-Skeptizismus und den Positionen der CHP, MHP und AKP

In diesem Kapitel wurde deutlich, wie Positionen und Debatten in der europäischen Öffentlichkeit auf Positionen und Debatten in der Türkei im Hinblick auf EU-Skeptizismus und -Gegnerschaft einwirken. Hiernach sind die möglichen exogenen Determinanten des EU-Skeptizismus in der Türkei unter folgenden drei Überschriften zu gruppieren:

- a) das Verhalten der EU und ihrer Institutionen gegenüber einem Türkeibeitritt,
- b) die Türkei-Politik der EU-Mitgliedsstaaten und
- c) die Türkei-Debatten in der europäischen Öffentlichkeit.

Hinsichtlich dieser außerhalb der Türkei liegenden Faktoren des türkischen EU-Skeptizismus unterscheiden sich AKP, CHP und MHP voneinander: Weil die AKP die Regierungspartei der Türkei ist bzw. weil sie die Mitgliedschaftsverhandlungen mit der EU führt, versucht sie, bei ihren politischen Verlautbarungen gegenüber der EU ausgewogen zu sein. Trotzdem kann man auch ihre heftige Kritik gegenüber den EU-Institutionen, besonders bezüglich der Zypernfrage, gegenüber den EU-Mitgliedern, besonders wegen der gegnerischen Vorschläge zur Türkeiimitgliedschaft, und gegenüber der in den europäischen Völkern aufgrund des Islam formulierten Gegnerschaft zum Türkeibeitritt, beobachten. Im Unterschied zu CHP und MHP ist die AKP bezüglich der Zypernfrage und der Völkermordfrage bezüglich Armeniens weniger rigoros, nicht so abhängig vom „klassischen türkischen Standpunkt“ und somit bereit, einen Mittelweg zu finden. CHP und MHP neigen stattdessen in diesen Punkten zu einer Beibehaltung des Status quo. Wie bei der Frage der Mohammed-Karikaturen zu erkennen ist, fordert die AKP Grenzen für die Pressefreiheit. Zudem kann man bei der AKP bei religiösen Themen, z. B. der Papst-Rede über den Islam, wegen der islamischen Tendenzen innerhalb der Partei EU-kritisch bis -skeptische Argumentationen heraushören, obwohl die Parteileitung einen mittleren Weg verfolgt.

Wenngleich die CHP beständig ankündigt, die Realisierung der EU-Mitgliedschaft sei eines der wichtigsten Ziele der Türkischen Republik, bedient sie sich nicht selten eines EU-kritischen bis -skeptischen Diskurses. Da sie eine Oppositionspartei ist, fühlt sie sich freier, an der EU deutliche Kritik zu üben. Die von der EU formulierten Beitrittsbedingungen der Türkei bzw. die Besonderheiten der Verhandlungen mit der EU, Türkei-kritische europäische Positionen bei der Zypern- und der Völkermordfrage hinsichtlich Armeniens und die von

Merkel und Sarkozy vorgebrachten Konzepte anstelle einer Vollmitgliedschaft (privilegierte Partnerschaft und Mittelmeerunion) missfallen dieser Partei offensichtlich. Die CHP sieht kein Problem bei der Harmonisierung der kemalistisch-nationalistischen Strukturen der Türkei mit dem gemeinschaftlichen Besitzstand der EU. Bei religiösen Themen tendiert sie eher zu laizistischen Ansichten und verteidigt ihre Position mit dem Argument, die EU sei eine Wertegemeinschaft. Im Vergleich zu AKP und CHP akzentuiert die MHP meistens EU-gegnerische Argumente. Sie hebt stets hervor, dass die Türkei durch die EU-Gremien, die EU-Mitglieder und bei den Debatten in der europäischen Öffentlichkeit im Vergleich zu anderen Beitrittsländern ungerecht behandelt werde. Falls die Grundpolitiken der Türkei (z. B. falls die Türkei Nordzypern verlassen und/oder den Völkermord an den Armeniern als Faktum akzeptieren/zugeben müsse) im Integrationsprozess der EU zerstört werden, müsse die Türkei ihre Energie nicht länger verschwenden. Daneben erkennt man auch kritische Bewertungen der MHP bei manchen religiösen Themen, z. B. den Papst-Äußerungen zum Islam oder Mohammed-Karikaturen in den westlichen Medien.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass exogene Faktoren des türkischen EU-Skeptizismus die EU-Haltung der dargestellten drei politischen Parteien mehr oder weniger beeinflussen: Sie führen bei AKP und CHP zu einer EU-kritischen bis -skeptischen Haltung. Beide Parteien bilden ferner infolge der endogenen Determinanten des türkischen EU-Skeptizismus eine kritische bis skeptische Einstellung gegenüber der EU. Hingegen verursachen exogene Faktoren des türkischen EU-Skeptizismus bei der MHP eine offen zur Sprache gebrachte EU-Gegnerschaft. Bei der Herausbildung der EU-gegnerischen Reaktionen der MHP ist ebenso die Rolle der endogenen Determinanten des türkischen EU-Skeptizismus nicht zu unterschätzen.

4.3 Die EU-skeptischen Argumente in der Türkei

Das EU-skeptische bzw. -gegnerische Verhalten in der Türkei wird durch verschiedene Thesen formuliert. Analytisch hilfreich ist es, EU-skeptische Argumente in der Türkei in historische, politische, geopolitische, wirtschaftliche und religiöse aufzuteilen. In diesem Kapitel werden sie thematisiert. Es wird auch expliziert, wie die in dieser Arbeit dargestellten Parteien AKP, CHP und MHP sich dazu positionieren.

4.3.1 Historische Argumente

Die EU-skeptische Haltung von Teilen der türkischen Bevölkerung kann nicht nachvollzogen werden, ohne dass man zu den aus der Geschichte stammenden Motivationen zurückgeht, die besonders in der Endphase des Osmanischen Reiches (1840–1920) bestanden haben. Durch Erinnerungen an die Geschichte entstehen im EU-Prozess der Türkei mitunter separatistische Ansichten gegenüber Europa.⁸⁶²

4.3.1.1 Tanzimat-Syndrom: separatistische Wahrnehmung der Beitrittsforderungen der EU und „Tanzimat-Erfahrung“

Zu Beginn soll erklärt werden, wie das Syndrom von Tanzimat entstanden ist: In diesem Zusammenhang wird der EU-Beitrittsprozess der Türkei bzw. werden türkische EU-Reformen mit der Endphase des Osmanischen Reiches bzw. den Europa-Reformen der Osmanen verglichen. Das Osmanische Reich hatte in der Mitte des 19. Jahrhunderts erheblich von seiner früheren Macht eingebüßt und war durch seine militärische und wirtschaftliche Unterlegenheit gegenüber den westlichen Ländern „der kranke Mann am Bosphorus“ geworden.⁸⁶³ Um eine mögliche Zerstörung des Reiches zu verhindern, führten die Osmanen Europa-Reformen in der Tanzimat-Ära⁸⁶⁴ (1839–1876) durch: “One particular expectation of the Palace from launching this reform program was to regain the allegiance of the Empire’s Christian subjects (mostly Greeks and Armenians) and thereby to contain their separatist tendencies. Another expectation was to stop the Great Powers of Europe from interfering in the internal affairs of the Ottoman Empire.”⁸⁶⁵ Dabei zielten die Osmanen erstmals auf eine Homogenisierung ihrer multiethnischen Gesellschaftsstruktur und eine Gleichstellung aller Untertanen ab. Mittels westlicher Konzepte wie „nation, freedom, homeland, and equality“ versuchte der Sultan, den Gedanken „osmanischer Bürger“ zu verfolgen.⁸⁶⁶

Hierzu ist zu verdeutlichen, dass der aus der Französischen Revolution (1789) resultierende Nationalismus im 19. Jahrhundert das Staats- und Nationenverständnis aller damaligen Reiche

⁸⁶² Interview des Autors mit Nuri Yurdusev an der Universität ODTÜ in Ankara, 2006, Interviewnummer 25.

⁸⁶³ Vgl. Lewis, Bernard (1968): S. 25 – 40; vgl. Davison, H. Roderic: *Reform in the Ottoman Empire 1856–1876*, New York, 1973, S. 41– 42.

⁸⁶⁴ Die Ära von Tanzimat wird im Unterkapitel von 2.1.2 erläutert.

⁸⁶⁵ Vgl. Yılmaz, Hakan (2005): S. 194.

⁸⁶⁶ Vgl. Kürşat-Ahlers, Elçin (2003): S. 285 ff.; vgl. Wolff, Anna (2005): S. 118 – 119.

beeinflusst hat. Durch diese Ideologie kämpften zunächst die westlichen Völker des Osmanischen Reiches dafür, ihre eigenen Staaten zu begründen. Infolge dieser Unabhängigkeitskriege wurden Griechenland im Jahre 1829, Serbien, Rumänien und Montenegro im Jahre 1878, Bulgarien 1908 und Albanien 1912 unabhängig.⁸⁶⁷ Armaoğlu meint dazu: Die Tatsache, dass das Osmanische Reich aus zahlreichen unterschiedlichen Völkern bestand, vereinfachte, dass sich nationalistische Tendenzen auf ihrem Territorium weit verbreiten konnten, und ferner hätten die nationalistischen Motive auch bei der Einmischung der westlichen Großmächte in die inneren Angelegenheiten der Osmanen, z. B. die Situation der Minderheiten, eine bedeutsame Rolle gespielt.⁸⁶⁸ Bezüglich der Auflösung des Osmanischen Reiches wird von türkischen EU-Skeptikern bzw. -Gegnern ausdrücklich behauptet, besonders zwei Aspekte resultierten aus den Tanzimat-Reformen: “One was that giving rights and freedoms to a people would not make them more loyal to the state; on the contrary, this would even supply them with more opportunities to organize a stronger assault on the state. The second lesson was that the real intention behind the European demands of respect for human rights was to divide the Turkish nation and weaken the Turkish state.”⁸⁶⁹ Die Kombination beider Einstellungen bildet das sogenannte „Tanzimat-Syndrom“, das sowohl zu einer EU-skeptischen bis -gegnerischen Haltung in der türkischen Gesellschaft als auch zur Entstehung von Konservatismus und Isolationismus in der türkischen Politik führt. Zudem wird von türkischen EU-Skeptikern bzw. -Gegnern unterstrichen, die Tanzimat-Reformen, die als Kapitulation des Osmanischen Reiches gegenüber dem Westen oder als „Erlass des Todes“ der Osmanen zu bezeichnen seien,⁸⁷⁰ hätten nicht zur Stärkung der Osmanen, sondern zu ihrer Zerstörung geführt, indem sie neben dem Nationalismusprinzip der Französischen Revolution die unterschiedlichen Völker des Reiches durch bis zur Autonomie gehende Freiheiten auf dem Weg zur Gründung ihrer eigenen Staaten bzw. der Rebellion gegen das Osmanische Reich ermutigt hätten. Dabei wird betont, es sei falsch, Minderheiten umfassende Rechte zu gewähren – auch im EU-Beitrittsprozess der Türkei.

⁸⁶⁷ Außerdem ist hier zu notieren, dass die nationalistischen Einflüsse der Französischen Revolution nicht nur bei den nichtmuslimischen Teilen der Osmanen zu sehen waren, sondern auch bei den muslimischen Völkern, gerade gegen Ende des Osmanischen Reiches, z. B. bei den Arabern oder Albanern. Vgl. Reinkowski, Maurus: *Das Osmanische Reich – ein antikoloniales Imperium?*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, 3. Jg. 2006, Heft 1, S. 23 – 34. Siehe auch Fromkin, David: *„A Peace To End All Peace“*. London 2000 und Quataert, Donald: *The Ottoman Empire 1700–1922*, Cambridge 2000.

⁸⁶⁸ Vgl. Armaoğlu, Fahir (2010): S. 42.

⁸⁶⁹ Vgl. Yılmaz, Hakan (2005): S. 194.

⁸⁷⁰ Vgl. Aygün, Sinan (2006): *Avrupa Tuzağında Mankurtlaşan Türkiye*. *Bir Millet Uyanıyor* 8, S. 155 – 175.

Hiermit ist gemeint, dass Freiheiten niemals und niemandem, besonders „den Anderen“ bzw. „den Fremden“ erteilt werden dürften, weil sie von ihnen nicht richtig genutzt würden.

Die politischen Effekte des Tanzimat-Syndroms lassen sich aus Sicht von türkischen EU-Skeptikern bzw. -Gegnern wie folgt erläutern: “First: Declare as illegitimate all demands for minority rights, particularly those that are put forward by ethnic and religious groups. Second: Declare as illegitimate all demands for group rights, including those that are put forward by social and regional communities. Third: Declare as illegitimate all demands for rights, including basic human rights.”⁸⁷¹ Eine der wichtigsten Annahmen des Tanzimat-Syndroms ist deshalb „a delegitimization of the very idea of rights, including individual rights, as it was believed that rights would endow the individuals with larger space of action, and individuals would use that larger action space to engage in anti-state activities.“⁸⁷² Bei einer entsprechenden Umsetzung kann sich ein dominanter Staat ergeben, aber keine (liberale) Demokratie etablieren.

Zusammengefasst wird von türkischen EU-Skeptikern bzw. -Gegnern Folgendes geglaubt:⁸⁷³ Als Folge der Tanzimat-Reformen ist der Osmanische Staat innerhalb von 80 Jahren (1839–1920) zerfallen. Obschon die Osmanen anstrebten, dass die nicht-muslimischen Bürger im Reich von außen (z. B. durch Russland oder England) nicht beeinflussbar sein sollten, war das Ergebnis der Reformen für die Osmanen katastrophal. Denn weder nicht-muslimische Bürger seien dem Osmanischen Reich gegenüber loyal geblieben, noch hätten die damaligen westlichen Großmächte ihr Wort gehalten, keinen Einfluss auf die inneren Angelegenheiten des Reiches zu nehmen. Die westlichen Großmächte hätten auf der Pariser Konferenz 1856 versprochen, es dürfe keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Osmanischen Reiches hätte geben, falls die nicht-muslimischen Osmanen die gleichen Rechte bekämen wie die muslimischen. Hingegen hätten die Untertanen des Reiches infolge der Provokation der Großmächte rebelliert. Es sei zu konstatieren, dass die westlichen Großmächte von den Osmanen vor allem die Einhaltung der Menschen- und Minderheitenrechte verlangt hätten. Durch die Tanzimat-Reformen sei das Ende der Osmanen gekommen. Auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft würde die Türkei demnach genau dem gleichen Szenario begegnen. Falls die Türkei dies nicht feststelle, werde sie nach Ansicht türkischer EU-Skeptiker bzw. -Gegner das Gleiche erfahren, nämlich sich zerstören. Hierbei würden die Europäer dieses Mal Forderungen hinsichtlich der Rechte von Kurden, Aleviten und Nicht-Muslimen in der Türkei

⁸⁷¹ Vgl. Yılmaz, Hakan (2005): S. 195–6.

⁸⁷² Vgl. a. a. O., S. 196.

⁸⁷³ Vgl. Yıldırım, Mustafa (2005): Sivil Örümeğin Ağında, 70 – 150.

formulieren, die schließlich als Beitrittsbedingungen gelten würden.⁸⁷⁴ Aus Sicht der türkischen und europäischen Befürworter eines Türkeibeitritts ist zu bemerken, dass die Europäisierung erfordert, dass auch als „die Anderen“ angesehene Teile der türkischen Gesellschaft – nämlich Nicht-Muslime, Kurden oder Aleviten – ihre Rechte genießen und die Mehrheitsgesellschaft dies akzeptieren muss. In diesem Sinne wird von nicht wenigen Politikwissenschaftlern (z. B. William Hale oder Heinz Kramer) eingeschätzt, eine wichtige Schwierigkeit der Türkei auf dem Weg einer konsolidierten Demokratisierung sei die Stärkung der Rechtstaatlichkeit. Als eines der ernsthaftesten Hindernisse wird dabei das sogenannte Tanzimat-Syndrom erwähnt und hierzu Folgendes behauptet: Wenn eine EU-Integration der Türkei realisiert werden solle, sei diese psychologische Barriere durch die türkische Bevölkerung zu überwinden.⁸⁷⁵

4.3.1.2 Sèvres-Syndrom: die aus der Geschichte stammende Erfahrung in Bezug auf den Zerfall des Osmanischen Reiches und den Sèvres-Vertrag

Ein anderes (psychologisches) Hindernis für die türkische Bevölkerung in Richtung einer EU-Mitgliedschaft ist das Sèvres-Syndrom.⁸⁷⁶ Dies deutet insbesondere auf die Angst vor einer Zerstörung der Türkei durch die europäischen Staaten hin.⁸⁷⁷ Zu beachten ist, dass es zwei Entstehungsweisen des Sèvres-Syndrom gibt: Eine hat ein historisches Motiv in Form der Frage, ob die Europäer die Türkei im Verlauf der Geschichte tatsächlich von der Landkarte zu tilgen beabsichtigten. Treibende Kraft und Namensgeber dieses Syndroms ist der Sèvres-Vertrag (1920), der nach dem Ersten Weltkrieg von den westlichen Siegermächten und dem Osmanischen Reich unterzeichnet wurde.⁸⁷⁸ Das andere beruht auf der aktuellen politischen

⁸⁷⁴ Vgl. Manisalı, Erol (2006): ‘Avrupa Birliği’ Çıkamaz Sokak, Bir Millet Uyanıyor 6, S. 3 – 101; vgl. Cevizoğlu, Hulki (2004): Ya Sev Ya Sevr, S. 1 – 6.

⁸⁷⁵ Vgl. Yılmaz, Hakan (2009): Türkiye’de Avrupa Şüpheciligi, in: http://hakanyilmaz.info/yahoo_site_admin/assets/docs/HakanYilmaz-2009Forthcoming-TurkiyedeAvrupa-Supheciligi-Turkce.28465006.pdf (21.02.2010).

⁸⁷⁶ Vgl. Alpay, Şahin: What keeps the ‘Sèvres Syndrome’ alive and kicking?, in: <http://www.todayszaman.com/tz-web/columnists-180032-what-keeps-the-s%C3%A8vres-syndrome-alive-and-kicking.html> (13.7.2009).

⁸⁷⁷ Vgl. Akşin, Sina (2005): Ulusal Cepheyi Kurmanın Sırası Gelmiştir, in: İlhan, Suat (Hg.): Bir Millet Uyanıyor 1, S. 63 – 68.

⁸⁷⁸ Dieser Vertrag bedeutete den Untergang des Osmanischen Reiches. Siehe Unterkapitel 2.1.3. Vgl. Text des Vertrages von Sèvres (engl.) unter: http://wwi.lib.byu.edu/index.php/Peace_Treaty_of_S%C3%A8vres (13.7.2007).

Wahrnehmung türkischer EU-Skeptiker, ob die EU durch ihre Beitrittskriterien tatsächlich anstrebt, die Türkei aufzuteilen. Nach dem Sèvres-Syndrom sind in der türkischen Politik besonders zwei Neigungen zu beobachten: Die erste ist Isolationismus, d. h., die Türkei sollte keine politischen, wirtschaftlichen und militärischen Abkommen mit den Europäern unterzeichnen, da sie vom Westen jedes Mal ausgenutzt werde. Die zweite ist „die Westausrichtung trotz des Westens“: Die Türkei soll demnach ihre fundamentalen Strukturen, z. B. der Gesellschaft oder der Wirtschaft, ohne Einfluss des Westens modernisieren bzw. europäisieren.⁸⁷⁹ Diese beiden Aspekte prägten vor allem die türkische Politik der 1920er und 1930er Jahre. Die wichtigste Annahme im Zusammenhang mit diesem Syndrom ist aus Sicht der türkischen EU-Skeptiker, dass „the Europeans have always tried to sweep the Turks away from the ancestral European-Christian territories and to restore those lands back to their rightful owners, the Armenians and Greeks in the past and now the Kurds“⁸⁸⁰. Eine solche Wahrnehmung führt nicht selten zu skeptischen bis gegnerischen Neigungen in der türkischen Gesellschaft gegenüber Europa: „Even today, the European Union’s seemingly innocent demands for individual and minority rights are nothing but concealed attempts to revive the terms of the Sèvres Treaty, and they simply want to get by peaceful means what they could not achieve by the force of eight decades ago.“⁸⁸¹

Die Zweifel und Befürchtungen von Gruppen in der Türkei, die vom Sèvres-Syndrom geprägt sind, basieren auch auf den Aussagen einiger Politiker der EU und/oder der EU-Mitgliedsstaaten; z. B. sagte Helmut Schmidt, ehemaliger deutscher Bundeskanzler (1974 – 1982) und SPD-Politiker, es sei ein Fehler, der Türkei den Status eines Beitrittskandidaten zur EU zu verleihen.⁸⁸² Sinan Aygün, Präsident der Handelskammer von Ankara, behauptet dabei auch, dass der vormalige deutsche Außenminister (1974 bis 1992) und FDP-Politiker Hans-Dietrich Genscher ein „jugoslawisches Modell“ angeregt habe.⁸⁸³

Darüber hinaus wird von türkischen EU-Gegnern hervorgehoben,⁸⁸⁴ die Bedingungen des Sèvres-Vertrags seien von den Europäern noch nicht vergessen worden, weil die Territorien der heutigen Türkei vor nur 90 Jahren von ehemaligen europäischen Staaten erobert worden

⁸⁷⁹ Vgl. İlhan, Attila (2004): Yıldız, Hilal ve Kapak. Gazi’nin Ulusal Solculuğu, S. 110ff.

⁸⁸⁰ Vgl. Yılmaz, Hakan (2005): S. 201.

⁸⁸¹ Vgl. a. a. O.: S. 200.

⁸⁸² Vgl. Schmidt, Helmut: Türkei passt nicht in die EU, in: <http://www.abendblatt.de/politik/europa/article1511-15/Helmut-Schmidt-Tuerkei-passt-nicht-in-die-EU.html> (10.02.2010).

⁸⁸³ Vgl. Aygün, Sinan (2006): S. 78.

⁸⁸⁴ Vgl. Somuncuoğlu, Sadi (2005): Göz göre göre kapana düştü Türkiyem, Bir Millet Uyanıyor 4, S. 347 – 351.

sein.⁸⁸⁵ Durch die Beitrittsvoraussetzungen der EU würde noch einmal versucht, das einstige (gescheiterte) Anliegen zu realisieren. Folglich werden die Wahrscheinlichkeit der Entstehung einer kurdischen Autonomie im südöstlichen Teil der Türkei, die Forderung nach einer Anerkennung der „angeblichen“ Völkermord-Behauptung Armeniens, die Appelle an eine unabhängige Struktur für die griechische Patriarchenwürde in Istanbul und an eine freiheitliche Minderheitenpolitik seitens der EU von türkischen EU-Skeptikern vor dem Hintergrund der „Sèvres-Psychologie“ betrachtet.⁸⁸⁶ Überdies sehen die Gegner einer EU-Mitgliedschaft in der Türkei hier ein Paradox, zumal die Türkei einer Union beitreten wolle, deren entscheidende Mitglieder durch den Sèvres-Vertrag einst versuchen haben, die Türkei unter sich aufzuteilen.⁸⁸⁷ Im Hinblick auf die Modernisierung und Europäisierung der Türkei argumentiert Aydın, die osmanisch-türkische Art der Westausrichtung habe zur Ausbeutung der Türkei geführt. Angesichts der „platonischen Demokratie- und Freiheitsleidenschaft“ sei die Türkei durch die imperialistischen Mächte des Westens – die USA sowie die EU – heutzutage unter Kontrolle gebracht worden.⁸⁸⁸ Wenn im EU-Prozess der Türkei kein kemalistischer Widerstand begründet werde, falle die Türkei unweigerlich in die Zeit von Sèvres zurück. Außerdem sind die Implikationen des Sèvres-Syndroms in der türkischen Gesellschaft laut Aussagen von Pulur in folgender Weise zu erkennen: „Wissen wir, wer unter dem Deckmantel ‚Demokratie‘ die Änderung des ‚unveränderbaren‘ Artikels 3 der Verfassung fordert? Wissen wir, dass der erste Absatz des Artikels 3 der Verfassung folgenden Wortlaut hat: ‚Der türkische Staat ist mit seinem Land und Volk ein unteilbares Ganzes. Seine Sprache ist Türkisch‘, und dass man ihn ändern will? Diejenigen, die sagen ‚Die haben das Sèvres-Syndrom!‘, sollen weiter daran glauben, dass wir dies alles nicht wissen.“⁸⁸⁹ Er äußert damit, dass unter dem Etikett liberaler Demokratie bzw. Kopenhagener Kriterien die (Einheit der) Türkei durch die Beitrittsbedingungen der EU zerstört werden

⁸⁸⁵ Es ist in Erinnerung zu rufen, dass die Mitglieder der heutigen EU unter dem Dach der EU zusammenarbeiten, obwohl sie sich im Zweiten Weltkrieg heftig bekriegten. Vor diesem Hintergrund haben die oben formulierten Äußerungen türkischer EU-Gegner mit der gegenwärtigen Realpolitik nichts zu tun, sondern spielen mit den Ängsten und setzen sie für ihre Zwecke ein.

⁸⁸⁶ Vgl. Taşgetiren, Ahmet: Paronaya mı?, in: <http://yenisafak.com.tr/arsiv/2005/MART/15/atasgetiren.html> (22.02.2010).

⁸⁸⁷ Vgl. Savaş, Vural (2006): Dip Dalgası, S. 207 – 216.

⁸⁸⁸ Vgl. Aydın, İsmail Şefik (2005): Uyan Türkiye. Türkiye’yi Bekleyen Tehlikeler, S. 9.

⁸⁸⁹ Vgl. Pulur, Hasan: Sevr’e giden yol, in: http://www.turkcebilgi.com/kose_yazisi_94872_hasan-pulur-sevr-e-giden-yol.html (31.8.2006).

solle. Der ehemalige Außenminister (1980 bis 1983) İlder Türkmen vertritt hinsichtlich des Sèvres-Syndroms folgende Meinung:

„Sèvres war ein Symbol für den Niedergang eines Reiches und die ohnmächtige Politik des Komitees für Einheit und Fortschritt (İttihat ve Terakki). Der Vertrag wurde zudem niemals angewandt; wurde sozusagen totgeboren. So ein Schicksal wie Sèvres erleidet man nicht so einfach, sondern erst nach einer Reihe von Fehlern. Gibt es heute eine Situation, die solch eine Furcht rechtfertigt? Kann man es sich vorstellen, dass der türkische Staat und die türkische Armee die politischen und militärischen Fehler von 1914 – 1918 wiederholen? Das, was am Sèvres-Syndrom komisch oder tragisch ist, ist die Tatsache, dass die Anzahl der Personen, die von ihm betroffen sind, nicht gering ist und sich darunter Personen befinden, die vorher im Staatswesen hohe Positionen bekleidet haben. Die Waffe derjenigen, die beabsichtigen, die Türkei von Europa loszureißen und sie in die Einsamkeit zu ziehen, ist [der Vertrag von, I.E.] Sèvres. Eine Sèvres-Vase, die in Tausend Scherben zersprungen ist, wird sorgfältig zusammengeklebt und zu einer ewigen Furcht gewandelt.“⁸⁹⁰

Nach der Soziologin Fatma Müge Göçek⁸⁹¹

haben die Elite der türkischen Republikaner und die Soldaten das Sèvres-Syndrom am Anfang entwickelt, um den Nationalstaat aufzubauen. Später haben sie es zu einem Sicherheitsparadigma umgeformt, um ihre politische Macht zu erhalten. Allerdings fing das Paradigma an, zu wackeln, nachdem der Kalte Krieg zu Ende gegangen war und ein alternatives Paradigma entstand, das nicht die nationale Sicherheit und die Kontinuität des Staates als Basis nahm, sondern die Rechte und den Wohlstand der Bürger. Daraufhin wandelte sich das Sèvres-Syndrom von einer geistigen Krankheit zu einem pathologischen Fall; und je mehr die alternative Vision sich verstärkte, desto schlimmer wurden die Symptome. Solange der Westen als eine Enttäuschung und Bedrohung empfunden wird, das Gefühl der Minderwertigkeit vermittelt und die Beziehungen zum Westen nicht auf historische Perspektiven gesetzt werden, wird das Sèvres-Syndrom weiterleben.

⁸⁹⁰ Vgl. Türkmen, İlder: Sevr’e nasıl gidildi, in: <http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=345324> (26.08.2005).

⁸⁹¹ Vgl. Göçek, Fatma Müge (2011): The Transformation of Turkey: Redefining State and Society from the Ottoman Empire to the Modern Era, Part 4, Tauris Academic Studies (forthcoming – April 26, 2011).

Es lässt sich festhalten, dass ein türkischer EU-Skeptizismus, der sich u. a. auf das Sèvres-Syndrom bezieht, im EU-Beitrittsprozess der Türkei deutlich zu spüren ist. Über die Hälfte der türkischen Bevölkerung teilte 2006 die Annahme, dass Europa versuche, die Türkei aufzuteilen.⁸⁹² Allerdings bewirkt das nicht zwingend eine EU-Gegnerschaft, denn die Frage, wie die Türken idealtypisch sein sollten, wird von der türkischen Bevölkerung dahingehend beantwortet, dass sie Werte und Normen sowohl von der westlichen als auch von der einheimischen Seite übernehmen sollten.

4.3.1.3 Historische Argumente aus Sicht der untersuchten Parteien

Bezüglich der historischen Argumente des türkischen EU-Skeptizismus stellt sich folgende wichtige Frage: Wie beeinflusst das Tanzimat-Syndrom den EU-Prozess der Türkei und das EU-Verhalten der drei großen türkischen Parteien AKP, CHP und MHP? Aufgrund dieses Syndroms haben beachtliche Teile der türkischen Gesellschaft Angst vor einer Zerschlagung des Landes, während die Türkei wegen des Ziels der EU-Mitgliedschaft den rechtlichen Zustand der in Kap. 4.3.1.1 erwähnten Gruppierungen verbessern müsste. Unter den Parteien scheint im Endeffekt nur die AKP mit ihrer reformorientierten Haltung kein Tanzimat-Syndrom zu haben. Obwohl die CHP nicht glaubt, dass die EU-Reformen unmittelbar als Einmischung der EU in die inneren Angelegenheiten der Türkei zu betrachten sind, ist bei ihrer generellen EU-Politik zu bemerken, dass sie sich von diesem Syndrom nicht vollständig befreit hat. Dagegen sind die Schatten des Tanzimat-Syndroms sowohl in den EU-Vorstellungen, besonders bezogen auf die Beitrittsforderungen, als auch in der offiziellen EU-Politik der MHP erkennbar.

Im Hinblick auf die Auswirkung des Sèvres-Syndroms auf die EU-Haltung von AKP, CHP und MHP ist zu konstatieren, dass im Unterscheid zum Tanzimat-Syndrom ein bedeutender Teil der Mitglieder dieser drei Parteien vom Sèvres-Syndrom beeinflusst wird. Dies betrifft das skeptische Verhalten der türkischen Politik gegenüber der EU und ihren Beitrittsforderungen. Schließlich führt das Sèvres-Syndrom hinsichtlich der EU-Politik der Türkei nicht unbedingt zu einer strikten Gegnerschaft oder einem rigorosen Isolationismus, es verlangsamt jedoch zweifellos das Reformtempo des Landes. So kann es besonders die Positionierung der MHP gegenüber der EU verhärten. Von diesem Syndrom wird auch die

⁸⁹² Vgl. Yılmaz, Hakan (2006): Ülkede en güçlü ideoloji Özalçılık, in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=182609> (27.03.2006).

CHP beeinflusst, weil sie die Begründerpartei der Türkei ist. Unter der ehemaligen Führung der CHP wurde der Vertrag von Sèvres in den Vertrag von Lausanne, der die heutige Türkei formt, umgewandelt.

4.3.2 Politische Argumente

In Bezug auf den EU-Skeptizismus in der Türkei sind bestimmte politische Themen – z. B. die Definition des Staats- bzw. Nationenbegriffs, die Wahrnehmung des nationalen Interesses⁸⁹³ oder die Position des Militärs – von großer Bedeutung. Im Grunde genommen handelt es sich hierbei um die Betrachtungen hinsichtlich der EU-Mitgliedschaft bzw. der Beitrittskriterien der Türkei. Unter den wichtigsten EU-skeptischen politischen Motiven bzw. Argumenten ist Folgendes sichtbar:

4.3.2.1 „Der EU-Beitritt bedeutet das Ende der souveränen, unitären, nationalen und kemalistischen Republik der Türkei“⁸⁹⁴

Dieses Argument wird besonders von den kemalistischen und nationalistischen Kreisen der Türkei hervorgehoben. Hierdurch wird hauptsächlich gefordert, die Türkei solle durch die Mitgliedschaftsbedingungen die fundamentalen Besonderheiten der Türkei⁸⁹⁵ wie die

⁸⁹³ Interview des Autors mit Havvana Yapıcı im türkischen Parlament (TBMM), 2008, Interviewnummer 83.

⁸⁹⁴ Interview des Autors mit Alpaslan Işıklı, 2008, Interviewnummer 67.

⁸⁹⁵ In der Geschichte der modernen Türkei gibt es insgesamt drei Verfassungen (von 1924, 1961 und 1982), die die fundamentalen Eigenschaften des türkischen Staates definieren: Bis 1961 lautete Artikel 2, Satz 1 des Verfassungsgesetzes der Republik Türkei von 1924 wie folgt: „Der türkische Staat ist republikanisch, nationalistisch, volksverbunden, interventionistisch, laizistisch und revolutionär.“ Vgl. TBMM: Anayasa 1924, in: <http://www.tbmm.gov.tr/anayasa/anayasa24.htm> (01.12. 2009).

Artikel 2, Satz 1 des Verfassungsgesetzes der Republik Türkei von 1961 lautet hingegen: „Die türkische Republik ist ein auf den Menschenrechten und den in der Präambel festgesetzten Grundprinzipien begründeter nationaler, demokratischer, laizistischer und sozialer Rechtsstaat.“ Vgl. TBMM: Anayasa 1961, in: <http://www.anayasa.gen.tr/1961ay.htm> (01.12.2009).

Seit 1982 lautet Artikel 2, Satz 1 des Verfassungsgesetzes der Republik Türkei folgendermaßen: „Die Republik Türkei ist ein im Geiste des Friedens der Gemeinschaft, der nationalen Solidarität und der Gerechtigkeit die Menschenrechte achtender, dem Nationalismus Atatürks verbundener und auf den in der Präambel verkündeten

Souveränität und Einheit nicht aufgeben bzw. verändern.⁸⁹⁶ Denn diese seien bei der Gründung der Türkei formuliert worden. Und falls ein Staat seine Begründungsphilosophie nicht mehr beachte, werde er auch nicht bestehen bleiben. Es sei vor allem nicht zu vergessen, dass die türkische Nationalbewegung unter der Führung Mustafa Kemals zum türkischen Befreiungskrieg herangewachsen sei, wobei die Türkei ihre Unabhängigkeit gegenüber den westlichen Mächten gewonnen habe. Zu den wichtigsten Zielen der Türkei habe das Selbstbestimmungsrecht gezählt. Dabei sei der Vertrag von Lausanne (1923) entscheidend, da er die endgültigen Staatsgrenzen der Türkei festgelegt habe.

Hierzu argumentieren kemalistisch orientierte EU-Skeptiker wie folgt:⁸⁹⁷ Eines der Hauptziele des Staatsgründers Atatürk habe darin bestanden, die Türkei durch die Aufklärung der Gesellschaft und die Modernisierung der staatlichen Institutionen zu einem Mitglied des westlichen Systems zu machen.⁸⁹⁸ Hierfür seien die Anwendung der Lehren und der Prinzipien der Französischen Revolution – z. B. Positivismus oder Laizismus –, eine Annäherung im kulturellen und technologisch-wissenschaftlichen Bereich sowie die Übernahme der politischen Regelungen des Westens für die Türkei als unerlässlich betrachtet worden. Jedoch würde dieses entwicklungsorientierte Verhalten der kemalistischen Türkei im Beitrittsprozess von den Politikern der EU als despotisch propagiert. Es sei nicht totalitär, sondern revolutionär: Zum Zweck der Entwicklung und der Modernität dürfe man revolutionär agieren. Obwohl die Westausrichtung eines der wichtigsten politischen Vorhaben Atatürks gewesen sei, dürften die Bestrebungen bezüglich der weiteren Westausrichtung der Türkei nicht das Ende einer solchen kemalistischen Republik mit sich bringen.⁸⁹⁹

Hinsichtlich der Beziehung zwischen der EU-Mitgliedschaft bzw. der prowestlichen Orientierung der Türkei und dem Kemalismus wird die kemalistische Ideologie vonseiten der EU zunächst als notwendig eingeschätzt, da die junge Republik dadurch das Modernisierungsanliegen ihrer westlich orientierten Elite habe verwirklichen können. Allerdings wird im EU-Integrationsprozess der Türkei nicht selten Folgendes zur Sprache gebracht: Obschon das kemalistische Nationalismusprinzip der Gesellschaft der Türkei bei ihrem Unabhängigkeitskrieg

Grundprinzipien beruhender demokratischer, laizistischer und sozialer Rechtsstaat.“ Vgl. TBMM: Anayasa 1982, in: <http://www.anayasa.gen.tr/1982ay.htm> (01.12.2009).

⁸⁹⁶ Vgl. İlhan, Suat (2002): Avrupa Birliğine Neden Hayır? Jeopolitik Yaklaşım, 1 [Wieso nein zur EU, ein geopolitischer Ansatz], İstanbul, Ötüken, S. 90–96.

⁸⁹⁷ Vgl. Aydoğan, Metin (2006): Avrupa Birliği'nin Neresindeyiz? Tanzimattan Gümrük Birliğine, S. 67 – 98.

⁸⁹⁸ Vgl. Moser, Brigitte/Weithmann, Michael W. (2002): Die Türkei, Nation zwischen Europa und dem Nahen Osten, S. 83 – 88.

⁸⁹⁹ Vgl. Mütercimler, Erol (2006): Komplo Teorileri, S. 55 – 58.

geholffen und der kemalistische Etatismus die Entwicklung der Wirtschaft vor allem in den ersten Jahren der Republik (1923–1938) unterstützt habe, seien diese Prinzipien jedoch den veränderten Zeitumständen (z. B. Nationalismus) nicht angepasst worden. Deshalb sei ihre (strikte) Anwendung heute für eine weitere Europäisierung der Türkei bzw. die Gestaltung möglicher Lösungsvorschläge für dringende Angelegenheiten, wie die regionale Verwaltung oder die Minderheitenpolitik, hemmend. Dazu äußert sich Plattner dahingehend, dass „der überspitzte Nationalismus der Türken jedes Recht von nicht-religiösen Minderheiten ablehnt und zugleich die Lösung der Kurdenfrage erschwert. Der zentralistische Etatismus ist für die Dezentralisierung der Verwaltung und für die Privatisierung der Staatswirtschaft hinderlich.“⁹⁰⁰ Wenngleich der Kemalismus durch seine nicht reformierten Elemente die Aktionen der Türkei in Richtung EU in eine Sackgasse führe, sei zuzugestehen, dass die Türkei ohne den Kemalismus heute ein Staat wie andere islamische Staaten wäre und es keinen türkischen Antrag auf EU-Mitgliedschaft gegeben hätte. Plattner postuliert trotzdem, dass die Zeit gekommen sei, die Prinzipien des Kemalismus nach den Kopenhagener Kriterien⁹⁰¹ erneut zu definieren.⁹⁰²

Der türkische Staat ist zentralistisch organisiert. Von der EU wird erklärt, der strenge Zentralismus in der Türkei sei als ein Hindernis für weitere Reformen auf regionaler und lokaler Ebene zu betrachten.⁹⁰³ Daher müsse die Türkei auf kommunaler Ebene die Maßstäbe der EU einführen, in diesem Zusammenhang gelte jedoch: „Der wichtigste Hinderungsgrund für eine Regionalisierung ist noch immer die Befürchtung, dass hierdurch der ‚nationale Einheitsstaat‘ in Gefahr geraten und einem Separatismus Vorschub geleistet werden könne.“⁹⁰⁴

In Bezug auf die EU-Integration und die kemalistischen Besonderheiten der türkischen Ordnung erklärte Daniel Cohn-Bendit, der Fraktionschef der Grünen im Europäischen Parlament (EP), dass der Beitritt der Türkei das Ende des Kemalismus bedeute, weil Letzterer

⁹⁰⁰ Vgl. Plattner, Hans: Die Türkei. Eine Herausforderung für Europa, 1999, S. 26.

⁹⁰¹ Siehe Unterkapitel 2.5.2, Anm. 110.

⁹⁰² Vgl. Plattner, Hans (1999): S. 27.

⁹⁰³ “As regards public administration, there has been some progress in terms of reforms at provincial and local level. However, there have been certain difficulties in pursuing a comprehensive process of reform, especially concerning the central administration, thus leading to a fragmented approach.” Vgl. European Commission: Turkey 2005 Progress Report, SEC (2005) 1426, in: http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/2005/package/sec_1426_final_progress_report_tr_en.pdf, S. 11(09.11.2005).

⁹⁰⁴ Vgl. Steinbach, Udo (2002): Grundzüge des politischen Systems, in: http://www1.bpb.de/publikationen-/6TB989,2,0,Grundzuege_des_politischen_Systems.html (06.03.2010).

gesellschaftliche und politische Entwicklungen in der Türkei verhindere. Laut Cohn-Bendit ist „der Kemalismus gleichzeitig Identität, aber auch Hemmschuh der modernen Türkei.“⁹⁰⁵ Ebenso behauptete das niederländische Mitglied des EP Arie Oostlander von der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und der Europäischen Demokraten (EVP-ED) in seinem Bericht vom 25. März 2003, dass das autoritäre Staatsprinzip des Kemalismus nicht zum europäischen Rechtsstaat passe.⁹⁰⁶ Die Türken müssten sich daher zuerst eine ganz neue, demokratische Verfassung geben, bevor überhaupt ans Verhandeln bezüglich einer EU-Mitgliedschaft zu denken sei. Sonst bleibe alles Stückwerk.⁹⁰⁷

Solche Auffassungen der Mitglieder des EP als des Organs der EU mit der größten Entscheidungsmacht führen zur Angst vor einer Zerstörung der kemalistischen Orientierungen und erscheinen als hartnäckiges Motiv für EU-skeptische Neigungen in der Türkei. In diesem Zusammenhang argumentierte z. B. Alpaslan Işıklı, die Türkei sei während der Verhandlungsphase mit der EU im Wartezimmer der EU „unter Gewahrsam“ gestellt worden. Die Aufnahme der Türkei in die EU bedeute das Ende des Kemalismus und somit den Beginn des Endes der Türkei.⁹⁰⁸ Überdies erklärte Onur Öymen, Ex-Vizepräsident der CHP, dass „die Türkei nie auf die kemalistischen Prinzipien als Fundament der Türkischen Republik verzichten dürfe. Stattdessen müsse das nationale Staatsverständnis weiter entwickelt werden.“⁹⁰⁹ Zu konstatieren ist, dass sich mittlerweile die Mehrheit der Gruppierungen, die eine kemalistische Prägung aufweisen, trotz anfänglicher Befürwortung entweder der EU ablehnend gegenübersteht oder sich EU-skeptisch verhält.⁹¹⁰

⁹⁰⁵ Zitiert nach Schnell, Andreas: Kemalismus. Eine türkische Ideologie, in: http://politik-gesellschaft-europa.suite101.de/article.cfm/kemalismus_eine_tuerkische_ideologie (20.10.2008).

⁹⁰⁶ Vgl. Oostlander, Arie: „Die Tür steht offen, aber der Weg dahin ist schwierig.“, in: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+PRESS+DN-20030604-1+0+DOC+XML+V0//DE> (02.12.2009).

⁹⁰⁷ Vgl. Verheugen, Günter: „Wer Gesinnungshäftlinge hält, ist kein EU-Land“, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,272482-2,00.html> (02.12.2009).

⁹⁰⁸ Vgl. Işıklı, Alpaslan (2005): AB ve GOP Kısacasında Türkiye, in: İlhan, Attila (Hg.): Bir Millet Uyanıyor 1, S. 143 – 165.

⁹⁰⁹ Vgl. Öymen, Onur (2005): Ulusal Çıkarlar. Küreselleşme Çağında Ulus Devleti Korumak, S. 269 – 273.

⁹¹⁰ Atılgan erklärt die Vorstellung kemalistischer Gruppierungen in folgender Weise: „Ohne die Reformen Atatürks, die von den Kemalisten (und nicht nur von ihnen) weitergetragen wurden und werden, gäbe es die Frage nach einem EU-Beitritt der Türkei so wenig, als wenn es sich statt dieses Staates um Syrien oder den Libanon handelte. Denn es sind doch gerade diese nach dem Westen ausgerichteten Reformen, welche die Türkei aus allen anderen islamischen Staaten der Welt markant herausheben – durch die Einführung des Laizismus und der demokratischen Grundeinrichtungen, um es bei zwei Stichworten zu belassen. Diese

Im Zuge des türkischen Harmonisierungsprozesses mit der EU wird von der EU empfohlen bzw. verlangt, dass die kemalistischen Kernwerte, wie eine Identitätsdefinition des türkischen Staates und der Nation, nach Maßstäben westlich-pluralistischer Prägung erneuert werden.⁹¹¹ Hierbei nehmen die Forderungen der türkischen Kurden oder Aleviten eine besondere Stellung ein. Laut Çalışlar befürchtet das nationalistisch-kemalistische „Establishment“ die Erosion der unitären und traditionell türkisch-sunnitischen Identität, die die Einheit des türkischen Nationalstaates gewährleisten soll.⁹¹² In dieser Hinsicht argumentieren türkische EU-Skeptiker, eine Schwächung des einheitlichen Nationalbewusstseins in der türkischen Bevölkerung würde zwangsläufig zur Spaltung der Türkei à la Sèvres führen.⁹¹³ In diesem Rahmen kritisiert das Zentrum für politische, ökonomische sowie soziale Forschung und Strategieentwicklung (SESAR) in der Türkei in einem Bericht mit dem Titel „Operation Enttürkifizierung der Türkei“ (2005), unter dem „Propagandaeinfluss der EU“ würden Türken im eigenen Land nahezu als eine ethnische Minderheit eingeschätzt; etwa in der Größenordnung von einem Drittel der Gesamtbevölkerung der Türkei.⁹¹⁴ Hierzu ist „aus der anhaltenden Diskussion über das Verständnis von verfassungsmäßiger Staatsangehörigkeit ein neuer Begriff hervorgegangen und scheint sich zu etablieren: ‚Türkiyeli‘. Er könnte sinngemäß als türkeiisch übersetzt werden oder auch als aus der Türkei stammend. Es soll türkisch bzw. Türke und Türkin ersetzen. Letztere Begriffe enthalten nach Auffassung derer, die ‚Türkiyeli‘ bevorzugen, eine ethnische Dimension. ‚Türkiyeli‘ hingegen würde sich ausschließlich auf die Staatsangehörigkeit beziehen und damit Raum für untergeordnete Identitätsbezeichnungen lassen.“⁹¹⁵ In nationalistisch-kemalistischen Kreisen sorgt das Wort „Türkiyeli“ für große Empörung. Beispielsweise erklärt Dündar Kesik, Vorsitzender der

Errungenschaften werden vom Kemalismus gegen den islamischen Fundamentalismus verteidigt, der mit seinen terroristischen Spitzen die westliche Welt bedroht. [...] Die Türkei kann nur mit dem Kemalismus in die EU aufgenommen werden.“ Vgl. Atılğan, Dursun: Ein Brief an Herrn Cohn-Bendit, in: <http://www.ataturk.de/Stellungnahme%20zur%20Rede%20von%20Herrn%20-Daniel%20CohnBendit%20zur-%20t%FCrkischen%20EU-Kandidatur.pdf> (02.12.2009).

⁹¹¹ Vgl. European Commission: Turkey 2005 Progress Report, S. 35 – 40.

⁹¹² Interview des Autors mit Oral Çalışlar in Istanbul, 2006, Interviewnummer 38.

⁹¹³ Vgl. Aslan, Hatice: Hoffnungen und Befürchtungen angesichts des EU-Beitritts, in: <http://library.fes.de/pdf-files/id/03029.pdf> (02.12.2009).

⁹¹⁴ Vgl. SESAR (2005). S. 6.

⁹¹⁵ Vgl. Aslan, Hatice: a.a.O.; vgl. Cremer, Jan/Dietert, Amke/Kizilyaprak, Zeynel Abidin/Steinbach, Udo (2004): Die Europäische Union und die Türkei, in: <http://www.duei.de/doi/de/content/onlinepublikationen/doifocus/Focus17.pdf> (02.12.2009).

ADD⁹¹⁶-Zweigstelle in Silopi, Folgendes: „Beim Sieg des türkischen nationalen Befreiungskrieges und bei der Gründung der Republik Türkei haben die Menschen, die auf dem Gebiet der Türkei lebten, Schulter an Schulter gegen den Imperialismus gekämpft und ihr Schicksal geteilt. Schließlich [...] wurde in der Verfassung 1924 mit der Bestimmung ‚Das Volk, das die Republik Türkei gegründet hat, wird als die türkische Nation bezeichnet‘ der Ausdruck einer gemeinsamen Nation betont. [...]. Das Prinzip des Nationalismus, der einer der Grundsätze Atatürks ist, ist die Grundphilosophie und der Antrieb des Staates. Heute sieht man einen offenen Angriff gegen den Begriff seitens der türkischen Nation. Die letzte Version dieses Angriffs ist der Diskurs darüber, aus der Türkei zu sein, der als ein künstlicher Begriff eingebracht wurde. Das, was hier versucht wird, ist, die Nation erst in ethnische, konfessionelle und religiöse Gemeinschaften aufzuteilen und anschließend eine verfassungsmäßige Diskussion auszulösen, um auf dem Wege der Zuteilung von politischen Rechten an diese Gruppen unsere nationale Einheit zu zerstören und den Zusammenbruch der Republik Türkei herbeizuführen.“⁹¹⁷ Der Verein teilt ferner mit, dass er für Atatürks Formulierung „Glücklich derjenige, der sich Türke nennt!“ [Ne mutlu Türk’üm Diyene!] plädiere und nicht für „Glücklich derjenige, der als Türke geboren ist!“. Damit wendet er sich auch gegen die Formulierung „Türkiyeli“, da dies eine Identifikation mit einer der ethnischen Gruppen innerhalb der türkischen Nation (z. B. Lazen, Tscherkessen, Kurden, Bosnier usw.) offenlässt. Überdies behauptet Emin Çölaşan, die Kurden bzw. PKK-Kurden gäben sich mit der „Befriedungspolitik“ der Türkei nicht zufrieden und verlangten nach einer „gleichberechtigten Föderation im Südosten“ der Türkei.⁹¹⁸ Aslan urteilt hierzu abschließend: „Auch wenn die politischen Kopenhagener Kriterien und der Beitrittsprozess nicht den direkten Weg für Autonomiebestrebungen einzelner Bevölkerungsteile frei machen, so ebnen sie zumindest den Weg dafür, dass in der Türkei zukünftig immer mehr das Mosaikgebilde aus verschiedenen Religionen, Konfessionen, Ethnien und Kulturen offen gelebt werden kann.“⁹¹⁹

⁹¹⁶ Verein zur Förderung der Ideen Atatürks.

⁹¹⁷ Vgl. Kesik, Dündar: Silopi Add Derneği'nden „türklük“ Konferansı, in: <http://www.haberler.com/sirnaksilopi-add-dernegi-nden-turkluk-haberi/> (30.10.2008).

⁹¹⁸ Vgl. Çölaşan, Emin (25.08.2005): „Türkiyelilik!!!“, in: http://www.hurriyetim.com.tr/archive_articledisplay/0,,authorid~5@sid~9@nvid~621915,00.asp (02.12.2009).

⁹¹⁹ Vgl. Aslan, Hatice: a. a. O., vgl. Aydın, Senem/Keyman, E. Fuat (2004): European Integration and the Transformation of Turkish Democracy, S. 39.

4.3.2.2 Die Intention bzw. die Versuche der EU zur Schwächung der türkischen Armee

Unter sämtlichen EU-skeptischen Argumenten in der Türkei hat das nachfolgend aufgeführte eine besondere Bedeutung, weil die Armee in der Türkei eine historisch begründete Rolle einnimmt.⁹²⁰ Falls die Armee stark sei, sei dies demnach gut für die gesamte Gesellschaft bzw. die Türkei. Gemäß diesem Standpunkt müsste die Armee zwar demokratisch handeln bzw. unter demokratischer Kontrolle stehen, dies dürfe jedoch nicht zu einer Beeinträchtigung ihrer militärischen Befähigung führen. Um die türkische Armee zu entkräften, würden die Gegner eines starken Militärs bzw. einer starken Türkei auch den EU-Prozess des Landes nutzen wollen. Trotz allem müsse das Land seine Armee schützen und dürfe seine Existenz nicht aufs Spiel setzen.⁹²¹

In diesem Zusammenhang beschuldigen türkische Gegner einer EU-Mitgliedschaft der Türkei – neben den USA – ganz offen die EU: „Infolge des hegemonialen Einflusses der USA verloren die europäischen Länder ihre starken nationalen Strukturen, u. a. ein starkes Militär. Und sie verlangen nun, dass auch die Türkei das nicht mehr besitzt. In dieser Hinsicht strebt die EU an, durch das Etikett liberaler Kriterien der Union die Effektivität des türkischen Militärs zu schwächen.“⁹²² Es ist zu erkennen, dass das gerade skizzierte EU-gegnerische Argument in der Türkei auch zu einer EU-skeptischen Position führt, und dementsprechend wird dabei gefragt, ob die EU wirklich das türkische Militär schwächen wolle. Dieses EU-gegnerische bzw. -skeptische Argument lässt sich folgendermaßen deuten:⁹²³ Die Türkei sei von Soldaten wie Mustafa Kemal und İsmet İnönü gegründet worden,⁹²⁴ und zwar durch den Befreiungskrieg gegenüber westlichen Eroberern. Türkeifeindliche Mächte wüssten, dass Soldaten nicht wie die Politiker in der Türkei von ausländischen Mächten zur Durchsetzung ihrer imperialistischen Ziele manipuliert werden könnten. Deshalb würden türkische Generäle von den angeblichen Befürwortern des Türkeibeitritts inner- und außerhalb der Türkei absichtlich und ständig dahingehend kritisiert, dass sie zu mächtig bzw. ein „Staat im Staate“ seien, dass sie keine vollständige Demokratie in der Türkei etabliert sehen möchten und dadurch autonom agieren wollten. Diese Vorwürfe stammten nicht nur von den europäischen Gegnern der türkischen Armee, sondern auch von den türkischen. Jedoch betonen türkische

⁹²⁰ Vgl. Weiher, Gerhard: Die innenpolitische Rolle Militärs, in: Klaus-Detlev Grothusen (Hg.): Türkei, Südosteuropa-Handbuch. Band IV, Vandenhoeck & Ruprecht, 1985, S. 303 – 315.

⁹²¹ Interview des Autors mit Rıza Küçükoğlu in Ankara, 2006, Interviewnummer 24.

⁹²² Interview des Autors mit Doğu Perinçek in der Zentrale der IP in İstanbul, 2006, Interviewnummer 34.

⁹²³ Vgl. Mütercimler, Erol (2006): Komplo Teorileri, S. 23 – 30; vgl. Savaş, Vural (2006): Dip Dalgası, S. 9–13.

⁹²⁴ Siehe Unterkapitel 2.2.

EU-Gegner, die türkische Gesellschaft solle nicht vergessen, dass das eigentliche Ziel der EU darin bestehe, durch die Eindämmung der Macht des Militärs die Türkei einfacher zu regulieren bzw. zu dominieren. Ferner sei das türkische Militär die letzte Instanz, die die Türkei bzw. die Existenz des türkischen Staats schütze. Diesbezüglich weisen die EU-Skeptiker in der Türkei darauf hin, dass das türkische Militär eine der stärksten Armeen auf der Welt sei. Daher müsse es eigene Strategien sowie Disziplin und Fähigkeiten bzw. eine bestimmte Selbstständigkeit besitzen. Im Vergleich zu den europäischen Armeen sei die Mission des türkischen Militärs eine andere: nicht nur die Einheit des Landes zu bewahren, sondern auch das kemalistische/laizistische bzw. demokratische System.⁹²⁵ Demgegenüber sind sowohl türkische als auch europäische EU-Befürworter der Meinung, das türkische Militär könne ausgewählte Regierungen beim Aufbau ihrer eigenen Politik negativ beeinflussen. In der Geschichte der Türkei hat es bislang drei militärische Interventionen gegeben: 1960, 1971 und 1980. Deswegen sei das Militär im Sinne einer demokratischen Konsolidierung eines der größten Hindernisse der Türkei. Außerdem könne dessen negative Haltung auch bei der Verbreitung der Menschen- und Minderheitenrechte und der Behandlung anderer wichtiger Freiheitsfragen beobachtet werden. Aus diesem Grund sei es ebenfalls eine ernsthafte Blockademacht im Hinblick auf die staatliche und gesellschaftliche Transformation auf dem Weg zur Modernisierung und Europäisierung.⁹²⁶ Als Antwort auf diese Kritik meinen türkische EU-Skeptiker, die Armee genieße trotz dreimaliger Übernahme der Macht in der türkischen Gesellschaft traditionell ein hohes Ansehen. Sie hätte drei Mal intervenieren müssen, da die Politik jeweils am Ende gewesen sei oder bürgerkriegsähnliche Zustände geherrscht hätten. Daneben habe die Armee jedes Mal wieder von sich aus die Macht der Politik übergeben und somit ihren Willen zur demokratischen Ordnung bewiesen. Für den großen Einfluss des Militärs in der Türkei spielen einige Gründe eine wichtige Rolle. In erster Linie ist hierfür das Konzept der „Nationalen Sicherheit“ der Türkei und die diesbezügliche Selbstwahrnehmung der Armee von hoher Bedeutung: Als Hauptbedrohung der Türkei unterstreicht die Armee erstens den „Separatismus“ der PKK-Kurden und zweitens den „Reaktionismus“ des politischen Islam.⁹²⁷ „Das Militär sieht die Abwehr beider Gefahren

⁹²⁵ Vgl. Faltas, Sami/Jansen, Sander (2006): Governance and the Military, Centre for European Security Studies, S. 12 – 35.

⁹²⁶ Vgl. Bayramoğlu, Ali (2004): Asker ve Siyaset, in: Insel, Ahmet/Bayramoğlu, Ali (Hg.): Bir Zümre, Bir Parti. Türkiye’de Ordu, Birikim Yayınları, S. 59 – 118.

⁹²⁷ Vgl. im Einzelnen dazu William Hale (1994): Turkish Politics and the Military, London/New York; Gareth Jenkins (2001): Context and Circumstance: The Turkish Military and Politics, Oxford.

ebenso wie die Verteidigung der Republik gegen äußere Bedrohungen als seine legitime Aufgabe an. Hierbei kann es sich auf den Artikel 35 des Gesetzes über die türkischen Streitkräfte von 1961 und auf Artikel 85 der Dienstordnung der türkischen Streitkräfte stützen. Im Ersteren wird dem Militär die Verantwortung für die Verteidigung der Türkischen Republik zugesprochen, wie sie durch die Verfassung definiert ist, während der zweite Artikel vorschreibt, dass die türkischen Streitkräfte das Land gegen innere und äußere Bedrohungen verteidigen sollen, notfalls auch unter Einsatz von Gewalt. Daraus legitimiert das Militär immer wieder seinen Kampf gegen den kurdischen Separatismus, während es gegen den Islamismus in der Regel per Einflussnahme auf das Verhalten der Staatsorgane vorgeht.“⁹²⁸ Darüber hinaus besitzt die türkische Armee als eine lange, nationale Tradition einen besonderen Stellenwert im politischen System des Landes.⁹²⁹ Die Fortsetzung der alten Verbindung von Militär und Politik seit osmanischer Zeit ist vor allem durch die zentrale Rolle des Militärs als „politische Ordnungskraft“ zu erkennen. Überdies verleiht die türkische Verfassung von 1982 dem Militär eine wichtige Rolle bei Fragen der Außenpolitik und der nationalen Sicherheit. Diese Fragen sind hauptsächlich nicht in der Regierung, sondern im Nationalen Sicherheitsrat⁹³⁰ (MGK) zu diskutieren und zu beschließen, in dem die Generäle bis 2003 die Mehrheit bildeten. Nach der Kritik bzw. der Forderung der EU wurde die Zahl der Zivilpersonen dabei gesteigert.⁹³¹ „Über dieses Organ [den MGK, I. E.] ist das Militär faktisch an der Ausübung verfassungsgemäßer Exekutivgewalt beteiligt, ohne formell dazu legitimiert zu sein.“⁹³² Den Hintergrund erklärt folgende Annahme: „Je instabiler die Regierungen und je unfähiger die Politiker waren, desto mehr Einfluss gewann das Militär – es

⁹²⁸ Vgl. Aktas, Murat (2005): Die Türkei – Teil der Europäischen Union?, Augsburg, S. 44; vgl. Güler, Ali: Sorun olan Avrupa Birliği, 2004, S. 575 ff.

⁹²⁹ Vgl. Altınay, Ayşe Gül (2004): The Myth of the Military-Nation: Militarism, Gender and Education in Turkey, Palgrave Macmillan, New York, S. 7 – 26.

⁹³⁰ Die MGK wurde im Jahr 1961 gegründet und seitdem ist sie auch in der Verfassung verankert.

⁹³¹ „According to the article No. 118 of the 1982 Constitution (Amendment: 03.10.2001-4709/ No. 32) and the article No. 3 of the Law No. 2945 (Amendment: 15.01.2003-4789/ No. 1), the NSC, under the chairmanship of the President, consists of Prime Minister, Chief of General Staff, Minister of Defense, Minister of Interior, Minister of Foreign Affairs, the Commanders of Land, Naval and Air Forces and the General Commander of the Gendarmerie.“ Vgl. Milli Güvenlik Kurulu Sekreterliği: National Security Council, in: http://www.mgk.gov.tr/Ingilizce/Tarihce/tarihce005_en.htm (12.05.2005). Also beträgt das Verhältnis von Zivilisten zu Militärs im Rat jetzt 7:5. Vgl. Bilgiç, Ünlü Tuba (2009): The Military and Europeanization Reforms in Turkey, Middle Eastern Studies, Vol. 45, No. 5, pp. 803 – 824.

⁹³² Vgl. Rumpf, Christian (1996): Das türkische Verfassungssystem, Wiesbaden, S. 180.

füllte sozusagen das entstandene Machtvakuum aus.“⁹³³ Bezüglich der politischen Rolle der Streitkräfte ist festzuhalten, dass sie „als Institution höchst empfindlich hinsichtlich des Schutzes des türkischen Staates und seiner kemalistischen Grundlagen reagieren. Solange Wahlen nicht über einen längeren Zeitraum hinweg bestätigen, dass ein offen säkulares politisches System in der Türkei stabil ist und nicht durch eine Abstimmung der Bevölkerung umgestürzt werden kann, wird die Armee als Institution wohl an ihrer Rolle des Hüters des säkularen Staates festhalten. Aus ihrer Perspektive sehen die Militärs ihre Institution noch immer als Schöpfer, Retter und Beschützer des Einheitsstaates Türkei.“⁹³⁴ Dadurch unterscheidet sich das türkische Militär von den Streitkräften der EU-Staaten oder Kandidatenländern; die Militärführung ist in der Türkei quasi fester Bestandteil des politischen Systems. Zudem ist der Generalstab nicht dem Verteidigungsministerium, sondern direkt dem Ministerpräsidenten unterstellt und somit eine zivile Kontrolle faktisch nicht vorhanden. Diese besondere Rolle der Armee ist auch in den Veröffentlichungen der Armeeführung nicht nur in sicherheitsbezogenen Themen, sondern auch in den folgenden generellen Politikfeldern zu bemerken:⁹³⁵ Regierungverhalten bezüglich der Bildungspolitik, wirtschaftliche und soziale Lage des Landes, Beitritt zur EU, Rundfunk- und Fernsehwesen, Menschenrechte bis hin zu Fragen der Außenpolitik.⁹³⁶

Im Hinblick auf diese starke Rolle des Militärs kritisieren die Liberalen in der Türkei stets, dass normalerweise „in einem demokratischen System die Militärführung der politischen Führung untergeordnet ist und die Funktion der Landesverteidigung und der inneren Sicherheit verschieden sind. Daher hat sich die Militärführung ausschließlich mit der Landesverteidigung zu befassen, während die Verantwortung für die innere Sicherheit bei der zivilen Führung und ihren zuständigen Ministerien liegen sollte. Zudem ist der Generalstab dem Verteidigungsministerium zu unterstellen und der Nationale Sicherheitsrat als Verfassungseinrichtung abzuschaffen.“⁹³⁷ Es ist zu sagen, dass die türkische Militärführung mittlerweile eingesehen hat, dass ein Militärputsch in der heutigen Zeit kaum noch zu realisieren ist, wobei auch der mit der EU-Perspektive verbundene Reformprozess von großer

⁹³³ Vgl. Schönbohm, Wulf: Auf dem Weg nach Europa. Entwicklung in der Türkei seit Helsinki. in: Internationale Politik 55 (2000)2, S. 61.

⁹³⁴ Vgl. Aktas, Murat (2005): S. 35.

⁹³⁵ Siehe Cizre, Ümit (2006): Almanac Turkey 2005. Security Sector and Democratic Oversight, Istanbul.

⁹³⁶ Vgl. Cizre, Ümit (2000): Politics and Military in Turkey into the 21st Century, S. 6-10.

⁹³⁷ Vgl. Turkish Industrialists' And Businessmen's Association (TÜSIAD) (1997): Perspectives on Democratisation in Turkey, Istanbul, S. 81.

Bedeutung ist.⁹³⁸ Ferner findet eine neue Intervention auch keine Unterstützung in der türkischen Bevölkerung. Des Weiteren hat in den letzten Jahren – besonders seit dem Jahr 2007 – in der Türkei eine Diskussion über die politische Rolle des Militärs begonnen. Hierzu sind insbesondere das „Internet-Memorandum“⁹³⁹ des türkischen Generalstabschefs vom 28. April 2007 und der Prozess des sogenannten Ergenekon-Gerichtes⁹⁴⁰ zu erwähnen. Folglich ist zu beobachten, dass das Ansehen der Armee in der Bevölkerung in einem bestimmten Maße gesunken ist,⁹⁴¹ da einige Generäle einige Male eine Intervention gegenüber der Regierungspartei geplant hatten.⁹⁴²

In Bezug auf die EU-Haltung des türkischen Militärs ist zu erläutern, dass die Militärführung grundsätzlich einen EU-Beitritt der Türkei unterstützt.⁹⁴³ Jedoch gibt es – wie im Parteienlager – auch hier eine EU-skeptische Position, woraus eine gewisse Unsicherheit bezüglich Art und Umfang der erforderlichen EU-Reformen resultiert. Hier befürchten EU-skeptische Generäle am meisten, dass die Liberalisierung das Staatsprinzip des Säkularismus unterlaufe und dass die Gewährung kultureller Rechte an die Kurden zu einem Wiederaufflammen des

⁹³⁸ Vgl. Alpay, Şahin (2009): Die politische Rolle des Militärs in der Türkei, Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 39-40/2009), S. 9 – 14.

⁹³⁹ Vgl. Schötzer, Christiane: Yasar Büyükanit Türkischer Generalstabschef mit politischen Ambitionen, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/905/352737/text/> (01.05.2007).

⁹⁴⁰ Siehe Unterkapitel 4.1.3.5, S. 150 – 151.

⁹⁴¹ Vgl. Die Zeit: Putschpläne in der Türkei, in: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-02/tuerkei-machtprobe> (10.04.2010); vgl. Internethaber: Türkiye'de orduya güven geriledi, <http://www.internethaber.com/turkiyede-orduya-guven-geriledi-233318h.htm> (24.02.2010).

⁹⁴² Durch die Untersuchungen des Sicherheitsdienstes wurde bewiesen, dass die „Tagebücher des Putsches“, die zwei militärische Putschvorbereitungen mit den Namen „Mondlicht“ und „Blondes Mädchen“ im Jahr 2004 beschreiben, aus dem Computer des ehemaligen Kommandanten der Seestreitkräfte, Özden Örnek, stammen. Vom Putschplan mit dem Codenamen „Blondes Mädchen“, der vom pensionierten Admiraloberst Özden Örnek, dem damaligen Kommandanten der Landstreitkräfte Aytac Yalman, dem Kommandanten der Luftwaffe Ibrahim Firtina und dem Kommandanten der Gendarmerie Şener Eruygur vorbereitet wurde, sei Abstand genommen worden, weil ihm Generaloberst Hilmi Özkök, der damalige Generalstabschef, und auch andere höhergestellte Offiziere sowie die USA ablehnend gegenüber standen. Eruygur bereitete daraufhin allein einen Putschplan mit dem Codenamen „Mondlicht“ vor. Hier sei auch geplant worden, was nach dem Putsch unternommen werden solle. Vgl. NTV-MSNBC: ‘Darbe günlükleri’ belgelendi, in: <http://www.ntvmsnbc.com/news/440513.asp> (24.10.2008), vgl. Bila, Fikret (2007): Komutanlar Cephesi, Detay Yayıncılık.

⁹⁴³ Vgl. Heper, Metin (2005): The European Union, the Turkish Military and Democracy. Ausgabe 10, Nr. 1, S. 33 – 44; vgl. Kalnoky, Boris: Neuer Generalstabschef, in: <http://www.welt.de/politik/article2272983/Ilker-Basbug-er-fuehrt-das-tuerkische-Militaer.html> (04. 8. 2008).

Separatismus führen könnte.⁹⁴⁴ Sie hatten auch Vorbehalte, als 2003 das siebte EU-Reformpaket von der AKP akzeptiert wurde, dass der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates (MGK) ein Zivilist sein sollte und kein General mehr. Zudem sollte es künftig nur noch einen Vertreter des Militärs im MGK geben, den Chef des Generalstabs. Nach diesen Änderungen⁹⁴⁵ erklärten EU-befürwortende Generäle wie Hilmi Özkök, dass das türkische Militär die Erfüllung der EU-Reformen nicht bremsen und dadurch seine Bereitschaft gezeigt habe, auf seinen politischen Einfluss zu verzichten, wenn es um die Konsolidierung der Demokratie und die Modernisierung des Landes gehe.⁹⁴⁶ Auf der anderen Seite betonten (links-)liberale EU-Befürworter, u. a. Mehmet Altan, Etyen Mahçupyan und Ahmet Altan, dass die Armee – ungeachtet der genannten Entwicklungen – nach wie vor weiterhin über ein bestimmtes Maß an Autonomie verfüge.⁹⁴⁷

Mit diesem Argument lässt sich abschließend beurteilen, dass die militärischen Verhältnisse in der Türkei den politischen Kriterien von Kopenhagen nicht zwangsläufig widersprechen. Durch die EU wird auch verlangt, die Qualität der demokratischen Kontrolle des Militärs und die demokratische Qualität der Politik, die von den Institutionen gemacht wird, sicherzustellen. Deswegen sind keine Kandidaten zugelassen, die ein Institutionensystem haben, in dem die Militärführung an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden darf.⁹⁴⁸ Hingegen dürfte ein EU-Mitglied ein starkes Militär beibehalten.

4.3.2.3 Die Vorgehensweise der EU bezüglich des „PKK-Terrorismus“ und des Menschenrechtsverständnisses

Die Annahmen der EU in Bezug auf die Menschen- sowie Minderheitenrechte und den Terrorismus werden von den EU-Skeptikern in der Türkei kritisiert. Dementsprechend wird

⁹⁴⁴ Vgl. Müftüler-Bac, Meltem (2005): Turkey's Political Reforms and the Impact of the European Union, S. 27.

⁹⁴⁵ “[I]nstead of meeting every month, it was decided that the NSC [MGK, I.E.] would meet once every two months. The position of the Secretary General of the NSC, traditionally reserved for a military official, was revised and it was decided to have a civilian as its secretary general when the current secretary's term would come to an end in summer 2004. Thus, in August 2004, a civilian was appointed as NSC Secretary General.“ Vgl. Müftüler-Bac, Meltem: a. a. O., S. 27.

⁹⁴⁶ Vgl. Heper, Metin (2005): The European Union, the Turkish Military and Democracy, S. 40 – 41.

⁹⁴⁷ Interview des Autors mit Etyen Mahçupyan in Istanbul, 2006, Interviewnummer 31.

⁹⁴⁸ Vgl. Demirel, Tanel (2004): Türk Silahlı Kuvvetlerinin Toplumsal Mesruiyeti Üzerine [Über die gesellschaftliche Legalität der türkischen Streitkräfte], in: İnsel, Ahmet/Bayramoglu, Ali, (Hg.) Bir Zümre, Bir Parti. Türkiye'de Ordu, S. 353 ff.

die Unterscheidung der Europäer zwischen dem Verteidigungsrecht und dem Menschenrechtsverständnis als nicht „korrekt“ empfunden und als separatistisch betrachtet: Den Begriff „Menschenrechte“ setzten europäische Politiker als Waffe ein. Systematische Diskriminierungen seien aus Sicht der türkischen EU-Skeptiker auch gegen Kurdischstämmige nicht zu akzeptieren und „normale“ Kurden als Bürger der Türkei von „PKK⁹⁴⁹-Terroristen“ zu differenzieren.⁹⁵⁰ Türkische EU-Gegner bzw. -Skeptiker insistieren, dass kurdische Separatisten unter dem Etikett der Menschenrechte von einigen EU-Ländern, z. B. Griechenland, Italien und Frankreich, unterstützt worden seien.⁹⁵¹ Diese Ansicht wurde 2005 von der Hälfte der türkischen Gesellschaft vertreten.⁹⁵² Falls die Türkei in die EU als Mitglied aufgenommen werden sollte, müsse die den Terrorismus ermutigende und türkeifeindliche Politik in diversen EU-Apparaten und -Ländern eingestellt werden. Sonst handele es sich hierbei um Doppelmoral. In ihrer Argumentation erwähnen türkische EU-Skeptiker die Tatsache, dass Fernsehsender der PKK in einigen EU-Ländern senden dürften (z. B. ROJ TV in Dänemark). Auch hierdurch hätten bei der Entstehung eines negativen Images der Türkei die Propagandisten der PKK in den EU-Staaten eine wichtige Rolle gespielt. Es ist zu unterstreichen, dass dieses Argument hinsichtlich des türkischen EU-Skeptizismus zu den bekanntesten gehört. Hierbei kritisierte z. B. der AKP-Vorsitzende Erdoğan im Sommer 2005 die englische Nachrichtenagentur Reuters deutlich, da die „PKK-Terroristen“ von Reuters als „Unab-

⁹⁴⁹ Die PKK (die Arbeiterpartei Kurdistans, „Partiya Karkerên Kurdistan“) ist eine kurdische Untergrundbewegung mit Ursprung in der Türkei. Sie kämpft politisch und mit Waffengewalt für politische Autonomie kurdisch besiedelter Gebiete im Osten der Türkei. Hierfür verübt sie auch Anschläge auf zivile Ziele. Die PKK wird von der EU und den USA als terroristische Organisation eingestuft. Vgl. Thumann, Michael: General Irrgang, in: <http://www.zeit.de/online/2008/09/tuerkei-irak-kommentar> (13.3.2009).

Ferner ist die PKK seit dem 30. Mai 2008 auf der Drogenhandels-Liste des Foreign Narcotics Kingpin Designation Act in den USA. Vgl. Today's Zaman: US labels PKK drug smuggling kingpin, in: <http://www.todayzaman.com/tz-web/>, 2. Juni 2008, S. 1, (07.7.2008).

Nach den wichtigen PKK-Führern ist Ziel der PKK entweder die Gründung eines unabhängigen kurdischen Staates oder ein „Demokratisches Autonomes Kurdistan“ innerhalb der bestehenden Staatsgrenzen mit eigenen „nichtstaatlichen Administrationen“. Vgl. Öcalan, Abdullah: Lösungsvorschläge für die kurdische Frage in der Türkei, in: <http://freedom-for-ocalan.com/>, Dezember 2007, S. 1 – 6, (15.03. 2009), vorgestellt auf der „4. Internationalen Konferenz über EU, die Türkei und die Kurden“, Europäisches Parlament, Brüssel.

⁹⁵⁰ Vgl. Mütercimler, Erol (2006): *Kompleks Teorileri*, S. 262 – 271; vgl. Savaş, Vural (2006): *Dip Dalgası*, S. 72 – 76.

⁹⁵¹ Vgl. Açar, Abdullah (2005): *Ölüm Dağları Bekler*, *Bir Millet Uyaniyor* 7, S. 130 – 132; vgl. Bulut, Arslan (2005): *Küresel Haçlı Seferi*, *Bir Millet Uyaniyor* 5, S. 46 – 47.

⁹⁵² Vgl. Yılmaz, Hakan (2004): S. 30 – 32.

hängigkeitskämpfer“ bezeichnet und die von der PKK umgebrachten Türken und Kurden im Rahmen der Berichterstattung hingegen nicht beachtet worden seien.⁹⁵³ Zu diesem Argument ist festzuhalten, dass die Türkei seit Langem unter diesem Terrorismus- bzw. Unabhängigkeitskampfproblem leidet und dadurch große menschliche, wirtschaftliche und demokratische Folgen zu beklagen hat. Die Bilanz des seit 1984 bestehenden Kampfs zwischen der Türkei und den kurdischen Separatisten lautet wie folgt: über 30 000 getötete Menschen, über 100 Milliarden US-Dollar militärische Ausgaben, wirtschaftliche Verluste und eine unvollendete Demokratie.⁹⁵⁴ In diesem Zusammenhang ist der englische Politikwissenschaftler Mango der Ansicht, die Türkei habe ihr „Terror-Problem“ entweder bislang nicht erfolgreich erklärt, oder die Europäer tendierten dazu, es nicht zu verstehen.⁹⁵⁵ Nach ihm habe der Westen den Kampf des türkischen Staats gegen den Terrorismus beharrlich skeptisch betrachtet und diesbezügliche Maßnahmen der Türkei als Verstoß gegen die Menschenrechte angenommen. Mango behauptet ebenfalls, die Europäer müssten besonders nach dem 11. September 2001 die türkische Terrorismusbekämpfung mehr unterstützen. Hier erklärt der deutsche Journalist Henning Bartels, die Türkei hätte gerade nach den Anschlägen von Istanbul im November 2003⁹⁵⁶ die Solidarität der EU gebraucht, um gemeinsam gegen den wachsenden globalen Terrorismus zu kämpfen.⁹⁵⁷ Mango beharrt deshalb darauf, die Zeit sei gekommen, dass die Europäer ihre Einstellung hinsichtlich der terroristischen Probleme der Türkei ändern sollten.⁹⁵⁸ Außerdem erschwert nach Ansicht Plattners der Kampf gegen den Terrorismus die demokratische Konsolidierung in der Türkei.⁹⁵⁹

⁹⁵³ Vgl. Başbakanlık Basın – Yayın ve Enformasyon Genel Müdürlüğü (BYEGM): Ayın Tarihi (Temmuz 2005), in: <http://www.byegm.gov.tr/ayintarihidetay.aspx?Id=60&Yil=2005&Ay=7> (02.11.2005).

⁹⁵⁴ Vgl. Ibrahim, Ferhad/Gürbey, Gülistan (2001): *The Kurdish Conflict in Turkey. Obstacles and Chances for Peace and Democracy*, Palgrave Macmillan, S. 36 – 52.

⁹⁵⁵ Vgl. Mango, Andrew (2005): *Turkey and the War on Terror*, S. 43 – 89.

⁹⁵⁶ Am 15. November explodierte jeweils eine Autobombe vor Istanbuls größter Synagoge Neve Shalom (Beyoğlu) sowie vor der fünf Kilometer davon entfernten Beth-Israel-Synagoge. 24 Menschen kamen ums Leben, mehr als 240 Personen wurden, zum Teil schwer, verletzt. Am 20. November kam es zu zwei weiteren Anschlägen auf das Gebäude der britischen HSBC-Bank (Beşiktaş) und des britischen Konsulats (Beyoğlu). Dabei wurden 33 Menschen getötet, über 400 Personen verletzt. Die Täter bestanden aus Al-Qaida-Anhängern und der türkischen Islamistengruppe IBDA-C (Front der Krieger des Islamischen Großen Ostens).

⁹⁵⁷ Vgl. Bartels, Henning (2003): „Der Terror kann nur gemeinsam bekämpft werden“, in: www.europaeische-sicherheit.de/Rel/2003_12/2003,12,zula.html (10.10.2004).

⁹⁵⁸ Vgl. Mango, Andrew: a. a. O.

⁹⁵⁹ Vgl. Plattner, Hans (1999): *Die Türkei: Eine Herausforderung für Europa*, S. 79.

Darüber hinaus ist zu erläutern, dass aus Sicht der Europäer die Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte ein wesentlicher Aspekt der politischen Kultur der EU ist. Winkler betont, die Türkei passe sich zwar den westlichen Gewohnheiten an, doch weder die türkische Elite noch die Gesellschaft als Ganzes hätten europäische Werte verinnerlicht. Nach ihm ende die türkische politische Meinungsfreiheit dort, wo „nationale Tabus“ verletzt werden. Unter „nationalen Tabus“ versteht er die staatliche „Doktrin“ einer einheitlichen Nation und Sprache sowie die Diskriminierung der türkischen Kurden.⁹⁶⁰ Obwohl die Türkei in der AKP-Zeit (seit 2002) im Bereich der Menschenrechte bedeutsame Fortschritte erzielt habe, existiere noch immer Folter in der Türkei, und darum sei sie nicht EU-kompatibel, so Wehler.⁹⁶¹ Ferner behauptet Rumpf, die Türkei halte entgegen dem Trend im übrigen Europa am ursprünglichen Konzept der einheitlichen Staatsnation mit gleichberechtigten Staatsbürgern fest, indem sie den sich unterscheidenden ethnischen Gruppen keine besondere Rechtsstellung zuerkenne.⁹⁶² Demgegenüber begrüßt Barbara Lochbihler, die ehemalige deutsche Generalsekretärin von Amnesty International, wichtige Verfeinerungen der Menschenrechte, die seit 2001, wenn auch nicht vollständig, umgesetzt worden seien. Zum Beispiel sei die Delegation von Amnesty International als offizieller Staatsbesuch behandelt worden, während sie bei früheren Besuchen als Staatsfeind geächtet worden sei.⁹⁶³

Ferner heben die EU-Skeptiker in der Türkei vor allem hervor, dass sich die Türkei durch die Übernahme extrem liberaler Normen der EU teilen könne bzw. eine kurdische Autonomie im südöstlichen Teil der Türkei⁹⁶⁴ entstehen würde. Da die irakischen Kurden bereits eine unabhängige staatliche Struktur im Norden des Iraks⁹⁶⁵ entwickelten, sei es ein ernstzunehmendes Risiko für die Türkei, sich mit den türkischen Kurden zu einigen und diesen einen unabhängigen Staat zu ermöglichen. Dieses Szenario würde laut türkischen EU-Skeptikern in dieser Region zu jahrelang andauernden blutigen Kriegen führen. Im Namen der demokratischen Freiheit würden die separatistischen Aktionen der „PKK-Kurden“ von der EU unterstützt. Bezüglich dieses Arguments stellen türkische EU-Skeptiker z. B. folgende Fragen:

⁹⁶⁰ Vgl. Winkler, Heinrich August (2003): „Grenzen der Erweiterung: Die Türkei ist kein Teil des ‚Projekts Europa‘“, in: Internationale Politik, 2/2003, S. 59 – 66.

⁹⁶¹ Vgl. Wehler, Hans-Ulrich (2002): „Das Türkenproblem“, in: Die Zeit, 12.09.2002, S. 9.

⁹⁶² Vgl. Rumpf, Christian (1993): Minderheiten in der Türkei und die Frage nach ihrem rechtlichen Schutz, in: Zeitschrift für Türkei-Studien, 6 (1993) 1993, 2, S. 173 – 209.

⁹⁶³ Vgl. Köhne, Gunnar (2004): „Hoffnung am Bosphorus“, in: www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/winde-xde/JL2004032 (15.10.2004).

⁹⁶⁴ Diese Region wird von den PKK-Kurden „Nord-Kurdistan“ genannt.

⁹⁶⁵ Diese Region wird von den PKK-Kurden „Süd-Kurdistan“ genannt.

- 1) Warum besuchen manche EU-Politiker wie die Bundesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Claudia Roth oder der ehemalige EU-Kommissar Günter Verheugen auf ihren Türkeireisen unbedingt Diyarbakır, eine kurdisch bewohnte Stadt im Osten der Türkei, und mischen sich so deutlich in die inneren Angelegenheiten der Türkei ein?⁹⁶⁶
- 2) Weshalb wurde PKK-nahen kurdischen Politikern, u. a. Leyla Zana und Osman Baydemir, von der EK und dem EP, sogar mehrmals,⁹⁶⁷ die Möglichkeit gegeben, in den EU-Gremien einen Vortrag über die Kurdenfrage zu halten bzw. ihre „türkei-feindliche Propaganda“ zu verbreiten?⁹⁶⁸
- 3) Aus welchem Grund sagte Karen Fogg,⁹⁶⁹ die ehemalige EU-Repräsentantin in der Türkei, 2001 bei einem Besuch in Tunceli, einer alevitisch-kurdisch bewohnten Stadt

⁹⁶⁶ Vgl. Kepekçi, Ahmet Hamdi (2004): Verheugen, Türkiye'nin içişlerine müdahale etti, in: <http://www.yenimesaj.com.tr/index.php?haberno=4011700&tarih=2004-09-11> (16.10.2005); vgl. ABGS: Verheugen Diyarbakır'da, in: <http://www.abgs.gov.tr/index.php?l=1&p=32882> (14.10.2009).

⁹⁶⁷ Hier sind die Konferenzen gemeint, die in den EU-Gremien in Brüssel initiiert werden. Beispielsweise wird am 03./04. 2010 die sechste Zusammenkunft unter dem Titel „EU, Kurden und die Türkei“ organisiert, wo mögliche Lösungswege für das kurdischen Problem in der Türkei diskutiert und der Frieden im Land empfohlen werden. Die PKK sollte auf ihre gewaltorientierten Aktionen verzichten und die türkische Armee ihre militärische Operation stoppen. Danach müssten die Vertreter des türkischen Staates und der kurdischen Seite in einen Dialog treten. Vgl. LPG Haber: 6. Uluslararası Kürt Konferansı, in: <http://www.lpghaber.com/6.-Uluslararası-Kürt-Konferansı--haberi-369652.html> (04.02.2010); vgl. ABHaber: Avrupa Parlamentosu'nda Kürt Konferansı Sonuç Bildirisi (2), in: <http://www.abhaber.com/ozelhaber.php?id=2513> (30.01.2009).

⁹⁶⁸ Vgl. Özeltindere, Eser (2007): DTP, Kürtçüler ve Karen Fogg çömezleri, in: <http://www.turksolu.org-/165/ozeltindere165.htm> (04.12.2009).

⁹⁶⁹ Die Parteizeitung der linksnationalistischen Arbeiterpartei (İP) von Doğu Perinçek veröffentlichte 2002 die E-Mails von Karen Fogg: In der Folge wurde Fogg in der Türkei von Nationalisten stark kritisiert. Perinçek äußerte, dass er im Besitz von rund 2 500 weiteren Mails sei, die belegten, dass Fogg eine Spionin sei, die im Auftrag der EU die Türkei unterwandern solle. Daher müsse sie des Landes verwiesen werden. Der damalige Justizminister Hikmet Sami Türk erklärte darauf, dass die Veröffentlichung weiterer Mails von Fogg untersagt wurde. Vgl. Hürriyet: Perinçek, Fogg soruşturmasında ifade verdi, in: <http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=59273> (16.10.2005).

Nach Meinung des Journalisten Koray Düzgören hat der Fall Karen Fogg gezeigt, dass die Lobby gegen den Türkeibeitritt in der EU sehr stark ist. Sie sei entschlossen, für eine Blockade des Prozesses jedes Mittel zu ergreifen. Fogg sei das Opfer dieser Lobby, die sich vor dem Verlust ihrer beinahe uneingeschränkten, despotischen Macht im Falle eines EU-Beitritts fürchtet. Fogg fordere nichts anderes als die in der Türkei diskutierten Reformen: u. a. die Aufhebung des Antiterrorgesetzes und der Todesstrafe oder die Einführung einer Bildung auf Kurdisch. Dies sei auch ihre Aufgabe. Die Türkei müsse diese Reformen ohnehin vor der Aufnahme

in Ostanatolien, dass sie anstelle der Türkei-Flagge eine Flagge sehen wolle, die aus den Farben Gelb, Rot und Grün bestehe (diese wird auch von den irakischen Kurden benutzt, um ihre Unabhängigkeit zu unterstreichen)?⁹⁷⁰

Des Weiteren unterstreichen sowohl türkische als auch europäische Befürworter des EU-Beitritts der Türkei, der Aufbau einer „rechtsstaatlichen Ordnung“ sei eine wichtige Notwendigkeit in Richtung EU. Sie stellen dabei fest, dass aus dem EU-Recht in vielen Fällen Verpflichtungen für die Mitgliedsländer resultieren, die unmittelbar für den Einzelnen gelten sollen.⁹⁷¹ Wie aus den regelmäßigen Berichten über die Fortschritte der Türkei auf dem EU-Weg erhellt,⁹⁷² wird die Türkei vor allem in folgender Weise kritisiert: „Die größten Mängel weist das türkische Rechtssystem nach wie vor bei der Anwendung und dem Schutz der Grundrechte und Grundfreiheiten auf.“⁹⁷³ Hier steht vor allem die staatsideologische Präformierung des Rechtsverständnisses sowohl der Gesetzgeber als auch der Richterschaft einer Annäherung an durchschnittliche europäische Verhältnisse im Wege. [...]. Besonders problematisch sind die Bereiche ‚Durchsetzung und Schutz der Menschenrechte‘ und ‚Achtung und Schutz der Minderheiten‘.“⁹⁷⁴ Hierbei ist auch zu konstatieren, dass ein beachtlicher Teil der Menschenrechtsverletzungen in engem Zusammenhang mit der Kurdenproblematik auftaucht(e).⁹⁷⁵ Demgegenüber bestehen türkische EU-Skeptiker darauf, die Türkei sei durch ihren jahrelangen Kampf gegen den „separatistischen Terror“ der PKK daran gehindert worden, die Menschenrechte uneingeschränkt zu realisieren. Daher sollten die menschen-

von Beitrittsgesprächen durchführen. Interview des Autors mit Koray Düzgören am Telefon, 2009, Interviewnummer 100; vgl. Cumhuriyet, 22.02.2002, S. 12; vgl. afp, 13.02.2002; vgl. dpa 19.02.2002.

⁹⁷⁰ Vgl. Manisalı, Erol (2005): Bekleme Odasında İğfal, S. 7 – 11.

⁹⁷¹ Vgl. Lerch, Wolfgang Günter (2005): „Freunde“ und „Feinde“ der Türkei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.09.2005. S. 12; vgl. Kramer, Heinz (2004): Die Türkei im Prozess der „Europäisierung“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 33 – 34, S. 9 – 17.

⁹⁷² Vgl. Europäische Kommission: Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf den Weg zum Beitritt, 2004, S. 30 – 45; 49 – 51.

⁹⁷³ Es ist festzustellen, dass die Türkei – trotz einiger bedeutender Enthaltungen – wesentliche internationale Konventionen und sonstige Rechtsakte im Bereich der Menschenrechte unterzeichnet hat und auch seit 1999 sowohl innerhalb der UN als auch im Rahmen des Europarates zahlreichen internationalen Menschenrechtsinstitutionen beigetreten ist.

⁹⁷⁴ Vgl. Aktas, Murat (2005): S. 44.

⁹⁷⁵ Vgl. 6. Bericht (06.06.2002) der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den Auswärtigen Beziehungen und in anderen Politikbereichen, S. 144, in: <http://dip.bundestag.de/btd/14/093/1409323.pdf> (13.05.2005).

rechtlichen Kriterien der EU nicht sofort und wenn, dann nur mit den Minderheitenrechten (vor allem in Bezug auf die Kurden) verknüpft und die für eine Lösung durchgeführten Aktivitäten des türkischen Staats von der EU nicht einseitig beurteilt werden.⁹⁷⁶

In diesem Zusammenhang vertritt die CHP die Ansicht, die Menschenrechte seien generell zu respektieren und zu verbessern, da deren Achtung eine Frage der Humanität sei. Zudem verfüge die Türkei heute über eine Verfassung, in der alle wesentlichen Grundrechte einer westlichen Demokratie – das Sozialstaats- und Rechtsstaatsprinzip, die Grundrechte des Menschen, die Presse- und Meinungsfreiheit sowie die Unabhängigkeit der Gerichte – zu beobachten seien. Allerdings werde die Türkei von der EU dessen beschuldigt, dass Gesetze zwar im Sinne einer weiteren Demokratisierung reformiert, jedoch die reformierten Gesetze nicht vollumfänglich angewendet werden. Es sei nicht zu vergessen, dass diese Transformation einige Zeit beanspruchen werde.⁹⁷⁷ Dem fügt die AKP hinzu, die Türkei werde im Hinblick auf die Menschenrechte die Standards der EU erreichen.⁹⁷⁸

Die MHP setzt – wie auch die EU-Skeptiker in der Türkei – die Forderung der EU nach einer Anerkennung von kulturellen Rechten für türkische Kurden mit einer Unterstützung des Separatismus gleich. Zudem erinnert die MHP daran, dass, wenngleich die Türkei im EU-Prozess zahlreiche, die Menschenrechte betreffende EU-Kriterien umgesetzt habe, der „PKK-Terror“ bis dato keinesfalls beendet worden sei, sondern sich die Sicherheitsbedrohung im Land sogar erhöht habe. Auch in demokratischen Ländern dürfe sich der Staat vor dem „separatistischen Terror“ schützen.⁹⁷⁹ Bezüglich der Maßnahmen der Türkei gegen den Terrorismus weist die MHP auf das Verhalten einiger EU-Staaten hin: Zum Beispiel werden die 2005 in Frankreich erfolgten Ereignisse⁹⁸⁰ mit den im Südosten oder in manchen Großstädten

⁹⁷⁶ Vgl. Güler, Ali (2004): Sorun olan Avrupa Birliği, S. 111.

⁹⁷⁷ Vgl. CHP (2005): Tam Üyelige Evet, Özel Statüye Hayır [Parteibuch: Ja zur Vollmitgliedschaft, nein zur Privilegierten Partnerschaft], S. 30 – 45.

⁹⁷⁸ Vgl. AKP: Parti Tüzüğü [Die Parteisatzung], 2003, S. 20.

⁹⁷⁹ Vgl. MHP (2007): Parti Tüzüğü [Die Parteisatzung], S. 48.

⁹⁸⁰ Es ist eine Serie von zunächst unorganisierten Sachbeschädigungen und Brandstiftungen sowie gewalttätigen Zusammenstößen mit der Polizei in der sogenannten Banlieue des Großraums Paris zu sehen, die nach dem Unfalltod zweier Jugendlicher aus in Frankreich lebenden Immigrantenfamilien begannen. Anfangs beschränkten sich die Ausschreitungen auf den Heimatort der Jugendlichen, den Pariser Vorort Clichy-sous-Bois. Später weiteten sie sich auf die Städte wie Lille, Rouen, Rennes, Dijon, Toulouse und Marseille aus. Zum Beispiel wurden alleine am 6. November 2005 1408 Autos verbrannt und 395 Personen festgenommen. Am 8. November 2005 wurde in Frankreich beschlossen, den Ausnahmezustand zu verhängen. Die Grundlage hierfür bildet ein aus dem Jahre 1955 stammendes Notstandsrecht, das im Algerienkrieg Anwendung fand. Bis dahin war dieses Gesetz im französischen Mutterland noch nie angewandt worden. Dadurch ist die Polizei ermächtigt,

der Türkei (z. B. in Istanbul) erlebten Aktionen seitens der PKK verglichen: „Hätten türkische Maßnahmen gegen diese Angriffe in einem der EU-Länder stattgefunden, wäre dies von der EU im Kontext der Menschenrechte nicht kritisiert worden. Frankreich hat beschlossen, gegen die als Rebellen angesehenen Jugendlichen aus in Frankreich lebenden Immigrantenfamilien durch eine Anwendung des vor 50 Jahren formulierten Gesetzes vorzugehen. Jedoch würde eine gleiche Aktion der Türkei von der EU unverzüglich als Verstoß gegen die Menschenrechte bewertet.“⁹⁸¹

Hinsichtlich dieses Arguments ist auch Folgendes zu erläutern: Die wichtigen PKK-Chefs wurden im März und April 2010 in den EU-Ländern wie Belgien, Italien, Frankreich und Deutschland festgenommen.⁹⁸² Diesbezüglich unterstreichen türkische EU-Skeptiker, sie hätten seit Langem darauf aufmerksam gemacht, dass diese EU-Staaten die PKK nicht hätten unterstützen sollen: „Wenn wir absolut falsch gelegen hätten, warum sei dann diese Operation gegen die PKK durchgeführt worden?“⁹⁸³

4.3.2.4 Die alevitische Minderheitenpolitik der EU gegenüber der Türkei

Bei dem folgenden Argument der türkischen EU-Skeptiker geht es um die rechtliche Stellung der Aleviten bzw. des Alevitentums in der Türkei und die diesbezüglichen Forderungen der EU:⁹⁸⁴ In den Fortschrittsberichten über die Türkei und die Beitrittsverhandlungen mit der EU wird die fehlende Anerkennung und Gleichbehandlung der Aleviten mehrfach thematisiert

auch präventive Maßnahmen, wie Hausdurchsuchungen bei Verdacht auf Waffenbesitz, zu ergreifen. Soziologen schätzen die Gewaltausbrüche als einen Ausdruck für die lange aufgestaute Wut vieler Jugendlicher vor allem (muslimischer) nordafrikanischer oder (christlicher) schwarzafrikanischer Herkunft über die herrschende relative Armut, den Rassismus, Perspektivlosigkeit, Massenarbeitslosigkeit sowie fehlende Integrationsmöglichkeiten (Ghettoisierung) ein. Vgl. Oberti, Marco: Die Unruhen in den französischen Städten, in: <http://www.eurotopics.net/de/archiv/magazin/politik-verteilerseite/frankreich-2008-07/oberti/> (03.02.2010).

⁹⁸¹ Interview des Autors mit Niyazi Paksoy in Parteizentrale der MHP in Istanbul, 2006, Interviewnummer 44.

⁹⁸² Vgl. Çakır, Ruşen: Açılım durdu, Avrupa’da operasyonlar başladı, in: <http://www.tumkoseyazilari.com/yazar/rusen-cakir/05-03-2010-acilim-durdu-avrupada-operasyonlar-basladi.html> (05.03.2010).

⁹⁸³ „Wir haben gesehen, dass es eine internationale Organisation mit Strukturen in Frankreich und Italien gibt“, sagte der Chef der Antiterrorereinheit der venezianischen Polizei, Diego Parente. Dort seien junge kurdische Männer und Frauen angeworben und ausgebildet worden, die dann in den Rängen der kurdischen PKK hätten kämpfen sollen.“ Vgl. Euronews: in: <http://de.euronews.net/2010/02/26/pkk-zellen-in-italien-und-frankreich-zerschlagen/> (11.4.2010).

⁹⁸⁴ Vgl. Şahin, Aynur (2007): Die Rechtsstellung alevitischer Gemeinden in Europa, S. 34 – 61.

bzw. von der Türkei gefordert, sie müsse aufgrund der alle EU-Staaten verpflichtenden Religionsfreiheit die Rechte der Aleviten sicherstellen.

Hierzu ist vorab zu bemerken, dass die Bevölkerung in der Türkei überwiegend muslimisch ist und der größte Teil dieser Muslime Sunniten sind. An zweiter Stelle stehen die Aleviten, die in den offiziellen Statistiken nicht eigens gezählt, sondern nominell ebenfalls als Muslime verzeichnet werden. Deshalb weist die offizielle staatliche Statistik 99,8 % Muslime aus. Die Zahl der Aleviten in der Türkei wird auf 10 bis 15 Mio. geschätzt.⁹⁸⁵ Neben den türkischen gibt es auch kurdische Aleviten. Zwischen dem Alevitentum und dem sunnitischen Islam gibt es in der religiösen Praxis nur wenige Gemeinsamkeiten.⁹⁸⁶ Ihren Glauben betrachten Aleviten als fortschrittliche Ausprägung des Islam bzw. als dessen „liberales Gesicht“. Überwiegend lehnen sie das islamische Recht (Scharia) ab, betrachten die Pilgerfahrt nach Mekka, die Almosensteuer, das Fasten im Monat Ramadan sowie das Ritualgebet nicht als religiöse Hauptpflichten und ziehen das Alkoholverbot nicht in Betracht. Deshalb gelten Aleviten unter frommen Sunniten als Häretiker.

Die Politik der Türkei bezüglich der Aleviten ist u. a. hinsichtlich der Minderheitenvorstellungen der EU umstritten. In diesem Zusammenhang wird die Türkei von der EU wie folgt kritisiert: Obwohl die Türkei sich verfassungsmäßig als laizistisch definiere und offiziell keine staatliche Religion habe, habe sie kein politisches System entwickelt, in dem die Religion von den staatlichen Angelegenheiten „richtig“ getrennt werde, bzw. dieses System sei sunnitisch-islamisch ausgeprägt. So teilte die Europäische Kommission (EK) 2004 mit, dass die Aleviten in der Türkei nach wie vor nicht als „muslimische Minderheit“ anerkannt sind.⁹⁸⁷ Das Verhalten der Türkei gegenüber den Aleviten wurde von der EU sogar als „Diskriminierung“ eingeschätzt. Im 2005 erschienenen Türkei-Bericht bezeichnete die EK die Aleviten nicht mehr als „Minderheit“, aber mahnte die Türkei erneut, der öffentlich-rechtliche Status der Aleviten müsse verbessert werden.⁹⁸⁸

Laut den türkischen Behörden sind in der Türkei ausschließlich nichtmuslimische Bevölkerungsgruppen als „Minderheit“ zu betrachten,⁹⁸⁹ wie es im Abkommen von Lausanne

⁹⁸⁵ Vgl. Anders, Peter Alford/Benninghaus, Rüdiger (Hg.): *Ethnic Groups in the Republic of Turkey*. L. Reichert Verlag, Wiesbaden 1989, S. 48 – 57.

⁹⁸⁶ Siehe Zelyut, Rıza (1998): *Öz Kaynaklarına Göre Alevilik*, İstanbul.

⁹⁸⁷ Vgl. Europäische Kommission: *Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt*, Brüssel 2004, S. 45, S. 56, S. 172.

⁹⁸⁸ Vgl. Europäische Kommission: *Turkey Progress Report 2005*, S. 31.

⁹⁸⁹ Unter den religiösen Minderheiten in der Türkei befinden sich Christen verschiedener Konfessionen, Juden, Bahai, Jesiden etc.

formuliert wurde.⁹⁹⁰ Entsprechend dieser offiziellen Annahme⁹⁹¹ behaupten türkische EU-Skeptiker, dass eine muslimische Glaubensgemeinschaft nicht als „Minderheit“ zu bezeichnen sei.⁹⁹² Ferner sei zu fragen, was die EU durch eine derart „künstliche“ Minderheitenpolitik erreichen wolle. Eigentlich wird die EU folglich dessen beschuldigt, durch ihre Beitrittskriterien nach dem Separatismus der Kurden auch den Separatismus der Aleviten zu ermutigen. Diese Beurteilung der EU-Skeptiker ist als Angst vor der potenziellen Aufspaltung der „türkischen Einheit“ zu bewerten – nach der ethnischen nun in religiöser Hinsicht.

Die Nichtanerkennung der Aleviten als eigenständige religiöse und kulturelle Gemeinschaft hat nicht damit zu tun, dass die Türkei ein „islamischer“ Staat ist. Vielmehr ist das als Folge ihrer unitaristischen Nationalideologie zu betrachten. Diese beruht auf dem offiziellen Selbstverständnis der Nation, „die aus europäischen Diskursen im 19. Jahrhundert übernommen wurde und in der Heterogenität der Nation und dem Zwang zur Assimilation alles Heterogenen im Zentrum steht“⁹⁹³. Hierzu ist auch ein Vereinsgesetz in der Türkei von 1925 zu erwähnen, das die Gründung von Organisationen auf der Basis sprachlicher, ethnischer, religiöser oder regionaler Identität versagt. „Verschiedentlich wurden alevitische Organisationen mit dem Vorwurf, sie würden ‚Separatismus‘ betreiben, administrativ und gerichtlich verboten. Zwar gibt es heute zahlreiche alevitische Vereine in der Türkei, jedoch dürfen diese in der Regel nicht explizit als ‚alevitisch‘ auftreten, sondern benennen sich meist nach wichtigen Heiligen wie Hacı Bektaş oder Pir Sultan Abdal.“⁹⁹⁴

Bezüglich ihrer Benachteiligung äußern sich die Aleviten folgendermaßen:⁹⁹⁵ Sie seien seit der osmanischen Zeit meistens verfolgt worden. Erst seit der Gründung der Türkei genossen sie Glaubensfreiheit. Die Aleviten haben die Reformen Mustafa Kemals ausdrücklich

⁹⁹⁰ Vgl. Karluk Rıdvan/Tonus Özgür (2002): *Avrupa Birliği Kapısında Türkiye*, S. 1–8; Siehe Wortlaut des Vertrags von Lausanne in: http://wwi.lib.byu.edu/index.php/Treaty_of_Lausanne (13.09.2007).

⁹⁹¹ Vgl. Başyurt, Erhan: AB’nin, azınlık dayatması yanlış, in: <http://www.tumgazeteler.com/?a=678525> (04.02.2009); vgl. <http://www.tumgazeteler.com/?a=667269> (04.02.2009).

⁹⁹² Da Minderheiten in der Türkei sehr leicht in den Ruch des Separatismus geraten würden, äußerten Aleviten sich gegen die Kategorisierung als „Minderheit“. Daher forderten sie, dass „in der Sprachregelung der EU Aleviten in Zukunft einfach als Aleviten bezeichnet werden sollten, ohne weitere Kategorisierungen. Der außenpolitische Ausschuss des Europäischen Parlaments stimmte in seiner Sitzung vom 16. 11. 2004 dieser Sprachregelung zu.“ Vgl. Sökefeld, Martin: Aleviten und Europa, in: Clemens, Gabriele (Hg.): *Die Türkei und Europa*, LIT Verlag, 2007. S. 171 – 187, hier: S. 185.

⁹⁹³ Vgl. a. a. O., S. 173.

⁹⁹⁴ Ebd.

⁹⁹⁵ Vgl. Kitsikis, Dimitri (1999): *Multiculturalism in the Ottoman Empire*, in: Savard, P./Vigazzi, B. (Hg.) (1999): *Multiculturalism and the History of International Relation*, Mailand: Edizioni Unicopli, S. 22 – 40.

unterstützt und gehörten dabei zu den tragenden Kräften. Sie erhofften sich insbesondere von der Abschaffung der sunnitischen Rechtsordnung und der Einführung des Laizismus mit der Trennung von staatlichen und religiösen Angelegenheiten eine Gleichberechtigung mit der sunnitischen Glaubensrichtung. Laut ihnen wurde ihre Existenz jedoch auch in der Zeit der Republik (seit 1923) verleugnet. Die Unkenntnis über das Alevitentum und die distanzierte Haltung des Staates gegenüber den Aleviten haben ihre Wurzeln im Osmanischen Reich. Dies habe dazu geführt, dass latente Vorurteile erhalten geblieben seien. Überdies werde auch heute noch – trotz der staatlichen Religionsfreiheit – seitens der Bevölkerung starker Druck auf ihre Anhänger ausgeübt, sich dem sunnitischen Islam zuzuwenden oder ihren Glauben zumindest nicht offen zu leben. Selbst in mehrheitlich alevitischen Dörfern würden anstelle der alevitischen Gebetsstätten („Cem-Häuser“) sunnitische Moscheen gebaut. Zwar können sie traditionelle alevitische Feste inzwischen offen feiern, allerdings offiziell nicht als religiöse, sondern nur als Folkloreveranstaltungen. Dies ist begründet in der spezifischen Form der Trennung von Staat und Religion in der Türkei.⁹⁹⁶

Des Weiteren argumentieren türkische EU-Gegner, in Europa würden separatistische Einrichtungen und Thesen von Aleviten finanziell⁹⁹⁷ und geistlich unterstützt, wodurch eine „religiös motivierte“ Separatismus-Politik gegenüber der Türkei besser gesteuert werden könnte.⁹⁹⁸ Der Vorsitzende der Arbeiterpartei Perinçek erklärte hierbei, die Behauptung „Das Alevitentum ist außerhalb des Islam“, sei ein Diktat des Westens. Nach ihm würde durch die Extremisierung der ethischen und religiösen Unterschiede in der Türkei beabsichtigt, ein Chaos zwischen den sunnitischen und alevitischen Bürgern in der Türkei herbeizuführen. Das gleiche Szenario sei bereits mehrmals zu erreichen versucht worden, aber bislang erfolglos. „Türkeifeindliche Mächte“ hätten seit Langem bestimmte Vorstellungen und Strategien entwickelt, um eine einheitliche und starke Türkei zu verhindern und somit dieses Land zu schwächen. Als Ergebnis dieser Manipulation von außen seien die anarchistischen Ereignisse

⁹⁹⁶ Vgl. Dressler, Markus (2002): Die alevitische Religion – Traditionslinien und Neubestimmungen. Ergon, Würzburg, S. 29.

⁹⁹⁷ Der alevitische EU-befürwortende, damalige DYP- (derzeitige AKP-)Abgeordnete Reha Çamuroğlu beschuldigte zwei alevitische Organisationen, nämlich die Föderation der Aleviten-Bektaschi-Gemeinden und die Konföderation der Alevitengemeinden in Europa 2004, diese hätten eine religiöse Autonomie bzw. separatistische Handlung verlangt. Ferner forderte er, zu untersuchen, woher beide Organisationen finanzielle Unterstützung erhalten hätten. Vgl. Çamuroğlu, Reha: Alevi-Bektaşî Birlikleri'nin para kaynakları araştırılsın, in; <http://www.tumgazeteler.com/?a=669874> (04.02.2009).

⁹⁹⁸ Vgl. Sökefeld, Martin: Aleviten in Deutschland und „Hürriyet“, in: Ders. (Hg.): Jenseits des Paradigmas kultureller Differenz, Bielefeld, 2004, S. 163 – 180.

zwischen 1) Laizisten und Muslimen, 2) Türken und Kurden sowie 3) Aleviten und Sunniten in der Türkei zu erkennen.⁹⁹⁹ Die größte alevitische Gemeinschaft weltweit existiert in der Türkei. In Deutschland wurde 1990 die „Föderation Alevitischer Gemeinden“ gegründet und 1994 in „Föderation der Alevitengemeinden in Europa“ umbenannt – als eine alevitische Interessenvertretung in Europa.¹⁰⁰⁰ Auch heute noch sehen die Aleviten die laizistische Staatsform als Grundlage und Garantie ihrer Existenz in der Türkei an. Obschon die Vertreter alevitischer Gruppen hervorheben, keine separatistischen Absichten zu haben¹⁰⁰¹ und nur ihre religiösen Freiheiten zu verlangen,¹⁰⁰² reagieren türkische EU-Skeptiker bzw. -Gegner auf die Forderungen von Aleviten mit Skepsis und Zurückweisung und argumentieren wie folgt: Falls die Türkei die Aleviten offiziell als Minderheit akzeptieren würde, dann könnten im Land kriegsähnliche Konflikte entstehen, wie es derzeit im Irak, in Pakistan oder im Jemen¹⁰⁰³ – unter Gleichgläubigen mit unterschiedlicher Prägung (z. B. zwischen Schiiten und Sunniten) – zu beobachten gewesen sei. Und wenn das Alevitentum aufgrund der EU-Forderungen als eigene Religion anerkannt werde, sei dies für die Einheit der Türkei gefährlich – in Bezug auf potenzielle Religionskriege.¹⁰⁰⁴

Zur Verbesserung ihrer Rechte versammelten sich am 9. November 2008 etwa 100.000 Aleviten in Ankara und verlangten das Ende der „Assimilierungspolitik“ und die „Abschaffung der Religionsbehörde (Diyanet)“.¹⁰⁰⁵ Das Alevitentum ist aus Sicht der Diyanet Teil der islamischen Tradition, aber keine selbstständige Religionsgemeinschaft mit eigenen Rechten. Ferner sind „die knapp 300 alevitischen Organisationen in der Türkei heillos zerstritten über die Frage, wie ihr Glaube zum Islam steht. Während einige Aleviten sich

⁹⁹⁹ Vgl. Perinçek, Doğu: „Alevilik İslam dışıdır“ iddiası Batı'nın dayatması, in: <http://www.tumgazeteler.com/?a=667935> (04.02.2009); vgl. Kizilhan, İlhan: in: http://www.navend.de/aktuell/pdf/Navendblick/0001_EU-Tuerkei.pdf (04.02.2009).

¹⁰⁰⁰ Interview des Autors mit Aliakber Demir, 2006, Interviewnummer 11.

¹⁰⁰¹ Vgl. Timisi, Mustafa: <http://www.alevi-fuaf.com/haber/1/2025/mustafa-timisi-alevi-gencler-siddet-yonelmemeli/> (02.02.2010).

¹⁰⁰² Vgl. Demirtaş, Hüseyin: in: http://www.hacibektasilar.com/article,tr,2009~11~11,,1~0~0,yes~7~now,60_columnist.html (05.09.2009).

¹⁰⁰³ Vgl. Gehlen, Martin: Nahost: Grenzkonflikt zwischen Saudi-Arabien und Jemen eskaliert, in: <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/Jemen-Saudi-Arabien;art123,2967017> (28.12.2009).

¹⁰⁰⁴ Vgl. Nasr, Vali (2006): *The Shia Revival*, W. W. Norton, S. 82.

¹⁰⁰⁵ Das Präsidium für Religionsangelegenheiten ist eine der größten staatlichen Behörden in der Türkei. Es ist direkt dem Ministerpräsidenten unterstellt und kümmert sich um Ausbildung und Besoldung der Imame, der Vorbeter beim islamischen Gebet, und der Muezzine, der Ausrufer. Vgl. Höhler, Gerd: Türkei: Diyanet – Islam unter Staatsaufsicht, in: <http://europenews.dk/de/node/271> (02.02.2010).

durchaus als Muslime sehen, siedeln andere ihre Religion außerhalb des Islam an. Umstritten ist auch, wie die geforderte Anerkennung genau aussehen soll. Einige Verbände fordern staatliche Förderung. Dazu zählt ein Gehalt für alevitische Geistliche, die im Gegensatz zu sunnitischen Imamen kein Geld vom Staat bekommen. Außerdem verlangen einige Organisationen eine eigene Vertretung in der Religionsbehörde. Andere wollen dagegen eine völlige Zerschlagung der Religionsbehörde, die bislang nur dem sunnitischen Islam dient.“¹⁰⁰⁶

Im EU-Prozess der Türkei agieren sowohl die türkischen als auch die europäischen Aleviten, um die Situation der Aleviten zu verbessern. Jedoch wird der Umfang der Forderungen der europäischen Aleviten in der Türkei skeptisch betrachtet.¹⁰⁰⁷ Die Konföderation der Alevitengemeinden in Europa übte starke Kritik am EU-Bericht über die Türkei 2009, da die EK darin der türkischen Regierung bescheinigt, ihre Beziehungen zu den Aleviten verbessert zu haben. Sie erläutert die Probleme der Aleviten auf folgende Weise:

„Die Aleviten werden bis heute in der Türkei gezielt ‚sunnitisiert‘. Nicht umsonst wurde die Türkei Ende 2007 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte dafür verurteilt, dass sie alevitische Kinder an staatlichen Schulen zum Besuch des sunnitischen Religionsunterrichts zwingt.“¹⁰⁰⁸ Dennoch hat die Türkei diesen menschenrechtswidrigen Pflichtreligionsunterricht mit Verfassungsrang bis heute nicht aus ihrer Verfassung gestrichen. Exemplarisch ist das Verhalten der türkischen Armee, die noch vor einigen Wochen eine alevitische Trauerfeier im Cem-Haus unterbrochen hat, um den Sarg des gefallenen alevitischen Soldaten in die Moschee zu verschleppen. Dort wurde eine sunnitisch-muslimische Trauerfeier für einen alevitischen Soldaten abgehalten. Der Staat hat sich bis heute noch nicht offiziell bei den Aleviten für die unzähligen Massaker¹⁰⁰⁹ und Verbrechen an der alevitischen Bevölkerung entschuldigt.“¹⁰¹⁰

¹⁰⁰⁶ Vgl. Gorzewski, Andreas (2008): Türkische Aleviten fordern Anerkennung, in: http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-468/_nr-871/i.html (05.12.2009).

¹⁰⁰⁷ „Eine skeptische Haltung gegenüber den EU-Aktivitäten der europäischen Aleviten herrschte auch bei vielen alevitischen Organisationen und Aktivisten in der Türkei vor, die der Ansicht waren, man schwärze dadurch das eigene Land im Ausland an“, obwohl diese Skepsis in den letzten Jahren abgenommen hat. Vgl. Sökefeld, Martin: Aleviten und Europa, 2007, S. 186.

¹⁰⁰⁸ Der alevitische Religionsunterricht wurde in Deutschland 2002 gestartet.

¹⁰⁰⁹ Die Aleviten wurden mehrfach Opfer fanatisch-religiöser Menschenmengen, so beim Brand des Madımak-Hotels in Sivas 1993 oder bei den Pogromen in Çorum und Kahramanmaraş 1978. Siehe Şahhüseyinoğlu, H. Nedim (2005): Yakın Tarihimizde Kitleli Katliamlar Malatya, K. Maraş, Çorum, Sivas Katliamları, Ankara.

¹⁰¹⁰ Vgl. Habercem: Avrupalı Alevilerden AB'ye sert tepki, in: <http://www.habercem.com/haberdetay.asp?Newsid=5766> (16.10.2009).

4.3.2.5 Die Zukunft der EU: politische Einigung oder wirtschaftlicher Binnenmarkt?

Das folgende EU-skeptische Argument bezieht sich nicht auf die innertürkischen Angelegenheiten und gilt nicht nur für türkische, sondern auch europäische EU-Skeptiker. Hierzu wird die Zukunft der EU sowohl von den europäischen als auch den türkischen EU-Skeptikern als problematisch eingeschätzt, zumal die EU intern noch einige ernst zu nehmende Probleme zu bekämpfen habe:¹⁰¹¹ die gravierenden Gegensätze zwischen den EU-Ländern in Bezug auf die Integrationsmodelle¹⁰¹² bzw. -visionen der EU, nämlich Vertiefung¹⁰¹³ oder Erweiterung,¹⁰¹⁴ die Diskussion über die Haushaltspläne der EU, die Entfaltung einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (u. a. eine gemeinsame EU-Armee) seien nicht so einfach zu lösen. Darüber hinaus sei die ausgearbeitete EU-Verfassung im Jahr 2005 von Frankreich und den Niederlanden abgelehnt worden. Zudem werde der Euro von einigen Mitgliedern kontrovers diskutiert, z. B. sind Großbritannien, Dänemark und Schweden bis dato nicht an der Eurozone beteiligt. Infolge der militärischen Operation im ehemaligen Jugoslawien (1999) und des zweiten Irakkrieges (2003) sei laut EU-Skeptikern deutlich geworden, dass keine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik existiere, wobei auch beobachtet worden sei, dass die EU immer noch von den USA abhängt. Überdies müssten die EU-Staaten wie Griechenland,¹⁰¹⁵ Portugal, Spanien und Italien mit der wirtschaftlichen Verschlechterung¹⁰¹⁶ und daraus resultierenden

¹⁰¹¹ Vgl. Casny, Peter (2008): „Zukunft der europäischen Integration – Wahrheiten über Europa“, S. 23 – 47.

¹⁰¹² Vgl. Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (2006): Theorien der europäischen Integration, S. 3 – 19; vgl. Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hgg.) (2003): Europäische Integration, S. 47 – 68.

¹⁰¹³ „Vertiefung“ bedeutet – als ein Prozess der allmählichen und formalen Institutionalisierung – die Ausweitung der Politikformulierungskompetenzen der EU auf neue Politikbereiche sowie die Stärkung der Kompetenzen der EU-Gremien. Vgl. Schimmelfennig, Frank/Seidelmeier, Ulrich (2002): Theorizing EU Enlargement. In: Journal of European Public Policy. 4/2002, S. 502.

¹⁰¹⁴ „Erweiterung“ (Aufnahme neuer Mitglieder) heißt die geografische Ausweitung des Gültigkeitsbereiches von EU-Recht und -Politik – als ein Prozess der schrittweisen, formalen Institutionalisierung. Vgl. Faber, Anna (2007): Die Weiterentwicklung der Europäischen Union: Vertiefung versus Erweiterung, in: <http://www.unizar.es/euroconstitucion/library/working%20papers/Faber%202007.pdf> (06.12.2009).

¹⁰¹⁵ Vgl. Pastors, Wilfried/Schäfer, Jan W.: in: <http://www.bild.de/BILD/politik/2010/05/07/aussenminister-guido-westerwelle-interview/zur-griechenland-hilfe-der-eu.html> (02.06.2010).

¹⁰¹⁶ Hierbei erklärt der amerikanische Diplomat Richard Haass Folgendes: “What happens within it will not determine the arc of the 21st century. But Europe’s loss of centrality also reflects its failings. The European project is foundering. Greece is the most pronounced problem, one brought about by its own profligacy and a weak EU leadership that permitted it to live beyond its means and violate the terms under which the euro was established. [...] Even before this economic crisis, Europe was weakened by a political crisis. Many Europeans

sozialen Problemen kämpfen.¹⁰¹⁷ Die EU müsse hier auch den Widerstand der Bevölkerung, z. B. in Frankreich, gegenüber neoliberaler Politik der EU einbeziehen. Das zeige die Unwilligkeit der Bürger der EU-Staaten gegenüber einer weiteren Integration von Staaten in die Union. Ferner erlebten die EU-Politiker Schwierigkeiten, die aus den Agrarbestimmungen resultieren, und die Angst vor einer möglichen Zuwanderung. Daneben büße die Zentralisierung der EU die Zuständigkeiten und Fähigkeiten der Nationalstaaten ein. Nach all dieser Kritik an der heutigen EU bzw. dem Hinweis auf derzeitige und zukünftige Defizite der EU fragen sich türkische EU-Skeptiker, wie logisch es sei, auf einen Zug aufzuspringen, dessen Endhaltestelle und Kompetenzen unklar seien.¹⁰¹⁸ Ferner ist zu bemerken, dass die Kombination aus struktureller, wirtschaftlicher Schwäche und politischer Voreingenommenheit die Attraktivität einer EU-Mitgliedschaft mindert. Zur Etablierung einer geeinten Union wird als das größte Risiko der EU die Unterschiedlichkeit ihrer Mitglieder¹⁰¹⁹ geäußert.¹⁰²⁰ Das heißt: Jedes Mitgliedsland besitzt eine eigene Geschichte, Kultur, strukturelle Besonderheiten und komparative Vorteile in der Wirtschaft sowie ein eigenes politisches und rechtliches System.

Hinsichtlich der Debatten über die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses ist festzuhalten, dass über lange Zeit ein Grundsatz des Integrationsprozesses der EG bzw. EU die Anwendung des „Acquis communautaire“ war, d. h. die einheitliche Geltung aller

have been preoccupied with revising European institutions, but repeated rejections of the Lisbon treaty demonstrate that a united Europe no longer captures the imagination of many of its residents. Lacklustre leadership of European organisations is both a cause and a result of this loss of momentum. Behind this drift is the stark reality that Europeans have never quite committed to Europe, largely because of the continued pull of nationalism. If Europeans were serious about being a major power, they would trade the British and French United Nations Security Council seats for a European one. This is not about to happen.” Vgl. Haass, Richard: in: <http://www.ft.com/cms/s/0/ab995e96-5dfa-11df-8153-00144feab49a.html> (12.5.2010).

¹⁰¹⁷ Vgl. Kálnoky, Boris: Europa. Darum lächeln die Türken über die EU-Finanzkrise, in: <http://www.welt.de/politik/ausland/article7498028/Darum-laecheln-die-Tuerken-ueber-die-EU-Finanzkrise.html> (05. 6. 2010).

¹⁰¹⁸ Vgl. İdiz, Semih: Ne olacak bu AB’nin hali?, in: <http://www.milliyet.com.tr/ne-olacak-bu-ab-nin-hali-/semih-idiz/siyaset/yazardetay/19.05.2010/1235810/default.htm?ref=haberici> (10.5.2010).

¹⁰¹⁹ Die charakteristischen Aspekte der EU-Mitgliedstaaten sind wie folgt zusammenzufassen: 1) groß – klein, 2) entwickelt – weniger entwickelt, 3) arm – reich, 4) atlantisch orientiert – europäisch orientiert, 5) liberale Marktwirtschaft – koordinierte Marktwirtschaft und 6) föderalistisch orientiert – intergouvernementalistisch orientiert. Vgl. Wagener, Hans-Jürgen/Eger, Thomas/Fritz, Heiko (Hg.): Europäische Integration. Recht und Ökonomie, Geschichte und Politik, 2006, S. 99.

¹⁰²⁰ Vgl. ebd.

gemeinschaftlichen Rechtsnormen für alle Mitgliedsstaaten. Für neue Mitglieder wurden Übergangszeiten für die Umsetzung und Anwendung des Gemeinschaftsrechts gefordert. Mit der steigenden Zahl der Mitglieder wuchsen auch die Unterschiede zwischen diesen, sowohl bezüglich der wirtschaftlichen und sozialen Rahmendaten als auch der mit dem Integrationsprozess verknüpften Erwartungen und Ziele. Hieraus resultierte eine grundsätzliche Debatte über den „Endpunkt“ der EU-Integration. Als Integrationsmodelle sind die Konzepte „Staatenbund“/Intergouvernementalismus,¹⁰²¹ „Staatenverbund“/Supranationalität und Bundesstaat bzw. „Vereinigte Staaten von Europa“¹⁰²² zu erkennen. In diesem Zusammenhang besteht auch der Begriff „Kerneuropa“ (Core Europe)¹⁰²³, der eine Gruppe derjenigen europäischen Staaten bezeichnet, die durch die weitestgehende politische, wirtschaftliche und militärische Integration miteinander verbunden sind. Damit sind jene Staaten gemeint, die zugleich Mitglieder der EU und der Währungsunion sowie der NATO und des Schengener Abkommens sind. Vor dem Hintergrund eines immer enger verbundenen Europas stellt sich die Frage, wie weit dieses Zusammenwachsen (noch) gehen soll und welche Kompetenzen auf der europäischen Ebene und der Ebene der Nationalstaaten anzusiedeln sind. Während EU-Skeptiker schon heute auf zu viele Aufgaben in europäischer Verantwortung hinweisen, fordern EU-Befürworter eine weitere Europäisierung der bisherigen Aufgaben der EU-Mitglieder.¹⁰²⁴

¹⁰²¹ Hier sind 1) Staaten zentrale, legitime und souveräne Akteure; 2) die EU ist als Zweckbündnis zur Förderung einer global konkurrenzfähigen Wirtschaft angenommen; 3) eine weitergehende politische Integration auf EU-Ebene wird skeptisch beurteilt. Dieses Modell dominiert (noch) die EU.

¹⁰²² Eine stärkere Zusammenarbeit wird auf politischer Ebene sowie in Kultur-, Verteidigungs- und Außenpolitik gefordert. In den meisten EU-Ländern wird sie jedoch angesichts der u. a. kulturellen und sprachlichen Unterschiede der Mitglieder der EU auf absehbare Zeit als unrealistisch betrachtet.

¹⁰²³ Siehe Schäuble-Lamers Papier (1994), in: <http://www.cducsu.de/upload/schaeublelamers94.pdf> (06.12.2009); vgl. Welt-Online: Skepsis in Berlin und Paris über Staatenbund, in: http://www.welt.de/print-welt/article273209/Skepsis_in_Berlin_und_Paris_ueber_-Staatenbund.html (06.12.2009); vgl. in: Juncker, Jean-Claude: Kerneuropa? Das schließe ich nicht aus, in: <http://www.zeit.de/2003/51/Juncker> (06.12.2009).

¹⁰²⁴ Als weitere Integrationsmodelle sind folgende zu beobachten:

- 1) das Europa der zwei Geschwindigkeiten,
- 2) verstärkte Zusammenarbeit,
- 3) variable Geometrie und
- 4) Europa à la carte.

Zudem weist der europäische Integrationsprozess folgende zwei Charakteristika auf: 1) einen unregelmäßigen Verlauf der Integration und 2) Integration als selektiven, asymmetrischen Prozess.

Im Rahmen der Diskussion über die EU-Integrationsmodelle gibt es folgende weitere Alternativen:

Nordische EU-Länder wie Großbritannien, Dänemark oder Schweden bevorzugen einen „wirtschaftlichen Binnenmarkt“¹⁰²⁵, um ihre nationalen Interessen besser zu vertreten, weil die EU dadurch nicht nur eine innereuropäische, sondern auch eine globale Vision besitzen und als wichtiger „Global Player“ agieren könnte. Ihnen ist auch ein Türkeibeitritt aufgrund der möglichen politischen und wirtschaftlichen Beiträge willkommen. Dagegen unterstützen u. a. Deutschland und Frankreich eine vertiefte Kooperation der EU-Mitglieder auf der politischen Ebene¹⁰²⁶, stehen aber einem Türkeibeitritt eher skeptisch gegenüber. Bezüglich der Vertiefungs- oder Erweiterungsdebatte¹⁰²⁷ hat der ehemalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder eine föderative EU vorgeschlagen.¹⁰²⁸ Dadurch könne die Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments und anderer EU-Gremien erreicht werden. Zu diesem Punkt ist auch zu erklären, dass „Schröder-Deutschland“ und „Chirac-Frankreich“ für den Türkeibeitritt in die EU Türkei waren. Wenngleich die Debatte, ob sich die EU für ein föderatives oder konföderatives Modell entscheiden sollte, in den EU-Ländern noch andauern werde und obschon es schwer sei, dabei ähnliche Positionen (insbesondere bei den Motoren der EU – Deutschland, Frankreich und Großbritannien) zu entwickeln, zeige sich als letztendliche Ausrichtung der EU eine „politische“ Einigung, die eine Integration – so eng wie möglich – durch die Bildung gemeinsamer Werte und Normen sowie einer europäischen Identität voraussetze.¹⁰²⁹ In diesem Sinne denken die EU-Gegner in der Türkei nicht, dass die

1) Europäischer Wirtschaftsraum+ (EWR+),

2) Erweiterte Assoziierte Mitgliedschaft (EAM),

3) abgestufte Integration,

4) Junior-Mitgliedschaft,

5) Privilegierte Partnerschaft und

6) Europäische Nachbarschaftspolitik/European Neighbourhood Policy (ENP).

Vgl. Atilgan, Canan/Klein, Deborah (2006): EU-Integrationsmodelle unterhalb der Mitgliedschaft, in: http://www.kas.de/db_files/dokumente/arbeitspapiere/7_dokument_dok_pdf_8414_1.pdf (08.11.2007).

¹⁰²⁵ Unter dem Begriff „Binnenmarkt“ lässt sich ein abgegrenztes Wirtschaftsgebiet verstehen, in dem der Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital frei gestaltet ist sowie die Rechtsordnungen angeglichen worden sind. Vgl. Weindl, Josef (1993): Europäische Gemeinschaft, Oldenburg Verlag, S. 90.

¹⁰²⁶ Vgl. Weske, Simone (2006): Deutschland und Frankreich – Motor einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik?, Nomos, S. 9 – 17.

¹⁰²⁷ Vgl. Verhofstadt, Guy (2006): Die Vereinigten Staaten von Europa. Grenz-Echo Verlag, S. 36 – 74; vgl. Vobruba, Georg (2005): Die Dynamik Europas. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 78 – 91.

¹⁰²⁸ Vgl. Schröder, Gerhard (2006): Entscheidungen: Mein Leben in der Politik, S. 311 – 366.

¹⁰²⁹ Vgl. Schimmelfennig, Frank/Sedelmeier, Ulrich (2005): The Politics of European Union Enlargement: Theoretical Approaches, London: Routledge, S. 174 – 194.

Türkei in eine solche EU aufgenommen werde, denn: Auch die Türkei unterscheide sich von den EU-Ländern religiös, kulturell, gesellschaftlich und geografisch, und deshalb sei es nicht einfach, eine „richtige“ Ähnlichkeit mit der EU herzustellen.¹⁰³⁰ Interessanterweise ist dieses Argument türkischer EU-Gegner ebenso bei den europäischen Auseinandersetzungen um die Vor- und Nachteile eines Türkei-Beitritts zu beobachten: Ein wichtiger Grund für eine türkeiablehnende Haltung der europäischen Seite ist die Identität der EU bzw. der Türkei.¹⁰³¹ Die europäischen Gegner eines Türkeibeitritts befürchten, dass durch eine Aufnahme der Türkei bisherige Fortschritte negativ beeinflusst würden und weitere Schritte hin zu einer politischen Vertiefung der Union nicht zu verwirklichen seien.¹⁰³²

4.3.2.6 Anstelle der Vollmitgliedschaft eine Zusammenarbeit mit der EU

Folgendes Argument von türkischen EU-Skeptikern ist als Ergänzung zum vorherigen zu betrachten: Die Türkei solle in ihren Beziehungen zur EU keine Vollmitgliedschaft anstreben, sondern eine andere Form der Kooperation. Obwohl sich die Türkei und die EU bzw. EG/EWG seit dem Jahr 1963 um eine Einigung bemüht hätten, sei diese ihnen nicht gelungen. Denn jedes Mal seien Probleme entstanden – teils aus der Türkei, teils aus der EU bzw. EG/EWG stammend. Demzufolge sei die Realisierung der Vollmitgliedschaft der Türkei unmöglich und stattdessen die Fokussierung auf die zu verwirklichenden Integrationsmodelle zu befürworten.¹⁰³³ Als Grund für diese bisherige Erfolglosigkeit werden sowohl die türkischen Anti-EU-Reaktionen und die Defizite der Türkei bezüglich der Kopenhagener Kriterien als auch die europäischen Anti-Türkei-Tendenzen und die aktuellen Probleme der EU angeführt.¹⁰³⁴

Hierbei weist Ünal auch auf mögliche Hindernisse auf dem türkischen Weg in die EU hin, die sich auf die Besonderheiten der Türkei beziehen: „Im Jahr 2050 werden wir [die Türkei, I. E.] 100 Millionen Einwohner haben und würden damit im Falle eines Beitritts das bevölke-

¹⁰³⁰ Vgl. Manisalı, Erol (2004): *Avrupa Çıkmazı*, Otopsi Yayınları, S. 49 – 55.

¹⁰³¹ Vgl. Hitchens, Christopher: *Ankara Shows Its Hand*, in: <http://www.slate.com/id/2216518/> (20.4.2009).

¹⁰³² Vgl. Schmidt, Helmut: *Bitte keinen Größenwahn*, in: http://www.zeit.de/2004/49/T_9frkei-Beitritt?l (25.11.2004); vgl. Schuster, Jacques/Köppel, Roger: in: http://www.welt.de/print-welt/article342468/Zehn_Gruende_gegen_den_EU_Beitritt_der_Tuerkei.html (24.9.2004).

¹⁰³³ Interview des Autors mit Ali Özdemir, Nurhan Cihan und Mete Koca, 2008, Interviewnummer 69.

¹⁰³⁴ Interview des Autors mit Ali Sirmen, 2006, Interviewnummer 48; vgl. Sirmen, Ali: *Türkiye'yi AB'ye Ben de Olsam* *Almam*, *Cumhuriyet*, 01. Oktober 2009, S. 4.

rungsreichste Land der Union sein. Außerdem leben wir in einer gefährlichen Gegend, haben gemeinsame Grenzen mit dem Irak und dem Iran. Es ist daher undenkbar, dass die EU der Türkei jene Arbeitskräftefreizügigkeit gewährt, wie sie in den Kernländern gilt. Schon beim EU-Beitritt Polens war eine Einwanderungswelle aus dem Osten die größte Furcht der Westeuropäer. Die Angst vor einer ‚türkischen Invasion‘ nach einem EU-Beitritt wird im Westen gewiss noch um ein Vielfaches größer sein.“¹⁰³⁵ Deshalb vertritt Ünal die Ansicht, dass die Türkei höchstens eine Art zweitklassige EU-Mitgliedschaft erreichen könne. Er findet z. B. den Vorschlag der deutschen Kanzlerin Merkel der „privilegierten Partnerschaft“ annehmbar – mit der Betonung, dass diese deutlicher definiert werden müsse und dadurch der Türkei sichere Präferenzen anzubieten seien. Er erklärt außerdem Folgendes:

„Nach der verbreiteten Ansicht in der Türkei sollte die Türkei so bald wie möglich in die EU aufgenommen werden. Ich halte diese Auffassung für unrealistisch. Nicht nur, weil wir [die Türkei, I. E.] nicht bereit wären. Das Problem ist auch, dass die EU mit der Osterweiterung genug belastet ist. [...]. Zudem hat die EU der Türkei am 17. Dezember [2004, I. E.] kein feststehendes Verhandlungsziel angeboten. Brüssel verspricht viel, stellt aber unrealistische Bedingungen. Weil die Akteure der EU nur weitere Vorwände gesucht haben, um die Türkei hinzuhalten, sollte sich Ankara mit einigen großen EU-Staaten auf eine neue Strategie einigen. Diese sollte in privilegierten wirtschaftlichen Beziehungen zur EU bestehen, aber den politischen Dialog würde man dann beenden. Unser Beitrittsgesuch würden wir formell auf Eis legen. In diesem Rahmen soll die Türkei insbesondere ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit der EU verbessern, weil sie durch die Zollunion große Nachteile bekommt. [...]. Hier sollte die Türkei eine Entwicklung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums mit der EU bzw. ihren Mitgliedern versuchen, aber nicht mehr über politische Themen verhandeln.“¹⁰³⁶

Im türkischen Annäherungsprozess an die EU sind als ein Anreiz der Aufnahme in die EU z. B. die begehrten Fördermittel aus Brüssel zu nennen. Nach der Ansicht Birands würde die Türkei keinen Geldsegen (mehr) erwarten, wie ihn einst Portugal, Griechenland oder Irland erhielten: „Die EU, der die Türkei beitreten wird, wird nicht die EU der Achtzigerjahre sein,

¹⁰³⁵ Zit. nach Die Welt: Die Zahl der EU-Skeptiker in der Türkei nimmt zu, in: http://www.welt.de/print-welt/article335168/Die_Zahl_der_EU_Skeptiker_in_der_Tuerkei_nimmt_zu.html (08.12.2009).

¹⁰³⁶ Interview des Autors mit Hasan Ünal, an der Universität Bilkent, 2005, Interviewnummer 2; vgl. Ünal, Hasan: <http://www.medeabe/index.html?page=&lang=&doc=1318> (23.5.2009).

und so sind die Gelder, die den neuen Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden, geringer geworden“, so Birand.¹⁰³⁷ In diesem Zusammenhang weisen türkische EU-Skeptiker auf die Beitrittsbedingungen der Türkei¹⁰³⁸ wie lange Übergangszeiten oder dauerhafte Schutzklauseln hin. Daher argumentieren sie, die Türkei könne in dieser Übergangs- und Integrationsphase nicht auf Augenhöhe mit der EU interagieren. Werde die Türkei auf ewig beschränkt, würde es eine „leere Mitgliedschaft“ bedeuten.¹⁰³⁹ Zusätzlich stellen sie folgende Fragen: Falls hinsichtlich der türkischen Beitrittsfrage die oben genannten und u. U. noch weitere Hindernisse, die die EU für die Türkei zu entwerfen gedenkt, ins Spiel kommen sollten – warum sollte sich die Türkei um eine solche Mitgliedschaft bemühen?¹⁰⁴⁰ Und wäre es in diesem Fall für die Türkei nicht besser, statt einer Vollmitgliedschaft bzw. „Mitgliedschaft zweiter Klasse“ eine andere Form der Integration anzustreben? Dies habe den Vorteil, dass die türkische Souveränität dann nicht den Europäern übergeben werden müsse, wodurch innertürkische Fragen weiterhin in der Türkei gelöst werden können, so betonen sie.¹⁰⁴¹ Demnach könne die Türkei als ein unabhängiger Staat besser handeln, sowohl bei inneren als auch äußeren Angelegenheiten, um ihr nationales Interesse effektiver zu vertreten.

Aus diesen Gründen empfehlen diese türkischen EU-Skeptiker anstelle einer Vollmitgliedschaft eine Zusammenarbeit mit der EU – gerade im wirtschaftlichen Sinne: Dabei (oder auch im Rahmen des Dreiecks USA, EU und Türkei¹⁰⁴²) sei als Vorbild das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) anzusehen, das auf einer Freihandelszone zwischen Kanada, den USA und Mexiko basiere. Im Gegensatz zur EU-Integration handele es sich hierbei um keine supranationalen Regierungsfunktionen, da NAFTA ein zwischenstaatlicher Vertrag sei, dessen Bestimmungen keinen Vorrang vor nationalem Recht

¹⁰³⁷ Vgl. Birand, Mehmet Ali (2005): Türkiye'nin Büyük Avrupa Kavgası 1959 – 2004, S. 474.

¹⁰³⁸ Sie werden unter dem Abschnitt von 4.2.1.1 dargelegt.

¹⁰³⁹ Interview des Autors mit Deniz Altınbaş im ASAM-Institut in Ankara, 2006, Interviewnummer 23.

¹⁰⁴⁰ Interview des Autors mit Kemal Kerinçsiz, 2006, Interviewnummer 8.

¹⁰⁴¹ Interview des Autors mit Mehmet Müftüoğlu, 2006, Interviewnummer 35.

¹⁰⁴² O'Sullivan, einst Berater der ehemaligen britischen Premierministerin Thatcher, ist der Meinung, dass die EU dabei einen „Plan B“ entwickeln solle, weil ein Türkeibeitritt zur EU schwer zu realisieren sei. Er schlägt eine atlantische Wirtschaftsunion vor, wodurch eine freie Wirtschaftszone zwischen den USA und der EU geschaffen werde, der auch die Türkei beitreten solle. Vgl. O'Sullivan, John (2009): B Planimiz Atlantik Ekonomik Birliği, in: http://www.aksam.com.tr/2009/07/10/roportaj/muhabir-32/b_planiniz-atlantik_ekonomik_birligi.-html (07.12.2009).

haben.¹⁰⁴³ Deswegen wird von der EU-skeptischen Seite in der Türkei unterstrichen, dass auch bezüglich der EU-Türkei-Beziehungen die Wirtschaft wichtiger als die Politik sei. Und es sei nicht zu unterschätzen, dass die Türkei und die EU-Staaten wechselseitig bedeutende wirtschaftliche Beziehungen entwickelt hätten und diese noch über weiteres Potenzial verfügten¹⁰⁴⁴ – aber nur im Falle einer Sicherung des Prinzips der Gleichstellung.¹⁰⁴⁵

4.3.2.7 Politische Argumente aus Sicht der untersuchten Parteien¹⁰⁴⁶

Im Zusammenhang mit dem ersten Argument – vgl. Kap. 4.3.2.1: „Der EU-Beitritt bedeutet das Ende der souveränen, kemalistischen, nationalen und unitären Republik der Türkei.“ – weisen die Parteien AKP, CHP und MHP verschiedene Tendenzen auf: Die AKP glaubt, dass es besser wäre, wenn sich die Türkei von der Überbetonung der „harten“ kemalistischen Grundsätze ihrer politischen Ordnung (z. B. hinsichtlich Souveränität, nationaler Einheit und Zentralismus) verabschiedet und diese im Beitrittsprozess neu definiert.¹⁰⁴⁷ Dagegen räumen die Parteien CHP¹⁰⁴⁸ und MHP¹⁰⁴⁹ diesen Grundsätzen einen größeren Stellenwert ein. Mit Blick auf die politischen Strategien beider Parteien ist zu beachten, dass sie in Opposition zur regierenden AKP stehen. Diese sieht sich ihrerseits gezwungen, reformorientiert zu bleiben, um die Chancen ihrer Wiederwahl 2011 zu erhöhen. Weil die CHP die Staatsgründer-Partei ist, bewahrt sie ihre kemalistische Ausrichtung. Für die MHP ist wiederum entscheidend, dass die Türkei auch im EU-Beitrittsprozess ihre nationalen bzw. nationalistischen Werte und Strukturen nicht verliert, wenn sie auch „nur“ kemalistisch ausgeprägt bleiben.

Im Hinblick auf das zweite EU-skeptische Argument (vgl. Kap. 4.3.2.2: Die Intention bzw. die Versuche der EU zur Entkräftung der türkischen Armee) vertreten die Parteien AKP, CHP und MHP deutlich unterschiedliche Auffassungen: Die Regierungspartei AKP hat mehrmals

¹⁰⁴³ Vgl. Lederman, Daniel/Maloney, William F./Servén, Luis (2003): Deepening NAFTA for Economic Convergence in North America, Weltbank, S. 2 – 17; vgl. Schirm, Stefan A. (1997): Politische und ökonomische Auswirkungen der NAFTA, in Außenpolitik, Zeitschrift für internationale Fragen, S. 68 – 79.

¹⁰⁴⁴ Zum Beispiel nahm die Türkei im Jahr 2003 als Absatzmarkt für die EU Platz sechs ein. Gleichzeitig war die Türkei das siebtgrößte Exportland für die EU.

¹⁰⁴⁵ Interview des Autors mit Harun Gümrükçü, in Hamburg, 2008, Interviewnummer 65.

¹⁰⁴⁶ Weil die EU-Haltung dieser drei Parteien unter dem Kapitel 4.1 schon dargestellt wurde, werden hier nur die nötigen Literaturquellen erwähnt.

¹⁰⁴⁷ Interview des Autors mit Suat Kınıklioğlu, 2008.

¹⁰⁴⁸ Interview des Autors mit Yılmaz Ateş, 2009

¹⁰⁴⁹ Interview des Autors mit Cihan Paçacı, 2008.

erklärt,¹⁰⁵⁰ dass auch sie sich für die Sicherheit des Landes eine starke Armee in der Türkei wünsche. Jedoch müsse die derzeitige Position bzw. die politische Dominanz des Militärs über die Politik nach den europäischen Standards reorganisiert werden. Durch die Verfassungen von 1961 und 1982 seien für das Militär einige undemokratische Besonderheiten geschaffen worden, mit denen es auf demokratisch gewählte Regierungen einen bestimmten Einfluss habe. Dies müsse die Türkei im EU-Integrationsprozess korrigieren. Zudem sei nicht zu ignorieren, dass es im Militär manche autoritären Gruppierungen gebe, die eine Unsicherheit für die Effektivität sowohl der Regierung als auch der Armee bedeuten. Um eine demokratische Beziehung zwischen der Politik und dem Militär zu bilden und dadurch die Armee zu verstärken, habe die AKP in ihrer ersten Periode (2002 – 2007) mit den EU-Reformen und in ihrer zweiten Periode (2007 bis heute) mit den juristischen Aktivitäten gegenüber illegalen Gruppierungen im Militär bedeutende Maßnahmen getroffen: Unter anderem habe die AKP 2003 exekutive Funktionen des Generalsekretariats des MGK (Nationaler Sicherheitsrat) geändert, wodurch dieser mittlerweile keine entscheidende Rolle mehr, sondern nur noch eine beratende habe. Ferner habe die AKP durch mehrere Beweise illegaler Strukturen in der Armee bzw. militärischer Putschvorbereitungen mit den Namen u. a. „Blondes Mädchen“ (Sarıkız) oder „Handschuhe“ (Eldiven) dazu beigetragen, dass das türkische Militär in Richtung einer demokratischen Konsolidierung signifikante Schritte verwirklichen könne.¹⁰⁵¹ Laut der AKP müsste sich die Türkei weiter um die Realisierung einer tatsächlichen Europäisierung des zivil-militärischen Verhältnisses bemühen. Ferner sei nicht zu vergessen, dass dies eine unerlässliche Aufgabe der Türkei sei, nicht der EU.¹⁰⁵² Hingegen sind sowohl die CHP¹⁰⁵³ als auch die MHP¹⁰⁵⁴ im Zuge des Machtverlustes bzw. der Einschränkung der Rolle des Militärs sehr skeptisch. Beide unterstrichen im Januar 2010, das Militär dürfe nicht undemokratisch agieren. Das heißt, illegale Tendenzen in der Armee und Putschvorbereitungen seien nicht zu akzeptieren. Sie betonen zugleich, die Türkei dürfe ihre Armee nicht schädigen.¹⁰⁵⁵ Denn auch das Militär sei ein entscheidendes Strukturelement

¹⁰⁵⁰ Interview des Autors mit Kenan Tekin, 2008, Interviewnummer 73.

¹⁰⁵¹ Siehe Anm. 940.

¹⁰⁵² Vgl. Turktime: Asker Direndi Erdoğan Çizdi!, in: <http://www.turktime.com/haber/Asker-Direndi-Erdogan-Cizdi-Genelkurmay-ve-KKK-Bos-Kaldi-Iste-Tartisilan-Atamalar/103023> (05.08. 2010).

¹⁰⁵³ Interview des Autors mit Kazım Erdoğan, 2008, Interviewnummer 74.

¹⁰⁵⁴ Interview des Autors mit Cihan Paçacı, 2008.

¹⁰⁵⁵ Vgl. Haber3: Asker "Yeter artık" diye isyan etti, in: <http://www.haber3.com/asker-yeter-artik-diye-isyan-etti-545818h.htm> (02.4.2010); vgl. Fedayi, Cemal: CHP-MHP Koalisyonuna Doğru mu?, in: <http://www.stratejikboyut.com/yazi/chp-mhp-koalisyonuna-dogru-mu-627.html> (02.4.2010).

des türkischen Staates. Folglich sei das Militär nicht nur Garant der äußeren Sicherheit, sondern gleichermaßen Hüter der kemalistischen Grundsätze der Republik. Beide unterstützen, dass die Militärführung die Einheit der türkischen Nation, ihres Volkes und Staatsgebietes sowie die laizistische Ordnung des Staates für wichtig halte. In diesem Zusammenhang unterscheidet sich allein die entsprechende Betonung dieser Parteien voneinander: Laut der CHP ist das Land nicht in der Lage, ohne die Hilfe des Militärs das demokratische bzw. laizistische System zu bewahren. Aus Sicht der MHP kann die Türkei ohne eine starke Armee die separatistischen Aktionen der PKK nicht bewältigen. Überdies behaupten beide, dass die Regierungspartei AKP durch die Einschränkung der politischen Rolle des Militärs nicht auf einen EU-Beitritt abziele, sondern auf die vollständige Kontrolle des Landes und somit die Realisierung ihrer geheimen Agenda: Nach Ansicht der CHP ist dies die Errichtung eines islamischen bzw. islamistischen Staates, nicht mehr eines laizistischen, und nach Ansicht der MHP eines ethnisch-religiösen Staates, nicht mehr eines nationalen bzw. nationalistischen.

In Bezug auf das dritte Argument (vgl. Kap. 4.3.2.3: die Vorgehensweise der EU bezüglich des „PKK-Terrorismus“ und Menschenrechtsverständnisses) agieren die Parteien AKP, CHP und MHP im Grunde genommen gleich: Sie glauben, dass die Türkei bei dem aus türkischer Sicht berechtigten Anliegen, nämlich dem Kampf gegen den „PKK-Terrorismus“, von der europäischen Seite nicht hinreichend unterstützt werde. Sie argumentieren auch, dass die (frühere) Unterstützung der PKK seitens einiger EU-Länder für die Erweiterung deren separatistischer Aktivitäten von großer Bedeutung gewesen sei. Laut diesen drei größten Parteien in der Türkei sind die Kurden (entsprechend der generellen Annahme im Land) nicht als Minderheit zu betrachten, sondern als ein „wesentliches Element“ des türkischen Staates.¹⁰⁵⁶ Dagegen sei es nicht selten, dass diese Politik der Türkei von der EU als staatliche Missachtung und Unterdrückung der kurdischen Bevölkerungsgruppe eingeschätzt bzw. dass sie dessen beschuldigt würde.¹⁰⁵⁷ Dieser Vorwurf der EU hat bisher bei der Entstehung des EU-Skeptizismus in der Türkei und der Zunahme der EU-skeptischen Neigungen bei den Mitgliedern dieser Parteien eine bedeutsame Rolle gespielt, obwohl die EU die Gewalt im Kampf um die Erlangung der kulturellen Rechte ablehnt und dies offiziell deklariert. An dieser Stelle erklärt die AKP,¹⁰⁵⁸ die EU verlange durch die Kopenhagener Kriterien hinsichtlich der Grundrechte und -freiheiten von jedem Beitritts- und Mitgliedsland ein

¹⁰⁵⁶ Vgl. Güler, Ali (2004): Sorun olan Avrupa Birliği, S. 48 – 58.

¹⁰⁵⁷ Vgl. Karluk, Rıdvan/Tonus, Özgür (2002): Avrupa Birliği Kapısında Türkiye, Ankara, S. 1 – 8.

¹⁰⁵⁸ Interview des Autors mit Haluk Özdalga, 2008, Interviewnummer 86.

bestimmtes Niveau. Dies sei normal. Allerdings nähmen die „PKK- bzw. Öcalan-Kurden“ das als „Mittel zum Zweck“, nämlich als Anker für ihre separatistischen Neigungen, wahr. Die AKP habe zur Verbesserung der Situation der Kurden in der Türkei bereits einige bedeutsame Aktionen verwirklicht, u. a. die Gründung des kurdischsprachigen Fernsehsenders TRT-6 (2009) sowie wirtschaftliche Investitionen im Südosten und Osten der Türkei. Trotzdem wollten dies laut der AKP manche EU-Staaten (z. B. Frankreich oder Dänemark) nicht sehen und unterstützten dadurch psychologisch die Separatisten in der Türkei. Demgegenüber beschuldigen die CHP und die MHP dabei auch die AKP, weil diese durch manche extreme Vorstellungen (z. B. die Meinung der AKP, falls die PKK-Kämpfer ihre Waffen niederlegten und nicht mehr kämpften, dürften sie in der Politik agieren) die separatistische Ideologie der PKK legalisiert habe. Um ihr separatistisches Ziel zu erreichen, benutze die PKK sowohl die EU als auch die AKP, so meinen die CHP und die MHP.¹⁰⁵⁹ Im Zuge des vierten Arguments (vgl. Kap. 4.3.2.4: die alevitische Minderheitspolitik der EU gegen die Türkei) akzeptieren die Parteien AKP, CHP und MHP nicht, dass die Aleviten als „religiöse Minderheit“ zu definieren sind. Obwohl die Aleviten mehrheitlich die CHP wählen,¹⁰⁶⁰ sind sie mit der Politik der CHP nicht ganz zufrieden, weil die CHP infolge der „Einheitsfrage der Türkei“ die identitätsbezogenen Forderungen der Aleviten durchaus nicht unterstützt.¹⁰⁶¹ Die MHP hat sich bisher vehement für eine türkische Nation aus „sunnitischen“ Muslimen eingesetzt. Im Jahr 2008 drückte der Vorsitzende der MHP Bahçeli aus, dass „gegenseitige Ängste und Vorurteile [zwischen Sunniten und Aleviten, I. E.] überwunden werden müssen“.¹⁰⁶² Bezüglich der Formulierung der Rechte der Aleviten stößt die Bereitschaft der Regierungspartei AKP bei vielen Aleviten auf Misstrauen. Nach Ansicht vieler alevitischer Verbände hat die AKP im Sinne der Benachteiligung dieser Religionsgemeinschaft in ihren zwei Legislaturperioden nichts Konkretes getan. Als sich Regierung und Alevitenvertreter zum ersten Mal in der Geschichte der Türkei 2008 zu einem symbolträchtigen Abendessen zusammensetzen sollten, blieb die Mehrzahl der Aleviten-Organisationen diesem Treffen

¹⁰⁵⁹ Interview des Autors mit Yılmaz Ateş, 2009 und mit Niyazi Paksoy, 2006, Interviewnummer 44.

¹⁰⁶⁰ Vgl. Yıldırım, Ali: Aleviler CHP'ye oy verecek, in: <http://www.tumgazeteler.com/?a=2151584> (13.02.2010).

¹⁰⁶¹ Siehe Unterkapitel 4.1.1.3.

¹⁰⁶² Vgl. Krüger, Karen: Türkische Aleviten. Gebt die Religion frei, in: <http://www.faz.net/s/Rub117C535-CDF414415BB243B181B8B60AE/Doc~E80AC9A1B0653431B840B39A5D0D60E20~ATpl~Ecommon~Scont ent.html> (05.12.2009).

fern.¹⁰⁶³ Dagegen fragt die AKP, warum man so viel Angst vor dem Dialog habe, da die AKP dadurch einen Beitrag leisten wolle, um die Situation der Aleviten zu verbessern.¹⁰⁶⁴

Im Hinblick auf das fünfte Argument (vgl. Kap. 4.3.2.5: die Zukunft der EU: Politische Einigung oder wirtschaftlicher Binnenmarkt?) zeigt das Verhalten der Parteien AKP, CHP und MHP grundsätzlich keine großen Unterschiede: Alle drei Parteien haben in ihren Parteiverlautbarungen erklärt, dass die Integration der Türkei in die EU, wenn überhaupt, nur durch eine Vollmitgliedschaft geschehen könne. Denn die Türkei habe bislang, abgesehen von einer Vollmitgliedschaft, schon alle möglichen Errungenschaften – von der Bildung (z. B. der Teilnahme an Erasmus¹⁰⁶⁵) bis zur Zollunion – erlangt. Hinsichtlich der europäischen Debatte, ob man die EU in Richtung Föderation oder Konföderation vorantreiben solle, haben diese Parteien noch kein Konzept, weil sie gerade erst versuchen, in der EU „mitzuspielen“. In diesem Kontext heben die AKP und die CHP hervor, dass die Mitgliedschaftsverhandlungen der Türkei noch (lange) dauern könnten, (wenngleich diese Verzögerung unerwünscht sei), sollten die EU und ihre Mitglieder nicht endlich eine feste Haltung zum Türkeibeitritt entwickeln. Des Weiteren solle die Türkei sich mit ihren eigenen Aufgaben, nämlich der Umsetzung der Bestimmungen des *acquis communautaire*, beschäftigen.¹⁰⁶⁶ Hingegen scheinen eine unsichere Zukunft sowohl der EU als auch der EU-Türkei-Beziehung die MHP auch bei der Erfüllung der Beitrittsbedingungen wohl nicht zu ermutigen.¹⁰⁶⁷

Bezüglich des sechsten Arguments (vgl. Kap. 4.3.2.6: anstelle der EU-Vollmitgliedschaft eine Zusammenarbeit) unterstützen alle drei Parteien weitere Integrationsmodelle im Zusammenhang mit der EU wie im Bereich der Wirtschaft. Jedoch sind diese aus Sicht von AKP und CHP nicht als Alternative zur Vollmitgliedschaft zu betrachten. Hingegen hält die MHP auch eine wirtschaftliche Zusammenarbeit für möglich, weil diese Partei mehrheitlich

¹⁰⁶³ Für Ali Yıldırım, Leiter des Alevitischen Forschungszentrums in der Türkei, verfolgt die AKP eine Assimilationspolitik. Die AKP wolle die Aleviten in die türkische Behördenstruktur integrieren, um ihnen dadurch ihre Identität zu nehmen. Vgl. Gorzewski, Andreas: a. a. O; vgl. Milliyet: Alevi yemeğine Başbakan daveti, Alevileri böldü, in: <http://www.milliyet.com.tr/2008/01/10/son/sonsiy29.asp> (05.12.2009).

¹⁰⁶⁴ Interview des Autors mit Kenan Tekin, Interviewnummer 73; vgl. Nethaber: Alevilik Araştırma Merkezi Başkanı: Erdoğan, Kocatepe imamı gibi konuştu, in: <http://www.nethaber.com/Politika/52096/Alevilik-Arastirma-Merkezi-Baskani-Erdogan-Koca-tepe-imami> (13.02.2010).

¹⁰⁶⁵ Seit 1987 werden durch das Erasmus-Programm die Zusammenarbeit von Hochschulen innerhalb der EU und anderen europäischen Ländern (Norwegen, Island, Liechtenstein, die Türkei und teilweise die Schweiz) sowie die Mobilität von Studenten und Dozenten gefördert. Siehe in: <http://www.erasmus-guide.de/WWW/Erasmus-Erfahrungsberichte.html> (13.02.2010).

¹⁰⁶⁶ Interview des Autors mit Haluk Özdalga, 2008 und mit Yılmaz Ateş, 2009.

¹⁰⁶⁷ Interview des Autors mit Osman Çakır, 2008, Interviewnummer 63.

glaubt, eine vollständige politische Integration der Türkei in die EU sei derzeit weder zu realisieren noch unter diesen Umständen¹⁰⁶⁸ wünschenswert. Denn die EU verfolge keine „Doppelsieg-Strategie“. Nichtsdestotrotz dürfe eine wirtschaftliche Beziehung mit der EU allein ein Win-win-Modell darstellen.

4.3.3 Geopolitische Argumente

Der Begriff „Geopolitik“ wird gegenwärtig insbesondere dazu benutzt, „um die (unterschiedlich konzeptualisierten) räumlichen Kontrollstrategien der Staaten zu beschreiben, ohne dass dabei eine direkte territoriale Kontrolle über die betroffenen Räume vorliegen muss“¹⁰⁶⁹. Zudem handelt es sich hierbei nicht nur um offene Gewalt zwischen Staaten, sondern auch um Konfliktformen unterhalb einer offenen Gewaltaustragung.¹⁰⁷⁰ Im Hinblick auf den türkischen Skeptizismus gegenüber der EU sind auch die Argumente zu betrachten, die geopolitisch motiviert sind.

4.3.3.1 Zugeständnisse im Ägäischen Meer

Zwischen zwei NATO-Partnern, der Türkei und Griechenland, bestehen im Ägäischen Meer aus einigen Gründen heraus Spannungen.¹⁰⁷¹ Auch diese führen zu EU-skeptischen Tendenzen in der Türkei.¹⁰⁷² Der Ägäis-Konflikt ist ein Streit um Territorium, Seegrenzen und Ressourcen, der mittlerweile fast 40 Jahre andauert¹⁰⁷³ und die bilateralen Beziehungen

¹⁰⁶⁸ Siehe Unterkapitel 4.1.2.5.

¹⁰⁶⁹ Vgl. Brink, Tobias ten (2008): Geopolitik – Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz. Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 307.

¹⁰⁷⁰ Vgl. a. a. O., S. 16.

¹⁰⁷¹ Die Geschichte der Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland lässt sich in drei Phasen aufteilen: Die erste reichte von 1923 bis 1950, in der der Friede als Folge der Politik von Venizelos und Atatürk herrschte. Die zweite Phase dauerte von 1950 bis 1999, in der die Konflikte zunahmen. Die dritte begann 1999, in der sich die Beziehungen im begrenzten Maß verbessern. Vgl. Bahçeli, Tozun: Turning a New Page in Turkey's Relations with Greece?, in: Aydın, Mustafa/Ifantis, Kostas (Hg.): Turkish-Greek Relations, 2004, S. 95 – 120.

¹⁰⁷² Vgl. Gürel, Sükrü S.: Turkey and Greece: a difficult relationship, in: Balkir, Canan/Williams, Allan M. (Hgg.) (1993): Turkey and Europe, Pinter Publishers Ltd, S. 161–190.

¹⁰⁷³ Hier wird behauptet, dass Auslöser für die Streitigkeiten zwischen beiden Staaten die vermeintliche Entdeckung von Erdölvorkommen nahe der Insel Thassos 1973 sei. Vgl. Der Spiegel: GRIECHENLAND. Flamme aus dem Wasser, in: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41722030.html> (11.01.2010).

beider Nachbarn stark belastet. Im Allgemeinen geht es um folgende sechs Streitpunkte:¹⁰⁷⁴

- 1) Breite und Abgrenzung des Küstenmeeres;
- 2) Bestimmung und Rechte betreffend den Festlandsockel;
- 3) ziviler und militärischer Luftraum über der Ägäis;
- 4) Remilitarisierung der ostägäischen Inseln durch Griechenland;
- 5) wirtschaftliche Nutzungsmöglichkeiten des Meeresbodens mit den dort vermuteten Erdölvorkommen und 6) Status der Inseln nahe der Küste der Türkei (z. B. Kardak = Imia).

In diesem Zusammenhang streben die Griechen an, in Anbetracht der geographischen Konstellation ihre nationale und territoriale Homogenität und Einheit zu erreichen.¹⁰⁷⁵ Bereits im Jahr 1958 wurde auf der ersten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen in Genf eine Ausdehnung der Hoheitsgewässer eines Staates von sechs auf zwölf Seemeilen festgelegt. Dieser völkerrechtliche Vertrag wurde 1972 von Griechenland ratifiziert, von der Türkei hingegen nicht. Denn Griechenland kontrolliert nach altem Seerecht ca. 35 % der ägäischen Gewässer und die Türkei ca. 8,8 % (der größte Anteil der Ägäis, etwa 56 %, besteht aus internationalen Gewässern). Falls beide Länder ihre Territorialgewässer auf zwölf Seemeilen ausdehnen würden, würde der griechische Anteil auf 63,9 %, der türkische hingegen nur auf 10 % steigen. Dadurch würde die Ägäis quasi ein griechisches Binnenmeer. Folglich wäre die Türkei erstens gezwungen, einen Großteil ihres Schiffsverkehrs über Griechenland abzuwickeln. Zweitens wären militärische Manöver der Türkei in der Ägäis beinahe unmöglich, ohne griechisches Hoheitsgebiet zu tangieren.¹⁰⁷⁶

Die aus Athener Sicht legitimen Forderungen um die territoriale Homogenität Griechenlands verursachen hinsichtlich der nationalen Integrität und Souveränität Besorgnis in der Türkei. Deshalb fordert Ankara nach einer strikten Beibehaltung des im Vertrag von Lausanne von 1923 und nachfolgender internationaler Abkommen formulierten Status quo, um eine potenzielle territoriale Expansion Griechenlands zu verhindern.¹⁰⁷⁷ Angesichts der Konflikte im Ägäischen Meer hatten diese Länder drei kriegerische Ereignisse in den Jahren 1974, 1976

¹⁰⁷⁴ Vgl. N. N.: Ägäis-Konflikt – Standpunkt der Türkei, in: <http://politicsgr.com/forum/showthread.php?t=555> (20.12.2009).

¹⁰⁷⁵ Vgl. Griechische Botschaft Berlin: Die griechisch-türkischen Beziehungen, in: <http://www.griechische-botschaft.de/politik/aussenpolitik/griechisch-tuerkische-beziehungen/> (14.12.2009) und Griechenland in Europa, in: <http://www.griechische-botschaft.de/politik/aussenpolitik/griechenland-in-europa/> (11.01.2010).

¹⁰⁷⁶ Vgl. Arian, Harun (2003): Turkey and the EU. An Awkward Candidate for EU Membership?, S. 147 – 181.

¹⁰⁷⁷ Ebd.

und 1987, und jedes Mal wurde ein möglicher Krieg durch den beiderseitigen Rückzug auf den Status quo verhindert.¹⁰⁷⁸

Das Meerengenstatut ist durch den Vertrag von Lausanne von 1923 festgelegt, und durch den Vertrag von Paris 1947 ist die Entmilitarisierung der Ägäis-Inseln vorgesehen. Nur interne Sicherheitskräfte wurden zugelassen. Die Konventionen von Montreux 1936 ermöglichten die Militarisierung des Meerengenbereichs, worauf von den Griechen als Rechtfertigung für ihre Militarisierungsaktionen hingewiesen wird. Zudem weist Griechenland als Begründung dafür auf die türkische Zypernintervention (1974) hin, die die griechischen Inseln gefährdet hätte. Die Türkei erwartet hingegen die Aufhebung der Militarisierung.¹⁰⁷⁹

Gegenüber der Türkei und Griechenland bemühte sich Europa bis in die Siebzigerjahre um eine „well-balanced, benevolent neutrality“.¹⁰⁸⁰ Der griechische Antrag auf EG-Mitgliedschaft brachte die EG infolge des „Gleichgewichtsansatzes“ in ein politisches Dilemma. Trotzdem versuchte die EG, ihre Neutralität beizubehalten. In der Stellungnahme, die die EG zum Beitrittsantrag Griechenlands 1976 veröffentlichte, wird Folgendes deklariert: “The prospect of Greek membership introduced a new element in the balance of the EC’s relationship with Turkey and Greece and that, therefore, the EC is not and should not become a party to the disputes between Greece and Turkey.”¹⁰⁸¹ Daher vertraten die Mitgliedstaaten der EG zu der Zeit die Auffassung, dass der EG-Beitritt Griechenlands ihre Beziehungen zur Türkei nicht beeinflussen und dass Griechenland die türkisch-griechischen Auseinandersetzungen in den Gemeinschaftsgremien nicht zur Sprache bringen und einen eventuellen Beitrittsantrag der Türkei zur EG nicht durch ein Veto blockieren dürfe.¹⁰⁸² Allerdings ist es der EG bzw. der EU angesichts der Türkeipolitik Griechenlands nicht gelungen,¹⁰⁸³ ihre in der Stellungnahme der Kommission vorgesehene Politik zu verwirklichen. Dabei verhinderte Athen die Arbeit des EG-Türkei Assoziationsrates. Zum Beispiel war das vierte Finanzprotokoll¹⁰⁸⁴ durch die Vetopolitik Athens im Einstimmigkeit

¹⁰⁷⁸ Vgl. Dawletschin-Lindner, Camilla (1992), S. 185 f.

¹⁰⁷⁹ Vgl. Axt, Heinz-Jürgen//Kramer, Heinz: Vom Konflikt zur Verständigung in der Ägäis?, in: Südosteuropa, 38 (1989) 10, S. 551-564.

¹⁰⁸⁰ Vgl. Esche, Matthias (1990): A History of Greek-Turkish Relations, in: Evin, A./Denton, G. (Hgg.): Turkey and the European Community, S. 112.

¹⁰⁸¹ Vgl. Zit. Yeşilyurt, Zuhail (2000): Die Türkei und die Europäische Union, S. 55.

¹⁰⁸² Vgl. ebd.

¹⁰⁸³ Vgl. Redmond, John (1992): S. 40.

¹⁰⁸⁴ Die Türkei unternahm 1974 eine militärische Intervention, um einen Bürgerkrieg zwischen Zyperngriechen und -türken zu verhindern. 1983 proklamierte Nord-Zypern seine Unabhängigkeit. Griechenland versuchte, diese

erfordernden Ministerrat nicht umzusetzen. Hierzu meinen türkische EU-Skeptiker, keines der anderen EU-Länder sei weder fähig noch willens gewesen, Wege und Mittel zu finden, die Griechen dazu zu bewegen, ihr Veto nicht einzulegen, obschon es keinen grundsätzlichen Grund für die Verzögerung der Ratifizierung mehr gebe. Hierdurch sei ferner eine mögliche frühe Aufnahme der Türkei in die EU verhindert worden. Überdies seien andere EU-Hilfen nicht in die Türkei transferiert worden. Dagegen bestehen türkische EU-Skeptiker darauf, die Türkei habe im Zuge der ägäischen Konflikte (bzw. der Zypernfrage¹⁰⁸⁵) gegen dieses Land bzw. ihre eigenen nationalstaatlichen Präferenzen Zugeständnisse gemacht, um die Türkei vor dem griechischen Veto zu retten. Die Türkei hätte zuerst ein Zugeständnis im Rahmen des Zypernkonflikts gegeben: Falls die Türkei bei der Gestaltung einer Mitgliedschaftsperspektive der EU mit der Republik Zypern (1993) ein Auge zudrücken würde, wollte Griechenland hinsichtlich der Zollunion zwischen der EU und der Türkei (1995) von seinem Vetorecht keinen Gebrauch machen.¹⁰⁸⁶ Kurzum argumentiert die EU-skeptische Seite in der Türkei wie folgt: Von Beginn seiner Mitgliedschaft an bemühte sich Griechenland, seine außenpolitischen Interessen zu „europäisieren“, d. h., die EU auf seine Seite zu bringen.¹⁰⁸⁷ Dabei habe die EG bzw. EU als „Zange Griechenlands“ gehandelt. Wenn die Türkei noch danach streben werde, Vollmitglied in der EU zu werden, müsse sie durch die Vetokarte der EU-Mitgliedschaft in Richtung griechischer Forderungen im Ägäischen Meer von Griechenland definitiv dazu gezwungen werden, weitere Zugeständnisse zu machen. Infolge dieser Einseitigkeit habe die EU keine fairen Lösungen (sowohl für die Konflikte in der Ägäis als auch für die Zypernfrage) gefunden und werde diese anscheinend auch nicht finden. Diesbezüglich lässt sich die offizielle Position der Türkei folgendermaßen erläutern: „Während Athen eine Annäherung der Türkei an die EU systematisch torpedierte, versuchte

Frage in der EU zu lösen. Dies gelang den Griechen schließlich bei den Vorbereitungen für das erste Treffen des Assoziationsrates nach der türkischen Militärintervention von 1980 im Jahr 1988, auf dem über die Finanzhilfe (bezüglich des Zollabbaus der Türkei) in Höhe von 600 Millionen ECU der EG für die Türkei beraten werden sollte.

¹⁰⁸⁵ Dies wird im Unterkapitel 4.2.1.2 zur Zypern-Frage näher erklärt.

¹⁰⁸⁶ „The Greeks are cheerfully using their position inside the EEC to blackmail the Turks over Cyprus.“ Vgl. The Economist (1998), S. 4. „Die französische Präsidentschaft arrangierte 1994 einen Kompromiss, der zwar den Abschluss der Zollunion erlaubte, aber im Gegenzug die Aufnahme des geteilten Zypern vorsah. Damit aber eskalierte der bilaterale Streit erst recht, und es drohte die Zerrüttung der europäisch-türkischen Beziehungen.“ Vgl. Dembinski, Matthias: Schaffen internationale Organisationen Frieden?, in: <http://www.hsfk.de/downloads/report0306.pdf>, S. 19 (27.5.2010).

¹⁰⁸⁷ Vgl. Kramer, Heinz (1994): EC-Turkish relations: *Unfinished forever?*, in: Ludlow, Peter (Hg.): Europe and Mediterranean, London, S. 236.

Ankara mit Hilfe befreundeter Staaten seine Position innerhalb der EU zu verbessern. Allerdings befand sich die Türkei gegenüber dem Vollmitglied Griechenland in der ungünstigeren Position und wurde die EU von Ankara zunehmend als parteiisch und ihre Politik als konfliktverschärfend wahrgenommen.“¹⁰⁸⁸ Des Weiteren ist zu erklären, dass, während die Jahrzehnte alten Kontroversen weiter auf eine Lösung warten,¹⁰⁸⁹ sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern besonders seit 2000 erheblich verbessert haben.¹⁰⁹⁰ Zum Beispiel arbeiten Athen und Ankara in der Energiepolitik enger zusammen. Dazu hat Griechenland kundgegeben,¹⁰⁹¹ eine EU-Mitgliedschaft der Türkei werde unterstützt.¹⁰⁹² Türkische EU-Skeptiker behaupten jedoch, dass dies eine neue Strategie sei, um die Türkei auf dem EU-Weg durch eine die Türkei unterstützende Haltung auszubeuten bzw. die Probleme mit der Türkei zum Vorteil Griechenlands zu lösen. Denn: Falls die Türkeidebatten im Europäischen Parlament berücksichtigt würden, agierten die Abgeordneten aus Griechenland oft gegen einen Türkeibeitritt.¹⁰⁹³ Aus Sicht Griechenlands sei seine

¹⁰⁸⁸ Vgl. Dembinski, Matthias: a. a. O., S. 26; vgl. Hüseyin Bağcı, Turkish Reactions to the EU Approach, in: Susanne Baier-Allen (Hg.), Looking into the Future of Cyprus-EU Relations, 1999, S. 39 – 50.

¹⁰⁸⁹ Jedoch verhindert bzw. bremst auch das Zypernproblem die Verbesserung der Beziehung beider Länder.

¹⁰⁹⁰ Vgl. Höhler, Gerd: Wachsende Spannungen zwischen Griechenland und Türkei, in: <http://www.derwesten.de/waz/politik/Wachsende-Spannungen-zwischen-Griechenland-und-Tuerkei-id421940.html> (14.12.2009).

¹⁰⁹¹ „Griechenland unterstützt die europäische Ausrichtung der Türkei, unterstreicht allerdings, dass das Tempo wie auch der Ausgang dieses Kurses von der Türkei selbst abhängen, von ihrer Anpassungsfähigkeit an die europäischen Gegebenheiten und vor allem von der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien in ihrer Gesamtheit. Mit Paragraph 20 des Beschlusses des Europäischen Rates vom Dezember 2004 nimmt der europäische Rahmen für das Verhalten der Türkei gegenüber ihren Nachbarn Gestalt an, und das Augenmerk richtet sich auf ihre klare Verpflichtung zur Aufrechterhaltung von guten nachbarschaftlichen Beziehungen. Darüber hinaus wird hervorgehoben, dass eventuelle noch offene Streitigkeiten bezüglich der Grenzen mit friedlichen Mitteln und in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen beigelegt werden müssen, einschließlich der Möglichkeit – falls erforderlich – der Anrufung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag. Diese Verpflichtungen sind Teil der neuen Partnerschaft zwischen der EU und der Türkei und des Verhandlungsrahmens, der die Bedingungen zur Durchführung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei festlegt.“ Vgl. Griechische Botschaft: Die griechisch-türkischen Beziehungen, in: <http://www.griechische-botschaft.de/politik/aussenpolitik/griechisch-tuerkische-beziehungen/> (14.12.2009).

¹⁰⁹² Interview des Autors mit Harry Tzimitras an der Universität Akdeniz in Antalya, 2008, Interviewnummer 56.

¹⁰⁹³ Vgl. ABHaber: AP'de Kıbrıslı Rumlar Türkiye İzleme Grubu Kurdu, in: <http://www.abhaber.com/ozelhaber.php?id=6340> (19.5.2010); vgl. Eurobarometer 64.4: Executive Summary: Greece, Spring 2005; vgl. Süddeutsche Zeitung: Zypern droht Türkei mit Veto, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/eu-beitrittsverhandlungen-zypern-droht-tuerkei-mit-veto-1.846565> (27.5.2010).

diesbezügliche Motivation eine Suche nach einer „Sozialisation“ der Türkei.¹⁰⁹⁴ Nachdem Griechenland in eine schlimme wirtschaftliche Krise geraten ist, wird der Griechenland-Besuch (im Mai 2010) des türkischen Regierungschefs, der von zehn seiner Minister begleitet wurde, von beiden Seiten als Beginn einer „neuen Ära“ betrachtet.¹⁰⁹⁵ Dabei wurden 21 bedeutende wirtschaftliche Abkommen unterzeichnet. Trotz allem ist das Sicherheitsdilemma zwischen beiden Staaten nicht gelöst, und es wäre unrealistisch, schnelle Lösungen für die Streitfragen in der Ägäis zu erwarten.

4.3.3.2 Die Pläne der EU bezüglich der Teilung der türkischen Kontrolle über die Wasservorräte von Euphrat und Tigris

Im Kern argumentieren türkische EU-Skeptiker folgendermaßen:¹⁰⁹⁶ Die EU hat die Absicht, unter dem Vorwand der Einhaltung der Kriterien für die Mitgliedschaft die strategischen natürlichen Reichtümer der Türkei in ihren Besitz zu bringen. Der Umstand, dass solche Forderungen gestellt werden, obwohl die Mitgliedschaft nicht garantiert wird, ist ein Ausdruck der imperialistischen Absichten der EU. Die EU hat es aus Gründen wie der zunehmenden Wasserknappheit auf der Welt sowie der Energie- u. a. Probleme auf die Wasserquellen der Türkei abgesehen. Diesem Ziel entsprechend werden die Flüsse Euphrat und Tigris, die im Osten Anatoliens entspringen, als ein Grund für einen eventuellen Wasserkrieg zwischen der Türkei, dem Irak und Syrien dargestellt. Das wahre Ziel ist es, die Türkei und die Region des Nahen und Mittleren Ostens durch das Wasser zu beherrschen.¹⁰⁹⁷ Die EU hat dieses Thema zum ersten Mal im Zusammenhang mit der möglichen EU-Mitgliedschaft der Türkei in einem am 6. Oktober 2004 veröffentlichten Arbeitsdokument der Europäischen Kommission erwähnt: „Wasser wird im Mittleren Osten in den kommenden

¹⁰⁹⁴ Vgl. Höhler, Gerd: Athen will von Ankara Taten sehen, in: <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/athen-will-von-ankara-taten-sehen/1596472.html> (27.5.2010).

¹⁰⁹⁵ Vgl. Die Presse: Erdogan: „Neue Ära“ für Türkei und Griechenland, in: <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/565092/index.do> (27.5.2010).

¹⁰⁹⁶ Vgl. Emre, Süleyman Arif: Bütün gücümüzle karşı koymaya çalışmak zorundayız, in: <http://www.milligazete-.com.tr/makale/vatanin-butunlugune-kastedilmistir-145287.htm> (05.12.2009); vgl. Bulut, Arslan: AKP hükümeti suyu da küre..., in: http://www.yenicaggazetesi.com.tr/a_haberdetay.php?-hityaz=7640 (15.12.2009).

¹⁰⁹⁷ In diesem Zusammenhang sind auch die Diskussionen über die Bor- und Goldminen und, dass die Landminen an der syrischen Grenze von Israel entfernt werden sollen, beachtenswert. Vgl. Mütercimler, Erol (2006): Bor Madenleri mi? In: *Komplo Teorileri*, S. 547 – 559.

Jahren zunehmend zur strategischen Frage werden, und mit dem türkischen Beitritt ist davon auszugehen, dass die internationale Bewirtschaftung von Wasserressourcen und Infrastruktur (Dämme und Bewässerungspläne in den Einzugsgebieten von Euphrat und Tigris, grenzüberschreitende Wasserk Kooperation zwischen Israel und seinen Nachbarländern) eine wichtige Frage für die EU werden kann.“¹⁰⁹⁸

Hierzu ist davon auszugehen, dass die Flüsse Euphrat und Tigris der Türkei in dieser Region zu einer geopolitischen und wirtschaftlichen Macht verhelfen. Denn das für das Überleben des Nahen Ostens erforderliche Wasser stammt weitestgehend aus diesen Flüssen. Diesbezüglich ist Tibi folgender Auffassung: „Im Nahen Osten wird Wasser neben Öl immer mehr zu einer wichtigen Ressource. Hierbei nimmt die Türkei – als Quellgebiet des Mesopotamien-Wassers – den höchsten Rang in der gesamten Region ein. Nicht nur Syrien und der Irak, auch Israel wird hier in absehbarer Zukunft von der Türkei abhängig werden.“¹⁰⁹⁹ Das Reservoir von Euphrat und Tigris reicht zur Errichtung einer Wasser-Pipeline nach Saudi-Arabien und zum Persischen Golf aus. Anfang der 90er Jahre nannte der türkische Präsident Özal dieses Projekt „Friedens-Pipeline“; diese soll von der Türkei über Syrien und den Irak gleichermaßen nach Israel und Saudi-Arabien führen.¹¹⁰⁰

An dieser Stelle ist außerdem zu konstatieren, dass das Euphrat-Tigris-Becken Gegenstand von Konflikten zwischen den Anrainerstaaten Türkei, Syrien und Irak ist.¹¹⁰¹ Die Türkei verwendet große Teile des Wassers aus diesen Flussläufen für ihre eigenen Projekte. Der Euphrat ist die wichtigste Wasserversorgungsquelle Syriens. Der Irak nutzt vor allem den Tigris und besitzt daneben andere, nationale Wasserressourcen. Es wird von beiden letzteren Staaten argumentiert, die türkischen Projekte – bezogen auf das Euphrat-Tigris-Becken – führten dazu, dass die Türkei quasi willkürlich den Wasserhahn auf- und zudrehen könnte. Nach Ansicht der Wasserbehörde der Türkei haben die Auseinandersetzungen mit Syrien in erster Linie politische Gründe: Syrien fordere die Hoheit über die türkische Provinz Hatay an der Mittelmeerküste und habe jahrelang der PKK Schutz geboten, auch dem PKK-Führer Abdullah Öcalan. Auf der anderen Seite verfüge die Türkei über enge militärische Beziehungen zu Israel. [Seit Anfang 2009 haben sich die Beziehungen zwischen der Türkei und

¹⁰⁹⁸ Vgl. EK (2004), S. 8.

¹⁰⁹⁹ Vgl. Tibi, Bassam (1997): Aufbruch am Bosphorus, München, S. 117.

¹¹⁰⁰ „Diese Pläne scheiterten bisher an der Skepsis der arabischen Staaten, die sich nicht in eine Abhängigkeit von der Türkei und verschiedenen Transitländern, wie Israel, bringen wollten.“ Vgl. Müllauer, Claudia: in: http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-701/_nr-6/i.html (16.12.2009).

¹¹⁰¹ Vgl. Fröhlich, Christiane (2006): Zur Rolle der Ressource Wasser in Konflikten, in: http://www1.bpb.de/themen/X80AUV,1,0,Zur_Rolle_der_Ressource_Wasser_in_Konflikten.html (15.12.2009).

Israel auf Grund der Palästina-Frage verschlechtert, I.E.] Trotz dieser Probleme halte sich die Türkei bisher an ihre Verpflichtung, die versprochene Menge Euphratwasser an Syrien zu liefern. Das oft heraufbeschworene Szenario eines Wasserkrieges beider Länder habe wohl auch hier wenig mit der Wirklichkeit zu tun. In diesem Rahmen fordert die EU bezüglich der Nachbarschaftspolitik, dass die (Beitritts- oder Mitglieds-)Länder der EU mit ihren Nachbarn gute Beziehungen aufbauen.¹¹⁰²

Genau zu diesem Punkt behaupten türkische EU-Skeptiker, die Europäer beanspruchten durch eine Aufnahme der Türkei, die Wassermassen von Euphrat und Tigris gemeinsam zu regulieren. Dies stehe eindeutig den nationalen Interessen der Türkei entgegen.¹¹⁰³ Durch die großen Wasserreserven von Euphrat und Tigris baut die Türkei seit dem Jahr 1976 die Staudämme des Südostanatolienprojektes (türk. Güneydoğu Anadolu Projesi, GAP)¹¹⁰⁴ auf. Das GAP ist das größte regionale Entwicklungsprojekt der Türkei und kann „mit 22 Dämmen und 19 Wasserkraftwerken den wachsenden Energiebedarf der Türkei decken. Heute soll das Vorhaben, in das der türkische Staat am Oberlauf von Euphrat und Tigris 32 Mrd. Dollar investiert, in erster Linie dazu beitragen, die Unterentwicklung der Region zu überwinden“. ¹¹⁰⁵ Erstaunlich ist auch, dass sich das GAP über eine Fläche wie die der drei Beneluxstaaten ausdehnt. Durch dieses Projekt würden 1,3 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen, damit würde sich die Zahl der Stellen in Südostanatolien gegenüber 1985 nahezu verdoppeln.¹¹⁰⁶

¹¹⁰² „Ein Expertenworkshop zum Thema Wasser, Entwicklung und Zusammenarbeit des Zentrums für Entwicklungsforschung in Bonn schätzte im März 2004 die Chancen für eine Kooperation zwischen der Türkei und Syrien als sehr gut ein. Grund dafür sei, dass die Türkei, die ihr Gewicht im Nahen Osten deutlich mache und damit ihre Attraktivität für die EU steigern wolle, große Gesprächsbereitschaft signalisiere.“ Vgl. Müllauer, Claudia: Ebd.

¹¹⁰³ Vgl. Doster, Barış (2005): Gap’i GOP’a Feda Etmek, in: Bir Millet Uyanıyor 1, S. 127 – 140.

¹¹⁰⁴ Vgl. Ruf, Ute: in: <http://www.akwasser.de/ausstellungen/virtuellwasser/gaplang1.-pdf> (30.12.2009).

¹¹⁰⁵ Vgl. Steinbach, Udo (2001): Die Geschichte der Türkei, S. 115.

¹¹⁰⁶ Die Ziele der Türkei beim GAP sind folgende:

- „Entwicklung des Ostens der Türkei und Erhöhung des Lebensstandards der dortigen Bevölkerung,
- Schaffung neuer Arbeitsplätze in allen Bereichen (Dienstleistung, Industrie und Landwirtschaft),
- Energiegewinnung und Verringerung der Abhängigkeit vom Öl,
- zusätzliche staatliche Einnahmen durch den Wasserhandel mit den Nachbarländern und dem ganzen Nahen Osten (z. B. mit Israel),
- Bewässerung der Steppe und Erschließung landwirtschaftlicher Nutzflächen,
- Diversifizierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse,
- Erhöhung des Exports aus der Region durch eine exportorientierte Agrarproduktion,

Im Zuge des GAP behaupten die türkischen Nachbarländer Syrien und Irak, die Türkei könne das Wasser als politisches Machtinstrument einsetzen. Hingegen stellt die türkische Seite wie folgt klar: „Die anderen Staaten der Region haben Öl, wir haben Wasser.“¹¹⁰⁷ Einem Bericht der Vereinten Nationen zufolge könnte Syrien ab 2025 Wassermangel leiden.¹¹⁰⁸ Es ist daher zu prognostizieren, dass dann soziale Spannungen in dieser Region zunehmen würden.¹¹⁰⁹ Währenddessen haben sich die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und Syrien in den letzten Jahren enorm verbessert. In dieser Hinsicht argumentieren EU-Gegner in der Türkei, das Wasser werde nicht zu den Ländern dieser Region gelassen, und verweisen hier auf Erfahrungen in der Erdölfrage u. a. im Irak. Mit ihren hegemonialen Tendenzen werde dabei auch die EU ihren Platz einnehmen, wie es in der Geschichte des westlichen Kolonialismus nicht selten sei.¹¹¹⁰ Zudem hätte auch Israel Pläne, diese Wasservorräte für eigene Interessen nutzbar zu machen.

Dieses EU-skeptische Argument ist in den Erklärungen verschiedener Akteure der Medien und Parteien in der Türkei sichtbar: Nach der linksnationalistischen Position Öngürs wird „durch das Argument des ‚Krieges um Wasser‘ versucht, eine Lüge des globalen Imperialismus zu verbreiten bzw. seine Welthegeemonie zu festigen. [...]. Was sollten drei Nachbarländer nicht miteinander teilen können, wo sich doch 70 % des Tigris und 70 % des Euphrat in den Persischen Golf ergießen? Es gibt zwischen der Türkei, dem Irak und Syrien aufgrund des grenzüberschreitenden Wassers keine Umstände, worüber sie sich nicht einigen könnten. Allerdings muss es welche geben, damit der globale Imperialismus die Völker im Nahen Osten gegeneinander aufwiegeln und sie schwächen kann. Es ist unbestreitbar, dass, falls der Imperialismus die Macht über die Wasserquellen erhalten kann, er diese Macht als

-
- Ansiedlung von Industrien: In der ersten Stufe ist eine Ansiedlung der Lebensmittelverarbeitung geplant, weitere Industriezweige wie Möbelherstellung, Textil und Chemie sollen folgen;
 - Förderung des Tourismus: Erschließung vieler historischer und archäologischer Stätten durch den Ausbau der Infrastruktur (Straßen, Hotels usw.) sowie
 - gesellschaftliche Umwandlung: Frauenprojekte, Ausbildung, Erziehungstätigkeiten und Gesundheitsleistungen.“

Vgl. N. N.: Südostanatolien-Projekt, in: <http://www.kalkriese.de/S%C3%BCdostanatolien-Projekt.html> (15.12.2009); vgl. Kienle, Silke (2003): Das Südostanatolien-Projekt, Eichstätt.

¹¹⁰⁷ Vgl. N. N.: Südostanatolien-Projekt, a. a. O.

¹¹⁰⁸ Siehe Dokumentarfilm „Großstaudämme der Türkei – Streit um Wasser von Euphrat und Tigris“. <http://video.aol.co.uk/video-detail/grostaudamme-der-trkei-streit-um-wasser-von-euphrat-und-tigris/3312478223> (15.12.2009).

¹¹⁰⁹ Vgl. Brill, Heinz: in: <http://www.bmlv.gv.at/omz/ausgaben/artikel.php?id=423> (15.12.2009).

¹¹¹⁰ Vgl. Vatandaş, Aydoğan (2008): Armagedon: Türkiye-İsrail Gizli Savaşı, S. 13 – 25.

eine Peitsche über diese Länder benutzen wird. [...]. Die Türkei, die die Verwaltung ihrer Flüsse der EU überträgt, wird besetzt, ohne dass eine Armee dafür benutzt wird.“¹¹¹¹ Der Generalsekretär der linksnationalistischen Arbeiterpartei, Gültekin, bewertet diesen Punkt folgenderweise: „Warum hat das Einzugsgebiet von Euphrat und Tigris eine so große Bedeutung für Europa? [...]. Der wesentliche Grund ist, dass sich hier 15 % der Weltreserven an Erdöl befinden. Heute schon ist das Wasser von Euphrat und Tigris ein sehr wichtiger weiterer Grund für das Interesse des westlichen Imperialismus am Kurdenproblem. [...]. An die Stelle der fossilen Brennstoffe wie Erdöl, Erdgas und Kohle werden natürliche Quellen wie Wasser, Wind und Sonne treten. Das Wasser wird aus Gründen wie Vermehrung der Weltbevölkerung, Klimawandel, zunehmender Desertifikation und Abnahme der benutzbaren sauberen Quellen zu einer Ware, deren Wert mit jedem Tag größer wird. [...]. Im Jahr 2004 sagte man, dass die Türkei spätestens 2014 ein Vollmitglied der EU sein würde. Die AKP und die anderen EU-Anhänger behaupteten sogar: ‚Falls wir unsere Hausaufgaben gut machen, können wir sogar noch vor 2014 Vollmitglied werden.‘ Heute hingegen wird als Datum für die Vollmitgliedschaft das Jahr 2023 ausgesprochen; und das auch nur sehr leise. Sogar in dieser Lage unterwerfen wir uns jeder Forderung, die von Europa diktiert wird.“¹¹¹² Der Journalist Kay von der nationalistischen Zeitung *Yeniçağ* behauptet dazu, dass es die EU tatsächlich auf das GAP (Südostanatolien-Projekt) abgesehen hat: „GAP wurde als das achtgrößte Projekt der Welt ins Leben gerufen. [Allerdings, I.E.] hat der Staat dem privaten Sektor die Tore geöffnet, weil bis jetzt nur die Hälfte (16 – 17 Milliarden Dollar) der erforderlichen GAP-Investitionen getätigt wurden. [...]. Die Wahrscheinlichkeit, dass angesichts der Erfolglosigkeit bei der Bewässerung diese der Kontrolle der EU unterstellt werden könnte, ist ein Thema, worüber im Zuge der Sicherheit der Türkei und der Region am meisten nachzudenken ist. Hierbei treten auch multinationale Firmen in Aktion. [...]. Ihre eigentliche Absicht ist es, die Kontrolle in der Hand zu halten. [...]. Israel kauft nicht umsonst in dieser Region Boden auf.“¹¹¹³ Vor diesem Hintergrund kritisiert Oya Akgönenç, Mitglied der Leitung der islamistischen Partei der Glückseligkeit, die EU folgendermaßen: „Die Partei

¹¹¹¹ Vgl. Öngür, Tahir: Açılımın İncir Yapağı Düştü, in: <http://haber.sol.org.tr/yazarlar/tahir-ongur/acilimin-incir-yapragi-dustu-firat-ve-dicle-sularini-ab-yonetecek-2-1071> (03.12.2009).

¹¹¹² Vgl. Gültekin, Bedri M.: Dicle ile Fırat'ın suları, in: <http://www.ip.org.tr/lib/pages/detay.asp?goster=haber-detay&idhaber=2137> (15.12.2009).

¹¹¹³ Vgl. Kay, Selda Öztürk: Orta Doğu'da uyumayan sorun: Su (4), in: <http://www.yenicaggazetesi.com.tr/haberdetay.php?hit=361> (15.12.2009).

der Glückseligkeit hat durch eine Broschüre¹¹¹⁴ die wahren Absichten der EU dechiffriert. Mit dem Thema um Euphrat und Tigris hat sich die Türkei wieder auf einen gefährlichen Prozess eingelassen. Bei der Stellung dieser Forderung gibt die EU als Begründung die gleichberechtigten Ansprüche auf das Wasser seitens Israels und der Nachbarn an. Das heißt, von der Türkei, Syrien und Jordanien ist nicht die Rede. Es gibt nur Israel. Wenn wir die Sache geografisch betrachten, müssten die Namen dieser Länder vor Israel genannt werden. In diplomatischen Schriften ist es ausgesprochen wichtig, was wo platziert wird. Da kommt uns die folgende Frage in den Sinn: Werden in Zukunft diese Gebiete ‚das Gebiet eines vergrößerten Israel‘¹¹¹⁵ sein? Wenn dem so ist, warum wird das nicht ausgesprochen?“¹¹¹⁶Die

¹¹¹⁴ Vgl. Saadet-Partei: AB TÜRKİYE İLERLEME RAPORU’NUN GERÇEK YÜZÜ VE GİZLİ TUZAKLARI [Das wahre Gesicht und die versteckten Fallen des Berichtes bezüglich der Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt], Überarbeitete zweite Auflage, 1. Dezember 2004. (Erste Auflage: 14. Oktober 2004.)

¹¹¹⁵ Darüber schreibt Hür Folgendes: Die religiöse Referenz des Themas ‚das verheißene Land‘, worauf das Projekt ‚Groß-Israel‘ sich zu stützen behauptet und woran heute im Mittleren Osten und in der Türkei viele Menschen von Herzen glauben, ist das Alte Testament: (Ex 23:31) „Gott sagt zu den Israeliten: ‚Ich werde eure Grenzen vom Roten Meer bis zum Palästinensischen Meer, von der Wüste bis zum Fluss Euphrat bestimmen.‘“ Dies beschreibt die Grenzen des jüdischen Königreiches zur Zeit Davids (1000 v. Chr.). Diese Thematik führte 2004 zu einer besonders absurden Diskussion unter türkischen Politikern. Der stellvertretende Vorsitzende der Partei der Großen Einheit, Atila Şimşek, hatte im Türkischen Parlament behauptet, dass die Israelis in der GAP-Region Land aufkaufen wollten. Dies sei Teil eines Projekts. Zu diesem Zweck versuchten sie [die Israelis, I. E.], die Kurden im Nordirak unter ihre Kontrolle zu bringen. In der Stadt Şanlıurfa [im Südosten der Türkei, I. E.] seien in einem italienischen Krankenhaus 2000 jüdische Kinder zur Welt gekommen, in deren Personalausweis dann diese Stadt als Geburtsort stehen würde. Wenn diese Kinder im Alter von 20 Jahren zurückkehren und Land erwerben würden, könnten sie diese Region [Hier ist das Gebiet „GAP“ gemeint, I. E.] zu ihrer israelischen Heimat machen. Der Gouverneur von Şanlıurfa entgegnete, dass es in Şanlıurfa kein italienisches Krankenhaus gäbe, kein Land an Personen, die nicht türkische Staatsbürger sind, verkauft worden sei, und dass Ausländer keine Geburtsscheine erhalten hätten. Der Generaldirektor des Grundbuchamtes Zeki Adlı erklärte [...], dass es nicht die geringste Information darüber gäbe, dass die Israelis Land in der Region aufkaufen würden. [...] Atila Şimşek gehört zu denjenigen Personen, die sich selbst von den obersten Organen des Staates nicht überzeugen lassen. Seitdem wurden noch mehrmals ähnliche Behauptungen unter der Hand in die Öffentlichkeit getragen.

Lassen Sie uns in Ruhe darüber noch mal überlegen: Es besteht kein Zweifel darüber, dass das Thema ‚das verheißene Land‘ unter den streng religiösen Juden eine große Bedeutung hat. Es besteht auch kein Zweifel an der Existenz fanatischer Nationalisten, die dem Traum von ‚Groß-Israel‘ nachjagen. Gibt es nicht in jedem Land solche Menschen: Menschen, die davon träumen, Groß-Armenien, Groß-Kurdistan oder das Land Turan, das sich vom Adriatischen Meer bis zum Chinesischen Meer erstreckt, zu erschaffen? Oder solche, die von einem ‚islamischen Weltstaat‘ träumen? Ist es nicht naheliegend, anzunehmen, dass alle bisherigen Machthaber in Israel – einen laizistischen Staat – Politik mit religiösen Referenzen gemacht haben? [...] Selbst wenn es so

Zeitung Akşam hat am 01.12.2009 folgende Behauptung aufgestellt: „Die Türkei hat bezüglich des grenzüberschreitenden Wassers die Integration in die EU akzeptiert. Als Gegenleistung für die Eröffnung des Kapitels ‚Umwelt‘ bei den Verhandlungen wird das Einzugsgebiet von Euphrat und Tigris mit der EU gemeinsam verwaltet.“¹¹¹⁷ Daraufhin hat der CHP-Abgeordnete Mehmet Sevigen beim Präsidium der Türkischen Großen Nationalversammlung am 04.12.2009 folgende Frage eingereicht: „Ist es richtig, dass ein Vertrag abgeschlossen wurde, dass die Verwaltung des Einzugsgebiets von Euphrat und Tigris an Europa übertragen wird?“¹¹¹⁸ Egemen Bağış, AKP-Mitglied und EU-Verhandlungsführer, hat dies wie folgt beantwortet: „Diese Behauptungen sind reine Fantasieprodukte“, und fügte weiter hinzu: „Der Ausdruck, der im Dokument vorkommt, lautet, dass zu erwarten ist, dass, nachdem die Türkei EU-Mitglied geworden ist, die internationale Bewirtschaftung von Wasserressourcen in dem Gebiet eine wichtige Frage für die EU werden kann. Die eingereichte Frage möchte ausdrücken, dass die Wasserquellen und die Staudämme unter internationale Verwaltung gestellt werden. Das sind Themen, die von Anfang an in den Dokumenten des Beitritts zur Sprache gebracht werden und der Öffentlichkeit zugänglich sind. [...] Die nationale Souveränität der Türkei ist nicht zum Thema einer Demagogie [...] zu machen. Den Flüssen Euphrat und Tigris passiert schon nichts.“¹¹¹⁹

wäre, dass im heutigen Israel Politiker an der Macht sind, die die Welt aus den Augen des Alten Testaments betrachten, ist es doch offensichtlich, dass sie nicht einmal in der Lage sind, den Gaza-Streifen und Westjordanland, wo nur 2 Millionen Menschen leben, unter Kontrolle zu halten. Unter diesen Bedingungen ist es doch unmöglich zu verstehen, wie sie das Gebiet eines ‚Großen Israel‘ verwalten sollten, in welchem 300 Millionen Menschen leben.

Als Resultat sollte festgehalten werden, dass die Beziehungen zwischen der Türkei und Israel oder Themen wie, wer die verminten Gebiete von den Minen säubern soll, aus politischer, wirtschaftlicher, diplomatischer oder militärischer Perspektive bis zum Ende diskutiert werden müssen, aber wir sollten nicht Gefangene solcher absurden Verschwörungstheorien werden.“ Vgl. Hür, Ayse: Deniz’den Nehir’e: Arz-ı Mevud, in: <http://www.taraf.com.tr/ayse-hur/makale-denizden-nehire-arz-i-mevud.htm> (31.05.2009).

¹¹¹⁶ Vgl. Akgönenç, Oya: AB’den Israil’e Fırat Güvencesi verildi, in: <http://www.cafesiyaset.com/haber/20091202/ABden-Israile-Firat-guvencesi-verildi.php> (15.12.2009).

¹¹¹⁷ Vgl. Aksam Zeitung: Fırat’ın suları AB’ye akacak, in: http://www.aksam.com.tr/2009/12/01/haber/dunya-/2947/firat_in_sulari_ab_ye_akacak.html (01.12.2009).

¹¹¹⁸ Vgl. Zit. nach Milliyet: Sevigen, Fırat ve Dicle’nin kontrolünün AB’ye devredileceği iddiasını sordu, in: <http://www.milliyet.com.tr/Siyaset/SonDakika.aspx?aType=SonDakika&ArticleID=1169719> (15.12.2009).

¹¹¹⁹ Vgl. Bağış, Egemen: „Sevigen’in iddiası hayal mahsulü“, in: http://www.haberx.com/sevigenin_iddias_i_hayal_mahsulu%2817,n,10295169,496%29.aspx (15.12.2009).

4.3.3.3 Geopolitische Argumente aus Sicht der untersuchten Parteien

Die geopolitischen Neigungen türkischer Parteien sollen (überwiegend) der Staatspolitik der Türkei entsprechen. Also sind auch die Fragen zum Ägäischen Meer vor dem Hintergrund nationaler Interessen zu bewerten. Bezüglich (eventueller) Zugeständnisse im Ägäischen Meer verlangen die Parteien AKP, CHP und MHP, auf keine nationalen Interessen der Türkei zu verzichten und keinen Konflikt mehr mit Griechenland zu haben. Diese drei Parteien fordern außerdem, dass die EU und Griechenland dabei nicht einseitig agieren. Die CHP und die MHP betonen ferner, dass hinsichtlich des Ägäis-Konflikts als Hauptwegweiser der Vertrag von Lausanne (1923) weitergelten müsste. Die AKP hebt die gute Nachbarschaftspolitik der EU hervor und erläutert, dass sie eine „Null-Problem-Politik“ bevorzuge. Die Ägäis könne ein Meer von Frieden und Freundschaft zwischen der Türkei und Griechenland sein, so AKP-Führer Erdoğan.¹¹²⁰ Demgegenüber sind aufgrund der „vorhandenen türkeiskeptischen Haltung in Griechenland“ die Oppositionsparteien CHP¹¹²¹ und MHP¹¹²² hier eher skeptisch, wenngleich sie sich dieses auch wünschen. Überdies unterstreicht die MHP, dass die Türkei zur Etablierung guter Beziehungen mit Griechenland bzw. der EU ohne Zugeständnisse fast nichts erreicht habe bzw. erreichen werde. Der Beweis dafür sei die Zahl der Vetos der Griechen, die sie gegenüber der Türkei bisher kassiert haben. Zudem bewerten die CHP und die MHP die diesbezügliche EU-Haltung zum größten Teil als die „Institutionalisierung griechischer Standpunkte“ auf der Ebene der EU.

Hinsichtlich der (möglichen) Pläne der EU zur Teilung der türkischen Kontrolle über die Wasserreserven von Euphrat und Tigris vertreten die Parteien AKP, CHP und MHP die Ansicht, das Euphrat-Tigris-Becken sei für die nationalen Interessen der Türkei unerlässlich, denn es könnte zur wirtschaftlichen Entwicklung der Türkei bzw. des Südostens des Landes einen wichtigen Beitrag leisten. Jedoch dürfte das Wasser nicht der Grund eines potenziellen Krieges zwischen den Staaten dieser Region sein. Auch in der EU befänden sich Länder, die darauf abzielten, ihre strategischen Besonderheiten zu bewahren. Von der Frage, ob die Türkei die Hoheit über dieses Wasser als eine Beitrittsvoraussetzung zur EU abgeben müsste, könne nicht die Rede sein. Aber es sei eine Zusammenarbeit mit den EU- und Nachbarländern bezüglich der Wasserversorgung denkbar. Im Vergleich zur Regierungspartei AKP vertreten

¹¹²⁰ Vgl. Erdoğan, Tayyip: Ege denizi, barış denizi olmalı, in: <http://www.cnnurk.com/2008/turkiye/01/23/egedenizi.baris.denizi.olmali/420308.0/index.html> (23.01.2008).

¹¹²¹ Interview des Autors mit Onur Öymen, 2006.

¹¹²² Interview des Autors mit Mehmet Müftüoğlu, 2006, Interviewnummer 35.

die CHP und die MHP ihre Positionen vehementer. Diese warnen die EU durch die Aussagen ihrer Politiker sogar nicht selten davor, sich in innertürkische Angelegenheiten einzumischen. Die AKP-Leitung findet entsprechende EU-skeptische Einstellungen übertrieben (obwohl in dieser Partei durch den Einfluss der Saadet-Partei auch eine EU-skeptische Neigung zu sehen ist) und betont, dass – wie andere starke Länder der Welt – auch die Türkei keine Verschwörungstheorie beachten bzw. konstituieren sollte, da Politik mit realistischem Denken zu führen sei.

4.3.4 Wirtschaftliche Argumente

Nachfolgend werden EU-skeptische Argumente aufgeführt, die wirtschaftlich begründet werden.

4.3.4.1 „Damals Kapitulationen, heute Zollunion“¹¹²³

Es werden unter diesem Argument hauptsächlich ökonomische Beziehungen zwischen den europäischen Staaten und dem Osmanischen Reich bzw. zwischen der EU und der Türkei gegenübergestellt. Dabei wird die 1996 realisierte Zollunion mit den im 19. Jahrhundert eingeführten Kapitulationen verglichen: Die osmanische Wirtschaft ist laut der türkischen EU-Skeptiker durch europäische Länder mittels dieser Kapitulationen ausgebeutet worden. Nun erfolge die Ausbeutung der türkischen Wirtschaft durch die Zollunion. Beim wirtschaftlichen Bankrott der Osmanen hätten die Kapitulationen einen nicht geringen Einfluss gehabt. Der gleichen Situation begegne die Türkei, weil sie im Namen der Transformation ihrer Wirtschaft die marktwirtschaftlichen neoliberalen Normen der EU übernommen hat, und zwar durch die Verwirklichung der Zollunion. Die wirtschaftliche Haltung der Europäer wird durch EU-skeptische bzw. -gegnerische Seite in der Türkei entsprechend dem folgenden Motto beschrieben: „Wenn die Türkei der EU die Hand gäbe, bekäme sie ihren ganzen Arm nicht mehr zurück!“ (Elini veren, kolunu kaptirir.).¹¹²⁴

¹¹²³ Vgl. Aydoğan, Metin (2006): Avrupa Birliği’nin Neresindeyiz? Tanzimattan Gümrük Birliğine, S. 101 – 132, vgl. Aygün, Sinan (2006): Avrupa Tüzağında Mankurtlaşan Türkiye, S. 131 – 150.

¹¹²⁴ Interview des Autors mit İbrahim Türk (Saadet-Partei), 2006; mit Erkan Yıldız (TKP), 2006; mit Hikmet Çiçek (İP), 2006; mit Bilal Habeşi Özkaynar (BBP), 2009 und mit Nurhan Cihan, Mete Koca und Ali Özdemir (MHP), 2008.

Bezüglich dieses Arguments wird von den türkischen EU-Skeptikern argumentiert, die Osmanen hätten versucht, ihre besonders ab dem 19. Jahrhundert und aufgrund lang dauernder, kostenaufwendiger Kriege verschlechterte Ökonomie zu verbessern. Zu diesem Zweck hätten sie mit europäischen Staaten wirtschaftliche Transaktionen unternommen, wobei das Osmanische Reich zu „Kapitulationen“¹¹²⁵ gezwungen worden sei. Somit sei eine Benachteiligung der osmanischen Wirtschaft entstanden. Denn die Kapitulationen sicherten großzügige Handelsprivilegien in Form von Steuer- und Zollerleichterungen sowie die Geltung des eigenen Rechts der europäischen Besitzer. Darüber hinaus hätten die zahlreichen Kredite sowie Militär- und Wirtschaftshilfen darin resultiert, dass die Osmanen nunmehr eine Scheinsouveränität besäßen. All dies sei bei der Zerstörung des Osmanischen Reiches nicht unberücksichtigt zu lassen.¹¹²⁶ Deshalb wird von türkischen EU-Skeptikern bzw. -Gegnern behauptet, dass „es im Grunde genommen keine Unterscheidung zwischen der heutigen Zollunion mit der EU und den damaligen Kapitulationen mit europäischen Mächten gibt, zumal die Ideologie von beidem gleich ist. Beide wurden aufgebaut zur zunächst wirtschaftlichen und dann generellen Schwächung bzw. Zerstörung der Osmanen bzw. Türken.“¹¹²⁷ Die Bestimmungen der Zollunion werden am häufigsten mit denen des Freihandelsabkommens der Osmanen mit England von 1838 (Vertrag von Balta-Limani¹¹²⁸) verglichen, und dadurch werden die Unterzeichnung und die Bedingungen der Zollunion heftig kritisiert.¹¹²⁹

Die Zollunion mit der EU bedeutet für die Türkei, dass Zölle beiderseitig abgebaut werden und ein gemeinsamer Außenzolltarif gegenüber Drittländern einzuführen ist. Hierzu muss man anmerken, dass die Zollunion von der Türkei akzeptiert wurde, obschon sich – laut türkischer Seite – infolgedessen kurz- bis mittelfristig wirtschaftliche Nachteile für die Türkei ergäben. Die EU hingegen könnte sofort davon profitieren.¹¹³⁰ Jedoch sieht die Türkei die Zollunion nicht nur als ein Mittel zur Verbesserung ihrer Wirtschaft an, sondern auch als eines zu einer stärkeren Westintegration und zur Beteiligung an einer internationalen wirtschaftlichen Blockbildung.¹¹³¹

¹¹²⁵ Vgl. Dawletschin-Linder, Camilla (1992): S. 173 f.

¹¹²⁶ Vgl. Yeşilyurt, Zuhale (2000): S. 18.

¹¹²⁷ Vgl. Manisali, Erol (2005): S. 32 – 47.

¹¹²⁸ Vgl. Gelvin, James L. (2005): S. 77.

¹¹²⁹ Vgl. Tezel, Yahya Sezai (1996): S. 32.

¹¹³⁰ Vgl. Plattner, Hans (1999): S. 91 f.

¹¹³¹ Vgl. Şen, Faruk (2005). S. 49 – 62.

Auf der anderen Seite kritisieren türkische EU-Skeptiker nicht nur die EU, sondern auch frühere Regierungen der Türkei, die „ein derart imperialistisches Assoziierungsverhältnis“¹¹³² mit der EU eingegangen seien. Laut türkischer EU-Gegner sei die Zollunion nichts als „einseitige Abhängigkeit“ und „Bevormundung“:¹¹³³ Bereits im ersten Jahr habe sich die Türkei gegen die negativen Folgen der Zollunion – durch den immensen Anstieg der Importe und den Rückgang der Exporte – kämpfen müssen. Überdies habe sie durch das Veto Griechenlands und die Entscheidung des Europäischen Parlaments – trotz vertraglich vorgesehener Verpflichtungen der EU – keine Finanzhilfen bekommen.¹¹³⁴ Ferner habe die EU keine Erleichterung für die Anpassungen der Türkei an die Bedingungen der Zollunion durchgesetzt. Zudem verfügen türkische Industrielle bis heute über keine Freizügigkeit innerhalb der EU. Daher benötigen sie jedes Mal, wenn sie in die EU-Länder reisen, ein Visum, ein Umstand, der ihre Flexibilität im Vergleich zu ihren Kollegen aus den EU-Ländern, die auf ihrer Reise kein solches benötigen, einschränkt.¹¹³⁵ Der größte Nachteil sei, dass die Türkei bei der Bildung von EU-Verträgen sowie bei Entscheidungsprozessen keinerlei Veto- oder Mitbestimmungsrechte habe, da sie kein Vollmitglied sei. Dadurch sei die Türkei auch davon ausgeschlossen, „die durch die Integration in den Binnenmarkt der EU entstandenen strukturellen Anpassungslasten durch eine Inanspruchnahme der Strukturfonds oder des sog. Kohäsionsfonds der EU abmildern zu können“¹¹³⁶. Folglich müsse die Türkei die Entscheidungen, die in Brüssel ohne ihre Beteiligung beschlossen werden, akzeptieren. Es sei in der osmanischen Zeit genauso wie heute: Die Osmanen hätten durch die Kapitulationen keine bedeutsamen Zölle (nur 3 %) von den Europäern verlangen können, und auch die Bedingungen ihrer wirtschaftlichen Transaktionen seien grundsätzlich von europäischen Partnern geregelt worden.¹¹³⁷ Darum schätzen türkische EU-Skeptiker die Zollunion als einen freiwilligen Souveränitätsverzicht ein.¹¹³⁸ Die Zollunion wird am meisten dahingehend kritisiert, dass sie ein „ungerechter Wettbewerb“ sei: Sie regle den freien Warenverkehr von

¹¹³² Vgl. Manisali, Erol (2005): S. 76.

¹¹³³ Vgl. a. a. O., S. 97 – 134.

¹¹³⁴ Hier wird von den EU-Skeptikern außerdem behauptet, dass das Handelsdefizit der Türkei überproportional höher als die Finanzhilfen sei, die die Türkei von der EU bekommen sollte.

¹¹³⁵ Interview des Autors mit Harun Gümrükcü in Hamburg, 2008, Interviewnummer 65.

¹¹³⁶ Vgl. Aktas, Murat (2005), S. 18; vgl. Gümrükcü, Harun (1997): Türkei und Europäische Union im Lichte der vollendeten Zollunion, in: ITES, Bd. 6, Istanbul 1997, S. 106 f.

¹¹³⁷ Vgl. Inalcik, Halil (2008): Önsöz [Vorwort], in: Kumrular, Özlem (Hg.): Türk Korkusu [Die Angst vor Türken], S. 14.

¹¹³⁸ Vgl. Tezel, Yahya Sezai (1996): S. 86.

Industriegütern und den industriellen Anteil verarbeiteter Agrarprodukte. Dadurch würden die wettbewerbsfähigen Güter der EU profitieren, nicht die der Türkei. Folglich betreffe die Zollunion höchstens ein Drittel der in der Türkei produzierten Waren, und dadurch werde die Handelsbilanz der Türkei mit der EU chronisch defizitär bleiben. Bei neuen Handelsabkommen der EU mit Drittstaaten fehle der Türkei in ihren handelspolitischen Beziehungen zu diesen Drittstaaten jeglicher Spielraum für Eigeninitiative.¹¹³⁹ Ferner habe die Zollunion die Türkei zu einer „site for dirty industry and a store of cheap labour“ gemacht.¹¹⁴⁰ Deswegen wird von den türkischen EU-Gegnern die folgende Frage gestellt: Ist dies ein Zoll- oder ein Ausbeutungsabkommen?¹¹⁴¹ Des Weiteren gilt die Zollunion nicht für landwirtschaftliche Produkte. Infolgedessen sei die Türkei zum Importland europäischer Industrieprodukte geworden. Aus diesen Gründen heraus fordern türkische EU-Skeptiker entweder die Beendigung der Zollunion oder zumindest die Verbesserung ihrer negativen Bestimmungen.¹¹⁴² Gemäß türkischer EU-Gegner sei die Zollunion unbedingt abzuschaffen. Türkische EU-Befürworter widersprechen oft der Kritik an der Zollunion mit der EU: Hinsichtlich des chronischen Handelsbilanzdefizits in der Türkei sei zu bedenken, dass türkische Industrieprodukte mit Ausnahme von Textilien bereits vor der Zollunion freien Zugang zum EU-Markt hatten und dass nach dem Inkrafttreten des Zollabkommens ein verstärkter Handelsstrom aus der EU in die Türkei abzusehen sei. Die bisherigen Vorzüge der Zollunion seien ein beträchtlicher Anstieg des Handelsvolumens mit impliziten Wohlfahrtsgewinnen für beide Seiten und eine Ausweitung der Handelsbeziehungen der Türkei auf Drittstaaten. Dies schließt eine stärkere Vernetzung von Produktions- und Vertriebswegen ein. Zudem sei die Zollunion bei der Transformation des industriellen Sektors der Türkei von hoher Bedeutung. Der zunehmende Konkurrenzdruck sei Anlass für die Herausbildung eigener Wettbewerbsvorteile und Produktivitätssteigerungen. Daraufhin sei das Wirtschaftsrecht durch Annäherung an internationale Standards modernisiert worden und damit auch das unternehmerische Umfeld. Deshalb fordern türkische EU-Befürworter, die Zollunion nicht zum „Sündenbock“ für alle Schwächen der türkischen Ökonomie zu machen und dadurch den eigentlichen Hauptnutzen der Zollunion zu untergraben. Dies sei erst nach einem EU-Beitritt durch den vollständigen Zugang zum Gemeinsamen Markt durchzuführen. Die Liberalisierung des

¹¹³⁹ Vgl. Aslan, Hatice (2005): Hoffnungen und Befürchtungen angesichts des EU-Beitritts, in: <http://library.fes.de/pdf-files/id/03029.pdf> (20.12.2009).

¹¹⁴⁰ Interview des Autors mit Doğu Perinçek, 2006.

¹¹⁴¹ Siehe www.ab.kemalist.org (12. 12. 2004).

¹¹⁴² Vgl. Turan, Kemal Kağan (2007): Atatürk, Avrupa Birliği ve IMF, S. 140 – 152.

Dienstleistungshandels würde vor allem Vorteile für die gesamte türkische Ökonomie bereithalten, zumal die Wirtschaftsstruktur der Türkei zu fast zwei Dritteln von Dienstleistungen geprägt sei. Ferner habe hier eine aktive Einmischung des Staates als Wirtschaftsakteur höhere Kosten verursacht. Dagegen würden Liberalisierung und Deregulierung für sinkende Kosten in der verarbeitenden Industrie sorgen und deshalb insgesamt zu einer höheren Wachstumsrate auch in anderen Wirtschaftszweigen führen. Schließlich wäre ein positiver Aspekt der Zollunion ein erhöhter Grad an „good governance“ in der türkischen Wirtschaft. Denn der *acquis communautaire* fordere einen regulativen Rahmen und unabhängige Aufsichtsbehörden, wodurch eine weniger krisenanfällige Ökonomie und ein nachhaltiger Wachstumspfad aufzubauen seien.¹¹⁴³

Sinan Aygün, Chef der Handelskammer in Ankara, der dafür eintritt, dass man aus der Zollunion austreten und stattdessen mit der EU ein Freihandelsabkommen abschließen sollte, erklärt die Gründe dafür so:

„Infolge der Zollunion hat sich das Außenhandelsdefizit der Türkei in 9 Jahren (1996 – 2005) um 167 % gesteigert und die Höhe von 184 Mrd. Dollar erreicht. In dieser Periode betrug der Export 309 Mrd. Dollar und der Import 492 Mrd. Dollar. Vom gesamten Außenhandelsdefizit der Türkei entfallen 79 Mrd. Dollar auf den direkten Handel mit den EU-Ländern und 105 Mrd. Dollar auf den Außenhandel mit Drittländern. Die Türkei muss gegenüber Drittländern durch die Zollunion nicht ihren eigenen Zolltarif, sondern den viel niedrigeren gemeinsamen Zolltarif der EU anwenden. Daher: Je eher die Türkei aus dieser Zollunion austritt, umso besser.“¹¹⁴⁴

Dagegen betont der Ökonom Yaman Törüner die Vorteile der Zollunion:

„Die EU ist immer noch der größte Handelspartner der Türkei, und das war auch vor der Zollunion so. [...] Dank der Zollunion lassen sich Firmen, die in Europa Waren verkaufen möchten, in unserem Land nieder. Die besten Beispiele dafür sehen wir in der Autoindustrie. Deshalb werden heute von 1 000 Autos, die auf der Welt verkauft werden, 14 in der Türkei produziert. Im Handel mit Autos ist unser Export höher als unser Import. Produkte aus dem Fernen Osten und China, die in den europäischen Markt eintreten möchten, werden zunächst in unser Land importiert und anschließend zollfrei in die EU-Länder überführt. In diesem Zusammenhang gibt es auch Waren, die als Grenzhandel

¹¹⁴³ Vgl. Ülgen, Sinan/Zahariadis, Yiannis (2004): The Future of Turkey-EU Trade Relations. In: Turkish Policy Quarterly, Vol. 3, No. 4; in: http://www.esiweb.org/pdf/esi_turkey_tpq_id_12.pdf (12.07.2008).

¹¹⁴⁴ Vgl. Aygün, Sinan: in: <http://www.atonet.org.tr/yeni/index.php?p=294&l=1> (01.01.2010).

importiert werden. Die Türkei ist zu einem Transitland geworden. Wir verdienen sowohl am Transport als auch als Mittler. Die Anzahl unserer Unternehmer steigt. Wir haben im Außenhandel viel gelernt und können mittlerweile stärker am Welthandel teilnehmen. [...] Die Beziehungen, die mit dem Handel beginnen, werden mit dem Tourismus fortgeführt. Die Türkei entwickelt sich zu einem Handelsstützpunkt. Die alte ‚Seidenstraße‘ wird wieder zum Leben erweckt. Der türkische Unternehmer hat gelernt, wettbewerbsfähig zu sein und Partnerschaften mit Ausländern einzugehen. [...] Solange die Handelsbeziehungen fortgesetzt werden und sich verstärken, wird sich Europa gezwungen sehen, uns in die Union aufzunehmen.¹¹⁴⁵ Beim Außenhandel, den wir mit den EU-Ländern treiben, ist die ‚offene Position‘ immer weiter gefallen. Hierbei hat sich der Deckungsanteil des Exports am Import von 51,4 % auf 89,2 % erhöht. Wenn dieser Trend anhält, wird unser Export in die EU unseren Import aus der EU übersteigen.“¹¹⁴⁶

4.3.4.2 Der Verkauf der nationalen wirtschaftlichen Interessen der Türkei durch die Privatisierung

Das Wesentliche dieses EU-skeptischen Arguments lässt sich wie folgt zusammenfassen:¹¹⁴⁷ Die Türkei hat seit ihrer Gründung mit knappen Ressourcen eine Wirtschaft aufgebaut, die nicht als schlecht zu bezeichnen ist. Mit vielen Wirtschaftssektoren ist sie in den jeweiligen Branchen zum Selbstversorger geworden und hat es in manchen Sektoren (z. B. Stahlindustrie) sogar geschafft, auf dem Weltmarkt mitzureden. Allerdings werden diese Betriebe heute durch die Privatisierung unter ihrem realen Wert „verhökert“. In einem Staat, der keine unabhängige Wirtschaft hat, ist es ziemlich leicht, zu spekulieren und zu manipulieren. Sogar in den EU-Ländern, so z. B. in Deutschland und Frankreich, bleiben wesentliche und strategische Sektoren und Betriebe (z. B. Energie und Telekommunikation) unter der Kontrolle des Staates.¹¹⁴⁸ Die Türkei jedoch überträgt ihre Souveränitätsrechte an

¹¹⁴⁵ Vgl. Törüner, Yaman: Gümrük Birliği muhteşem sonuç verdi, in: <http://www.milliyet.com.tr/Default.aspx?aType=YazarDetay&ArticleID=524058> (02.01.2010).

¹¹⁴⁶ Vgl. Törüner, Yaman: Gümrük Birliği ne getirdi?, in: <http://www.milliyet.com.tr/Default.aspx?aType=YazarDetay&ArticleID=524453> (02.01.2010).

¹¹⁴⁷ Interview des Autors mit Ramazan Kağan Kurt, am Telefon, 2008, Interviewnummer 85.

¹¹⁴⁸ Um ähnliche Tendenzen aus dem Ausland zu zeigen, nennen diese EU-Skeptiker bzw. Gegner hier als Beispiel auch den Verkauf sechs großer amerikanischer Häfen an einen Konzern in Dubai, Dubai Ports World (DP World). DP World betreibt weltweit Häfen. Dieser Verkauf, der in der zweiten Periode von Bush im Jahr

ihrer Wirtschaft unter dem Namen der EU-Normen.¹¹⁴⁹ Der Umstand, dass der EU- und globale Imperialismus wichtige Wirtschaftszweige der Türkei in Besitz nehmen könne, wird laut der EU-skeptischen Seite in der Türkei in Zukunft wie ein Damoklesschwert wirken. Bei jeder eigenständigen Politik der Türkei würde dies gegen die Türkei als ein Drohinstrument benutzt. Deshalb sei die Privatisierung eigentlich als ein Diktat des ausländischen Kapitals zu verstehen.¹¹⁵⁰ Ferner sei die Privatisierung von Staatsbetrieben, die ein (hohes) Profitpotenzial besitzen, das Resultat dessen, dass die Regierungen der Türkei (wie die von Özal und Erdoğan) kein Vertrauen in die Dynamik der Wirtschaft des Landes haben. Zudem berge auch der Umstand, dass die Gelder, die aus den durchgeführten Privatisierungen eingenommen werden, nicht für neue Investitionen eingesetzt werden, ein eigenständiges Risiko. In diesem Prozess ziehen sich türkische Unternehmer aus dem Markt zurück. Die Banken (zu 40 %) und große Firmen gelangen Stück für Stück in den Besitz von Ausländern. Die kommenden ausländischen Firmen schaffen keine neuen Arbeitsplätze, aber die Gewinne werden abgeführt. Das heißt, das Geld wird in der Türkei verdient, aber außerhalb verwertet.¹¹⁵¹

Im Zusammenhang mit diesem Argument sind die drei Entwicklungsperioden der türkischen Wirtschaft darzulegen: Das Erbe der osmanischen Vergangenheit lastete zunächst schwer auf der neu gegründeten Türkei, da im Reich nur wenige industrielle Betriebe bestanden hatten. In ihrer Entwicklungspolitik setzte die Regierung unter Mustafa Kemal ab 1923 auf die Industrie und verminderte die Landwirtschaft in bestimmtem Maße. In den Folgejahren investierte der Staat in die Infrastruktur, um die private Wirtschaft anzuregen. Ansonsten wurde eine liberale Wirtschaftspolitik gepflegt. In dieser Phase kam die private Wirtschaft durch die schlechten Rahmenbedingungen nicht im gewünschten Rahmen in Gang. Trotzdem legte die türkische Wirtschaft zwischen 1923 und 1930 durchschnittlich um 11 % zu. Nach dem Ende der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre wurde die Industrialisierung durch staatliche Investitionen und Firmengründungen beschleunigt. Der Etatismus als Wirtschaftspolitik und die

2006 realisiert wurde, löste bezüglich der Terrorismus-Gefahr in den USA einen parteiübergreifenden Aufschrei der Empörung aus. Daraufhin wurde er abgelehnt. Vgl. Wallstreet: in: <http://wallstreet.no/content/view/479/1/> (04.01.2010).

¹¹⁴⁹ Als zweite Bedingung der Kopenhagener Kriterien von 1993 wird eine „funktionierende Marktwirtschaft“ gefordert.

¹¹⁵⁰ Vgl. Dura, Cihan: Özelleştirme nelere mal oluyor (2), in: <http://www.millimucadele.org/84/dura84.htm> (18.12.2009), vgl. Kommunistische Partei der Türkei (TKP): Özelleştirmeler ve kamunun cokertilmesi işsizlik yaratmıştır, in: <http://www.tkp.org.tr/secim2007/pdfler/Issizlik.pdf> (18.12.2009).

¹¹⁵¹ Vgl. Etikhaber: in: <http://www.etikhaber.com/content/view/16624/30/> (05.6.2006).

Fünfjahrespläne als Wirtschaftsstrategie wurden bevorzugt. Dazu wurde eine Import-Substitutionspolitik verfolgt.¹¹⁵²

Die Ära zwischen 1945 und 1980 ist als eine binnenorientierte Importsubstitutions-Wirtschaftspolitik zu bezeichnen: Die inländischen Unternehmer wurden durch Schutzzölle vor der ausländischen Konkurrenz geschützt. Allerdings ist zu konstatieren, dass der Großteil der staatlichen Wirtschaftsunternehmen ineffizient organisiert war. Die Staatsbetriebe wurden von der Politik für politische und soziale Ziele instrumentalisiert: Erstens mussten sie ihre Waren zu politisch motivierten Festpreisen verkaufen. Zweitens wurden sie als „Auffangbecken“ für Arbeitslose missbraucht und stellten darum über ihren Bedarf hinausgehend Personal ein. Der Staat investierte mehr, als er einnahm, um die hochgesteckten Ziele der Fünfjahrespläne zu erfüllen. Dies führte zu einer Erhöhung des Haushaltsdefizits und der Schulden, bis die Inflation zweistellige Werte erreichte – erst 2004 gelang es wieder, eine einstellige Inflationsrate zu erreichen.¹¹⁵³

Das Jahr 1980 ist der historische Wendepunkt in Richtung neoliberaler Ökonomie – mit einem Strukturanpassungsprogramm unter der Aufsicht der Bretton-Woods-Institutionen. Hier werden Importverbote und -beschränkungen abgebaut, und der Export wird gefördert. Überdies werden z. B. die Bedingungen ausländischer Investitionen erleichtert. „Trotz des neoliberalen Diskurses, der in der staatlichen Regulation den Ursprung aller ökonomischen sowie gesellschaftlichen Übel sieht, begleiteten staatliche Aktivitäten den Strukturwandel der Ökonomie.“¹¹⁵⁴ In dieser Zeit erhöhte sich der Anteil der privaten Wirtschaft stark, auch angesichts der steigenden Privatisierung ehemals staatlicher Unternehmen. Ferner vermehrte sich durch die Senkung der Importbarrieren der Konkurrenzdruck bei den türkischen Betrieben. Jedoch trat der befürchtete Zusammenbruch der türkischen Wirtschaft nicht ein. Aber auch die erhoffte Steigerung der ausländischen Investitionen kam nicht zustande.

Hierzu werden diese drei Perioden der türkischen Wirtschaft von den türkischen EU-Skeptikern mit den folgenden Kriterien: Arbeitslosigkeit, ökonomisches Wachstum, industrielle Entwicklung, Außenschulden und Handelsdefizit, konfrontiert: Die erste Periode sei als erfolgreichste, die zweite Periode als mittelmäßig und die dritte Periode als zunehmende

¹¹⁵² Vgl. Gumpel, Werner (1985): Wirtschaftssystem und Wirtschaftsentwicklung, in: Klaus-Detlev Grothusen (Hg.): Türkei, Südosteuropa-Handbuch. Band IV, Vandenhoeck & Ruprecht, S. 327 – 345.

¹¹⁵³ Vgl. Hershlag, Zvi Yehuda (1985): Economic Policies, in: Klaus-Detlev Grothusen (Hg.): Türkei, Südosteuropa-Handbuch. Band IV, Vandenhoeck & Ruprecht, S. 346 – 368.

¹¹⁵⁴ Vgl. Ataç, Ilker: „Was für einen Staat wünscht sich die EU in der Türkei? Nicht nur demokratisch, auch neoliberal muss er sein“, in: Kurswechsel, Heft 1/2004, Wien.

Fremdbestimmung der türkischen Wirtschaft zu bewerten.¹¹⁵⁵ Gemäß türkischen EU-Gegnern ist die dritte Phase in noch höherem Maße als Zerschlagung der türkischen Wirtschaft einzuschätzen.

Ferner ist zu beobachten, dass türkische EU-Befürworter hinsichtlich eines wirtschaftlichen Aufschwungs in der Türkei durch ausländische Direktinvestitionen zuversichtlich sind. Denn ausländische Firmen fühlen sich durch die EU-Reformen bzw. -Rechte ermutigt, vermehrt in der Türkei zu investieren. Dagegen betonen türkische EU-Skeptiker, dass der erwartete Wirtschaftsboom nicht stattgefunden habe. Türkische EU-Gegner fügen hinzu, dass er auch nicht stattfinden werde. In diesem Gegenstand ist Aygün der Meinung, dass „das [gemeint ist die rasche Verbesserung der türkischen Wirtschaft durch ausländische Direktinvestitionen, I. E.] uns schon gesagt wurde, als wir 1995 die Zollunion mit der EU unterzeichneten. Aber es ist nie wahr geworden.“ Er deutet darauf hin, dass es hierbei eine eindeutige Irreführung in der Türkei gäbe.¹¹⁵⁶ Des Weiteren argumentieren türkische EU-Skeptiker, europäische Konzerne selbst tätigten keine umfangreichen Investments in der Türkei. Vielmehr bevorzugten sie, über türkische Schwesterfirmen rentable Geschäfte zu kaufen. Laut türkischer EU-Gegner beabsichtigten europäische Konzerne hiermit, neben ihrem wirtschaftlichen Utilitarismus die Existenz der im EU-Prozess in die Türkei gekommenen ausländischen Firmen zu beweisen. Dadurch würde eine psychologisch günstige Atmosphäre in der türkischen Öffentlichkeit geschaffen, sodass die Türkei vor der Realisierung weiterer EU-Bedingungen, sowohl auf politischer als auch wirtschaftlicher Ebene, keine Angst hätte. Auf diese Weise würde dieses Land wirtschaftlich unter Kontrolle gebracht. Es wird demgemäß von den türkischen EU-Skeptikern bzw. -Gegnern geglaubt, dass das, was seit 2002 in der Türkei erlebt werde, die Manipulierung der türkischen Wirtschaft bzw. die wirtschaftliche Eroberung der Türkei sei.

Bezüglich der ausländischen Direktinvestitionen in der Türkei ist festzustellen, dass das Investitionsförderungsgesetz aus dem Jahr 2004 in- und ausländische Investoren gleichstellt. In der Türkei wurden 2005 8 Mrd. US\$, 2006 16 Mrd. US\$ und 2007 21 Mrd. US\$ ausländische Direktinvestitionen getätigt. 2007 waren 18.223 ausländische Kapitalgesellschaften (inkl. Unternehmen mit ausländischer Beteiligung) in der Türkei aktiv. Außerdem erreichten die Netto-Direktinvestitionen 21.873 Mio. US\$. Die Zahl der Firmengründungen, Beteiligungen und Niederlassungen nimmt – besonders seit 2003 – mit steigender Tendenz

¹¹⁵⁵ Interview des Autors mit Ramazan Kağan Kurt, 2008.

¹¹⁵⁶ Vgl. Welt-Online: Die Zahl der EU-Skeptiker in der Türkei nimmt zu, a. a. O. (08.12.2009).

zu. Hingegen lag die Summe der ausländischen Investitionen bis 2002 bei vergleichsweise geringen 5,5 Mrd. US\$, davon allein 4 Mrd. US\$ aus Deutschland.¹¹⁵⁷

Hinsichtlich der Privatisierung in der Türkei ist zu konstatieren, dass die Türkei seit 1985 Privatisierungserlöse von 30 Mrd. US\$ erzielt hat, 22 Mrd. davon allein seit 2003 unter der Regierungspartei AKP. 2004 wurden durch Privatisierung von Staatsunternehmen nur 1,2 Mrd. US\$ erzielt. Im gesamten Jahr 2005 wurden 16 Mrd. US\$ erzielt: Die höchsten Einnahmen (6,55 Mrd. US\$.) bekam der Staat durch den Verkauf von 55 % seiner Anteile an der Türk Telekom (Telekommunikation). Ferner erhielt der Staat für 51 % der TÜPRAS-Aktien (Öl- und Gassektor) 4,14 Mrd. US\$. Zudem wurden für 2,77 Mrd. US\$ 46,12 % der Aktien von Erdemir an OYAK¹¹⁵⁸ (Schwermetallindustrie) verkauft. Erdemir gehört zu den 13 größten Stahlproduzenten der Welt. Für 755 Millionen US\$ ging der Hafen von Mersin an die PSA-Akfen-Gruppe aus Singapur. Als Nächstes sind die staatlichen Energie-, Zement- und Lotterie-Unternehmen zu privatisieren. Auf der anderen Seite sind Privatisierungen schon oft auf den erbitterten Widerstand der Gewerkschaften und des kemalistischen Establishments gestoßen, das eine etatistische Ordnungspolitik favorisiert. Der Wirtschaftsjournalist Bulut betont, dass er zwar nicht gegen Privatisierung sei, aber die Türkei so schnell wie möglich eine „nationale Wirtschaftspolitik“ entwickeln müsse:

„Warum privatisiert ein Staat seine Besitztümer? Die Antwort ist einfach: um die Last, die diese Besitztümer für die Bürger darstellen, abzuschaffen und die Qualität der Dienstleistungen zu erhöhen. [...]. Aus welchem Grund ist es wünschenswert, dass Besitztümer des Staates, die durch die Anwendung der richtigen Methoden mittelfristig rentabel sein könnten, schnell zu Geld gemacht werden? Diese Frage stellt sich nicht nur für die Türkei, sondern für alle Länder, die sich in der Entwicklung befinden und deren öffentliches Inventar umfangreich ist. Warum werden in der Türkei Firmen wie Tüpraş, Türk Telekom oder Ereğli verkauft?“¹¹⁵⁹ Überdies hat die Türkei nach der (türkischen Wirtschafts-)Krise 2001 und insbesondere in der neuen Weltordnung, die sich nach dem Angriff vom 11. September [2001, I.E.] gebildet hat, eine finanzielle Operation über sich ergehen lassen

¹¹⁵⁷ Vgl. Türkische Botschaft Wien: in: http://www.tuerkischebotschaftwien.de/v1/0_public/DEU/32_B_.asp (18.12.2009).

¹¹⁵⁸ OYAK ist die Beteiligungsgesellschaft des Unterstützungsfonds für die Armee, die 1961 gegründet wurde. Diese ist durch staatliche Zuschüsse, Steuererleichterungen und andere Vergünstigungen zum fünftgrößten Konzern der Türkei geworden. Vgl. Seufert/Kubaseck (2004): S. 104.

¹¹⁵⁹ Vgl. Bulut, Yiğit: Bu nasıl bir özelleştirme, in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=212219> (18.12.2009) und Devlet malı neden satılır, in: http://www.referansgazetesi.com/haber.aspx?HBR_KOD=78370&ForArsiv=1 (18.12.2009).

müssen, die sie in ihrer Geschichte noch nie erlebt hatte. Wir erlebten Betrügereien mit Geldtransfers von der Türkei ins Ausland. Die Türkei kam in die Lage, ihr gesamtes öffentliches Eigentum, das sie während der Geschichte der Republik erschaffen hat, verkaufen zu müssen. [...]. Da wir nichts mehr zu verkaufen haben, um diese Struktur fortzuführen; zu welchen unberechenbaren Folgen in der Türkei kann eine Gewinnabführung aus den verkauften Besitztümern oder eine neue globale Krise führen? [...]. Es reicht nicht aus, dass wir unsere Grenzen schützen, sondern es ist auch der Begriff der wirtschaftlichen Sicherheit auf der staatlichen Ebene ins Leben zu rufen.¹¹⁶⁰ Wenn die Privatisierung unter dem Motto ‚Verkaufe an Ausländer, rette dich, begleiche die kurzfristigen offenen Posten‘ durchgeführt wird, so, wie sie in den letzten fünf Jahren in der Türkei durchgeführt wurde, [...] wird das Ergebnis mittelfristig katastrophal sein! Es können ernst zu nehmende öffentliche Schulden, Einbrüche in den Sektoren und Schäden bei den Makrogleichgewichten entstehen, die nicht zu reparieren sind!“¹¹⁶¹

Im Hinblick auf dieses Argument ist auch zu verdeutlichen, dass seit den 1980er Jahren in den Mitgliedsländern der EG bzw. EU die öffentliche Infrastruktur zugunsten des sogenannten Wettbewerbs durch die Privatisierung reorganisiert wird.¹¹⁶² Hier gilt die neoliberale Vorstellung, dass private Unternehmen effizienter als staatliche bzw. öffentliche Anbieter seien. Die Rolle der EU ist bei der Privatisierung von Sektoren wie Energie, Bahn, Telekommunikation und Post nicht unwichtig. Der Privatisierungsprozess ist in Europa ungleichzeitig geschehen: Während Großbritannien als der Vorreiter der europäischen Privatisierungsdynamik gilt, sind Deutschland und Frankreich eher als Mitläufer zu bezeichnen. Zudem wurde nach anfänglicher Zurückhaltung und Skepsis die Liberalisierung innerhalb von 10 Jahren, zwischen 1988 und 1998, schnell umgesetzt. „Die rasante Entwicklung des Telekommunikationssektors samt sinkender Preise schuf die Legitimationsgrundlage für weitere Liberalisierungsschritte. Es folgten umfassende Liberalisierungsrichtlinien im Elektrizitäts- und Gassektor (1997 bzw. 1998), zu Postdiensten (1997 und 2002) sowie – etwas zurückhaltender – im Bahnsektor. Im Kern sehen diese Richtlinien die Einschränkung nationaler

¹¹⁶⁰ Vgl. Bulut, Yiğit: ‘Ekonomik güvenlik’ kavramını bilmeyen bir ülke, in: <http://haber.gazetevatan.com/haberdetay.asp?Newsid=153686&Categoryid=4&wid=150> (18.12.2009).

¹¹⁶¹ Vgl. Bulut, Yiğit: Türkiye'nin özelleştirme politikası' doğru mu?, in: <http://www.yurthaber.com/yazi/turkiyenin-ozellestirme-politikasi-dogru-mu-daha-dogrusu-var-mi--3829.htm> (30.07.2009).

¹¹⁶² Vgl. Lippert, Inge (2005): Öffentliche Dienstleistungen unter EU-Einfluss, Berlin.

Monopolrechte vor, um konkurrierenden Anbietern den Marktzugang zu ermöglichen. Die Grundannahme ist dabei, dass die Herstellung von Markt- und Wettbewerbselementen zu Produktivitätssteigerungen bei gleichzeitig niedrigeren Kosten führe.“¹¹⁶³ Schließlich ist zu erklären, dass nicht alle Liberalisierungsprojekte angesichts der Proteste und Widersprüche auf europäischer Ebene vollständig umzusetzen sind.

4.3.4.3 Wirtschaftliche Argumente aus Sicht der untersuchten Parteien

Im Zuge des Arguments „damals Kapitulationen, jetzt Zollunion“ meinen die Parteien AKP, CHP und MHP, dass die Entscheidung der Beteiligung an der Zollunion mit der EU in der Türkei überwiegend als Staatspolitik angenommen worden sei. Deshalb habe der türkische Staat sie trotz ihrer eventuellen negativen Effekte ratifiziert. Nach diesen drei Parteien ist der wichtigste Vorteil der Zollunion für die Türkei, dass die türkische Industrie dadurch kämpfen muss(te), um international wettbewerbsfähig zu sein. Jedoch sei die Ursache für bestehende Asymmetrien im Rahmen der Zollunion abzuschaffen. Hier wird als Kernpunkt die Regelung angedeutet, die neuen Handelspartnern der EU freien Zugang zum türkischen Markt gewährt, während türkischen Exporteuren die neuen Märkte verschlossen bleiben.¹¹⁶⁴ Daher müssten zukünftig in einer gemeinsamen Außenhandelspolitik die Interessen der Türkei in Handelsabkommen der EU mit Drittstaaten zum Tragen kommen. Überdies tendiert die MHP dazu, dass ansonsten die Rückbildung zu einer gleichberechtigten Freihandelszone zwischen der Türkei und der EU wahrscheinlicher sei als eine Vertiefung der bestehenden bilateralen Handelsbeziehungen.¹¹⁶⁵ Außerdem kritisiert die AKP die Zollunion nicht ausdrücklich – jedoch bringt sie diesbezüglich Probleme zur Sprache, u. a. die Visumfrage bei Arbeitgebern.¹¹⁶⁶ Hingegen ist die Kritik der CHP und MHP in ihren Verlautbarungen deutlicher. Selbst Baykal, ehemaliger CHP-Führer, ist folgender Ansicht: „Die Türkei hätte damals die Verhandlungen [bezüglich der Zollunion, I. E.] besser führen sollen.“¹¹⁶⁷ Ferner erklärt der derzeitige CHP-Vorsitzende Kemal Kılıçdaroğlu vor seiner Parteileitung, die Zollunion mit der EU werde gestoppt, wenn die CHP an die Macht komme und die Türkei immer noch kein

¹¹⁶³ Vgl. Deckwirth, Christina: Privatisierung europaweit, in: <http://www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/463584.html> (23.12.2009).

¹¹⁶⁴ Vgl. Ülgen, Sinan/Zahariadis, Yiannis: a. a. O.

¹¹⁶⁵ Interview des Autors mit Ramazan Kağan Kurt, 2008.

¹¹⁶⁶ Vgl. Davutoğlu, Ahmet: Davutoğlu'ndan 6 kritik konuda 6 mesaj, in: <http://www.euractiv.com.tr/ab-ve-turkiye/article/davutoglundan-6-kritik-konuda-6-mesaj-008228> (23.12.2009).

¹¹⁶⁷ Vgl. Baykal, Deniz (2006), S. 296.

Datum für eine Mitgliedschaft erlangt habe.¹¹⁶⁸ Zudem erörtert die MHP, die Zollunion sei ein wichtiger Grund für das Handelsdefizit und die Außenschulden der Türkei, wodurch die EU diese berücksichtigen müsste.¹¹⁶⁹

Hinsichtlich des Verkaufs der wirtschaftlichen Interessen der Türkei durch die Privatisierung sind die Positionen der Parteien AKP, CHP und MHP unterschiedlich: Die CHP hat sich am 03.08.2005 mit der Forderung der Annullierung des Privatisierungs-Gesetzes an das Verfassungsgericht gewandt. Darüber hat Haluk Koç, Mitglied der CHP, Folgendes ausgesagt: „In der Türkei hat sich der Prozess der Privatisierung einerseits in eine verantwortungslose Verfremdung und andererseits eine Plünderung gewandelt. In den letzten 20 Jahren hat die Privatisierung zu keinem konkreten Ergebnis geführt, außer dass die öffentlichen Quellen den Besitzer gewechselt haben.“¹¹⁷⁰ Nach Baykal „gibt es bei den Privatisierungen die allgemeine Erwartung, dass nur verkauft und als Gegenleistung ein bestimmter Betrag an Geld eingenommen wird. Jedoch sollte die Privatisierung ein Mittel dafür sein, um den Besitz auf breiterer Ebene zu verteilen und die Produktivität der Betriebe zu erhöhen. In der Türkei läuft es jedoch so ab, dass nicht einmal die Identität der jeweiligen Firma ganz klar werde, die bei der Ausschreibung den Zuschlag erhalten habe. Das zeigt, dass die Privatisierungen nicht gut geführt werden. Andererseits besteht kein Zwang, dass der Staat unbedingt als Unternehmer auftritt. Es ist nicht richtig, sich mit solch einem ideologischen Engagement an die Wirtschaft zu wenden. Das heißt aber nicht, dass alles ungeprüft und ungeachtet dessen, ob der Wert bezahlt wird oder nicht, an Freunde und Bekannte verkauft wird. Die Privatisierung ist so auszuführen, dass neue Arbeitsplätze geschaffen und somit die Arbeitslosigkeit gesenkt werden.“¹¹⁷¹

Der MHP-Abgeordnete Münir Kutluata kritisiert die Privatisierungspolitik der AKP folgendermaßen: „Wenn nun sogar schon Brücken und staatliche Lotterien an die Reihe gekommen sind, wie weit will man noch gehen? Kommt als Nächstes die Vermietung von Wasser, Wäldern und Böden? Zum Verkaufen ist nichts mehr übrig geblieben. Von 1986 bis 2002 wurde für 8 Milliarden Dollar und von 2002 bis 2008 für 30,2 Milliarden Dollar, also für ca.

¹¹⁶⁸ Vgl. Kılıçdaroğlu, Kemal: İktidara gelirse AB Türkiye'ye tarih vermezse Gümrük Birliği'ni askıya alacağız, in: <http://www.abhaber.com/haber.php?id=27970> (25.12.2009).

¹¹⁶⁹ Vgl. Türköne, Mümtazer: MHP ve Bilge Kağan, in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=13003> (25.12.2009).

¹¹⁷⁰ Vgl. Referans: CHP özelleştirme yasının iptalini istedi, in: http://www.referansgazetesi.com/haber.aspx?HBR_KOD=17979&KTG_KOD=147 (18.12.2009).

¹¹⁷¹ Vgl. N. N.: CHP ve MHP'nin özelleştirme itirafları, in: <http://www.tumgazeteler.com/?a=2134321> (18.12.2009).

40 Milliarden Dollar, privatisiert. Wofür ist dieses Geld ausgegeben worden? Wenn dieses Geld in die Problemgebiete der Türkei investiert worden wäre, wären die aktuellen ernstesten Probleme nicht vorhanden, und es gäbe keine Armut mehr.“¹¹⁷² Außerdem ist es nach der Meinung von Faruk Bal, Vize-Präsident der MHP, ein strategischer Fehler, dass manche Betriebe, so z. B. PETKIM (Petrochemiekonzern) an Ausländer verkauft werden.¹¹⁷³

Ali Babacan, ein Staatsminister der AKP, der sich mit Ökonomie beschäftigt, kündigt an, in der heutigen Welt stünden allgemein die Länder in größerem Maße miteinander im Wettbewerb, um Kapital anzuziehen. Die Behauptung: „Die verkaufen das Land Parzelle für Parzelle“, sei ein ernsthaftes Zeichen von Misstrauen. Nicht einmal in China würden derartige Diskussionen geführt. Er betont weiterhin, dass „das Kapital keine Farbe hat. Zum Beispiel sucht das arabische Kapital Plätze für Investitionen. Dieses Kapital wird von Frankreich, Großbritannien, Deutschland und den USA angezogen. Bei uns hingegen wird dem Kapital eine Farbe zugewiesen: Das grüne Kapital,¹¹⁷⁴ das rote Kapital.“¹¹⁷⁵ Diese Diskussionen führen zur Beunruhigung der Investoren. Sie hegen den Gedanken, dass ‚vielleicht die Regierung wechselt und uns was passiert.‘ Somit kommt es vor, dass sie sich in andere Länder begeben. Die Türkei muss dies endlich überwinden.“¹¹⁷⁶

4.3.5 Religiöse Argumente

Religionen können das Fühlen, Denken, Handeln und Verhalten von Menschen formen und sich normativ auf deren Wertvorstellungen auswirken. Dementsprechend kann eine Religion, in diesem Fall der Islam, die politische Orientierung von Individuum und Gesellschaft in der Türkei beeinflussen.¹¹⁷⁷ Die folgenden beiden Argumente bilden die religiösen Motive des türkischen EU-Skeptizismus „nach außen“: Erstens sei die EU ein „christlicher Klub“, und zweitens werde eine muslimische Türkei der EU nie beitreten dürfen, auch wenn sie die

¹¹⁷² Zit. nach Ortadoğu Gazete vom 25.11.2009, in:

<http://www.ortadogugazetesi.net/haber.php?id=14449&haber=-39daha-neyi-satacaksiniz-39>

¹¹⁷³ Vgl. N. N.: CHP ve MHP'nin özelleştirme itirafları, in: <http://www.tumgazeteler.com/?a=2134321> (18.12.2009).

¹¹⁷⁴ Das sogenannte „grüne Kapital“ beschreibt Investitionen, die aus islamischen (i. e. L. aus arabischen) Ländern stammen.

¹¹⁷⁵ Das sogenannte „rote Kapital“ beschreibt Investitionen, die aus vermeintlich kommunistischen Ländern stammen.

¹¹⁷⁶ Zit. nach Yenısafak vom 12.03.2007, in: <http://yenisafak.com.tr/Ekonomi/Default.aspx?t=12.03.-2007&i=34367> (12.03.2007).

¹¹⁷⁷ Vgl. Özakman, Turgut (2008): Şu Çılgın Türkler. Bilgi Yayınevi, S. 20 – 55.

Kopenhagener Kriterien erfülle. Ebenso existieren religiöse Motive „nach innen“, die wie folgt lauten: Christen in der Türkei würden sich nicht als Teil der Türkei sehen und könnten daher – wie in der Geschichte zu beobachten sei – gegenüber den Interessen des türkischen Staates mit westlichen Staaten zusammen agieren. Nachfolgend wird letztere Befürchtung näher dargestellt.

4.3.5.1 Der geheime Wunsch: Istanbul als Zentrum der orthodoxen Welt¹¹⁷⁸

Das Hauptmotiv des in der Überschrift genannten Arguments ist eine Angst, die aus der Geschichte stammt:¹¹⁷⁹ Laut den türkischen EU-Skeptikern bzw. -Gegnern haben einheimische Christen unter dem Einfluss der westlichen Großmächte – am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts und besonders während des Ersten Weltkrieges – das Osmanische Reich verraten bzw. bekriegt.¹¹⁸⁰ Hierbei habe die Kirche eine führende Rolle gespielt, indem sie christliche Bürger im Osmanischen Reich gegenüber den Osmanen mobilisiert habe. Bei den Unabhängigkeitsaktivitäten bzw. Aufständen von Griechen und Armeniern, besonders in den Jahren zwischen 1914 und 1922, sei diese religiöse Propaganda deutlich zu erkennen.¹¹⁸¹ Als negativ empfundene Erlebnisse zwischen Muslimen und Christen im Osmanischen Reich können demnach zu einem Skeptizismus gegenüber der EU in der heutigen Türkei führen,¹¹⁸² gerade in ihren nationalistischen und islamistischen Teilen. Hinsichtlich des geschichtlichen Hintergrundes ist Folgendes zu erklären: Das Osmanische Reich war im 19. Jahrhundert im Niedergang begriffen. Deshalb hatte es den dort nach Einfluss drängenden europäischen Mächten immer weniger entgegenzusetzen. Auf das Drängen der westlichen Staaten hin wurden z. B. die nichtmuslimischen Gruppen im Osmanischen Reich im Jahr 1856 bei offiziellen Gelegenheiten gleichberechtigt:¹¹⁸³ „Die europäischen Staaten ernannten sich zu Schutzmächten der christlichen Kirchen – die Russen etwa beanspruchten die Vertretung der Orthodoxen bei der Hohen Pforte, die Briten jene der Protestanten, und die Franzosen verhandelten im Namen der Katholiken mit den Vertretern

¹¹⁷⁸ Vgl. Taşkın, Hasan (2006): Vatikan'ın Türkiye Senaryosu, S. 133 – 151.

¹¹⁷⁹ Interview des Autors mit Niyazi Öktem an der Universität Bilge, in Istanbul, 2006, Interviewnummer 10.

¹¹⁸⁰ Vgl. Strittmatter, Kai: Türkei-Beitritt. Der fremde Freund, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/tuerkei-beitritt-der-fremde-freund-1.872678> (08.11.2006).

¹¹⁸¹ Vgl. Yılmaz, Hakan (2004): Turkey: within or outside Europe? A Historical perspective, S. 10.

¹¹⁸² Vgl. Akiner, Tolga: in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=242289> (22.12.2007).

¹¹⁸³ Vgl. Ahmad, Feroz (2005): Geschichte der Türkei. Magnus, Essen, S. 45 – 75.

des Osmanischen Reiches in Istanbul, aber auch in den Provinzen, zum Beispiel in Syrien oder Palästina. Die europäischen Großmächte erzwangen zudem die Errichtung von Konsulaten auf osmanischem Boden und betrieben von dort aus die Unterstützung ihrer Schutzbefohlenen weiter. Anfang des 20. Jahrhunderts war der Einfluss der europäischen Konsuln teilweise gigantisch – wohl in dieser Erfahrung liegt begründet, warum türkische Nationalisten so allergisch auf von außen unterstützte christliche Gemeinden reagieren.¹¹⁸⁴ Hinzu kommt, dass die türkische Identität maßgeblich sunnitisch-muslimisch geprägt ist. In diesem Rahmen ist die staatliche Legitimation des Islam mittels des Direktorats für religiöse Angelegenheiten ziemlich stark. Zu diesem Punkt fordern religiös motivierte EU-Gegner in der Türkei, dass dem Wirken der nichtmuslimischen Glaubensgemeinschaften möglichst enge Grenzen gesetzt werden, weil ihre Mitglieder „feindlichen“ Staaten angehörten bzw. sich dazu zugehörig fühlten. „Diese Grundhaltung ist auch eine Auswirkung des türkischen Geschichtsbewusstseins, in dem Nichtmuslime für den Untergang des Osmanischen Reiches verantwortlich gemacht werden.“¹¹⁸⁵

Im Zuge des EU-Integrationsprozesses der Türkei wird besonders seit 2005 oft zur Sprache gebracht, dass die Einheit und die nationale Souveränität der Türkei in Gefahr geraten würden, falls nichtmuslimische Minderheiten in der Türkei frei handeln könnten.¹¹⁸⁶ In diesem Kontext fragen türkische EU-Skeptiker, warum christliche Gemeinden in der Türkei bisweilen aus dem Ausland finanziell unterstützt werden. Für nationalistische EU-Gegner gilt jeder, „der kein sunnitischer, türkischsprechender Muslim ist, als Fremder. Dementsprechend werden auch die einheimischen Christen als Ausländer behandelt.“¹¹⁸⁷ Islamistische EU-Gegner entwerfen auch Verschwörungstheorien: „Der Papst, der griechisch-orthodoxe Patriarch und George W. Bush stünden in einem Verband des Bösen. [...] Unterfüttert wird das Ganze nicht selten von staatlichen Stellen: Die staatliche Religionsbehörde verteilte im vergangenen Jahr eine Predigt gegen Missionare, in der gegen ‚moderne Kreuzzüge‘ gewettert wird, die das Ziel hätten, ‚unseren jungen Leuten den islamischen Glauben zu stehlen‘. Der für Religionsangelegenheiten zuständige türkische Minister [Said Yazıcıoğlu,

¹¹⁸⁴ Vgl. Reimann, Anna/Musharbash, Yassin (2007): Christen in der Türkei, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,478091,00.html> (27.02.2010); vgl. Neumann, Christoph K. (2006): in: Kreiser, Klaus/Neumann, Christoph K. (Hg.): Kleine Geschichte der Türkei, S. 280, 303 f.

¹¹⁸⁵ Vgl. Aktas, Murat (2005): Die Türkei – Teil der Europäischen Union?, S. 60.

¹¹⁸⁶ Vgl. Somuncuoğlu, Sadi (2005): Göz göre göre kapana düştü Türkiye, Bir Millet Uyanıyor 4, S. 276 – 310.

¹¹⁸⁷ Vgl. Oehring, Othmar (2007), zitiert nach Reimann, Anna/Musharbash, Yassin, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland-/0,1518,478091,00.html> (27.02.2010).

I. E.] warnte im Jahr 2006 vor subversiven Umtrieben christlicher Missionare, die unter dem Deckmantel Lehrer, Ärzte, Krankenschwester ihrem zersetzenden Werk nachgingen.“¹¹⁸⁸

Nationalistische und islamistische EU-Gegner argumentieren ferner, dass das Byzantinische Reich (griechisches oder oströmisches Kaiserreich) durch den osmanischen Sultan Mehmed II. durch die Eroberung von Konstantinopel im Jahr 1453 beendet und diese Türkisierung bzw. Islamisierung von Istanbul von den Griechen und Orthodoxen bisher nicht vergessen worden sei. Daher würde die westliche Allianz bzw. neben den USA die EU durch die Beitrittsforderungen arrangieren, dass die strategisch wichtige Stadt Istanbul wieder zum Zentrum von Orthodoxen bzw. Christen werden könne. An dieser Stelle fragen bzw. kritisieren EU-Gegner, warum sich der Patriarch Bartholomeos¹¹⁸⁹ der „Ökumenische bzw. Universale Patriarch der Orthodoxen“ nenne.¹¹⁹⁰ Eine unabhängig strukturierte Kirche in Istanbul könne eine zerstörende Wirkung auf die einheitliche Formation der Türkei haben. Daneben wäre die Öffnung christlicher Schulen auf den türkischen ägäischen Inseln, Heybeliada und Yassiada, ein bedeutender Beitrag dazu. Aus diesem Grund dürfe die Türkei diese Beitrittsforderung der EU nicht durchsetzen.¹¹⁹¹ Hierzu meint die Türkei, dass die Anerkennung des „ökumenischen“¹¹⁹² Status des griechisch-orthodoxen Patriarchats heute eine Verletzung des Lausanner Vertrags darstellt, der als Gründungsdokument der modernen Türkischen Republik gilt. Deshalb ist das Patriarchat nicht dazu berechtigt, einen Titel zu tragen, der Universalität beansprucht. Die Türkei sieht den Patriarchen nur als Oberhaupt der schrumpfenden griechisch-orthodoxen Gemeinde in der Türkei.¹¹⁹³ Jedoch behaupten fundamentalistische Gruppierungen, dass „internationale dunkle Kräfte“ anstrebten, das Patriarchat in eine vatikanähnliche Zentralstelle der Orthodoxie zu verwandeln. Gleichzeitig wird die Führung der griechisch-orthodoxen Kirche als ein trojanisches Pferd Griechenlands eingeschätzt.¹¹⁹⁴

¹¹⁸⁸ Vgl. Reimann/Musharbash (2007): a. a. O.

¹¹⁸⁹ Der geistliche Führer von ca. 300 Millionen orthodoxen Christen in aller Welt.

¹¹⁹⁰ Siehe die offizielle Webseite der Patriarchate: <http://www.patriarchate.org/> (20.04.2008).

¹¹⁹¹ Vgl. Altındal, Aytunç, zitiert nach Bulut, Arslan (2005): Bir Millet Uyanıyor 5, S. 89–99.

¹¹⁹² Mit der Verwendung dieses Begriffs wird der Selbstbezeichnung des Patriarchen gefolgt. Der interkonfessionelle bzw. interreligiöse Dialog ist damit nicht gleichzusetzen.

¹¹⁹³ Vgl. Macar, Elçin (2003): Cumhuriyet Dönemi’nde İstanbul Rum Patrikhanesi; Vgl. Şahin, M. Süreyya (1999): Fener Patrikhanesi ve Türkiye; vgl. Özyılmaz, Emre (2000): Heybeliada Ruhban Okulu; vgl. Berkes, Niyazi (2005): Patrikhane ve Ekümeniklik und vgl. Hür, Ayşe: ‘Oksijeni kalmayan’ Fener Rum Patrikhanesi, in: <http://www.taraf.com.tr/ayse-hur/makale-oksijeni-kalmayan-fener-rum-patrikhanesi.htm> (27.12.2009).

¹¹⁹⁴ Vgl. Stieger, Cyrill: in: http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-469/_nr-601/i.html (20.04.2008).

Laut den türkischen EU-Gegnern kritisiert die EU die Türkei absichtlich so, dass Christen dort unter Druck seien bzw. es keine günstige Atmosphäre für sie in der Türkei gebe, die Lebensweise einer anderen Religion zu erfahren. Hinter der Voraussetzung der EU – die religiösen Freiheiten der christlichen Minderheiten in der Türkei müssten ausgeweitet werden – stehe der geheime Wunsch, die nötige Struktur in der Türkei zu bilden, damit die Aktivitäten der christlichen Missionierung besser unterstützt werden könnten. In diesem Sinne weisen die EU-Skeptiker als Beispiel auf 2005 in einigen Städten verteilte Bibeln hin.¹¹⁹⁵ Hier ist z. B. der folgende Fall zu erwähnen: „Soldaten haben in der türkischen Provinz [Artvin, im Nordosten der Türkei, I. E.] einen Priester und mehr als 20 Christen festgenommen. Die Gemeinde wollte in der Region einen Gottesdienst abhalten. Aufgefallen sind sie, als sie Bonbons an Kinder und Bibeln an die Erwachsenen verteilt haben. [...] Die Gendarmen nahmen dem Geistlichen eine Geldstrafe von umgerechnet 70 Euro für das Tragen von religiöser Kleidung in der Öffentlichkeit ab, das in der Türkei verboten ist; anschließend wurden die Christen freigelassen.“¹¹⁹⁶

In der Türkei gibt es derzeit inoffiziellen Schätzungen zufolge 60 000 armenisch-orthodoxe Christen, 20 000 Juden, 20 000 römische Katholiken, 20 000 syrisch-orthodoxe Christen, 3 000 griechisch-orthodoxe Christen, 2 500 Protestanten, 2 000 syrische Katholiken, 2 000 armenische Katholiken, 500 armenische Protestanten und 300 chaldäische Katholiken.¹¹⁹⁷ Alle diese Gruppen besitzen in der Türkei keinen rechtlichen Status. Deswegen sind ihre Eigentumsrechte eingeschränkt. Zusätzlich müssen sie Eingriffe von der staatlichen Administration in die Verwaltung ihrer Stiftungen dulden. Der mehrheitliche Teil der türkischen Christen kritisiert die Türkei folgendermaßen: „Offiziell herrscht in der Türkei zwar Religionsfreiheit, weder der christliche Gottesdienst noch das Missionieren sind verboten. In der Praxis gelten Christen und erst recht Missionare der türkischen Öffentlichkeit aber vielfach als feindliche Agenten, die die türkische Nation unterwandern wollten.“¹¹⁹⁸ Eine andere Kritik lautet wie folgt: „Als säkularer Staat garantiert auch die Türkei in ihrer Verfassung das Recht des einzelnen auf Religionsfreiheit. Schwierig wird es, wenn sich mehrere einzelne zu einer Gruppe zusammenschließen und etwa eine Kirche oder ein

¹¹⁹⁵ Vgl. Bulut, Arslan (2005): Küresel Haçlı Seferi. Bir Millet Uyanıyor 5, S. 67 – 86.

¹¹⁹⁶ Vgl. Welt-Online: Christen in der Türkei beim Gebet festgenommen, in: <http://www.welt.de/politik/article2501751/Christen-in-der-Tuerkei-beim-Gebet-festgenommen.html> (27.09.2008).

¹¹⁹⁷ Vgl. Grulich, Rudolf (2008): Christen unterm Halbmond. Sankt Ulrich Verlag, S. 14 – 23.

¹¹⁹⁸ Vgl. Duncker, Gerhard (2001): Christen in der Türkei, in: http://www.moschee-schluechtern.de/christen/tuerkei_faz011214.htm (28.02.2010).

Gemeindehaus bauen wollen. Das geht schon seit etwa 80 Jahren nicht mehr ohne Weiteres. Das aus den Zeiten Atatürks stammende Verbot, das eigentlich gegen islamische Gemeinschaften gerichtet war, wird in der Praxis fast ausschließlich gegen christliche Gemeinschaften angewandt.“¹¹⁹⁹ Bezüglich dieses Arguments ist der armenische Patriarch in Istanbul Mesrop II. Mutafyan folgender Meinung: „Die Türken haben religiöse Minderheiten immer als nationales Sicherheitsproblem behandelt und nicht als religiöses und kulturelles Problem. Diese Mentalität hat sich nicht verändert. Sie kann sich erst dann verändern, wenn die Türkei mehr alltägliche Beziehungen zu Christen, zu anderen Kulturen und zu Europa unterhält. Aber es wird sicher eine Zeit lang dauern, bis sich in dieser Frage in der Türkei wirklich etwas verändert.“¹²⁰⁰

Schließlich lässt sich beobachten, dass die Türkei seit 2002 vorsichtig ihre restriktive Politik lockert.¹²⁰¹ „Hier haben verschiedene Regelungen des dritten, vierten und sechsten Harmonisierungspaketes zu einer Verbesserung der Rechtslage der als Stiftungen organisierten christlichen Religionsgemeinschaften geführt. Sie können nunmehr vor allem ihre Eigentumsrechte an Immobilien sichern, neuen Grund erwerben und haben auch die Möglichkeit, religiöse Versammlungsräume zu errichten. Unzulänglich bleibt nach wie vor die Situation bei der Ausbildung oder der Beschäftigung von Geistlichen. Hier mahnt die EU¹²⁰² insbesondere die Wiedereröffnung des 1971 geschlossenen Klosters und Priesterseminars auf der Insel Heybeliada im Marmarameer unter der Hoheit und Aufsicht des griechisch-orthodoxen

¹¹⁹⁹ Ebd.

¹²⁰⁰ Siehe Dokumentarfilm: Das Kreuz unterm Halbmond – Christen in der Türkei, <http://video.google.com/videoplay?docid=7605596371562861226#> (28.12.2009).

¹²⁰¹ Interview des Autors mit Rainer Korten, an der Universität Akdeniz in Antalya, 2008, Interviewnummer 59; vgl. Die Presse: Türkei: Kirchen erhalten Land zurück, in: <http://diepresse.com/home/politik/eu/364650/index.do> (21.02.2008).

¹²⁰² „Die Konfiszierung der Einrichtung auf der Insel Büyükada im Marmarameer sei rechtswidrig, so das Gericht in einem einstimmig verabschiedeten Urteil. Die Entscheidung ist deswegen von Bedeutung, weil es dem Patriarchat einen juristischen Status zubilligt, den die Türkei bisher verweigert hatte. Unter den sieben Richtern ist auch ein türkischer. Auch er hat für die Verurteilung gestimmt.“ Hagedorn, Gerd: Türkei: Islam und Christentum, in: <http://gerdhagedorn.de/42.html> (21.02.2008).

Patriarchats von Istanbul (Konstantinopel) an“, ¹²⁰³ wie Patriarch I. Bartholomeos mehrmals gefordert hat. ¹²⁰⁴

4.3.5.2 Religiöse Argumente aus Sicht der untersuchten Parteien

Die Regierungspartei AKP hat grundsätzlich Bereitschaft signalisiert, die rechtliche Situation der Christen in der Türkei zu verbessern. „In Regierungskreisen wächst das Bewusstsein, dass die Erfüllung der EU-Konditionalität auch hinsichtlich der Religionsfreiheit ein Abrücken von der bisherigen Politik des staatlich gesicherten Ausschließlichkeitsanspruchs des sunnitischen Islams impliziert und rechtlich abgesicherte gesellschaftliche Pluralisierung auch in Religionsfragen ermöglichen muss. Doch dürfte die in diesen Fragen eher liberal eingestellte Führungsgruppe um Erdoğan einige Probleme haben, diese Einsichten den breiteren Parteizirkeln, insbesondere den traditionell-islamischen Gruppen, zu vermitteln.“ ¹²⁰⁵ Als Erdoğan bei seinem Griechenland-Besuch im Mai 2010 gefragt wurde, ob er sich über die Definition des griechisch-orthodoxen Patriarchen als „ökumenisch“ Sorge, äußerte er: „Nein, unsere Vorfahren ließen sich dadurch nicht beunruhigen, und auch uns macht es nicht unruhig.“ ¹²⁰⁶ Zudem fordert die AKP, dass gegen die Verbesserungen, die die Türkei für nichtmuslimische Minderheiten realisiert habe, die religiösen Rechte der Türken bzw. Türkischstämmigen in West-Thrakien in Griechenland ¹²⁰⁷ verbessert werden sollten. ¹²⁰⁸

¹²⁰³ Vgl. Kramer, Heinz (2004): Die Türkei im Prozess der „Europäisierung“, in: http://www.bpb.de/publikationen/358DIV,0,0,Die_T%FCrkei_im_Prozess_der_Europ%E4isierung.html (25.02.2010).

¹²⁰⁴ Vgl. CNNTürk: „Çarmiha gerilme“ sözüne açıklık, in: <http://www.cnnurk.com/2009/turkiye/12/21/carmiha.gerilme.sozune.aciklik/556343.0/index.html> (22.12.2009); vgl. Anagnostopoulos, Dositeos: Türkei Wohin?, in: Gülbeyaz, Halil (Hg.): Türkei Wohin?, 2008, S. 119 – 130.

¹²⁰⁵ Vgl. Kramer, Heinz (2004): a. a. O., vgl. Seufert, Günter: Laizismus in der Türkei – Trennung von Staat und Religion?, in: Südosteuropa Mitteilungen, 44 (2004) 1, S. 16 – 29.

¹²⁰⁶ Im Osmanischen Reich war der Patriarch als ökumenisch anerkannt. Vgl. Karabat, Ayşe: in: http://de.qantara.de/webcom/show_article.php?wc_c=468&wc_id=1355 (29.5.2010).

¹²⁰⁷ „Many of the grievances of the Turkish community have been identical to those of Greeks in Turkey, but the fortunes of each of these communities has also been governed by important socio-economic differences as well as patterns of settlement. For instance, as a community, the Greeks of Istanbul were much better off than their Turkish counterparts, and their grievances were political and social rather than economic ... The Greeks of Turkey have been an urban and visible minority, through their concentration in Istanbul. By contrast, the Turks of Western Thrace have been a poor rural community of farmers concentrated in the least developed area of Greece.“ Vgl. Bahcheli, Tozun (1990): ‘The grievances of the Turkish community in Western Thrace and Greek-Turkish Relations’, in: Manisali, Erol (ed.): Turkey and the Balkans, pp. 59-69. hier S. 60 – 61.

Beide Oppositionsparteien, CHP und MHP, hegen hingegen Skepsis gegenüber den türkischen Christen. Dies ist am besten am Fall des neuen Stiftungsgesetzes zu erkennen: Das türkische Parlament hat im Februar 2008 das sogenannte Stiftungsgesetz verabschiedet, wodurch die Eigentumsrechte der christlichen und jüdischen Minderheiten ausgeweitet werden. „Vorangegangen war eine heftige Debatte, in der Abgeordnete der kemalistischen und der nationalistischen Oppositionsparteien der regierenden AKP den Ausverkauf nationaler Interessen an Christen und Juden vorwarfen. Das neue Stiftungsgesetz sieht unter anderem die Rückgabe enteigneten Besitzes an die Minderheiten vor. Als ‚offenen Angriff auf die Souveränität der türkischen Nation‘ bezeichnete ein Abgeordneter der nationalistischen Partei MHP die Neuregelung der Eigentumsrechte nicht-muslimischer Minderheiten. [...] Die CHP rief die Abgeordneten zum nationalen Widerstand gegen die Gesetzesinitiative der AKP auf.“¹²⁰⁹ Festzuhalten ist, dass die MHP mit den Forderungen der EU, bezogen auf die Christen in der Türkei, nicht so zufrieden ist, weil die Einheit der Türkei dadurch gefährdet würde. Zudem versteht man, dass die MHP die Appelle der EU an die Türkei hinsichtlich der Verstärkung der Rechte und Freiheiten nichtmuslimischer Gruppierungen in der Türkei mit den geschichtlichen negativen Erlebnissen in Verbindung bringt, die zu Beginn von 4.3.5 erklärt wurden. Obwohl die Grundhaltung der CHP gegenüber den Christen in der Türkei positiv ist, agiert sie dabei auch mit Skepsis: „Für uns ist es wichtig, dass alle Religionen auf der Welt ehrwürdig sind. [...]. Nicht nur in Istanbul, sondern auch in den Städten unserer Landesgrenzen wie Hatay und Mardin leben Christen. Wir leben mit ihnen zusammen in Frieden. Es gibt natürlich ab und zu Probleme, aber wir haben diesbezüglich keine Befürchtungen. [...] Wir finden keine Form von Diskriminierung richtig.“¹²¹⁰ Bei der Skepsis der CHP spielen kemalistische bzw. laizistische Neigungen eine wichtige Rolle ein, da durch die Stärkung anderer religiöser Einrichtungen der säkulare Charakter der Republik beeinträchtigt werden könnte. Ferner würden dann auch andere religiöse (islamische)

“The Greek government has also violated international guarantees concerning the religious freedom of the Turkish minority in three ways: by denying permission to repair or rebuild old mosques or to rebuild new ones; by denying the right to choose the muftis, who are the chief religious officers, and by efforts to control the Turkish minority’s wakfs (charitable foundations).” Vgl. Gürel, Sükrü S. (1993): a. a. O., S. 175.

¹²⁰⁸ In diesem Kontext erklärte der griechische Ministerpräsident Giorgos Papandreu, dass der Bau einer Moschee in Athen eine Verpflichtung sei, die Griechenland gegenüber seinen Muslimen habe. Bisher ist Athen die einzige europäische Hauptstadt ohne Moschee.

¹²⁰⁹ Vgl. N. N. (2008): Mehr Rechte für türkische Christen sorgen für Streit, in: http://www.cibedo.de/stiftungsgesetz_tuerkei_religion.html (28.02.2010).

¹²¹⁰ Interview des Autors mit Yılmaz Ateş, 2009.

Gemeinschaften die gleichen Rechte besitzen wollen. Darüber hinaus ist die am Anfang von 4.3.5 erklärte geschichtliche Angst spürbar. So kritisierte der CHP-Vizefraktionschef Hakkı Süha Okay 2008, dass die Stiftungen nach dem neuen Gesetz finanzielle Unterstützung und Spenden aus dem Ausland annehmen dürften.¹²¹¹

5 RESÜMEE

Nachfolgend werden unter Punkt 5.1 das Phänomen EU-Skeptizismus in der Türkei bzw. dessen Determinanten zusammengefasst. Punkt 5.2 beinhaltet die Schlussfolgerungen hinsichtlich der Türkei-EU-Beziehungen und des türkischen EU-Skeptizismus.

5.1 EU-Skeptizismus in der Türkei als Ergebnis endogener und exogener Faktoren

Bezüglich des Türkeibeitritts ist vonseiten der Europäer zum größten Teil angenommen worden, die Mehrheit der Türken begrüße eine EU-Integration ausdrücklich. Indessen kann man diesbezüglich in der Türkei nicht selten Enttäuschung und Skepsis begegnen. Die Analyse skeptischer (und gegnerischer) Einstellungen in der Türkei bietet die Möglichkeit, den Hintergrund der türkischen EU-Debatte besser zu begreifen – und zwar aus einer Sicht des anti-eurozentristischen Diskurses. Außerdem ist der EU-Skeptizismus nicht per se türkisch. In den meisten EU-Ländern lassen sich ebenfalls EU-skeptische Tendenzen konstatieren.

Im Hinblick auf die Gemeinsamkeiten der skeptischen Neigungen in den EU-Mitgliedsländern und in der Türkei sind hauptsächlich die folgenden festzuhalten: eine empfundene Bedrohung bezüglich der Unabhängigkeit durch die Entwicklung der EU; die Betrachtung des Integrationsprozess als einen Apparat für die Verwirklichung der Interessen des Kapitals; die Furcht vor der Beeinträchtigung nationaler Werte bzw. Identität; die Zentralisierung über Brüssel; die Demokratiedefizite in der EU-Bürokratie und die Forderung der Etablierung einer Schutzmotivation vor transnationalen Einflüssen.

¹²¹¹ Vgl. Referans: Vakıflar Kanunu'na esastan inceleme, in: http://www.referansgazetesi.com/haber.aspx?HBR_KOD=93530&KOS_KOD=5 (08.04.2010).

In Bezug auf die EU-Mitgliedschaft bestehen in der Türkei unterschiedliche Positionen: Einerseits wird der EU-Beitritt befürwortet, und man ist um ihn bemüht. Andererseits kann man EU-skeptische und EU-gegnerische Tendenzen erkennen: Die EU-Gegner schätzen das EU-Projekt für die Türkei als gefährlich ein und sind daher prinzipiell gegen den EU-Beitritt. Die EU-Skeptiker handeln mit weichen Vorbehalten und sind nicht sicher, ob die Türkei von der EU akzeptiert würde. Zu beachten ist, dass EU-Skeptiker meistens „konsequentialistisch“ herangehen, EU-Gegner „ideologisch“. Für die meisten EU-Befürworter besteht das Hauptmotiv für die Unterstützung der EU-Perspektive darin, dass sich die Türkei mit einem EU-Beitritt in den zivilisatorischen, politischen, demokratischen und ökonomischen Lebensbereichen für die „erste Liga“ der Welt qualifizieren könnte. Unter den beachtlichsten Beweggründen der EU-Gegner befinden sich die Furcht vor einem Verlust der Unabhängigkeit sowie vor Separatismus, Schwächung und Kontrolle des Landes durch die politischen Beitrittsvoraussetzungen der EU. Die wichtigsten Befürchtungen der EU-skeptischen und -gegnerischen Seite in der Türkei sind: der Transfer der Souveränität von Ankara nach Brüssel; das Veränderungsrisiko fundamentaler kemalistisch-national(istisch)er und etatistischer Strukturen des türkischen Staates; die Angst vor dem „zerstörenden“ Einfluss der westlichen Kultur; die Dominanz des Westens (EU und USA) und eine (einseitige) wirtschaftliche Abhängigkeit der Türkei von der EU. Überdies führt die Ergebnisoffenheit des EU-Integrationsprozesses in der Türkei zu ernsthaften skeptischen Neigungen gegenüber der EU. Die größte Angst aller EU-skeptischen Gruppen in der Türkei ist, dass die türkischen Vorstellungen von Staat und Nation durch die zu erfüllenden Beitrittskriterien beschädigt werden. Die oben dargelegten Befürchtungen führen auf der einen Seite zu bloß „skeptischen“ und auf der anderen Seite zu „gegnerischen“ Reaktionen. Auch weil eine konkrete Unterscheidung zwischen Skeptizismus und Gegnerschaft nicht immer möglich ist, sollten beide zusammen untersucht werden. In diesem Kontext ist die folgende Frage von großer Bedeutung: Welche Faktoren spielen bei der Entstehung der Positionen in der Türkei bezüglich des EU-Beitritts eine Rolle? Um genauer zu bezeichnen und zu kategorisieren, wer EU-Gegner, -Skeptiker und -Befürworter ist, müssen vielseitige und miteinander verknüpfte Faktoren berücksichtigt werden. Nach der Untersuchung EU-skeptischer bzw. -gegnerischer Tendenzen in der Türkei lässt sich hier behaupten, dass der türkische EU-Skeptizismus das Ergebnis von inneren und äußeren Faktoren ist. Dabei sind drei grundlegende Determinanten – der Demokratiefaktor, die Ideologien in der Türkei und das Verhalten der EU gegenüber der Türkei – hervorzuheben:

i) Die Magnetwirkung der EU hinsichtlich der demokratischen Konsolidierung und ihr Effekt auf die Gestaltung der EU-Haltung in der Türkei

In Bezug auf die Beitrittsperspektive hat sich eine gigantische, die Konsolidierung fördernde Magnetwirkung der EU entfaltet.¹²¹² Es wird auch durch die Kopenhagener Kriterien ausdrücklich hervorgehoben, dass die Bildung einer demokratischen Ordnung nach westlichen Vorstellungen für die EU-Mitgliedschaft eine der wichtigsten Beitrittsbedingungen ist. Als Beleg dafür lässt sich auf die Bewertung der „liberalen“ Demokratien von allen EU-Mitgliedsländern durch den Freedom-House-Index¹²¹³ oder den Bertelsmann-Transformation-Index¹²¹⁴ hinweisen. Hinsichtlich der Transformation der Türkei ist es besonders wichtig, zu untersuchen, wie die zentralen politischen Akteure in der Türkei auf die demokratische Transformation der Türkei im Vorfeld einer EU-Mitgliedschaft reagieren. Dies ist eine der drei grundsätzlichen Determinanten der EU-Betrachtung in der Türkei. Die Kopenhagener Kriterien bzw. die EU-Reformen sind als Konsolidierungsfaktor für die Türkei einzuschätzen. Zum Zweck einer EU-Mitgliedschaft begann in der Türkei besonders nach der Einnahme des Beitrittskandidatenstatus eine nicht zu unterschätzende Transformation. Durch diesen Konsolidierungsprozess kamen in Bezug auf die Formung und Realisierung der türkischen EU-Beitrittsvoraussetzungen große Diskussionen in der Türkei auf, bei denen sich auch die Gruppierungen der EU-Befürworter und EU-Skeptiker oder EU-Gegner wieder formierten. Mit den in der Phase der ersten Beitrittspartnerschaft (2001) gestellten politischen Bedingungen hat die EU für die Türkei einen beachtlichen Aufgabenkatalog formuliert. Im Rahmen der Debatte, ob die Türkei die von der EU verlangten politischen Kriterien überhaupt erfüllen soll, stehen sich verschiedene Gruppen gegenüber. In der ersten Gruppe gibt es solche Kräfte, die durch die Erfüllung der EU-Forderungen eine Desintegration des nationalen Zusammenhalts und des unitären Staates der Republik befürchten. Zu ihnen gehören vor allem Teile des hohen Militärs und der staatlichen Bürokratie sowie nationalistische Kräfte. Zur zweiten Gruppe zählen jene Kräfte, die durch die EU-Voraussetzungen in der Türkei eine bürgerliche Demokratie nach europäischem Muster zu entwickeln beabsichtigen. Sie finden

¹²¹² Vgl. Haughton, Tim: When Does the EU Make a Difference? Conditionality and the Accession Process in Central and Eastern Europe. Political Studies Review: 2007 VOL5, S. 233 – 246.

¹²¹³ Vgl. Freedom-House: Map of Freedom, in: http://www.freedomhouse.org/uploads/fiw10/FIW_2010_MOF.pdf (13.6.2009).

¹²¹⁴ Vgl. Bertelsmann Stiftung: Transformation Index 2010. Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, in: http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Anlagen_BTI_2010/BTI_2010__Broschuere-_D_web.pdf (13.6.2009).

sich überwiegend in den unterschiedlichen Gruppierungen der Zivilgesellschaft einschließlich der türkischen Großindustrie und unter den europäisch orientierten, liberal eingestellten Politikern. Die EU-Skeptiker vertreten die These, eine genaue Übernahme der europäischen Standards der Demokratie könne die Einheit der Türkei zerstörend beeinflussen, da sich die Türkei politisch und kulturell anders als die EU-Mitgliedsländer entwickelt habe. Demzufolge würden die pluralistischen und individualistischen Formulierungen und Werte der EU zur gemeinschaftlichen und zentralistischen Türkei nicht gänzlich passen. Hingegen betonen die EU-Befürworter, echte Sicherheit sei heutzutage nur durch die Bildung und Konsolidierung von Demokratie und die Verbreitung von Freiheiten zu schaffen, und die wichtigste Gefahr für die Einheit multikultureller und -linguistischer Länder wie der Türkei sei eine unterdrückende und verbietende Politik.

Bezüglich der Beziehung zwischen der Demokratie und der Entstehung des türkischen EU-Verhaltens behauptet Redmond Folgendes: “Despite the Union’s efforts to hide behind a wedge of conditions and criteria which are expressed in absolute terms as if they were actually measurable, it cannot disguise the fact that accepting a new member is essentially a political decision based on qualitative judgement rather than quantitative measurement. These are no fixed points on scales to indicate when a country is ready for membership because there are no scales to measure democracy, the degree to which an economy is market-based, commitment to the *acquis politique* and *finalités politiques* and so on.”¹²¹⁵ Diese Ansichten beschreiben exakt die Einstellungen der türkischen EU-Skeptiker.

ii) Ideologische Betrachtungen türkischer politischer Gruppierungen gegenüber dem EU-Projekt und ihre Wirkung auf die EU-Positionen in der Türkei

Im Sinne der EU-Mitgliedschaft der Türkei spielen zweitens die Ideologien oder ideologischen Wahrnehmungen bei der Entstehung des türkischen EU-Verhaltens eine unmittelbare Rolle. Während der (Neo-)Liberalismus hierbei zu einem völligen EU-befürwortenden Akteursverhalten führt, befördern der nationalistische Isolationismus, Maoismus oder Kommunismus eine EU-ablehnende Haltung. Allerdings sind in dieser Auseinandersetzung vor allem die folgenden Ideologien, nämlich Kemalismus, Nationalismus (inklusive Panturkismus) und Islamismus, von besonderer Bedeutung. Wenn man das Verhalten türkischer Akteure gegenüber der EU-Perspektive der Türkei im Rahmen ihrer drei letztgenannten ideologischen Erwägungen analysiert, soll die Beschreibung: „ein Teil solcher

¹²¹⁵ Vgl. Redmond, John (2007): S. 317.

Gruppen“, als Unterscheidungsmerkmal betont werden, um die Situation genau darzustellen. Denn nach der Untersuchung der ideologischen Gruppierungen ist zu konstatieren, dass es bei diesen hinsichtlich der EU-Frage der Türkei keine einheitlichen Positionen gibt: Während „bestimmte Teile“ der religiösen, kemalistischen, nationalistischen und linken Gruppierungen als „Fahnenträger“ einer EU-Mitgliedschaft bezeichnet werden können, sind andere Teile der erwähnten Akteure hingegen als EU-Gegner oder EU-Skeptiker einzuschätzen.

Im Hinblick auf die Beziehung zwischen dem Kemalismus und der Bildung der EU-Haltung in der Türkei lässt sich feststellen, dass es keine Einheit unter den Kemalisten gibt. Die Frage, ob die Türkei der EU beitreten sollte, wird von diesen strategisch wichtigen Gruppen unterschiedlich beantwortet. Diesbezüglich ist eine Differenzierung insbesondere zwischen den demokratischen und nationalistischen Ausprägungen innerhalb der Gruppe der Kemalisten zu erkennen: Einerseits begrüßen demokratische Kemalisten bzw. „Atatürkisten“ die EU-Mitgliedschaft, zumal sie in der Türkei zu einer westlichen Demokratie bzw. Laizismus und Rechtsstaatlichkeit führen könnte, die vom Staatsbegründer Atatürk als „zeitgenössische Zivilisation“¹²¹⁶ und auch als Ziel der Türkischen Republik beschrieben wurde. Dadurch bekäme das politische System in der Türkei eine institutionelle Sicherung gegen die Fundamentalisierung. Andererseits wird der EU-Beitritt von nationalistischen „Hard-Core-Kemalisten“ als übermäßiges Risiko bzw. echte Gefahr eingeschätzt, denn die Beitrittsvoraussetzungen, insbesondere die politischen Kriterien, würden einen destruktiven Einfluss auf die unitäre Struktur der Türkei ausüben. Somit kämen die Bedingungen des damaligen Vertrages von Sèvres (1920) noch einmal zustande. Zu konstatieren ist, dass der Nationalismus einen gleichen Effekt auf die Prägung des EU-Verhaltens der türkischen Akteure hat wie der Kemalismus. Jedoch ist beim Nationalismus die EU-skeptische bzw. -gegnerische Tendenz deutlicher und das Potenzial größer.

Außerdem ist zu erforschen, wie die türkischen „Gläubigen“ über die EU-Mitgliedschaft denken und wie der Islamismus als eine bestimmte Ideologie dabei eine Rolle spielt. Zu diesem Punkt sind vor allem zwei verschiedene Betrachtungsweisen zu sehen: Der Teil der Gläubigen, die als „gemäßigte Muslime“ zu bezeichnen sind, befürwortet eine Aufnahme der Türkei in die EU, zumal sie sowohl mehr Freiheiten schaffe, wodurch die Muslime ihren Glauben problemloser praktizieren können, als auch den nötigen Dialog zwischen Orient und Okzident, zwischen der islamischen und christlichen Welt und auch zwischen den unterschiedlichen Zivilisationen bilden könnte. Demgegenüber vertritt ein Teil der Religiösen bzw. Islamisten die Auffassung, die EU-Integration der Türkei habe negative Auswirkungen

¹²¹⁶ Vgl. Atatürk, Mustafa Kemal (1961): Nutuk [Die Reden]. Erster Band, S. 185.

auf die religiösen, kulturellen, familiären und moralischen Strukturen des Landes, die unbedingt berücksichtigt werden müssten. Daneben sei die Identität der EU nicht als eine Wertegemeinschaft, sondern als ein „christlicher Club“ ausgeprägt. Daher dürfe die Türkei niemals der EU beitreten. Die erstgenannte Position wird überwiegend von der Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) und die letztgenannte Position von der Glückseligkeitspartei (SP) vertreten. Ferner existiert hinsichtlich der EU-Frage keine Einheit unter den Linken in der Türkei. Einerseits werden die EU und die „Westausrichtung“, besonders von der nationalistischen Linken, mit dem Begriff „Imperialismus“ bezeichnet. Die EU wird in den kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Kontexten von Unterdrückung und Ausbeutung durch den Westen verortet und von einem antiimperialistischen Standpunkt aus kritisiert. Aus dieser Sicht handelt es sich bei der EU allein um ein Projekt zur Sicherung der westlichen Hegemonie. Folglich hat ein Teil des linken Spektrums seine Argumentation gegen die EU verschärft, wie etwa die ehemals maoistische Arbeiterpartei (İP)¹²¹⁷ und die Kommunistische Partei der Türkei (TKP)¹²¹⁸. Andererseits existieren die EU-befürwortenden Linksgruppierungen, die die EU als effektivsten Anker für die Stabilisierung und Verstärkung der Demokratie und somit als Garanten für die Blockierung weiterer Militärputsche betrachten. Die pro-europäische Linksgruppe, z. B. die Partei der Freiheit und Solidarität (Özgürlük ve Dayanışma Partisi, ÖDP), meint, dass bei ihrer Veränderung pro EU vor allem der Militärcoup von 1980 entscheidend sei, weil den türkischen Linken dabei besonders geschadet worden sei und diese undemokratischen Aktionen der türkischen Armee nur von der EU bzw. EG kritisiert worden seien.

iii) Die Haltung der EU als exogener Faktor eines türkischen EU-Beitritts bzw. EU-Skeptizismus

Das EU-Verhalten in der Türkei wird drittens von der Haltung der EU beeinflusst, die auch als eine exogene Determinante eines türkischen EU-Beitritts einzuschätzen ist. Im Kontext des Prozesses der Aufnahme der Türkei als Mitglied in die EU sind zwei Seiten zu berücksichtigen: die aufnehmende und die sich integrierende. Erstens ist die Seite der EU entscheidend für den, der als Mitglied aufgenommen werden will. Eine EU-Integration der Türkei kann deswegen davon abhängig sein, wie die Mitgliedsstaaten der EU sowie die

¹²¹⁷ Interview des Autors mit Doğu Perinçek, in der Parteizentrale İP in Istanbul, 2006, Interviewnummer 34.

¹²¹⁸ Interview des Autors mit Galip Munzam und Emre Zeybek, per Mail, 2008, Interviewnummer 66. Siehe Ermagan, Ismail (Hg.): 2010, S. 128 – 147.

europäische Öffentlichkeit auf einen Türkeibeitritt reagieren.¹²¹⁹ Bei diesen komplexen Entscheidungsmechanismen der EU ist nicht zu unterschätzen, wie die EU-Institutionen – ihre zentralen Entscheidungsgremien wie die Europäische Kommission (EK), das Europäische Parlament (EP) oder der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) – den Beitrittsprozess eines Beitrittswilligen begleiten. Bezüglich einer EU-Mitgliedschaft befinden sich neben den EU-Gremien, die im offiziellen Sinne die Entscheidungen treffen, und den politischen Akteuren, die durch ihre Mission als Pressure Group auf nationaler und/oder supranationaler Ebene den Beitrittsprozess des jeweiligen Landes vereinfachen oder erschweren, bestimmte Meinungsführer unter den Bürgern der Union bzw. ihrer Mitglieder wie Medien, Wirtschaftsorganisationen oder religiöse Autoritäten. Angesichts der Erfahrung mit den bisherigen Erweiterungen der EU ist zu behaupten, dass die EU im Beitrittsprozess als ein Anker einzuschätzen ist bzw. als ein Motor der Umwandlungsprozesse in der Türkei fungiert. Wenngleich die Realisierung der notwendigen, schon 1993 in Kopenhagen aufgestellten und für alle geltenden EU-Beitrittskriterien „in erster Linie“ von den zu integrierenden Ländern bzw. Beitrittsländern ernst genommen werden soll, lässt sich die Herangehensweise der Aufnehmenden bzw. der EU im Integrationsprozess des jeweiligen Beitrittslandes bzw. bei der Verwirklichung der Beitrittsbedingungen nicht ignorieren. Folglich kann jeder Fall auf dieser multidimensionalen Seite der EU hinsichtlich des Verhaltens des jeweiligen Beitrittslandes gegenüber der EU als ein relevanter Faktor erscheinen. Dementsprechend ist bezüglich des EU-Skeptizismus in der Türkei zu erläutern, dass bestimmte Faktoren innerhalb der EU-Zone existieren, die sich auf die türkische Wahrnehmung gegenüber der EU – positiv oder negativ – auswirken. Deshalb ist das Verhalten der EU sowohl hinsichtlich der Entstehung als auch der Ab- und Zunahme des EU-Skeptizismus in der Türkei als dessen „exogener“ Faktor zu betrachten. Damit die EU-Mitgliedschaft eines Beitrittsstaates zustande kommt, ist auch nach der Haltung dieses Beitrittslandes und dessen Reaktionen gegenüber der EU zu fragen. In diesem Zusammenhang lassen sich zuerst die zentralen Akteure eines Beitrittslandes betrachten, vor allem politische Parteien, Wirtschaftsorganisationen, die Armee, Interessengruppen, Religionsgemeinschaften und die Gewerkschaften. Denn deren EU-Verhalten spielt beim Werden oder Nicht-Werden eines EU-Mitglieds eine signifikante Rolle. Dabei sind die Akteure einer Beitrittsseite als EU-Befürworter, -Gegner oder -Skeptiker darzustellen. Ferner können die Einstellungen und Neigungen gegenüber der EU bei

¹²¹⁹ Vgl. Müftüler-Bac, Meltem: Turkey's Accession to the European Union: Bridging the Divide between the EU Governments and the European Public, in: http://www.hc.ceu.hu/cens/assets/files/conference/conf_febr_2006_Muftuler_text.pdf (16.7.2006).

denselben Akteuren im Laufe der Zeit divergieren. In Bezug auf die türkischen EU-Vorbehalte werden im Inneren des Landes hauptsächlich antiliberale ideologische Positionen, nationalistische Reflexionen, separatistische Wahrnehmungen, religiös-moralische Annahmen und geschichtliche (politische und wirtschaftliche) Motive erwähnt. Die Determinanten, die auf der Beitrittsseite zu skeptischen Positionen gegenüber der EU-Integration führen, lassen sich als „endogene“ Faktoren des EU-Skeptizismus bezeichnen.

Darüber hinaus ist hinsichtlich des türkischen EU-Skeptizismus auch auf Wechselwirkungen zwischen den endogenen und exogenen Faktoren hinzuweisen:¹²²⁰ Der EU-Skeptizismus kann angesichts der exogenen Faktoren, der liberalen Beitrittsaufgaben und durch die Verkomplizierung des Beitrittsprozesses in einem bestimmten Zeitabschnitt in eine EU-Gegnerschaft umschlagen. Demnach können sich türkische EU-Skeptiker, die zunächst nur geringe Vorbehalte haben, prinzipiell gegen die EU positionieren. Dies entspricht einem periodischen Umschlagen des Skeptizismus in eine Gegnerschaft. Zudem ist eine Veränderung vom EU-Enthusiasmus hin zum EU-Skeptizismus zu beobachten. Demgegenüber können EU-skeptische Neigungen sich infolge einer die Türkeiitgliedschaft unterstützenden Entwicklung der EU-Seite in einen EU-Enthusiasmus wandeln. Daher erscheint es wichtig, darauf zu fokussieren, welche diese exogenen Determinanten des türkischen EU-Skeptizismus sind und wie sie den Beitrittsprozess der Türkei beeinflussen.

iii) Die ergänzenden Faktoren der türkischen Positionen hinsichtlich der EU-Perspektive der Türkei

Nach den gerade oben dargestellten drei wesentlichen Determinanten des EU-Verhaltens in der Türkei sind noch zwei weitere Faktoren zu erwähnen: Der erste ist die „Kosten-Nutzen-Kalkulation“, die zentrale Akteure hinsichtlich einer EU-Mitgliedschaft der Türkei anstellen. Hier soll das Verhalten aller Machtquellen (u. a. des Regimes/der Wirtschaft/Zivilgesellschaft) des Landes hinsichtlich der Beibehaltung des Status quo oder der Änderung durch die EU Mitgliedschaft untersucht werden: Wenn die Akteure politisch, kulturell und wirtschaftlich den Status quo zu ändern anstreben, sind sie als EU-Befürworter, wenn sie sich um dessen Beibehaltung bemühen, als EU-Gegner oder EU-Skeptiker zu bezeichnen. Darüber hinaus spielt auch die Übernahme der Voraussetzungen des „acquis communautaire“¹²²¹

¹²²⁰ Im Zusammenhang mit der Zerteilung der Determinanten des türkischen EU-Skeptizismus in endogene und exogene sind auch diejenigen festzustellen, die sich selbst infolge ihrer prinzipiellen Gegenhaltung als „EU-Gegner“ zu erkennen geben – unabhängig von den entsprechenden exogenen Faktoren.

¹²²¹ Siehe zur Erklärung dieses Begriffes Unterkapitel 2.5.3, Anm. 121.

(gemeinschaftlicher Besitzstand der EU) bei der Entstehung der Akteurkonstellationen eine beachtliche Rolle – besonders in den weiteren Etappen der Beitrittsverhandlungen. In diesem Zusammenhang sind insgesamt 35 Kapitel (u. a. von der Landwirtschaft bis zur Energie, von der Kultur bis zur Umwelt) zu durchschreiten, die zu einer großen Veränderung im jeweiligen Beitrittsland führen. Hierdurch ergeben sich neue Konstellationen, die auf der einen Seite „Gewinner“ und auf der anderen Seite „Verlierer“ des Beitrittsprozesses entstehen lassen. Die Reaktionen von Verlierern, die als die neuen EU-Gegner und/oder EU-Skeptiker einzuschätzen sind, können die Zukunft der Beitrittsverhandlungen bedeutsam beeinflussen. Im türkischen Fall werden u. a. die Bereiche der Landwirtschaft oder die Kleinindustrie neue Verlierer des Anpassungsprozesses an die EU sein, weil diese derzeit in der türkischen Ökonomie einen größeren Anteil einnehmen und der Beitrittsprozess ihre Anteile bzw. wirtschaftliche Bedeutung innerhalb der Türkei verringern würde. Auf ähnliche Weise würden die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes infolge der Privatisierung ihre vorherige Machtposition einbüßen.

5.2 Bewertung: Türkei-EU-Beziehungen – Türkischer EU-Skeptizismus

Bezüglich der „Westausrichtung der Türkei“ sind drei Phasen hervorzuheben: erstens die Synchronisation der Türkei nach dem Ersten Weltkrieg durch die Europa-Reformen von Mustafa Kemal Atatürk; zweitens die De-Synchronisation der Türkei nach dem Zweiten Weltkrieg bezüglich der Menschenrechte. Das heißt: Nach dem Zweiten Weltkrieg begann sich im Westen eine neue Politikkultur zu entwickeln, die die Bedeutung des Individuums und der Demokratie unterstrich. Einer der wichtigsten Indikatoren dieses neuen Paradigmas in Europa ist die Akzeptanz der Menschenrechte, die 1948 und 1966 durch die Vereinten Nationen bzw. den Europarat deklariert wurden. Hiernach trat in der Türkei eine De-Synchronisation mit Europa ein, weil die Türkei nicht bereit war, alle rechtlichen Neugestaltungen zu übernehmen. Drittens die Re-Synchronisation der Türkei durch die EU-Integration. Die „EU-Reformen“, die die Türkei seit 2000 realisiert hat, führen – trotz der Mängel nach der ersten Europäisierung der Türkei durch „Republik-Reformen“ unter der Führung Atatürks – zu einer zweiten Europäisierung der Türkei.

Ferner kann man die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU generell in zwei Perioden unterteilen: Die erste ist die von 1963 bis 1993 reichende, auf Sicherheit bedachte Periode in der Zeit des Kalten Krieges. Die zweite reicht von 1993 bis heute, wo zur Erlangung der EU-

Mitgliedschaft die (demokratischen und wirtschaftlichen) Kopenhagener Kriterien erfüllt werden sollen.

Daneben haben drei externe Prozesse in den nahen Perioden die türkische Politik tiefgreifend beeinflusst: „Die erste davon ist die Periode des Kalten Krieges, in dem eine linke sozialpolitische Bewegung in der Türkei bzw. deren Vertreter als Kommunisten bezeichnet wurden. Der Staat und die ‚nationalistische‘ Nation haben sich gegenüber diesen [in den 1970er Jahren, I. E.] vereinigt¹²²² und sie niedergeschlagen: Ein innertürkischer Prozess, der sich von unten her hätte bilden können, wurde zerstört. Die zweite externe Entwicklung war die Gründung des Mullah-Regimes im Iran 1979. Es wurde zu einer wichtigen Bedrohung für die Sicherheit bzw. das kemalistische/laizistische Regime der Türkei: Seitdem ist es mehr durch Fortschrittsfeindlichkeit gekennzeichnet, denn die Entwicklung im Iran hat auch einen internen Reflex gezeitigt, d. h.: Auch dadurch wurde die religiöse Bevölkerung wieder stärker in der Politik tätig. Der Versuch des türkischen Staates, die politischen Tätigkeiten der Religiösen zu kontrollieren, hält bis heute an, ist jedoch bislang ergebnislos geblieben. Die dritte und wirksamste Entwicklung ist die EU-Periode [seit 1999, I. E.], und diese hält heute noch an.“¹²²³

Im Sinne der seit 1963 andauernden Beziehungen zwischen der EU und der Türkei wurde in der Folge des Helsinki-Gipfels von 1999 die „positive“ Türkei-Entscheidung der EU von türkischen EU-Skeptikern als ein diplomatisches Schachspiel wahrgenommen, um die durch den vorherigen luxemburgischen EU-Gipfel von 1997 vor den Kopf gestoßene Türkei zu erfreuen. Freilich wird gesehen, dass die EU durch die Entscheidungen der beiden EU-Gipfel von 1999 und 2002, der Türkei den Beitritt in Aussicht zu stellen und – durch die Entwicklungen von 2004 und 2005 – die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu beginnen, die EU hinsichtlich eines Türkeibeitritts bestimmte konkrete Schritte formuliert hat, die niemals zuvor wie in dieser Zeit zu beobachten waren. Dennoch war ebenso zu konstatieren, dass die Türkei-Entscheidungen der EU auf der europäischen Ebene eine Grundsatzdebatte darüber auslösten, ob die Türkei überhaupt in die EU aufgenommen werden solle. Infolgedessen ist im Hinblick auf den Zeitraum zwischen 1999 und 2005 zu behaupten, dass, während die EU-Politiker und die Regierungschefs der EU-Mitglieder „positive“ Türkei-Beschlüsse fassten, wodurch sie die Türkei auf dem Weg zur Mitgliedschaft ermutigten, ein türkischer EU-Beitritt von den europäischen Völkern nicht hinreichend diskutiert wurde – teils, weil dabei

¹²²² Hier meint er mit „Staat“ das Militär und mit „nationalistischer Nation“ die MHP.

¹²²³ Interview des Autors mit Hrant Dink, in der Zeitungs-Redaktion der Agos in Istanbul, 2006, Interviewnummer 15.

überwiegend geglaubt wurde, dass die Türkei die notwendigen Kopenhagener Kriterien weder in absehbarer Zeit noch hinreichend erfüllen könne. Hingegen war zu beobachten, dass die Öffentlichkeit in den EU-Staaten besonders nach dem Beginn der türkischen Beitrittsverhandlungen damit begann, sich ernsthaft mit der Türkeifrage zu beschäftigen. In diesem Sinne äußert sich Tocci folgendermaßen: “[A]lthough the political decision to grant Turkey candidacy was taken in 1999, the research interest that followed largely focussed *whether* Turkey should join the European Union rather than on *how* Turkey’s accession could take place.”¹²²⁴ In Bezug auf die öffentlichen und politischen Diskussionen hinsichtlich eines Türkeibeitritts lässt sich die Situation wie folgt erfassen: “While Turkey can make changes to its economy and political system to fulfil the EU’s accession criteria, there are two ‘given’ that cannot be changed – namely religion/culture and geography/political location.”¹²²⁵ Türkische EU-Befürworter unterstreichen, dies seien die „fixed characteristics of Turkey“, denen man sich sowohl bei der Anerkennung des Kandidatenstatus (1999) als auch bei der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen (2005) auf EU-Ebene bewusst war. Deshalb sind sie nicht besonders erfreut darüber, dass es im europäischen Raum immer noch solch eine Debatte gibt.¹²²⁶ Das Gleiche gilt auch für die EU-Skeptiker in der Türkei.

Des Weiteren kann festgestellt werden, dass auf jede positive Phase in den Beziehungen zwischen der EU und der Türkei eine „negative“ bzw. Stillstands-Phase folgte. Zum Beispiel wurde 1996 eine gemeinsame Zollunion aufgebaut. Nach dieser „erfolgreichen“ Periode kam das „Luxemburg-Syndrom“ der Türkei 1997, weil die Türkei auf diesem Gipfel keine Beitrittsperspektive bekam und demzufolge die Beziehungen zur EU auf Eis legte. Eine ähnliche Phase ist ferner nach der Entscheidung beim Helsinki-Gipfel der EU 1999 und nach dem Beschluss auf dem Brüssel-Gipfel der EU 2004 zu beobachten: Der Türkei wurde in den beiden genannten Jahren eine Beitrittsperspektive gegeben, wohingegen sich eine Mitgliedschaftsperspektive 2005 mühsam gestaltete.¹²²⁷ “The EU is a moving target, and the longer Turkey is kept waiting, the broader and deeper is the *acquis communautaire* the Turkish government has to accept and ‘sell’ to the Turkish public to get a positive vote in a referendum. Furthermore, the longer it has to wait, the greater will be the dissatisfaction and

¹²²⁴ Vgl. Tocci, Nathalie (2005): S. 79 – 82.

¹²²⁵ Vgl. Redmond, John (2007): S. 313.

¹²²⁶ Interview des Autors mit Erdal Şafak in der Zeitungs-Redaktion der Sabah in Istanbul, 2008, Interviewnummer 77.

¹²²⁷ Interview des Autors mit Kemal Kirişçi an der UniversitätBoğaziçi in Istanbul, 2006, Interviewnummer 7.

resentment felt towards the EU in Turkey.”¹²²⁸ Folglich kann man behaupten, dass – in Bezug sowohl auf die Entstehung als auch auf die Zunahme des türkischen EU-Skeptizismus – solche Erfahrungen auf EU-Ebene einen nicht geringen Einfluss entfalteten.

Der Zusammenhang zwischen einem sinkenden EU-Skeptizismus in der Türkei und einer positiven Begleitung durch die EU ist am besten im EU-Bericht der Türkei von 2007 zu erkennen.¹²²⁹ Die Lesart des Berichts wurde in der Türkei überwiegend begrüßt, obschon die EU darin auch die Defizite der Türkei hervorhob. Es ist ein Fakt, dass der Streit bzw. die Uneinigkeit der EU-Ebene bezüglich eines Türkeibeitritts in der türkischen Gesellschaft eine Frustration auslöste und immer noch auslöst. Wenn man andere Beitrittsprozesse (z. B. die Osterweiterung der EU¹²³⁰) betrachtet, sieht man jedoch auch, dass dies ein natürlicher Prozess ist. Hinsichtlich des Türkeibeitritts erklärt der ehemalige Vorsitzende der Europäischen Kommission Romano Prodi, beide Seiten nähmen die Realisierung der EU-Reformen bzw. eine Annäherung an die Werte der EU ernst. Die Türkei solle nicht vergessen, dass die EU-Gesetze in erster Linie der Türkei bzw. ihren Bürgern selbst nutzen.¹²³¹ Überdies ist die türkische Beitrittsfrage nicht nur ergebnisorientiert zu betrachten. Denn der „Prozess“ an sich erscheint wichtiger als dessen Ergebnis, weil er zur Demokratisierung bzw. Europäisierung in der Türkei führen kann. Auf beiden Seiten bestehen noch Schwierigkeiten: Die Türkei soll den gemeinschaftlichen Besitzstand der EU übernehmen. Die EU soll die Probleme der letzten Erweiterungen überwinden. Trotzdem ist die Haltung der EU bei den Verhandlungen zwischen der EU und der Türkei wichtig – nicht unbedingt für den Schluss,

¹²²⁸ Vgl. Redmond, John (2007): S. 308.

¹²²⁹ Siehe EK: Turkey 2007 Progress Report, Brussels, 6.11.2007, SEC (2007) 1436, in: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2007/nov/turkey_progress_reports_en.pdf (06.11.2007); vgl. Spiegel: Beitrittsgespräche. EU-Bericht rügt türkische Regierung, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,515678,00.html> (06.5.2009).

¹²³⁰ „Es dauerte allerdings nur wenige Jahre, die so motivierte Beitrittseuphorie in Ostmitteleuropa abflauen zu lassen. Dazu trug die Erfahrung der ‚Brüssler Bürokratie‘ sicherlich ebenso bei wie vielfache Enttäuschungen im Transformationsprozess, für dessen Härte – ‚acquis communautaire‘ – auch die EU verantwortlich gemacht wurde. Die Gewohnheit, die Verantwortung für manches Unangenehme in Brüssel zu suchen, ist allerdings nicht ostmitteleuropäischen Ursprungs. Schließlich wurde die Frage bedeutender, warum man die gerade erst errungene Souveränität schon wieder einer anonymen Fremdbestimmung opfern solle. Der EU-Skeptizismus gewann im Laufe des Annäherungsprozesses in den meisten Kandidatenländern deutlich an Boden, so dass die Billigung des Beitritts, der für die Regierungen der Länder nie zur Diskussion stand, seitens der Bevölkerung mittels jeweiliger Referenden in kaum einem Land als sicher galt.“ Vgl. Michels, Georg: EU (Osterweiterung), in: [http://eeo.uni-klu.ac.at/index.php/EU_\(Osterweiterung\)](http://eeo.uni-klu.ac.at/index.php/EU_(Osterweiterung)) (06.5.2009).

¹²³¹ Interview des Autors mit Romano Prodi in Bologna, 2009, Interviewnummer 93.

sondern für den Prozess: Hierzu ist ebenfalls zu verdeutlichen, dass die Kritik an der bzw. der Appell der EU an die Türkei hinsichtlich mancher Themenbereiche (u. a. zur Erzeugung einer anti-autoritären, laizistischen und die Menschenrechte würdigenden politischen Ordnung oder zur Bekämpfung der Korruption, zur Bildung einer stabilen Funktionsweise im wirtschaftlichen System und zum Aufbau einer gerechteren Zirkulation bei der Einkommensverteilung) positive Effekte zeitigt, wobei die EU-Skepsis in der Türkei in Euphorie münden kann.¹²³²

Außerdem ist zu erläutern, dass, wenn die Entscheidungsträger auf EU-Ebene, ungeachtet dessen, ob es hier um die EU-Gremien, -Mitglieder oder die zentralen Meinungsführer geht, betrachtet werden, es kein homogenes Verhalten gegenüber der Türkei gibt. Hingegen besteht in der Türkei die Tendenz, negative Entwicklungen zu verallgemeinern und vornehmlich negative Ereignisse in ihrer Beziehung zur EU (selektiv) wahrzunehmen. Laut Befürwortern des Türkeibeitritts sollten deswegen die türkische Seite bzw. die EU-Skeptiker einsehen, dass Diplomatie nicht auf Gefühlen basiere. Stattdessen sollte die folgende These sachlich demonstriert werden, dass die Türkei nicht eine Last, sondern ein Gewinn für die EU sei.¹²³³ Während eine (überwiegende) Gruppe der Mitglieder die Türkei Mitgliedschaft in der EU befürwortet, sind bestimmte EU-Staaten (mit mehrheitlich konservativen Regierungen) im Europäischen Rat gegen diese bzw. nehmen einen skeptischen Standpunkt ein: Hinsichtlich der Frage, warum der französische Präsident Sarkozy und die deutsche Kanzlerin Merkel bzw. rechte Parteien in der EU gegen einen Türkeibeitritt sind, wird wie folgt argumentiert: 1) infolge der aktuellen Probleme in der EU wollen konservative Kräfte die Handlungsfähigkeit der EU zurückerlangen, und hierbei könnte ein Türkeibeitritt eher Gegenteiliges bewirken; 2) unter dem Stichwort „Politische Einbindung“ halten diese Parteien in der EU einen Nichtbeitritt für notwendig, um nicht gegen die türkeiskeptischen Forderungen ihrer Parteibasis und Wähler zu agieren. Die Türkei wäre aufgrund ihrer Bevölkerungsgröße und ihrer geostrategisch bedeutenden Lage sofort unter den „Großen“ in Europa, größer als Frankreich und mindestens auf Augenhöhe mit Deutschland. Aus diesem Grund wäre im Sinne einer Machtbalance ein Verzicht auf den Beitritt der Türkei folgerichtig, da es derzeit mit Großbritannien und Italien (und eigentlich auch Spanien und Polen) schon schwer genug sei, unter den bevölkerungsreichsten Staaten gemeinsame Positionen in Angelegenheiten der EU zu finden. Im Hinblick auf den zweiten Punkt ist übrigens zu ergänzen, dass konservative

¹²³² Interview des Autors mit Melih Rüştoğlu in Ankara, 2008, Interviewnummer 82.

¹²³³ Interview des Autors mit Annemie Neyts-Uyttebroeck in deren Büro im EP, 2009, Interviewnummer 91, und mit Ali Yurttagül per Email, 2009, Interviewnummer 97.

Parteien immer auf das Stellen der Identitätsfrage bauen können, um ihre Anhängerschaft zu ködern. Denn in diesem Milieu wird Europa bzw. die EU schon immer als eine Herausforderung für den Nationalstaat eingeschätzt. Falls dazu die Mitgliedschaft einer „muslimischen“ Türkei käme, könnte für Konservative die Grenze des Erträglichen überschritten sein. An dieser Stelle prognostizieren türkische EU-Befürworter, ohne die Unterstützung der beiden EU-Länder Deutschland und Frankreich als den zwei wichtigsten Staaten im Entscheidungssystem der EU sei ein Türkeibeitritt nicht realisierbar.

Überdies lässt sich behaupten, ein Türkeibeitritt sei nicht durchzuführen, ohne dass die entsprechenden Befürchtungen der EU-Bürger überwunden werden, wie auch ein französischer Politiker¹²³⁴ geäußert hat: „[i]f the Turks wait for us [the French people or Europeans, I. E.] to show that we love them, they will wait for a long time“¹²³⁵. Nach ihm wird der Türkeiskeptizismus in Frankreich auch folgendermaßen begründet: “Turks equal Muslims equal Arabs equal terrorists”. Nach solch provokanten Aussagen reagiert die türkische Seite bezüglich der EU sofort mit Misstrauen und Zweifel. Die skeptischen Haltungen in der EU resultieren wiederum auch aus Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit: Erstens trat sowohl nach den Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001 als auch nach den Anschlägen in Madrid am 11. März 2004 und in London am 7. Juli 2005¹²³⁶ die Angst vor dem islamisch begründeten Fundamentalismus in den EU-Völkern spürbar zutage und vergrößerte Türkei-skeptische Tendenzen. Zweitens leben in den EU-Ländern mittlerweile rund 15 Mio. Muslime. Damit gehen mögliche „negative“ Erfahrungen der Aufnahmegesellschaften mit diesen „Neu-Inländern“ und eine Bewusstwerdung unterschiedlicher Lebens- und Denkweisen einher. Der wichtigste Grund für Türkei-skeptische Tendenzen in der EU ist jedoch, drittens, die kritische Wahrnehmung des Islam als „eine das Individuum einschränkende Religion“. Hierauf Bezug nehmend stehen Forderungen nach einer klaren Zuweisung der Grenzen zwischen Religion und Staat, nicht nur auf formal-administrativer, sondern auch auf kognitiver Ebene jedes Individuums, nach der Ausprägung einer freiheitlichen und gleichberechtigten Position der Frauen sowie nach der Garantie der Rechte im liberalen Sinne – allesamt Fragen, bei denen die Alarmglocken auf der EU-Seite laut ertönen. Besonders in Bezug auf die Frauenrechte äußern einige EU-Länder wie Frankreich Türkei-gegnerische Thesen. Ein Türkeibeitritt wird als eine emanzipative Herausforderung gesehen.

¹²³⁴ In der Studie ist sein Name nicht bekannt gegeben. Siehe die folgende Fußnote.

¹²³⁵ Vgl. Crises International Interview: French Politician, Istanbul, 11 October 2008. Crises International Group. Turkey and Europe: The Decisive Year Ahead. Europe Report. No. 197. 2008, S. 26.

¹²³⁶ Hier sind auch Terroranschläge in Istanbul am 15. und 20. November 2003 zu erwähnen.

So meinen u. a. französische Frauenrechtlerinnen, dass sie ihre „Rechte wegen der Kirche bzw. konservativen Religiosität neu erkämpfen müssen. Mit einem Türkeibeitritt werden die Frauen durch entsprechende Bedrohungen neu unter Druck gesetzt.“¹²³⁷ Für nicht wenige europäische Skeptiker eines Türkeibeitritts hieße ein Türkeibeitritt eine Bedrohung der westlich-liberalen Zivilisation und der Tradition der Aufklärung. Diese Befürchtung kann auf die Formel gebracht werden: „Die (islamischen bzw. islamistischen) Türken werden uns einen Rückschritt bringen.“ Es lässt sich erkennen, dass die gleiche Befürchtung auch in der Türkei, und zwar bei den laizistischen EU-Befürwortern, besteht. Sie kam bei den „Republik-Demonstrationen“ deutlich zum Ausdruck.¹²³⁸

Eine mögliche Strategie für türkische EU-Skeptiker und europäische Türkei-Skeptiker¹²³⁹ ist, anstatt all ihre Energie für Empörung und Voreingenommenheit gegenüber Bedingungen und Konsequenzen des Türkeibeitritts aufzuwenden, „gemeinsame Lösungen“ für die erwarteten Probleme zu finden.¹²⁴⁰ Nach Fuat Keyman würde die EU-Mitgliedschaft für die Türkei systemverändernd und für die EU wertebereichernd wirken.¹²⁴¹ Dies erfordere von beiden Seiten Kontinuität und Entschlossenheit. Falls die „muslimische“ Türkei durch die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien eine liberale Demokratie realisiere, könnte der Türkeibeitritt für die EU einen Beitrag leisten, um extreme Reaktionen in der islamischen Welt zu mildern bzw. zu einer Verbreitung der europäischen Werte in der islamischen Welt zu führen. Somit könnte ebenfalls die Integration von muslimischen EU-Bürgern in Europa gefördert werden.

In dieser Arbeit wurde – im Grunde genommen – der EU-Skeptizismus in der türkischen Politik untersucht. Hierbei wurden drei wichtige Parteien, die Regierungspartei AKP und die Oppositionsparteien CHP und MHP, analysiert: Im EU-Prozess spielen sie eine kritische Rolle, zumal es die Akteure sind, die die Türkei auf die Bedingungen der Union vorbereiten

¹²³⁷ Interview des Autors mit Nilüfer Göle, am Max-Weber-Kolleg, 2008, Interviewnummer 51, vgl. Göle, Nilüfer: *İç İçe Girişler*, 2009 und „Batı kendine Türkiye aynasından bakabilir“, in: <http://yenisafak.com.tr/Roportaj/?t=08.06.2009&c=16&i=191149> (08.6.2009).

¹²³⁸ Siehe Unterkapitel 4.1.3.5, Anm. 635.

¹²³⁹ Der EVP-Europa-Abgeordnete Kurt Lechner ist der Ansicht, dass „wir als die EVP zurzeit eher gegen einen Türkeibeitritt in die EU sind. Ich würde hierbei empfehlen, dass die Türkei rational denkt und sich zuerst auf die Reformen konzentriert. Für die volle Übernahme des *acquis communautaire* benötigt die Türkei eine gewisse Zeit, 10 bis 15 Jahre. Was mit der Zeit kommen wird, weiß man nie. Das ist der vernünftigste Weg für die Türkei.“ Interviews des Autors mit Lechner Kurt, im EP, Brüssel, 2009, Interviewnummer 92.

¹²⁴⁰ Interview des Autors mit Haluk Günuğur an der Universität Maltepe in Istanbul, 2006, Interviewnummer 46 und mit Rainer Hülse, an der Universität Akdeniz in Antalya, 2006, Interviewnummer 53.

¹²⁴¹ Interview des Autors mit Fuat Keyman, an der Universität Koç in Istanbul, 2006, Interviewnummer 29.

und die für diese Partnerschaft erforderlichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reformen verwirklichen sollen. Grundsätzlich handelt es sich bei diesen drei Parteien um EU-Befürworter – zumindest ihren Äußerungen und Verlautbarungen zufolge. Sie vertreten aber gleichzeitig – nach ihren ideologischen Interessen – Thesen, die als EU-skeptisch oder gar EU-gegnerisch einzuschätzen sind. Dazu belegen manche Praktiken und Forderungen dieser Parteien, dass diese auch gelegentlich (von schwach bis stark reichende) EU-skeptische Tendenzen aufweisen. Insgesamt betrachtet, lassen sich auch die „Paradoxien der EU“ darlegen: Die „kemalistische-sozialdemokratische“ CHP tritt für das Ziel einer Aufklärung nach westlichem Typ ein, die sich mit der Französischen Revolution und dem Positivismus vermischt und die die Werte und Normen dieser Aufklärung verinnerlicht, und erachtet daher die EU-Mitgliedschaft der Türkei als Notwendigkeit. Allerdings werden die kemalistisch-laizistischen und -nationalistischen Prinzipien, die zu den Grundsteinen der Republik gehören, als die Widersprüche der CHP auf dem Weg zur EU kritisiert. Das sind die Misstöne, die beim Wechsel des Blickwinkels von einer Pro-Republik-Vision zu einer Pro-Demokratie-Vision entstehen: einerseits der Blickwinkel von der laizistischen Ordnung her und andererseits der Blickwinkel vom Volk her. Dies erfordert, dass ein System aufgebaut wird, durch das die Zivilrechte und -freiheiten konsolidiert werden, nicht die ethnischen, sondern dass das Verständnis für eine Staatsbürgerschaft nach der Verfassung entwickelt wird und die lokalen Mechanismen gegen die Zentralgewalt gestärkt werden. Die EU würde auf der einen Seite einen Türkeibeitritt bestätigen, wenn in der Türkei einige der idealen Wertvorstellungen der CHP – „Westorientierung, Laizismus, individuelle Freiheiten, Frauenrechte“ – implementiert wären. Das heißt: Was die EU von der Türkei fordert, ähnelt eher den Überzeugungen von einer modernen Staatlichkeit im Sinne des Programms der CHP als der Programmatik einer anderen Partei. Allerdings macht sich das „EU-Paradox der CHP“ als ein „CHP-Paradox der EU“ bemerkbar. Die EU meint, auch Laizismus und Nationalismus sollten demokratisch gestaltet sein. Dagegen beharrt die CHP darauf, die Demokratie habe auch die Aufgabe, sich selbst vor Fundamentalismus und Separatismus zu schützen. Auf der anderen Seite ist die AKP trotz ihrer Betonung der „islamisch-konservativen“ Identität ein Verhandlungspartner für die EU. Denn infolge ihres wirtschaftlichen und politischen Liberalismus und religiös begründeten, nicht strikten Nationalismus („Umma“) nimmt sie eine reformistische und demokratisierende Haltung in den zivilrechtlichen Bereichen ein. Allerdings decken sich manche AKP-Thesen – im Vergleich zu den oben erwähnten Wertvorstellungen der CHP – unter dem Slogan: „Eine andere Welt ist möglich“, nicht unbedingt mit der traditionellen Aufklärung nach westlichem Typ. Die Reaktionen der AKP, die aus ihrem konservatisierenden

Standpunkt resultieren, verhindern eine Annäherung an die EU und beinhalten damit ein natürliches „EU-Paradox“. Die EU vermittelt, die Trennung von Staat und Religion sei eines der grundlegendsten Prinzipien der Demokratie in der EU, das auch der politischen Ausrichtung nach durch alle AKP-Anhänger unterstützt werden müsste.¹²⁴²

Ein anderes Türkei-Paradox, das die EU erlebt, ist die Frage, ob die Türkei, die sich im Zwiespalt zwischen den „demokratisierenden“ Kopenhagener Kriterien (EU) und den „konservatisierenden“¹²⁴³ Washingtoner Kriterien (USA) befindet, das trojanische Pferd der USA oder die Trägerin der westlichen Zivilisation in die islamische Welt ist. Da die Türkei die EU-Mitgliedschaft zum Kernpunkt der Außenpolitik erklärt hat, fühlt sich die Türkei gezwungen, eine Politik zu entwickeln, die diese Paradoxien auf der EU-Seite berücksichtigt.

Darüber hinaus sieht man im Verhalten der MHP gegenüber der EU das folgende Paradox: Die MHP ist essenziell skeptisch bzw. gegen die vollständige Übernahme der liberalen Standards der europäischen Demokratie. Daneben ist sie parteipolitisch im Vergleich zur MHP der 1990er bzw. 1970er Jahre demokratischer geworden. Trotzdem steht im Zentrum ihrer Politik eine „türkisch-ethnonationalistische“ Ideologie. Bei der EU-skeptischen Position der MHP ist ebenfalls die pro-europäische Haltung der „kurdisch-nationalistischen“ Partei, der BDP, von großer Bedeutung. Die MHP argumentiert, die BDP betrachte den EU-Prozess bzw. demokratische EU-Reformen der Türkei nicht als ein Ziel, sondern als eine zweckdienliche Gelegenheit für Separatismus bzw. für die Gründung eines eigenen Staates.¹²⁴⁴ Neben diesem lokalen bzw. innertürkischen Grund führt daneben eine übernationale Motivation bzw. die Notwendigkeit der Teilung der türkischen Souveränität mit Brüssel zu einem EU-Skeptizismus bei der MHP. Die Schwäche der MHP-Politik liege darin, dass sie seit ihrer Gründung in auf innen- und außenpolitische Sicherheit bezogenen Themen eine reaktionäre Haltung an den Tag lege und keine passende Lösung für die Probleme der Türkei anbieten könne.¹²⁴⁵ Andererseits wird dies von der Parteileitung als die Stärke der Partei bzw. die hauptsächliche Mission – nämlich die Bewahrung der Einheit des Landes – eingeschätzt. Auch ohne dass die BDP bzw. die PKK ihre separatistischen Einstellungen beibehält, ist von der MHP nicht zu

¹²⁴² Vgl. Carsten Wieland: Turkey's political-emotional transition; in: http://carsten-wieland.com/mediapool/74/746018/data/Middle_East/Turkey_s_political-emotional_transition_in_opendemocracy_06_1_.10.2009.pdf (6.10.2009).

¹²⁴³ Nach dem Slogan “Turkey is a model state for islamic countries.” Vgl. Fuller, Graham E. (2004): Turkey's Strategic Model, in: http://www.twq.com/04summer/docs/04summer_fuller.pdf (10.6.2010).

¹²⁴⁴ Interview des Autors mit Ahmet Türk, 2009, Interviewnummer 94. Vgl. Ermagan, Ismail (2010): S. 110 – 128.

¹²⁴⁵ Interview des Autors mit Vural Öger, 2008, Interviewnummer 64, vgl. Yanardağ, Merdan (2002): S. 19.

erwarten, dass sie von ihrer radikalen Position Abstand nimmt und sich selbst essenziell erneuert. Um die weitere Europäisierung der Türkei zu verwirklichen, müssten sowohl der türkische als auch der kurdische Nationalismus auf einen nur noch symbolischen Gehalt reduziert werden, so, wie es von Anthony Smith als Apolitisierung des Nationalismus, Normalisierung der Nation und Ritualisierung des Nationalismus beschrieben wird.¹²⁴⁶

In Bezug auf die Positionierungen der Parteien gegenüber der EU spielen die folgenden Faktoren eine Rolle: die parlamentarische Position einer Partei an der Macht bzw. in der Opposition, die Rolle ihrer Parteiführer und -leitung, (unterschiedliche) Tendenzen oder Flügel innerhalb einer Partei, der ideologische Hintergrund und die EU als exogener Faktor. Diesbezüglich ist ferner zu fragen, worüber innerhalb der Parteien hinter den Kulissen gesprochen wird und was die einzelnen Lager oder Flügel mit ihren Positionen erreichen wollen. Der Integrationsprozess der EU zwingt die Türkei, weitere demokratische Transformationen auf den staatlichen und gesellschaftlichen Ebenen zu realisieren. Dies ändert auch die Haltungen der (politischen) Eliten im Land,¹²⁴⁷ was zu einer Radikalisierung der Positionen der Parteien führen könnte und zusätzlich im Widerspruch zu vergangenen Positionen dieser Parteien stehen würde: Im Zentrum des derzeitigen Machtkampfes in der Türkei, der nicht selten zu einer „Staatskrise“ führt, stehen die AKP und die CHP. An der Peripherie versuchen die MHP und die BDP, sich an diesem Machtkampf zu beteiligen. Gegen die AKP agieren sich die CHP und die MHP meistens gemeinsam. Hieraus gestalten der islamische vs. kemalistische Konservatismus und der türkische vs. kurdische Nationalismus die politischen Geschehnisse der Türkei. Auf Grund der Popularität der EU-Mitgliedschaft in der türkischen Bevölkerung fühlen sich türkische Parteien dazu genötigt, ihre EU-unterstützende Haltung durchzusetzen. Deren EU-skeptische Neigungen sind auch als eine Reaktion darauf zu betrachten, dass sie ihre Funktion als Staatselite im Fall der EU-Mitgliedschaft verlieren würden. Daher zeigt die Beantwortung der Frage, wie die Parteien mit der derzeitigen Staatskrise umgehen, die derzeitige EU-Haltung der Parteien. Dazu kommen ins Spiel die EU, die USA und Russland. Die positive oder negative Türkeipolitik der EU-Gremien, -Mitglieder und -Regierungen sind dabei genauso wichtig wie skeptische oder sogar gegnerische Einstellungen in der türkischen Politik. Dieses komplexe Bild ist die Gegenwart der türkischen (EU-)Politik. Folglich ist zu urteilen, dass der EU-Beitrittsprozess der Türkei schwieriger ist, als es den Anschein hat.

¹²⁴⁶ Vgl. Smith, Anthony: *The Ethnic Origins of Nations*, 1987 u. *Nations and Nationalism in a Global Era*, 1995.

¹²⁴⁷ Interview des Autors mit Nicolas Monceau an der Universität Akdeniz, 2008, Interviewnummer 58.

Hinsichtlich des Dreiecks EU-Befürwortung, -Skeptizismus und -Gegnerschaft in der Türkei sind die Änderungen seit 2005 gewaltig, weil die Mehrheit der EU-skeptischen Tendenz sich dabei in eine EU-generische Einstellung gewandelt und dadurch die EU-Befürwortung in der Türkei zurückgedrängt hat: Eine EU-Mitgliedschaft wurde 2004, als die EU der Türkei ein festes Datum für den Beginn der Beitrittsverhandlungen nannte, von 74 % der türkischen Bürger befürwortet. Bis zum Anfang des Jahres 2010 ging die EU-Befürwortung auf bis zu 38 Prozent zurück. Es ist daher zu unterstreichen, dass der EU-Skeptizismus eines der wichtigsten sozialen und politischen Phänomene in der Türkei geworden ist. EU-skeptische Argumente in der Türkei lassen sich in historische, politische, geopolitische, wirtschaftliche und religiöse aufteilen. Die EU-Gegner kämpfen mit allen Mitteln, damit ihre Einstellungen in der Gesellschaft größeren Einfluss gewinnen. Die EU-Gegner und -Skeptiker, die mit Verschwörungstheorien argumentieren, schüren nur Ängste bei der Bevölkerung. Hervorzuheben ist, dass EU-skeptische bzw. -gegnerische Positionen in der türkischen Parteienlandschaft einen EU-skeptischen Standpunkt seitens der Gesellschaft stabilisieren. Überdies können diese Argumente, wenngleich nicht immer, die Haltung der EU-befürwortenden Parteien gegenüber der EU auch negativ beeinflussen; d. h.: Die Akzentuierung der EU-skeptischen bzw. -gegnerischen Argumente in der Bevölkerung und die daher verstärkte Anti-EU-Haltung in der Öffentlichkeit bewirken nicht nur die positive Haltung der Parteien, sondern verlangsamen oder verhindern die Durchführung von EU-Reformen.

Als Ergebnisse dieser Arbeit sind zusammenfassend vier Thesen zu formulieren:

- Erstens ist die Grundhaltung der türkischen Bevölkerung gegenüber der EU prinzipiell nicht ablehnend, obwohl auch diese Haltung vereinzelt existiert, sondern es herrscht mehrheitlich ein EU-Skeptizismus vor.
- Zweitens ist der EU-Skeptizismus in der Türkei schwankend bzw. periodisch einem Wandel unterworfen – sowohl in Richtung EU-Befürwortung als auch EU-Gegnerschaft. Hier spielen sowohl das EU-(bezogene) Verhalten der Türkei als auch die Türkei-Politik der EU eine Rolle.
- Drittens zeigen EU-skeptische Tendenzen in der Türkei ein breites Spektrum, das sich auf rationalen, manchmal berechtigten, oft emotionalen, ja sogar verschwörungstheoretischen Linien bewegt.
- Viertens: Sofern die Eliten/Parteien nicht immer moderne europäische Werte und Normen sowie die Konsolidierung der Demokratie bzw. die Beitrittskriterien der EU unterstützen, sind sie als Blockade der Demokratie bzw. als EU-Gegner anzunehmen.

- Daraufhin sind drei Erkenntnisse zu betonen: Zum einen ist das Verhalten der EU-Skeptiker in der Türkei deshalb entscheidend, da periodische Veränderungen vom EU-Skeptizismus hin zur EU-Gegnerschaft zu einer Mehrheit der Anti-EU-Plattform führen können. Zum zweiten wird – trotz beachtlicher EU-skeptischer Neigungen – die EU-Mitgliedschaft in der türkischen Gesellschaft im Endeffekt befürwortet. Man kann davon ausgehen, dass die EU-skeptischen Annahmen in der türkischen Politik die Türkei nicht darin hindern, das Ziel „Integration in die EU“ zu verfolgen. Jedoch darf zum dritten nicht unterschätzt werden, dass es allein nicht an den Europäern liegt, einen Türkeibeitritt zu ermöglichen oder zu verhindern; dabei fungieren vorhandene EU-skeptische Tendenzen in der Türkei als eine ernstzunehmende Barriere.

In diesem Rahmen wird in letzter Zeit in einigen EU-Ländern behauptet, bei den türkischen Beziehungen mit der EU finde ein Kurswechsel statt bzw. die Türkei wende sich von Europa ab. Welches Ziel verfolgt die Türkei mit diesem Handeln? Die Türkei entwickelt enge Beziehungen mit den islamischen Ländern und mit den Turkstaaten im Kaukasus und in Zentralasien, um ihre strategische Bedeutung zu verstärken. Nur „solch eine außenpolitische“ Verstärkung sei eine Lösung für die Türkei, um die türkeiskeptischen Teile in den EU-Ländern zu überzeugen, meint die türkische Regierung: Auch wenn die EU global handeln wolle, könnte „diese“ Türkei der EU mehr helfen. Dies bezeichnet den Übergang der Türkei von einer weitgehend passiven, eindimensionalen Außenpolitik hin zu einer dynamischen und vielseitigen Diplomatie.¹²⁴⁸

Im Zuge der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei sind folgende Fragen entscheidend: 1) Warum – historisch betrachtet – hat die EU/EG/EWG der Türkei eine Zeit lang große Hoffnungen auf die Mitgliedschaft gemacht? 2) Warum – politisch betrachtet –

¹²⁴⁸ Vgl. Bağcı, Hüseyin: Die Türkei und die Europäischen Union, in: http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-468/_nr-1332/i.html (12.5.2010). Siehe auch: Vgl. Çandar, Cengiz: Neo-Türkiye..., in: www.radikal.com.tr/%2FDefault.aspx%3FaType%3DRadikalYazarYazisi%26ArticleID%3D999348%26Yazar%3DCENG%25DDZ%2520%25C7ANDAR%26Date%3D28.05.2010%26CategoryID%3D97 (28.05.2010); vgl. Cıvaoglu, Güneri: Eksen travması, in: <http://www.milliyet.com.tr/%2Feksen-travmasi%2Fguneri-civaoglu%2Fsiyaset%2Fyazardetay%2F12.06.2010%2F1249939%2Fdefault.htm> (12.06.2010); vgl. Akyol, Taha: Doğu mu, Batı mı?, in: <http://www.milliyet.com.tr/dogu-mu-bati-mi-/taha-akyol/siyaset/yazardetay/12.06.2010/1249936/default.htm> (12.06.2010) und vgl. Barlas, Mehmet: Yeni dünyada eksen de merkez de farklı yerlerdeler, in: http://www.sabah.com.tr/Yazarlar/barlas/2010/06/12/yeni_dunyada_eksen_de_merkez_de_farkli_yerlerdeler (12.06.2010).

befürwortet die Mehrheit der EU-Staaten einen Türkeibeitritt, obwohl die Hälfte der EU-Bürger dagegen ist? 3) Welche Folgen – institutionell und kulturell/religiös betrachtet – kann der türkische EU-Skeptizismus haben? Nach Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder würde „ein Abbruch der Beitrittsverhandlungen innenpolitisch das Land radikalisieren und die Türkei von Europa entfremden“¹²⁴⁹. Jedoch argumentiert der türkische Politikwissenschaftler Hasan B. Kahraman, die humanitär-kulturelle EU könne eine Türkei, die westliche Standards der Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte nicht verinnerlicht, nicht lange tragen.¹²⁵⁰ In diesem Punkt gelangt man zu folgender Einsicht: Erstens könnten die Mitgliedschaftsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei noch Jahre dauern. Zweitens könnte die EU andere Integrationsmodelle entwickeln, die auch die Türkei akzeptieren würde. Also sind beide dieser möglichen Positionierungen der EU eine Frage der Zeit. Allerdings ist die Beziehung zwischen der EU und der Türkei nicht als eine „einseitige Liebe“ der Türkei zu beurteilen, sondern als eine „Angstbeziehung“: Obwohl die vorhandenen gegenseitigen Ängste immer neue Ängste produzieren, die die EU-Integration der Türkei verlangsamen oder womöglich verhindern, indem sie die skeptischen Neigungen auf beiden Seiten aktivieren, verbinden sie auch miteinander. Aus diesem Grund hängt die Etablierung des Türkeibeitritts nicht nur von den Tendenzen innerhalb der Türkei, sondern auch von denen innerhalb der EU und deren Wechselwirkung ab.

Zum Schluss soll deshalb Folgendes bedacht werden: Bereitet sich die Türkei wirklich auf die EU vor? Wie viele Polizisten lernen beispielsweise Englisch? In wie vielen Konditoreien, Hühnerfarmen, Müllanlagen oder Busunternehmen werden die EU-Normen eingehalten? Wie viele türkische Staatsbürger haben z. B. Malaga, Riga oder Köln besucht und dort den Kontakt zu Menschen bzw. EU-Bürgern aufgenommen, z. B. zu einem Brotverkäufer „Guten Tag“ gesagt? Warum wendet man sich bei nationalen Feiertagen oder Feierlichkeiten zum Befreiungskampf immer noch nicht von einer antiwestlichen Propaganda ab? usw. Nun, sieht es etwa auf der Seite der EU anders aus? Wie viele EU-Bürger interessieren sich dafür, dass es nicht dasselbe ist, ein Türke oder ein osmanischer Staatsbürger zu sein? Wie viele Europäer

¹²⁴⁹ Nach der Griechenland-Krise meinte er, dass die Europäer eine europäische Wirtschaftsregierung brauchten. Die EU könne mit China und den USA gleichziehen. Die Türkei gehöre zu den wichtigsten Volkswirtschaften. Nur mit vereinten Kräften werde die EU neben den Machtzentren USA und China bestehen können. Deshalb müsse sie die Türkei aufnehmen und Russland assoziieren. Geschehe das nicht, würde sich die EU langfristig in eine fatale Abhängigkeit begeben. Vgl. Schröder, Gerhard: Neue Machtzentren, in: <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article7436815/Ohne-die-Tuerkei-versinkt-die-EU-im-Mittelmass.html> (03.05.2010).

¹²⁵⁰ Vgl. Kahraman, H. Bülent (2007): *Türk Sağı*, S. 211 – 212.

wissen, dass der Weihnachtsmann, der heilige Nikolaus, in Antalya geboren ist oder dass Efes-İzmir eine Wallfahrtsstätte der Christen ist? Oder wie viele Europäer erachten eine Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus für wichtig?

Das Motto für diese Beziehung ist eigentlich klar: „Weder mit dir noch ohne dich!“ Auf beiden Seiten werden so viele skeptische Ansichten (die diesen Integrationsprozess weiter ausbremsen oder kritisch mitgestalten) vorgetragen, dass der Beitritt in dieser Form eigentlich eine Illusion ist. Es sieht so aus, dass die neue, reelle EU sich erst nach politischen Kämpfen herausbilden wird, in denen sich beide Parteien, die EU und die Türkei, ändern müssten – dies könnte jedoch nur dann stattfinden, wenn sich die gegenseitige Skepsis verringern würde. Dazu gehört, dass diese Beziehung auf eine vernünftige und diskursive Basis gestellt und die gegenseitige Skepsis nur auf eine rationale Linie gebracht wird. Das könnte der erste Schritt von der Illusion hin zu einer tatsächlichen Integrationsperspektive sein.

6 LITERATURVERZEICHNES

6.1 Bücher

Adanır, Fikret (1995): Geschichte der Republik Türkei, Mannheim.

Adkinson, Laura M. (1958): Great Britain and the Kemalist Movement for Turkish Independence, 1919-1923, Michigan.

Ağaağulları, Mehmet Ali (1983): Milliyetçi Hareket Partisi, in: Cumhuriyet Dönemi Türkiye Ansiklopedisi, İstanbul, S. 2111-2119.

Ağar, Abdullah (2005): Ölüm Dağları Bekler. Cudi Dağı, Bir Millet Uyanıyor 7, Ankara.

Ahmad, Feroz (2005): Geschichte der Türkei, Essen.

Ahmad, Feroz (2003): Turkey: The Quest for Identity, Oxford.

Akbıyık, Yaşar (2008): Laiklik, in: Yalçın, Durmuş (Hg.): Türkiye Cumhuriyeti Tarihi, Bd. 2, Ankara.

Akçam, Taner (2006): A Shameful Act. The Armenian Genocide and the Question of Turkish Responsibility. New York.

Akçura, Yusuf (1991): Üç Tarz-ı Siyaset, Ankara.

Akdoğan, Yalçın (2004): Ak Parti ve Muhafazakâr Demokrasi, İstanbul.

Akdoğan, Yalçın (2004): Kırk Yıllık Düş, Avrupa Birliği'nin Siyasal Geleceği ve Türkiye, İstanbul.

AKP (2008): AK Parti'nin İddianameye Cevapları, Ankara.

AKP (2003): Parti Tüzüğü, Ankara.

AKP (2001): AK Parti Programı, Ankara.

Akpınar, Hakan (2005): Kurtların Kardeşliği. CKMP'den MHP'ye (1965 – 2005), İstanbul.

Aktas, Murat (2005): Die Türkei – Teil der Europäischen Union? Hintergründe und Argumente der Türkeiidebatte. Magisterarbeit, Universität Augsburg, Augsburg.

Akyol, Taha (2008): Ama Hangi Atatürk, İstanbul.

Alexander Schölch (1975): Wirtschaftliche Durchdringung und politische Kontrolle durch die europäischen Mächte im osmanischen Reich (Konstantinopel, Kairo, Tunis) In: Geschichte und Gesellschaft Heft 1, 1975, S. 404–446.

Alpay, Şahin (2009): Die politische Rolle des Militärs in der Türkei, Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 39-40/2009), S. 9-14.

Altan, Mehmet (2007): Eğrisiyle Doğrusuyla Ak Parti, İstanbul.

Altınay, Ayşe Gül (2004): The Myth of the Military-Nation: Militarism, Gender and Education in Turkey, New York.

Anagnostopoulos, Dositeos: Türkei Wohin?, in: Gülbeyaz, Halil (Hrsg.): Türkei Wohin?, Parthas Verlag, 2008, S. 119-130.

Anders, Peter Alford/Benninghaus, Rüdiger (1989): Ethnic Groups in the Republic of Turkey, Wiesbaden.

Arıkan, E. Burak (2002): Turkish ultranationalists under review: a study of the Nationalist Action Party ", Nations and Nationalism, Vol.8, No.3, July 2002, S. 357-375.

Arıkan, E. Burak (1999): The Programme of the Nationalist Action Party of Turkey: An iron hand in a velvet glove, in: Kedourie, Sylvia (Hgg.): Turkey before and after Atatürk: Internal and External Affairs, London, pp. 120-34.

Armaoğlu, Fahir (2010): 20. Yüzyıl Siyasi Tarihi, 1914 – 1995, İstanbul.

ASAM (2004): Büyük Ortadoğu Projesi ve Türkiye, Ankara.

Ateş, Toktamış (1999): Utanç Yüzyılı, İstanbul.

Asmussen, Jan (2004): Ungewisse Zukunft – Zypern nach den Referenda. Schäbler, Birgit/Lüdke, Tilman (Hg.), Erfurt.

Atatürk, Mustafa Kemal (1961): Nutuk, İstanbul und Atatürk Araştırma Merkezi (Hg.) (2006): Atatürk'ün Söylev ve Demeçleri I-III.

Avcı, Gamze (2004): Turkish political parties and the EU discourse in the post-Helsinki period. A case of Europeanization. In: Mehmet Uğur und Nergis Canefe (Hrsg.) *Turkey and European Integration. Accession Prospects and issues*, London.

Avcı, Gamze (2003): Turkey's Slow EU Candidacy: Insurmountable Hurdles to Membership or Simple Euroscepticism? In: *Turkish Studies* 4 (1), 149-170. In: Carkoğlu, Ali und Rubin, Barry (Hrsg.). *Turkey and European Union: Domestic Politics, Economic Integration and International Dynamics*, London.

Ayata, Sencer (2004): Changes in Domestic Politics the Foreign Policy Orientation of the AK Party, in: L. Martin und D. Kerides (Hgg.): *The Future of Turkish Foreign Policy*, Cambridge.

Ayata, Sencer (1996): Patronage, Party and State. The Politicization of Islam in Turkey, *Middle East Journal*, 50 (Winter), S. 40 – 56.

Aydın, Ertan / Dalmıs, İbrahim (2008): The social bases of the Justice and Development Party, in: Cizre, Ümit (Hg.), London, pp. 201-221.

Aydın, İsmail Şefik (2005): Uyan Türkiye. Türkiye'yi Bekleyen Tehlikeler, İstanbul.

Aydın, Nurullah (2006): Küresel Terör ve Türkiye, Bir Millet Uyanıyor 12, Ankara.

Aydın, Senem/Keyman, E. Fuat (2004): European Integration and the Transformation of Turkish Democracy. EU-Turkey Working Papers, No. 2, August 2004, Centre for European Policy Studies (CEPS), Brussels and Economics and Foreign Policy Forum, İstanbul.

Aydoğan, Metin (2006): Avrupa Birliği'nin Neresindeyiz? Tanzimattan Gümrük Birliğine, İzmir.

Aygün, Sinan (2006): Avrupa Tuzağında Mankurtlaşan Türkiye, Bir Millet Uyanıyor 8, Ankara.

Bağcı, Hüseyin (1999): Turkish Reactions to the EU Approach, in: Susanne Baier-Allen (Hg.), Looking into the Future of Cyprus-EU Relations, Baden-Baden.

Bahçeli, Devlet (2000): 21. Yüzyıl ve Türkiye'nin 2023 Vizyonu, Ankara.

Bahçeli, Tozun (1990): 'The grievances of the Turkish community in Western Thrace and Greek-Turkish Relations', in: E. Manisalı (ed.), Turkey and the Balkans, İstanbul, pp. 59-69.

Barth, Boris (2006): Genozid. Völkermord im 20. Jahrhundert. Geschichte, Theorien, Kontroversen, München.

Başkaya, Fikret (2007): Reel Atatürkçülük, Ankara.

Baykal, Deniz (2005): Ansprachen des Parteivorsitzenden der CHP bezüglich des Entscheids des Europäischen Rates am 17. Dezember 2004 und die weiteren Entwicklungen nach diesem Datum in der Generalversammlung der Partei, 25 Mai 2005, in: *AB'ye Tam Üyeliğe Evet, Özel Statüye Hayır*, Ankara, S. 268-273.

Bayramoğlu, Ali (2004): Asker ve Siyaset, in: İnel, Ahmet/Bayramoğlu, Ali (Hg.): Bir Zümre, Bir Parti. Türkiye'de Ordu, İstanbul.

Bayzan, Ali Rıza (2006): Türkiye'de Amerikan Misyonerleri, Armageddon: Kehanet mi, teo-politik bir proje mi?, Bir Millet Uyanıyor 10, Ankara.

Belge, Murat (2009): Modern Türkiye'de Siyasi Düşünce Cilt 2 / Kemalizm, İstanbul.

Belge, Murat (2009): Modern Türkiye'de Siyasi Düşünce Cilt 5 / Muhafazakârlık, İstanbul.

Belge, Murat (2005): Modern Türkiye'de Siyasi Düşünce Cilt 6 / İslamcılık, İstanbul.

Belge, Murat (2003): Türkiye'nin Halleri, Ankara.

Benedetto, Giacomo (2008): Explaining the Failure of Euroscepticism in the European Parliament. In: Szczerbiak, Aleks; Taggart, Paul (Hg.): The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Comparative and Theoretical Perspectives. Oxford, New York: Oxford University Press (Opposing Europe?, 2), S. 127-150.

Berkes, Niyazi (2005): Patrikhane ve Ekümeniklik, İstanbul.

Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (2006): Theorien der europäischen Integration, Wiesbaden.

Bila, Fikret (2007): Komutanlar Cephesi, Ankara.

Bila, Hikmet (2008): CHP 1919-2009, İstanbul.

Bila, Hikmet (1999): CHP 1919-1999, İstanbul.

Birand, M. Ali: Kürt açılımı, Türkiye'yi AB'ye yakınlaştırır, Kriter Zeitschrift, 2009, Nr. 39, S. 10.

Birand, Mehmet Ali (2005): Türkiye'nin Büyük Avrupa Kavgası. 31 Temmuz 1959'dan 17 Aralık 2004'e, İstanbul.

Bilgiç, Ünlü Tuba (2009): The Military and Europeanization Reforms in Turkey, Middle Eastern Studies, Vol. 45, No. 5, pp. 803-824.

Bıyıklı, Derya (2004): Die außenpolitische Stellung der Türkei im Nahen und Mittleren Osten, besonders nach dem Kalten Krieg bis Ende 1999, Kontinuität oder Wandel?, Hamburg.

Bora, Tanıl/Gültekinil, Murat (2008): Modern Türkiye'de Siyasi Düşünce, Sol, İstanbul.

Bora, Tanıl (2002): Milliyetçi-Muhafazakâr ve İslamcı Düşünüşte Negatif Batı İmgesi, in: Modernleşme ve Batıcılık. Modern Türkiye'de Siyasal Düşünce, İstanbul.

Bora, Tanıl (2000): Milliyetçi-Muhafazakâr ve İslamcı Düşünüşte Negatif Batı İmgesi, İstanbul.

Bora, Tanıl/Can, Kemal (1991): Devlet, Ocak, Dergah. 12 Eylül'den 1990'lara Ülkücü Hareket, İstanbul.

Brink, Tobias ten (2008): Geopolitik – Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz, Münster.

Bulut, Arslan (2005): Küresel Haçlı Seferi. Bir Millet Uyanıyor 5, Ankara.

Canefe, Nergis / Bora, Tanıl (2003): Intellectual Roots of Anti-European Sentiments in Turkish Politics: The Case of Nationalist-Conservative Tradition and Radical Turkish Nationalism, Turkey and European Union, in: A. Çarkoglu and B. Rubin (Hgg.) Turkey and European Union, London.

Casny, Peter (2008): „Zukunft der europäischen Integration – Wahrheiten über Europa“, Hamburg.

Cem, İsmail (2005): Avrupa'nın Birliği ve Türkiye, İstanbul.

Cemal, Hasan (2005): Cumhuriyeti Çok Sevmiştim, İstanbul.

Cevizoğlu, Hulki (2004): Bütün Kaleler Zaptedilmedi, İstanbul.

Cevizoğlu, Hulki (2004): Ya Sev Ya Sevr, İstanbul.

CHF: CHF Programı (1931), Teil 2, Ankara.

CHP (2005): AB Bülteni: AB'ye Tam Üyeliğe Evet, Özel Statüye Hayır, Ankara.

Cizre, Ümit (2008): Secular and Islamic Politics in Turkey. The making of the Justice and Development Party, London.

Cizre, Ümit (2006): Almanac Turkey 2005. Security Sector and Democratic Oversight, İstanbul.

Cizre, Ümit (2000): Politics and Military in Turkey into the 21st Century, Florenz.

Clemens, Gabriele (2007): Die Türkei und Europa, Münster.

Çakır, Ruşen (1990): Ayet ve Slogan, İstanbul.

Çakır, Osman: Die MHP und ihre Sicht der EU-Mitgliedschaft der Türkei, in: Ermagan, Ismail (Hg.): 2010, S. 76-91.

Çalışlar, Oral (1989): Liderler Hapishanesi, İstanbul.

Çalmuk, Fehmi (2004): Necmettin Erbakan, in: Aktay, Yasin: İslâmcılık. Modern Türkiye'de Siyasi Düşünce, Bd. 6, İstanbul.

Çaman, M. Efe (2004): Türkische Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts: Außenpolitische Kontinuität und Neuorientierungen zwischen der EU-Integration und neuer Regionalpolitik. Dissertation, Universität Augsburg, Augsburg.

Çarkoğlu, Ali/ Rubin, Barry M. (2003): *Turkey and the European Union: domestic Politics, economic Integration and international Dynamics*, London.

Çarkoğlu, Ali (2003): Who wants full membership? Characteristics of Turkish public support for EU membership, *Turkish Studies*, Vol.4, No.1, S. 171-194.

Çınar, Alev (2005): Modernity, Islam and Secularism in Turkey, Minneapolis.

Çınar, Alev /Arıkan, E. Burak (2002): The Nationalist Action Party: Representing the State, the Nation or the Nationalists?, in: Rubin, Barry/Heper, Metin (Hgg.): Political Parties in Turkey, London, pp. 25-40.

Çavdar, Tevfik (2006): Küresel Kapitalizmin Girdabında Türkiye, Bir Millet Uyanıyor 14, Ankara.

Çınar, Menderes (2005): Siyasal Bir Sorun Olarak İslamcılık, Ankara.

Dağı, İhsan (2004): Rethinking Human Rights, Democracy, and the West: Post-Islamist Intellectuals in Turkey, Critique: Critical Middle Eastern Studies 13, S. 135-151.

Dağı, Zeynep (2006): AK Partili Yıllar. Doğudan Batıya Dış Politika, Ankara.

Davison, H. Roderic (1973): *Reform in the Ottoman Empire 1856–1876*, New York.

Davutoğlu, Ahmet (2005): Stratejik Derinlik. Türkiye'nin Uluslararası Konumu, İstanbul.

Dawletschin-Linder, Camilla (1992): Die Rolle der europäischen Mächte bei der Auslösung des Osmanischen Reiches: Auswirkungen für Türken und Griechen, in: Zeitschrift für Türkeistudien.

Decker, Frank / Höreth, Marcus (2009): Die Verfassung Europas Perspektiven des Integrationsprojekts, Wiesbaden.

Dedeoğlu, Beril (2003): Dünden Bugüne Avrupa Birliği, İstanbul.

Dikbaş, Yılmaz (2006): Avrupa Birliği. Tabuta Çakılan Son Çivi, İstanbul.

Dressler, Markus (2002): Die alevitische Religion – Traditionslinien und Neubestimmungen. Ergon, Würzburg.

Duran, Burhanettin (2006): JDP and Foreign Policy as an Agent of Transformation, in: Hakan Yavuz, S. S. 294.

Duru, Bülent/Uzgel, İlhan (2009): AKP Kitabı: Bir Dönüşümün Bilançosu, Ankara.

Dündar, Can/Akar, Rıdvan (2006): Karaoğlan, Ankara.

Ehin, Piret: Estonian Euroskepticism: A Reflexion of Domestic Politics?, in: East European Constitutional Review 11/12, 2002/2003, Nr. 4/1; NYU, School of Law.

Eichenberg, Richard C.; Dalton, Russell J. (2007), Post-Maastricht Blues: The transformation of citizen support for European integration 1973-2004, in: *Acta Politica*, 42 (2-3): 128-52.

Emrence, Cem (2006): 99 Günlük Muhalefet: Serbest Cumhuriyet Fırkası, İstanbul

Eralp, Atila (1993): Turkey and the EC in the changing post-war international system, in: Balkir, Canan/Williams, Allan M. (Hgg.): Turkey and Europe, London, New York, S. 24 – 43.

Ermagan, Ismail (2010): „Die Europäische Union und der Beitritt der Türkei. Positionen türkischer Parteien und der Parteien im Europäischen Parlament“, Münster.

Ermagan, Ismail (2010): „Europäische Union (EU)-Skeptizismus in der Türkei: Eine prinzipielle Gegnerschaft oder ein schwankender Skeptizismus?“, in: Birte Wassenberg/Frédéric Clavert/Philippe Hamman (Hgg.): Contre l'Europe? Anti-européisme, euroscepticisme et alter-européisme dans la construction européenne de 1945 à nos jours (Volume I): les concepts, Franz Steiner Verlag, 2010, S. 399–418.

Ermagan, Ismail (2009): „Der EU-Skeptizismus in der türkischen Politik“, in: *APuZ (Aus Politik und Zeitgeschichte)* 39-40 (2009), S. 15-20.

Ermagan, Ismail (2007): *Integrations- und Segregationsneigungen von Deutschtürken. Versuch der Eingliederung in gesellschaftliche Bereiche*. Saarbrücken.

Esche, Matthias (1990): A History of Greek-Turkish Relations, in: Evin, A./Denton, G. (Hgg.): *Turkey and the European Community*, Opladen.

Esmer, Yilmaz (2002): At the Ballot Box: Determinants of Voting Behaviour, in: Sayari, Sabri / Esmer, Yilmaz: *Politics, Parties, and Elections in Turkey*, Lynne Rienner, S. 91-114.

EUROBAROMETER 71, PUBLIC OPINION IN THE EUROPEAN UNION, Spring 2009. National Report Turkey. Executive Summary, pp. 2.

Eurobarometer 64.4: Executive Summary: Greece, Spring 2005.

Evren, Gündüz (2005): *AB Bekleme Odasında Türkiye'ye Dayatmalar*, Ankara.

Faltas, Sami/Jansen, Sander (2006): *Governance and the Military. Perspectives for Change in Turkey*, Centre for European Security Studies, Groningen, S. 12 – 35.

Fels, Enrico (2009): *Assessing Eurasia's Powerhouse. An Inquiry into the Nature of the Shanghai Cooperation Organisation*, Bochum.

Fenske, Hans (2000): *Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Politisches Denken in der Dritten Welt*. in: Hans J. Lieber (Hg.), *Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart*, Wiesbaden.

Freitag, Rainer (1990): Aserbaidshan und die Türkei. Die internationale Dimension des Nationalitätenkonflikts im Transkaukasus, in: *Orient*, 31/1990, S. 525-556.

Fromkin, David (2000): *„A Peace To End All Peace“. The fall of the Ottoman Empire and the creation of the modern middle east*. London.

Fuller, E. Graham (2008): *The New Turkish Republic. Turkey as a Pivotal State in the Muslim World*, Washington.

Gellner, Ernest (1999): *Nationalismus. Kultur und Macht*. Berlin.

Gelvin, James L. (2005): *The Modern Middle East*, Oxford.

Genç, Nihat (2007): *Kavga Günleri, Bir Millet Uyanıyor* 17, Ankara.

George, Lloyd (1938): *The Truth about the Peace Treaties*, London.

Gerhards, Jürgen: Passt die Türkei kulturell in die Europäische Union?, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 15.2.2004, S. 13.

Giannakopoulos, Angelos/Maras, Konstadinos (2005): *Die Türkei-Debatte in Europa. Ein Vergleich*, Wiesbaden. Gökalp, Ziya (1995): *Türkçülüğün Esasları*, Istanbul.

Göçek, Fatma Müge (2011): *The Transformation of Turkey: Redefining State and Society from the Ottoman Empire to the Modern Era*, Tauris Academic Studies.

Göle, Nilüfer (2009): *İç İç Girişler: İslam Ve Avrupa*, İstanbul.

Göle, Nilufer (1997): *The Quest for the Islamic Self Within the Context of Modernity*, in: Sibel Bozdoğan and Resat Kasaba, *Rethinking Modernity and National Identity in Turkey*, Seattle, S. 81-94.

Gönlübol, Mehmet (1982): *Goals and Principles*, in: Feyzioglu, Turhan (Hg.): *Atatürk's Way*, İstanbul.

Grulich, Rudolf (2008): *Christen unterm Halbmond. Vom Osmanischen Reich bis in die Moderne*, Augsburg.

Güleçyüz, Kazım (2005): *AB Sürecinde Değişen Türkiye*, İstanbul.

Güler, Ali (2004): *Sorun olan Avrupa Birliği*, Ankara.

Gülmez, S. Baris (2008): *The EU Policy of the Republican People's Party: An Inquiry on the Opposition Party and Euro-Skepticism In Turkey*, *Turkish Studies*, Vol. 9, No. 3, pp. 423–436.

Gültekin, Murat (2007): *Modern Türkiye'de Siyasi Düşünce*. Sol, İstanbul.

Gumpel, Werner (1977): *Die Europäische Gemeinschaft – Chance und Risiko für die türkische Wirtschaft*, in: Hasenpflug, Hajo/Kohler, Beate (Hgg.): *Die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft. Wende oder Ende der Integration*, Hamburg.

Gümrükçü, Harun (1999): *Assoziationsfreizügigkeit E(W)G-Türkei und transnationale Migration im Zeitalter der Globalisierung*, ITES-Jahrbuch 1998-1999, İstanbul.

Gümrükçü, Harun (1997): *Türkei und Europäische Union im Lichte der vollendeten Zollunion. Die Geschichte der Irrungen und Wirrungen der EU-Türkei-Beziehungen*, Hamburg.

Güneş-Ayata, Ayşe (2002): *The Republican's People Party*, in: Rubin, Barry / Heper, Metin: *Political Parties in Turkey*, Routledge, pp. 102-121.

Güner, A. Oktay / Somuncuoglu, Sadi / Er, Ahmet (1982): *MHP ve Ülkücü Kuruluşlar Davası*, Ankara.

Güvenç, Bozkurt (1994): *Quest for Cultural Identity in Turkey – National Unity of Historical Diversities and Continuities*, in: *Zeitschrift für Türkeistudien*.

Hablemitoğlu, Necip (2006): *Kötebek*, İstanbul.

Haehser, Katy (2008): *Pressefreiheit in der Einwanderungsgesellschaft – Der Streit um die Mohammed-Karikaturen im Spannungsfeld von Freiheit und Verantwortung*, in: Zimmer, Hasko (Hg.): *Menschenrechtsbildung in der Einwanderungsgesellschaft*, S. 217-273.

Hale, William (1994): *Turkish Politics and the Military*, London/New York; Gareth Jenkins (2001): *Context and Circumstance: The Turkish Military and Politics*, Oxford. Harmsen, Robert/Spiering, Menno (2004): *Introduction: Euroskepticism and the Evolution of European*

Political Debate, in: Euroskepticism. Party Politics, National Identity, and European Integration, Rodopi: 15-20.

Haughton, Tim (2007): When Does the EU Make a Difference? Conditionality and the Accession Process in Central and Eastern Europe. *Political Studies Review*, VOL5, S. 233-246.

Hayit, Baymirza (1995): *Türkistan Devletlerinin Milli Mücadeleleri Tarihi*, Ankara.

Heinz-Jürgen//Kramer, Heinz: Vom Konflikt zur Verständigung in der Ägäis? Die griechisch-türkischen Beziehungen nach Davos, in: *Südosteuropa*, 38 (1989) 10, S. 551-564.

Helmreich, Paul C. (1974): *From Paris to Sèvres. The Partition of the Ottoman Empire at the Peace Conference of 1919-1920*, Ohio.

Heper, Metin (2005): The European Union, the Turkish Military and Democracy. *South European Society & Politics*. Ausgabe 10, Nr. 1.

Heper, Metin (1985): *The State Tradition in Turkey*, Washington.

Hermann, Rainer: Türkei-Beitritt. Zweifel an Europa. *F.A.Z.*, 01.10.2005, Nr. 229, S. 8.

Hermann, Reinard (2008): *Wohin geht die türkische Gesellschaft? Kulturkampf in der Türkei*, München.

Heyd, Uriel (1979): *Foundations of Turkish Nationalism. The Life of Ziya Gökalp*, Westport Connecticut.

Hille, Jochen (2005): *GUTE NATION ODER EUROPA? Euroskeptizismus in Norwegen und in der deutschsprachigen Schweiz*, Berlin.

Höfeld, Volker (1995): *Türkei. Schwellenland der Gegensätze*, Gotha.

Hug, Adam (2008): *Turkey in Europe: The economic case for Turkish membership of the European Union*, The Foreign Policy Centre, London.

Huntington, Samuel Phillips (2002): *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, übersetzt von Holger Fliessbach, Goldmann Verlag, München.

İbrahim, Ferhad/Gülbey, Gülistan (2001): *The Kurdish Conflict in Turkey. Obstacles and Chances for Peace and Democracy*, Münster-New York, S.36-52.

İlhan, Attila (2004): *Yıldız, Hilal ve Kapak. Gazi'nin Ulusal Solculuğu*, İstanbul.

İlhan, Suat (2005): *Bir Millet Uyanıyor 1*, Ankara.

İlhan, Suat (2002): *Avrupa Birliğine Neden Hayır? Jeopolitik Yaklaşım*, İstanbul.

İlhan, Suat (2005): *Türklerin Jeopolitiği ve Avrasyacılık, Bir Millet Uyanıyor 2*, Ankara.

İlkin, Selim (1990): A Short History of Turkey's Association with the European Community, in: Evin, Ahmet/Denton, Geoffrey (Hgg): Turkey and the European Community, Opladen.

İnalçık, Halil (2008): Önsöz , in: Kumrular, Özlem (Hg.): Türk Korkusu, İstanbul.

İnalçık, Halil (1997): Turkey and Europe: A Historical Perspective, İstanbul.

İnsel, Ahmet / Bayramoğlu, Ali (2004): Bir Zümre, Bir Parti. Türkiye’de Ordu, İstanbul.

Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (2003): Europäische Integration, Opladen.

Jäschke, Gotthard (1941): Zur osmanischen Außenpolitik im Weltkrieg. In: Die Welt des Islams. Band 15. S. 1-53.

Jäschke Gotthard (1974): Die Welt des Islams, 15, (1-4), S. 5-25.

Jäschke, Gotthard (1971): Kurtuluş Savaşı ile ilgili İngiliz Belgeleri, Ankara.

Jenkins, Gareth (2008): Political Islam in Turkey. Running West, Heading East, London.

Jenkins, Gareth (2001): Context and Circumstance. The Turkish Military and Politics, Oxford und New York.

Jesse, Eckhard (1999): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung. Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe, Band 336.

Jorga, Nicolae (1990): Geschichte des Osmanischen Reiches. Eichborn Verlag, Frankfurt/M.

Kramer, Heinz: Zypern: Ein Silberstreif am Horizont?, in: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=1140 (11.6.2005).

Kramer, Heinz (2003): EU-kompatibel oder nicht? Zur Debatte um die Mitgliedschaft der Türkei in der europäischen Union, Berlin.

Kramer, Heinz (2002): Die Türkei und die Kopenhagener Kriterien: Die Europäische Union vor der Entscheidung, Berlin.

Kramer, Heinz (2000): A Changing Turkey. The Challenge to Europe and the United States, Washington.

Kramer, Heinz (1994): EC-Turkish relations: *Unfinished forever?*, in: Ludlow, Peter (Hg.): Europe and Mediterranean, London, S. 190-249.

Kafesoğlu, İbrahim (1993): Türk Milliyetçiliğinin Meseleleri, İstanbul.

Kahraman, H. Bülent (2007): Türk Sağı ve AKP, İstanbul.

Kalaycioglu, Ersin (2001): Turkish Democracy: Patronage versus Governance, in: Turkish Studies, Vol. 2, Nr. 1, S. 54-70.

Kaleağası, Bahadır (2006): Avrupa Galaksisinde Türkiyeç Dünya – Avrupa – Türkiye, İstanbul.

Karluk, Rıdvan (2008): Avrupa Birliği'ne Evet mi Hayır mı?, İstanbul.

Karluk, Rıdvan (2007): Avrupa Birliği ve Türkiye, İstanbul.

Karluk, Rıdvan (1997): Gümrük Birliği Dönemecinde Türkiye. Gümrük Birliği Ne Getirdi, Ne Götürdü, Ankara.

Karluk S. Rıdvan/Tonus, Özgür (2002): Avrupa Birliği Kapısında Türkiye, Ankara.

Karpat, Kemal H. (1975): Turkey's foreign policy in transition 1950-1974, Brill Academic Publishers, Netherlands.

Karpat, Kemal H. (1991): "The Republican People's Party, 1923-1945", in: Metin Heper and Jakob Landau (Hgg.): Political Parties and Democracy in Turkey.

Katz, Richard S. (2008): Euroscepticism in Parliament: A Comparative Analysis of the European and National Parliaments. In: Szczerbiak, Aleks; Taggart, Paul (Hg.): The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Comparative and Theoretical Perspectives. Oxford, New York: Oxford University Press (Opposing Europe?, 2), S. 151-180

Kaynak, Mahir (2005): Büyük Ortadoğu Projesi, İstanbul.

Kaynak, Mahir (2005): Das Projekt Großer Mittlerer Osten, Istanbul.

Kemal, Mustafa (2005): Nutuk, İstanbul.

Kışlalı, A. Taner (1994): Kemalizm Laiklik ve Demokrasi, Ankara.

Kışlalı, A. Taner (1994): Kemalizm Laiklik ve Demokrasi, Ahmet Taner Kışlalı, Ankara.

Kienle, Silke (2003): Das Südostanatolien-Projekt (GAP) – ein erfolgversprechendes Entwicklungsprogramm? Universität Eichstätt, Magisterarbeit, Eichstätt.

Kili, Suna (1981): Atatürk Devrimi. Bir Çağdaşlaşma Modeli, Ankara.

Kinross, Lord (2002): The ottoman centuries, the rise and fall of the Turkish Empire, New York.

Kirişçi, Kemal: Turkey and the European Union, Macalester International, Vol. 15, (Spring 2005).

Kitsikis, Dimitri (1999): Multiculturalism in the Ottoman Empire: The Alevi Religious and Cultural Community, in Savard, P./Vigezzi, B. (1999): Multiculturalism and the History of International Relation, Mailand, S. 22-40.

Kreiser, Klaus (2008): Atatürk: Eine Biographie, München.

Knodt, Michele/Hüttmann, Martin Große (2005): Der Multi-Level Ansatz, in: Bieling, Hans-Jürgen /Lerch, Marika (Hg.): Theorien der Europäischen Integration, S.223-249.

Koç, Yıldırım (2005): Batılı İşçi Sömürüye Ortak, Bir Millet Uyanıyor 3, Ankara.

Köker, Levent (2004): *Kemalizm/ Atatürkçülük: Modernleşme, Devlet ve Demokrasi*, in: İnsel, Ahmet (Hg.): *Kemalizm. Modern Türkiye’de Siyasi Düşünce*, İstanbul, S. 97-112.

Köker, Levent (2009): *Modernleşme, Kemalizm ve Demokrasi*, İstanbul.

Krecker, Lothar (1964): *Deutschland und die Türkei im Zweiten Weltkrieg*, Frankfurt am Main.

Kreiser, Klaus (2001): *Der osmanische Staat 1300-1922*, München.

Kurt, Cahit (1989): *Die Türkei auf dem Weg in die Moderne, Bildung, Politik und Wirtschaft vom Osmanischen Reich bis heute*, Tübingen.

Kushner, David (1977): *The Rise of Turkish Nationalism (1876-1908)*, London.

Kürsat-Ahlers, Elcin/ Tan, Dursun/ Waldhoff, Hans-Peter (2001): *Türkei und Europa. Facetten einer Beziehung in Vergangenheit und Gegenwart*, Iko-Verlag für Interkulturelle Kommunikation.

Laçiner, Ömer / Bora, Tanıl: *Die Turkrepubliken und die Türkei: der zweite Anlauf*, in: *Zeitschrift für Türkeistudien*, 8. Jahrgang, 1995, Heft 1, S. 115-138.

Landau, Jacob M. (1984): *Atatürk and the Modernization of Turkey*. Boulder, Colorado.

Landau, Jacob M. (1982): *The Nationalist Action Party in Turkey*, *Journal of Contemporary History* [London], 17, No. 4, October 1982, S. 587-606.

Landau, Jacob M (1981): *Pan-Turkism in Turkey: A Study of Irredentism*. Hamden, Connecticut.

Lederman, Daniel / Maloney, William F. / Servén, Luis (2003): *Deepening NAFTA for Economic Convergence in North America*, Weltbank.

Leggewie, Claus (2004): *Die Türkei und Europa: Die Positionen*, Berlin.

Lerch, Wolfgang Günter (2005): „Freunde“ und „Feinde“ der Türkei, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15.09.2005. S. 12.

Lewis, Bernard (1968): *The Emergence of Modern Turkey*, New York.

Lewy, Gunter (2005): *The Armenian Massacres in Ottoman Turkey: A Disputed Genocide*, Salt Lake City.

Lindstrom, Nicole (2002): *From Permissive Consensus to Contentious Politics: Varieties of Euroskepticism in Croatia and Slovenia*. Central European University, Paper presented to the Corner Mellon-Sawyer Seminar “Towards a Transitional and Transcultural Europe”, 9. April.

Lippert, Inge (2005): *Öffentliche Dienstleistungen unter EU-Einfluss. Liberalisierung – Privatisierung – Restrukturierung – Regulierung*, Berlin.

Macar, Elçin (2003): *Cumhuriyet Dönemi’nde İstanbul Rum Patrikhanesi*, İstanbul.

Mango, Andrew (2005): *Turkey and the War on Terror*, London.

Mango, Andrew (2004): The Turks Today, New York.

Mango, Andrew (2000): Atatürk: The Biography of the Founder of Modern Turkey, New York.

Manisalı, Erol (2005): ‘Avrupa Birliği’ Çıkamaz Sokak, Bir Millet Uyanıyor 6, Ankara.

Manisalı, Erol (2005): Bekleme Odasında İğfal, İstanbul.

Manisalı, Erol (2004): Avrupa Çıkamazı, İstanbul.

Mardin, Şerif (2006): Turkish Islamic Exceptionalism Yesterday and Today: Continuity, Rupture and Reconstruction in Operational Codes, in: Carkoglu, Ali/ Rubin, Barry: Religion and Politics in Turkey, London, pp. 3-23.

Mardin, Şerif (1991): Türk Modernleşmesi, İstanbul.

Mardin, Şerif (1990): European Culture and Development of Modern Turkey, in: Evin, Ahmet/Denton, Geoffrey (Hgg.): Turkey and the European Community, Opladen.

Mardin, Serif: Center-Periphery Relations: A Key to Turkish Politics? Deadalus, 102 (1973): S. 169-190.

Mardin, Şerif (1962): The Genesis of Young Ottoman Thought: A Study in the Modernization of Turkish Political Ideas, Princeton.

McLaren, M. Lauren (2006): Identity, Interests and Attitudes to European Integration. Palgrave Macmillan.

MÇP (1988): MÇP Programı, Ankara.

Menter, Şahinler (1997): Kemalismus. Ursprung, Wirkung und Aktualität, Hückelhoven.

Metin Çulhaoğlu (2002): Tarih Türkiye Sosyalizm, İstanbul.

MHP (1998): Milliyetçi Hareket Partisi Programı, Ankara.

MHP (2000): Milliyetçi Hareket Partisi Tüzüğü, Ankara

MHP (2004): MHP Haklı Çıkmıştır, Ankara.

MHP (2004): AKP’nin Teslimiyet Belgeleri, Ankara.

MHP (2005): İşte! AKP’nin Avrupa Birliği Yol Haritası: ‘Çıkamaz Sokak’, Ankara.

Morr, Hubertus von (1989): Die Grundrechte in der türkischen Verfassung, in: Des Menschen Recht zwischen Freiheit und Verantwortung. Festschrift für Karl Josef Partsch zum 75. Geburtstag, Berlin.

Moser, Brigitte/Weitmann, Michael (2002): Die Türkei. Nation zwischen Europa und dem Nahen Osten. Pustet.

MÜSİAD (2004): AB Müzakere Sürecine İlişkin MÜSİAD'ın Değerlendirme ve Önerileri (2), Müsiad Cep Kitapları, No. 19.

Mudde, Cas/Kopecky, Petr (2002): The Two Sides of Euroskepticism. Party Positions on the European Integration in East Central Europe, in: European Union Politics, 3:3: 297-326.

Müftüler-Bac, Meltem (2005): Turkey's Political Reforms and the Impact of the European Union, South European Society & Politics, Ausgabe 10, Nr. 1, April 2005, S. 17 – 31.

Müftüler-Baç, Meltem / McLaren, Lauren (2003): Enlargement preferences and policymaking in the EU: Impacts on Turkey, Journal of European Integration, Vol. 25, No.1, pp.17-31.

Mütercimler, Erol (2006): Komplo Teorileri. Ayna'nın Ardında Kalan Gerçekler, İstanbul.

Nasr, Vali (2006): The Shia Revival. How Conflicts within Islam Will Shape the Future, New York.

Naßmacher, Hiltrud (2002): Politikwissenschaft. Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft, Wiesbaden.

Neumann, Christoph K. (2006): Ein besonderes Imperium (1512-1596), in: Kreiser, Klaus/Neumann, Christoph K. (Hg.): Kleine Geschichte der Türkei, Bonn.

Nişanyan, Şevan (2008): Yanlış Cumhuriyet. Atatürk ve Kemalizm Üzerine 51 Soru, İstanbul.

Oba, Ali Engin (1995): Türk Milliyetçiliğinin Doğuşu, Ankara.

Ortaylı, İlber (2008): İmparatorluğun En Uzun Yüzyılı, İstanbul.

Ortaylı, İlber (2006): Osmanlı İmparatorluğu'nda Alman Nüfuzu, İstanbul.

Önder, Zehra (1977): Die türkische Außenpolitik im Zweiten Weltkrieg, München.

Öner, Özgür (2002): Nation, Nationalismus und Globalisierung. Köln.

Öniş, Ziya (2008): Turkey-EU-Relations: Beyond the Current Stalemate, Insight Turkey, Vol. 10, No. 4, pp. 46-48.

Önis, Ziya (2006): The Political Economy of Islam and Democracy: From the Welfare Party to the AKP, in: Dietrich Jung (Hg.): Democracy and Development: New Political Strategies for the Middle East, New York.

Önis, Ziya (1996): The State and Economic Development in Contemporary Turkey: Etatism to Neoliberalism and Beyond, in: Mastny, Vojtech / Nation, R. Craig: Turkey Between East And West: New Challenges For A Rising Regional Power, Westview Press, pp. 155-178.

Öymen, Onur (2005): Ulusal Çıkarlar. Küreselleşme Çağında Ulus-Devleti Korumak, İstanbul.

Özakman, Turgut (2008): Şu Çılgın Türkler, Ankara.

Özbek, Osman (2007): Türkiye Uyanıyor, İstanbul.

Özdağ, Ümit (2006): Kürtçülük Sorununun Analizi ve Çözüm Politikaları, Bir Millet Uyanıyor 11, Ankara.

Özdemir, Cem (2008): Die Türkei: Politik, Religion, Kultur, Weinheim.

Özertan, Nüşet (1989): Türkei: Mittel oder Mittler? Zu den politisch-kulturellen Grundlagen eines EG-Beitritts. Unter besonderer Berücksichtigung der historisch gewachsenen Identitätsstruktur der Türkei. Dissertation, Münster.

Özkan, Abdullah (2007): Siyasal İletişim Stratejileri, İstanbul.

Özkaya, Orhan (2007): Cumhuriyet Toprakları ve Küresel İşgal, Bir Millet Uyanıyor 15, Ankara.

Özkırımlı, Umut (2008): Milliyetçilik ve Türkiye-AB İlişkileri, TESEV, İstanbul.

Öznur, Hakkı (1999): Ülkücü Hareket (Cilt I-VI), Ankara.

Özyılmaz, Emre (2000): Heybeliada Ruhban Okulu, Ankara.

Pekiner, Yeşim (2004): „Türkiye 1978’de Avrupa’yı Neden Reddedti?“, Toplumsal Tarih, Nr. 130: S. 28-35.

Pekmezci, Necdet/Büyükyıldız, Nurşen (1999): Ülkücüler – Öteki Devletin Şehitleri, İstanbul.

Perinçek, Mehmet (2006): Avrasyacılık, Türkiye'deki Teori ve Pratiği, Bir Millet Uyanıyor 13, Ankara.

Peters, Richard (1961): Die Geschichte der Türken. Stuttgart.

Plattner, Hans (1999): Die Türkei. Eine Herausforderung für Europa, München.

Pöschl, Rainer (1985): Vom Neutralismus zur Blockpolitik. Hintergründe der Wende in der türkischen Außenpolitik nach Kemal Atatürk. München.

Quataert, Donald (2000): *The Ottoman Empire 1700–1922*, Cambridge.

Ramoglu, Kemal (1994): Die Politischen und Wirtschaftlichen Aspekte der Beziehungen zwischen der EG und der Türkei seit den 60er Jahren bis 1992, Dissertation, Bonn.

Rau, Johannes (2007): Der Berg-Karabach-Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidshan. Ein kurzer Blick in die Geschichte, Berlin.

Redmond, John (2007): Turkey and the European Union: troubled European or European trouble?, International Affairs Volume 83, Issue 2, pp. 305-317.

Redmond, John (1992): The Next Mediterranean Enlargement of the European Community: Turkey, Cyprus and Malta?, Dartmouth.

Reinkowski, Maurus (2006): *Das Osmanische Reich – ein antikoloniales Imperium?*, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History.

- Robins, Philip (2007): Turkish foreign policy since 2002: between a 'post-islamist' government and a Kemalist state. in: *International Affairs* 83: 1, S. 289-304.
- Rumford, Chris (2000): From Luxembourg to Helsinki: Turkey, the politics of EU enlargement, and prospects for accession, *Contemporary Politics*, Vol. 6, Nr. 4, pp. 331-343.
- Rumpf, Christian (1996): *Das türkische Verfassungssystem*, Wiesbaden.
- Rumpf, Christian (1993): Minderheiten in der Türkei und die Frage nach ihrem rechtlichen Schutz, in: *Zeitschrift für Türkei-Studien*, 6(1993) 1993, 2, S. 173 – 209.
- Ruprecht Polenz, Ruprecht (2010): *Besser für beide. Die Türkei gehört in die EU. Ein Standpunkt*, Edition Körber-Stiftung, Hamburg.
- Rustow, Dankwart A. (1987): *Die Türkei – Brücke zwischen Orient und Okzident*, München.
- Rustow, Dankwart A.: *Kemalism*, in: Klaus-Detlev Grothusen (Hg.): *Türkei, Südosteuropa-Handbuch. Band IV*, Vandenhoeck & Ruprecht, 1985, S. 237-247:
- Saadet Partei: *AB TÜRKİYE İLERLEME RAPORU'NUN GERÇEK YÜZÜ VE GİZLİ TUZAKLARI 2004*, Ankara.
- Salman, Turhan (2004): *TİP (Türkiye İşçi Partisi) Parlamentoda 1.Cilt (1963-1996)*, İstanbul.
- Sander, Oral (2001): *Siyasi Tarih*, Bd. 1 und Bd. 2, Ankara.
- Saray, Mehmet (1993): *Türk Dünyasında Dil ve Kültür Birliği*, İstanbul.
- Sarıbay, Ali Yaşar (1989): *Die Nationale Heilspartei*, in: Blaschke, Jochen/ Bruinessen, Martin van (Hg.): *Islam und Politik in der Türkei*, Rieden.
- Sarıbay, Ali Yaşar (2004): *Milli Nizam Partisi'nin Kuruluşu ve Programının İçeriği*, in: Aktay, Yasin: *İslamcılık, Modern Türkiye'de Siyasi Düşünce*, Bd. 6, İstanbul.
- Sarıbay, Ali Yaşar (2001): *Türkiye'de Demokrasi ve Politik Partiler*, İstanbul.
- Sarınay, Yusuf (1994): *Türk Milliyetçiliğinin Tarihi Gelişimi ve Türk Ocakları (1912-1931)*, İstanbul.
- Savaş, Vural (2006): *Dip Dalgası*, Ankara.
- Sayari, Sabri (2002): *The Changing Party System*, in: Sayari, Sabri / Esmer, Yilmaz: *Politics, Parties and Elections in Turkey*, Lynne Rienner, S. 9-32.
- Sayari, Sabri (1977): *Political Patronage in Turkey*, in: Ernest Gellner und John Waterbury (Hgg.): *Patrons and Clients in Mediterranean Societies*, *London*, pp. 103-114.
- Schimmelfennig, Frank/Sedelmeier/Ulrich (2005): *The Politics of European Union Enlargement: Theoretical Approaches*, London: Routledge.
- Schirm, Stefan A. (1997): Politische und ökonomische Auswirkungen der NAFTA, in: *Außenpolitik, Zeitschrift für internationale Fragen*, 48, Jahrgang 1997, 1. Quartal, S. 68 – 79.

Sitter, Nick (2001): The Politics of Opposition and European Integration in Scandinavia. Is Euro-scepticism a Government-Opposition Dynamic? In: West European Politics 24.

Schönbohm, Wulf: Auf dem Weg nach Europa. Entwicklung in der Türkei seit Helsinki, in: Internationale Politik 55 (2000)2.

Schröder, Gerhard (2006): Entscheidungen: Mein Leben in der Politik, Hamburg.

Schröder, Katy (2003): Die Türkei im Schatten des Nationalismus. Eine Analyse des politischen Einflusses der konservativen MHP, Norderstedt.

Schüler, Harald (1999): “Aleviler ve Sosyal Demokratların İttifak Arayışı: Dilsel ve Dinsel Olarak Tanımlanmış Grupların Sosyal Demokrat-Laik Ortam ve Partilerdeki Rolü”, in: Stephanos Yerasimos (ed.), *Türkiye’de Sivil Toplum ve Milliyetçilik*, İstanbul, S. 133-184.

Schüler, Harald (1998): Die türkischen Parteien und ihre Mitglieder, Hamburg.

Selçuk, İlhan (2010): Eyvah Yine Biz Haklı Çıktık, İstanbul.

Selçuk, İlhan (2009): Ergenekon Mergenekon, İstanbul.

Selçuk, İlhan (2008): Görülmüştür, İstanbul.

Sertel, Yıldız (2006): Şu Değişen Dünya / Türkiye – Avrasya, Bir Millet Uyanıyor 9, Ankara.

SESAR (das Zentrum für Politische, Ökonomische, Soziale For-schung und Strategieentwicklung): Operation Enttürkifizierung der Türkei, 2005.

Seufert, Günter/Kubaseck Christopher (2006): Die Türkei: Politik, Geschichte, Kultur, München.

Seufert, Günter: Laizismus in der Türkei - Trennung von Staat und Religion?, in: Südosteuropa Mitteilungen, 44 (2004) 1, S.16-29.

Shankland, David (2007): Islam and politics in Turkey: the 2007 presidential elections and beyond, in: International Affairs 83: 2, S. 357-371.

Shaw, Stanford J. (1971): Das Osmanische Reich und die moderne Türkei, in: Fischer Weltgeschichte: Der Islam II. Die islamischen Reiche nach dem Fall von Konstantinopel, Frankfurt am Main.

Sitter, Nick (2001): The Politics of Opposition and European Integration in Scandinavia. Is Euro-scepticism a Government-Opposition Dynamic? In: West European Politics 24, S. 22-39.

Sjursen, Helene (2002): Why Expand? The Question of Legitimacy and Justification in the EU’s Enlargement Policy, Journal of Common Market Studies, Vol. 40, No. 3, pp. 491-513.

Smith, Anthony D. (2003): Nationalism. Theory, ideology, history. Cambridge.

Smith, Anthony (1987): The Ethnic Origins of Nations, Oxford.

- Smith, Anthony (1995): Nations and Nationalism in a Global Era, Cambridge.
- Somuncuoğlu, Sadi (2005): Göz göre göre kapana düştü Türkiye, Bir Millet Uyanıyor 4, Ankara.
- Sosyaldemokrat Halkci Parti (1991): *Sosyaldemokrat Halkci Parti Anayasa Temel ilkeler Önerisi. Sosyaldemokrat Halkci Parti Merkez Yürütme Kurulu, 23 Nisan 1991 Ankara.* Ankara.
- Sökefeld, Martin: Aleviten in Deutschland und „Hürriyet“, in: Ders. (Hg.): Jenseits des Paradigmas kultureller Differenz. Neue Perspektiven auf Einwanderer aus der Türkei in Deutschland, Bielefeld, 2004, S. 163-180.
- Statham, Paul: Political Party Contestation over Europe in Public Discourses: Emergent Euroscepticism?, ARENA Working Paper, No. 8, 03/2008.
- Steinbach, Udo (2000): Geschichte der Türkei, München.
- Steinbach, Udo (1996): Die Türkei im 20. Jahrhundert. Schwieriger Partner Europas. Bergisch Gladbach.
- Steinbach, Udo (1981): Im Spannungsfeld zwischen Marxismus und islamischen Fundamentalismus: Ende des Verwestlichung?, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Die türkische Krise – Beiträge eines Expertengesprächs der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nr. 89/90.
- Sultan Abdülhamid (1984): Siyasi Hatıratım, İstanbul.
- Sunay, Ilkay (1990): Populism and Patronage: The Demokrat Party and its Legacy in Turkey, 2, Politico, 60, S. 745-757.
- Swietochowski, Tadeuzs (1988): Müslüman Cemaatten Ulusal Kimliğe. Rus Azerbaycanı, İstanbul.
- Şahhüseyinoğlu, H. Nedim (2005): Yakın Tarihimizde Kitleli Katliamlar Malatya, K.Maraş, Çorum, Sivas Katliamları, Ankara.
- Şahin, Aynur (2007): Die Rechtsstellung alevitischer Gemeinden in Europa. Dissertation, Wien.
- Şahin, M. Süreyya (1999): Fener Patrikhanesi ve Türkiye, İstanbul.
- Şanlı, Leyla (2005) Avrupa Birliği ve Demokrasi Açığı, İstanbul.
- Şaylan, Gencay (1992): Türkiye'de İslamcı Siyaset, Ankara.
- Şen, Faruk (1986): Türkiye: Land und Leute. München.
- Şen, Faruk (2005): Türkiye-AB İlişkilerinde Dış Etkiler, Ankara.
- Şen, Serdar (2004): AKP Milli Görüşçü mü? Parti programlarında Milli Görüş, İstanbul.

Tachau, Frank (1990): The Republican People's Party 1945-1980, in: Heper, Metin/Landau, Jakop M. (Hg.): Political Parties and Democracy in Turkey, S. 99-118.

Taggart, Paul / Szczerbiak, Aleks (2008): Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism 1: Case Studies and Country Surveys, Oxford.

Taggart, Paul / Szczerbiak, Aleks (2008): Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism 2: Comparative and Theoretical Perspectives, Oxford.

Taggart, Paul / Szczerbiak, Aleks: The Party Politics of Euroscepticism in EU Member and Candidate States, SEI Working Paper, No 51, Opposing Europe Research Network, Working Paper No 6, 2002.

Taşkın, Hasan (2006): Vatikan'ın Türkiye Senaryosu. Hristiyanlaştırılmış AB üyesi Türkiye, İstanbul.

Tekin, Arslan (1998): Milliyetçi Hareket'te Yeni Dönem ve Dr. Devlet Bahçeli, İstanbul.

Tekinoğlu, Hüseyin (2007): Abdülhamid Han'ın Yönetim ve Liderlik Sırları, İstanbul.

Temperley, Harold William Vazeille (1969): History of the Peace Conference of Paris, Bd. 6, London/New York/Toronto.

Tellenbach, Silvia (2008): Das neue türkische Straf- und Strafprozessrecht, Berlin.

Tezel, Yahya Sezai (1996): Türkiye-Avrupa Birliği İlişkileri ve Gümrük Birliği, Ankara.

Tibi, Bassam (1997): *Aufbruch am Bosphorus*. Die Türkei zwischen Europa und dem Islamismus, München.

Tocci, Natalie (2005): Europeanization in Turkey: Trigger or Anchor for Reform?, London, S. 73-83.

Toynbee, A. J. (1953): The World and the West, Oxford.

Tunaya, T. Ziya (1989): Türkiye'de Siyasi Partiler, İstanbul.

Tunaya, Zafer Tarık (2004): Türkiye'nin Siyasi hayatında Batılılaşma Hareketleri, İstanbul.

Tunçay, Mete (2004): İkna (İnandırma) Yerine Tecebbür (Zorlama), in: İnsel, Ahmet (Hg.): Kemalizm. Modern Türkiye'de Siyasi Düşünce, Bd. 2, İstanbul.

Tunçay, Mete (1999): Türkiye Cumhuriyeti'nde Tek Parti Yönetiminin Kurulması (1923-1931), İstanbul.

Turan, İlter (2007): Unstable stability: Turkish politics at the crossroads? in: International Affairs 83: 2: S. 319-338.

Turan, Kemal Kağan (2007): Atatürk, Avrupa Birliği ve IMF, İstanbul.

Turkish Industrialists' And Businessmen's Association (TÜSIAD) (1997): Perspectives on Democratisation in Turkey, İstanbul.

- Türk, H. Sami/ Tuncer, Erol (1995): Türkiye İçin Nasıl Bir Seçim Sistemi, Ankara.
- Türkeş, Alparslan (2000): Die 9 Lichte, Münster.
- Türkeş, Alparslan (1973): Yeni Ufuklara Doğru, İstanbul.
- Uğur, Mehmet /Akinhay, Osman (2005): Müzakereden Üyeliğe: AB-Türkiye Gündemindeki Sorunlar, İstanbul.
- Usul, Ali Resul (2008): The Justice and Development Party and the European Union, in: Cizre, Ümit (Hg.): Secular and Islamic Politics in Turkey, London, pp. 175-194.
- Ünal, Hasan (2004): Ja, vielleicht, mal sehen, in: Leggewie, Claus (Hg.): Die Türkei und Europa. Die Positionen, Frankfurt/Main, S. 235-236.
- Wagener, Hans-Jürgen / Eger, Thomas/ Fritz, Heiko (2006): Europäische Integration. Recht und Ökonomie, Geschichte und Politik, München.
- Wang, Leng (1929): Kemalism. A General Political Survey of the Rise of the Turkish Nationalism between 1918 and 1928, Dissertation, Stanford University, in: <https://dlib.stanford.edu:6521/text1/dd-ill/kemalism.pdf> (15.09.2008).
- Weßels, Bernhard: Spielarten des Euroskeptizismus, in: Decker, Frank / Höreth, Marcus (2009): Die Verfassung Europas Perspektiven des Integrationsprojekts, S. 50-68.
- Weiber, Gerhard: Die innenpolitische Rolle Militärs, in: Klaus-Detlev Grothusen (Hg.): Türkei, Südosteuropa-Handbuch. Band IV, Vandenhoeck & Ruprecht, 1985, S. 303-315.
- Weindl, Josef (1993): Europäische Gemeinschaft, München.
- Weske, Simone (2006): Deutschland und Frankreich – Motor einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik? Baden-Baden.
- Witzens, Udo (2007): Aufnahme oder Ausgrenzung? Gehört die Türkei zu Europa?, Köln.
- Váli, Ferenc A. (1971): Bridge Across the Bosphorus. The Foreign Policy of Turkey, Baltimore/London.
- Vatandaş, Aydoğan (2008): Armagedon – Türkiye-İsrail Gizli Savaşı, İstanbul.
- Verheugen, Günter (2005): *Europa in der Krise. Für eine Neugründung der europäischen Idee*, Köln.
- Verhofstadt, Guy (2006): Die Vereinigten Staaten von Europa. Manifest für ein neues Europa, Eupen.
- Veziroğlu, Fuat (2007): Denktaş ve Kıbrıs'ta Son Tango, Bir Millet Uyanıyor 16, Ankara.
- Vobruba, Georg (2005): Die Dynamik Europas, Wiesbaden.
- Yanardağ, Merdan (2002): MHP Değişti mi?, İstanbul.
- Yavuz, M. Hakan (2009): Secularism and Muslim Democracy in Turkey, Cambridge.

Yavuz, M. Hakan (2006): *The Emergence of a New Turkey. Democracy and the AK Party*, Salt Lake City.

Yavuz, M. Hakan (2003): *Islamic Political Identity in Turkey*, New York.

Yeşilyurt, Zuhale (2000): *Die Türkei und die Europäische Union. Chancen und Grenzen der Integration*, Osnabrück.

Yetkin, Çetin (2002): *Karşı Devrim*, İstanbul.

Yetkin, Çetin (1997): *Atatürk'ün Başarısız Demokrasi Devrimi: Serbest Cumhuriyet Fırkası*, İstanbul.

Yetkin, Murat (2002): *Avrupa Birliği Bekleme Odasında Türkiye*, İstanbul.

Yıldırım, Mustafa (2005): *Sivil Örümceğin Ağında*, Ankara.

Yıldırım, İsmail (2001): 19. Yüzyıl Osmanlı Ekonomisi Üzerine Bir Değerlendirme (1838-1918), *Fırat University Journal of Social Science*, Cilt: 11 Sayı: 2.

Yıldız, Ahmet (2008): *Problematising the intellectual and political vestiges*, in: Cizre, Ümit: *Secular and Islamic Politics in Turkey*. London, pp. 41-61.

Yılmaz, Hakan (2007): *Euroskeptizismus in der Türkei. Parteien, Eliten und Öffentliche Meinung, 1995 – 2006*, in: Clemens, Gabriele (Hg.): *Die Türkei und Europa*, LIT Verlag, S. 215 – 243.

Yılmaz, Hakan (2006): *Two Pillars of Nationalist Euroscepticism in Turkey: The Tanzimat and Sevres Syndromes*, in: Karlsson, Ingmar / Melin, Annika Strom (Hgg.): *Turkey, Sweden and European Union*, Stockholm, pp. 29-40.

Yılmaz, Hakan (2005): *Turkish Conservatism and the Idea of Europe*. Thierry Fabre (Eds), Paris.

Yılmaz, Hakan (2004): *Euroscepticism in Turkey. Doubts, Anxieties and Fears of the Turkish Public concerning Europe and the European Union*. Open Society Institute. Boğaziçi University Research Fund. July 2003-July 2004.

Yurdusev, Nuri (2003): *Perceptions and Images in Turkish (Ottoman)-European Relations*, in: Ismael, Tareq Y. / Aydın, Mustafa: *Turkey's Foreign Policy in the Twenty-First Century: A Changing Role in World Politics*, Ashgate, S. 77-99.

Yılmaz, Hakan (2003): *Euroscepticism in Turkey: Doubts, Anxieties and Fears of the Turkish Public Concerning Europe and the European Union*. Open Society Institute.

Yılmaz, Hakan (2002): *Indicators of Eurosupportiveness and Euroscepticism in the Turkish Public Opinion*, TESEV.

Zelyut, Rıza (1998): *Öz Kaynaklarına Göre Alevilik*, İstanbul.

Zürcher, Erik-Jan (2004): Kemalist Düşüncenin Osmanlı Kaynakları, in: İnsel, Ahmet (Hg.): Kemalizm. Modern Türkiye’de Siyasi Düşünce, Bd. 2, İstanbul, S. 44-55.

Zürcher, Erik J. (1993): Turkey: A Modern History. London.

6.2 Elektronische Quellen

ABHaber: AP’de Kıbrıslı Rumlar Türkiye İzleme Grubu Kurdu, in: <http://www.abhaber.com/ozelhaber.php?id=6340> (19.5.2010).

ABHaber: Avrupa Parlamentosu’nda Kürt Konferansı Sonuç Bildirisi (2), in: <http://www.abhaber.com/ozelhaber.php?id=2513> (30.01.2009).

A&G Araştırma: AB’ye Üyelik Anketi, in: <http://www.agarastirma.com.tr/pdfler/abye-uyelik-anketi.pdf> (10.9.2008).

A&G Araştırma: Oylar kime, neden verildi?, in: <http://www.milliyet.com.tr/2007/07/25/siyaset/axsiy03.html> (25.7.2007).

A&G Araştırma: Gündem Araştırması, 12. und 13. Januar 2008, in: <http://www.agarastirma.com.tr/pdfler/gundem-arastirmasi-ocak-2008.pdf> (10.9.2008).

AG Friedensforschung: Zypern: Nein zur Vereinigung, in: <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Zypern/referendum.html#teil1> (01.5.2004).

Ağırdır, Bekir: Seçim’07. Sandığın içindekini ne belirledi? 22 temmuz 2007, Seçim analizi, in: http://www.konda.com.tr/html/dosyalar/sandigin_icindeki.pdf (30.7.2007).

Akçam, Taner: Türklüğünün isyanı, in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=210959> (04.4.2009).

Akgönenç, Oya: AB’den İsraile Firat Güvencesi verildi, in: <http://www.cafesiyaset.com/haber/20091202/ABden-Israile-Firat-guvencesi-verildi.php> (15.12.2009).

Akgül, Birol (2002): Twins or Enemies, in: <http://meria.idc.ac.il/2002/issue1/jv6n1a2.html> (9.9.2010).

Akiner, Tolga: Misyonerlik suç değil ama nedense 'tehdit', in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=242289> (22.12.2007).

Akşam Zeitung: Firat’ın suları AB’ye akacak, in: http://www.aksam.com.tr/2009/12/01/haber/dunya-/2947/firat_in_sulari_ab_ye_akacak.html (01.12.2009).

Aktan, Gündüz: „Bu da Nereden Çıktı?“, Radikal Zeitung, 17.12.2004, S. 12.

Aktar, Cengiz: AKP’nin değişimi 2005’te başladı, 2008’de değil, in: <http://haber.gazetevatan.com/haberdetay.asp?Newsid=212234&Categoryid=-4&wid=121> vom 4.3.2008 (25.6.2009).

Aktar, Cengiz: AB sürecine AKP'nin nefesi yetmedi, in: Milliyet vom 15.12.2008, S.12.

Akyol, Taha: Doğu mu, Batı mı?, in: <http://www.milliyet.com.tr/dogu-mu-bati-mi-/taha-akyol/siyaset/yazardetay/12.06.2010/1249936/default.htm> vom 12.6.2010 (12.06.2010).

Akyol, Taha: Atatürk askerî metotlara alışkındı, in: <http://www.taraf.com.tr/nese-duzel/makale-taha-akyol-ataturk-askeri-metotlara-aliskindi> (20.5.2010).

Alpay, Şahin: What keeps the 'Sèvres Syndrome' alive and kicking?, in: <http://www.todayszaman.com/tz-web/columnists-180032-what-keeps-the-s%C3%A8vres-syndrome-alive-and-kicking.html> (13.7.2009).

Alpen-Adria-Universität Klagenfurt: Osterweiterung, in: <http://eeo.uni-klu.ac.at/index.php/EU> (Osterweiterung) (06.5.2009).

Alper, Emin: CHP Nihayet AB'ye Karşı Olduğunu Açıkladı, in: <http://www.birikimdergisi.com/birikim/dergiyazi.aspx?did=1&dsid=327&dyid=4902> (15.2.2008).

Altan, Ahmet: AKP ve liberaller, in: <http://www.taraf.com.tr/makale/4.htm> vom 17.02.2008 (26.9.2009).

Angelika Beer, MdEP (Hg.): Europa im Visier der Rechtsextremen, 05/2009, in: http://www.cap.lmu.de/download/2009/Europa_im_Visier_der_Rechtsextremen.pdf (09.10.2009).

Aslan, Hatice (2005): Hoffnungen und Befürchtungen angesichts des EU-Beitritts, in: <http://library.fes.de/pdf-files/id/03029.pdf> (20.12.2009).

Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ): Barcelona-Prozess, in: <http://www.bpb.de/publikationen/92GJU2,0,0,BarcelonaProzess.html> (18.3.2010).

Ataç, Ilker: "Was für einen Staat wünscht sich die EU in der Türkei? Nicht nur demokratisch, auch neoliberal muss er sein" in: Kurswechsel, Heft 1/2004, Wien.

Atilgan, Canan/Klein, Deborah (2006): EU-Integrationsmodelle unterhalb der Mitgliedschaft, Arbeitspapier, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.), Nr. 158/2006, Berlin/Sankt Augustin, in: http://www.kas.de/db_files/dokumente/arbeitspapiere/7_dokument_dok_pdf_8414_1.pdf (08.11.2007).

Avrupa Birliği Genel Sekreterliği (ABGS): Verheugen Diyarbakır'da, in: <http://www.abgs.gov.tr/index.php?l=1&p=32882> (14.10.2009).

Avrupa Birliği Genel Sekreterliği (ABGS): AK Parti Grup Toplantısı, in: <http://www.abgs.gov.tr/index.php?p=39429&l=1> vom 05.12.2006 (21.9.2009).

Axt, Heinz-Jürgen: Mittelmeerländer: in: http://www.wissen-europa.de/fileadmin/user_upload/website-/Artikel/Artikel%201990-91/Mittelmeerlaender.pdf (11.12.2009).

Aydıntaşbaş, Aslı: Kırmızı Kitap'ta köklü değişim, in: <http://www.milliyet.com.tr/kirmizi-kitap-ta-koklu-degisim/asli-aydintasbas/siyaset/yazardetayarsiv/29.08.2010/1256142/default.htm> (28.06.2010).

Aygün, Sinan: Gümrük Birliği'nden çikalım, serbest ticaret anlaşması imzalayalım, in: <http://www.atonet.org.tr/yeni/index.php?p=294&l=1> (01.01.2010).

Bağcı, Hüseyin: Die Türkei und die Europäischen Union. Die Türkei geht dem Westen nicht verloren, in: http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-468/_nr-1332/i.html (12.5.2010).

Bağış, Egemen: "Sevigen'in iddiası hayal mahsülü", in: http://www.haberx.com/sevigenin_iddiasi_hayal_mahsulu%2817,n,10295169,496%29.aspx (15.12.2009).

Bahçeli, Devlet (2002): Son Gelişmeler Işığında Türkiye'nin AB Üyeliği ve MHP, in: <http://www.mhp.org.tr/dokumanlar/kitap/akpabyolharitasi.pdf> (15.9.2008).

Bahçeli, Devlet: Tarihi Görev Çağrısı, Brief vom 13.06.2004. In: Hürriyet am 02.08. 2004, S. 9.

Bahçeli, Devlet (2006): MİLLİYETÇİ HAREKET PARTİSİ GENEL BAŞKANI DR.DEVLET BAHÇELİ'NİN MHP 8. OLAĞAN BÜYÜK KONGRESİ AÇILIŞ KONUŞMASI. 19 Kasım 2006, in: <http://www.mhp.org.tr/gbk.php?content=65&cat=13> (24.11.2006).

Bahçeli, Devlet (2006): 8 Kasım 2006 günü açıklanan Avrupa Birliği Türkiye İlerleme Raporu ve Strateji Belgesi hakkında basın açıklaması. 9 Kasım 2006“, in: <http://www.mhp.org.tr/gbk.php?content=69&cat=13> (9.11.2006).

Bahçeli, Devlet: Devlet Bahçeli kritisiert Zypern-Politik der EU, in: <http://news.northcyprus.de/?p=3662> (18.9.2008).

Barlas, Mehmet: Yeni dünyada eksen de merkez de farklı yerlerdeler, in: http://www.sabah.com.tr/Yazarlar/barlas/2010/06/12/yeni_-_dunyada_eksen_de_merkez_de_farkli_yerlerdeler vom 12.6.2010 (12.06.2010).

Barlas, Mehmet: AK Parti AB yolunda gecikti de CHP sanki öne mi geçti, in: http://www.sabah.com.tr/Yazarlar/barlas/2008/04/12/AK_Part_i_AB_yolunda_gecikti_de_CHP_sanki_öne_mi_g vom 12. 4. 2008 (30.6.2009).

Bartels, Henning (2003): „Der Terror kann nur gemeinsam bekämpft werden“, in: www.europaeische-sicherheit.de/Rel/2003_12/2003,12,zula.html (10.10.2004).

Barysch, Katinka (2007): What Europeans think about Turkey and why, in: http://www.cer.org.uk/pdf/briefing_kb_turkey_24aug07.pdf

Baş, Ahmet Hamza: Zafer bayramının yıldönümünde AB'nin Sevr hesabı ve Bağımsızlığın değeri!, in: <http://www.yenimesaj.com.tr/index.php?haberno=2012454&tarih=2002-08-30> (04.01.2008).

Başaran Press: “Erdoğan: İmtiyazlı ortaklıkta ne düşündüğümüz biliniyor”, in: <http://www.basaranpress.com/haber/3110-turkiye-haber-erdogan-imtiyazli-ortaklikta-ne-dusundugumuz-bilin.html> (11.3.2009).

Başyurt, Erhan: AB'nin, azınlık dayatması yanlış, in: <http://www.tumgazeteler.com/?a=678525> (04.02.2009).

BBC: Secular rally targets Turkish PM, in: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/6554851.stm> vom 14.4.2007 (10.10.2008)

Belgenet: 2007 Milletvekili Genel Seçimi, in: http://www.belgenet.net/ayrinti.php?yil_id=15 (11.6.2010).

Belgenet: Türkiye’de Seçimler, in: <http://www.belgenet.com/secim/secim-06.html> (11.6.2010).

Belgenet: 3 Kasım 2002 Genel Seçimleri, in: <http://www.belgenet.com/secim/3kasim.html> (3.09.2008).

Belgenet: 1995 Genel Seçimleri, in: http://www.belgenet.net/ayrinti.php?yil_id=12 (01.09.2008).

Belgenet: AİHM’den RP Başvurusuna Ret, in: http://www.belgenet.com/dava/rp_ahm.html (11.9.2009).

Belgenet: Milli Nizam Partisi ve Milli Görüş Hareketi, in: <http://www.belgenet.com/parti/mnp.html> (22.02.2008).

Bergamini, Mattia: Lega Nord: Der italienische Siegeszug der Euroskeptiker, in: <http://www.cafebabel.de/article/25891/Lega-Nord-italienischer-Sieg-der-Euroskeptiker.html> (13.8.2008).

Berkan, İsmet: Ergenekon'un yakın tarihi, in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=252081> vom 04.04.2008 (26.9.2009).

Berkan, İsmet: Eine Verschwörungstheorie, in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=153188> vom 16.5.2005 (21.9.2009).

Berkan, İsmet: CHP’den neden ümidimi kestim?, in: <http://213.243.28.152/haber.php?haberno=253648> (22.04.2008).

Bertelsmann Stiftung: Transformation Index 2010. Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, in: http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Anlagen_BTI_2010/BTI_2010__Broschuere_D_web.pdf (13.6.2009).

Bettel, Xavier: Bettel: Türkiye'ye niçin tarih verilmiyor?, in: <http://www.cumhuriyet.com.tr/?im=yhs&hn=15404> vom 6.11.2008 (6.11. 2008)

Bianet: AKP' ye Kapatma İddianamesinin Tam Metni, in: <http://bianet.org/bianet/bianet/105636-akpye-kapatma-iddianamesinin-tam-metni> vom 17.3.2008 (27.9.2009).

Birand, M. Ali: MHP Tutumunu Tam Netleştirdi, in: <http://www.mehmetalibirand.com.tr/yazidetay.asp?id=326> (22.9.2008).

Birand, M. Ali: AKP oy kaybediyor, AB projesi kazanıyor, in: <http://www.hurriyet.com.tr/yazarlar/8672845.asp?yazarid=69&gid=61&sz=25580> (11.04.2008).

Blick: Chirac bedauert Armenien-Gesetz, in: <http://www.blick.ch/news/ausland/news19672> vom 15.10.2006 (02.4.2009).

Bolat, Ömer: MÜSİAD'a itibar etmeyen zarardadır, in: <http://yenisafak.com.tr/Pazar/?t=28.01.2008&i=95812> vom 27.01.2008 (27.01.2008).

Bora, Tanıl: Der "Nationale Reflex", in: <http://www.birikimdergisi.com/birikim/article.aspx?-mid=508&article=Tan%FDI%20Bora%20-%20Der%20%22Nationale%20Reflex%22:%20Die%20fundamenta-listische%20Disposition%20des%20Nationalen%20in%20der%20T%FCrkei%20und%20der%20proto-faschistische%20Nationalismus%20der%20MHP> (28.8.2010).

Brill, Heinz: Die Türkei auf dem Weg zu einer "Wassergroßmacht", in: <http://www.bmlv.gv.at/omz/ausgaben/artikel.php?id=423> (15.12.2009).

Bulaç, Ali: AK Parti AB sürecini geciktirecek, vom 18.4.2005, in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=149976> (30.6.2009).

Bulut, Arslan: Asıl tehdit, Hrant Dink cinayetini örtbas edenlerdir!, in: http://www.yenicaggazetesi.com.tr/a_haberdetay.php?hityaz=3177 (05.09.2008)

Bulut, Arslan: AKP hükümeti suyu da küre..., in: http://www.yenicaggazetesi.com.tr/a_haberdetay.php?-hityaz=7640 (15.12.2009).

Bulut, Yiğit: 'Ekonomik güvenlik' kavramını bilmeyen bir ülke, in: <http://haber.gazetevatan.com/haberdetay.asp?Newsid=153686&Categoryid=4&wid=150> (18.12.2009).

Bulut, Yiğit: Türkiye'nin özelleştirme politikası' doğru mu? Daha doğrusu 'var mı'? in: <http://www.yurthaber.com/yazi/turkiyenin-ozellestirme-politikasi-dogru-mu-daha-dogrusu-var-mi--3829.htm> (30.07.2009).

Bulut, Yiğit: Bu nasıl bir özelleştirme, in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=212219> (18.12.2009) und Devlet malı neden satılır, in: http://www.referansgazetesi.com/haber.aspx?-HBR_KOD=78370&ForArsiv=1 (18.12.2009).

Bürgin, Alexander (2006): EU-Beitrittsperspektive auf der Kippe?, Eine Analyse der Entwicklungen ein Jahr nach Beginn der EU-Verhandlungen mit der Türkei, in: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/tuerkei/04257-20070907.pdf> (12.11.2006).

CDU/CSU: Beschluss der Präsidien der Christlich Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union am 7. März 2004: Privilegierte Partnerschaft. Die europäische Perspektive für die Türkei, in: http://www.cdu.de/doc/pdf/03_08_04-beschluss-tuerkei.pdf (12.3.2009).

Centrum für angewandte Politikforschung (CAP): Europawahl 2009. Euroskeptizismus, in: <http://www.cap-lmu.de/themen/europawahl/schwerpunkte/euroskeptizismus.php> (15.5.2009).

Centrum für angewandte Politikforschung (CAP): Die Beziehungen Türkei – Russland, in: <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/aussenpolitik/russland.php> (16.3.2010).

Centrum für angewandte Politikforschung (CAP): Die türkische Republik unter Mustafa Kemal, in: <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/geschichte/republik.php> (16.3.2010).

Centrum für angewandte Politikforschung (CAP): Militär, in: <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/militaer.php> (26.3.2010).

Chirac, Jacques: Völkermord an Armeniern eingestehen, in: <http://volksgruppen.orf.at/diversity/Stories/56479/> (02.4.2009).

CHP (2008): Cumhuriyet Halk Partisi Programı, in: <http://www.chp.org.tr/Files/chpprogram.pdf> (12.2.2008).

CHP: 2002 Seçim Bildirgesi, in: http://www.chp.org.tr/Files/2002Secim_.pdf (06.2.2008).

CHP: Çözüm 2002, in: http://www.chp.org.tr/Files/1999_02526_.pdf (06.2.2008).

Chiantera-Shutte, Patricia (2002): Das Europa der Antieuropäer. Ein Vergleich von Lega Nord und FPÖ, in: <http://cadmus.eui.eu/dspace/bitstream/1814/329/1/sps20029.pdf> (09.5.2010).

Cıvaoğlu, Güneri: Eksen travması, in: <http://www.milliyet.com.tr%2Feksen-travmasi%2Fguneri-civaoglu%2Fsiyaset%2Fyazardetay%2F12.06.2010%2F1249939%2Fdefault.htm> (12.06.2010).

CNNTürk: “Çarmıha gerilme” sözüne açıklık, in: <http://www.cnnturk.com/2009/turkiye/12/21/carmiha.gerilme.sozune.aciklik/556343.0/index.html> (22.12.2009).

Costa, Olivier/ Brack, Nathalie (2009): The Role(s) of the Eurosceptic MEPs. In: Fuchs, Dieter; Magni-Berton, Raul; Roger, Antoine (Hrsg.): Euroscepticism. Images of Europe among mass public and political elites. Opladen / Farmington Hills, MI. S. 253-271.

Cremer, Jan/Dietert, Amke/Kizilyaprak, Zeynel Abidin/Steinbach, Udo (2004): Die Europäische Union und die Türkei. Eine politische Bestandsaufnahme, in: <http://www.duei.de/doi/de/content/onlinepublikationen/doifocus/Focus17.pdf> (02.12.2009). Çaha, Ömer: Muhafazakâr Demokrasi, Liberal Demokrasi’nin Kardeşidir, in: <http://arsiv.zaman.com.tr/2003/08/31/yorumlar/default.htm> vom 31.08.2003 (27.09.2007).

Çakır, Ruşen: Açılım önce Erdoğan’ı açtı, in: http://haber.gazetevatan.com/haberdetay.asp?detay=Acilim_once_Erdogani_acti&tarih=19.09.2009&Newsid=260133&Categoryid=4&wid=73 vom 19.09.2009 (19.9.2009).

Çakır, Ruşen: AKP'de taban tavan kavgası, in: http://haber.gazetevatan.com/haber.vatan?detay=AKPde_taban_tavan_kavgasi-&Newsid=245849&Categoryid=4&wid=73 vom 28.06.2009 (28.6.2009).

Çakır, Ruşen: Açılım durdu, Avrupa'da operasyonlar başladı, in: <http://www.tumkoseyazilari.com/yazar/rusen-cakir/05-03-2010-acilim-durdu-avrupada-operasyonlar-basladi.html> (05.03.2010).

Çamuroğlu, Reha: Alevi-Bektaşî Birlikleri'nin para kaynakları araştırılsın, in: <http://www.tumgazeteler.com/?a=669874> (04.02.2009).

Çandar, Cengiz: CHP ve kurultayı; öncesi ve sonrası, in: <http://www.tumgazeteler.com/?a=2777017> (24.04.2008).

Çandar, Cengiz: Neo-Türkiye..., in: www.radikal.com.tr%2FDefault.aspx%3FaType%3DRadikalYazarYazisi%26ArticleID%3D999348%26Yazar%3DCENG%25DDZ%2520%25C7ANDAR%26Date%3D28.05.2010%26CategoryID%3D97 vom 28.05.2010 (28.05.2010).

Çölaşan, Emin: PKK Meclis'te, in: <http://www.hurriyet.com.tr/yazarlar/6982097.asp?yazarid=5&gid=61> (29.7.2007).

Çölaşan, Emin (25.08.2005): „Türkiyelilik!!!“, in: http://www.hurriyetim.com.tr/archive_articledisplay/0,,authorid~5@sid~9@nvid~621915,00.asp (02.12.2009).

Çölaşan, Emin: Türkiye İşgal Altında, in: <http://www.ilk-kursun.com/2010/02/turkiye-iskal-altinda/> (07.2.2010).

Dağı, İhsan: Turkey: Islamic Secularism or Secular Islam?, in: <http://www.cceia.org/resources/transcripts/849.html> (27.02.2008).

Daniel, Tobias: Türkei und Europa nähern sich an, in: <http://www.europa-digital.de/aktuell/-dossier/tuerkei/reform.shtml> (13.9.2008).

Davutoğlu, Ahmet: Davutoğlu'ndan 6 kritik konuda 6 mesaj, in: <http://www.euractiv.com.tr/ab-ve-turkiye/article/davutoglundan-6-kritik-konuda-6-mesaj-008228> (23.12.2009).

Deckwirth, Christina: Privatisierung europaweit. EU-Politik lässt zugreifen auf europäische Infrastrukturdienste, in: <http://www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/463584.html> (23.12.2009).

Dembinski, Matthias: Schaffen internationale Organisationen Frieden?, HSFK-Report 3/2006, in: <http://www.hsfk.de/downloads/report0306.pdf>, S. 19 (27.5.2010).

Demirtaş, Hüseyin: Lozan'da Aleviler ve Kürtlere Verilen Sözler Tutulsun, in: http://www.hacibektaslilar.com/article,tr,2009~11~11,,,1~0~0,yes~7~now,60_columnist.html (05.09.2009).

Deutscher Bundestag: Drucksache 14/9323, 14. Wahlperiode 06. 06. 2002, 6. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den Auswärtigen Beziehungen und in anderen Politikbereichen, in: <http://dip.bundestag.de/btd/14/093/1409323.pdf> (13.05.2005).

Die Presse: „Erdogan: EU-Beitritt für die Türkei kein Muss“, in: http://diepresse.com/home/politik/eu/130888/Erdogan_EUBeitritt-fuer-die-Tuerkei-kein-Muss?from=suche.intern.portal (10.3.2009).

Die Presse: Erdogan: „Neue Ära“ für Türkei und Griechenland, in: <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/565092/index.do> (15.5.2010).

Die Presse: Türkei: Kirchen erhalten Land zurück, in: <http://diepresse.com/home/politik/eu/364650/index.do> (21.02.2008).

Die Presse: Mittelmeerunion: Sarkozys Schuss ins Leere, in: <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/493984/index.do> (13.3.2009).

Die Presse: „Armenier-Massaker: Türkei droht Frankreich“, in: http://diepresse.com/home/politik/eu/79422/ArmenierMassaker_Tuerkei-droht-Frankreich- (18.11.2006).

dradio.de: Papst bedauert Äußerungen zum Islam, in: <http://www.dradio.de/aktuell/543679/> vom 16.09.2006 (23.4.2009).

Dreano, Bernard: Von einer Präsidentschaftswahl zur nächsten: Sündenbockdenken, der Bosphorus und der Maroni... Über Frankreich, die Türkei und sicherlich die Zukunft, in: <http://www.reseau-ipam.org/article.php3?id%20article=1331> (11.05.2007).

Duncker, Gerhard (2001): Christen in der Türkei – wie Fische auf dem Trockenen, in: http://www.moschee-schluetchern.de/christen/tuerkei_faz011214.htm (28.02.2010).

Dura, Cihan: Özelleştirme nelere mal oluyor (2), in: <http://www.millimucadele.org/84/dura84.htm> (18.12.2009).

Dündar, Can: Blutig oder unblutig?, in: <http://www.candundar.com.tr/index.php?Did=821> vom 16.12.1995 (16.9.2009).

Dündar, Can: Doğu'nun başladığı yer, in: <http://www.milliyet.com.tr%2Fdogu-nun-basladigi-yer%2Fcan-dundar%2Fguncel%2Fyazardetay%2F12.06.2010%2F1249932%2Fdefault.htm> (12.6.2010).

Ecevit: Cumhuriyet mecrasından çıkıyor [Ecevit: Die Republik weicht von ihrer Bahn ab], in: <http://www.milliyet.com.tr/ecevit--cumhuriyet-mecrasindan-cikiyor/fikret-bila/siyaset/yazardetayarsiv/25.08.2010/40299/default.htm> (28.07.2004)

Emmanouilidis, Janis A.: EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei – Analyse und Ausblick, Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P), München, Dezember 2004, in: <http://www.cap-lmu.de/aktuell/positionen/2004/tuerkei-eu.php> (12.3.2010).

Emre, Süleyman Arif: Bütün gücümüzle karşı koymaya çalışmak zorundayız, in: <http://www.milligazete-.com.tr/makale/vatanin-butunlugune-kastedilmistir-145287.htm> (05.12.2009).

Engdahl, F. William F.: Die Türkei und Russland rücken enger zusammen, in: <http://info.kopp-verlag.de/news/die-tuerkei-und-russland-ruecken-enger-zusammen.html> (26.02.2009).

Erbakan, Necmettin: 20 Soru 20 Cevap'ta Adil Düzen, in: http://home.arcor.de/necmeddin_erbakan/kitaplar/sorucevap.html (23.02.2010).

Erdem, Tarhan: CHP'den bir sey beklenmez, in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=253849> (24.04.2008).

Erdem, Tarhan: CHP, Ak Parti'yi de değiştirecek, in: <http://www.radikal.com.tr/Default.aspx?aType=RadikalYazarYazisi&ArticleID=998437&Yazar=TARHAN%20ERDEM&Date=24.05.2010&CategoryID=99> (24.5.2010).

Erdem, Tarhan: Yeni Türkiye'yi Anlamak, in: http://www.konda.com.tr/html/dosyalar/yeni_turkiye.pdf (3.11.2007).

Erder, Necat: AKP ve CHP'nin Misyonu. in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=56654> (15.5.2008).

Erdoğan, R. Tayyip: Batı'nın ahlaksızlığını aldık, in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=245471> vom 25.01.2008 (27.9.2009).

Erdoğan, R. Tayyip: Türkei-Beitritt. Erdogan wirft EU unfaire Entscheidung vor, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,453937,00.html> vom 12.12.2006 (18.9.2008).

Erdoğan, R. Tayyip: Erdogan: EU-Beitritt für die Türkei kein Muss, in: <http://diepresse.com/home/politik/eu/130888/index.do?from=suche.intern.portal> (10.3.2009).

Erdoğan, R. Tayyip: İmtiyazlı ortaklıkta ne düşündüğümüz biliniyor, in: <http://www.basaranpress.com/haber/3110-turkiye-haber-erdogan-imtiyazli-ortaklikta-ne-dusundugumuz-bilin.html> (11.3.2009).

Erdoğan, R. Tayyip: Mitinge katılanlar bindirilmiş kıta, in: <http://www.ntvmsnbc.com/news/405722.asp> vom 17.4.2007 (10.10.2008).

Ertel, Manfred: Dänemark, Starke Gesinnung, in: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-15986010.html> (09.05.2010)

Etikhaber: Ülke Satılıyor, AKP Bunun Hesabını Veremez, in: <http://www.etikhaber.com/content/view/16624/30/> (05.6.2006).

EurActiv: CHP, Avrupa Parlamentosu Dergisinde: „Türk muhalefeti AB üyeliği için kapıyı açtı“, in: <http://www.euractiv.com.tr/ab-ve-turkiye/article/chp-avrupa-parlamentosu-dergisinde-turk-muhalefeti-ab-uyeligi-icin-kapiyi-acti-004604> vom 14.02.2009 (28.02.2009).

EurAktiv: Erbakan'ın kurduğu İslami D-8'i Davutoğlu Malezya'da topladı, in: <http://www.euractiv.com.tr/ab-ve-turkiye/article/erbakanin-kurdugu-islami-d-8i-davutoglu-malezyada-topladi-007592> (03.11.2009).

EurActiv: Wahlen in der Türkei 2007, in: <http://www.euractiv.com/de/erweiterung/wahlen-trkei-2007/article-163071> (27.8.2007).

EurAktiv: Turkey in the EU – What the public thinks, in: <http://www.euractiv.com/en/priorities/turkey-eu-public-thinks/article-171187> (15.11.2009).

EurAktiv: Wahlen in der Türkei 2007, in: <http://www.euractiv.com/de/erweiterung/wahlen-trkei-2007/article-163071> (14.12.2007).

EurAktiv: EU und Nordafrika planen Solarpartnerschaft. Mittelmeerunion eröffnet Büro, in: <http://www.euractiv.de/sicherheit-und-verteidigung/artikel/generalsekretar-mittelmeerunion-tritt-amt-an-barcelona-002813> (18.3.2010).

Euromed: The Euro-Mediterranean Partnership, in: http://ec.europa.eu/external_relations/euromed/index_en.htm (14.3.2009).

Europa: Zusammenfassungen der EU-Gesetzgebung, in: http://europa.eu/legislation_summaries/enlargement/ongoing_enlargement/community_acquis_turkey/index_de.htm (16.03.2010)

Europa-digital: Das Glossar der EU-Fachbegriffe, in: <http://www.europa-digital.de/service/abc/glossarstu.shtml> (30.03.2010).

Europäische Kommission: Negotiating Framework (Luxembourg, 3 October 2005) Principles governing the negotiations, in: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/turkey/st20002_05_TR_framedoc_en.pdf (10.3.2005).

Europäische Kommission (2004): Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel 2004.

Europäische Kommission (2005): Turkey: 2005 Turkey Progress Report, Brussels. Brussels, 9 November 2005, SEC (2005) 1426, {COM (2005) 561 final}, in: http://ec.europa.eu/enlargement/archives/pdf/key_documents/2005/package/sec_1426_final_progress_report_tr_en.pdf (09.11.2005).

Europäische Kommission (2007): Turkey 2007 Progress Report, Brussels, 6.11.2007, SEC (2007) 1436, Enlargement Strategy and Main Challenges 2007-2008 {COM(2007) 663 final} in: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2007/nov/turkey_progress_reports_en.pdf (06.11.2007).

Europäische Kommission (2010): Turkey 2010 Progress Report, Brussels, 9 November 2010, SEC(2010) 1327, Enlargement Strategy and Main Challenges 2010-2011, EN, {COM(2010) 660}, in: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2010/package/tr_rapport_2010_en.pdf (9.11.2010).

Europäischer Rat: Schlussfolgerungen des Vorsitzes – Brüssel 16./17. Dezember 2004, in: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/83221.pdf (01.2.2005).

Europäischer Rat: Beschluss des Rates vom 8. März 2001 über die Grundsätze, Prioritäten, Zwischenziele und Bedingungen der Beitrittspartnerschaft für die Türkische Republik, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft (2001/235/EG), in: http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!DocNumber&lg=de&type_doc=Decision&an_doc=2001&nu_doc=235 (12.4.2005).

Europäischer Rat: Europäischer Rat von Helsinki am 10./11. Dezember 1999, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, in: http://www.europarl.europa.eu/summits/hel2_de.htm (12.4.2005).

Europäischer Rat: Europäischer Rat von Kopenhagen am 21. und 22. Juni 1993, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, in: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf (12.4.2005).

European Election Database: Finland, in: http://www.nsd.uib.no/european_election_database/country/finland/ (09.05.2010).

Euronews: PKK-Zellen in Italien und Frankreich zerschlagen, in: <http://de.euronews.net/2010/02/26/pkk-zellen-in-italien-und-frankreich-zerschlagen/> (11.4.2010).

Faber, Anna (2007): Die Weiterentwicklung der Europäischen Union: Vertiefung versus Erweiterung, in: <http://www.unizar.es/euroconstitucion/library/working%20papers/Faber%202007.pdf> (06.12.2009).

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ): Erdogan droht mit „ganz anderer Antwort“, in: <http://www.faz.net/s/Rub7FC5BF30C45B402F96E964EF8CE790E1/Doc~E725366C76A4B45E689E0-5C9161C94737~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (09.3.2009).

Fedayi, Cemal: CHP-MHP Koalisyonuna Doğru mu?, in: <http://www.stratejikboyut.com/yazi/chp-mhp-koalisyonuna-dogru-mu-627.html> (02.4.2010).

Financial Times/Harris Poll: EU Citizens Want Referendum on Treaty, in: <http://www.harrisinteractive.com/news/allnewsbydate.asp?NewsID=1228> vom 18.6.2007 (17.4.2009).

Focus: EU nimmt „Beitritts“-Wort nicht in den Mund, in: http://www.focus.de/politik/ausland/tuerkei_aid_228893.html vom 10.12.2007 (30.3.2010).

Franz, Erhard (2003): Das Parteiensystem in der Türkei, in: http://www.giga-hamburg.de/content/publikationen/archiv/duel_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf (05.03.2010).

Freedom-House: Map of Freedom, in: http://www.freedomhouse.org/uploads/fiw10/FIW_2010_MOF.pdf (13.6.2009).

Fröhlich, Christiane (2006): Zur Rolle der Ressource Wasser in Konflikten, in: http://www1.bpb.de/themen/X80AUV,1,0,Zur_Rolle_der_Ressource_Wasser_in_Konflikten.html (15.12.2009).

Fuller, Graham E. (2004): Turkey's Strategic Model: Myths and Realities, The Washington Quarterly, 27:3 pp. 51–64, in: http://www.twq.com/04summer/docs/04summer_fuller.pdf (10.6.2010).

Gehlen, Martin: Nahost: Grenzkonflikt zwischen Saudi-Arabien und Jemen eskaliert, in: <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/Jemen-Saudi-Arabien;art123,2967017> (28.12.2009).

Gerhards, Jürgen/ Hans, Silke: Das Türkei-Dilemma der Europäischen Union, in: <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/Sonderthemen;art893,2687102> vom 20.12.2008 (16.4.2009).

Gerhards, Jürgen/Hans, Silke (2009): Türkei Unerwünscht? Eine Untersuchung der Einstellungen der Bürger in den 27 Mitgliedsländern der EU zum Beitritt der Türkei, in: http://www.polsoz.fu-berlin.de/soziologie/arbeitsbereiche/makrosoziologie/arbeitspapiere/pdf/BSSE_18_Tuerkei_u_nerwuenscht_Eine_Untersuchung_der_Einstellungen_der_Buerger_in_den_27_Mitgliedslaen_dern_der_EU_zum_Beitritt_der_Tuerkei.pdf

Giscard d'Estaing, Valéry: EU-Beitritt. Giscard warnt vor Aufnahme der Türken, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,221971,00.html> (5.9.2008).

Gozewski, Andreas (2008): Türkische Aleviten fordern Anerkennung, in: <http://www.alevi.com/pressemeldung+M526ca886453.html> (14.10.2009).

Gottschlich, Jürgen: Armenier-Gesetz. Türken über Frankreich erbost, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,442264,00.html> vom 12.10.2006 (02.4.2009).

Gottschlich, Jürgen: Reaktionen der Türkei auf EU-Fortschrittsbericht. Verwunderung über Europas Vergesslichkeit, in: http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-297/_nr-48/i.html (26.2.2008).

Göle, Nilüfer: Batı kendine Türkiye aynasından bakabilir, in: <http://yenisafak.com.tr/Roportaj/?t=08.06.2009&c=16&i=191149> vom 08.06.2009 (08.6.2009).

Griechische Botschaft Berlin Presse- und Informationsbüro: Die griechisch-türkischen Beziehungen, in: <http://www.griechische-botschaft.de/politik/aussenpolitik/griechisch-tuerkische-beziehungen/> (14.12.2009).

Griechische Botschaft Berlin Presse- und Informationsbüro: Griechenland in Europa, in: <http://www.griechische-botschaft.de/politik/aussenpolitik/griechenland-in-europa/> (11.01.2010).

Guttenberg, Karl-Theodor zu (2004): Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU – eine Privilegierte Partnerschaft, Hanns-Seidel-Stiftung (Hg): in: http://www.hss.de/downloads/aa33_internet.pdf (6.4.2010).

Gültekin, Bedri M.: Dicle ile Fırat'ın suları, in: <http://www.ip.org.tr/lib/pages/detay.asp?goster=haber-detay&idhaber=2137> (15.12.2009).

Gür, Adil: Türkiye'nin ruh hali değişti, in: <http://www.taraf.com.tr/nese-duzel/makale-adil-gur-turkiyenin-ruh-hali-degisti.htm> (27.01.2010).

Güsten, Susanne: Türkei gegen Armenien. „Ein Sieg für den Frieden“, in: <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/Tuerkei-Armenien;art123,2924324> vom 15.10.2009 (30.3.2010).

Güsten, Susanne: Türkei und Armenien. „Wir entschuldigen uns“, in: <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/wir-entschuldigen-uns/1397310.html> vom 16.12.2008 (04.4.2009).

Güsten, Susanne: Wer ist die AKP?, in: <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/Fragen-des-Tages-AKP%3Bart693,2566335> vom 6.7.2008 (10.09.2009).

Güzeldere, Ekrem Eddy: Ehebruch bleibt straffrei, in: <http://www.europa-digital.de/aktuell/dossier/tuerkei/strafreform.shtml> vom 15.9.2004 (27.9.2009).

Haass, Richard: Goodbye to Europe as a high-ranking power, in: <http://www.ft.com/cms/s/0/ab995e96-5dfa-11df-8153-00144feab49a.html> (12.5.2010).

Habercem: Avrupalı Alevilerden AB'ye sert tepki, in: <http://www.habercem.com/haberdetay.asp?Newsid=5766> (16.10.2009).

Habertürk: Nedir bu Ergenekon?, in: <http://www.haberturk.com/haber.asp?id=62924&cat=110&dt=2008/03/24> vom 24.4.2008 (24.03.2008).

Haber3: Asker "Yeter artık" diye isyan etti, in: <http://www.haber3.com/asker-yeter-artik-diye-isyan-etti-545818h.htm> (02.4.2010).

Haber7: Erdoğan'ın tarihi konuşması. 22 Temmuz 2007, in: <http://www.haber7.com/haber/20080722/Erdoganin-tarihi-konusmasiVideo.php> (25.9.2009).

Hagedorn, Gerd: Türkei: Islam und Christentum, in: <http://gerdhagedorn.de/42.html> (21.02.2008).

Hakan, Ahmet: İslamcımız milliyetçidir, in: <http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=10617445> vom 22.12.2008 (21.5.2009).

Hakan, Ahmet: 13 Maddede Batı ahlaksızlıkları, in: <http://hurarsiv.hurriyet.com.tr/goster/haber.aspx?id=8114470&yazarid=131> vom 28.1.2008 (1.8.2009).

Hakan, Ahmet: Başbakan için Batı dersleri, in: <http://hurarsiv.hurriyet.com.tr/goster/haber.aspx?id=8110206&yazarid=131> vom 27.1.2008 (1.8.2009).

Hakura, Fadi (2005): Partnership Is No Privilege – The Alternative to EU Membership Is No Turkish Delight, Chatham House, in: http://www.chathamhouse.org.uk/files/3275_bpturkeyeu.pdf (19.3.2009).

Hallstein, Walter: Rede von Walter Hallstein anlässlich der Unterzeichnung des Assoziationsabkommens zwischen der EWG und der Türkei vom 12. September 1963 in Ankara, in: http://www.ena.lu/rede_walter_hallstein_anlasslich_unterzeichnung_assoziationsabkommens_zwischen_turkei_ankara_september_1963-03-17464 (11.5.2005).

Handelsblatt: Politikverbot für zwei Frauen: "Kopftuch-Auftritt" im Parlament: Tugend-Partei verboten, in: <http://www.handelsblatt.com/archiv/kopftuch-auftritt-im-parlament-tugend-partei-verboten%3B433377> (11.9.2009).

Hibbeler, Stefan: Überraschende Wende, in: <http://www.istanbulpost.net/10/05/03/wende.htm> (21.5.2010).

Hitchens, Christopher: Ankara Shows Its Hand, in: <http://www.slate.com/id/2216518/> (20.4.2009).

Hoffmann, Isabell/Brantner, Franziska (2009): Europakritik wird schick, Spotlight Europe, in: <http://www.cap-lmu.de/themen/europawahl/download/Spotlight-Europakritik.pdf> (15.5.2009).

Höhler, Gerd: Geheime Agenda? AKP zieht Jugendschutzpläne zurück, in: <http://www.wiwo.de/politik/akp-zieht-jugendschutzplaene-zurueck-303598/> vom 11.08.2008 (28.9.2009).

Höhler, Gerd: Athen will von Ankara Taten sehen, in: <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/athen-will-von-ankara-taten-sehen/1596472.html> (27.5.2010).

Höhler, Gerd: Wachsende Spannungen zwischen Griechenland und Türkei, in: <http://www.derwesten.-de/waz/politik/Wachsende-Spannungen-zwischen-Griechenland-und-Tuerkei-id421940.html> (14.12.2009).

Höhler, Gerd: Türkei: Diyanet – Islam unter Staatsaufsicht, in: <http://europenews.dk/de/node/271> (02.02.2010).

Höhler, Gerd: Ankara reformiert umstrittenen „Türkentum“-Paragrafen, in: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/ankara-reformiert-umstrittenen-tuerkentum-paragrafen;1414900> (23.8.2010).

Hür, Ayşe: Deniz'den Nehir'e: Arz-ı Mevud, in: <http://www.taraf.com.tr/ayse-hur/makale-denizden-nehire-arz-i-mevud.htm> (31.05.2009).

Hür, Ayşe: 'Oksijeni kalmayan' Fener Rum Patrikhanesi, in: <http://www.taraf.com.tr/ayse-hur/makale-oksijeni-kalmayan-fener-rum-patrikhanesi.htm> (27.12.2009).

Hürriyet: AB'ye destek tekrar yükselişe geçti, in: <http://www.hurriyet.com.tr/gundem/12448221.asp?gid=229> (11.9.2009).

Hürriyet: Lässt das türkische Streben in Richtung EU nach?, 13. April 2005, S. 11.

Hürriyet: Die Geschichte einer Entfremdung, 4. August 2005, S. 8.

Hürriyet: Perinçek, Fogg soruşturmasında ifade verdi, in: <http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=59273> (16.10.2005).

International Crisis Group (2009): Turkey and Armenia: Opening Minds, Opening Borders. Europe Report No. 199 – 14 April 2009, in: http://www.crisisgroup.org/~media/Files/europe/199_turkey_and_armenia___opening_minds___opening_borders_1.ashx.

International Crisis Group (2008): Reunifying Cyprus: The Best Chance Yet. Europe Report No. 194 – 23 June 2008, in: <http://www.crisisgroup.org/~media/Files/europe/194%20Reunifying%20Cyprus%20-%20The%20Best%20Chance%20Yet.ashx>

International Crisis Group (2008): Turkey and Europe: The Decisive Year Ahead. Europe Report No. 197, Brüssel.

International Crisis Group (2008): Turkey and Europe: The Decisive Year Ahead. Europe Report, in: http://www.crisisgroup.org/~media/Files/europe/197_turkey_and_europe___the_decisive_yearAhead.ashx.

İdiz, Semih: Ne olacak bu AB'nin hali?, in: <http://www.milliyet.com.tr/ne-olacak-bu-ab-nin-hali-/semih-idiz/siyaset/yazardetay/19.05.2010/1235810/default.htm?ref=haberici> (10.5.2010).

İdiz, Semih: Hükümetin AB stratejisi nedir, bilmiyoruz, in: <http://www.milliyet.com.tr/Yazar.aspx?aType=YazarDetay&ArticleID=1101416&AuthorID=76&Date=01.06.2009&b=Hukümetin%20AB%20stratejisi%20nedir,%20bilmiyoruz&a=Semi h%20%C4%B0diz> (01.6.2009).

İnce, Özdemir: Cumhurbaşkanlığı seçimi konusunda, in: <http://hurarsiv.hurriyet.com.tr/goster/haber.aspx?id=7081016&yazarid=72> vom 14.08.2008 (26.9.2009).

İnsel, Ahmet: CHP nedir?, in: http://www.radikal.com.tr/ek_haber.php?ek=r2&haberno=8156 (30.03.2008).

İnsel, Ahmet (2005): Europäisierung der Türkei: Eine historische Reifeprüfung der nationalen Würde? in: Giannakopoulos, Angelos/Maras, Konstadinos (Hg.): Die Türkei-Debatte in Europa. Ein Vergleich. Wiesbaden. S. 197 – 212.

İnternethaber: Türkiye'de orduya güven geriledi, in: <http://www.internethaber.com/turkiyede-orduya-guven-geriledi-233318h.htm> (24.02.2010)

Juncker, Jean-Claude: Kerneuropa? Das schließe ich nicht aus, in: <http://www.zeit.de/2003/51/Juncker> (06.12.2009).

Kadritzke, Niels: Die Türken vor Brüssel. Europa, Sèvres und der Kemalismus, in: http://www.eurozine.com/articles/article_2005-05-05-kadritzke-de.html (05.5.2005).

Kadritzke, Niels: Kopftücher, Generäle und türkische Demokratie, in: http://www.eurozine.com/articles/article_2007-12-19-kadritzke-de.html (19.12.2007).

Kahraman, Hasan Bülent: CHP'li mi CHP'siz mi?, in: <http://www.baskose.com/ShowArticle.aspx?writerId=12&articleId=7804> (25.4.2008).

Kahraman, Hasan Bülent: Erdal İnönü'ye iki not, in: <http://arsiv.sabah.com.tr/2007/11/05/kahraman.html> (11.05.2007).

Kahraman, Hasan Bülent: CHP'yi içinden görmek, in: <http://www.sabah.com.tr/2008/04/27/haber,C9640B3A3ECE441DA9CA95A35EE22EA2.html> (27.04.2008).

Kahraman, H. Bülent: CHP Sosyal demokrasisinin Cikmazi, in: <http://www.sabah.com.tr/2008/04/23/haber,EBB1D23192A842D5BE6E82450A816F63.html> (23.04.2008).

Kahraman, H. Bülent: Muhalefet mi, seçenek mi?, in: <http://www.sabah.com.tr/2008/04/26/haber,3D0BC3D3501E4FAABB0F95E58C0260D2.html> (26.04.2008).

Kaleağası, Bahadır: Demagogues in EU and Turkey are playing with fire, in: www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=140283 (28.04.2008).

Kálnoky, Boris: Neuer Generalstabschef. İlker Başbuğ – er führt das türkische Militär, in: <http://www.welt.de/politik/article2272983/Ilker-Basbug-er-fuehrt-das-tuerkische-Militaer.html> (04. 8. 2008).

Kálnoky, Boris: Europa. Darum lächeln die Türken über die EU-Finanzkrise, in: <http://www.welt.de/politik/ausland/article7498028/Darum-laecheln-die-Tuerken-ueber-die-EU-Finanzkrise.html> (05. 6. 2010).

Kalnoky, Boris: Türkei gegen Armenien. Ein Fußballspiel nach einem Jahrhundert voll Hass, in: <http://www.welt.de/politik/article2405348/Ein-Fussballspiel-nach-einem-Jahrhundert-voll-Hass.html> vom 06.09.2008 (06.9.2008).

Karabat, Ayşe: Türkisch-griechische Beziehungen. Startschuss für eine neue Ära, in: http://de.qantara.de/webcom/show_article.php?wc_c=468&wc_id=1355 (29.5.2010).

Kay, Selda Öztürk: Orta Doğu'da uyumayan sorun: Su (4), in: <http://www.yenicaggazetesi.com.tr/haberdetay.php?hit=361> (15.12.2009).

Keiner, Christine: Kemal Kilicdaroglu ist neuer Parteichef der CHP, in: [http://www.weltexpress.info/cms/index.php?id=6&tx_ttnews\[tt_news\]=26395&tx_ttnews\[backPid\]=489&cHash=ecc105d18a](http://www.weltexpress.info/cms/index.php?id=6&tx_ttnews[tt_news]=26395&tx_ttnews[backPid]=489&cHash=ecc105d18a) (23.5.2010).

Kaynak, Mahir: Ergenekon Bombaları, in: <http://www.habervitrini.com/haber.asp?id=382640> vom 19.01.2009 (27.9.2009).

Kepekçi, Ahmet Hamdi (2004): Verheugen, Türkiye'nin içişlerine müdahale etti, in: <http://www.yenimesaj.com.tr/index.php?haberno=4011700&tarih=2004-09-11> (16.10.2005).

Kesik, Dünder: Silopi Add Derneği'nden "türklük" Konferansı, in: <http://www.haberler.com/sirnak-silopi-add-dernegi-nden-turkluk-haberi/> (30.10.2008).

Keyman, Fuat: Nasil bir CHP?, in: http://www.radikal.com.tr/ek_haber.php?ek=r2&haberno=8229 (20.04.2008)

Keyman, Fuat: CHP Nereye gidiyor?, in: http://www.radikal.com.tr/ek_haber.php?ek=r2&haberno=6359 (22.04.2008).

Keyman, Fuat: Merkez sol ve Türkiye'nin değişimi, in: http://www.radikal.com.tr/ek_haber.php?ek=r2&haberno=7391 (26.08.2007).

Keyman, Fuat: Artık CHP'yle olmaz, in: http://www.radikal.com.tr/ek_haber.php?ek=r2&haberno=4345 (06.02.2005).

Kılıçdaroğlu, Kemal: İktidara gelirsek AB Türkiye'ye tarih vermezse Gümrük Birliği'ni askıya alacağız, in: <http://www.abhaber.com/haber.php?id=27970> (25.12.2009).

Kınıklıoğlu, Suat: Kriter Zeitschrift, September 2009, Nr. 39, S. 17, in: <http://www.kriterdergisi.com/haber.php?sayi=39&id=869> (28.6.2009).

Kırmızı, Abdulhamit: Türkiye'de Milliyetçiliğin Yeni Halleri, in: <http://www.setav.org/public/HaberDetay.aspx?Dil=tr&hid=11457> (05.09.2008).

Kızıldağ, Şaban: AK Parti'nin röntgeninden ne çıktı?, in: http://www.memleket.com.tr/news_detail.php?id=1193 vom 21.6.2005 (29.09.2009).

Kizilhan, İlhan: Die Türkei auf dem schwierigen Weg in die Europäische Gemeinschaft, in: http://www.navend.de/aktuell/pdf/Navendblick/0001_EU-Tuerkei.pdf, S. 25-33 (04.02.2009).

Kjaer, Karsten: Teuflische Karikaturen, Mohammed Satire: Kunstfreiheit oder Gotteslästerung?, in: <http://www.youtube.com/watch?v=fUjevngXY2E> (01.6.2010).

Kläne, Stefan: Tories gründen Europaskeptiker-Fraktion im EU-Parlament, in: <http://www.europoliten.de/Politik/Bruessel/Tories-gruenden-Europaskeptiker-Fraktion-im-EU-Parlament/278,16162,0,0.html> (23.06.2009).

Kommission der Europäischen Gemeinschaft, 2004 – Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel 06.10.2004/SEK (2004)/1201.

TKP (Kommunistische Partei der Türkei): Özelleştirmeler ve kamunun cokertilmesi işsizlik yaratmıştır, in: <http://www.tkp.org.tr/secim2007/pdf/Issizlik.pdf> (18.12.2009).

Koru, Fehmi: Koalisyon çatladı, ama sorun bakalım neden çatladı? in: <http://yenisafak.com.tr/yazarlar/?i=9361&y=FehmiKoru> vom 16.02.2008 (26.9.2009).

Köhne, Gunnar (2004): „Hoffnung am Bosphorus“, in: www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/winde-xde/JL2004032 (15.10.2004).

Kramer, Heinz (2007): Die Türkei auf dem Weg in die nach-kemalistische Republik, Berlin, in: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4318.

Kramer, Heinz (2004): Die Türkei im Prozess der "Europäisierung", in: http://www.bpb.de/publikationen/358DIV,0,0,Die_T%FCrkei_im_Prozess_der_Europ%E4isierung.html (25.02.2010).

Kramer, Heinz: Zypern: Ein Silberstreif am Horizont?, Stiftung Wissenschaft und Politik – SWPAktuell, Berlin 2004, in: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php (11.7.2004).

Krüger, Karen: Türkische Aleviten. Gebt die Religion frei, in: <http://www.faz.net/s/Rub117C535-CDF414415BB243B181B8B60AE/Doc~E80AC9A1B0653431B840B39A5D0D60E20~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (05.12.2009).

Küçükkaya, İsmail: Erdoğan'ın Amerika dosyası, in: http://www.aksam.com.tr/2009/09/23/yazar/14-414/ismail_kucukkaya/erdogan_in_amerika_dosyasi.html vom 22.9.2009 (23.9.2009).

Laçiner, Sedat: Türkiye-Avrupa İlişkilerinde Ermeni Sorunun Etkisi (1980ler) <http://www.usakgundem.com/makale/51/t%C3%BCrkiye-avrupa-%C4%B0li%C5%9Fkilerinde-ermen-i-sorunun-etkisi-1980ler-.html> (23.9.2008).

Leggendijk, Joost: Avrupa hem CHP'yi hem de AK Parti'yi anlamakta zorlanıyor, in: <http://yenisafak.com.tr/roportaj/?t=20.04.2009&i=181798> (20.4.2009).

Leggewie, Claus (2008): Privilegierte Partnerschaft, weniger Demokratie? Türkei und Europa, in: <http://www.eurozine.com/articles/2008-07-08-leggewie-de.html> (17.3.2009).

LPG Haber: 6. Uluslararası Kürt Konferansı, in: <http://www.lpghaber.com/6.-Uluslararası-Kürt-Konferansı--haberi-369652.html> (04.02.2010).

Manisalı, Erol: Türkiye-Avrupa Birliği İlişkileri, in: www.istanbul.edu.tr/iktisat/emanisali/Turkiye_AB/TurkiyeAvrupaBirligi.htm (25.02.2008).

Maurer, Andreas (2007): Alternativen denken! Die Mitgliedschaftspolitik der Europäischen Union vor dem Hintergrund der Beziehungen zur Türkei, SWP-Aktuell 2007/A 36, in: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=4166 (10.3.2008).

Medyatava: Gazete Net Satışları, in: <http://www.medyatava.com/tiraj.asp> (17.01.2010).

Mert, Nuray: Batı gözüyle Türkiye'de olanlar, in: <http://www.hurriyet.com.tr/yazarlar/14107249.asp> (15.03.2010).

MHP (2008): Parti Programı, in: http://www.mhp.org.tr/mhp_parti_programi.php (08.10.2009)

MHP (2009): Parti Programı, in: http://www.mhp.org.tr/kitaplar/mhp_parti_programi_2009_opt.pdf (09.9.2010)

MHP: Avrupa Birliği ve Türkiye – Mart 2010 und Milliyetçi Hareket Partisi Avrupa Birliği Raporu – Şubat 2009, in: http://www.mhp.org.tr/raporlar_ab.php (22.8.2010).

Milli Gazete (1995): Bu paçavrayı yırtar atarız, S. 6.

Milli Gazete: Öldürücü tehlike Toprak satışı, in: <http://www.milligazete.com.tr/makale/oldurucu-tehlike-toprak-satisi-94408.htm> (19.8.2010).

Milli Gazete: Türkiye'nin yeri AB değil, İslâm Birliği, in: <http://www.milligazete.com.tr/makale/turkiyenin-yeri-ab-degil-isl%C3%A2m-birligi-123385.htm> (22.04.2009).

Milli Güvenlik Kurulu Sekreterliği: National Security Council, in: http://www.mgk.gov.tr/Ingilizce/Tarihce/tarihce005_en.htm (12.05.2005).

Milliyet: Alevi yemeğine Başbakan daveti, Alevileri böldü: Katılım az olacak, in: <http://www.milliyet.com.tr/2008/01/10/son/sonsiy29.asp> (05.12.2009).

Milliyet: Sevigen Fırat ve Dicle'nin kontrolünün AB'ye devredileceği iddiasını sordu, in: <http://www.milliyet.com.tr/Siyaset/SonDakika.aspx?aType=SonDakika&ArticleID=1169719> (15.12.2009).

Milliyet: Katsayı uygulaması kaldırıldı!, in: <http://www.milliyet.com.tr/Egitim/HaberDetay.aspx?aType=HaberDetay&ArticleID=1120249&KategoriI-D=122%20vom%2022.7.2009> vom 03.8.2009 (03.8.2009).

Milliyet: Seçimler 4 yılda bir, cumhurbaşkanlığı 5+5 formülüyle yapılacak, in: <http://www.milliyet.com.tr/2007/05/10/son/sonsiy28.asp> (10.05.2007).

Mintchev, Emil: Mittel- und Südosteuropa und der türkische EU-Beitritt: Getrübtes Verhältnis zu Ankara, in: http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-297/_nr-78/_p-1/i.html (24.2.2008).

Müftüler-Bac, Meltem: Turkey's Accession to the European Union: Bridging the Divide between the EU Governments and the European Public, in: http://www.hc.ceu.hu/cens/assets/files/conference/conf_febr_2006_Muftuler_text.pdf (16.7.2006).

Müllauer, Claudia: Wasserkonflikt um Euphrat und Tigris Umkämpfte Ressource, in: http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-701/_nr-6/i.html (16.12.2009).

Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2006): Überlastet ein Türkei-Beitritt die EU?, in: http://www.bpb.de/themen/80VDVN,0,0,%DCberlastet_ein_T%FCrkeiBeitritt_die_EU.html (19.09.2006).

Nethaber: Alevilik Araştırma Merkezi Başkanı: Erdoğan, Kocatepe imamı gibi konuştu, in: <http://www.nethaber.com/Politika/52096/Alevilik-Arastirma-Merkezi-Baskani-Erdogan-Koca-tepe-imami> (13.02.2010).

Netzeitung: Karikaturen-Streit droht EU zu spalten, in: http://www.netzeitung.de/spezial/europa/380778.html?Karikaturen-Streit_droht_EU_zu_spalten vom 04.02.2006 (04.5.2009).

Neue Zürcher Zeitung (NZZ): Verbitterung in Ankara nach dem EU-Streit. Verbitterung in Ankara nach dem EU-Streit vom 4. Oktober 2005, in:

http://www.nzz.ch/hintergrund/dossiers/die_eu_und_die_tuerkei/die_eu_kandidatur_der_tuerkei/articled7637_1.174686.html (12.9.2008).

Neue Zürcher Zeitung: Symbole bei der Taufe der «Mittelmeer-Union», in: http://www.nzz.ch/nachrichten/international/symbole_bei_der_taufe_der_mittelmeer-union_1.782264.html vom 12.6.2008 (12.6.2008)

N. N.: 31 March 2004. The Comprehensive Settlement of the Cyprus Problem, in: <http://www.northcyprus.de/extras/annan-plan-for-cyprus-2004.pdf> (31.3.2004).

N. N.: Zypern: Nein zur Vereinigung, in: <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Zypern/referendum.html#teil1> (01.5.2004).

N. N.: Südostanatolien-Projekt, in: <http://www.kalkriese.de/S%C3%BCdostanatolien-Projekt.html> (15.12.2009).

N. N.: CHP ve MHP'nin özelleştirme itirafları, in: <http://www.tumgazeteler.com/?a=2134321> (18.12.2009).

N. N.: Ägäis-Konflikt – Standpunkt der Türkei, in: <http://politicsgr.com/forum/showthread.php?t=555> (20.12.2009).

N. N. (2008): Mehr Rechte für türkische Christen sorgen für Streit, in: http://www.cibedo.de/stiftungsgesetz_tuerkei_religion.html (28.02.2010).

N. N.: Avrupa kavgası kızıştı, in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=31392> vom 09.03.2002 (25.12.2009).

n-tv.de: Türkei „duldet“ 100.000 Armenier. Erdogan droht mit Ausweisung, in: <http://www.n-tv.de/politik/Erdogan-droht-mit-Ausweisung-article781443.html> vom 17.3.2010 (30.3.2010).

NTV-MSNBC: ‘Darbe günlükleri’ belgelendi, in: <http://www.ntvmsnbc.com/news/440513.asp> (24.10.2008).

NTV-MSNBC: 48 kadın Meclis’te, in: <http://arsiv.ntvmsnbc.com/news/415048.asp> vom 24.7.2007 (24.7.2007).

Nureddin, Muhammed: Türkiye Obama'nın sağ kolu, in: <http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalHaberDetay&ArticleID=931198&Date=15.04.2009&CategoryID=99> vom 15.04.2009 (22.9.2009).

Oberti, Marco: Die Unruhen in den französischen Städten, in: <http://www.eurotopics.net/de/archiv/magazin/politik-verteilerseite/frankreich-2008-07/oberti/> (03.02.2010).

Oehring, Othmar (2007), zitiert nach dem Spiegel, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland-/0,1518,478091,00.html> (27.02.2010).

O’Sullivan, John (2009): B Planimiz Atlantik Ekonomik Birliği, in: http://www.aksam.com.tr/2009/07/10/roportaj/muhabir-/32/b_planiniz-atlantik_ekonomik_birligi.-html (07.12.2009).

Öcalan, Abdullah: Lösungsvorschläge für die kurdische Frage in der Türkei, in: <http://freedom-for-ocalan.com/> (15.03. 2009).

Öger, Vural: AK Parti kapatılırsa AB treni durur, in: <http://www.tumgazeteler.com/?a=2884088> vom 26.5.2008 (26.9.2009).

Öngür, Tahir: Açılımın İncir Yaprağı Düştü: Fırat ve Dicle Sularını AB Yönetecek!, in: <http://haber.sol.org.tr/yazarlar/tahir-ongur/acilimin-incir-yapragi-dustu-firat-ve-dicle-sularini-ab-yonetecek-2-1071> (03.12.2009).

Özaltındere, Eser (2007): DTP, Kürtçüler ve Karen Fogg çömezleri, in: <http://www.turksolu.org-/165/ozaltindere165.htm>, Türksolu Zeitschrift, Nr. 165, 10.12.2007 (04.12.2009).

Özbudun, Ergun: Seçmenin cevabı, in: <http://www.zaman.com.tr/haber.do?haberno=567834> vom 24.7.2007 (24.7.2007).

Özdil, Yılmaz: Açılım, in: <http://hurarsiv.hurriyet.com.tr/goster/haber.aspx?id=12186727&yazarid=249&tarih=2009-07-31> (13.08.2010).

Özdemir, İsmail: Ermenilerin Hedefi 4 T, Ortadogu Zeitung, 28 Dezember 2008, S.7.

Özyürek, Mustafa: CHP ne degildir? Radikal, in: http://www.radikal.com.tr/ek_haber.php?ek=r2&haberno=8181 (08.04.2008).

Pastors, Wilfried/Schäfer, Jan W.: Griechenland-Krise Bricht die EU auseinander, Herr Westerwelle?, in: <http://www.bild.de/BILD/politik/2010/05/07/aussenminister-guido-westerwelle-interview/zur-griechenland-hilfe-der-eu.html> (07.05.2010).

Perinçek, Doğu: „Alevilik İslam dışıdır“ iddiası Batı'nın dayatması, in: <http://www.tumgazeteler.com/?a=667935> (04.02.2009).

Perinçek, Doğu: Avrasya Seçeneği, basit dış politika seçeneği değil; bütün boyutlarıyla bir devrim seçeneğidir, in: <http://www.habercumhuriyeti.com/haber/4047/AVRASYACILIK-NEDIR.html> (02.06.2009).

Phillips, Leigh: Ukip, Lega Nord form hard-right bloc in EU Parliament, in: <http://euobserver.com/9/28394> (30.06.2009).

Pick, Ulrich: Europa-Skepsis in der Türkei, in: <http://www.tagesschau.de/ausland/europaskepsis100.html> (14.10.2009).

Pulur, Hasan: Sevr'e giden yol, in: http://www.turkcebilgi.com/kose_yazisi_94872_hasan-pulur-sevre-giden-yol.html (31.8.2006).

Radikal: Örtülü kadın azaldı Malezya olmuyoruz!, in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=234171> vom 28.9.2007 (28.09.2009).

Radikal Zeitung: Türk Solu ile Türk Sağı Birleşti; 'Kızıl Elma Koalisyonu' doğdu, in: <http://www.habervitrini.com/haber.asp?id=94100> (30.8.2010).

Referans: CHP özelleştirme yasasının iptalini istedi, in:
http://www.referansgazetesi.com/haber.aspx?HBR_KOD=17979&KTG_KOD=147
(18.12.2009).

Referans: Vakıflar Kanunu'na esastan inceleme, in:
http://www.referansgazetesi.com/haber.aspx?HBR_KOD=93530&KOS_KOD=5
(08.04.2010).

Reimann, Anna/Musharbash, Yassin (2007): Christen in der Türkei. Hass auf die kleine Herde, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,478091,00.html> (27.02.2010).

Reite, Erich: Sicherheitspolitik und der EU-Beitritt der Türkei. Vom Risiko einer strategischen Überdehnung, in: http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-297/_nr-70/_p-1/i.html (27.2.2008).

Renken, Christoph: Euroskeptizismus: Wie viel Europa brauchen und möchten wir? Die SPD im Prozess der europäischen Integration, in: <http://www.cap-lmu.de/themen/europawahl/download/europa09-Renken-Euroskeptizismus-SPD.pdf>
(18.4.2010).

Riedel, Sabine (2008): Nationalismus im EU-Parlament. Parteien, Standpunkte und Gegenstrategien vor den Europawahlen 2009. SWP-Studie 2008/S 37, Dezember 2008, in: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5623 (23.8.2009)

Rolff, Tom: Eine Frage der Aufnahmefähigkeit. Debatte zur Erweiterungspolitik, Das Parlament, 20.03.2006, S. 7, in: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2006/12/Europa/004.html> (13.07.2006).

Rp-online: Türkei-Reise. Papst betont Gemeinsamkeiten zwischen Christen und Muslimen, in: <http://www.rp-online.de/public/article/panorama/ausland/381364/Papst-betont-Gemeinsamkeiten-zwischen-Christen-und-Muslimen.html> vom 28.11.2006 (28.4.2009).

Rp-online: Kritik von Aserbaidshan. Türkei und Armenien schließen historisches Abkommen, in: http://www.rp-online.de/politik/ausland/Tuerkei-und-Armenien-schliessen-historisches-Abkommen_aid-_768547.html vom 11.10.2006 (30.3.2010).

Rumpf, Christian: Neues zum Grundstückserwerb durch Ausländer, in: http://www.tuerkei-recht.de/Neues_im_Immobilienrecht.pdf (19.8.2010).

Rumpf, Christian/Akartürk, Ekrem: Die rechtlichen Auswirkungen des Verbotsverfahrens der AK Partei in Anbetracht der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Parteiverbot in der Türkei – Fall AKP, in: http://www.tuerkei-recht.de/Parteiverbot_AKP_dt.pdf (15.6.2010).

Sabah: Egemen Bağış, Harvard Üniversitesinde konuştu, in: http://www.sabah.com.tr/Siyaset/2009/09/25/bagis_harvard_universitesinde_konustu
(25.9.2009).

Sabah: 40 bin kişi „zalime lanet“ için toplandı, in: <http://arsiv.sabah.com.tr/2006/02/20/gnd118.html> (18.04.2008).

Sabah: AKP'den tepki: Dinler arası gerginlik tırmanır, in: <http://arsiv.sabah.com.tr/2006/09/15/gnd132.html> (29.4.2009).

Sabah: Tarihi rest. 'Thank you Goodbye', in: <http://arsiv.sabah.com.tr/2004/12/18/gnd103.html> (12.5.2005).

Sabuncu, M. Yavuz: Seçim Barajları ve Siyasal Sonuçları, in: http://www.anayasa.gov.tr/files/pdf/anayasa_yargisi/anyarg23/sabuncu.pdf (11.6.2010).

Sarıkaya, Muharrem: Sıkıntı vekaleten atamalarda, in: <http://arsiv.sabah.com.tr/2003/05/28/s1812.html> vom 28.05.2003 (11.09.2009).

Schieder, Andreas: Euroskeptizismus in Schweden. Das schwedische „halva inne-syndromet“. Weit verbreitete Skepsis mit langsamem Wandel?, in: <http://www.cap-lmu.de/themen/europawahl/download/europa09-schieder-euroskeptizismus-schweden.pdf> (16.5.2009).

Schmidt, Helmut: Türkei passt nicht in die EU, in: <http://www.abendblatt.de/politik/europa/article1511-15/Helmut-Schmidt-Tuerkei-passt-nicht-in-die-EU.html> (10.02.2010).

Schmidt, Helmut: Bitte keinen Größenwahn, in: http://www.zeit.de/2004/49/T_9frkei-Beitritt?1 (25.11.2004).

Schmitt, Hermann / Thomassen, Jacques (2005): The EU Party System after Eastern Enlargement, in: www.ihs.ac.at/publications/pol/pw_105.pdf (25.8.2009).

Schnell, Andreas: Kemalismus. Eine türkische Ideologie: Die Ideen und Prinzipien von Mustafa Kemal Atatürk, in: http://politik-gesellschaft-europa.suite101.de/article.cfm/kemalismus_eine-_tuerkische_ideologie (20.10.2008).

Schönbohm, Wulf Eberhard (2002): Die Türkei am Wendepunkt, Länderberichte, Sankt Augustin, in: <http://www.kas.de/wf/de/33.561/> (12.6.2009).

Schönbohm, Wulf Eberhard: Die EU braucht die Türkei, in: http://www.welt.de/welt_print/article1236231/Die_EU_braucht_die_Tuerkei.html (27.02.2008).

Schönbohm, Wulf Eberhard: Die neue türkische Regierungspartei AKP – islamistisch oder islamisch-demokratisch?, in: <http://www.kas.de/wf/de/33.1497/> vom 13. 02. 2003 (10.09.2009).

Schönbohm, Wulf Eberhard: Das Verbot der Faziletspartei durch das türkische Verfassungsgericht, in: <http://www.kas.de/wf/de/33.3787/> vom 26. Juni 2000 (11.09.2009).

Schötzer, Christiane: „Angela Merkel stößt bei Besuch auf Skepsis: Türkei lehnt ‚privilegierte Partnerschaft mit der EU ab‘“, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/angela-merkel-stoesst-bei-besuch-auf-skepsis-tuerkei-lehnt-privilegierte-partnerschaft-mit-eu-ab-1.929509> (16.02.2004).

Schötzer, Christiane: Yasar Büyükanit. Türkischer Generalstabschef mit politischen Ambitionen, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/905/352737/text/> (01.05.2007).

Schröder, Gerhard: Neue Machtzentren. Ohne die Türkei versinkt die EU im Mittelmaß, in: <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article7436815/Ohne-die-Tuerkei-versinkt-die-EU-im-Mittelmaass.html> vom 03.05.2010 (03.05.2010).

Schuster, Jacques / Köppel, Roger: Zehn Gründe gegen den EU-Beitritt der Türkei, in: http://www.welt.de/print-welt/article342468/Zehn_Gruende_gegen_den_EU_Beitritt_der_Tuerkei.html (24.9.2004).

Senkyr, Jan: Papst in der Türkei: Religiöse Reise mit politischen Implikationen; in: <http://www.kas.de/tuerkei/de/publications/9715/> vom 02.12.2006 (02.12.2006).

Senkyr, Jan: Vorgezogene Parlamentswahlen sollen Türkei aus der Krise führen, Länderberichte, in: http://www.kas.de/proj/home/pub/44/1/-/dokument_id-10840/ vom 9.5.2007 (27.9.2009).

Seufert, Günter: Reaktionen auf das EU-Außenministertreffen zur Türkei. Kein Vertrauen in Europa, in: http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-297/_nr-50/i.html (27.02.2008).

Seufert, Günter: Wahlsieg der AKP in der Türkei. Angekommen in der Mitte der Gesellschaft, in: http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-468/_nr-786/i.html?PHPSESSID= (21.9.2008).

Sezer, Esra: Das türkische Militär und der EU-Beitritt der Türkei, in: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/43/Beilage/005.html> (26.9.2009).

Sirmen, Ali: Türkiye'yi AB'ye Ben de Olsam Almam, Cumhuriyet, 1 Ekim 2009, S. 9.

Sørensen, Catharina: *Love me, love me not... A typology of public euroscepticism*, January 2008, European Parties Elections and Referendums Network Working Paper No. 19, in: <http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/workingpaper101.pdf> (22.01.2009).

Spiegel: Beitrittsgespräche. EU-Bericht rügt türkische Regierung, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,515678,00.html> (06.5.2009).

Spiegel: Reaktion auf Armenier-Gesetz. Türkei setzt Militärkontakte zu Frankreich aus, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,448810,00.html> vom 16.11.2006 (03.4.2009).

Spiegel: Muslime stürmen Dänemarks Botschaft in Jakarta, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,398814,00.html> vom 03.02.2006 (01.5.2009).

Spiegel: Papst-Kontroverse. Türkischer Kritiker hatte Rede nicht gelesen, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,437392,00.html> vom 16.09.2006 (25.4.2009).

Spiegel: Türkei und EU. Schröder erklärt privilegierte Partnerschaft für erledigt, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,379472,00.html> vom 13.10.2005 (15.3.2009).

Spiegel: EU. Sarkozy will Türkei-Beitritt stoppen, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,487151,00.html> vom 07.06.2007 (12.3.2009).

Spiegel: Muslime empört über Benedikts Islam-Schelte, in:
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,437140,00.html> vom 14.09.2006
(29.03.2009).

Spiegel: Verfassungsgericht eröffnet Verbotsverfahren gegen AKP, in:
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,544492,00.html> (31.03.2008).

Spiegel: Verheugen-Interview. "Wer Gesinnungshäftlinge hält, ist kein EU-Land", in:
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,272482-2,00.html> (02.12.2009).

Spiegel: GRIECHENLAND. Flamme aus dem Wasser, in:
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41722030.html> (11.01.2010).

Spiegel: Karikatur-Proteste. Iran bezichtigt USA der Lüge, in:
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,399869,00.html> (09.2.2006).

Steinbach, Udo (2002): Grundzüge des politischen Systems, in:
[http://www1.bpb.de/publikationen-
/6TB989,2,0,Grundz%FCge_des_politischen_Systems.html](http://www1.bpb.de/publikationen-/6TB989,2,0,Grundz%FCge_des_politischen_Systems.html) (06.03.2010).

Steinbach, Udo: Grundzüge des politischen Systems, in:
http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=6TB989 (02.12.2009)

Stieger, Cyrill (2006): Eingeschränkte Religionsfreiheit in der Türkei. Ökumenisches Patriarchat pocht auf seine Rechte, in: http://de.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-469/_nr-601/i.html (20.04.2008).

Stille, Claus-Dieter: Türkischer Gandhi? Kemal Kilicdaroglu ist neuer CHP-Vorsitzender, in:
<http://www.readers-edition.de/2010/05/28/tuerkischer-gandhi-kemal-kilicdaroglu-ist-neuer-chp-vorsitzender/> (28.5.2010).

Strittmatter, Kai: Die Europäische Union ruft die Türkei zu neuen Reformen auf, in:
<http://www.tagesanzeiger.ch/dyn/news/ausland/860093.html> (11.4.2008).

Strittmatter, Kai: Obama besucht Türkei. „Völkermord“ und Diplomatie, in:
<http://www.sueddeutsche.de/politik/568/464170/text/> vom 04.06.2009 (06.9.2008).

Strittmatter, Kai: Merkel und Sarkozy gegen EU-Beitritt der Türkei, in:
<http://www.drs.ch/www/de/drs/nachrichten/international/122915.merkel-und-sarkozy-gegen-eu-beitritt-der-tuerkei.html> vom 11.5.2009 (18.3.2010).

Strittmatter, Kai: Türkei-Beitritt. Der fremde Freund, in:
<http://www.sueddeutsche.de/politik/tuerkei-beitritt-der-fremde-freund-1.872678> (08.11.2006).

Suchsland, Rüdiger: „Ich wünsche mir, dass die Türkei in die EU kommt“, in:
<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/24/24096/1.html> vom 29.11.2006 (28.4.2009).

Süddeutsche Zeitung: Zypern droht Türkei mit Veto, in:
<http://www.sueddeutsche.de/politik/eu-beitrittsverhandlungen-zypern-droht-tuerkei-mit-veto-1.846565> (27.5.2010).

Süddeutsche Zeitung: Armenien-Frage belastet US-türkisches Verhältnis, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/us-kongress-spricht-von-voelkermord-armenien-frage-belastet-us-tuerkisches-verhaeltnis-1.335092> vom 11.10.2007 (03.4.2009).

Şimşek, Yurdagül: TCK 301 nihayet değişti, in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=254504> vom 01.05.2008 (05.4.2009).

tagesschau.de: Islamische Länder im Aufruhr. Spontaner Protest oder Machtkalkül?, in: <http://www.tagesschau.de/ausland/meldung134178.html> (30.4.2009).

tagesschau.de: Türkei und Armenien schließen Abkommen, in: <http://www.tagesschau.de/ausland/tuerkeiarmenien110.html> vom 10.10.2009 (10.10.2009).

Tagesspiegel: EU spricht nicht mehr von "Beitrittsverhandlungen" mit der Türkei, in: <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/Frankreich-Tuerkei;art123,2436505> vom 10.12.2007 (14.3.2009).

talmud.de: Paul Spiegel zum „Karikaturen-Streit“, in: http://www.talmud.de/cms/Paul_Spiegel_zum_Karikatu.72.0.html (03.5.2009).

Taşgetiren, Ahmet: Paronaya mı?, in: <http://yenisafak.com.tr/arsiv/2005/MART/15/atasgetiren.html> (22.02.2010).

TAZ: Festnahmen in der Türkei wegen Putschverdachts, in: <http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=au&dig=2009%2F01%2F08%2Fa0120&cHash=d1a047a9dd> vom 08.01.2009 (26.9.2009).

Theysen, Andreas: Rettet Europa!, in: <http://www.ftd.de/meinung/leitartikel/:kolumne-andreas-theysen-rettet-europa/419521.html> (17.4.2010).

Thumann, Michael: General Irrgang, in: <http://www.zeit.de/online/2008/09/tuerkei-irak-kommentar> (13.3.2009).

Timisi, Mustafa: Alevi gençler şiddete yönelmemeli, in: <http://www.alevi-fuaf.com/haber/1/2025/mustafa-timisi-alevi-gencler-siddete-yonelmeme/> (02.02.2010).

Today's Zaman: US labels PKK drug smuggling kingpin, in: <http://www.todayszaman.com/tz-web/>, 2. Juni 2008, S. 1, (07.7.2008).

Tosun, Tanju: 22 Temmuz'dan 29 Mart'a Siyasal Partiler: Statüko ile Degisim Arasinda CHP, in: <http://www.setav.org/ups/dosya/6957.pdf> (02.03.2009).

Törüner, Yaman: Gümrük Birliği muhteşem sonuç verdi, vom 5 Mai. 2008, in: <http://www.milliyet.com.tr/Default.aspx?aType=YazarDetay&ArticleID=524058> (02.01.2010).

Törüner, Yaman: Gümrük Birliği ne getirdi?, vom 6 Mai. 2008, in: <http://www.milliyet.com.tr/Default.aspx?aType=YazarDetay&ArticleID=524453> (02.01.2010).

Tözen, Coskun: Zypern – Eine geteilte Insel als EU-Mitglied. Und was nun?, in: <http://www.sopos.org/aufsaeetze/413f416eb9366/1.phtml> (02.01.2010).

Tröndle, Dirk: Das Verbotsverfahren gegen die AKP, in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_14778-544-1-30.pdf (27.9.2009).

Tröndle, Dirk (2007): Die türkische Parteiendemokratie. Diskussionen über Parteien, Wahlrecht und die politische Kultur, KAS-AI 6/07, S. 31–67, in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_14439-544-1-30.pdf (20.8.2007).

Tröndle, Dirk: Referendum auf Zypern – Lösung des Zypernproblems weiterhin ungewiss, Konrad-Adenauer-Stiftung, in: http://www.kas.de/publikationen/2004/4654_dokument.html (11.8.2005).

Tunçer, Akın/Arı, Önder (2007): Gümrük Birliği'nin Türkiye Ekonomisine Etkileri, in: http://www.gau.edu.tr/PDF-Files/JSAS_003_05_PDF/JASA_003_05_11_Tuncer.pdf (02.01.2010).

Turktime: Asker Direndi Erdoğan Çizdi!, in: <http://www.turktime.com/haber/Asker-Direndi-Erdogan-Cizdi-Genelkurmay-ve-KKK-Bos-Kaldi-Iste-Tartisilan-Atamalar/103023> (05.08.2010).

Türkiye Büyük Millet Meclisi (TBMM): Anayasa 1924, in: <http://www.tbmm.gov.tr/anayasa/anayasa24.htm> (01.12.2009).

Türkiye Büyük Millet Meclisi (TBMM): Anayasa 1961, in: <http://www.anayasa.gen.tr/1961ay.htm> (01.12.2009).

Türkiye Büyük Millet Meclisi (TBMM): Anayasa 1982, in: <http://www.anayasa.gen.tr/1982ay.htm> (01.12.2009).

Türkiye Büyük Millet Meclisi (TBMM): Milletvekilleri Dağılımı, in: http://www.tbmm.gov.tr/develop/owa/milletvekillerimiz_sd.dagilim (10.2.2008).

Türkmen, İlder: Sevr'e nasıl gidildi, in: <http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=345324> (26.08.2005).

Türköne, Mümtazer: MHP ve Bilge Kağan, in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=13003> (25.12.2009).

USAK (Uluslararası Stratejik Araştırmalar Kurumu): Avrupa Birliği (AB) Algılama Anketi – Kasım 2006, in: <http://www.usak.org.tr/dosyalar/usak-agilama-anketi-3.pdf> (20.02.2007).

Uyar, Hakkı: AKP için AB amaç değil, araç!, in: http://www.radikal.com.tr/ek_haber.php?ek=r2&haberno=5258 vom 13.11.2005 (18.9.2009).

Uyar, Hakkı (2004): Avrupa Yolunda Kaçırılan Fırsatlar ya da Ecevit'in 1978'de AET Üyeliğini Reddettiği İddiası, in: <http://kisi.deu.edu.tr/hakki.uyar/8.pdf> (23.9.2005).

Uzgel, İlhan (2009): Dış Politikada AKP: Stratejik Konumdan Stratejik Modele, Mülkiye Dergisi, Cilt XXX, Sayı: 252, S. 69-84.

Ülgen, Sinan/Zahariadis, Yiannis (2004): The Future of Turkey-EU Trade Relations: Deepening versus Widening. In: Turkish Policy Quarterly, Vol. 3, No. 4; in: http://www.esiweb.org/pdf/esi_turkey_tpq_id_12.pdf (12.07.2008).

Ülsever, Cüneyt: Erdoğan Batı'da irtifa kaybediyor, in: <http://hurarsiv.hurriyet.com.tr/goster/haber.aspx?id=11812589&yazarid=3> vom 07.6.2007 (28.6.2009).

Ünal, Hasan: Ein Streitgespräch zwischen dem deutschen Historiker und dem türkischen Politologen. H.-U. Wehler und Hasan Ünal, in: <http://www.medeia.be/index.html?page=&lang=&doc=1318> (23.5.2009).

Wallstreet: Aufschrei in den USA – Dubai kauft Häfen auf, in: <http://wallstreet.no/content/view/479/1/> (17.02.2006).

Wehler, Hans-Ulrich (2002): „Das Türkenproblem“, in: Die Zeit, 12.09.2002, S. 9.

Wehler, Hans-Ulrich (2004): Das Problem Türkei. Der Westen braucht den Partner – etwa als Frontstaat gegen den Irak. Aber in die EU darf das muslimische Land niemals, in: Die Zeit, Frankfurt/Main, S. 107.

Wehler, Hans-Ulrich: „Türkei-Beitritt torpediert die Europäische Union“, in: Focus, 16.2.2004, S. 50.

Welt-Online: Begeisterung der Türken für EU-Beitritt läßt stark nach, in: http://www.welt.de/print-welt/article624073/Begeisterung_der_Tuerken_fuer_EU_Beitritt_laesst_stark_nach.html (16.4.2005).

Welt-Online: Skepsis in Berlin und Paris über Staatenbund, in: http://www.welt.de/print-welt/article273209/Skepsis_in_Berlin_und_Paris_ueber_-Staatenbund.html (06.12.2009).

Welt-Online: Christen in der Türkei beim Gebet festgenommen, in: <http://www.welt.de/politik/article2501751/Christen-in-der-Tuerkei-beim-Gebet-festgenommen.html> (27.09.2008).

Welt-Online: „Erdogan sieht Papst als Verbündeten“, http://www.welt.de/politik/article86497/Erdogan_sieht_Papst_als_Verbuendeten.html (28.11.2006).

Welt-Online: Die Zahl der EU-Skeptiker in der Türkei nimmt zu, in: http://www.welt.de/print-welt/article335168/Die_Zahl_der_EU_Skeptiker_in_der_Tuerkei_nimmt_zu.html (08.12.2009).

Welt-Online: Streit um Nato-Generalsekretär. Islamische Staaten fordern Veto gegen Rasmussen, in: <http://www.welt.de/politik/article3459549/Islamische-Staaten-fordern-Veto-gegen-Rasmussen.html> (28.03.2009).

Widome, Daniel: 22 Temmuz AB'yi de ilgilendiriyor!, <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=227569> vom 21.07.2007 (25.9.2009).

Wieland, Carsten: Turkey's political-emotional transition; in: http://carsten-wieland.com/mediapool/74/746018/data/Middle_East/Turkey_s_political-emotional_transition_in_opendemocracy_06_1_10.2009.pdf (6.10.2009).

Winkler, Heinrich August (2003): „Grenzen der Erweiterung: Die Türkei ist kein Teil des ‚Projekts Europa‘“, in: Internationale Politik, 2/2003, S. 59-66.

Winkler, Heinrich August (2002): „Ehehindernisse: Gegen einen EU-Beitritt der Türkei“, in: Süddeutsche Zeitung, 23.11.2002, S. 13.

Wissmann, Matthias: Eine „Privilegierte Partnerschaft“ als Alternative zu einer EU-Vollmitgliedschaft der Türkei, in: http://www.cdu.de/tagesthema/01_22_04_priv_partnerschaft_wissmann.pdf (12.3.2009).

Wolff, Arno (2005): Tanzimat. Der erste Versuch einer Modernisierung in der Türkei, in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_6889-544-1-30.pdf (23.11.2007).

Wolff, Sarah: Das As im Ärmel der Europäer, Übersetzung: Nora Schreiber, in: <http://www.cafebabel.de/article/12005/das-as-im-armel-der-europaer.html> (28.06.2004).

Wolkowa, Irina: Allmähliche Annäherung am Ararat. Armenien und Türkei vereinbaren Fahrplan zur Normalisierung ihrer Beziehungen, in: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/147715.allmaehliche-annaeherung-am-ararat.html> vom 24.4.2009 (24.4.2009).

Visier, Claire (2006): *Euroscepticism in Turkey: European Ambiguity Fuels Nationalism*. Institut Europeu de la Mediterrania, in: <http://www.iemed.org/anuari/2006/aarticles/aVisier.pdf> (17.12.2008)

Verheugen, Günter: „Ich bleibe bei dem, was ich gesagt habe“, in: http://www.dradio.de/dlf/sendungen/idw_dlf/1052772/ (18.10.2009).

Yahnici, Şevket Bülent: MHP'den AB'ye: Adım Hıdır elimden gelen budur, in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=22152> (13.8.2005).

Yavuz, Hakan: AK Parti hamile, in: http://aksam.com.tr/2009/05/27/yazar/12928/serdar_akinan/ak_parti_hamile.html vom 27.5.2009 (28.6.2009).

Yetkin, Murat: Ankara tartışıyor, İstanbul kanatlanıyor, in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=151876> vom 06.05.2005 (15.07.2009)

Yıldırım, Ali: Aleviler CHP'ye oy verecek, in: <http://www.tumgazeteler.com/?a=2151584> (13.02.2010).

Yılmaz, Hakan (2009): Türkiye'de Avrupa Şüphecilği: Siyasi Seçkinler ve Kamuoyundaki Eğilimler, in: http://hakanyilmaz.info/yahoo_site_admin/assets/docs/HakanYilmaz-2009Forthcoming-TurkiyedeAvrupa-Supheciligi-Turkce.28465006.pdf (21.02.2010).

Yılmaz, Hakan (2006): Ülkede en güçlü ideoloji Özcülük, in: <http://www.radikal.com.tr/haber.php?haberno=182609> (27.03.2006).

Yılmaz, Hakan (2004): Turkey: within or outside Europe? A historical perspective, in: http://ramses2.mms.h.univ-aix.fr/Publications-Remsh1-Archives/Publication/durham/HakanYilmaz_DurhamConferencePap.pdf (13.9.2005).

Zaptçioğlu, Dilek (2004): Die werden uns doch nie aufnehmen!, in: http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/_c-297/_nr-32/_p-1/i.html (05.4.2005).

Zaunbauer, Wolfgang (2005): Die Öffentliche Meinung zum EU-Beitritt der Türkei, Arbeitspapier, Österreichisches Institut für Europäische Sicherheitspolitik, Maria Enzersdorf, in: <http://www.aies.at/download/2005/zaunbauer.pdf> (11.3.2008).

Zaunbauer, Wolfgang (2005): Die öffentliche Meinung zum EU-Beitritt der Türkei, in: <http://www.aies.at/download/2005/zaunbauer.pdf> (16.2.2007).

Zeit: Putschpläne in der Türkei. Eine halbe Revolution, in: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-02/tuerkei-machtprobe> (10.04.2010).

Zeit: Umstrittener Vortrag: Vatikan: Papst respektiert den Islam, in: <http://www.zeit.de/news/artikel/2006/09/14/74007.xml> vom 4.09.2006 (24.4.2009).

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI): EU-Turkey-Monitor Abstracts, in: http://www.zei.de/zei_deutsch/publikation/turkey_monitor_abstract.htm#62 (12.04.2008).

Zwahlen, Oliver: Die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern in der Schweiz, in: <http://www.zipr.ch/armenien/html/historikerstreit.htm> (04.4.2009).

6.3 Dokumentarfilme

Dokumentarfilm. „Großstaudämme der Türkei – Streit um Wasser von Euphrat und Tigris“, in: <http://video.aol.co.uk/video-detail/grostaudmme-der-trkei-streit-um-wasser-von-euphrat-und-tigris/3312478223> (15.12.2009).

Dokumentarfilm: „Das Kreuz unterm Halbmond – Christen in der Türkei“, <http://video.google.com/videoplay?docid=7605596371562861226#> (28.12.2009).

Dokumentarfilm: „Armenien – Ein kleines Land mit grosser Vergangenheit“, in: http://www.youtube.com/watch?v=a0OWw8Bn_hc&feature=related (28.3.2010).

Dokumentarfilm: Mit Offenen Karten – Ein amerikanischer Naher Osten?, in: <http://www.youtube.com/watch?v=AfjvVNxO4iQ&feature=related> (14.11.2009).

6.4 Liste der Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1: Die im Vertrag von Sèvres vorgesehenen Interessenzonen S. 26

Abbildung 2: Mitgliedstaaten der Union für das Mittelmeer S.205

Tabelle 1: Spezifischen Entwicklungen innerhalb der EU, das Verhältnis zur Türkei betreffend, und deren Effekt auf die Unterstützung der EU-Mitgliedschaft durch die Bevölkerung der Türkei in den Jahren von 1999 bis 2010

S.77

7 ANHANG

INTERVIEWS: 2005 – 2010: EU-Türkei-Beziehung – EU-Skeptizismus in der Türkei

Nr.	Name	Datum	Akteursgruppe	Organisation	Position*
1	Faruk Bal	01.9.05	Partei	MHP	Ehe. Minister
2	Hasan Ünal	05.9.05	Wissenschaft	Bilkent Universität	Professor
3	Hüseyin Bağcı	05.9.05 / 20.10.06	Wissenschaft	ODTÜ	Vorsitz.-Int. Rel.
4	Nur Serter	08.04.06/	NGO, Wiss.	ADD	Professorin
	Efkan Canşen	09.12.06		Bilgi/Maltepe Uni.	
5	Hakan Yılmaz	04.10.06	Wissenschaft	Boğaziçi Universität	Dozent
6	Kemal Kirişçi	06.10.06	Wissenschaft	Boğaziçi Universität	Professor
7	Kemal Keriñsiz	06.10.06	Wissenschaft	Rechtsan.kammer-Ist	Professor
8	Toktamış Ateş	09.10.06	Justiz	Bilgi&Istanbul Uni.	Anwalt
9	Niyazi Öktem	10.10.06	Wiss./Medien	Bilgi Universität	Professor- Jour.
10	Kalender Karpuz	10.10.06	Wissenschaft	Allevitischer Verein	Professor
11	Kasım Göçme	10.10.06	Religion		Vorsitzender
	Murat Belge			Bilgi U.& Radikal Z.	Sekretär
	İbrahim Türk			DTP	Führer
12	Hrant Dink	11.10.06	Wiss./ Medien	Saadet Partei	Professor- Jour.
13	Cafer Aksu	11.10.06	Partei	AGOS-Armenische Z.	Vorsitz.- Bağcılar
14	Erkan Yıldız	11.10.06	Medien	CHP	Vorsitzender
15	Nuri Yurdusev	12.10.06	Partei	DTP	Sekretär- Şişli
16	Ali Tekin	12.10.06	Partei	Saadet Partei	Stelv. Istanbul
17	Sinan Aygün	13.10.06	Partei	ASAM	Vorsitzender
18	Eyüp Vural Aydın	13.10.06		Botschafter - ASAM	Istanbul
	Etyen Mahçupyan		NGO	Arbeiter Partei	EU-Spezialist

19	Mevlüt Usta	17.10.06	Bürokratie,NGO	TKP	Eh. Wash.- Bot.
20	Doğu Perinçek	17.10.06	Partei	ASAM	Rep. Ulusal Tv
21	Oral Çalışlar	17.10.06	Partei	Yedikule U.& Asam	Mitgl.- Ank. Kom.
22	M. Ali Birand	17.10.06	NGO	ODTÜ	EU-Expertin
23	Haluk Günuğur	18.10.06	Militär	ODTÜ	Divisionsgeneral
24	Sinan Ülgen	18.10.06	Wissenschaft	Bilkent Universität	Professor
25	Ali Sirmen	20.10.06	Wissenschaft	ATO	Professor
26	Ozan Ceyhun	20.10.06	Wissenschaft	KOC Universität	Stellv. Int. Rel.
27	İsmet Berkan	20.10.06	Handel	MÜSIAD	Vorsitzender
28	Nilüfer Göle	20.10.06	Wissenschaft	TESEV/ Zaman	Professor
29		31.10.06	Handel	Arbeiter Partei	Koordinator
30		31.10.06	NGO/Medien	Arbeiter Partei	Journalist
31	Burhan Şenatalar	02.11.06	Partei		Ist.- Sekretär
32	Rainer Hülse	02.11.06	Medien	TÜSIAD	Journalist
33	Ayhan Kaya	02.11.06		Özgür-Der	
	Harry Tzimitras		Partei	Cumhuriyet Zeitung	Vorsitzender
34	Şirvan Ekici	03.11.06	Medien	DISK	Journalist
35	Nicolas Monceau	03.11.06	NGO	Yenisafak	
	Rainer Korten		NGO		Vorsitz.- Brüssel
36	Bilal Habeşi	05.11.06	Medien	Kanal D/ Milliyet	Journalist
37	Özkaynar	06.11.06		Galatasaray Uni.	Journalist
38	Osman Çakır	07.11.06	Medien	MHP	Int. Rel. Experte
39	Vural Öger	07.11.06	Partei	CHP	Journalist
40	Alpaslan Işıklı	07.11.06	Partei	EKO	Stellvertreter
41	Temel	08.11.06	NGO	edam	
	Karamollaoğlu		NGO	Cumhuriyet Zeitung	Chefredakteur
42	Ali Özdemir	09.11.06	Medien	SPE	Professor
43	Hasan Bülent	10.11.06	Politik	Radikal Zeitung	Sekretär - Istanbul
44	Kahraman	10.11.06	Medien	École des Hautes	Stellvertreter
45	Kılınçaslan	22.12.06	Wissenschaft	Études en Sciences	Vorsitzender
46	Hayati Yazıcı	22.12.06		Sociales Paris	Vorsitzender
47	Cihan Paçacı	22.12.06		Bilgi Universität	Journalist
48	Suat Kınıklıoğlu	23.12.06	Wissenschaft	Ludwig Max. Univ.	Mitglied des EPs
49	Mert Ünlü	23.12.06	Wissenschaft	Berliner Zeitung	Chefredakteur

50	Haluk Özdalga	23.12.06	Medien	Bilgi Universität	Professorin
51	Cengiz Aktar	14.01.08	Wissenschaft	ÖVP	
	Hannes Swoboda		Wissenschaft	Grenoble Universität	
	Rob Van der		Partei	Ant. / Deut. Kath. Kir.	Professor
52	Water	14.02.08	Wissenschaft	Staatspräsidentenschaft	Doktor
53	Annemie Neyts-	14.02.08	Religion	Milli Zeitung	Journalist
54	Uyttebroeck	14.02.08	Staat	BBP	Dozent
55	Kurt Lechner	14.02.08	Medien		Doktor
56	Romano Prodi	14.02.08	Partei	MHP	Abgeordnete
57	Ahmet Türk	15.02.08		SPE	Professor
58	Mihail Vasiliadis	15.02.08	Partei	Akdeniz Universität	Prälat
59		15.02.08	Partei	soL Zeitschrift	Medienberater
60	Yılmaz Ateş	15.02.08	Wissenschaft	ADD	Chefredakteur
61	Ali Yurttagül	19.02.08	Medien	Saadet Partei	Berater des Ex-
62	Seyla Benhabib	03.04.08			Vorsitzenden
			Wissenschaft	MHP - Bağcılar	Vize-Präsident
63	Lothar Bisky	09.04.08	Partei		Mitglied des EPs
64	Koray Düzgören	09.04.08			Professor
65		09.05.08	Partei	Bahçeşehir U., Zaman	Autor
66		13.10.08		Sabah Zeitung	Autor
					Professor
67		13.11.08	Wissenschaft	AKP-Bağcılar	Vize-Vorsitz.
68		22.11.08	Wissenschaft		
			Medien	Bahçeşehir Universität	Kreisvorsitzender
69		18.12.08		Sabah Zeitung	Vorsitz. d. Organ.
			Partei	Außenministerium	Dozent, Journalist
			Partei		Professor
70		23.12.08	Partei	AKP	Journalist
71		23.12.08		MHP	
72		23.12.08	Wissenschaft	AKP	Parteisekretär
			Medien	DPT- Ministerium	Parteisekretär
73		24.12.08	Politik	TBMM	Mitarbeiter
74		24.12.08	Partei	CHP	
75		25.12.08	Partei		Professor

			Staat		Journalist
76		25.12.08	Staat	Ortadoğu Zeitung	Botschafter/EU-L.
77		26.12.08			
78		29.12.08		AKP	Staatsminister
			Wissenschaft	Bahçeşehir Universität	Stell. Vorsitzender
79		29.12.08		Hürriyet Zeitung	Koordinator/EU-J.
80		30.12.08	Partei	SPE	Expertin/EU-Ges.
81		30.12.08	Wissenschaft	SPE	Parteisekretär f.
82		30.12.08	Medien		Erziehung in Ank.
83		31.12.08	Partei	ELDR	Vorsitz. d. Jugend.
84		31.12.08	Partei	EVP	Autor, Journalist
				Europäische Kommis.	
			Partei	DTP	Abgeordneter
85		31.12.08		Apoyevmatini	Dozent/Vor.EU-A.
			Partei	(Griechische Zeitung)	Mitglied des EPs
86		31.12.08	Wissenschaft	Die Grüne/EFA	Ex-Vorsitzender
87		07.01.09	Partei	Yale University New	
88		09.01.09	Medien	Haven	Vorsitzender
89		16.02.09		Europäische Linke	
90		17.02.09	Partei	Eur. Demokratie. Club	Mitglied des EPs
			Partei		Ex-Vorsitz. EK
91		17.02.09	Wissenschaft		Ex-Parteivorsitz.
					Inhaber&Leiter
92		18.02.09	Partei		
93		19.02.09	Medien – NGO		Vize-Vorsitz.
94		20.02.09			Wiss. Mitarbeit.
95		13.03.09			Professorin
		02.04.09			
96		05.06.09			Parteivorsitzende
97		23.06.09			Journalist
98					
		01.07.09			
99		07.12.09			
00					

* Diese Angaben beziehen sich auf den Zeitpunkt der Interviews.

INTERVIEWFRAGEN

DIE ROLLE EUROPAS IM TÜRKISCHEN EU-SKEPTIZISMUS UND DIE ENTSPRECHENDE SICHT VON AKP, CHP UND MHP

Wie sehen Sie das Verhalten der EU in Bezug auf den Türkeibeitritt?

Wie schätzen Sie die Beitrittsbedingungen der Türkei ein?

Wie interpretieren Sie die Zypern-Politik der EU?

Wie bewerten Sie die Präferenzen von EU-Mitgliedsstaaten in Bezug auf den Türkeibeitritt? Bedenken Sie dabei auch den Vorschlag von Angela Merkel: privilegierte Partnerschaft und den Vorschlag von Nicolas Sarkozy: Mittelmeerunion?

Warum hat Frankreich das Armenier-Gesetz erlassen? Was denken Sie darüber?

Wie verstehen Sie die Türkei-skeptische Haltung mancher EU-Länder?

Wie sehen Sie die Äußerungen von Papst Benedikt zum Islam und zum Propheten Mohammed?

Wieso bestärken die Mohammed-Karikaturen in den westlichen Medien den EU-Skeptizismus in bestimmten Teilen der türkischen Gesellschaft? Welche Position nimmt Ihre Partei ein?

DIE EU-SKEPTISCHEN ARGUMENTE IN DER TÜRKEI UND DIE PARTEIEN

Was denken Sie über folgende EU-skeptische Argumente in der Türkei? Begründen Sie.

Historische Argumente

- a. Tanzimat-Syndrom
- b. Sèvres-Syndrom

Politische Argumente

- a. der EU-Beitritt als das Ende der souveränen, unitären, nationalen und kemalistischen Republik der Türkei
- b. die Versuche zur Schwächung der türkischen Armee
- c. die Vorgehensweise der EU bezüglich des PKK-Terrorismus und Menschenrechtsverständnisses
- d. die alevitische Minderheitenpolitik der EU gegenüber der Türkei
- e. die Zukunft der EU: politische Einigung oder wirtschaftlicher Binnenmarkt?
- f. anstelle der EU-Vollmitgliedschaft eine Zusammenarbeit

Geopolitische Argumente

- a. die Zugeständnisse im Ägäischen Meer die Pläne der EU bezüglich der Teilung der türkischen Kontrolle über die Wasservorräte von Euphrat und Tigris

Wirtschaftliche Argumente

- a. damals Kapitulationen, heute Zollunion
- b. der Verkauf der nationalen wirtschaftlichen Interessen der Türkei durch die Privatisierung

Religiöse Argumente

- a. der geheime Wunsch: Istanbul als Zentrum der orthodoxen Welt

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ADD: Atatürkçü Düşünce Derneği – Verein zur Förderung der Ideen Atatürks

AK-Partei oder AKP: Adalet ve Kalkınma Partisi – Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung

ASAM: Avrasya Stratejik Araştırmalar Merkezi – Zentrum für Eurasische Strategiestudien

ATO: Ankara Ticaret Odası – Handelskammer Ankara

BBP: Büyük Birlik Partisi – Partei der Großen Einheit

BDP: Barış ve Demokrasi Partisi – Partei des Friedens und der Demokratie

BTP: Bağımsız Türkiye Partisi – Partei der Unabhängigen Türkei

CHP: Cumhuriyet Halk Partisi – Republikanische Volkspartei

DİSK: Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu – Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaften

DPT: Devlet Planlama Teşkilatı – Staatliches Planungsamt des Ministerpräsidialamtes der Republik Türkei

DTP: Demokratik Toplum Hareketi – Bewegung der Demokratischen Gesellschaft

EDAM: Ekonomi ve Dış Politika Araştırmalar Merkezi – Studienzentrum für Wirtschaft und Aussenpolitik

EKO: Avrupa Ekonomik Danışma Merkezi – Wirtschaftliche Beratungszentrum Europas

ELDR: Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei

EVP: Europäische Volkspartei

Grüne/EFA: Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz

ODTÜ: Orta Doğu Teknik Üniversitesi – Technische Universität des Mittleren Osten

ÖVP: Österreichische Volkspartei

SPE: Sozialdemokratische Partei Europas

TBMM: Türkiye Büyük Millet Meclisi – Türkische Große Nationalversammlung

TESEV: Türkiye Ekonomik ve Sosyal Etüdler Vakfı – Türkische Stiftung für wirtschaftliche und soziale Studien

TKP: Türkiye Komünist Partisi – Kommunistische Partei der Türkei

TÜSİAD: Türk Sanayicileri ve İşadamları Derneği – Türkischer Verband der Industriellen und Geschäftsleute

8 Lebenslauf

Ismail Ermagan, geb. 1976 in Hamburg

2007-2011: Doktorand am Max-Weber-Kolleg, Dissertationsprojekt: "EU-Skeptizismus in der Türkei – Haltungen der CHP, MHP und AKP"

2002-2005: Masterabschluss in Soziologie und Politikwissenschaft, Universität Hamburg;
Titel der Masterarbeit: "Gesellschaftliche Integration der türkischen Migranten in Deutschland"

1994-1999: Studium der Politikwissenschaft und Öffentlichen Verwaltung, Universität Bilkent, Ankara, Türkei

Publikationen

- *Integrations- und Segregationsneigungen von Deutschtürken. Versuch der Eingliederung in gesellschaftliche Bereiche.* VDM Verlag Dr. Müller: Saarbrücken 2007.

- „Der EU-Skeptizismus in der türkischen Politik“, in: *APuZ (Aus Politik und Zeitgeschichte)* 39-40 (2009), S. 15–20.

- „Europäische Union (EU)-Skeptizismus in der Türkei: Eine prinzipielle Gegnerschaft oder ein schwankender Skeptizismus?“, in: Birte Wassenberg/Frédéric Clavert/Philippe Hamman (Hgg.): *Contre l'Europe? Anti-européisme, euroscepticisme et alter-européisme dans la construction européenne de 1945 à nos jours (Volume I): les concepts*, Franz Steiner Verlag, 2010, S. 399–418.

- „*Die Europäische Union und der Beitritt der Türkei. Positionen türkischer Parteien und der Parteien im Europäischen Parlament*“, LIT Verlag: Münster 2010.

9 Ehrenwörtliche Erklärung

Ich erkläre hiermit ehrenwörtlich, dass ich die vorliegende Arbeit ohne unzulässige Hilfe Dritter und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Bei der Auswahl und Auswertung sowie bei der Herstellung des Manuskriptes habe ich Unterstützungsleistungen von folgenden Personen erhalten:

- 1.
- 2.
- 3.

Weitere Personen waren an der geistigen Herstellung der vorliegenden Arbeit nicht beteiligt. Insbesondere habe ich nicht die Hilfe eines Promotionsberaters in Anspruch genommen. Dritte haben von mir weder unmittelbar noch mittelbar geldwerte Leistungen für Arbeiten erhalten, die im Zusammenhang mit dem Inhalt der vorgelegten Dissertation stehen.

Die Arbeit wurde bisher weder im Inland noch im Ausland in gleicher oder ähnlicher Form einer anderen Prüfungsbehörde als Dissertation vorgelegt.

Ismail Ermagan

.....

[Unterschrift]